

A close-up, black and white portrait of Carl Friedrich Goerdeler, a man with short, dark hair, looking directly at the camera with a serious expression. He is wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a dark tie. The background is a plain, light color.

Ines Reich

# Carl Friedrich Goerdeler

Böhlau

Ein Oberbürgermeister  
gegen den NS-Staat

Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945) gehörte zu den führenden zivilen Köpfen der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944.

Seine Regimegegnerschaft entwickelte sich seit 1933 in einem komplizierten Prozeß, der durch Konfliktbewältigungen, Enttäuschungen und Distanzierungen geprägt war. Am Anfang dieses Weges stand eine Nähe zum Nationalsozialismus, die stärker war, als bisher angenommen. Aber schon drei Jahre später markierte Goerdclers spektakulärer Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt den Bruch mit dem NS-System.

Die vorliegende Studie stellt diese dynamische Entwicklung in den Mittelpunkt. Sie analysiert, wie und wann sich bei Goerdeler die Entschlußbildung zum Widerstand vollzog und durch welche Faktoren sie determiniert wurde. Damit wendet sie sich einem umstrittenen Aspekt der Forschung zu.

Auf breiter Quellengrundlage wird das bisherige Bild von Goerdeler korrigiert und bereichert. Schwerpunkte bilden dabei der kommunalpolitische Alltag in Leipzig, die Deutsche Gemeindeordnung, der Vierjahresplan und die nationalsozialistische „Judenpolitik“. Durch ein Hinabsteigen auf die Mikroebene kommunalpolitischer- und verwaltungsbezogener Handlungsstrukturen und -zwänge gelingt es, Überlegungen und Entscheidungsabläufe zu erfassen, die das Nebeneinander von Zusammenarbeit und Verweigerung, von Loyalität und Opposition plastisch hervortreten lassen.

Die Autorin, Ines Reich, Dr. phil., geboren 1966 in Oranienburg b. Berlin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Potsdam.

Ines Reich

# Carl Friedrich Goerdeler

Ein Oberbürgermeister  
gegen den MS-Staat



1997

Böhlau Verlag Köln Weimar Wien

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Stadt Leipzig und

Mit freundlicher Unterstützung der



Die Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

**Reich, Ines:**

Carl Friedrich Goerdeler : ein Oberbürgermeister gegen den  
NS-Staat / Ines Reich. - Köln ; Weimar ; Wien : Böhlau, 1997

Zugl.: Potsdam, Univ., Diss.

ISBN 3-412-05797-5

© by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Corinna Hinke, Berlin

Satz: Corinna Hinke, Berlin

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, säurefreiem Papier

Druck und Bindung: MVR-Druck, Brühl

Printed in Germany

ISBN 3-412-05797-5

Für Antonia

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	9
<b>1. Einleitung</b>	
1. 1. Forschungsstand.....	11
1. 2. Problemstellung und theoretisch-methodischer Rahmen.....	37
1. 3. Quellenlage.....	40
<b>2. Herkunft und Prägungen in Wilhelminischer Zeit</b>	
2. 1. "Die Stimme des Blutes". Kindheit und Jugend im preußischen Osten 1884–1902.....	43
2. 2. "Das Herz gehört dem Vaterland". Studium und Referendariat 1902–1911.....	54
2. 3. Die kommunalpolitischen Anfänge in Solingen 1911–1914.....	66
2. 4. "Sichere Hoffnungen – bittere Enttäuschungen". Als Offizier im Ersten Weltkrieg.....	73
<b>3. Politisches und berufliches Wirken in der Weimarer Republik</b>	
3. 1. "Das unselige Diktat von Versailles". Die nationale Abwehrbewegung in den preußischen Ostprovinzen 1919.....	83
3. 2. Festhalten an konservativen Staats- und Kulturtraditionen.....	91
3. 3. "Die Krise der Selbstverwaltung". Die Tätigkeit als Kommunalpolitiker.....	96
3. 4. "Mehr Macht dem Reichspräsidenten". Das Konzept eines autoritären Staates.....	101
3. 5. Goerdelers Einstellung zum Nationalsozialismus in der Endphase der Weimarer Republik.....	103
<b>4. Die ersten Monate nationalsozialistischer Herrschaft</b>	
4. 1. "Alle müssen hinter der Reichsregierung stehen" Die Machtübernahme.....	107
4. 2. Der "Flaggenkonflikt" in Leipzig.....	110
4. 3. "Das Erleben der Gegenwart bedeutet die Erfüllung stillen Sehns und jahrelanger selbstverleugnender Arbeit". Die Gleichschaltung des politischen Systems.....	119
4. 4. "Dem gesetzlosen Treiben ein Ende machen". Reaktionen auf die Entrechtung und Verfolgung von politischen und rassischen Minderheiten.....	125
4. 5. "So beschloß ich durchzuhalten". Weiter als Oberbürgermeister im Amt.....	134

<b>5.</b>	<b>Konsens -und Dissensbereiche zu Beginn der NS-Herrschaft</b>	
5. 1.	Kommunalpolitische Parallelen .....	139
5. 2.	Eine alternative Wirtschaftspolitik .....	146
5. 3.	Außenpolitische Ambitionen .....	151
5. 4.	Die "Judenfrage" .....	155
<b>6.</b>	<b>Kooperationsbereitschaft und konstruktive Kritik</b>	
6. 1.	Das Eindringen der Partei in den Leipziger Stadtrat .....	163
6. 2.	Die "Unerträglichkeit parteimäßiger Eingriffsgelüste". Der Zugriff der NSDAP auf die gemeindlichen Mittel in Leipzig .....	173
6. 3.	"Ein Todfeind der Selbstverwaltung hat die Feder ergriffen". Die Kommunalgesetzgebung 1933 .....	181
6. 4.	Auf dem Weg zur Deutschen Gemeindeordnung. Die Kontroversen im Gesetzgebungsprozeß bis zum Sommer 1934 .....	189
6. 5.	Der "Röhmputsch" und die August-Denkschrift 1934 .....	197
6. 6.	Kommunalpolitischer Alltag und nationalsozialistische "Judenpolitik" 1933/34 .....	203
<b>7.</b>	<b>Zunehmende Desillusionierung und Teilopposition</b>	
7. 1.	"Tötung der Idee der Selbstverwaltung". Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 .....	209
7. 2.	"Die Notwendigkeit, Ordnung in Wirtschaft und Staat zu schaffen". Das Preiskommissariat 1934/35 und die Oktober-Denkschrift 1935 .....	221
7. 3.	"Öde Mechanisierung und Gleichmacherei". Der Rücktrittsversuch im Mai 1936 .....	235
7. 4.	"Es geht um den Fortbestand des Reiches". Plädoyer gegen den Vierjahresplan .....	243
7. 5.	Kritik an der nationalsozialistischen „Judenpolitik“ 1935/36 .....	250
<b>8.</b>	<b>Von der Teilopposition zur Opposition</b>	
8. 1.	Der Abbruch des Mendelssohn-Denkmal und der Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt .....	257
8. 2.	"Deutschland wird von 100 000 seiner übelsten Elemente beherrscht". Auf der Suche nach Alternativen .....	268
<b>9.</b>	<b>Resümee</b> .....	275
<b>10.</b>	<b>Anhang</b>	
	Abkürzungsverzeichnis .....	285
	Abbildungsnachweis .....	286
	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	287

## Vorwort

Carl Friedrich Goerdeler zählte zu den führenden zivilen Köpfen der Widerstandsbe-  
wegung des 20. Juli 1944. Im Jahre 1884 als Sohn eines preussischen Amtsrichters  
geboren, machte er eine bemerkenswerte Karriere. Sie führte ihn von Mai 1930 bis  
März 1937 in die Position des Oberbürgermeisters der Reichsmessestadt Leipzig und  
zweimal in das Amt des Reichskommissars für Preisüberwachung, sowohl 1931/32  
unter Brüning als auch 1934/35 unter Hitler. Aus Tradition konservativ, von Anfang  
an der politischen Rechten verpflichtet, gehörte er zu den Befürwortern der Koalition  
zwischen den konservativen Parteien und der NSDAP, die am 30. Januar 1933 zur  
Errichtung der NS-Herrschaft führte. Goerdelers anfängliche Nähe zum Nationalso-  
zialismus war stärker ausgeprägt, als bisher angenommen. Aber schon drei Jahre  
nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten zerplatzte seine Illusion über den  
autoritären Staat an der Realität. Deutschland wurde «von 100'000 seiner übelsten  
Elemente beherrscht». Als das Mendelssohn-Denkmal im November 1936 vom So-  
ckel stürzte, erklärte er ostentativ seinen Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt. Der  
Bruch mit dem NS-System war vollzogen. Dieser dynamische Entwicklungsprozess  
vom Systemträger zum Systemgegner steht im Mittelpunkt des vorliegenden Bu-  
ches.

Die Studie entstand in den Jahren von 1990 bis 1995 als Dissertation an der Univer-  
sität Potsdam. Sie wurde durch Herrn Prof. Dr. Kurt Finker in den Wirren der Wende  
angeregt, weil es ihn reizte, das DDR-Bild vom «reaktionären» Goerdeler zu korri-  
gieren.

Zu besonderem Dank bin ich Herrn Prof. Dr. Christoph Kiessmann für die Übernahme  
der Erstbetreuung dieser Arbeit seit 1992 verpflichtet. Er förderte durch zahlreiche  
Hinweise und Anregungen nach Kräften ihr konzeptionelles Wachsen und ihren Fort-  
gang.

Ich danke weiterhin sehr herzlich Herrn Prof. Dr. Peter Steinbach, der mich enga-  
giert als Zweitgutachter unterstützte. Ihm habe ich es zu verdanken, dass dieses  
Forschungsvorhaben über längere Zeit finanziell von der Volkswagenstiftung geför-  
dert wurde. Auch ihr sei an dieser Stelle dafür herzlich gedankt. Ferner danke ich  
den Herren Prof. Dr. Hans Mommsen (Bochum), Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer  
(Münster), Prof. Dr. Werner Bramke (Leipzig) und Dr. Michael Krüger-Charlé (Bo-  
chum). Sie haben diese Arbeit mit wertvollem Rat und produktiver Kritik begleitet.  
Weiteren Dank schulde ich der Familie Goerdeler, die mich sehr unterstützte.  
Für ihre freundliche Hilfe habe ich den Mitarbeiterinnen des Bundesarchivs Koblenz



und Berlin, der Hoover Institution Archives, des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz, der Staatsarchive Leipzig und Dresden, des Landesarchivs Berlin, der Stadtarchive Leipzig und Solingen sowie der Universitätsarchive Göttingen und Tübingen zu danken. Meinen Freunden sei für unermüdliches Korrekturlesen und viele gute Ideen gedankt.

Mein Dank gilt der Stadt Leipzig und der Dresdner Bank, die das Erscheinen dieses Buches durch grosszügige Druckkostenzuschüsse ermöglicht haben.

Nicht zuletzt möchte ich meinem Mann, Dr. Uwe Reich, sehr danken. Mit der ihm eigenen anregenden und kritischen Art, mit Geduld und Verständnis, aber auch notwendiger Konsequenz war er mir eine grosse Stütze.

Potsdam, im August 1997

Ines Reich

## 1. Einleitung

### 1.1. Forschungsstand

Carl Friedrich Goerdeler zählt zu den Männern des bürgerlichen Widerstandes gegen Hitler, die im Urteil der historischen Forschung und der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten am umstrittensten waren. Die Ursachen für dieses Phänomen liegen in der Widersprüchlichkeit seiner individuellen Entwicklung und den kulturell-politischen Rahmenbedingungen der Beschäftigung mit dem Widerstand nach 1945. Der Streit um die Bewertung der Lebens- und Wirkungsgeschichte Goerdelers wurde zu einem zentralen Bezugspunkt der Auseinandersetzung um die Deutung des Widerstands. Dabei berührte er nicht nur die jeweiligen politisch-ideologischen Grundfragen in beiden deutschen Teilstaaten, sondern wurde zu einem prominenten «Gegenstand» in der «Systemauseinandersetzung» zwischen der Bundesrepublik und der DDR überhaupt. Wegen dieser politischen Brisanz schwankte das Forschungsinteresse an Goerdeler über fünf Jahrzehnte und ging dabei selten in die Tiefe<sup>1</sup>. Die Folge ist, dass trotz einer Monographie und einer Vielzahl von Aufsätzen und Einzeluntersuchungen die Biographie Goerdelers bis heute nicht hinreichend erforscht ist. In der deutschen Nachkriegsgesellschaft war das öffentliche Interesse an Goerdeler zunächst nicht besonders ausgeprägt. Im Unterschied zu Offizieren, Christen beider Konfessionen oder Vertretern der Arbeiterbewegung, die im Widerstand aktiv waren, reklamierte ihn kaum eine gesellschaftliche Gruppe, Institution oder Organisation als Vorbild oder Ausgangspunkt einer zu schaffenden historischen Traditionslinie. Wenn vor diesem Hintergrund in seltenen Fällen dennoch an Goerdeler in der Presse erinnert wurde, so ging das auf die Initiative von Personen unterschiedlicher politischer Couleur zurück, die meist den Lebensweg Goerdelers begleitet hatten. In den westlichen Besatzungszonen schrieben vor allem der christliche Gewerkschafter

<sup>1</sup> Zur Goerdeler-Rezeption in der SBZ und in der DDR bis 1989 vgl. Ines Reich, «Lange Zeit haben wir über Goerdeler mehr geschimpft als über Goebbels». Das Bild von Carl Friedrich Goerdeler in der Wissenschaft und Öffentlichkeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in: Räume voll Leipzig, Leipzig 1994 (Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig, Neue Reihe, 1994, H. 1), S. 140-171 und Werner Bramke, Annäherung an eine widerspruchsvolle historische Persönlichkeit – Gedanken zum 50. Jahrestag der Hinrichtung Carl Goerdelers, in: ders., Carl Goerdeler und Leipzig, Leipzig 1995 (Texte zur politischen Bildung, H. 19, hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig), S. 9-20. Für die bundesdeutsche Forschung liegen entsprechende Arbeiten bisher nicht vor.

und spätere Mitbegründer der CDU in Berlin, Jakob Kaiser<sup>2</sup>, einer der Partner Goerdeler im Widerstand<sup>3</sup>, und dessen spätere Frau, Elfriede Nebgen<sup>4</sup>, über Goerdeler, aber auch Cuno Raabe<sup>5</sup>, ein Berufskollege aus Königsberg und Weggefährte im Widerstand<sup>6</sup>, sowie der Freiburger Geschichtspräsident und spätere Goerdeler-Biograph Gerhard Ritter<sup>7</sup>. In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) erinnerten die ehemaligen sozialdemokratischen Stadträte Wilhelm Meissner<sup>8</sup> aus Königsberg und Kurt Schatter aus Chemnitz an Goerdeler, den sie aus der gemeinsamen kommunalpolitischen Arbeit kannten. Zu Schatter hatte Goerdeler später in der Zeit des Widerstandes Kontakt<sup>9</sup>. Ausserdem versuchte der Leipziger Oberbürgermeisters Erich Zeigner, ein alter Sozialdemokrat, das Andenken an seinen Amtsvorgänger Goerdeler wach zu halten. Er hielt es für eine «Ehrenpflicht» der Stadt Leipzig, wie er am 5. Juni 1945 seinem Stellvertreter brieflich mitteilte, «alles zu sammeln, was jetzt

<sup>2</sup> Vgl. u.a. Das Volk, 20.7.1945; Neue Zeit, 20.7.1947.

<sup>3</sup> Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser, Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u.a. 1967.

<sup>4</sup> Vgl. u.a. Neue Zeit, 29.8.1945; 20.7.1946.

<sup>5</sup> Fuldaer Volkszeitung, 20.7.1946.

<sup>6</sup> Vgl. Brigitte Wiest-Raabe, Dr. Cuno Raabe im Widerstand, in: Fuldaer Geschichtsblätter 60 (1984), S. 174-200.

<sup>7</sup> Gerhard Ritter, Das Regierungsprogramm vom 20. Juli 1944. Karl Goerdeler's geplante Rundfunkrede nach der Übernahme der öffentlichen Gewalt, in: Die Gegenwart 1(1946) 12/13, S. 11-14 und ders., Goerdeler's Verfassungspläne, in: Nordwestdeutsche Hefte 1 (1946) 9, S. 6-14.

<sup>8</sup> Wilhelm Meissner, Der 20. Juli 1944. Der Anteil der Politiker, in: ND, 15.1.1947 und Reich, «Lange Zeit...», S. 144ff.

<sup>9</sup> Schatter wurde nach dem 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet und vom Volksgerichtshof zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte Goerdeler, der sich seit dem 17.7.1944 auf der Flucht befand, kurze Zeit beherbergt. Vgl. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944, Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde, Stuttgart 1989, S. 725, 741 ff. Nach 1945 blieb Schatter in der SBZ/DDR. Als einstiger Sozialdemokrat (1917-1930) ging er 1946 nicht in die SED, sondern in die LDPD. Im September 1949 veröffentlichte er in der Zeitung «Der Morgen», dem Organ der LDPD, aus Anlass des 5. Jahrestages des Prozesses gegen Goerdeler und andere Beteiligte der Bewegung des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof am 8.9.1944 einen Artikel, in dem er besonders die Antikriegshaltung Goerdeler's hervorhob: «Es lohnt sich, in der Woche des Friedens auch Karl Goerdeler zu gedenken. In seinem Regierungsprogramm, das er im Rundfunk nach der Übernahme der öffentlichen Gewalt verbreiten wollte, lehnte er den Krieg grundsätzlich ab (...) Und heute rufen wir vereint im Sinne Lessings, im Sinne Goerdeler's: 'Kampf dem Krieg. Alle Kräfte für den Frieden!' (...) So erleben wir heute, in der Woche des Friedens, Karl Friedrich Goerdeler als Mitkämpfer, ja als Vorläufer unserer grossen Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden, als Freund der Nationalen Front. Ehre ihm und seinen Schicksalsgefährten!» Der Morgen, 6.9.1949.

noch über den Versuch Dr. Goerdelers, die grosse Katastrophe abzuwenden, gesammelt werden kann. (...) Es handelt sich nicht nur um ein Stück unserer Stadtgeschichte, sondern um ein sehr gewichtiges Stück deutscher Geschichte. Ich habe Herrn Dr. Goerdeler nicht persönlich gekannt, bin aber erstaunt über seinen Mut und über die Gesinnung, die sich aus allem ergibt, was ich über seine Tätigkeit erfahre. Es handelt sich hier um eine Aufgabe der Stadt, all dies zu sammeln und der Bevölkerung darüber zu berichten.»<sup>10</sup> Diesem Anspruch fühlte sich auch die Leipziger Volkszeitung verpflichtet, die regelmässig Beiträge über Goerdeler veröffentlichte<sup>11</sup>. Wie gering jedoch die Aussichten auf eine dauerhafte Integration Goerdelers in das Geschichtsbild und die Traditionslinie der SBZ/DDR waren, kündigte sich bereits 1945 an. Die Sowjetunion, die im Gegensatz zu den westlichen Alliierten bereits 1945 den 20. Juli 1944 thematisierte, – Verlautbarungen über einen eigenständigen deutschen Widerstandskampf gegen das NS-Regime lagen zunächst nicht im Interesse der vier Besatzungsmächte –, verurteilte Goerdelers Wirken im Zusammenhang mit der negativen Gesamteinschätzung des Umsturzversuchs als imperialistisch-restaurative Verschwörung, die aufgrund der fehlenden Verbindung zu den Volksmassen habe scheitern müssen<sup>12</sup>. Goerdeler wurde nur widerwillig die Beteiligung am Umsturzversuch zugestanden. Ihm wurde vorgehalten, dass er zu lange mit den Nazis kooperiert habe und seine Handlungsweise volksfeindlich gewesen sei. Deshalb sei «also klar, dass die Anhänger der Gruppe Witzleben-Goerdeler, ungeachtet der persönlichen Tapferkeit ihrer Anhänger, nicht als Männer zu bezeichnen sind, denen 'die Rettung des Volkes höchste Sorge war'.»<sup>13</sup>

Eine uneingeschränkte Würdigung des bürgerlichen Widerstandes lag den Sowjets deshalb so fern, weil das in ihrem Selbstverständnis ihre Rolle als Befreier und «Sieger der Geschichte» angetastet hätte. Ebenso wenig entsprach es ihrem Interesse, Ereignisse, Personen und Programme in das neue Traditionsbild aufzunehmen, die von Antikommunismus und Antisowjetismus geprägt waren wie die aussen- und mi-

Dieser Artikel zeigt das Bemühen, neben dem klassisch-humanistischen Erbe auch den bürgerlichen Widerstand in das neue Traditionsbild der SBZ und der im Oktober 1949 gegründeten DDR mit hineinzunehmen. Dabei waren politisch-ideologische Brückenschläge unvermeidlich. Die «Nationale Front» und ihre Vorläuferausschüsse für «Einheit und gerechten Frieden» waren ein Instrument der SED, das zur Festigung des Parteiensystems und zur Integration der Bevölkerung ausgebaut wurde.

<sup>10</sup> StA L, Kap. 10, Nr. 685, Bd. 2, Bl. 46.

<sup>11</sup> Vgl. u.a. LVZ, 20.7.1946; 20.7.1949.

<sup>12</sup> Vgl. Tägliche Rundschau, 20.7.1945. Zum 20. Juli 1944 aus sowjetischer Sicht vgl. Kurt Finker, Die Stellung der Sowjetunion und der sowjetischen Geschichtsschreibung zum 20. Juli 1944 in Deutschland, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994, S. 38-54.

<sup>13</sup> Tägliche Rundschau, 21.7.1945.

litärpolitischen Vorstellungen Goerdelers, der es zudem abgelehnt hatte, im Widerstand mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Die negative Deutung des bürgerlichen Widerstandes einschliesslich der Person Goerdelers setzte sich bereits nach einem Jahr in der SBZ durch. Sie sollte lange Zeit die spätere DDR-Forschung zum Widerstand beherrschen. In der Folge wurde Goerdeler als «ein konservativer Freund der monarchistischen Staatsform und leitender Kopf der antinazistischen Oppositionskreise»<sup>14</sup> gesehen, ihm eine «antinationale und volksfeindliche Haltung»<sup>15</sup> bescheinigt, sein politisches Programm als «imperialistisch und offen antisowjetisch»<sup>16</sup> gewertet und er insgesamt als «ein fanatischer Antibolschewist»<sup>17</sup> eingeschätzt. In der Summe führten diese Einzelurteile dazu, dass Goerdeler für die DDR neben Ulrich von Hassel und Johannes Popitz zu einer «der reaktionären Spitzen der Verschwörung vom 20. Juli»<sup>18</sup> stilisiert wurde.

Dass die Historiker in der SBZ/DDR damit die sowjetische Linie unterstützten, findet nicht allein seine Erklärung im Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Moskau, sondern die sowjetische Sichtweise korrespondierte vielmehr mit der politischen Programmatik der KPD während der Weimarer Republik. Am auffälligsten wird das bei der Faschismustheorie der KPD, die konservativ-bürgerliche Politik mit «faschistischer Politik» gleichsetzte<sup>19</sup>. Ein plastisches Beispiel für diese Fehlwahrnehmung bietet eine kommunalpolitische Kampfschrift der Leipziger KPD aus dem Jahre 1932, in der Goerdeler als «der rücksichtsloseste Vertreter des Machtapparates der Bourgeoisie, Bahnbrecher faschistischer Methoden unter dem Deckmantel des politischen Biedermandes»<sup>20</sup> stilisiert wurde. Auch Einschätzungen der kommunistischen Regionalpresse, der SAZ, belegen die Virulenz solcher Auffassungen. Nach der Wahl Goer-

<sup>14</sup> Albert Norden, Die Bedeutung des 20. Juli, in: Weltbühne 2(1947)13, S. 556.

<sup>15</sup> Otto Winzer, Der Friedenskampf der Kommunisten in Deutschland und die Verschwörung vom 20. Juli 1944, in: Einheit 9(1954)7, S. 680.

<sup>16</sup> Stephan Wolf, Zum 14. Jahrestag des 20. Juli 1944, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere 1(1958)3, S. 7.

<sup>17</sup> Hans Dress, Die Stellung der Gemeinden und Kreise im Rahmen der Verfassungspläne Goerdelers, in: Der Deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 4, Berlin 1961, S. 608.

<sup>18</sup> Winzer, Der Friedenskampf der Kommunisten, S. 680.

<sup>19</sup> Ein anderer Ansatz für die Beurteilung des 20. Juli 1944 war die kommunistische Theorie von der Rolle und Bedeutung der Volksmassen in der Geschichte. Sie führte dazu, dass bis in die 80er Jahre hinein die Hauptursache für das Scheitern des Attentats- und Umsturzversuchs in der fehlenden Verwurzelung der Verschwörung im Volk gesehen wurde.

<sup>20</sup> Kommunisten im Leipziger Rathaus im Kampf gegen kommunale Reaktion, o.J. (Leipzig 1932), S. 5.

delers zum Leipziger Oberbürgermeister titelte das Blatt: «Die Wahl des faschistischen Oberbürgermeisters eine Folge sozialfaschistischer Koalitionspolitik»<sup>21</sup>. Später bezeichnete es Goerdeler als «Brüning in Westentaschenformat» und sah in ihm einen «ausgesprochene(n) Wegbereiter der faschistischen Diktatur in den Gemeinden»<sup>22</sup>.

Die Wissenschaft und Publizistik der SBZ/DDR baute auf dieses Fundament auf. In den 50er Jahren beispielsweise resümierte Wilhelm Ersil: «Somit war Goerdeler einer der bürgerlichen Politiker, die dem Hitlerfaschismus durch ihre Politik der Unterhöhung der Weimarer Republik den Weg zur Errichtung seiner mörderischen Diktatur ebneten und ihn dabei teilweise direkt unterstützten. (...) In keiner der Handlungen Goerdelers zeigt sich in den ersten Jahren des Faschismus ein Gegensatz zur Politik Hitlers. (...) Die Tätigkeit Goerdelers beweist eindeutig, dass er aktiv die faschistische Politik unterstützte.»<sup>23</sup> Kurt Finker versuchte erstmals für die DDR-Wissenschaft, die Verklammerung von «konservativ-bürgerlich» und «faschistisch» in der Betrachtung Goerdelers aufzubrechen. Er verglich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den aussen- und innenpolitischen Programmen Goerdelers und der Nationalsozialisten und zeigte die Veränderungen in den Gedankengängen Goerdelers vor dem Hintergrund der sich verändernden politischen und militärischen Lage. Insgesamt führte dieses Verfahren nicht zu generell neuen Einsichten und Bewertungen Goerdelers. Nur hinsichtlich der aussenpolitischen Konzeption Goerdelers kam Finker zu dem bis dahin für die DDR differenzierteren Ergebnis, dass es nicht faschistisch war, sondern «eine andere taktische Variante der ihrem Wesen nach einheitlichen Weltherrschaftsstrategie des deutschem Imperialismus (...), die durch grössere Elastizität und 'Flexibilität', durch stärkere Verschleierung der wirklichen Absichten und durch eine grösstmögliche Ausnutzung des nichtkriegerischen Weges (...) gekennzeichnet ist.»<sup>24</sup> Bei der Darstellung der innenpolitischen Überlegungen bleibt die Gleichsetzung mit «faschistischer Politik» erhalten<sup>25</sup>.

<sup>21</sup> SAZ, 4.3.1930.

<sup>22</sup> SAZ, 14.1.1931.

<sup>23</sup> Wilhelm Ersil, Die Drahtzieher der volksfeindlichen Verschwörung vom 20. Juli 1944 und ihre «Europa»-Pläne, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften «Walter Ulbricht». (1954/55)5. S. 239f.

<sup>24</sup> Kurt Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1967, S. 147.

<sup>25</sup> «Das Programm, wie es Goerdeler in seiner Denkschrift 'Das Ziel' entwickelte, unterschied sich in allen wesentlichen Fragen wenig von der faschistischen Politik. Goerdeler hatte die aggressive, antikommunistische und antidemokratische Konzeption beibehalten. Er wollte lediglich einige Formen und Methoden, die anstössig waren und ihrem Zweck entgegengesetzte Wirkungen hervorriefen, gemildert wissen. Eine echte demokratische Alternative zum Faschismus stellte dieses Programm nicht dar.» Ebenda, S. 152.

Wie zählebig diese einmal getroffenen Einschätzungen waren, zeigt, dass noch Ende der 70er Jahre DDR-Historiker mit Bezug auf die bereits genannte kommunalpolitische Kampfschrift der Leipziger Kommunisten die Auffassung vertraten: «Goerdelers Politik entsprach vielmehr den Faschisierungsbestrebungen der Monopolbourgeoisie und liess ihn zu einem der Wegbereiter des Faschismus in Leipzig werden.»<sup>26</sup>

Dieser Ansatz war nicht geeignet, über einen rein faktischen Erkenntniszuwachs hinaus, den Weg zu differenzierten Erkenntnissen in der wichtigen Frage nach den Konsens- und Dissensmomenten zwischen den politischen Vorstellungen Goerdelers und den Inhalten nationalsozialistischer Politik am Vorabend der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten anzubahnen. Die Folge war, dass sowohl die anfängliche Nähe Goerdelers zu politischen Programmpunkten der Nationalsozialisten als auch sein Distanzierungsprozess und letztlich seine Regimegegnerschaft durch die DDR-Wissenschaft nicht plausibel erklärt werden konnte.

In den westlichen Besatzungszonen resultierte die Zurückhaltung gegenüber Goerdeler aus der Unsicherheit sowohl bei Deutschen als auch bei Alliierten darüber, für welche Werte und Traditionen ein ehemaliger deutschnationaler, konservativer Beamter und Politiker hätte stehen können. Goerdelers anfängliches «Paktieren»<sup>27</sup> mit den Nationalsozialisten und seine autoritären Verfassungspläne liessen sich nur schwer mit der politischen Wirklichkeit Nachkriegsdeutschlands und deren Erfordernisse in Übereinstimmung bringen.

Ritter berichtete in diesem Zusammenhang von Schwierigkeiten, die ihm 1946 bei der Veröffentlichung seiner Arbeiten über Goerdeler seitens der Alliierten gemacht wurden<sup>28</sup> und von «politischen Bedenklichkeiten»<sup>29</sup> seiner Verleger angesichts der sich im Gange befindlichen kontroversen Diskussion um die Bewertung Goerdelers. Autoren des «Tagesspiegels» hatten versucht, angesichts der «legendären Deutun-

<sup>26</sup> Helmut Arndt, Detlef Ziegs, Zur revolutionären Kommunalpolitik der KPD in den Jahren 1929/33 im Leipziger Stadtparlament, in: Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig, Leipzig 1979, S. 41.

<sup>27</sup> Der Tagesspiegel, 26.1.1947.

<sup>28</sup> Ritter schrieb an Anneliese Goerdeler, der Ehefrau von Carl Friedrich Goerdeler, am 1.7.1946: «Vertraulich darf ich Ihnen mitteilen, dass der unverkürzte und unveränderte Abdruck (der Rundfunkrede Goerdelers – d. Verf.) bei der Zensurbehörde auf ganz erhebliche Schwierigkeiten stiess. Man stellte sich dort auf den Standpunkt, dass im Juli 1944 niemand, auch Ihr Gatte nicht, noch befugt gewesen sei, überhaupt im Namen Deutschlands als gleichberechtigter Partner mit dem Ausland zu verhandeln.» BA NL 166, Nr. 327. Vgl. auch Klaus Schwabe, Rolf Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein 1984 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 33), S. 413.

<sup>29</sup> BA NL 166, Nr. 328. Vgl. auch ebenda, S. 420.

gen» des deutschen Widerstandes eine historisch-kritische Sicht anzubahnen<sup>30</sup>. Das richtete sich vor allem gegen Versuche, «den 20. Juli als Hauptbeweisstück zur Entlastung von Schuld und Verantwortung zu benutzen und die deutsche Opposition gegen Hitlers Kriegsführung als einen Widerstand gegen die unsittlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Regierungsepoche überhaupt auszugeben»<sup>31</sup>.

In die Diskussion wurde die individuelle Entwicklung Goerdelers und dessen politische Gedankenwelt mit eingeschlossen. Dabei ging es den Tagesspiegel-Autoren im Wesentlichen um zwei Punkte. Es sollte die Entstehung von bürgerlichem Widerstand aus dem komplizierten Spannungsverhältnis von Kooperation und Opposition thematisiert werden. Ihrer Auffassung nach hatte die bisherige einseitige Konzentration auf den Widerstand Goerdelers und anderer Mitglieder der Bewegung des 20. Juli dazu geführt, dass ausser Betracht blieb, «inwieweit ihre Tätigkeit oder ihr Gedankenkreis vor 1933 und nachher, ob für kürzere oder längere Zeit, eine Stütze für Hitler gewesen ist (... und) inwieweit bessere Einsichten in das Wesen des Nationalsozialismus oder lediglich in seine Kriegspolitik und Kriegsführung sie selber trieb»<sup>32</sup>. Ausserdem plädierten sie dafür, Goerdelers Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen historisch adäquat zu deuten, damit deutlich würde, dass er zumindest für eine Übergangszeit nicht auf «totalitäre Methoden»<sup>33</sup> verzichtet hätte.

Gegen die Auffassungen des «Tagesspiegels» polemisierten Annedore Leber<sup>34</sup>, Jakob Kaiser<sup>35</sup> und Ritter<sup>36</sup>. Ritter bemängelte die Lesart des «Tagesspiegels», wonach Goerdelers Verfassungspläne «auf eine monarchistische Reaktion abgezielt hätten: auf eine Wiederherstellung des Kaiserreiches und zwar in der Form einer 'ständischen Verfassung' nach Muster des österreichischen Faschismus, einer Verfassung, die nicht 'den geringsten Raum für die Entwicklung fortschrittlicher sozialer Ideen liess' und in der die Militärmacht auch politisch eine führende Rolle spielen sollte.» Dann spitzte Ritter die Kontroverse auf fatale Weise zu: «Wäre diese Auffassung richtig, so hätten wir kaum Anlass, das Scheitern der Goerdelerschen Unternehmungen zu bedauern und das Andenken des 20. Juli 1944 mit Sympathie für seine Urheber zu erneuern.»<sup>37</sup>

<sup>30</sup> Der Tagesspiegel, 22.12.1946, 4.1. und 26.1.1947.

<sup>31</sup> Der Tagesspiegel, 22.12.1946.

<sup>32</sup> Ebenda.

<sup>33</sup> Der Tagesspiegel, 4.1.1947.

<sup>34</sup> Telegraf, 3.1.1947.

<sup>35</sup> Neue Zeit, 1.1.1947.

<sup>36</sup> Ritter, Goerdelers Verfassungspläne, S. 6.

<sup>37</sup> Ebenda.



Der kurz skizzierte Streit hatte jedoch wenig Aussicht auf eine sachliche Klärung. In den für das Verständnis des bürgerlichen Widerstandes aufgeworfenen wichtigen Fragen wurde vor dem Hintergrund der kommunistischen Anwürfe auf Goerdeler nur einen weiteren Angriff auf das Ansehen seiner Person gewittert. Das führte dazu, dass die gestellten Fragen unbeantwortet blieben und historische Sachverhalte verzeichnet wurden. Ritter verstieg sich zu einer haltlosen Interpretation der Goerdelerschen Verfassungspläne, indem er ihren autoritären Charakter beschönigte. Er tat das, offensichtlich aus einer ähnlichen Sorge wie beim Nürnberger Prozess, «durch eine überzogene Entwertung der deutschen Geschichte die Ansatzpunkte einer neuen politischen Kultur zu gefährden.»<sup>38</sup> Aber gerade durch das Ausspielen des moralischen Aspekts gegen den politischen in den Entgegnungen wurde die Integration Goerdelers in die neu zu schaffende Traditionslinie belastet.

1954 legte Gerhard Ritter die erste und bisher einzige Goerdeler-Biographie vor<sup>39</sup>. Das Buch gilt im Gegensatz zu Ritters anderen Arbeiten, die seit den 60er Jahren zunehmend in Vergessenheit geraten sind<sup>40</sup>, nach wie vor als Standardwerk.

Wenn die spätere Geschichtsschreibung den Autor nicht selten als konservativen, nationalistischen Historiker eingeschätzt hat und dessen Einfluss auf die Geschichtswissenschaft eher negativ sieht<sup>41</sup>, so muss in Bezug auf die Goerdeler-Biographie anerkannt werden, dass sie nach Hans Rothfels<sup>42</sup> «bahnbrechend»<sup>43</sup> in der Neubewertung der deutschen Opposition wirkte. Nicht zuletzt, weil es – in mehrere Sprachen übersetzt – eine ausserordentliche Breitenwirkung entfaltete. Ritters Historikerkollege Hans Herzfeld erhob das Goerdeler-Buch deshalb nicht unberechtigt «als Ganzes zu einer Schlüsselleistung»<sup>44</sup>.

<sup>38</sup> Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993, S. 60.

<sup>39</sup> Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954. Alle nachfolgend in der Arbeit erscheinenden Seitenangaben folgen der vierten Nachauflage, Stuttgart 1984.

<sup>40</sup> Vgl. Agnes Bläsdorf, *Gerhard Ritter 1942-1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland*, Teil 1, in: *GWU* (1991)1, S. 1.

<sup>41</sup> Vgl. u.a. Bläsdorf, *Gerhard Ritter*, S. 1

<sup>42</sup> Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Krefeld 1949.

<sup>43</sup> Peter Steinbach, *Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung nach 1945*, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944*, S. 94.

<sup>44</sup> Hans Herzfeld, *Zwei Werke G. Ritters zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Widerstandsbewegung*, in: *HZ*, Bd. 182, H. 2, S. 326.

Der Status der zeithistorischen Grundlagenliteratur, den Theodor Eschenburgs im Vorwort zur Neuauflage des Buches 1984 besonders betonte, indem er es zu jenen Werken rechnete, «die für das Studium und später für die Lehrer und Forschung schlechterdings nicht zu entbehren sind»<sup>45</sup>, begründet sich heute dadurch, dass die faktischen Ergebnisse der Überprüfung der nachfolgenden Forschung mehrheitlich standgehalten haben. Im Vergleich zu Rothfels und John Wheeler-Bennett<sup>46</sup> stellte Ritter das Goerdeler-Bild erstmalig auf eine breitere, damals überhaupt zugängliche Quellenbasis. Dennoch wurden entgegen der optimistischen Meinung Max Braubachs aus dem Jahre 1957, man werde bei Goerdeler «forschungs- und erkenntnis-mässig kaum jemals weiterkommen können»<sup>47</sup>, von der Forschung in der Zwischenzeit einige wichtige neue, noch zu erläuternde Erkenntnisse zutage gefördert und neue Einsichten in Zusammenhänge gewonnen. So ist Ritters Arbeit nunmehr vor allem auch ein historiographiegeschichtliches Zeugnis, dessen Charakteristika angesichts ihrer Entstehungszeit die moralische Akzentuierung und die politische Zweckgerichtetheit sind.

Ritters Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung wurzelte gleichermassen in dem Legitimationsbedürfnis einer moralisch tief erschütterten und politisch gespaltenen Nation und in der angeblichen «Kollektivschuldthese» der Alliierten, die den Nachweis der faktischen Existenz eines antinationalsozialistischen Widerstandes und die Darlegung der ihn bestimmenden Motive provozierte<sup>48</sup>. In diesem Kontext hielt Ritter die Goerdeler-Biographie aus drei Gründen für politisch nötig<sup>49</sup>: Zunächst zwang die Aberkennung der Widerstandsleistung Goerdelers durch die Forschung der DDR im Zusammenhang mit der Verharmlosung und Verfemung des bürgerlichen Widerstandes, dem etwas entgegensetzen. Dann wollte Ritter Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung in die Tradition eingebunden wissen, auf die sich die neue Bundesrepublik stützen konnte, und letztlich sollte der Widerstand vor Angriffen der neu entstehenden Rechten geschützt werden.

<sup>45</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 3.

<sup>46</sup> John Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht*, Düsseldorf 1954.

<sup>47</sup> Max Braubach, *Zeitgeschichtliche Veröffentlichungen der Jahre 1954/55*, in: *Historisches Jahrbuch* 76(1957), S. 254.

<sup>48</sup> Vgl. Michael Krüger-Charlé, *Carl Goerdelers Versuch der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933 bis 1937*, in: Jürgen Schmädke, Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München, Zürich 1985, S. 383.

<sup>49</sup> Vgl. Schwabe, Reichardt, Gerhard Ritter, S. 122.

Wichtige Anstöße, das Projekt einer Goerdeler-Biographie zu verfolgen, gingen von der Familie Goerdeler und dem «Hilfswerk 20. Juli 1944» aus<sup>50</sup>. Dabei war nicht unwesentlich, dass Ritter, der zum Widerstandskreis Freiburger Professoren und Geistlicher, dem Freiburger Konzil<sup>51</sup>, gehörte, mit Goerdeler bekannt und nach dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 verhaftet worden war, sich in den ersten Nachkriegsjahren politischen Angriffen ausgesetzt sah, die auch von der Kulturverwaltung der französischen Militärregierung geteilt wurden<sup>52</sup>. Sie zogen dessen Eignung als Repräsentant eines neuen geschichtlichen Denkens aufgrund nationalistischer, konservativer und preussisch-protestantischer Vorurteile in Zweifel. Nur Ritters Zugehörigkeit zum Widerstand gegen Hitler sicherte ihm die Weiterbeschäftigung an der Freiburger Universität. Deshalb ist Klaus Schwabe nicht bedingungslos zu folgen, wenn er feststellt, dass die Goerdeler-Biographie für Ritter «nicht mehr und nicht weniger war als die historiographische Verarbeitung seiner politischen Erfahrungen aus der Zeit von 1933-1945»<sup>53</sup>. Sie stellt auch den Versuch dar, durch Erinnerung Selbstlegitimation zu beanspruchen. Schliesslich war sie das Resultat der politisch-kulturellen Rahmenbedingungen in Deutschland, denn die individuelle Lage des Autors und die gesellschaftliche Situation nach 1945 bedingten in der Darstellung die Konzentration auf den Widerstandskämpfer Goerdeler.

Die gesamte Anlage der Biographie einschliesslich der im Anhang abgedruckten Quellenauswahl spiegelt die inhaltliche Schwerpunktsetzung auf den Widerstand. Einem vergleichsweise kurz gehaltenen Lebensbild, das die wichtigsten Stationen Goerdelers individuellen, beruflichen und politischen Entwicklung bis 1936 streift, folgt die breite Darstellung der Widerstandstätigkeit, eingebettet in die Geschichte des deutschen Widerstandes. Diese Gewichtung führte dazu, dass die Widerstandstätigkeit Goerdelers bis heute zu den gut dokumentierten Aspekten seiner Biographie zählt.

Widerstand erklärte Ritter dabei in erster Linie aus ethisch-moralischen Motiven heraus. Auf die Problematik dieses eindimensionalen Ansatzes wies Hans Herzfeld hin. «Bei aller Anerkennung der von R. ebenso wie von (...) vielen anderen vertretenen

<sup>50</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 7 und Schwabe, Reichardt, Gerhard Ritter, S. 121.

<sup>51</sup> Vgl. Dagmar RübSam, Hans Schadek (Hrsg.), Der «Freiburger Kreis». Widerstand und Nachkriegsplanung 1933-1945, Katalog einer Ausstellung, Freiburg i. Breisgau 1990 (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 25) und Schwabe, Reichardt, Gerhard Ritter, S. 9-11, 372, 391, 396-400, 433f.

<sup>52</sup> Vgl. Bläsdorf, Gerhard Ritter, S. 2.

<sup>53</sup> Schwabe, Reichardt, Gerhard Ritter, S. 121. Ritter versuchte, unmittelbar nach Kriegsende mit seinem 1946 erschienenen Werk «Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung» die jüngere Vergangenheit einzuordnen und zu verarbeiten. Vgl. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 46ff., 58ff., 62ff.

Überzeugung, dass der ethische und ideelle Gehalt die vornehmste Substanz der Widerstandsgeschichte bedeutet, besteht darin doch auch die Gefahr einer gewissen Spiritualisierung»<sup>54</sup>. In der Tat leistete Ritter mit der Goerdeler-Biographie einen Beitrag zur Heroisierung und Monumentalisierung des bürgerlichen Widerstandes. Margret Boveri, die den bürgerlichen Widerstand im Gegensatz zu Ritter als eine «Synthese von Kompromiss und äusserster Gefährdung<sup>155</sup>» verstand, sah ein wichtiges Defizit, das aus Ritters Ansatz für das Goerdeler-Bild erwuchs. Die «innersten Triebkräfte», ob Nationalismus oder konservatives Staatsrechtsdenken, die diesen Mann bewegten, waren nicht zu erkennen<sup>56</sup>. Darüber hinaus stiessen Ritters Darstellungsmethode, sein quellenkritisches Vermögen sowie die Interpretation des politischen Wirkens Goerdelers und dessen Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen bei grundsätzlichem Lob seines Buches<sup>57</sup>, in Einzelfällen auf berechtigte Kritik<sup>58</sup>. Rezensenten problematisierten, dass Ritter Goerdeler gegenüber den anderen Widerständlern «wahrscheinlich mit einer gewissen Verzerrung der Proportionen»<sup>59</sup> zur zentralen Figur emporhob<sup>60</sup>, in deren Folge andere Träger des Widerstandes wie Beck, Stauffenberg, der Kreisauer Kreis und Popitz «in zu ungünstigem Licht» erscheinen<sup>61</sup>. Ritter transportierte in der Tat die bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Ressentiments, die zwischen einzelnen Trägern des Widerstandes bestanden hatten, in seine Darstellung und Wertung. Für Herzfeld war es überhaupt fraglich, «ob die hier gewählte Konzentration der Widerstandsgeschichte auf eine Mittelfigur dem letzten Wesen der Vorgänge gerecht wird.»<sup>62</sup> Michael Freund bemängelte die fehlende kritische Distanz Ritters bei der Beurteilung des politischen Wirkens Goerdelers. «Die Auffassungen über die Möglichkeiten deutscher Politik bei

<sup>54</sup> Herzfeld, *Zwei Werke*, S. 329.

<sup>55</sup> Margret Boveri, *Der Verrat im 20. Jahrhundert, Für und gegen die Nation*, Bd. 2, Hamburg 1956, S. 7.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>57</sup> Vgl. u.a. Paul Sethe, *Carl Goerdelers letzte Monate*, in: FAZ, 22.1.1955; Curt Bley, *Karl Goerdeler in der Todeszelle*, in: *Die Welt am Sonntag*, 16.1.1955; Golo Mann, *Carl Goerdeler*, in: *Merkur* 9(1955)7, S. 670-676 und Braubach, *Zeitgeschichtliche Veröffentlichungen*, S. 254ff.

<sup>58</sup> Vgl. Herzfeld, *Zwei Werke*, S. 325-332; Margret Boveri, *Goerdeler und der deutsche Widerstand*, in: *Aussenpolitik* 6(1955)2, S. 73-85; dies., *Verrat*, insbes. S. 24-29 und Freund, *Michael, Revolutionär wider Willen (Carl Goerdeler)*, in: *Die Gegenwart* 10(1955), Nr. 227 vom 12. Februar, S. 106-109.

<sup>59</sup> Freund, *Revolutionär wider Willen*, S. 106.

<sup>60</sup> Vgl. Herzfeld, *Zwei Werke*, S. 329.

<sup>61</sup> Braubach, *Zeitgeschichtliche Veröffentlichungen*, S. 256f.; Boveri, *Goerdeler*, S. 79; Herzfeld, *Zwei Werke*, S. 331 und Mann, *Carl Goerdeler*, S. 672.

<sup>62</sup> Herzfeld, *Zwei Werke*, S. 330.

Goerdeler und Ritter gehen manchmal so elementar auseinander, dass in Ritters Buch die Bejahung des Menschen Goerdeler und die Kritik an seinen konkreten Plänen oft zu unvermittelt nebeneinander stehen. Ritter lässt immer von der menschlichen Persönlichkeit versöhnliches Licht auf die politischen Schwächen fallen.»<sup>63</sup> Herzfeld schien insbesondere Ritters Präsentation der Materialien aus der Haft problematisch, weil sie sich «mit dem Versuch einer psychologischen Deutung, die nun vielleicht doch die Grenzen der möglichen rationalisierenden Interpretation streift»<sup>64</sup>, vermischte.

Damit fehlte immer noch eine historisch-kritische Analyse der Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen Goerdelers, obwohl sie seit den diesbezüglichen Diskussionen in der zweiten Hälfte der 40er Jahre längst überfällig war. Auch das zu jener Zeit bereits thematisierte Problem der Entstehung bürgerlichen Widerstandes im Spannungsverhältnis von Kooperation und Opposition blieb unbeantwortet, da Ritter mit seiner Darstellung den Eindruck erweckt hatte, dass Goerdeler trotz gewisser Affinitäten zum Nationalsozialismus, sich im Prinzip seit 1933 in Opposition zum System bewegte. Freund gab sich deshalb nicht mit der schmalen Darstellung des Wirkens Goerdelers in der NS-Zeit zufrieden: «Man erfährt beinahe zu wenig aus Ritters Buch über das Verhalten Goerdelers zum Dritten Reich in den Jahren 1933-1937.» Die breite Darstellung der Junikrise 1934 und der Frisch-Blomberg-Krise 1938 konnten dieses Defizit seiner Meinung nach nicht ausfüllen, denn «diese Krisen werden geschildert ohne Zusammenhang mit dem Leben Goerdelers, und sie werden nicht im Licht dieses Lebens gesehen.»<sup>66</sup>

Diese Verkürzungen waren nicht nur der Quellenlage geschuldet, sondern resultierten vornehmlich aus der moralisch-ethischen Akzentuierung des Buches. Dieser Ansatz vermochte ebensowenig wie die ideologisch intendierte DDR-Forschung, Goerdelers Weg in den Widerstand schlüssig zu erklären.

Die kritisch angemerkten Defizite des Goerdeler-Buches initiierten vorerst keine neuen Untersuchungen zu Goerdeler. Die bundesdeutsche Wissenschaft gab sich mit dem von Ritter entworfenen Persönlichkeitsbild und der Darstellung des politischen Wirkens Goerdelers zufrieden, denn Historiker übernahmen mit wenigen Ausnahmen in der Folgezeit meist unbedenken dessen Ergebnisse<sup>67</sup>. Eine wichtige, frühe

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 328.

<sup>65</sup> Freund, *Revolutionär wider Willen*, S. 106.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Vgl. u.a. Reiner Pommerin, Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945), in: Kurt Jeserich, Helmuth Neuhaus (Hrsg.), *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945*, Stuttgart, Berlin u.a. 1991, S. 402-405; Erich Kosthorst, Carl Friedrich Goer-

Ausnahme war die Sicht, die Boveri auf das Wirken Goerdelers in ihrem Buch «Der Verrat im 20. Jahrhundert», entwickelte, die aufgrund des prozessorientierten Ansatzes für die Erklärung von Widerstand im Prinzip als «Antiritter» interpretiert werden kann.

Wie energisch auf die kritischen Einwände gegen das ethisch-moralische Goerdeler-Bild reagiert wurde, zeigt die Entgegnung Ritters zum Buch von Boveri, in der er seine Positionen zu Unrecht verteidigte<sup>68</sup>.

Ein weiterer Beleg ist die durch die Buchbesprechung von Michael Freund ausgelöste, im Grunde unfruchtbare Diskussion<sup>69</sup>, deren Gegenargumente im Kern darauf hinausliefen, dass der Autor das Andenken Goerdelers herabsetzte. Wesentliche Ansatzpunkte für eine derartige Position bildete die Auffassung Freunds, dass dem Widerstand des Jahres 1938 eine reale Gelegenheit zum Handeln und konkrete Vorstellungen über die technisch-organisatorische Durchführung fehlten sowie dessen Interpretation des Verhaltens Goerdelers in der Haft und seiner in dieser Zeit verfassten Briefe, Denkschriften und Notizen. Diese Debatte verdeutlicht, insbesondere durch die persönliche Schärfe, mit der sie sich zuspitzte, auf welche Widerstände eine historisch und politisch kritische Sicht auf die Widerstandsgeschichte in der Bundesrepublik, insbesondere bei Zeitzeugen, stossen konnte.

In der DDR prägte sich das Goerdeler-Bild nach dem Erscheinen der Goerdeler-Biographie in der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit Ritter weiter aus. Dieser Vorgang wurde stark durch die zunehmende Ost-West-Konfrontation beeinflusst. Dadurch war die wissenschaftliche und publizistische Beschäftigung mit Goerdeler im Wesentlichen auf die «Auseinandersetzung» mit dem «Gegner» Bundesrepublik abgestellt. Das führte zur Gleichsetzung von Goerdelers politischer Program-

deler, in: Rudolf Lill, Heinrich Oberreuter (Hrsg.), 20. Juli – Porträts des Widerstands, Düsseldorf, Wien 1984, S. 111-133; Hans-Dieter Krahl, Goerdelers Auffassungen zu Staat und Gesellschaft dargelegt an seinen literarischen Arbeiten, Solingen 1969 (MS); Richard Breyer, Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze, in: Zeitschrift für Ostforschung, 13(1964)1/2, S. 198-208 und Gustav Giere, Carl Goerdeler 1884-1945, in: Männer der deutschen Verwaltung, Köln, Berlin 1963, S. 349-365.

<sup>68</sup> Die Welt, 3.11.1956.

<sup>69</sup> Vgl. Freund, Revolutionär wider Willen; ders., «Revolutionär wider Willen». Ein Briefwechsel über Carl Goerdeler, in: Die Gegenwart 10(1955), Nr. 228, S. 142-145; Carl Goerdeler (Fortsetzung des Briefwechsels zwischen Constantin von Dietze und Michael Freund), in: ebenda, Nr. 230, S. 201-202; Franz Böhm, Revolutionär wider Willen?. Zur Auseinandersetzung über Carl Goerdeler und den 20. Juli, in: ebenda, S. 262-267; Ulrich Teichmann, «Revolutionär wider Willen», in: ebenda, Nr. 235, S. 362-363; F(reund), M(ichael), Das Duell im Dschungel. Noch ein Wort zum Fall Goerdeler und der 20. Juli, in: ebenda, Nr. 237, S. 427-430 und Franz Böhm, Widerstandsbewegung oder Revolution? Carl Goerdelers Kampf gegen Hitler, in: Der Monat 7(1955)81, S. 220-228. S. auch den Briefwechsel zwischen Constantin von Dietze und Michael Freund, in: BA NL 166, Nr. 122.

matik und bundesdeutscher politischer Wirklichkeit: «Die reaktionäre, arbeiterfeindliche Zielsetzung der Verschwörung vom 20. Juli ist heute deutlich im Adenauer-schen Separatstaat in ihrer Teilverwirklichung zu erkennen. Mag die Innenpolitik Adenauers auch manche Variante aufweisen, in den Grundzügen deckt sie sich mit der Konzeption Goerdelers.»<sup>70</sup> In diesem Tenor wurde Goerdeler sogar als ein «Apologet der faschistischen Nahostexpansion und Vorläufer des Bonner Neokolonialismus» defamiert<sup>71</sup>.

Das Ritter-Buch brachte für die DDR mangels eigener Forschung einen Kenntniszuwachs, der das Goerdeler-Bild schärfer und konturenreicher machte. Gleichzeitig wurde aber Goerdelers individuelle Entwicklung nicht aus den historischen Zeithorizonten heraus interpretiert, sondern es kam zu geschichtspolitischen Konflikten und dem Versuch, durch Umdeutungen politische und staatliche Selbstlegitimation zu stiften.

Ritters hatt eine solche Reaktion der DDR dadurch provoziert, dass er Kommunisten und Sozialdemokraten aus dem Widerstand ausgrenzte und Goerdelers Verfassungspläne verzeichnete. Seiner Auffassung nach war der von Goerdeler konzipierte Staat «ganz entschieden ein Volks-, ja man kann sagen ein Arbeiterstaat»<sup>72</sup>.

DDR-Historiker setzten genau an diesen beiden, auch von bundesdeutschen Berufskollegen und Journalisten kritisierten<sup>73</sup> Schwachpunkten der Goerdeler-Biographie Ritters an<sup>74</sup>. Für die DDR bedeuteten solche Deutungen einen Angriff auf das eigene Geschichtsbild, in dem der kommunistische Widerstand unverhältnismässig überbetont wurde. Ausserdem rüttelten sie am erklärten Selbstverständnis als «Arbeiter- und Bauernstaat».

Insbesondere Hans Dress untersuchte die Ordnungs- und Gesellschaftsvorstellungen Goerdelers und setzte sich kritisch mit deren Interpretation durch Ritter auseinander<sup>75</sup>. Er kam zu dem Ergebnis, dass sie einen anti-demokratischen und reaktio-

<sup>70</sup> Wilhelm Funder, Die Revolution vom 20. Juli 1944, in: Die Nation (1955)7, S. 500.

<sup>71</sup> Vgl. Johannes Glasneck, Carl Goerdeler – Apologet der faschistischen Nah-Ost Expansion und Vorläufer des Bonner Neokolonialismus, in: ZfG 11(1963)8, S. 1490-1504.

<sup>72</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 288.

<sup>73</sup> Vgl. Herzfeld, Zwei Werke, S. 330f; Boveri, Goerdeler, S. 82ff. und Braubach, Zeitgeschichtliche Veröffentlichungen, S. 255.

<sup>74</sup> Walter Nimtz, Eine Verschwörung von Militaristen. Zu dem Buch von Prof. Gerhard Ritter über Goerdeler, in: ND, 10.9.1955 und Rolf Rudolf, Gerhard Seifert, Rez. zu Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, in: ZfG 4(1956)1, S. 188-202.

<sup>75</sup> Hans Dress, Die Verfassungspläne Goerdelers in der Darstellung der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. 11. 1957 in zwei Bden, Bd. II, Berlin 1958, S. 403-409. Vgl. auch ders., Der antidemokratische und reaktionäre Charakter der Verfassungspläne

nären Charakter tragen. «Alle für einen imperialistischen Staat charakteristischen Merkmale bei der Gestaltung des Systems der Staatsorgane, wie Unterordnung des Staatsapparates unter die Monopole, bürokratischer Zentralismus, Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus und Zurückdrängung des Parlaments zugunsten der Exekutivgewalt sowie die faktische Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung lassen sich bei dem von Goerdeler geplanten Zukunftsstaat (...) feststellen.»<sup>76</sup> An die Stelle der Weimarer Verfassung von 1919 wollte Goerdeler «ein indirektes, begrenztes Mehrheitswahlrecht, die Beschränkung der politischen Parteien, die Entmachtung des Reichstages, ein Reichsständehaus als reaktionäre zweite Kammer, eine parlamentarisch unverantwortliche und allmächtige Regierung sowie stark beschnittene Grund- und Freiheitsrechte setzen.»<sup>77</sup>

Diese faktischen Ergebnisse sollten vor den Resultaten späterer Forschungen standhalten, nicht aber die Wertungen. Als Massstab der Beurteilung wurde das sozialistische Gesellschaftsmodell der DDR zugrunde gelegt. Die von Goerdeler konzipierten bürgerlichen Grundrechte hätten nur die Funktion, «seinen Zukunftsstaat demokratisch zu verbrämen»<sup>78</sup>. Seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Plänen fehlten «sozialökonomische Grundrechte für die Werktätigen, wie z.B. das Recht auf Arbeit, Erholung, materielle Altersversorgung, Versorgung im Krankheits- und Invaliditätsfall (...), selbst eine auch im kapitalistischen Staat so selbstverständliche Errungenschaft der Arbeiterklasse wie das Streikrecht»<sup>79</sup>. Ausserdem mangle es seinen Ordnungsvorstellungen an Überlegungen zur demokratischen Bodenreform<sup>80</sup>.

Der Erkenntnisgewinn eines solchen Ansatzes für die Widerstandsforschung war zwangsläufig gering, weil sich das Ergebnis darauf beschränkte, dass Goerdeler einem ihm fremden, von aussen aufgesetzten Wertungsmassstab nicht genügte. Ungeklärt blieben die ideengeschichtlichen Hintergründe und der Erfahrungshorizont der Weimarer Republik als Erklärung für Goerdelers rückwärtsgewandte Konzeptionen. Damit konnte die DDR-Geschichtswissenschaft das Goerdeler-Bild nicht ernsthaft bereichern.

Die geschichtspolitische Dimension der durch Ritters Goerdeler-Biographie ausgelösten Deutungskontroverse besiegelte in der DDR den Ausschluss Goerdelers aus den Reihen der Regimegegner. Dress erbrachte mit seinen Untersuchungen den

Goerdelers, in: ZfG 5(1957)6, S. 1134-1159 und ders., Die Stellung der Gemeinden und Kreise, S. 607-619.

<sup>76</sup> Dress, Die Verfassungspläne, S. 404.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 409.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 407ff.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 408.

<sup>80</sup> Dress, Der antidemokratische und reaktionäre Charakter, S. 1137.



«Beweis», dass Goerdelers Verfassungspläne nicht mit der Verfassungsrealität der DDR in Übereinstimmung zu bringen wären. Er stellte Goerdeler in eine fragwürdige und belastete Tradition, die die DDR nicht als ihre Wurzel ansah. Das Fazit der DDR-Forschung war vernichtend:

«Goerdeler und seine Anhänger suchten die Widerstandsbewegung hauptsächlich im Interesse des geschlagenen deutschen Militarismus auszunutzen. Sie waren weder Helden des Widerstandes, noch verkörperten sie die wahrhaft *antifaschistische deutsche* Widerstandsbewegung gegen die Hitlerlyrannei.»<sup>81</sup> In der Bundesrepublik rückte die Untersuchung der politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen Goerdelers und deren politische sowie geistesgeschichtliche Traditionen mit der inhaltlichen Neuakzentuierung der Widerstandsforschung seit Anfang der 60er Jahre in den Vordergrund. Wilhelm von Schramm publizierte 1965 mit forschungsstimulierender Wirkung zwei zentrale Denkschriften des Widerstandes, «Das Ziel» (1941) und «Der Weg» (1944), Ergebnisse der fruchtbaren Zusammenarbeit von Goerdeler und Beck<sup>82</sup>. Ein Jahr später setzten sich Hans Mommsen und Hermann Graml in zwei Studien über die gesellschafts- und aussenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes auch kritisch mit Ritters Interpretationen der Goerdeler-Denkschriften auseinander<sup>83</sup>. Mommsen machte deutlich, dass Goerdelers Verfassungsgedanken «bestimmte autoritäre Züge»<sup>84</sup> trug. Sie standen in Gegensatz zum parlamentarischen Prinzip, zum parteienstaatlichen Pluralismus, und fussten auf berufsständisch-korporativistische Ideengänge. Sie folgten der Vision einer konfliktfreien Ordnung und einer prinzipiell gemeinwohlorientierten Politik. Diese Deutungen der politischen Vorstellungen Goerdelers dürften wohl kaum im Sinne Schramms gewesen sein, der in der umfangreichen Einleitung zu seiner Quellenpublikation Goerdelers Staatskonstruktionen eine «zeitgerechte Verfassung» nannte und den Denkschriften grösste Bedeutung für die «deutsche und europäische Zukunft» zusprach<sup>85</sup>.

<sup>81</sup> Hervorhebung im Original. Rudolph, Seifert, Rez. zu Gerhard Ritter, S. 202.

<sup>82</sup> Wilhelm Ritter von Schramm (Hrsg.), Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941-1944, München 1965. Der Einfluss dieser Quellenpublikation auch auf die Beurteilung Goerdelers in der DDR ist unverkennbar. Vgl. Finker, Stauffenberg, insbes. S. 136-159.

<sup>83</sup> Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner, Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln, Berlin 1966, S. 73-167 und Hermann Graml, Die aussenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: ebenda, S. 15-72.

<sup>84</sup> Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, S. 133.

<sup>85</sup> Schramm, Gemeinschaftsdokumente, S. 36.

Die Ergebnisse Gramls konterkarierten die Einschätzungen der aussenpolitischen Konzepte Goerdelers durch die Forschung der Bundesrepublik. Sie hatte bis dahin Goerdelers nationalistisch-konservatives Grossmachtdenken verteidigt<sup>86</sup>. Graml konstatierte dagegen schlüssig, dass Goerdelers territoriale Ziele «zwar nichts mit den eigentlichen Zielen Hitlers zu tun haben mochten», doch «mit der gleichzeitig proklamierten Versöhnung zwischen Deutschland und Europa schon damals kaum vereinbar zu sein schienen.»<sup>87</sup>

Die Bedeutung der Arbeiten von Mommsen und Graml liegt darin, dass sie die richtungspolitischen Unterschiede des nichtkommunistischen Widerstandes erhellten und damit zum Aufbrechen der monolithischen Vorstellungen vom Widerstand beitrugen. Dabei wurde sehr deutlich, dass der bürgerlich-aristokratische Widerstand mit seinen konkreten Vorstellungen und Zielsetzungen nicht die Wiege liberal-demokratischen Denkens und damit nicht als der geistige Vorläufer der Bundesrepublik angesehen werden konnte.

Anfang der 60er Jahre flackerte auch in der DDR das Interesse an Goerdeler kurz auf. Das war weniger eine Folge der mit dem «Wandel durch Annäherung» in der Deutschlandpolitik, dem kurzzeitigen politisch-ideologischen Tauwetter in der Sowjetunion mit seinen Auswirkungen auf die DDR und der fortschreitenden Konsolidierung der beiden deutschen Staaten sich abzeichnenden Umbewertung des 20. Juli in der DDR. Vielmehr schien es eine Spätfolge der durch Ritters Goerdeler-Biographie ausgelösten Kontroverse gewesen zu sein, denn Goerdeler blieb von den Korrekturen bisheriger DDR-Deutungen des 20. Juli nahezu unberührt. Offizielle «Orientierungshilfen» für die Forschung rechneten ihn im Gegensatz zu Stauffenberg nach wie vor zu den «extremen Reaktionären»<sup>88</sup>. Dieses zweierlei Mass in der Bewertung des bürgerlichen Widerstandes, insbesondere das gegenseitige Ausspielen von Stauffenberg und Goerdeler im Sinne von «fortschrittlich» und «reaktionär» trat bereits seit Ende der 50er Jahre hervor<sup>89</sup>. Die Presse brachte es später auf den Punkt: «Die DDR vereinnahmt Graf Stauffenberg und stempelt Carl Goerdeler zum Reaktionär»<sup>90</sup>. Auch die 1967 erschienene erste Stauffenberg-Biographie der DDR,

<sup>86</sup> Vgl. Richard Breyer, Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze, in: Zeitschrift für Ostforschung, 13 (1964) 1/2, S. 198-208; Wilhelm Ritter von Schramm, Zur aussenpolitischen Konzeption Becks und Goerdelers, in: PuZ 14 (1964) B 29, S. 29-45 und ders., Goerdelers grosses Ostprogramm. Das Vermächtnis der Widerstandsbewegung von 1944, in: Der europäische Osten 10(1964), S. 110.

<sup>87</sup> Graml, Die aussenpolitischen Vorstellungen, S. 16.

<sup>88</sup> Konzeption zur Darstellung der Verschwörung vom 20. Juli 1944, in: Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg». Hrsg. v. Institut für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften, (1965) 1 S. 37f. und 44f.

<sup>89</sup> Vgl. Reich, «Lange Zeit...», S. 151f.

die für die Ausformung des Widerstandsbildes der DDR insgesamt grosse Bedeutung hatte<sup>91</sup>, folgte diesem Ansatz<sup>92</sup>.

Die ostdeutschen Forschungsarbeiten über Goerdeler aus den frühen 60er Jahren basierten erstmalig auf der Grundlage von archivalischen Primärquellen und nicht wie bisher ausschliesslich auf der Basis der vorhandenen «West-Literatur». Es erschien eine Quellenpublikation<sup>93</sup>, die jedoch weder Konsequenzen für die Deutung hatte noch weitergehende Forschungen anregte.

Diese Arbeiten dokumentieren nur insofern einen Wandel in der Perspektive der DDR-Goerdelerforschung, – als sich der Blick weg von den Motiven und den Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen Goerdelers hin zu dessen Wirkungsgeschichte in den 30er Jahren richtete. Korrekturen in der Bewertung hatte das jedoch nicht zur Folge.

Axel Laise gab 1962 im Rahmen einer Examensarbeit, die an der Universität Leipzig, Abteilung Deutsche Landesgeschichte, entstanden war, einen groben, dem Charakter der Arbeit entsprechenden Abriss über das Wirken Goerdelers in diesen Jahren<sup>94</sup>. Er konzentrierte sich entsprechend der Dichte des überlieferten Materials auf Goerdelers Wahl zum Leipziger Oberbürgermeister 1930 und die Reaktionen der Parteien auf das neue Stadtoberhaupt, auf die städtische Finanzpolitik, die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 und die Gleichschaltung im Bereich der Leipziger Kommunalverwaltung sowie den Rücktritt Goerdelers im Zusammenhang mit dem Abriss des Mendelssohn-Denkmal 1936. Im Jahre 1963 versuchte Manfred Unger in einem Artikel über «Die 'Endlösung' in Leipzig», die Haltung Goerdelers zur nationalsozialistischen Judenpolitik während dessen Amtstätigkeit als Leipziger Oberbürgermeister in den Jahren 1933 bis 1936 zu fassen<sup>95</sup>. Im gleichen Jahr beschäftigte sich Johannes Glasneck mit der nach dem Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt einsetzenden Reisetätigkeit Goerdelers in den Jahren 1937 bis 1939<sup>96</sup>.

<sup>90</sup> Deutsche Zeitung, 20.7.1979.

<sup>91</sup> Vgl. Ines Reich, Das Bild vom deutschen Widerstand in der Öffentlichkeit und Wissenschaft der DDR, in: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S. 565ff.

<sup>92</sup> Vgl. Finker, Stauffenberg, insbes. S. 136-159.

<sup>93</sup> Carl Goerdeler, Schlussbetrachtungen über die Reise Nordafrika, Vorderasien. Reisebericht vom 6. August 1939, eingeleitet von Johannes Glasneck, in: Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg», (1965)4, S. 19-27.

<sup>94</sup> Axel Laise, Das Wirken Carl Goerdelers in den Jahren 1930-1936, Staatsexamensarbeit, Universität Leipzig 1962, 45 MS.

<sup>95</sup> Manfred Unger, Die «Endlösung» in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933-1945, in: ZfG 11(1963)5, S. 941-951.

<sup>96</sup> Glasneck, Carl Goerdeler – Apologet, S. 1490-1504.

Der faktische Erkenntniszuwachs dieser Arbeiten büsste seinen Wert dadurch ein, dass er nicht zu neuen Einsichten in die Entwicklung Goerdelers in den Widerstand führten, sondern aufgrund der bestehenden Interpretationsschemata hauptsächlich als Beleg für ohnehin getroffene, abwertende Einschätzungen diente. Die unreflektierte Gleichsetzung von bürgerlich-konservativer und nationalsozialistischer Politik blockierte nach wie vor den Erkenntnisprozess. Laise resümierte: «Aus der Darstellung sollte klar werden: Goerdeler und die Faschisten hatten eine gemeinsame Klassengrundlage und daher gemeinsame Ziele. Schon während seiner Tätigkeit in Leipzig prägten sich bei Goerdeler die Tendenzen und Ansichten aus, die er 1944 als Reichskanzler im grossen Massstab zu verwirklichen gedachte: Abbau der demokratischen Rechte, Unterdrückung und Ausplünderung der Arbeiterklasse, Antikommunismus usw. – Die Differenzen mit Hitler waren taktischer, nicht grundsätzlicher Art.»<sup>97</sup> Solche Resultate trugen zur weiteren negativen Kontrastierung des Goerdeler-Bildes in der DDR bei. Sie besiegelten aufgrund der starken Ausstrahlung der politisch-ideologischen Interpretationsmuster der Widerstandsforschung auf andere Bereiche der Geschichtswissenschaften auch die Ausgrenzung Goerdelers aus der Stadtgeschichtsschreibung Leipzigs.

Die bundesdeutschen Wissenschaft reagierte auf die Goerdeler-Forschung der DDR, obwohl sie in der Bundesrepublik forschungsmässig völlig unterbelichtete Problemkreise aufgegriffen hatte, nur verhalten. Das lag vermutlich an der politisch-ideologischen Verzeichnung der präsentierten Ergebnisse. Als einzige Gegendarstellung kann eine Quellenpublikation von Helmut Krausnick im Jahre 1963 in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte angesehen werden. Er veröffentlichte in Reaktion auf Unger eine maschinenschriftliche Aufzeichnung Goerdelers über die Deportation von Leipziger Juden Anfang 1942, die dessen zweifellose Verurteilung der Judenverfolgung spiegelt<sup>98</sup>. Unger hatte durch Ritter, der das Problem Antisemitismus bei

<sup>97</sup> Laise, *Das Wirken Carl Goerdelers*, S. 28. Zu ähnlichen Einschätzungen gelangte Unger: «Auf der Ebene des Rates der Stadt wurde schon durch die Wahl Goerdelers zum Oberbürgermeister im Jahre 1930 dem Faschismus der Weg geebnet. Angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes in der Weltwirtschaftskrise bot Goerdeler als Prototyp des reaktionären preussischen Beamten der Leipziger Bourgeoisie die Gewähr, das 'Gemeinwesen im Sinne der bürgerlichen Gesellschaftsordnung' zu führen (...) Antikommunist und Revanchist, der er war, fiel es ihm nicht schwer, sich 1933 die Parolen der Nazis zu eigen zu machen.» Unger, *Die «Endlösung»*, S. 941 f.

<sup>98</sup> Helmut Krausnick, *Goerdeler und die Deportation der Leipziger Juden*, in: *VfZ* 13(1965)3, S. 338-339.

Goerdeler fast vollständig ausgeklammert hatte», herausgefordert, dessen antisemitische Ressentiments eindimensional überbetont.

Damit waren bereits Anfang der 60er Jahre die beiden gegensätzlichen Positionen im Streit um Goerdelers Antisemitismus und die motivationsstiftende Kraft der nationalsozialistischen Judenpolitik für die Entstehung seines Widerstands markiert, ohne dass das Problem bis heute einer annähernd hinreichenden Klärung zugeführt wurde.

Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre stagnierte die Goerdeler-Forschung in beiden deutschen Staaten gleichermaßen. In der Bundesrepublik wurde die Widerstandsforschung thematisch seit der Wende der 60er zu den 70er Jahren aufgefächerter. Der linke Widerstand, besonders auch auf lokaler und regionaler Ebene, wurde intensiver untersucht. Ausserdem vollzog sich ein Perspektivwechsel weg vom Widerstand der gesellschaftlichen und politischen Eliten hin zur sozialgeschichtlichen Analyse des Verhaltens breiter sozialer Schichten im NS-Regime. Repräsentativ für einen derartigen Ansatz ist das 1973 vom Münchener Institut für Zeitgeschichte begonnene Projekt «Bayern in der NS-Zeit».

Diese Veränderungen bedeuteten aber keineswegs eine Vernachlässigung des Widerstands des 20. Juli. Auf der Grundlage einer breiten Quellenbasis entstanden viele umfassende Einzelbiographien von Offizieren und Beamten der Bewegung des 20. Juli 1944. Sie zeigten den Prozesscharakter der Entwicklung von anfänglicher Loyalität gegenüber dem NS-Regime über mehrere Stufen der Distanzierung bis hin zum grundsätzlich auf den Umsturz abzielenden Widerstand. Vor diesem Hintergrund wurde jedoch eine neue wissenschaftliche Biographie über Goerdeler nicht in Angriff genommen. Selbst die 1974 in England erschienenen '«X'-Documents»<sup>100</sup> über die geheimen Kontakte Goerdelers mit britischen Industriellen und Regierungsvertretern konnte keine stimulierende Wirkung entfalten. Die Forschung wurde vermutlich von den vornehmlich politisch-moralisch geführten Diskussionen um die Bewertung Goerdelers gehemmt. Erst in den 80er Jahren wertete Michael Krüger-Charlé die «X»-Documents – neben vielen anderen Quellen – für die Goerdelerforschung aus und präsentierte seine Ergebnisse 1986 in einem vielbeachteten Vortrag<sup>101</sup>.

<sup>99</sup> Ritter erweckte in der Goerdeler-Biographie mit seinen knappen Verweisen auf die Kritik Goerdelers an der nationalsozialistischen «Judenpolitik» den Eindruck, dass dieser seit 1933 aus einer vorurteilsfreien Einstellung zu Juden heraus ein Gegner antisemitischer Politik war. Diese Auffassung unterstrich er mit der Darstellung und Deutung von Goerdelers Neuordnungsplänen für Juden. Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 68, 75, 79 und 81.

<sup>100</sup> «The 'X'-Documents», The Secret History of Foreign Office Contacts with the German Resistance, ed. Sidney Aster, London 1974.

<sup>101</sup> Michael Krüger-Charlé, Carl Goerdeler and Great Britain 1937-1939: A Revision of Versailles without a Great War, Vortragsmanuskript, Leeds Mai 1986.

1989 erschien dann die deutschsprachige Ausgabe der '«X'-Dokumente» mit einem längeren Nachwort von Helmut Krausnick, der die Kontakte Goerdeler zu Grossbritannien in den Jahren 1937 und 1939 untersuchte<sup>102</sup>.

In der DDR blieb der bürgerliche Widerstand, obwohl sich seit Mitte der 60er Jahre durch die veränderte politische Situation eine neue und eigenständige Forschung zum 20. Juli etabliert hatte, immer ein Randgebiet<sup>103</sup>. Die politisch-ideologische Ausrichtung der Wissenschaft liess keine intensive Beschäftigung mit dem Thema zu. Erst Ende der 70er Jahre griffen die Leipziger Historiker Helmut Arndt und Detlef Ziegls Goerdeler als Thema wieder auf – dies jedoch nicht in einer biographischen oder widerstandshistorischen Untersuchung, sondern im Rahmen einer Studie über die Kommunalpolitik der Leipziger KPD in den Jahren 1929 bis 1933<sup>104</sup>. Ausser fakologischem Erkenntnisgewinn bestätigte diese Arbeit nur die früheren Auffassungen der DDR-Geschichtswissenschaft über Goerdelers Wirken in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Einer angemessenen Wertung und Würdigung Goerdelers stand nach wie vor die mangelnde Kritikfähigkeit und Scheu der Geschichtswissenschaft der DDR entgegen, Fehler und Irrtümer sowie Wandlungen und Modifikationen offen zu benennen<sup>105</sup>.

Mit einer Renaissance der Widerstandsforschung in beiden Staaten seit Mitte der 80er Jahre ging eine Neubelebung des wissenschaftlichen Interesses an Goerdeler sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR einher. Im Ergebnis dieser Entwicklung wurde Goerdeler differenzierter betrachtet.

In der Bundesrepublikversuchte Krüger-Charlé, dem Neuanatz der Forschungen zum bürgerlichen Widerstand seit den 70er Jahren folgend, den Prozesscharakter der sich in Stufen vollziehenden Entwicklung Goerdelers in die Opposition in ihrem Spannungverhältnis von Kooperation und Konfrontation nachzuzeichnen<sup>106</sup>. Auch die Arbeiten des DDR-Historikers Werner Bramke waren von diesem theoretisch-methodischen Ansatz beeinflusst<sup>107</sup>.

<sup>102</sup> A.P. Young, Die «X»-Dokumente, Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939, hrsg. von Sidney Aster, München, Zürich 1989.

<sup>103</sup> Vgl. Reich, Das Bild vom deutschen Widerstand, S. 566ff.

<sup>104</sup> Arndt, Ziegls, Zur revolutionären Kommunalpolitik, S. 33-55.

<sup>105</sup> Vgl. Olaf Groehler, Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite, in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.), Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992, S. 416.

<sup>106</sup> Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 383-404.

<sup>107</sup> Werner Bramke, Carl Goerdelers Weg in den Widerstand, in: Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitteilungen 3/1991, S. 17-30 und ders., Führend im Widerstand: Georg Schuhmann und Carl Goerdeler, in: Sächsische Heimatblätter 1990, H. 2, S. 90. Die Bedeutung

Der durch diese Studien angebahnten neuen Sichtweise wurde mit der unveränderten Neuauflage Ritters Goerdeler-Biographie im Jahre 1984 und des aus persönlicher Nähe und reflektierter Erinnerung geschriebenen Lebensbildes von Marianne Meyer-Krahmer, der ältesten Tochter Goerdelers, die alten moralisch-politischen Deutungen entgegengesetzt.

In den 90er Jahren erschienen aus Anlass des 50. Jahrestages des 20. Juli 1944 ein Aufsatz über Goerdeler von Hans-Ulrich Thamer, der an den von Krüger-Charlé präsentierten theoretisch-methodischen Ansatz anknüpfte<sup>09</sup>, und eine Monographie über die Auslandsbeziehungen des deutschen Widerstandes von Klemens von Klemperer<sup>10</sup>.

Abschliessend soll der Forschungsstand in den wichtigsten strittigen Punkten zusammengefasst werden:

*Erstens* gehen die Auffassungen über die Haltung, die Goerdeler 1933 zum Nationalsozialismus in Regierungsverantwortung einnahm, auseinander. Krausnick behauptete, dass Goerdeler 1933 nicht mit «einer diktatorischen Lösung der Staatskrise»<sup>1</sup> sympathisierte. Meyer-Krahmer meinte mit gewissen Einschränkungen, dass ihr Vater von Anfang an dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand<sup>2</sup>. Diese Position ähnelt der Auffassung Ritters, der, obwohl er Gemeinsamkeiten in zentralen

aller in der DDR seit Mitte der 80er Jahre entstandenen Aufsätze und Artikel, die sich mit Goerdeler beschäftigten, liegt weniger im Erkenntniszuwachs als mehr in der Korrektur bisheriger DDR-Einschätzungen, indem genuine Bewertungskriterien für den bürgerlich-aristokratischen Widerstand aus Sicht der DDR schrittweise aufgegeben wurden. Vgl. Wolfgang Ebert, ...eine grosse vaterländische Tat, in: Volksarmee (1989) 29; Werner Fahlenkamp, Deutsche in Entscheidungssituationen, in: Der Morgen, 20.7.1989; Kurt Finker, Das Programm Carl Goerdelers – eine bürgerliche Alternative zum Krieg? (unveröffentlichter Diskussionsbeitrag auf der wissenschaftlichen Konferenz «Phänomene der Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert» vom 31. August bis 3. September 1989 in Berlin, Kopie im Besitz d. Verf.); Werner Bramke, Das Vermächtnis des 20. Juli 1944, in: LVZ, 20.7.1984; Kurt Finker, Der Platz des 20. Juli 1944 in der Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR. 1985/1-11, S. 19ff.

<sup>108</sup> Marianne Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters, Freiburg i. Br. 1989.

<sup>109</sup> Hans-Ulrich Thamer, Carl Friedrich Goerdeler – Der Motor des konservativ-bürgerlichen Widerstandes, in: Klemens von Klemperer, Enrico Syring, Rainer Zitelmann (Hrsg.), «Für Deutschland». Die Männer des 20. Juli, Frankfurt a. M.» Berlin 1994, S. 71-93.

<sup>110</sup> Klemens von Klemperer, Die verlassenen Verschwörer, Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945, Berlin 1994.

<sup>111</sup> Young, Die «X»-Dokumente, S. 274.

<sup>112</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 75.

innen- und aussenpolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten und Goerdelers sah, dennoch den Eindruck erweckte, dass Goerdeler von Beginn an Vorbehalte gegen den Nationalsozialismus hatte und mit den Nationalsozialisten nur aus der Grundüberzeugung zusammenarbeitete, «Schlimmeres verhüten zu müssen»<sup>113</sup>, wie es Krüger-Charlé später treffend formulierte. Mit diesem Argument erklärte auch Meyer-Krahmer das Verbleiben ihres Vaters im Amt 1933<sup>114</sup>.

Diese Deutungen bringen zum einen die Schwierigkeit mit sich, nicht überzeugend genug darlegen zu können, warum Goerdeler in den ersten Jahren dennoch mit den Nationalsozialisten «vertrauensvoll» zusammengearbeitet hat, wenn die politischen Vorbehalte so ausgeprägt waren, wie suggeriert wird. Zum anderen entsteht die Gefahr, eine Kontinuitätslinie von 1933 bis 1944 zu ziehen, in die nur schwer die tatsächlichen Schwankungen in Goerdelers Haltung und Einstellung zum Nationalsozialismus einzupassen sind. Letztlich erscheint damit Goerdelers Entwicklung nur als eine Folge quantitativer, nicht qualitativer Veränderungen, die sie jedoch war.

Der Erkenntnisgewinn eines solchen Interpretationsansatzes ist ebenso unergiebig wie die Sicht von DDR-Historikern, die keine «grundsätzlichen Differenzen mit den Nazis», sondern nur «Meinungsverschiedenheiten taktischer Natur, die die Methoden imperialistischer Staats- und Wirtschaftspolitik betrafen»<sup>115</sup> in Rechnung stellte, ohne die politischen Auffassungen Goerdelers gegenüber denen der Nationalsozialisten überhaupt komparativ analysiert zu haben. Damit ist wiederum die Entstehung von Widerspruchspotential und Opposition schwer plausibel zu erklären.

Vielversprechender hingegen ist die Position jüngerer Historiker, die von einer Zustimmung Goerdelers zum politischen Umbruch 1933 ausgehen. Sie belegen diese Haltung mit dessen weltanschaulicher und politischer Gedankenwelt und der seit 1933 zu beobachtenden Kooperationsbereitschaft<sup>116</sup>. Allerdings werden hier die Ursachen für die Affinitäten zum Nationalsozialismus und die Reichweite der gezeigten Kooperationsbereitschaft aufgrund des Charakters dieser Arbeiten und der teilweise dünnen Quellenbasis nicht annähernd erschöpfend dargestellt. Diese Defizite auszuräumen, ist eine dringende Aufgabe.

<sup>113</sup> Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 384.

<sup>114</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 72ff.

<sup>115</sup> Leipzig. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Czok und Horst Thieme, Berlin 1978, S. 81.

<sup>116</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 384f» Bramke, Carl Goerdelers Weg, S. 23ff. und Thamer, Carl Friedrich Goerdeler, S. 77.



**Zweitens** herrscht Unklarheit darüber, wie und wann sich die Entscheidung zum Widerstand vollzog und durch welche Faktoren sie determiniert wurde. Ritter reduzierte die Ursachen und Motive für Goerdelers Opposition letztlich, angelehnt an die Selbstzeugnisse Goerdelers aus den Jahren 1944, auf die «moralische Enttäuschung»<sup>117</sup>. Diesem eindimensionalen Ansatz setzte Unger einen anderen eindimensionalen Ansatz entgegen, indem er die Ursachen allein «ausserhalb Leipzigs in wirtschaftspolitischen Differenzen»<sup>118</sup> ansiedelte. Beide Erklärungsversuche erfassen nach heutiger Kenntnis das Problem nicht annähernd. Wesentlich dichter an den tatsächlichen Ursachen scheint dagegen Bramke zu liegen, wenn er für Goerdeler konstatiert: «Die Gemeindeordnung entsprach nur z.T. seinen Wünschen, sie engte zu sehr seinen Spielraum ein. Hinzu kam seine Abneigung gegen den extremen Terror, namentlich gegen den Antisemitismus. Entscheidend waren seine entstandenen Vorbehalte gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik und gegen die von der Reichsführung forcierte Konfrontation mit den Westmächten.»<sup>119</sup> Eine umfassende empirische und analytische Beweisführung dieser Thesen blieb bis heute aus.

**Drittens** sind die Differenzen zwischen Goerdelers kommunalverfassungsrechtlichen Vorstellungen und der Deutschen Gemeindeordnung sowie zwischen der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik und dem wirtschafts- und finanzpolitischen Konzept Goerdelers bisher noch nicht umfassend herausgearbeitet worden<sup>120</sup>. Dazu vorliegende Erkenntnisse kranken aus der Perspektive der Widerstandsforschung in der Regel an ihrem ausschliesslich fachwissenschaftlichen Gehalt. Sie wurden nicht in Beziehung zur Entwicklung Goerdelers gesetzt. Erste Anstrengungen, dieses Defizit auszuräumen, unternahm Krüger-Charlé<sup>121</sup>. Allerdings konnte er in seine Untersuchungen, die aus der Zeit vor 1989 datieren, wichtiges Aktenmaterial aus dem Leipziger Stadtarchiv nicht einbeziehen, so dass auch hier dringender Nachholbedarf besteht.

**Viertens** ist Goerdelers Haltung zur nationalsozialistischen «Judenpolitik» ebenso umstritten wie die Entrechtung, Diskriminierung und Vernichtung der jüdischen Be-

<sup>117</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 68.

<sup>118</sup> Manfred Unger, Juden in Leipzig, in: Juden in Leipzig. Eine Dokumentation zur Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht vom 5. November bis 17. Dezember 1988 in Leipzig, S. 16.

<sup>119</sup> Bramke, Führend im Widerstand, S. 93.

<sup>120</sup> Vgl. Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart, Berlin u.a. 1970 (Schriften des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. Berlin, Bd. 29), insbes. S. 132-164.

<sup>121</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 383-404.

völkerung als motivationsstiftende Kraft für seinen Widerstand. Die Diskussionen über diese Problematik in den 50er und 60er Jahren hatten bereits die unterschiedlichen Standpunkte markiert. Anfang der 80er Jahre stellte Konrad Kwiet die These auf, «dass die einzelnen (...) Widerstandszentren weder in der Lage noch willens waren, den Kampf gegen die Judenverfolgung in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.»<sup>122</sup> Fünf Jahre später bestätigte Christoph Dipper mit seinen Untersuchungen zum Problemkreis «Der Widerstand und die Juden» diese These. Er entdeckte bei Goerdeler sowohl eine politische wie moralische Verurteilung des Massenmordes an den Juden als auch klare Hinweise für antisemitisches Gedankengut beim Nachdenken über die Zukunft der deutschen Juden<sup>123</sup>. Am Ende resümierte Dipper, dass die Entrechtung und Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung es nicht vermochte, aktiven Widerstand hervorzurufen und dass die Judenvernichtung als Problem nicht im Zentrum der Überlegungen und der Sorgen der Regimegegner gestanden habe<sup>124</sup>. 1994 präzierte er seine Auffassungen: «Für die Mehrheit aber gilt, dass die 'Judenpolitik' des Nationalsozialismus bis 1938 und unter Umständen sogar bis 1940 kein Motiv zum Widerstand war.»<sup>125</sup>

Andere Historiker hoben sich von diesen Auffassungen ab. Bramke sah in der «faschistische(n) Variante des Antisemitismus» einen Faktor, «der zur allmählichen Distanzierung gegenüber dem Nationalsozialismus beitrug, vermutlich aber weniger als andere Enttäuschungen.»<sup>126</sup>

Hans-Adolf Jacobsen vertrat mit Verweis auf die Regierungserklärung von Goerdeler die Meinung, dass die unmenschliche Behandlung und Ermordung der Juden durch die NS-Führung zu einem der Hauptmotive für das Handeln vieler Oppositioneller wurde<sup>127</sup> und Peter Hoffmann sah Goerdeler «unter den zu Unrecht der Zustimmung zur Judenverfolgung Beschuldigten»<sup>128</sup>.

Fünftens bestehen noch Unsicherheiten in der Chronologie der Entwicklung Goerdelers von der Kooperation in die Opposition. Bisher ging Krüger-Charlé davon aus, dass Goerdeler sich in der Zeit von 1933 bis 1937 in einer Phase der versuchten

<sup>122</sup> Konrad Kwiet, Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 27(1980)1, S. 172.

<sup>123</sup> Vgl. Christof Dipper, Der Widerstand und die Juden, in: Schmädike, Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 607.

<sup>124</sup> Vgl. ders., Der Deutsche Widerstand und die Juden, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983) 3, S. 349.

<sup>125</sup> Die Zeit, 1.7.1994.

<sup>126</sup> Bramke, Carl Goerdelers Weg in den Widerstand, S. 26.

<sup>127</sup> Jacobsen (Hrsg.), Opposition, S. 931.

<sup>128</sup> FAZ, 15.7.1994.

Durchsetzung einer alternativen Politik bewegte, in der Kooperation und Konfrontation eng nebeneinander lagen. Erst mit dem Rücktritt vom Amt des Oberbürgermeisters von Leipzig im Dezember 1936 habe er sich auch nach aussen hin sichtbar vom Regime distanziert. In den Jahren 1937 bis 1939 begann sich Goerdelers zunehmende Distanz zu einer grundsätzlichen Oppositionshaltung zu verdichten<sup>129</sup>. Ähnlich argumentierte Klaus-Jürgen Müller. Für ihn begann Goerdeler erst nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Oberbürgermeisters, sehr allmählich den Weg in die Opposition einzuschlagen<sup>130</sup>. Auch für Unger war erst der Rücktritt Goerdelers Ausdruck «einer beginnenden politischen Distanz zur Hitlerregierung»<sup>131</sup>.

Im Gegensatz dazu kam Bramke bei seinen Forschungen zu dem bisher ungewöhnlichen Ergebnis, dass Goerdeler «spätestens» mit der Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 das Scheitern seiner kommunalpolitischen Ziele im NS-System eingesehen habe: «Von nun an war er mehr Opponent als Korrektor der faschistischen Machthaber.»<sup>132</sup> In der Tat stellte die Deutsche Gemeindeordnung, an deren Gesetzgebungsprozess Goerdeler zunächst massgeblich beteiligt war, eine wichtige Zäsur im sich wandelnden Verhältnis zum Nationalsozialismus dar. Das wirtschaftspolitische Engagement Goerdelers in den Jahren 1935/36, in dem er immer wieder um Kooperation bemüht ist, lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob Bramkes Ergebnis im Hinblick auf die politische Totalität des Wirkens Goerdelers haltbar ist.

Damit endet die Bilanz der Forschungslage in dem Befund, dass Goerdelers Biographie bis heute nicht hinreichend erforscht ist. Sein Lebensbild mit den wichtigsten Stationen ist nur grob bekannt. Lücken in der biographischen Chronologie sind nach wie vor die familiäre Sozialisation, die Schul- und Ausbildungszeit, die beruflichen Anfänge und ersten politischen Erfahrungen, der Erste Weltkrieg mit seiner prägenden Kraft und die Novemberrevolution, die kommunalpolitische Tätigkeit in Königberg in den 20er Jahren und die Leipziger Zeit sowohl als Oberbürgermeister der Reichsmessestadt als auch als Reichskommissar für Preisüberwachung.

Profunde Untersuchungen liegen dagegen über seine Auslandskontakte vor. Auch die Widerstandstätigkeit ist mit Ritters Goerdeler-Biographie vergleichsweise gut erforscht. Das zentrale Problem bei der Betrachtung der persönlichen Entwicklung

<sup>129</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 384, 397.

<sup>130</sup> Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand, in: Schmäddeke, Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 29.

<sup>131</sup> Unger, Juden in Leipzig, S. 16.

<sup>132</sup> Bramke, Führend im Widerstand, S. 93.

Goerdelers jedoch, die Entstehung oppositionellen Verhaltens innerhalb des NS-Systems, seine Ursachen und ihr Verlauf, ist bislang völlig unbefriedigend untersucht. Das spiegeln fast ausnahmslos alle Arbeiten, die sich mit Goerdeler beschäftigten.

## 1. 2. Problemstellung und theoretisch-methodischer Rahmen

Abgeleitet aus dem Forschungsstand ist es Ziel dieser biographisch-thematischen Studie, die widerspruchsvolle Entwicklung Goerdelers vom Systemträger zum Systemgegner, von der Kooperation zur Konfrontation mit dem NS-Regime zwischen Anpassung, Teilanpassung, Kooperation, Teilwiderstand und Konspiration zu untersuchen. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehen dabei die politischen Vorgänge und Ereignisse in ihren kausalen Dimensionen und zeitlichen Abläufen, die wesentlichen Einfluss auf diesen Prozess nahmen. Die charakterisierte Problemstellung ordnet sich in die Diskussion um die Theorie der Entwicklung nationalkonservativer Eliten zwischen Kooperation und Widerstand ein, weil – in Anlehnung an Müllers Verständnis von nationalkonservativen Eliten – Goerdelers Denken und Handeln den Rahmen des Nationalstaates, des «Reiches», nicht überschritt und die bestehende Sozialordnung nicht abschaffen oder in ihrem Wesen grundlegend verändern wollte<sup>133</sup>.

Der Studie liegt ein dynamischer, prozessorientierter Widerstandsbegriff zugrunde, wie ihn Müller vorschlug<sup>134\*</sup>, weil Goerdelers Widerstand nicht das Resultat einer spontanen und unmittelbaren Entscheidung war, sondern sich langsam und allmählich in einem Ablösungsprozess entwickelte, der von gegenläufigen Tendenzen der Anbindung und Loslösung vom NS-System bestimmt wurde, die es sichtbar zu machen gilt.

Die Untersuchung des individuellen Lebensweges Goerdelers konzentriert sich auf den Zeitraum von der Kindheit und Jugend in den 1880er Jahren bis 1937/38, weil spätestens in diesen Jahren und danach die Regimegegnerschaft Goerdelers in den Quellen deutlich zutage trat. Der Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt im November 1936 beendete ostentativ die Kooperation zwischen Goerdeler und dem Nationalsozialismus. Bereits im März 1937 wurde er in den Observationsberichten des

<sup>133</sup> Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Über den «militärischen Widerstand», in: Huberta Engel (Hrsg.) Deutscher Widerstand – Demokratie heute: Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, Bonn, Berlin 1992, S. 118-119.

<sup>134</sup> Vgl. ders., Nationalkonservative Eliten, S. 29f. und Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 384.

Reichssicherheitshauptamtes geführt<sup>135</sup>. Seit Ende 1937/Anfang 1938 unterhielt er Kontakte zum linksliberal-sozialdemokratischen Widerstand, zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe<sup>136</sup>. 1938 war Goerdeler in den sich formierenden Widerstand seit der Blomberg-Fritsch-Krise einbezogen. Darüberhinaus führte er in den Jahren 1937 bis 1939 Gespräche mit britischen Politikern und Industriellen, die eindeutig konspirativen Charakter trugen. Seine Auslandskontakte, die ihn Ende der 30er Jahre quer durch Europa, Nordamerika und Nordafrika führten, nutzte er, um auf die drohenden Gefahren der nationalsozialistischen Politik hinzuweisen und Anknüpfungspunkte für eine friedliche Verständigung Deutschlands mit der Welt als Alternative zur nationalsozialistischen Aussenpolitik zu finden.

Die zeitliche Rahmensetzung der Arbeit negiert nicht die Relevanz der weiteren Entwicklung Goerdelers, in der er seit 1939 zum organisatorischen «Motor» und in mancher Hinsicht auch zum konzeptionellen Katalysator des bürgerlichen Widerstandes gegen Hitler wurde. Jedoch war der Schritt vom loyalen Beamten zum Oppositionellen einschneidender und für die weitere individuelle Entwicklung folgenreicher als vom Oppositionellen zum Befürworter eines Umsturzversuchs. Ausserdem gehört die Widerstandstätigkeit, darauf ist bereits hingewiesen worden, zu den Aspekten der Biographie Goerdelers, die im Gegensatz zur Problemstellung dieser Arbeit gut erforscht sind.

Durch die Fragestellung der Arbeit und die zeitliche Fixierung konzentriert sich die Untersuchung auf die 30er Jahre. Damit verfolgt sie eine bereits 1984 von Krüger-Charlé in Anlehnung an Ritter<sup>137</sup> angeregte neue Forschungsperspektive, die von der deutschen Widerstandsforschung bisher nicht ernsthaft verfolgt worden ist. Krüger-Charlé schlug zur näheren Bestimmung des komplizierten Wechselverhältnisses von Kooperation und Konfrontation in der Biographie Goerdelers vor, die Jahre als Leipziger Oberbürgermeister stärker in den Blick zu nehmen: «Gerade unter dem (...) Aspekt der Entscheidung zum Widerstand als Prozess scheint mir auch für Goerdeler eine stärkere Beachtung seiner politischen Tätigkeit bis zum Rücktritt als Oberbürgermeister im Herbst 1936 vonnöten zu sein.»<sup>138</sup>

<sup>135</sup> BA Berlin R 1701 Nr. 326, Bl. 46-67, 78.

<sup>136</sup> Vgl. Horst Sassin, *Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942*, Hamburg 1993 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 30), S. 148-150.

<sup>137</sup> Ritter hatte 1954 die Auffassung vertreten, dass die Forschung die «Hauptstationen» der Leipziger Jahre Goerdelers in den Blick nehmen müsse, «weil nur so (...) seine spätere Rolle als Oppositionsführer ganz zu begreifen ist.» Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 32.

<sup>138</sup> Krüger-Charlé, *Carl Goerdelers Versuch*, S. 398.

Gerade für diesen Zeitabschnitt, der durch die Amtstätigkeit Goerdelers als Leipziger Oberbürgermeister und Reichskommissar für Preisüberwachung ausgefüllt war, konnte erstmalig umfangreiches neues Quellenmaterial erschlossen und ausgewertet werden. Das scheint die zeitliche Fixierung über die sachbezogenen Argumente hinaus zu rechtfertigen.

Ausgehend von der These, dass sich in Goerdelers weltanschaulich-politischem Denken und seinem praktischen Handeln sehr ausgeprägt zeigt, was mit sozialer und geographischer Herkunft, weltanschaulichen Prägungen durch das Elternhaus, Familie, studentischem Milieu und Lebensweg, mit beruflichen und politischen Erfahrungen zusammenhängt, richtet sich das Erkenntnisinteresse in einem ersten Schwerpunkt auf Goerdelers Entwicklung bis zur Errichtung der NS-Herrschaft: Kindheit, Jugend und Ausbildungszeit; die beruflichen Anfänge noch in der Kaiserzeit, den ersten Weltkrieg, die Novemberrevolution und der Zusammenbruch der Monarchie sowie das berufliche und politische Wirken als Kommunal- und Staatsbeamter in der Weimarer Republik. Dabei sollen die Momente herausgefiltert werden, die sowohl Goerdelers Affinitäten zum Nationalsozialismus als auch seine Ablehnung in Teilbereichen erklären helfen. Diese Perspektive auf die Biographie unterstützt durch neue Quellen lassen ein differenziertes und faktenreicheres Bild als bisher erwarten. Die geistesgeschichtlichen Wurzeln Goerdelers Kommunal- und staatspolitischer Überlegungen müssen jedoch aufgrund der unzureichenden Quellenlage verdeckt bleiben.

Die aufgespürten politischen und weltanschaulichen Affinitäten, die Goerdeler veranlassten, dem politischen Umbruch 1933 zuzustimmen und sich dem neuen System nicht sofort zu verweigern, reichen aber nicht aus, um die These von der Kooperation überzeugend zu belegen. Deshalb wird der Blick im nächsten Kapitel zunächst auf Goerdelers Verhalten während der Machtergreifung in den ersten Monaten des Jahres 1933 gerichtet. Anhand bisher unberücksichtigt gebliebener Quellen wird seine Zustimmung und sein kooperatives Verhalten mit dem Nationalsozialismus auf verschiedenen Ebenen sichtbar gemacht: in Regierungskreisen, im Deutschen Städtetag, innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung und der Kreisleitung der NSDAP Leipzig.

In einem nächsten Kapitel wird dann nach den weiteren Ursachen und Gründen für Goerdelers kooperatives Verhalten gefragt. Dazu wurden als Untersuchungsfelder die Kommunalpolitik und die Neuordnung des Kommunalverfassungsrechts, die Wirtschafts- und Finanzpolitik einschliesslich wehr- und aussenpolitischer Aspekte sowie die Verfolgung und Vernichtung der Juden ausgewählt. Dabei handelt es sich

um diejenigen Politikbereiche, in denen Goerdeler entweder selbst tätig war oder die ihn aufgrund seiner kommunaloder wirtschaftspolitischen Tätigkeit tangierten. Innerhalb dieser Politikbereiche werden die politischen Auffassungen Goerdelers mit denen der Nationalsozialisten verglichen, um präzise die bestehenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszupräparieren. Dabei zeigt sich 1933/34 über weite Strecken eine tatsächliche und vermeintliche Nähe Goerdelers zur politischen Programmatik des Nationalsozialismus. Diese Kongruenzen veränderten sich in dem Maße, wie der Nationalsozialismus im Zuge der Herrschaftskonsolidierung seine Politik modifizierte. Dieser Prozess wird in drei weiteren Kapiteln verfolgt werden. Dabei richtet sich der Fokus der weiteren Analyse wieder auf die Kommunal-, die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie auf die «Judenpolitik». Vor dem Hintergrund der NS-Politik in diesen Bereichen werden Goerdelers Wirken und seine Konzepte dargestellt, um nicht nur kooperative Elemente zu erfassen, sondern auch Dissensen in politischen Fragen und systemimmanente Kritik aufzuzeigen und das Umschlagen von systemimmanenter Kritik in Teilopposition und wiederum in Opposition zu verdeutlichen. Am Ende sollen diese Untersuchungsergebnisse mit den Ziel zusammengefasst werden, die noch bestehenden Unsicherheiten in der Chronologie der Entwicklung Goerdelers von der Kooperation in die Opposition auszuräumen.

### 1.3. Quellenlage

Die Untersuchung der Entwicklung Goerdelers vom Systemträger zum Systemgegner konnte über den bereits von Ritter mit herangezogenen Nachlass Goerdelers im Bundesarchiv Koblenz hinaus auf eine breite Basis archivalischer Überlieferungen gestellt werden, die bisher nicht erschlossen und systematisch ausgewertet wurde. Dazu gehören für Goerdelers biographische Entwicklung bis 1911 die Erinnerungen der Nichte Goerdelers, Ursula Eckert, an die Kinder- und Jugendzeit in Marienwerder, Studien- und Promotionsunterlagen aus den Universitätsarchiven Tübingen und Göttingen sowie die «Eberhardina-Zeitung», das Presseorgan der schlagenden Verbindung, deren Mitglied Goerdeler war.

Für den Abschnitt über die beruflichen und politischen Anfänge Goerdelers konnten erstmalig ausgewertet werden: die Solinger Lokalpresse, insbesondere die dort abgedruckten Berichte über die Stadtverordnetenversammlungen sowie deren handschriftlich fixierten Berichte, die Handakte Goerdelers und vereinzelt auch Magistratsakten. Angesichts der dünnen Quellenlage ist es sehr bedauerlich, dass im Nord-

rhein-Westfälischen Landeshauptarchiv der Aktenband der Regierung Düsseldorf über Goerdeler verschwunden ist und damit der Forschung nicht zur Verfügung steht.

Auf der Grundlage einer neueren Analyse der Aufzeichnungen Goerdelers aus dem Krieg und von neu erschlossenem Quellenmaterial wie einer Regimentsgeschichte, dem privaten Kriegstagebuch eines Stabskameraden und Fotomaterial konnten Aussagen zu den Erfahrungen und Prägungen während des Krieges und zum Erlebnis der Novemberrevolution an der Front in grösserem Umfange als bislang getroffen werden. Die Darstellung der Aktivitäten Goerdelers für die nationale Abwehrbewegung und Vorbereitung der Volksabstimmung in den östlichen Provinzen 1919 konnte sowohl auf eine wissenschaftliche Darstellung dieser Prozesse<sup>139</sup> als auch auf tagebuchähnliche Aufzeichnungen Goerdelers aus dieser Zeit aufbauen.

Für die Darstellung des praktischen und politischen Wirkens in der Weimarer Republik als Oberbürgermeister und Reichspreiskommissar steht eine unterschiedlich dichte Überlieferung zur Verfügung. Die Rekonstruktion der Königsberger Jahre Goerdelers steht vor der Schwierigkeit, dass Quellen zur Stadtgeschichte Königsbergs, insbesondere zur Kommunalpolitik nicht mehr existieren, da das Königsberger Stadtarchiv am Ende des Zweiten Weltkrieges verbrannte. Dennoch konnte wenigstens, bisher noch unbekanntes Material erschlossen und ausgewertet werden wie Aufsätze von Goerdeler zu politischen und kommunalpolitischen Problemen, Akten aus dem Preussischen Innenministerium, die im Geheimen Staatsarchiv Dahlem lagern, und zwei Königsberger Zeitungen («Königsberger Hartungsche Zeitung» und die «Königsberger Allgemeine Zeitung») sowie einige vereinzelte Exemplare des Zentralorgans der KPD Ostpreussens, «Echo des Ostens». Goerdelers Aktivitäten als Reichspreiskommissar sind im Bundesarchiv Koblenz dokumentiert.

Die wichtigsten neuen Archivalien für die 30er Jahre sind die Quellenbestände des Leipziger Stadtarchivs. Bis 1989 waren diese Archivalien für Historiker der Altbundesländer nicht oder nur erschwert zugänglich. Die historische Forschung der DDR, der eine uneingeschränkte Nutzung der Quellen vorbehalten war, nutzte diese nur äusserst selektiv.

Die Bedeutung der Leipziger Quellen, die neben einer sechsbändigen Personalakte Goerdelers ein sehr geschlossenes Bild der stadtgeschichtlichen Entwicklung in den 30er Jahren ergeben, liegt für die biographische Widerstandsforschung darin, dass sie die praktischen Erfahrungen Goerdelers im täglichen administrativen und politischen Handeln sowohl auf lokaler Ebene als auch in überregionalen Gremien und

<sup>139</sup> Hagen Schulze, Der Oststaat-Plan 1919, in: VfZ 18(1970)2, S. 123-163.



Ämtern spiegeln. Damit treten anhand der Umgestaltung, Organisation und Leitung des Kommunalwesens der Stadt Leipzig und des Wirkens als Reichspreiskommissar seine eigenen politischen Vorstellungen und Auffassungen am Ende der Weimarer Republik klar zu Tage. Das Ausmass der anfänglichen Kooperation mit den neuen nationalsozialistischen Machthabern wird ebenso plastisch wie die Einflussnahme von Partei und Staat auf die Belange der kommunalen Selbstverwaltung und die daraus zunehmend erwachsenden Konflikte. Damit werden die politischen und sachlichen Differenzen deutlich, die Goerdeler von den Nationalsozialisten trennten. Die Quellen des Leipziger Stadtarchivs konnten durch Überlieferung der Sächsischen Landesbehörden im Staatsarchiv Dresden, der Reichsministerien und – behörden sowie Parteidienststellen im Bundesarchiv Koblenz und der Berliner Abteilung ergänzt werden. Hinzukommen Archivalien aus dem Münchener Stadtarchiv, Korrespondenzen aus dem Historischen Archiv des Krupp-Konzerns und Denkschriften Goerdelers aus den Hoover Institution Archives.

## 2. Herkunft und Prägungen in Wilhelminischer Zeit

### 2. 1. «Die Stimme des Blutes». Kindheit und Jugend im preussischen Osten 1884-1902

Goerdeler wurde am 31. Juli 1884 in Schneidemühl, Kreis Kolmar, in der Provinz Posen als Spross einer Familie geboren<sup>1</sup>, die sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits seit mehreren Generationen zur traditionellen preussischen Beamten- und Juristenelite gehörte. Der Urgrossvater, Christian Goerdeler<sup>2</sup>, war als Jurist zuletzt als Oberrevisionsrat in Berlin tätig. Der Grossvater, Dietrich Wilhelm Goerdeler<sup>3</sup>, arbeitete als Gerichtsrat am Oberlandesgericht in Hamm/Westfalen und wurde 1852 an das Appellationsgericht nach Marienwerder in Westpreussen versetzt. Seit dieser Zeit bildete sich eine tiefe landschaftliche Verwurzelung der Familie Goerdeler im agrarischen Osten Preussens heraus. Sie wurde ebenso prägend für die weltanschaulichen Vorstellungen und das politische Engagement der Familienmitglieder wie ihre soziale Herkunft.

Der Vater, Julius Goerdeler<sup>4</sup>, wuchs seit dem sechsten Lebensjahr in Marienwerder auf, besuchte das dortige humanistische Gymnasium und studierte anschliessend in Leipzig und Berlin Rechtswissenschaften. Schon früh lernte er seine zukünftige Frau, Adelheid<sup>5</sup>, kennen, die Tochter eines Kollegen seines Vaters, des Appellationsgerichtsrats Carl Roloff<sup>6</sup>. Sie verlobten sich bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870, kurz bevor Julius Goerdeler als Offizier d. R. mit der preussischen Garde ins Feld zog, und heirateten vier Jahre später am 20. Oktober 1874. Aus dieser Ehe gingen die vier Söhne Gustav<sup>7</sup>, Franz<sup>8</sup>, Carl und Fritz<sup>9</sup> sowie die Tochter Else<sup>10</sup> hervor.

Julius Goerdeler war zunächst als Kreisrichter in Karthaus, Westpreussen tätig. Im Jahre 1880 liess er sich in der Erwartung, den Unterhalt der langsam wachsenden

<sup>1</sup> BA NL 113, Nr. 1. Alle darüber hinausgehenden biographischen Angaben zu Familienangehörigen vgl. StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, B. 4ff.; Ahnenpass von Lore Goerdeler, in: PB Meyer-Krahmer (Kopie im Besitz d. Verf.) und Weichsel Zeitung, 29./30.12.1934.

<sup>2</sup> Johann Christian Goerdeler (4.9.1774 Lüchow – 8.2.1827 Berlin).

<sup>3</sup> Dietrich Wilhelm Goerdeler (28.5.1808 Magdeburg – 4.6.1882 Marienwerder).

<sup>4</sup> Friedrich Julius Goerdeler (14.8.1844 Hamm/Westfalen – 9.3.1928 Marienwerder), Sohn des Oberlandesgerichtsrats Dietrich Wilhelm und Therese Goerdeler, geb. Döring.

<sup>5</sup> Adelheit Emilie Roloff (29.12.1850 Marienwerder – 15.2.1927 Marienwerder).

<sup>6</sup> Carl Roloff (29.5.1803 Eichenbarleben – 2.7.1877 Marienwerder).

<sup>7</sup> Gustav Goerdeler (30.9.1875 Karthaus/Westpreussen – 14.12.1955 Pinneberg).

<sup>8</sup> Franz Goerdeler (2.10.1876 Karthaus/Westpreussen – 23.3.1918 St. Quentin/Frankreich).

<sup>9</sup> Fritz Goerdeler (6.3.1886 Schneidemühl/Posen – 1.3.1945 Berlin-Plötzensee).

<sup>10</sup> Else Goerdeler, verh. Stute, (28.3.1879 Karthaus/Westpreussen – 14.6.1954 Hannover).

Familie aufbessern zu können, in Schneidemühl als Rechtsanwalt nieder. Die schlechte Niederlassungs- und Einkommenssituation für Juristen zerschlug jedoch diese Hoffnung, so dass Julius Goerdeler bald nach einer beruflichen Veränderung strebte. 1884 nutzte er die sich ihm aufgrund «seiner Persönlichkeit und vielfachen Beziehungen»<sup>11</sup> bietende Chance, nebenberuflich als Syndikus und Geschäftsführer der Landwirtschaftsbank «Neue Westpreussische Landschaft» zu arbeiten. Er gab seine Rechtsanwaltstätigkeit auf, liess sich wieder zum Amtsrichter berufen und bekleidete seitdem beide Funktionen, die staatsjuristische wie die privatwirtschaftliche. Aufgrund der beruflichen Bindungen des Vaters an Schneidemühl verbrachte Carl Goerdeler die frühe Kindheit bis zum sechsten Lebensjahr gemeinsam mit seinen Geschwistern in dieser östlichen Landstadt mit rund 12'500 Einwohnern<sup>12</sup>. Als der Vater 1890 in das nahegelegene Marienwerder versetzt wurde, zog die Familie dorthin um. Die Stadt, die mit rund 10'000 Einwohnern etwas kleiner als Schneidemühl war, konnte auf eine traditionsreiche Geschichte zurückblicken. Im Zuge der Ostkolonisation hatte sie den Status einer Ordensstadt erhalten und war zum Bischofssitz geworden. Im ausgehenden 19. Jahrhundert besass die Stadt durch die hier ansässige Regierung, das Oberlandesgericht und die Garnison den Charakter einer Beamten- und Militärstadt. Handwerk und Gewerbe hatten sich typisch für eine Landstadt, die ausserdem noch abseits natürlicher Verkehrswege lag und erst in der 1880er Jahren an das Eisenbahnnetz angebunden wurde, nie entscheidend entwickelt<sup>13</sup>. Trotz des Ortswechsels veränderte sich das Lebensumfeld für Carl Goerdeler nur wenig. Der agrarische Osten Preussens mit überschaubaren Strukturen, Einfachheit der Lebensführung und einer provinziellen Rückständigkeit blieb das Prägende. Nicht nur Natur- und Heimatverbundenheit bildeten sich dabei heraus, sondern diese landschaftlichen Wurzeln, verschlungen mit völkischnationalistischen Traditionen, speisten Vorstellungen, nach denen Goerdeler später den kleinstädtisch, ländlich-agrarischen Bereich zur idealen Lebenswelt aufwertete. Er wirkte sich seiner Auffassung nach im Gegensatz zur modernen Grossstadt, die er als Ausdruck des Verfalls und des Niedergangs begriff, förderlich auf die Bewahrung der «Volkskraft», den Familienzusammenhalt und die «nationale Wiederbelebung» aus.

<sup>11</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Carl Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>12</sup> Vgl. Karl Boese, *Geschichte der Stadt Schneidemühl*, Würzburg 1964 (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 34), S. 210.

<sup>13</sup> Vgl. Erich Wernicke, *Marienwerder. Geschichte der ältesten Stadt der Reichsdeutschen Ostmark*, hrsg. im Auftrage des Magistrats der Stadt Marienwerder, Marienwerder 1933, S. 279-290.

Die Grenzlandsituation der Provinz Westpreussen, die Region war erst durch die polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert an Deutschland gekommen, bildete einen besonderen Nährboden für Nationalismus, weil sie durch ethnische Spannungen aufgeladen war. «Die Ostpolitik und Auseinandersetzungen mit den Polen waren in dem Grenzgebiet Posen-Westpreussen sehr entscheidend und wurden von beiden Seiten leidenschaftlich geführt<sup>14</sup>, schrieb Anneliese Goerdeler. Nach Ritter gehörte das deutsch-polnische Verhältnis zu den meisterörterten Themen im Hause Goerdeler<sup>15</sup>. Dadurch wurde Carl Goerdeler gleichermassen «die Liebe zum Vaterland»<sup>16</sup> und ein «Nationalismus enger Art»<sup>17</sup> vermittelt. Dieses ausgeprägte Verhältnis zu Vaterland und Nation sollte bei ihm einen Nationalismus ausbilden, der völkisch eingefärbt war. Carl Goerdeler wuchs in einer Familie auf, die entsprechend dem bürgerlichen Familienmodell des Kaiserreiches patriarchalisch-hierarchisch strukturiert war. Der Vater, ein grosser und stattlicher Mann<sup>18</sup>, genoss als Amtsrichter aufgrund von Bildung, Sicherheit einer Lebensstellung und eines ausgeprägten Sozialprestiges Ansehen, gesellschaftliche Anerkennung und Respekt. Das war für eine Beamten- und Juristenfamilie im agrarischen Osten, wo die zumeist adligen Grossgrundbesitzer das gesellschaftliche und politische Leben bestimmten, von grosser Bedeutung.

Julius Goerdeler lebte vor allem in seiner Berufswelt. Deshalb beschränkte sich das Familienleben auf die Wochenenden, Feierabende, auf gelegentliche gemeinsame Mahlzeiten und die Urlaubszeit. Er verdiente den Lebensunterhalt, verwaltete Vermögen und Haushaltsgeld, repräsentierte den sozialen und materiellen Status der Familie. Er war der Mittler zur politischen, sozialen und kulturellen Umwelt. Das grosszügige gesellschaftliche Leben, das die Goerdelers trotz einfacher Verhältnisse pflegten, – sie verkehrten mit agrarischen, medizinischen und Verwaltungseliten der Region –, gründete sich auf Kontakte, die teilweise noch aus der Schul- und Studenzeit des Vaters herrührten, als er mit Söhnen einflussreicher Familien Freundschaften geschlossen hatte.

Haushalt und Kindererziehung waren entsprechend der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung Aufgabenbereiche, die von der Mutter gestaltet wurden. Sie sorgte für die Geselligkeit sowie für die Repräsentation und entfaltete das geistig-literarisch-musische Ambiente, in dem die Kinder an bürgerliche Kultur herangeführt wurden. Goerdeler sah seine Mutter sehr oft lesen, auch fremdsprachige Lektüre, besonders

<sup>14</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>15</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 27.

<sup>16</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>17</sup> Hoover Institution Archives, Collection Goerdeler, Box 1, Folder 3 (Carl Goerdeler, Gedanken eines zum Tode Verurteilten über die deutsche Zukunft).

<sup>18</sup> BANL113, Nr. 20(AAG).

gerne Lebensbeschreibungen. Seine Frau schrieb später: «Meine beiden Schwiegereltern waren musikalisch, es wurde viel vierhändig gespielt, und beider Naturen entsprach ein reges geselliges Beisammensein, in dem die Politik eine hervorragende Rolle spielte. Gute Lektüre geschichtlicher Bücher, Memoirenwerke usw. gaben den Gegenstand zu angeregter temperamentvoller Unterhaltung.»<sup>19</sup>

Die patriarchalisch-autoritäre Struktur der Familie drückte sich auch in der Beziehung, die Carl Goerdeler zu seinen Eltern entwickelte, aus. Das Verhältnis zu seinem Vater gestaltete sich aufgrund von dessen Autorität distanziert und respektvoll. Er hatte den Vater als eine «tat- und entschlosskräftige Natur», nüchtern und real denkend in Erinnerung, «kein ausgesprochen oder einseitig geistiger Mensch», sondern von einer ausgeprägt praktischen Art<sup>20</sup>. Er zeichnete sich durch Klarheit und Einfachheit der Anschauungen sowie feste, unbeirrbar Urteile aus. Seine Worte waren für die Familie Gesetz. Er war aber auch ein Mensch, «der seine Herzengüte in einer rauhen Schale verbarg, der das Leben und seine Genüsse liebte und selbstlos verzichten konnte»<sup>21</sup>.

Das Verhältnis zur Mutter, die bis ins Alter von «liebrenzender Würde»<sup>22</sup> war, gestaltete sich dagegen sehr innig und emotional. Carl Goerdeler soll ihr im Wesen sehr geähnelt haben<sup>23</sup>. In der Erinnerung malte er das Bild einer gebildeten, geistvollen und kultivierten Frau, die gütig und heiter war, «voll sprühenden geistigen Lebens, die in jeder Unterhaltung ein kluges lebhaftes Wort sprechen konnte und es auch daran nicht fehlen liess.»<sup>24</sup> Sie wurde als «idealistisch gesonnen» geschildert, «temperamentvoll, mit eigenständigen Ansichten»<sup>25</sup>, in denen sie mitunter sehr starr sein konnte.

Die unterschiedlichen Charaktere und Temperamente der Eltern prägten das Familienklima, Spannungen und Streit blieben nicht aus. Dabei wirkte der Vater auf Carl Goerdeler ruhig und besonnen, die Mutter sehr lebhaft und leidenschaftlich.

Neben den Eltern und Geschwistern waren die Grosseltern die wichtigsten familiären Bezugspersonen. Über Carl Goerdelers Verhältnis zu den Grossvätern ist im Gegensatz zu dem zu den Grossmüttern nicht Näheres überliefert. Der warmherzigen

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen); vgl. auch Ursula Eckert, *Unsere Grosseltern Julius und Adelheid Goerdeler in Marienwerder/Westpreussen*, MS, Bl. 4 (Kopie im Besitz d. Verf.).

<sup>21</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>22</sup> BANL113, Nr.20(AAG).

<sup>23</sup> Vgl. Brief Lore Goerdelers an d. Verf. vom 8. November 1993.

<sup>24</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>25</sup> Eckert, *Unsere Grosseltern*, Bl. 4.

Grossmutter Natalie Roloff<sup>26</sup> war er sehr zugetan. Sie vermittelte die Erfahrung von Güte, Verständnis und des Zeithabens für Kinder. Die Grossmutter Therese Goerdeler<sup>27</sup> galt dagegen als herrschsüchtig und kühl. Beide Grossmütter verlangten Ehrfurcht vor dem Alter und wurden mit Achtung und Liebe behandelt. Auch wenn die Mutter häufig unter den Schrofheiten ihrer Schwiegermutter litt, sorgte sie dennoch vor allem dafür, dass der Familienzusammenhalt pulsierte und sich festigte. Dazu



*Goldene Hochzeit der Grosseltern Goerdeler*

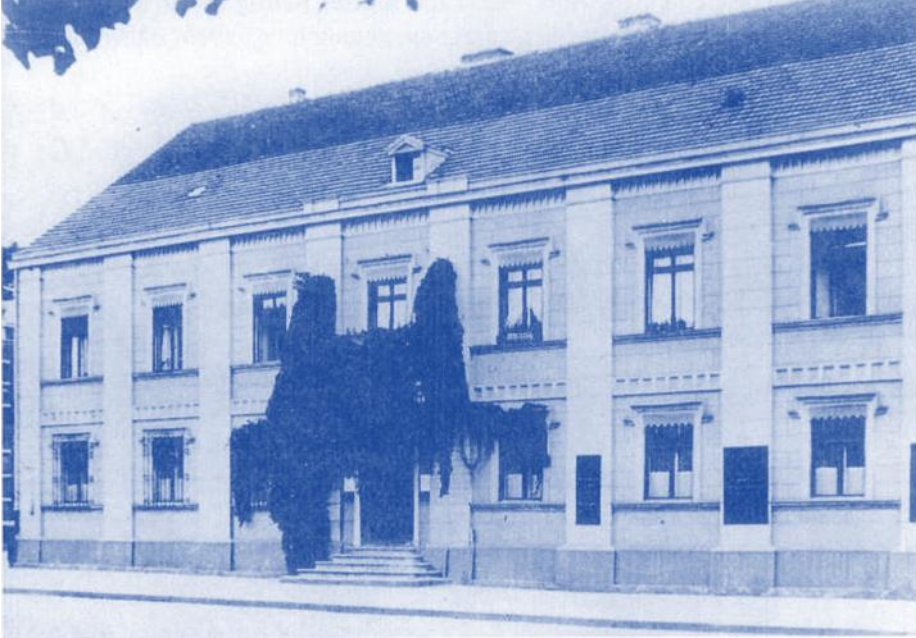
gehörte eine umfangreiche verwandtschaftliche Gemeinschaft, die in Marienwerder insgesamt 34 Mitglieder zählte. Der Wert der Familie und ihr Zusammenhalt, der bewusst und hingebungsvoll besonders durch die Mutter gepflegt wurde, gestaltete sich für ihn nach eigenen Aussagen zum Grunderlebnis seiner Kinder- und Jugendzeit.

Die Goerdelers führten einen Beamtenhaushalt, in dem vergleichsweise bescheiden gewirtschaftet und einfach gelebt wurde. Die Familie bewohnte in Schneidemühl eine Dienstwohnung im Obergeschoss des Gebäudes der «Landschaft» am Markt-

<sup>26</sup> Natalie Roloff, geb. Ulrich, (7.11.1828 Insterburg – 6.11.1896 Marienwerder).

<sup>27</sup> Therese Goerdeler, geb. Döring, (3.1.1816 Schlossdroystig b. Zeitz – 5.6.1900 Marienwerder).

platz. In Marienwerder bezog sie nach einer kurzen Zwischenstation in einer Mietwohnung ein neu gebautes Einfamilienhaus, ebenfalls zur Miete. Die Mutter versah trotz Dienstboten und Kinderfrau einen gehörigen Teil der Haus- und Gartenarbeit selbst. Sie kochte, produzierte Lebensmittel, hielt Federvieh, nähte und handarbeitete.



*Wohnung der Familie Goerdeler in Schneidemühl am Marktplatz*

tete. Carl Goerdeler erinnerte sich: «Meine Mutter (...) war eine vorzügliche Hausfrau. Jedem Stäubchen ging sie tagtäglich zu Leibe, bis die Zimmer blitzten. Sie scheute keine Arbeit, fegte und schrubberte die Dielen, putzte die Fenster, heizte Öfen, wusch und plättete (...) Noch sehe ich sie morgens mit einer alten Schürze auf einem Sack knien und die Beete neu bepflanzen.»<sup>28</sup> Die Familie übte in den ersten Jahren extremen Konsumverzicht im häuslichen Bereich, um den nach aussen gezeigten Aufwand kompensieren zu können. Diese Lebensumstände erzogen Carl Goerdeler zu Bescheidenheit und Sparsamkeit. Erst später, ab 1897, als der Vater wirtschaftlich zunehmend bessergestellt wurde und die älteren Brüder bereits die Universität besuchten, waren dann auch Urlaubsfahrten möglich, die Carl Goerdeler in lebhafter Erinnerung blieben.

Die Lebenssituation der Familie, das Verständnis von der Familie und ihrem gesellschaftlichen Wert, die Rollenprofilierung und Individualisierung der Familienmitglie-

<sup>28</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

der und ihre tiefe Beziehung zum Familienverband prägten bei Carl Goerdeler einen starken patriarchalischen Familiensinn heraus<sup>29</sup>. Er bestimmte u.a. seine Auffassungen über die Rolle der Frau in der Gesellschaft, wonach er später ihren «vornehmsten Lebensberuf als Hausfrau»<sup>30</sup> sah. Dennoch sollte ersieh emanzipatorischen Entwicklungen nicht völlig verschliessen. «Wir stehen ja überhaupt vor der grossen Aufgabe einer Neuordnung der Beteiligung der Frau im öffentlichen Leben», formulierte er im Sommer 1933. Aber die Frauen zu allen Berufen zuzulassen wie die Männer, hielt er «organisch vollkommen verfehlt. Die Erfahrung hat auch längst bewiesen, dass die natürliche Eignung nicht für alle Berufe vorhanden ist.»<sup>31</sup>

Carl Goerdeler war im «Geist altpreussisch-konservativen Beamtentums, wie er in der Spätzeit Bismarcks noch in ungebrochener Kontinuität fortlebte»<sup>32</sup>, aufgewachsen. Der Vater stand fest auf dem Boden des Reiches von 1871. Das Bekenntnis zu den seit fünf Generationen in der Familie übermittelten Traditionen des preussischen Beamtentums wurde als Pflichtbewusstsein und selbstverständliche Loyalität gegenüber dem Staat aufgefasst. Politisch konservativ, monarchistisch, national mit völkischen Tendenzen kam für den freikonservativen Vater «erst unser ruhmreiches Preussen», wie sein Vetter Willi Ulrich festhielt, «dann eine lange Pause und – ganz hinten 'das Reich', Schwarz-Weiss waren seine Farben»<sup>33</sup>. Preussen legitimierte für ihn seinen Führungsanspruch aus der höheren Moralität, durch die es überlebt hatte. Historisch-politisch wurzelte die Familie ebenfalls in Preussen. Sie war «voll Stolz auf die friderizianische Tradition, voll Zuversicht im Blick auf die gefestigte Macht der preussisch-deutschen Monarchie»<sup>34</sup> erfüllt. Goerdeler war als Schüler immer sehr stolz, wenn der Vater bisweilen auf den grossen Schulfesten am Sedantag, dem nationalen Feiertag am 2. September, die Festrede hielt. Julius Goerdeler erinnerte dann, – er selbst war als Hauptmann d. R. bei den legendären «Maikäfern», dem Gardefüselierregiment, Kriegsteilnehmer gewesen<sup>35</sup> –, an den Sieg über eine von Mac Mahon geführte französische Armee und die Gefangennahme von Napoleon III. Er nutzte die Gelegenheit, um die militärische und politische Überlegenheit Deutsch-

<sup>29</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 22.

<sup>30</sup> Carl Goerdeler, Die Einheitsschule in Solingen, in: Solinger Volksblatt, 14.11.1919.

<sup>31</sup> Ders., Das Gutachten des Reichssparkommissars über die Verwaltung der Stadt Mannheim, in: Reich und Länder 7(1933), S. 122. In der Zeit der grossen Arbeitslosigkeit wurden viele weibliche Angestellte aus dem Arbeitsprozess in der Stadtverwaltung Leipzig verdrängt. 1934 waren es allein 46. Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, S. 23.

<sup>32</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 21.

<sup>33</sup> Zit. nach: Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 22.

<sup>34</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 21.

<sup>35</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).



lands zu beschwören. Die väterlichen politischen Anschauungen und Positionen fanden Eingang in das Denken Carl Goerdelers. Er rezipierte beispielsweise den Wahlspruch der Freikonservativen «Das Vaterland über die Partei, das Gemeinwohl über die Sonderinteressen»<sup>36</sup> so stark, dass er später in der abgewandelten Form «Gemeinnutz geht vor Eigennutz» in einer Vielzahl seiner schriftlich festgehaltenen Überlegungen wiederzufinden ist.

Zu einer ausgeprägten Frömmigkeit ist Carl Goerdeler, der am 4. Juni 1900 in der Domkirche zu Marienwerder protestantisch konfirmiert wurde<sup>37</sup>, von seinen Eltern nicht erzogen worden. Sie zählten selbst nicht zu den eifrigsten Kirchgängern, wie sich der Sohn erinnerte. Nur zu den kirchlichen Feiertagen, besonders zu Weihnachten, wurde der Gottesdienst besucht<sup>38</sup>. Ewald Löser, späterer Freund Carl Goerdelers und als Bürgermeister von Leipzig dessen Berufskollege, behauptete später, «dass Goerdeler aus einem schlichten und selbstverständlich religiösen Hause stammte, das ihm ein handfestes lutherisches und zugleich sehr tolerantes Christentum mitgegeben hatte. Seinem Glauben entsprang das gewissengebundene Verantwortungsgefühl, die Bereitschaft, anderen zu helfen, das Gottvertrauen, das ihn auch in den schwersten Stunden seines letzten Lebensjahres vor Verzweiflung bewahrte, so nahe sie ihm oft war.»<sup>39</sup>

Die autoritär-patriarchalische Erziehung und die historisch-politische Prägung, die Carl Goerdeler im Elternhaus erhalten hatte, wurden in der Schule durch die Bildungsinhalte und die Erziehungsmethoden weiter ausgeformt. Er berichtete selbst von einer starken Kongruenz zwischen Familie und Schule, die in der Tat in keiner anderen sozialen Schicht so ausgeprägt war wie im Bürgertum<sup>40</sup>: «Die Eltern dachten nur selten daran, ihre Kinder gegen die Lehrer in Schutz zu nehmen, sie fühlten eine völlige Abhängigkeit der Zukunft der Kinder von dem Wohlwollen der Lehrer.»<sup>41</sup>

Goerdeler besuchte das humanistische Gymnasium in Marienwerder, in das er Ostern 1891 eingeschult wurde und das er nach erfolgreich bestandener Reifeprüfung am

<sup>36</sup> Vgl. Dieter Fricke, Reichs- und freikonservative Partei (RFKP) 1867-1918, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) in 4 Bden, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 760.

<sup>37</sup> BANL113, Nr. 1.

<sup>38</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>38</sup> Ewald Löser, Oberbürgermeister Carl Goerdeler zum Gedächtnis, in: Der Städtetag, Neue Folge, 8(1956)2, S. 49.

<sup>40</sup> Vgl. Christa Berg, Familie, Kindheit, Jugend, in: dies. (Hrsg), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4.1870-1918: Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, München 1991, S. 103.

<sup>41</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

22. März 1902 verließ<sup>42</sup>. Diese Schule besass in der Familie eine gewisse Tradition, denn schon der Vater hatte sie besucht, und ab 1893 sollte Fritz Goerdeler seinem Bruder Carl auf diese Schule folgen.

Auf dem Gymnasium erwarb Carl Goerdeler eine gutbürgerliche, literarisch-ästhetisch-geschichtlich ausgerichtete Bildung. «Der Unterricht auf dem Gymnasium war vorzüglich», erinnerte er sich später, «unter den Lehrern hatte ich nur drei volle Versager.»<sup>43</sup> Im Gegensatz dazu hob er als besonders hervorragend namentlich den Mathematik-, Deutsch-, Griechisch- und Turnunterricht hervor. Carl Goerdeler gehörte offenbar nicht zu den besten Schülern. Die Lehrer bescheinigten, dass er dem Unterrichtsgeschehen zwar mit gutem Betragen folgte, aber Aufmerksamkeit und Fleiss wurden nur als «im Ganzen befriedigend»<sup>44</sup> beurteilt. Auch erlebte er einen insgesamt strengen Unterricht und Lehrer, die sich ihre Autorität durch Stockhiebe auf den Rücken oder die Hand verschafften. Dennoch zog er aus der Retrospektive folgendes Fazit über seine Schulbildung: «Ich bin meinen Lehrern mein ganzes Leben dankbar geblieben; denn sie haben uns eine gediegene, umfassende Allgemeinbildung gegeben, vor allem zusammenhängende Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung des europäischen Kulturraumes, ein festes Wissen der Erdkunde und die Fähigkeit, klar und logisch zu denken. Ich kann mir keine bessere Grundlage für alle der Hochschule oder geistigen und technischen Berufen zustrebenden Bildungen denken, als das humanistische Gymnasium sie mit strengen Anforderungen gab.»<sup>45</sup> An anderer Stelle betonte er: «Ich stehe fest auf einer vorzüglichen Schulbildung, deren Tiefe und Weite ich hervorragenden Lehrern des Gymnasiums in Marienwerder in Westpreussen verdanke.»<sup>46</sup> Sie bildeten «wenigstens in ihrer Begeisterung für das Vaterland eine Einheit»<sup>47</sup>.

<sup>42</sup> Die Reifeprüfung hatte entsprechend den geistesgeschichtlichen Bildungsinhalten des Gymnasiums einen Aufsatz und eine griechische Übersetzung zur Aufgabe. UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22 und Hans Dühning, Das Gymnasium Marienwerder. Von der Domschule zur Oberschule, Würzburg 1964 (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. XXX), S. 164. Fritz Goerdeler legte Ostern 1904 das Abitur mit einem Aufsatz zum Thema «Horaz als Vaterlandsfreund» und einer griechischen Übersetzung aus Thukydides. Vgl. ebenda, S. 166.

<sup>43</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>44</sup> BANL113, Nr. 1.

<sup>45</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>46</sup> BA NL 113, Nr. 26 auch in: Hoover Institution Archives, Collection Goerdeler, Box 1, Folder 7 (Carl Goerdeler, Erfahrungen und Erkenntnisse, geschrieben im Januar 1945 im Gefängnis).

<sup>47</sup> BA NL 113, Nr. 12, Bl. 40 (Carl Goerdeler, An den Reichskanzler Adolf Hitler, Denkschrift vom August 1934 (nachfolgend August-Denkschrift)).

Wirtschaftliche Expansion einerseits und latente Agrarkrise andererseits, Heereserweiterung und Flottenrüstung sowie die aussenpolitische Isolierung Deutschlands begleiteten die Kindheit und Jugend Goerdeler. Seine Anteilnahme an diesen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und ihre Interpretation wurde durch die politischen Aktivitäten der Eltern beeinflusst. Die Mutter war in den Organisationen des Roten Kreuzes und im «Vaterländischen Frauenverein» tätig<sup>48</sup>, der sich sowohl sozial als auch politisch engagierte. Der Vater wirkte als Abgeordneter des Heimatwahlkreises Danzig-Marienwerder in den Legislaturperioden 1899 bis 1903 und 1917 bis 1919 als Mitglied der freikonservativen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus<sup>49</sup>. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Partei in einem sozialen Umstrukturierungsprozess, der bereits Anfang der 1890er Jahre eingesetzt hatte und in dessen Ergebnis zunehmend Angehörige des mittleren und kleineren Grundbesitzes, Juristen und Vertreter freier akademischer Berufe an Bedeutung gewannen<sup>50</sup>.

Die Reichs- und frei konservative Partei (RFKP), die als eine Honoratiorenpartei par excellence galt<sup>51</sup>, hatte sich eindeutig zur Monarchie bekannt, die Politik Bismarcks unterstützt und sich vorbehaltlos für das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie erklärt. Nach dem Sturz Bismarcks bekämpfte die Mehrheit der Freikonservativen die Handels-, Kirchen- und Kolonialpolitik des neuen Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi. Sie vertrat dabei grossagrarisches Interesse.

1899 kämpfte die RFKP gegen die Regierungsvorlage zum Bau des Mittellandkanals, der die Oder, Netze und Weichsel verbinden sollte. Sie befürchtete die Abwanderung von Arbeitskräften zum Kanalbau und eine sich dadurch verschärfende «Leutenot» in der westpreussischen Landwirtschaft sowie die Konkurrenz des auf dem Schifffahrtswege herantransportierten billigen ausländischen Getreides. Zu den «Kanalrebellanten» gehörte neben führenden Mitgliedern der Partei wie Christian Kraft Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Wilhelm von Kardorff und Heinrich XL Fürst von Pless auch Julius Goerdeler. «Der Kanal Oder-Netze-Weichsel darf unter keinen Umständen gebaut werden», forderte er in seiner Rede im Preussischen Landtag in Berlin, «was haben wir denn an Schifffahrt auf der Weichsel? An jedem Tag zwei, drei grosse Flüsse (...) und wöchentlich zweimal ein Regierungsdampfer (...) Und dafür wollen

<sup>48</sup> Vgl. Eckert, *Unsere Grosseltern*, Bl. 4 und Löser, *Oberbürgermeister Carl Goerdeler*, S. 49.

<sup>49</sup> *Weichsel Zeitung*, 29./30.12.1934. Zur Freikonservativen Partei vgl. Fricke, *Reichs- und frei konservative Partei*, S. 745-772.

<sup>60</sup> Vgl. Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924*, Düsseldorf 1956, S. 16.

<sup>51</sup> Vgl. Jan Striesow, *Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922*, Frankfurt a.M. 1981, 5.17.

Sie Millionen und Abermillionen an Thalern bewilligen? Und die Leutenot? Unter der wir Westpreussen und die Provinz Posen leiden seit vielen Jahren! Was soll aus uns werden? Nicht eine einzige russisch-polnische Arbeiterkolonne werden wir nach Westpreussen bekommen; alle Wanderarbeiter werden zum Kanalbau laufen! Und in Westpreussen wird die Heuernte verfaulen, und die Getreide-Ernte und der zweite Schnitt Heu werden auch verfaulen, und die Kartoffeln und die Rüben werden im Boden steckenbleiben und ebenfalls verfaulen! Das Rindvieh muss abgeschlachtet werden, die Schweinezucht wird total vernichtet, die Geflügelzucht desgleichen! Westpreussen wird dann eine *zweite Wüste Gobi* werden.»<sup>52</sup> Diese rhetorische Glanzleistung honorierten die Abgeordneten mit starkem Beifall.

Das Kanalprojekt wurde in der Folgezeit aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen fallengelassen. Das Plädoyer Julius Goerdelers belegt, wie er sich aus seinem Konservatismus heraus, mit der gleichen Zähigkeit wie die ostelbischen Grossagrarier gegen den Modernisierungsdrang in der Landwirtschaft stemmte. Das Arbeitskräfteproblem hätte zum grossen Teil durch Mechanisierung gelöst werden können. Das Engagement des Vaters, das ihm weiteres Ansehen und Popularität eingebracht hatte, erfüllte den Sohn Carl mit grossem Stolz und weckte nach eigenen Aussagen früh sein politisches Interesse, ohne dass er jedoch gleich «Sinn für das parlamentarische Leben»<sup>53</sup> entwickelt hätte. Dennoch war die Prägung nachhaltig genug, dass er 1935 «Volkswirtschaft und Politik»<sup>54</sup> als seine besonderen Interessengebiete nannte.

Anneliese Goerdeler schrieb: «Als dann (...) mein Schwiegervater der freikonservativen Partei des Landtages angehörte, erlebte die ganze, für Politik sehr aufgeschlossene Familie die Ereignisse der grossen Politik begeistert mit. Oft wurden heftige Debatten geführt, an denen die Geister sich entzündeten!»<sup>55</sup>

Carl Goerdeler erinnerte sich genauer an viele abendliche Unterhaltungen, in denen der Vater von seinen Ämtern und politischen Aufgaben, «von den freikonservativen Fraktionskollegen, von den markantesten Abgeordneten anderer Parteien, vom Reichstag und den gesellschaftlichen Ereignissen»<sup>56</sup> berichtete. «Bei diesen Gesprächen sassen wir Primaner-Sekundaner-Söhne immer dabei, durften fragen, lernten aber schon aus der Unterhaltung der Erwachsenen ungeheuer viel für unser Leben. Denn die von Idealismus sprühende Mutter hatte immer neue Pläne und Einwände

<sup>52</sup> Hervorhebung im Original. Zit. nach: Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 23.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>54</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Beih. 3.

<sup>55</sup> BANL113, Nr.20(AAG).

<sup>56</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

und zwang den realistischen Vater immer zur Darlegung des nüchternen Standpunktes, brachte ihn aber auch hin und wieder auf gute Gedanken. (...) Damals schon lernte ich die Bedeutung wasserwirtschaftlicher Probleme, den Wettbewerb Wasser – Eisenbahn kennen und hörte beweisen, dass keine Wasserstrasse in Deutschland rentabel sei. Die militärischen Gesichtspunkte wurden ebenso erörtert wie die der Landesmelioration»<sup>57</sup>.

Inwieweit Carl Goerdeler und seine Brüder bei diesen Debatten im elterlichen Haus wirklich ernst genommene Gesprächspartner waren und nicht eher dem patriarchalisch-autoritären Familienmodell entsprechend geduldete Zuhörer blieben, mag dahingestellt bleiben. Dennoch wuchs er auf diese Art wie selbstverständlich in eine politische Atmosphäre und in politisches Denken hinein, was sein Leben ebenso nachhaltig prägte wie die landschaftliche Verwurzelung im agrarischen Osten Preussens. «Alle politischen Erwägungen wurden so durch die Stimme des Blutes zurückgedrängt», bekannte Carl Goerdeler 1937, als er sich bereits mehr als Oppositioneller denn als Korrektor des nationalsozialistischen Herrschaftssystems verstand. «Materielle Reichtümer waren dabei nicht angesammelt, aber ein grosser moralischer und verpflichtender Besitz.»<sup>58</sup>

Noch in den Tagen des nahenden Todes empfand er eine tiefe Verbundenheit mit der Familie: «Ich bin erfüllt von den Lehren und dem Beispiel meiner Eltern, die von Liebe zum Vaterlande erfüllt, ein inniges Band um die engste und weitere Familie schlangen und uns durch ihre Gespräche frühzeitig mit allen Fragen von Bedeutung bekanntmach(t)en.»<sup>59</sup>

## **2. 2. «Das Herz gehört dem Vaterland». Studium und Referendariat 1902-1911**

Die Wertvorstellungen, die Carl Goerdeler von der Ordnung der Gesellschaft, des Staates und teilweise der Wirtschaft in Elternhaus und Schule vermittelt bekam, prägten sich durch Studium und Referendariat weiter aus. Zunächst war für ihn, der dem Bildungsbürgertum entstammte, dessen soziale Lage und individuellen Lebenschancen durch den Besitz von Bildungspatenten bestimmt wurde, der Besuch der Universität nicht obligatorisch vorgezeichnet wie für seine Brüder. Um die Jahrhundertwende rief bei ihm wie bei den meisten Zeitgenossen die deutsche Flottenpoli-

<sup>57</sup> Ebenda, Bl. 34.

<sup>58</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Carl Goerdeler, «Londoner Schrift» vom 9.7.1937).

<sup>59</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Erfahrungen und Erkenntnisse).

tik eine zunehmende Begeisterung hervor, die nicht ohne Wirkung auf die Berufswahl blieb. Von den «Idealen einer weltumspannenden Seefahrt»<sup>60</sup> erfüllt, entwickelte er einen «Flottenenthusiasmus», der ihn im April 1902 nach dem Abitur eine Ausbildung als Marineoffizier auf der Kadettenschule in Kiel beginnen liess – eine in der Familientradition sehr ungewöhnliche Profession. Aber Goerdeler identifizierte sich bereits als junger Mann mit den machtpolitischen Ambitionen des Kaiserreiches, was nicht, so Ritter, etwa nur «einer Modeströmung»<sup>61</sup> entsprach oder die Folge einer «Manipulation» gewesen ist. Der bürgerliche Flottenenthusiasmus entsprach vielmehr tiefsitzenden Gefühlen und Tendenzen der Deutschen wie der anderen Völker im imperialistischen Zeitalter<sup>62</sup>. Goerdelers Nationalismus war um die Jahrhundertwende nahtlos in einen alldeutschen Imperialismus übergegangen, der die Tirpitzsche Flottenrüstung und machtbewusste Weltpolitik unterstützte. Der Vater förderte die beruflichen Pläne des Sohnes<sup>63</sup>, weil in den Kreisen der Freikonservativen, in denen er seine politische Heimat hatte, ebenfalls die deutsche Flottenpolitik aus weltmachtpolitischen Gründen engagiert vertreten wurde<sup>64</sup>.

Die politische Berufsmotivation Goerdelers war jedoch nicht so stark ausgeprägt, dass sie ein verklärtes Berufsbild und fehlende Eignung überdecken konnte. Deshalb brach er bereits nach wenigen Wochen die eingeschlagene Offizierskarriere wieder ab, da ihm «dieser Beruf indessen nicht zusagte»<sup>65</sup>, wie er später schrieb. An anderer Stelle führte er detaillierter aus, dass er nach vier Monaten Marinezeit eintägigen Urlaub bekam, um nach Marienwerder zu reisen. Anschliessend packte ihn ein «furchtbares Heimweh»: «Die Vorstellung, praktisch für immer meinem geliebten Elternhaus fern sein zu sollen, packte mich mit voller Wucht. Ich schrieb einen verzweifelten Brief nach Hause und bat meinen Vater, meine sofortige Entlassung zu bewirken. Und mein guter Vater, der mit der Mutter und Fritz auf Urlaub in Sassnitz weilte und doch grosse Kosten mit meiner Einkleidung gehabt hatte, war sofort nach Berlin aufs Reichsmarineamt gefahren und hatte meine sofortige Entlassung durchgesetzt. Ja, er kam selbst nach Kiel und holte mich, sich auf der Marinestation mel-

<sup>60</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>61</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 21.

<sup>62</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 2, *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1991, S. 637.

<sup>63</sup> Vgl. BA NL 113, Nr. 26 und Hoover Institution Archives, Collection Goerdeler, Box 1, Folder 4 (Carl Goerdeler, Anlage. Aufzeichnungen über den politischen Werdegang (nachfolgend Politischer Werdegang)).

<sup>64</sup> Vgl. Fricke, *Reichs- und freikonservative Partei*, S. 756.

<sup>65</sup> UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22.

dend, mit Flaggensignal vom Schulschiff, führte mich, ohne einen Vorwurf zum Schneider, liess mir einen Zivilanzug machen und nahm mich sofort nach Sassnitz mit. Später habe ich den Entschluss nie grundsätzlich bereut. Ich hätte mich für das 'Vagabundenleben' bei der Marine nicht geeignet.»<sup>66</sup>

Nach der abgebrochenen Marineoffizierskarriere beschloss Goerdeler, doch noch der familiären Tradition zu folgen und Rechtswissenschaften zu studieren. Am 13. November 1902 wurde er an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen als Student immatrikuliert<sup>67</sup>. Die Universität Tübingen schien den Goerdelers aufgrund ihres konservativen Charakters als besonders geeignet, um dort ihre Studien zu betreiben, denn bereits die beiden älteren Brüder hatten an dieser Universität studiert<sup>68</sup>. Ihnen folgte vom Sommersemester 1904 bis zum Sommersemester 1905 Fritz, der ebenfalls Jura studierte. Wie alle seine anderen Geschwister wechselte er nach drei Semestern die Universität und ging zum Wintersemester 1905 nach Königsberg, um das Studium dort im Sommersemester 1907 zu beenden<sup>69</sup>.

Als Student der Rechte gehörte Carl Goerdeler wie seine Brüder als zukünftige bürokratische und wirtschaftliche Führer sozial gesehen zur exklusivsten Fakultät der deutschen Universitäten im Kaiserreich. Sie rekrutierte sich vor allem aus jungen Männern, evangelischer oder jüdischer (8,5%) aber auch katholischer Konfession, die eher modern vorgebildet und sehr elitär, am häufigsten von Adel waren. Sie kamen aus der Stadt, aus kommerziellen oder Beamtenkreisen und aus gebildeten

<sup>66</sup> BA NLG 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>67</sup> UTA 5/34, S. 32. An der Universität Tübingen hatte eine Reihe von späteren Hitlergegnern studiert wie Dietrich und Klaus Bonhoeffer, Fritz Elsas, Ulrich von Hassell, Caesar von Hofaker, Rüdiger Schleicher, Berthold Graf Schenk von Stauffenberg und Theodor Strünck. Kommilitone von Goerdeler war der Jurastudent Eugen Bolz, der später als Zentrumsmitglied Württembergischer Justiz- und Innenminister und von 1928-1933 Staatspräsident wurde. Er sollte – seit 1942 Goerdelers Gefährte im Widerstand – nach einem erfolgreichen Attentat das Kultusministerium übernehmen. Die Universität ehrte diese Männer des Widerstandes mit einer Ehrentafel, die im Foyer der Neuen Aula am 19. Juli 1984 eingeweiht wurde. Vgl. Zeugnis für ein anderes Deutschland. Ehemalige Tübinger Studenten als Opfer des 20. Juli 1944, in: Volker Schäfer (Hrsg.), Werkschriften des Universitätsarchivs Tübingen, Reihe 2, Heft 11.

<sup>68</sup> Gustav Goerdeler war vom Sommersemester 1891 bis zum Sommersemester 1896, unterbrochen von einem Sommersemester in Königsberg im Jahre 1895, Student der Medizin. Er legte später an der Universität Breslau die Prüfung ab. Franz Goerdeler studierte vom Sommersemester 1896 bis Sommersemester 1897 Jura und wechselte danach an die Königsberger Universität, wo er im Wintersemester 1900 das Studium abschloss. Vgl. Heinrich Gaese, Ernst Schäfer u.a. (Hrsg.), Eberhardina-Markomania. Die Geschichte einer Verbindung, Tübingen 1981, S. 151.

<sup>69</sup> Ebenda.

oder besitzenden Familien (zwei Drittel aus den oberen Mittelschichten!)<sup>70</sup>. Der Charakter dieses sozialen Umfelds war konservativ, national und antisemitisch.

Über seine universitäre Ausbildung schrieb Goerdeler später, dass er sein Wissen nicht durch «fleissiges Studium» erworben habe, da er nur «wenige Vorlesungen, meist allgemein bildender Art, vornehmlich historische gehört»<sup>71</sup> habe<sup>72</sup>. Goerdelers Studienunterlagen besagen aber, dass er generell mehr juristische als historische Vorlesungen besuchte. In Tübingen hörte er von insgesamt 17 Vorlesungen nur vier historische. An der Universität Königsberg belegte er ausschliesslich juristische Lehrveranstaltungen<sup>73</sup>, da er sich auf die erste juristische Staatsprüfung vorbereiten musste.

Goerdelers historisches Interesse lag entsprechend der familiären Vorprägung auf deutscher Geschichte des 19. Jahrhunderts und auf preussischer Geschichte<sup>74</sup>. Die politisch-ideologischen Werte, die er beim Studium der Geschichte vermittelt bekam, kamen seinem bisherigen Verständnis von Gesellschaft und Staat entgegen. Die Mehrheit der deutschen Historiker waren Anhänger des nationalen Staates, den sie als die höchste Form der historischen Entwicklung interpretierten<sup>75</sup>. Sie befürworteten seine Machtentfaltung und waren dabei mehr nationalistisch denn imperialistisch eingestellt. Der monarchistischbürokratische Staat über der Gesellschaft erschien als Ideal.

Dieses Bildungsgut blieb nicht ohne Wirkung auf Goerdeler. Später wird er in Darlegungen seiner verfassungs-, wirtschafts- und finanz- sowie aussenpolitischen Vorstellungen immer wieder in den historischen Vergleichen, die er zur Politik Friedrich Wilhelm I., Friedrich II., des Freiherrn vom Stein, Scharnhorsts und Bismarcks zog, darauf zurückkommen. Dabei wird die Sicht auf die Vergangenheit selbst ein konstitutives Moment des jeweiligen politischen Engagements werden.

Die zentralen Institutionen des studentischen Lebens waren die zahlreichen Verbindungen und Vereine. Carl Goerdeler trat in Tübingen wie bereits seine beiden Brüder Gustav und Franz der «Akademischen Turnerschaft Eberhardina»<sup>76</sup> bei. Die «Eber-

<sup>70</sup> Vgl. Konrad Jarausch, *Universität und Hochschule*, in: Berg (Hrsg), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*; Bd. 4, S. 327.

<sup>71</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Erfahrungen und Erkenntnisse).

<sup>72</sup> Diese Aussage wurde von Ritter unbesehen übernommen. Vgl. Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 22.

<sup>73</sup> UAT 40/72, Nr. 18 und UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22.

<sup>74</sup> Er hörte folgende historischen Vorlesungen: *Geschichte der neuesten Zeit, Streitigkeiten der deutschen Staaten mit der katholischen Kirche, die Entwicklung des preussischen Staates und das Zeitalter Napoleons und der Freiheitskriege*. UAT 40/72, Nr. 18 und UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22.

<sup>75</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1, *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1991, S. 635ff.



hardina», am 18. Oktober 1884 gegründet, war eine freie, farbentragende Verbindung mit Satisfaktion und Bestimmungsmensur<sup>77</sup>. Von 1904 bis 1905 zählte auch Fritz zu den aktiven Bundesbrüdern dieser Turnerschaft<sup>78</sup>.

Die Entscheidung, Mitglied dieser Verbindung zu werden, fiel «aus freien Stücken, ohne hierfür gekeilt worden zu sein», wie in der Verbindungsgeschichte zu lesen ist, die dann jedoch erklärend hinzufügt, «wenngleich bei Carl und Fritz der brüderliche Einfluss den Weg zu den Eberhardinern erleichtert haben dürfte.»<sup>79</sup> Ungeachtet des tatsächlichen Masses an Freiwilligkeit war der soziale Stellenwert der Verbindungsmitgliedschaft so hoch, dass sich allein daraus ein Grund für Carl Goerdelers Korporatismus ableiten lässt. Zur Studienzeit Goerdelers waren rund 52% der Studenten deutscher Universitäten korporiert<sup>80</sup>. Hinzu kommt, dass die Mitgliedschaft in einer Korporation ein wichtiges Element in der sozialen Strategie der Statussicherung oder des Aufstiegs gleichermaßen durch Anpassung und gesellschaftliche Abgrenzung darstellte<sup>81</sup>.

Während der Vater als Corpsstudent zur Elite der studentischen Korporationen gehört hatte<sup>82</sup>, stritten seine Söhne in der Turnerschaft dagegen in der Prestigehierarchie mit den Landsmannschaften nach den Corps und den Burschenschaften um den dritten Rang<sup>83</sup>. Die Turnerschaften rekrutierten sich vornehmlich aus der mittleren

<sup>76</sup> UAT 119/312 und Eberhardina-Markomania, S. 151. Nach Abschluss der aktiven Korporations-tätigkeit wurde Carl Goerdeler wie seine Brüder zum «Alten Herrn» ernannt. Er hielt fernerhin den Kontakt zur Verbindung. 1927 traten die Brüder Goerdeler aus der «Eberhardina» aus, weil die Verbindung nach einigen Jahren ohne Konventanbindung wieder in den Vertreter-Convent der Turnerschaften, dem sie von 1898 bis 1920 angehört hatte, und nicht in den Senioren-Convent, wie es die Goerdelers befürworteten, eintrat. Der Bruch soll aber keineswegs konsequent gewesen sein, wie der Verbindungsgeschichte zu entnehmen ist. Die Brüder hätten die östliche Ortsgruppe «Sibirien» der «Eberhardina» in Marienwerder gegründet. Carl Goerdeler wäre auch zu Beginn des Krieges wieder in die Korporation eingetreten und hätte sie erst im weiteren Verlauf des Krieges mit Verweis auf seine politische Haltung wieder verlassen.

<sup>77</sup> Vgl. E.H. Eberhard, Handbuch des studentischen Verbindungswesens an den Hochschulen des deutschen Sprachgebietes, Leipzig 1925. Zur Geschichte der Eberhardina vgl. Eberhardina-Markomania, S. 9-10, 14, 30-31, 67, 85, 111, 123.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 151.

<sup>79</sup> Gustav war der erste der Goerdeler Brüder, der zur «Eberhardina» stiess. Ebenda.

<sup>80</sup> Vgl. Norbert Kampe, Studenten und «Judenfrage» im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 76), S. 121.

<sup>81</sup> Vgl. Konrad Jarausch, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a.M. 1984. S. 67.

<sup>82</sup> Julius Goerdeler war während seines Studiums in Berlin und Leipzig Mitglied im «Corps Westfalia». BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

<sup>83</sup> Vgl. Kampe, Studenten und «Judenfrage», S. 122.

und unteren Mittelschicht. Sie besaßen deshalb von allen schlagenden Verbindungen<sup>84</sup> vergleichsweise die geringsten korporationspezifischen Aufstiegschancen. Ihre Mitglieder gelangten seltener in hohe Staatsämter oder den Justizdienst, waren eher Ärzte, Apotheker, Pfarrer und Techniker. Angesichts dieser Chancenverteilung bleibt unerklärlich, warum die Söhne nicht der väterlichen Tradition folgend Corpsstudent, sondern Mitglied einer Turnerschaft geworden sind. Dessen ungeachtet schloss Carl Goerdeler bei den Eberhardinern Freundschaften<sup>85</sup> und knüpfte notwendige Beziehungen für die weitere Karriere.

Als Eberhardiner lernte Goerdeler mit Mütze und Band, Schläger und Wichs, einem starken Formalismus kennen. Ein weiteres zentrales Merkmal des Korporatismus war der ausgeprägte Ritualismus. Das Fuchstum, die wöchentliche Kneipe und die Stiftungsfeste bestimmten so den Korporationsbetrieb. Das Kernritual aber war die Bestimmungsmensur. Sie bildete die unverzichtbare Grundlage des Bundeslebens. Alle vier Goerdelers galten als «eifrige Fechter, ihr Engagement wurde durch zahlreiche Chargenämter gewürdigt.»<sup>86</sup> Ein letztes Attribut des Verbindungswesens war ein starker Traditionalismus, der mittelalterlich-feudale Formen romantiserte.

Diese korporativen Erziehungsmethoden und neofeudalen Verhaltensweisen erzeugten einen autoritären Studententypus, der sich bereitwillig in die Wilhelminische Gesellschaft einordnete, gleichzeitig aber einen elitären Führungsanspruch vertrat. Die sozial-elitäre und politische Funktion der Korporationen lag darin, die «Bürgersöhne auf einen neoaristokratischen Ehren- und Verhaltenskodex festzulegen, ihnen Normen und Wertvorstellungen einzuschleifen, die die möglichen Repräsentanten künftiger bürgerlicher Politik an die vorindustriell-adeligen Führungsgruppen ban-

<sup>84</sup> Die Turnerschaften wurden erst 1913 in Marburg in das Kartell der Schlagenden Verbände aufgenommen. Vgl. Jarausch, *Universität und Hochschule*, S. 334.

<sup>85</sup> Hier sind August Friedrich von Minigerode, Jurist und Besitzer des Gutes Agnitten und Studienrat Dr. Brodführer zu nennen. Bei Brodführer verbrachte Goerdeler auf der Flucht vor der Gestapo die Nacht vom 30. zum 31.7. und den Morgen seines 60. Geburtstags. Brodführer wohnte in Wilhelmshorst bei Potsdam. Goerdeler hatte zu ihm seit dem 22.7.1944 telefonischen Kontakt. Vgl. Brodführer, *Wie Karl Goerdeler seinen 60. Geburtstag feierte*, in: *Eberhardina-Markomannia-Zeitung*, Nr. 42, S. 20 und Mitteilung von Meyer-Krahmer vom 31.10.1993 an d.Verf.

<sup>86</sup> Carl wurde einmal zum Senior und Chef des Aktivenverbandes und zum Subsenior, der für den Schriftverkehr und den Kontakt zu anderen Verbindungen verantwortlich zeichnete, gewählt. Franz war Consenior (Stellvertreter des Seniors, zuständig für Fechtfragen und Mensurvorbereitung) und Fuchsmajor (verantwortlich für die Füchse). Fritz war Subsenior (Schriftverkehr und Kontakt zu anderen Verbindungen) und Consenior. Vgl. *Eberhardina-Markomannia*, S. 151.

den, mithin dieses Störpotential durch eine neue Kollektivmentalität entschärften und – wie sich herausstellte – überaus erfolgreich in eine andere Lebenswelt einfügten.»<sup>87</sup>

Die Folgen der Korporationserziehung waren ambivalent<sup>88</sup>. Einerseits ermöglichte das vielfältige Verbindungswesen ein buntes Studentenleben. Carl Goerdeler genoss neben der akademischen Ausbildung die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit der Ausweitung der «akademischen Freiheit» einhergehende stark ausgeprägte Lebens- und Studierfreiheit der Studenten<sup>89</sup>. «Das fröhliche und unbeschwerete Studentenleben in Tübingen und seiner schönen Umgebung, verklärt durch lebenslange Freundschaften, war sicherlich die sorgloseste Zeit seines Lebens»<sup>90</sup>, urteilte Anneliese Goerdeler rückblickend. Andererseits entpolitisierte der Korporatismus die Studenten des Kaiserreiches mit dem Ergebnis, dass sie das politische System nicht in Frage stellten. Die Eberhardiner gaben sich in ihrem Bundesbetrieb scheinbar apolitisch<sup>91</sup>. Nationalismus galt nicht als politische, sondern als nationale Pflicht. Dennoch waren sie monarchistisch und nationalistisch ausgerichtet, wie u.a. ihr Wahlspruch «Das Herz gehört dem Vaterland» belegt. Sie standen fest und treu zum Kaiserreich<sup>92</sup>.

Angesichts der unbedingten Loyalität dem Kaiserreich gegenüber war die Mehrheit der Alten Herren der Verbindungen daher in den mittleren und rechten Parteien organisiert<sup>93</sup>. Auch Carl Goerdeler wird später seine politische Heimat in einer Rechtspartei finden.

Zum Sommersemester 1904 wechselte Goerdeler den Studienort und ging an die Universität Königsberg. Dort schloss er nach weiteren drei Semestern «eifriger Vorbereitung auf das Referendarexamen»<sup>94</sup> am 31. Oktober 1905 das Studium mit der ersten Staatsprüfung ab, die er mit dem Prädikat «befriedigend» absolvierte<sup>95</sup>. Die insgesamt dreijährige universitäre Ausbildung reichte aus, um zur ersten juristischen Staatsprüfung, einer unumgänglichen Voraussetzung sowohl für den höheren Justiz-

<sup>87</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1988, S. 130.

<sup>88</sup> Vgl. Jarausch, *Deutsche Studenten*, S. 69.

<sup>89</sup> Das Strafbuch der Studierenden vermerkte drei Geldstrafen, zu denen Goerdeler wegen Ruhestörung und wegen verbotenen Singen verurteilt worden war. Darüber hinaus wurden ihm weder im Sitten- noch im Abgangszeugnis keine anderen Verfehlungen bescheinigt. UTA 40/72, Nr. 18 und 122/19, Nr. 1718.

<sup>90</sup> BANL113, Nr. 20(AAG).

<sup>91</sup> Vgl. Eberhardina-Markomania, S. 22.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 12, 23.

<sup>93</sup> Vgl. Jarausch, *Deutsche Studenten*, S. 69.

<sup>94</sup> BANL113, Nr.20(AAG).

<sup>95</sup> UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22.

als auch Verwaltungsdienst, zugelassen zu werden<sup>96</sup>. Es wurden nur die Allgemeinbildung und das Grundlagenwissen des Fachs sowie einige praktische Fertigkeiten des Kandidaten examiniert<sup>97</sup>. Wenige Tage nach dem Examen wurde Goerdeler zum Referendar ernannt.

Während des Studiums hatte er seine Königsberger Cousine zweiten Grades, Anneliese Ulrich<sup>98</sup>, kennen- und liebgelernt. Im Jahre 1903 verlobte sich das Paar<sup>99</sup>. Anneliese war die Tochter von Gustav Ulrich<sup>100</sup>, einem Neffen Carl Goerdelers, der als Augenarzt in Königsberg praktizierte, und dessen Frau Anna<sup>101</sup>. Die Ulrichs waren ein bildungsbürgerliches Elternhaus. Die Tochter und ihr einziges Geschwisterkind, die jüngere Schwester Sabine<sup>102</sup>, legten die Reifeprüfung ab, erhielten eine kammermusikalische Klavierausbildung, wurden von einer französischen Lehrerin unterrichtet und unternahmen mit dem Vater ausgedehnte Bildungsreisen u.a. nach Italien. Anneliese Ulrich studierte im Anschluss an das Abitur einige Semester Germanistik und Philosophie. Sie schrieb kleine Zeitungsartikel und hielt einen Vortrag im Rundfunk<sup>103</sup>.

Die erste Bewährungsprobe des jungen Paares war der Einjährig-Freiwilligen-Dienst, den Goerdeler erst nach dem Staatsexamen leistete. Vom 1. November 1905 bis zum 30. September 1906 stand er beim 1. Ostpreussischen Feldartillerie-Regiment 16<sup>104</sup>, dessen Stab und einzelne Abteilungen seit 1. April 1890 in Königsberg stationiert waren<sup>105</sup>. Der laufbahnmäßig ungewöhnliche Zeitpunkt resultierte aus der einst abgebrochenen Marineoffizierskarriere, die bei ihm zwischen Gymnasium

<sup>96</sup> Vgl. Raban Graf von Westphalen, *Akademisches Privileg und demokratischer Staat. Ein Beitrag zur Geschichte und bildungspolitischen Problematik des Laufbahnwesens in Deutschland*, Stuttgart 1979, S. 115f.

<sup>97</sup> Vgl. Jaraus, *Universität und Hochschule*, S. 332.

<sup>98</sup> Anneliese Goerdeler, geb. Ulrich (6.8.1888 Königsberg – 10.8.1961 Heidelberg).

<sup>99</sup> Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 22. Diese Angabe erscheint als problematisch, da Anneliese zu diesem Zeitpunkt gerade 15 Jahre alt war. Eine Bestätigung oder Korrektur des von Ritter angegebenen Verlobungsdatums liess sich weder durch Archivalien noch durch Zeitzeugenbefragung erbringen.

<sup>100</sup> Gustav Ulrich (19.9.1860 Marienwerder – 31.5.1928 Königsberg).

<sup>101</sup> Anna Ulrich, geb. Böttcher (12.5.1865 Blecken b. Gumbinnen – Sept. 1945?).

<sup>102</sup> Sabine Ulrich, verh. Goerdeler (24.4.1892 Königsberg – 5.12.1941 Königsberg).

<sup>103</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, *Carl Goerdeler*, S. 38.

<sup>104</sup> UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22.

<sup>105</sup> Zur Geschichte des Regiments vgl. *Das 1. Ostpreussische Feldartillerie-Regiment 16*. Nach den amtlichen Kriegstagebüchern und Aufzeichnungen von Kriegsteilnehmern bearbeitet von Dr. Gerhard Lapp, Königsberg 1928 (*Erinnerungsblätter deutscher Regimenter, Truppenteile des ehemaligen preussischen Kontingents*, Bd. 236) und Eugen Wittje, *Geschichte des Westpreussischen Feldartillerie-Regiments Nr. 16 und seiner Stammtruppenteile*, Berlin 1897.

und Studium gelegen hatte. Deshalb bedauerte er es später etwas, diese vorzeitig abgebrochen zu haben<sup>106</sup>. Goerdeler konnte aber auf den Einjährig-Freiwilligen-Dienst nicht verzichten, da deren eigentliche Bedeutung weniger in der militärischen Praxis lag. Die jungen Verwaltungsanwärter sollten damit vielmehr ein wichtiges Laufbahnkriterium erfüllen<sup>107</sup>. Welchen Eindruck er vom Militärdienst mitnahm, war aus den Quellen nicht herauszulesen.

Nach Beendigung der militärischen Dienstpflicht begann er 1906 eine fünfjährige praktische Ausbildung als Referendar. Hier gabelte sich der Vorbereitungsdienst des Verwaltungsnachwuchses in Justiz- und Regierungsreferendariat. Während die Aufnahme in das Regierungsreferendariat im Ermessen der Regierungspräsidenten lag, die bei ihren Entscheidungen immer die Wahrung der sozial und politisch exklusiven Homogenität des Beamtenkorps im Blick hatten, waren die Justizbehörden verpflichtet, jeden Bewerber nach der Ablegung des Examens aufzunehmen<sup>108</sup>. Da Carl Goerdeler nicht zum Regierungsreferendar berufen worden war, absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst bei verschiedenen ostpreussischen Justizstellen, so in Fischhausen, Braunsberg, Königsberg und Marienwerder<sup>109</sup>.

Die eigentliche Bedeutung des Vorbereitungsdienstes war nicht der Ausbildungszweck. Sie lag vielmehr in der Vermittlung, Einübung und Verinnerlichung von Verhaltensweisen und Wertmustern. «Die Referendare wurden als künftige Teilhaber an der kollektiven Herrschaft der Verwaltung ausgesucht und dazu erzogen, Selbstbewusstsein und Korpsgeist nach aussen – gegenüber den Untertanen – und hierarchische Anpassung, ja Unterwürfigkeit nach innen – gegenüber den Vorgesetzten – zu zeigen.»<sup>110</sup> Darüberhinaus war der Referendariatsdienst darauf gerichtet, einen loyalen, von Pflicht- und Dienstethos gegenüber dem Staat beseelten Beamten zu formen.

Neben dem eigentlichen Referendariat scheint genügend Zeit zur Fortsetzung wissenschaftlicher Bildung geblieben zu sein<sup>111</sup>, denn Goerdeler besuchte nicht nur ein Privatissimum in Strafrecht an der Universität Königsberg<sup>112</sup>, sondern promovierte

<sup>106</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>107</sup> Vgl. Heinz Stübiger, *Der Einfluss des Militärs auf Schule und Lehrerschaft*, in: Berg (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. 4, S. 519-529.

<sup>108</sup> Vgl. Wilhelm Bleek, *Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung der höheren Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert*, Berlin 1972 (*Historische und Pädagogische Studien*, Bd.3), S. 124.

<sup>109</sup> UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22 und BA NLG 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>110</sup> Bleek, *Von der Kameralausbildung*, S. 128.  
Vgl. ebenda, S. 127.

<sup>111</sup> UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 190/08, Nr. 519, Bl. 22.

auch während des Referendariats über «Das Bewusstsein der Pflichtwidrigkeit im Schuldinhalte und seine Behandlung in der Literatur und den wichtigsten deutschen Gesetzbüchern des 19. Jahrhunderts». Die Problematik des strafrechtlichen Schuldbegriffs hatte ihn schon als Student in Tübingen interessiert<sup>113</sup>. Im Juni 1907 reichte er bei Robert von Hippel an der Georg-August-Universität Göttingen seine Dissertation ein. Die Fakultät nahm die Arbeit zunächst nicht an. Goerdeler musste sie erst überarbeiten, bevor er sie erneut am 10. Februar 1908 vorlegen konnte<sup>114</sup>. Jetzt begutachtete sein Doktorvater sie als «eine gute Dissertation». In der Begründung hiess es: «Das Ganze ist systematisch klar angelegt und gut geschrieben. Die Ansichten des Verf. sind m.E. – (natürlich mit Ausnahmen) – in den wesentlichen Punkten richtige; und bei ihrer Durchführung tritt eigenes Denken zu Tage.»<sup>115</sup> Das Rigorosum am 15. Juni 1908 bestand Goerdeler mit dem Prädikat «rite»<sup>116</sup>.

Drei Jahre später legte Goerdeler nach Abschluss des Referendariats, am 31. März 1911 in Berlin die «Zweite Staatsprüfung» ab<sup>117</sup> und wurde wenig später, am 7. April, zum Gerichtsassessor ernannt<sup>118</sup>. Damit hatte er seine Ausbildung beendet, die ihn für den höheren Verwaltungsdienst qualifizierte. Nun musste er sich einen Wirkungskreis suchen, wobei die erfolgreiche Absolvierung der grossen Staatsprüfung noch nicht die Aufnahme in eine besoldete Stellung garantierte. In der Regel wartete die Mehrheit der «Dreierjuristen» sechs bis sieben Jahre auf eine dann noch anfangs unbesoldete Assessorenstelle. Auf ein Richteramt rechnete man mit einer Wartezeit von vier bis fünf Jahren. Auch wenn sich die Wartezeiten durch eine bedeutende Stellenvermehrung nach der Jahrhundertwende verkürzt hatten, verdiente die Mehrheit der Juristen erst im Alter von Anfang bis Mitte vierzig das erste Gehalt<sup>119</sup>. Diese Berufsaussichten, die aus der allgemeinen Übersetzung der juristischen Berufe resultierte und schlechte Verdienstmöglichkeiten zur Folge hatte, kannte Goerdeler aus der eigenen Familie. Sie hatten den Vater schliesslich zur Aufgabe der Rechtsanwaltschaft gezwungen und ihn veranlasst, Amtsrichter mit nebenberuflicher Beschäftigung zu werden.

Angesichts der problematischen Anstellungs- und Einkommenssituation für Juristen stand für Carl Goerdeler im Gegensatz zu seinem Bruder Franz, der nach dem juris-

<sup>113</sup> UAT 40/72, Nr. 18.

<sup>114</sup> UAG Dekanatsakten der Juristischen Fakultät 1907/08, Nr. 519, Bl. 7, 9-10.

<sup>115</sup> Ebenda, Bl. 8.

<sup>116</sup> Ebenda, Bl. 5.

<sup>117</sup> BANL113, Nr.20(AAG).

<sup>118</sup> BANL113, Nr. 1.

<sup>119</sup> Vgl. Kampe, Studenten und «Judenfrage», S. 66-67.

tischen Referendariat Amtsrichter wurde<sup>120</sup>, schon damals fest, wie sich Anneliese Goerdeler erinnerte, «dass die 'reine Juristerei', also die Richterlaufbahn, ihn nicht reizte.» Allein die «Selbstverwaltung, die Verwaltung einer Stadt, die nahe Berührung mit dem wirtschaftlichen Leben reizte seinen lebhaften Geist.»<sup>121</sup> Goerdeler selbst bekannte nach vielen Berufsjahren 1936, «die Gemeindegeldverwaltung arbeitet den täglichen Lebensbedürfnissen der einzelnen Bürger so nahe wie keine andere Verwaltung. Darin liegt ihre Aufgabe, darin liegt ihr hoher Reiz.»<sup>122</sup>

Die kommunalpolitische Laufbahn schälte sich als Berufsziel neben einer gewissen Affinität für die Gemeindegeldverwaltung doch aufgrund der Tatsache heraus, dass andere Arbeitsmöglichkeiten etwa in der Verwaltung oder in der Wirtschaft wegen der geringen Stellenangebote kaum zu erwerben waren. So verdeutlicht der Ausbildungsweg Goerdelers, dass nicht, wie bisher angenommen<sup>123</sup>, primär die bereits bekannten eigenen Interessen und die frühe Begeisterung für die Kommunalpolitik die Berufswahl determinierten, sondern die Ausbildung und die damit zusammenhängenden Karrierevoraussetzungen. Ähnlich wird es sich auch bei Fritz Goerdeler verhalten haben, der ebenfalls nach der Absolvierung seines Referendariats die kommunalpolitische Laufbahn wählte<sup>124</sup>.

Dem Gang in die Kommunalverwaltung stand laufbahntechnisch nichts im Wege, denn er war an das Gerichtsassessorexamen als Bildungspatent geknüpft, über das Goerdeler verfügte<sup>125</sup>. In den meisten Städten galt es als obligatorische Voraussetzung für die Bewerbung um eine Stadtvorstandsposition. Darüber hinaus eröffnete es aber auch bei einem eventuellen Ausscheiden aus dem Kommunaldienst die Möglichkeit, als Richter oder Rechtsanwalt zu arbeiten. Diese Karriereaussichten, gepaart mit den eigenen Intentionen und Laufbahnvoraussetzungen, veranlassten Goerdeler wie zahlreiche andere junge Gerichtsassessoren, in den Kommunaldienst einzutreten.

<sup>120</sup> Franz Goerdeler absolvierte das Referendariat bei verschiedenen Justizstellen in Graudenz, Briesen, Berlin und Neuenburg. Vgl. Eberhardina-Markomania, S. 153.

<sup>121</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>122</sup> Carl Goerdeler, Gegenwartsaufgaben des deutschen Gemeindegeldrechts. Beiträge zum Recht des Neuen Deutschland. Festschrift für Franz Schlegelberger, Berlin 1936, S. 138.

<sup>123</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG). Die dort geäußerten Auffassungen wurden von verschiedenen Autoren übernommen. Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 22; Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 26 und Pommerin, Carl Friedrich Goerdeler, S. 402.

<sup>124</sup> Fritz Goerdeler absolvierte das Referendariat bei verschiedenen Justizstellen in Neuenburg, Magdeburg und Berlin. Vgl. Eberhardina-Markomania, S. 153.

<sup>125</sup> Zur Ausbildung und Qualifikation der Beamten auf Magistratsebene vgl. Wolfgang Krabbe, Qualifikation und Ausbildung der Gemeindebeamten vor dem ersten Weltkrieg, in: AfK 20(1981), S. 245-258.

Damit war dieser Schritt nicht, wie behauptet wurde, «das normale Produkt eines normalen Bildungsganges im höheren preussischen Beamtenmilieu»<sup>126</sup>. Er muss vielmehr als eine mögliche, wenn auch nicht ungewöhnliche Entwicklung aufgrund günstiger Rahmenbedingungen gesehen werden, die ebensogut in den Justizdienst hätte münden können.

Der Andrang auf die Kommunalverwaltungen war dadurch so gross, dass sich die Städte ihre Kandidaten auswählen konnten. Deshalb entschied sich Goerdeler, unterstützt durch den Rat des mit der Familie befreundeten Königsberger Oberbürgermeisters Dr. Siegfried Körte, zunächst dafür, ein Praktikum im Bankwesen und dann in der Kommunalverwaltung zu absolvieren, um sich so optimal auf die kommunalpolitische Laufbahn vorzubereiten<sup>127</sup>. Dazu liess er sich am 21. April 1911 vom Oberlandesgerichtspräsidenten für ein Jahr aus dem Justizdienst beurlauben<sup>128</sup>. Das war ein allgemein übliches Verfahren, um jungem Nachwuchs die Möglichkeit zu bieten, Verwaltungserfahrungen zu sammeln.

Das Praktikum im Bankwesen besass den Vorteil, dass Goerdeler sich weitreichende finanz-ökonomische Kenntnisse aneignen konnte. Diese gewannen angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Tätigkeit der modernen Kommunalverwaltung enorm an Bedeutung. Vom 24. April bis zum 14. September arbeitete er bei der Bank der Ostpreussischen Landschaft und vom 19. September bis 10. Oktober bei der Königlichen Seehandlung, der preussischen Staatsbank, in Berlin<sup>129</sup>. In diesem halben Jahr hatte sich Goerdeler mit Blick auf sein Berufsziel besonders mit der bankmässigen Behandlung des kommunalen Anleihewesens vertraut gemacht. Darüber hinaus wurde ihm von Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp bescheinigt, dass er «in allen Zweigen des Bankgeschäftes gearbeitet und dabei mit grosser Gründlichkeit und regem Eifer die technischen Einzelheiten des Bankbetriebes, den ganzen Zusammenhang der Buchführung und des Kassenwesens, sowie der allgemeinen Organisation kennengelernt (hat). Die theoretisch gewonnenen Kenntnisse hat er durch praktische Mitarbeit gefestigt.»<sup>130</sup>

<sup>126</sup> Vgl. Kosthorst, Carl Friedrich Goerdeler, S. 114.

<sup>127</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>128</sup> Ebenda, Nr. 1. In dem Beurlaubungsschreiben wird als Begründung fälschlicherweise «zum Zwecke Ihrer informatorischen Beschäftigung bei der städtischen Verwaltung in Essen» angegeben. Carl Goerdeler war jedoch nie in der Stadtverwaltung Essen tätig. Häufig liessen sich die jungen Verwaltungsbeamten nicht wie er ein, sondern zwei Jahre aus dem Justizdienst beurlauben. Vgl. Krabbe, Qualifikation und Ausbildung, S. 248.

<sup>129</sup> BA NL 113, Nr. 1, auch in: StA L, Stv-Akt. S, Nr. 7, Bd. XXI, Bl. 184.

<sup>130</sup> Ebenda.



Nach Abschluss des Referendariats und zusätzlichen Praktika war Goerdeler mit seinen konservativen, nationalistischen Anschauungen von einem tiefen Konsens mit dem bürokratisch-monarchistischen Staat erfüllt, der sich im Berufsleben weiter erhärten sollte.

## **2. 3. Die kommunalpolitischen Anfänge in Solingen 1911-1914**

Als junger, dynamischer Jurist strebte Goerdeler nach Abschluss der Ausbildung der ersten beruflichen Anstellung entgegen. Das wurde umso dringender, als er während der Praktikumszeit seine Verlobte, Anneliese Ulrich, am 6. Juni 1911 geheiratet hatte<sup>131</sup>. Diese Eheschliessung erfolgte für bürgerliche Verhältnisse früh, denn nach durchschnittlicher Praxis wurde in Beamtenfamilien erst mehrere Monate nach der festen Anstellung des Mannes die Ehe geschlossen<sup>132</sup>.

Goerdeler gelang es recht schnell, in einer Stadtverwaltung Beschäftigung zu erhalten. Am 15. Oktober 1911 trat er mit Erlaubnis von Oberbürgermeister August Dicke<sup>133</sup> als Gerichtsassessor in den Dienst der Stadtverwaltung Solingen zunächst zur «informativischen Beschäftigung»<sup>134</sup>, wie es hiess. Mit dieser Hospitantentätigkeit begann Goerdelers kommunalpolitische Laufbahn. Es gelang ihm, sich schnell und erfolgreich in die fachlichen und politischen Probleme der kommunalpolitischen Arbeit einzuarbeiten, wobei ihm die im Vorbereitungsdienst antrainierte Loyalität und das Pflichtbewusstsein gegenüber dem Staat eine wichtige Basis bildeten.

Goerdeler stieg zunächst über die Teilnahme an den Stadtverordnetenversammlungen in die kommunalpolitische Praxis ein. Seit 17. Oktober wurde ihm dann auf persönlichen Wunsch auch das Recht eingeräumt, allen Kommissionssitzungen beizuwohnen<sup>135</sup>. Das war für einen komplexen Einblick in die kommunalpolitische Situation der Stadt wichtig, weil die Verwaltungsarbeit neben der Stadtverordnetenversammlung zu einem grossen Teil in den Kommissionen bewältigt wurde<sup>136</sup>.

Nach acht Monaten wurde Goerdeler auf Vorschlag der Verwaltungs- und Finanzkommission und mit Zustimmung der Stadtverordneten auf der nicht-öffentlichen

<sup>131</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 1.

<sup>132</sup> Vgl. Berg, Familie, Kindheit, Jugend, S. 103,

<sup>133</sup> Dicke war von 1896 bis 1928 Oberbürgermeister in Solingen.

<sup>134</sup> StA S, V-A-1 16 Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung (13.1.1910-24.10.1911), Bl. 394.

<sup>135</sup> Ebenda.

<sup>136</sup> Vgl. Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, bearbeitet von Christian

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10. Juni 1912 rückwirkend vom 1. Juni 1912 an als besoldeter juristischer Hilfsarbeiter angestellt<sup>137</sup>. Der juristische Hilfsarbeiter war eine Stelle, die die Städte für höhere Beamte auf Probe geschaffen hatten, um die wachsenden Verwaltungsaufgaben besser bewältigen zu können<sup>138</sup>. Sie war als eigene Praktikantenphase für die Magistratslaufbahn gedacht, denn sie bot «jungen Juristen, die auf diese Weise Aufgaben verschiedenster Art in der Kommunalverwaltung in relativer Selbständigkeit zu erledigen hatten (...) die Gelegenheit (...), sich auf die Übernahme von Stadtratsstellen vorzubereiten.»<sup>139</sup>

Als juristischer Hilfsarbeiter wurde Goerdeler von Oberbürgermeister Dicke mit der Leitung kleinerer Dezernate betraut. Er durfte allerdings nicht im Namen des Magistrats zeichnen, da ihm der Rang eines Magistratsmitglieds fehlte. Auch den Verwaltungsdeputationen, denen er zugeordnet war, gehörte er nur mit beratender Stimme an. Aufgrund dieser verwaltungsmässigen Stellung ist in den ersten Jahren der konkrete Anteil Goerdelers an der Gestaltung der Kommunalpolitik in Solingen im Ganzen aus den überlieferten Akten nicht exakt zu ermessen. Aber die fragmentarisch belegte Mitarbeit Goerdelers und die positive Einschätzung seiner Tätigkeit durch Oberbürgermeister Dicke erlauben den Schluss, dass er sich sehr gründlich mit allen Aufgabengebieten der Stadtverwaltung beschäftigt hatte. Im Herbst 1912 urteilte Dicke: «Dr. Goerdeler ist ein geistig hervorragender Mann, der sich sehr leicht in die wichtigsten Dezernate eingearbeitet hat. Mit grossem Fleiss verbindet er ein gewöhnliches Geschick in der Bearbeitung schwieriger Sachen. Er hat ein sehr gutes klares Urteil, gewandten, fließenden Vortrag, recht gründliche Kenntnisse des bürgerlichen wie des Verwaltungsrechts. Im Verkehr mit Behörden wie mit der Städtischen Vertretung und der Bürgerschaft ist er äusserst geschickt. Er ist durchaus frei von rechthaberischem Wesen, weiss aber seinen Standpunkt fest und sehr gut zu vertreten; in seinen Ansichten ist er massvoll und zeigt stets ein recht glückliches Taktgefühl (...) Herr Goerdeler ist gerade als Kommunalbeamter *in hohem Masse* befähigt.»<sup>140</sup>

Der Beginn in Solingen machte Goerdeler zunächst aufgrund seiner geographischen Herkunft und nationalkonservativen Bildung und Erziehung Schwierigkeiten.

Engeli und Wolfgang Haus, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975 (Schriften des deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 45), S. 396ff.

<sup>137</sup> StA S V-A-2 17 (Protokollbuch der Stadtverordnetenvers. 31.10.1911-17.7.1913), Bl. 148 und BA NL 113, Nr. 1.

<sup>138</sup> Vgl. Krabbe, Qualifikation und Ausbildung, S. 247f.

<sup>139</sup> Ebenda, S. 248.

<sup>140</sup> Hervorhebung im Original. BA NL 113, Nr. 1.

Er musste sich erst an die sozialen und politischen Verhältnisse in diesem Industriegebiet gewöhnen, weil sie sich doch erheblich von denen in den agrarisch geprägten östlichen preussischen Regionen unterschieden, in denen er bisher gelebt und gearbeitet hatte.

Solingen war im Gegensatz zur rückständigen Provinzialität, wo zumindest in Schneidemühl zu Goerdelers Kindertagen die Annehmlichkeiten urbaner Zivilisation wie fließendes Wasser und Elektrizität fehlten, eine moderne Grosstadt mit 50'000 Einwohnern. Sie verfügte über eine Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, eine elektrische Strassenbahn und Eisenbahnanbindung. Sie war geprägt durch die seit Jahrhunderten dort beheimatete hochspezialisierte Eisen- und Stahlwarenindustrie, die sich in der Kombination von Fabrik und Hausindustrie als typischer Solinger Fabrikbetrieb herausgebildet hatte<sup>141</sup>. Noch 1925 überwog in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich der Anteil der Arbeiter und Gewerbetreibenden, die mit knapp über 60% in der Metallbranche tätig waren<sup>142</sup>.

Das Ausbildungsniveau der in der Stahlwarenindustrie Beschäftigten galt als hoch. Das prägte das Bewusstsein heraus, «unabhängig und selbständig sowie als Spezialisten unersetzlich zu sein (und) führte schon früh zu einer gewissen Aufsässigkeit gegen jede Art von Obrigkeit, die sich politisch in einer starken Linksorientierung niederschlug.»<sup>143</sup> Solingen entwickelte sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Hochburg der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der Metallgewerkschaften. Im Jahre 1910 waren von den etwa 20'000 Arbeitern der Stahlindustrie in Solingen rund 7'500 im DMV, 6'000 im Industriearbeiterverband und 1'500 im Christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Damit gehörten 75% der Solinger Metallarbeiter den Gewerkschaften an – ein im Vergleich zur gesamtdeutschen Situation ausserordentlich hoher Organisationsgrad. Im Jahre 1907 waren lediglich 17% der deutschen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert<sup>144</sup>. Die konfessionelle Struktur Solingens ähnelte im Gegensatz zu den sozialen und politischen Verhältnissen insofern Goerdelers Herkunftskultur, als die Mehrzahl der

<sup>141</sup> Vgl. Heinz Rosenthal, Solingen. Geschichte einer Stadt, Bd. III: Aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, hrsg. v. Rüdiger Schneider Berrenberg, Duisburg 1975, S. 84.

<sup>142</sup> Vgl. Volker Wunderich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980, S. 20-21. Bernd Neufurth, der sich auf andere Quellen stützt, spricht von einem Beschäftigtenanteil von mehr als 72% in der Stahlwarenbranche. Ders., Solingen 1929-1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Machtübernahme in einer Kommune, Sankt Augustin 1984 (Duisburger Studien), S. 8.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>144</sup> Vgl. Wunderich, Arbeiterbewegung, S. 24.

Bevölkerung der Stadt protestantisch war. Damit nahm die Stadt innerhalb der katholischen Rheinprovinz eine Sonderstellung ein. Anders gestaltete sich aber der geringe Anteil an Juden. Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 gehörten 37'181 Personen der evangelischen Kirche an, 12'179 waren katholischer und 282 jüdischer Konfession<sup>145</sup>.

Diese Rahmenbedingungen kommunalpolitischer Arbeit zwangen Goerdeler, sich einmal im Gegensatz zu den Problemen des agrarischen Ostens mit den Erfordernissen und Problemen der Modernisierung im grossstädtischen Raum auseinanderzusetzen. Zum anderen musste er lernen, den politischen Faktor, der in Solingen mit einer starken Sozialdemokratie und Gewerkschaft auf den Plan trat, für die er als Konservativer keine politischen Sympathien hegte, bei der Arbeit in Rechnung zu stellen.

Mit diesen Anforderungen kam Goerdeler trotz konservativer Werte und Grundüberzeugungen zurecht, indem er aus rein pragmatischen Erwägungen heraus Politik- und Konsensfähigkeit entwickelte: «(...) die Arbeit floss ihm bald gründlich zu durch den Umgang mit den Stadtverordneten verschiedenster Prägung, mit den selbständigen «Rotten»-Meistern, Gross- und Kleinindustriellen»<sup>146</sup>, schrieb Anneliese Goerdeler. Oberbürgermeister Dicke sprach, wenn man ihn wörtlich nimmt, wiederholt davon, dass Goerdeler in der Bürgerschaft sehr beliebt war und eine gute Beziehung zu seinen Kollegen sowie zu den Stadtverordneten aller Fraktionen unterhalten habe. Das impliziert nicht, dass Goerdeler Affinitäten für linke oder liberale politische Kräfte ausgebildet hätte. Er stand fest auf dem Boden seiner nationalkonservativen Grundwerte. Deshalb sei ihm viele Jahre später, als Oberbürgermeister Dicke in den Ruhestand trat, auch «aus Kreisen der Rechtsparteien im Stadtrat der Oberbürgermeisterposten angeboten worden»<sup>147</sup>.

Goerdeler strebte nun als anerkannte Fachkraft nach einem schnellen beruflichen Aufstieg. Zunächst bewarb er sich Ende des Jahres 1912 um eine in Halberstadt ausgeschriebene Stadtratsstelle. Dieser Posten war wie der des Beigeordneten die nächste Laufbahnstation auf dem Weg zum Bürgermeisteramt. Deshalb galten diese Probedienststellen auch als «kommunale Sprungbretter»<sup>148</sup>.

Goerdeler hatte mit der Bewerbung in Halberstadt Erfolg. In der kommunalen Verwaltungspraxis waren die kleineren Städte vor dem ersten Weltkrieg dazu übergegangen, ihre vakanten Beigeordneten-, Stadtrats- oder Bürgermeisterstellen bevorzugt aus dem Kreis der juristischen Hilfsarbeiter oder Magistratsassessoren zu be-

<sup>145</sup> Morsbach's Adressbuch für Solingen, Ohligs, Wald, Höhnscheid und Grafrath 1911/1912, S. 6.

<sup>146</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>147</sup> Rheinische Landeszeitung, 5.7.1935.

<sup>148</sup> Krabbe, Qualifikation und Ausbildung, S. 248.

setzen. Er wurde zunächst mit drei anderen Bewerbern in die engere Wahl gezogen und nach erfolgreichem Vorstellungsverfahren von den Stadtverordneten als alleiniger Kandidat für die Stadtratsstelle vorgeschlagen<sup>149</sup>.

Diese Nominierung nutzte Goerdeler mit Erfolg als Druckmittel, um seine Beförderung zum Beigeordneten in Solingen zu forcieren. Oberbürgermeister Dicke, der Goerdeler aufgrund seiner Befähigung als Mitarbeiter in der Stadtverwaltung halten wollte, lud am 10. Dezember 1912 einige Stadtverordneten zu einer vertraulichen Besprechung ein, um ihnen die Schaffung einer besoldeten Beigeordnetenstelle anzutragen<sup>150</sup>. Er begründete diese Massnahme mit den wachsenden Verwaltungsgeschäften der Stadt. In der Tat erhöhten sich in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung zur modernen Selbstverwaltung die kommunalen Aufgaben der Städte, was sowohl zu einer Expansion als auch zu einem Aufgaben- und Strukturwandel der Verwaltung führte. Das wird deutlich durch die Sach- und Personalausgaben der deutschen Gemeinden widergespiegelt, die von 1870 bis 1913 um das Elfache stiegen<sup>151</sup>. Die Kommunalverwaltungen passten sich damit dem Prozess der Modernisierung mit seinen Teilerscheinungen wie Urbanisierung, Industrialisierung und Arbeitsteilung an.

Am 17. Dezember erklärten sich die Stadtverordneten dann mit der Einrichtung einer weiteren Beigeordnetenstelle einverstanden und wählten Goerdeler einstimmig für 12 Jahre in dieses Amt<sup>152</sup>. Noch am selben Tag zog er seine Bewerbung um die Stadtratsstelle in Halberstadt zurück. Mit der Stadtratsstelle in Halberstadt hätte er sich beruflich keinesfalls verbessert. Diese Position war zwar der des Beigeordneten formal etwa gleichwertig, aber die Anforderungen an sie gestalteten sich aufgrund der viel geringeren Grösse der Stadt nicht so herausfordernd.

Die Beförderung Goerdelers vom juristischen Hilfsarbeiter zum Beigeordneten vollzog sich vergleichsweise schnell. Sonst wurden junge Kommunalbeamte erst nach mehreren Jahren als Beigeordnete bestellt<sup>153</sup>. Das war einmal Ausdruck der fachlichen Befähigung Goerdelers, zeigte aber auch, wie sehr er sich mit dem Loyalitäts- und Pflichtethos der Beamtenschaft identifizierte.

<sup>149</sup> BANL 113, Nr. 1.

<sup>150</sup> Solinger Tageblatt, 10.12.1912.

<sup>151</sup> Vgl. Wolfgang Hofmann, Aufgaben und Struktur der kommunalen Selbstverwaltung in der Zeit der Hochindustrialisierung, in: Kurt Jeserich (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, S. 583.

<sup>152</sup> StAS, V-A-1, 17, Bl. 257 und S 583-400-1, Bl. 340.

<sup>153</sup> Vgl. Helmuth Croons Diskussionsbeitrag in: Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, S. 86.

Der berufliche Aufstieg «war ein schöner Erfolg»<sup>154</sup>, schrieb Anneliese Goerdeler. Er ermöglichte der Familie, ihre bescheidenen Lebens- und Wohnverhältnisse in Solingen aufzugeben. Sie zog aus dem kleinen, einfach möblierten Zimmer in eine grössere vier-Zimmer-Wohnung und bereitete sich darauf vor, dass wenige Tage nach Goerdelers Amtseinführung das erste Kind, – der Sohn Ulrich –, geboren wurde<sup>155</sup>. Am 1. April 1913 begann Goerdeler das Beigeordnetenamt<sup>156</sup>. Als Beigeordneter war er nicht, wie immer wieder zu lesen ist<sup>157</sup>, das einzige juristisch vorgebildete Mitglied der Solinger Stadtverwaltung. Oberbürgermeister Dicke war ebenfalls Jurist<sup>158</sup>. Goerdeler oblagen umfassende Leitungsaufgaben, wozu auch die Vertretung des Oberbürgermeisters gehörte<sup>159</sup>. In seinen Geschäftsbereich fielen das Schul-, Armen-, Sozial-, Finanz-, Steuer- und Versicherungswesen, die Verwaltung des Schlachthofes und Militärangelegenheiten. Ausserdem fiel die juristische Beratung der anderen städtischen Abteilungen und die Leitung des Jugendausschusses in seinen Kompetenzbereich<sup>160</sup>. Hier sind Goerdelers fachliche und politische Leistungen anzusiedeln. Ungeklärt müssen aber aufgrund der Quellenlage und der verfassungsrechtlichen Abhängigkeitsstellung des Beigeordneten vom Bürgermeister der Grad der Eigenverantwortung in der Leitung der ihm unterstellten Dezernate, seine Stellung im Kollegium und seine

<sup>154</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>155</sup> Vgl. ebenda.

<sup>156</sup> Oberbürgermeister Dicke gab bei der Amtseinführung Goerdelers auf der Stadtverordnetenversammlung am 8. April 1913 ihm gegenüber der Hoffnung Ausdruck, dass es «mit demselben lebhaften Interesse, mit demselben Fleiss und ich kann wohl hinzufügen, mit derselben Geschicklichkeit», die er bisher gezeigt hatte, sein Amt führen werde. «Ich hoffe von ganzem Herzen, dass Ihre Tätigkeit der Stadt Solingen zum Segen gereichen wird, und auch Sie volle Befriedigung in ihr finden werden.» Goerdeler betonte, nachdem er sich für das entgegengebrachte Vertrauen bedankt hatte, dass es seine «selbstverständliche Pflicht» sei, seine ganze Kraft in den Dienst der Stadt Solingen zu stellen. «Ich werde mit warmem Herzen mein Amt führen und mich dabei stets ebensoviel als Bürger der Stadt Solingen, wie als deren Beamter fühlen (Beifall).» Solinger Tageblatt, 9.4.1913.

<sup>157</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 24 und Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 28.

<sup>158</sup> Vgl. Rosenthal, Solingen, S. 410.

<sup>159</sup> Vgl. Rudolf von Bitter, Handbuch der Preussischen Verwaltung, hrsg. von Bill Drews und Franz Hoffmann, 1. Bd., Berlin, Leipzig 1928, S. 221. In Städten wie Solingen, in denen die Bürgermeisterverfassung galt, standen dem Bürgermeister mehrere Beigeordneten zur Seite. Durch die Solinger Stadtverordneten war Goerdeler dazu bestimmt, an sechster Stelle als Vertreter des Oberbürgermeisters einzutreten. StA S, V-A-1 17 Protokollbuch der Stadtverordneten-Versammlung (31.10.1911-17.7.1913), Bl. 257.

<sup>160</sup> Vgl. Solinger Tageblatt, 1. und 2.4.1913 und BA NL 113, Nr. 1.

politischen Wirkungsmöglichkeiten bleiben. Damit ist es nicht möglich, bei Goerdeler ein kommunalpolitisches Konzept wenigstens in Ansätzen zu entdecken, das es erlauben würde, ihn als Kommunalpolitiker des Kaiserreiches noch näher zu verorten. Allerdings sind mit Blick auf Goerdelers weitere Entwicklung die Erfahrungen, die er mit der Bürgermeisterverfassung machte, ganz wesentlich.

Die Bürgermeisterverfassung<sup>161</sup> garantierte mit ihrem bürokratisch organisierten Verwaltungsapparat die Zusammenfassung der gesamten Verwaltung in einer Hand und begründete die dominante Stellung des Oberbürgermeisters gegenüber den Stadtverordneten und den Dezernenten. Der Oberbürgermeister hatte einmal den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung inne, deren Wirksamkeit durch die Reglementierung der Zahl und Zusammensetzung der Vertretungskörperschaft (Dreiklassenwahl und Ortsstatut) eingeschränkt war. Zum anderen konnte er jederzeit verfassungsrechtlich legitimiert in den Geschäftsbereich eines Dezernenten eingreifen. Deshalb bot sie auch kaum kreative Freiräume für die Arbeit der Dezernenten.

Goerdeler favorisierte seit Beginn seiner kommunalpolitischen Laufbahn wie viele seiner Amtskollegen später in der Weimarer Republik auch die Bürgermeisterverfassung als ein «vorzügliches in ruhigen und unruhigen Zeiten» zweckmässiges und widerstandsfähiges System<sup>162</sup>.

Die Gründe dafür waren vielfältig. Zum einen sprach die effektive Verwaltungskonstruktion dieser Organisationsform der städtischen Verwaltung selbst dafür. Sie gewährleistete grössere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit sowie die institutionelle Verbindung zwischen Exekutive und Vertretungskörperschaft. Damit schien sie günstigere Bedingungen für eine einheitliche Kommunalpolitik zu bieten. In der Diskussion um die Bürgermeisterverfassung blieb deren Praktikabilität jedoch umstritten.

Zum anderen hatte Goerdeler die verfassungsmässig abhängige Rechtsstellung des Beigeordneten nach der Bürgermeisterverfassung nie in voller Härte erlebt. Dicke hatte ihm aufgrund guten Einvernehmens<sup>163</sup> schon im Interesse der eigenen Entlastung ein hohes Mass an Selbständigkeit eingeräumt und sich auf Koordinierung und Oberaufsicht beschränkt, was generell im verfassungsmässigen Rahmen möglich war<sup>164</sup>. Ausserdem war es Goerdeler gelungen, sich gegen seinen Bürgermeister

<sup>161</sup> Zur Bürgermeisterverfassung vgl. Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, S. 396ff.

<sup>162</sup> Goerdeler, Das Gutachten ... über die Verwaltung der Stadt Mannheim, S. 115.

<sup>163</sup> Angesichts der Förderung, die Goerdeler durch Dicke erfahren hat, kann man von einem guten Verhältnis zwischen beiden ausgehen.

<sup>164</sup> Vgl. Günter Püttner, Die Beigeordneten – Beamte mit politischer Funktion?, in: AfK 20(1981), S. 239.

in fachlichen Fragen mit «zäher Energie»<sup>165</sup> durchzusetzen. Das führte letztlich zu der Auffassung, die durch Anneliese Goerdeler vermittelt vorliegt, dass «die Bürgermeisterverfassung an sich freiheitlicher als die Magistratsverfassung auch persönliche Selbständigkeit bot»<sup>166</sup>.

Deshalb konnte Goerdeler die Kritik an der Bürgermeisterverfassung nicht teilen, die die Leitbarkeit und Verwaltbarkeit einer grossen Stadt durch eine einzelne Person bezweifelte und die Möglichkeit der autoritären Emanzipation der Stadtoberhäupter gegenüber dem Willen der Allgemeinheit, besonders der Stadtverordneten beanstandete. Denn gerade die antidemokratischen und autoritären Elemente der Bürgermeisterverfassung entsprachen Goerdelers konservativen und autoritären Staatsvorstellungen. Sie korrespondierten mit seinen Auffassungen über befähigte Führungspersönlichkeiten und ihre Wirkungs- und Einflussmöglichkeiten in Entscheidungsprozessen. Als konservativer Kommunalbeamter stand Goerdeler loyal und pflichtbewusst hinter dem Staat und identifizierte sich mit den politischen Erfordernissen der Wilhelminischen Zeit. Diese Haltung kam auch im Ersten Weltkrieg zum Ausdruck, der seine Dienstzeit in Solingen unterbrach.

## **2. 4. «Sichere Hoffnungen – bittere Enttäuschungen». Als Offizier im Ersten Weltkrieg**

Sofort nach dem Mobilmachungsbefehl meldete sich Goerdeler als Reserveoffizier beim Feldartillerie-Regiments Nr. 71 (FAR 71) zum Kriegseinsatz. Nachdem er zunächst am 2. August zur Betreuung eines Truppentransports vom 1'000 Mann von Dortmund nach Graudenz zum Standort des Regiments kommandiert worden war<sup>167</sup>, stand er seit dem 4. August 1914 bei diesem Regiment in Ostpreussen<sup>168</sup>. Dort fand Goerdeler als Leutnant d. R. Verwendung als Adjutant des Kommandeurs der Ersatzabteilung<sup>169</sup>, die am 12. August mobil wurde. Goerdeler nahm an der

<sup>165</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>166</sup> Ebenda.

<sup>167</sup> Ebenda.

<sup>168</sup> Ebenda, Nr. 1; StA L. Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 13 (auch StV-Akt, S, Nr. 7, Bd. XXI, Bl. 183). Im FAR 71 dienten auch Carl Goerdelers Brüder Franz und Fritz. Vgl. Das Feldartillerie-Regiment Nr. 71 Gross-Komtur im Weltkrieg. Nach amtlichen Unterlagen und Berichten von Mitkämpfern bearbeitet von Oberleutnant a. D. Lothar Gittermann, Leutnant d. R. a. D. Ernst Zillmer und Hauptmann d. R. a. D. Martin Grunau, Zeulenroda O.J., S. 301 und 303. Gustav Goerdeler arbeitete während des Krieges als Arzt in mehreren Lazaretten, so zunächst in Marienwerder und dann in Danzig-Gliva. Vgl. Eckert, Unsere Grosseltern, Bl. 3.

<sup>169</sup> Vgl. Regimentsgeschichte FAR 71, S. 368.



Schlacht von Tannenberg teil, die mit einem vollständigen Sieg der deutschen Truppen nach der Einkreisung und Vernichtung der 2. russischen Armee endete. Dann folgten zahlreiche Grenzgefechte, die Schlacht von Wilna und der Stellungskampf von Smorgon<sup>170</sup>. Mitte Oktober 1915 wurde die mobile Ersatzabteilung des FAR 71 aufgelöst. Sie trat zum neu aufgestellten FAR 93 über. Goerdeler, zwischenzeitlich zum Oberleutnant befördert, wurde Führer der 6. Batterie (leichte Feldhaubitzen) in diesem Regiment<sup>171</sup>. Danach war er, spätestens seit 1916, Ordonnanzoffizier bei mehreren höheren Stäben im Osten<sup>172</sup>. Zuletzt diente er als Hauptmann d. R. beim Oberkommando der 10. Armee unter General Erich von Falkenhayn. Goerdeler hatte bis zum 31. Januar 1919 an der Front und in den Stäben an der Ostfront am Krieg teilgenommen<sup>173</sup>. Dann kehrte er im Februar nach Königsberg zurück und wurde am 4. März offiziell aus dem Heeresdienst entlassen<sup>174</sup>. Für seine Verdienste im Krieg wurde Goerdeler mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse ausgezeichnet<sup>175</sup>.

Der spontane, unmittelbare persönliche Einsatz Goerdelers bei Kriegsausbruch spiegelt die tiefe patriotische Stimmung wider, die die gesamte deutsche Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt beherrschte. Sie war von Enthusiasmus und idealistischer Opferbereitschaft geprägt und fusste auf der unbedingten Übereinstimmung mit den «nationalen» Zielen der Wilhelminischen Politik.

Diese emotionale wie politische Haltung sollte bei Goerdeler ungebrochen bis zum Kriegsende fortleben trotz neuer, unvergessliche Grunderfahrungen, die er mit vielen teilte: der massenhafte Tod, das Sterben, die Verwundung, Kriegsversehrte und Invaliden, der graue Stumpfsinn des Frontalltags. Er verlor an der Westfront seinen Bruder Franz, der am 23. März 1918 bei St. Quentin fiel<sup>175</sup>, und seinen um ein Jahr älteren Jugendfreund Willi Nowrath aus Marienwerder, der im August 1918 in der Champagne blieb<sup>177</sup>.

Goerdeler teilte jedoch nicht unmittelbar die Fronterfahrungen, die durch den Krieg im Westen, den Stellungskrieg, die Materialschlachten und den Infanteriekampf be-

<sup>170</sup> BA NL 113, Nr. 1. Vgl. auch Regimentsgeschichte FAR 71, S. 377.

<sup>171</sup> Ebenda.

<sup>172</sup> Die Quellenlage erlaubt leider keine präziseren Aussagen.

<sup>173</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 13.

<sup>174</sup> BANL113, Nr. 1.

<sup>175</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685 Bd. 1, Bl. 1.

<sup>176</sup> Mitteilung von Joachim Goerdeler an d. Verf. vom 28.8.1990.

<sup>177</sup> BA NL 113, Nr. 3 (Goerdeler, Jugenderinnerungen).

stimmt waren und die eine ganze Generation prägen sollten, weil er nur auf dem östlichen Kriegsschauplatz zum Einsatz kommandiert worden war. Dort trug der Krieg einen anderen Charakter als im Westen. Er war trotz zeitweiliger Erstarrung mehr ein Bewegungskrieg.

Die Erfahrungen der Westfront wurden Goerdeler durch die Geschwister vermittelt, die, nachdem sie mit dem Regiment zunächst auch im Osten gekämpft hatten, seit dem 9. Oktober 1915 an die Westfront kommandiert wurden<sup>178</sup>. Fritz war als Führer der 3. Batterie des FAR 71 an den Schlachten und den Stellungskämpfen an der Somme, bei Arras, im Wytschaete-Bogen, in Flandern und bei Armentieres beteiligt. Seine Berichte im Kriegstagebuch der 3. Batterie geben einen präzisen Einblick in diese Kämpfe gegen die vorrückenden Briten, die bald im Grabenkrieg erstarrten. Der Einsatz neuartiger Gas- und Brandminen unterstützte das Artilleriefeuer. Tod, Vergiftungen und zahlreiche Verschüttungen waren die Folge<sup>179</sup>.

Trotz dieser grauenhaften und verlustreichen Erfahrungen kämpfte Goerdeler «mit grösstem Optimismus bis zum letzten Tage»<sup>180</sup>. Die Übereinstimmung Goerdelers mit den deutschen Kriegszielen kam noch 1918 bei der Stabsarbeit zum Ausdruck, als er die Gelegenheit bekam, im Stab der 10. Armee seine Fähigkeiten als Verwaltungsfachmann in den Dienst des Heeres zu stellen. Die 10. Armee hatte in der Frühjahrsoffensive, die nach Abbruch der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk am 19. Februar 1918 an der Ostfront einsetzte, ein Gebiet vom 57'000 km<sup>2</sup> annektiert, das weite Teile Belorusslands und Litauens umfasste: dünn besiedeltes Bauernland<sup>181</sup>. Goerdeler fiel die Aufgabe zu, von Februar bis zum Rückzug im November 1918 die Finanzverwaltung in diesem Territorium mit landeseigenen russischen Kräften zu organisieren<sup>182</sup>.

Goerdelers Abschlussbericht zeigt, dass er nach vier verlustreichen Kriegsjahren immer noch unerschüttert die militärpolitischen Ziele des Kaiserreiches teilte, wenn er

<sup>178</sup> Vgl. Regimentsgeschichte FAR 71, S. 129.

<sup>179</sup> Vgl. Ebenda, S. 277-280, 316-318. Fritz ist bei diesen Kampfhandlungen zwei Mal verwundet worden, am 5. Juni 1917 bei Wytschaete und am 29. August 1918 beim Rückzug in der Nähe von Arras. Für seine Verdienste ist er mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse ausgezeichnet worden. Vgl. ebenda, S. 427 und Jacobsen (Hrsg.), *Opposition*, S. 766.

<sup>180</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Brief Carl Goerdelers an Eggers vom 3.6.1942).

<sup>181</sup> Vgl. Die Rückführung des Ostheeres, Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Berlin 1936 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 1), S. 112.

<sup>182</sup> BA NL 113, Nr. 11 (Carl Goerdeler, Die Landesfinanzen im besetzten Gebiet der 10. Armee vom 20.2. bis 30.11.1918).

die Einbeziehung russischen Territoriums in den Machtbereich Deutschlands entsprechend seinen nationalkonservativen Wertvorstellungen nicht als Annexion deutete. Er vertrat dagegen die Ansicht, dass die Deutschen «nicht in feindlicher Absicht kamen (...) und trotz aller von ihnen selbst hart empfundenen Kriegsnotwendigkeiten mit freundlicher Gesinnung hier gewelt haben»<sup>183</sup>.

Goerdeler zeichnete ein verzerrtes Bild von der Arbeit der deutschen Besatzungsmacht. «Alles in allem: 9 Monate deutscher Besetzung haben dem Land Ruhe und stetig sich festigende Ordnung gebracht (...) Die von deutschen Kräften geleitete Arbeit der russischen Beamten, die mit treuer Hingabe an ihr Land und nicht ohne Entbehrungen tätig waren, kann vor dem Urteil der Geschichte bestehen.»<sup>184</sup>

Goerdeler stand mit seiner Sicht nicht allein. General von Falkenhayn, der Oberbefehlshaber der 10. Armee, schätzte nach dem Kriegsende Goerdelers Stabsarbeit ähnlich erfolgreich ein: «Eine gähnende Leere und vollständige Desorganisation hat er vorgefunden – einen wohl gefüllten Schatz, eine vortrefflich geordnete Verwaltung liess er zurück, als wir nach etwa 10 Monaten das Land räumten. Dabei ist er allen laufenden Bedürfnissen ohne jede nennenswerte Hilfe aus Deutschland gerecht geworden und mir niemals eine auch nur im Geringsten berechnete Klage über sein Wirken bekannt geworden. Im Gegenteil stimmte die gesamte Bevölkerung mit mir in der Anerkennung überein, was viel heissen will. Ich stehe hiernach nicht an, Herrn Goerdeler als einen Finanzmann, Organisator und Arbeiter von höchstem Range zu bezeichnen.»<sup>185</sup> Diese Interpretationen der Arbeit der Besatzungsmacht erscheinen als sehr fragwürdig. Auch wenn festgestellt wurde, dass die in engem Anschluss an die Kommandobehörden eingerichtete Verwaltung gut funktionierte und mit den «reichlich chaotischen Zuständen»<sup>186</sup> in den Stäben fertig wurde und in Rechnung zu stellen ist, dass es aufgrund der wirtschaftsgeographischen Situation Belorusslands und Litauens vergleichsweise zu weniger Schwierigkeiten zwischen Besatzungsmacht und einheimischer Bevölkerung kam als in der Ukraine, schätzen andere Quelle die Beziehung zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung viel konfliktreicher ein: «Dieses Verhältnis konnte nach vier Jahren Krieg nicht ohne Reibungen und Spannungen bleiben. Die Ausnutzung des Landes für Kriegszwecke, die dauernden Eingriffe militärischer und administrativer Dienststellen, die Erörterungen

<sup>183</sup> Ebenda.

<sup>184</sup> Ebenda.

<sup>185</sup> BA NL 113, Nr. 1.

<sup>186</sup> Die Rückführung des Ostheeres, S. 112.

über die künftigen staatlichen Verhältnisse, die damit ausgelösten Gegensätze der Besatzungsmächte untereinander, die verschiedenen nationalen und sozialen Strömungen und nicht zum wenigsten die wachsende Not weiter Bevölkerungskreise mussten steigende Unruhen auslösen.»<sup>187</sup> Diese Deutungen werden durch andere Darstellungen gestützt, die von Schreckensherrschaft, von Mord, Plünderungen und Unterdrückung der Bevölkerung sprechen<sup>188</sup>.

Bei der Stabsarbeit lernte Goerdeler einen Führungsstil kennen, der langfristig seine autoritären Vorstellungen über die Organisation von Verwaltungen befruchtete. In den 30er Jahren konzipierte er: der Bürgermeister solle das Recht zugesprochen bekommen, Beschlüsse des Stadtrates nicht auszuführen. Er solle aber verpflichtet sein, die Gründe für die Ablehnung zu den Akten zu bringen und dem Stadtrat zur Kenntnis zu bringen. Goerdeler begründete seine Vorstellungen: «Ich habe dieses



*Als Ordonnanzoffizier bei der Stabsarbeit*

Verfahren entnommen dem bei höheren Truppenstäben üblichen. Hier hatte wenigstens früher der Generalstabschef die Berechtigung, seine von der des Kommandeurs abweichende Ansicht zu Papier zu bringen und sie der nächst höheren Stelle

<sup>187</sup> Ebenda, S 10.

<sup>188</sup> Vgl. u.a. Karl Dietrich Erdmann, *Der Erste Weltkrieg*, München 1991, S. 219.

im Generalstab vorzulegen. Dieses Verfahren zwingt alle an der Bildung der Verantwortlichkeit Beteiligten zu einem Höchstmass von Überlegung und Sorgfalt. Denn es gibt hinterher keine Unklarheit darüber, wer eigentlich für den Entschluss einer Handlung verantwortlich ist, und das ist das Entscheidende.»<sup>189</sup>

Aufgrund der ausgeprägten Identifikation mit den deutschen Kriegszielen lastete die Kriegsniederlage schwer auf Goerdeler. Später schrieb er dazu: «Wir haben in unseren Vätern den Stolz des Sieges 1871 leuchten sehen und das bittere Elend und die Demütigung des Zusammenbruchs und der Niederlage vor sie hintragen müssen.»<sup>190</sup> Die wenigen überlieferten zeitgenössischen Äusserungen Goerdelers über das Kriegsende ähneln sich in dieser Grundstimmung<sup>191</sup>. Er erklärte sie wie folgt: «Vier Jahre lang hatte man (...) den Sieg und grosse Eroberungen versprochen, Blut und Geldopfer höchsten Masses erlangt, 2 Jahre Hunger auferlegt. (...) es ist so, dass die jahrelange Überspannung der Kriegsziele so sichere Hoffnungen im Volke geweckt hatten, dass die plötzliche Offenbarung der Niederlage den Zusammenbruch erzeugen musste.»<sup>192</sup>

Neben die bittere Enttäuschung über die Kriegsniederlage trat die Erschütterung Goerdelers über die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Revolution. Er erlebte die revolutionären Ereignisse zunächst in ihrer Ausstrahlung auf die deutsche Ostfront. Im Gebiet der 10. Armee nahmen die revolutionären Ereignisse vergleichsweise «einen einfacheren Verlauf»<sup>193</sup> als in der Ukraine. In Minsk veranstalteten Soldaten eine Demonstration, die aber unmittelbar durch Ansprachen des kommandierenden Generals Falkenhayn und des Oberquartiermeisters, Oberstleutnant Freiherr von Bernewitz, entschärft wurde<sup>194</sup>. Der Soldatenrat der 10. Armee nahm Einfluss auf die Beziehungen des Armee-Oberkommandos zur Zivilverwaltung, auf die Verhandlungen mit Litauen und Polen und verhaftete den Ersten Generalstabsoffizier des Militärgouvernements Litauen wegen angeblich die Ruhe unter den Truppen gefährdender Äusserungen<sup>195</sup>.

Die Soldaten drängten auf schnelle Rückkehr in die Heimat. Das Kriegstagebuch der Landwehrkorps berichtet über den inneren Zustand der 10. Armee: «(Es) werden häufig befristete Anfragen wegen Abtransports in die Heimat gestellt und Mitteilungen gemacht, bis zu dem und dem Termin würde die Truppe ihren Dienst noch versehen, dann aber müsse unbedingt ihr Heimtransport erfolgen. Die Disziplin bei

<sup>189</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Schreiben Goerdelers an Frick vom 12.10.1933).

<sup>190</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Erfahrungen und Erkenntnisse).

<sup>191</sup> Vgl. u.a. Eberhardina-Markomannia, S. 154.

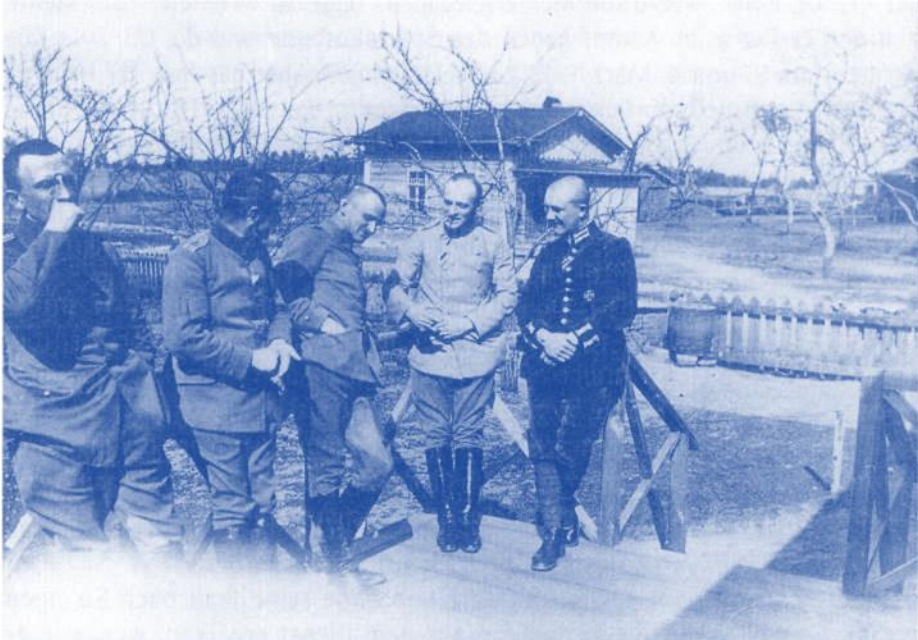
<sup>192</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Carl Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>193</sup> Die Rückführung des Ostheeres, S. 112.

<sup>194</sup> Vgl. ebenda, S. 115.

<sup>195</sup> Vgl. ebenda, S. 123.

der Truppe ist infolge der Revolution stark gelockert. Die Vorgesetzten werden nur vereinzelt gegrüsst, das Tragen roter Abzeichen tritt an einzelnen Stellen weniger, an anderen mehr in Erscheinung. Die Ausführung unbedingt notwendiger Dienstverrichtungen lässt sich meist nur im Wege der Verhandlungen erreichen. Im Allgemeinen wird ihre Ausführung meist durch die einsichtigen Mitglieder der Soldatenräte



*Mit Regimentskameraden an der Ostfront*

erreicht. Die Truppe hält nur noch der Gedanke zusammen, dass jeder Einzelne nur dann unversehrt in die Heimat gelangt, wenn alle ihre Pflicht weiter tun.»<sup>196</sup> Vereinzelt erzwangen Truppenteile die Rückfahrt in die Heimat, machten sich aus eigenem Entschluss zum Rückmarsch auf oder streikten<sup>197</sup>.

Die Auswirkungen der Revolution auf die 10. Armee und der «Drang nach Hause» waren heftig genug, dass Falkenhayn die Forderung der Obersten Heeresleitung (OHL) vom 4. Januar 1919 nach Verlangsamung der Räumung des von der Armee besetzten Gebietes mit dem Argument ablehnte, dass das keinen Kampfgewinn, sondern Meuterei bringen würde<sup>198</sup>.

<sup>196</sup> Zit. nach: Die Rückführung des Ostheeres, S. 114.

<sup>197</sup> Vgl. ebenda, S. 117.

<sup>198</sup> Vgl. ebenda, S. 121.

Für die Revolution konnte Goerdeler als Monarchist keine Sympathien entwickeln, weil sie die politische und soziale Ordnung zerschlug, mit der er sich identifizierte. Deshalb kämpfte er, obwohl er später behauptete, dass angesichts der politischen Entwicklung im Jahre 1918 «der Versuch einer Revolution eine natürliche Selbstverständlichkeit»<sup>199</sup> gewesen sei, für ihre Niederschlagung. «Als ich im März 1919 aus dem Felde heimkehrte,» schrieb er, «hatte ich mir gelobt, einer Revolution meinerseits nicht feige zu weichen»<sup>200</sup>. Er stellte sich den Freikorps im Kampf gegen den Spartakusbund und die USPD in Königsberg am 3. und 4. März 1919 zur Verfügung<sup>201</sup>. Aber das Rad der Revolution war nicht mehr zurückzudrehen, nachdem im Januar 1919 die politische Machtfrage endgültig entschieden worden war: die parlamentarische Demokratie hatte sich durchgesetzt.

In der Summe führten die politischen und soziale Veränderungen der Jahre 1918/1919 zu einer Orientierungskrise bei Goerdeler, die Ausdruck der Unvereinbarkeit seiner Wertvorstellungen mit den neuen Verhältnissen war. Nur unter Zögern und Versuchen, aus den bisherigen Bahnen auszubrechen, entschied er sich bei Kriegsende wieder für den Verwaltungsdienst. Er zweifelte, ob es angesichts dieser Situation überhaupt sinnvoll wäre, die Beamtenlaufbahn weiter zu verfolgen. «Allerhand Pläne wurden geschmiedet», schrieb Anneliese Goerdeler, «worunter der Ankauf eines kleinen Hofes mit gleichzeitiger Betreibung einer Anwaltspraxis in Preussisch-Holland der Vollendung sehr nahe kam.»<sup>203</sup> Diese Projekte wurden von ihrem Vater, Gustav Ulrich, auch finanziell gefördert.

Deshalb kehrte Goerdeler erst im März und ohne seine Frau nach Solingen zurück. Er wollte nur die Entlassung aus dem Dienst erwirken, weil, wie er begründete, «es ihm möglich sei, sich in seiner Heimat eine andere Existenz zu schaffen»<sup>204</sup>. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte unter diesen Umständen am 14. April 1919 seinem sofortigen Ausscheiden aus dem Verwaltungsdienst zu<sup>205</sup>. Aber bereits wenige Tage später auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 23. April teilte Oberbürgermeister Dicke mit, dass Goerdeler ihm erklärt habe, «dass die ihm in

<sup>199</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>200</sup> Ebenda, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>201</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>202</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 32.

<sup>203</sup> BA NL 113, Nr. 20 (AAG).

<sup>204</sup> StA S, V-A-1 19 Protokollbuch der Stadtverordneten-Versammlung (6.6.1916-15.7.1919), Bl. 355.

<sup>205</sup> Ebenda, Bl. 355.

seiner Heimat gebotene Existenzmöglichkeit in der Hauptsache ihm entgangen sei und er deshalb vorziehe, in seiner Stellung als Beigeordneter der Stadt Solingen zu verbleiben.»<sup>206</sup>

Diese Entscheidung war «unter dem beharrend-beruhigenden Einfluss» des Vaters, Julius Goerdeler, und «auch unter starken inneren Kämpfen» gefällt worden<sup>207</sup>. Der Vater, für den die Kriegsniederlage ebenfalls «ein schwerer Schlag»<sup>208</sup> war, hatte sich aber nicht entmutigen lassen, und sich fernerhin politisch engagiert. Das väterliche Beispiel, das sich auf eine Familientradition stützte, wonach die Goerdelers als preussische Beamte seit jeher dem Staat Loyalität gezollt und immer ihre Dienstpflicht erfüllt hatten, hatte offensichtlich die Entscheidung des Sohnes erleichtert, sich nicht zu verweigern, sondern sich wieder in den Dienst des Staates zu stellen. Der Oberbürgermeister und die Stadtverordneten erklärten sich sofort für die Rücknahme der Entlassung bereit<sup>209</sup>. «In Solingen brauchte man eine energische junge Kraft und selbst die betriebsamen Parteifunktionäre nahmen den suspekten Hauptmann d. R. gern wieder auf»<sup>210</sup>, erinnerte sich Anneliese Goerdeler. Fortan sah Goerdeler sein politisches wie berufliches Ziel darin, durch Engagement die von ihm abgelehnte Ordnung zu verändern: «(...) wir haben gearbeitet, gearbeitet, gearbeitet, die Familie vergessen, geschuftet, um der Verwirrung Herr zu werden, die Verwaltung zu reinigen, zu ordnen, zu modernisieren, die Finanzen zu ordnen, Recht, Anstand und Pflicht wieder zur Geltung zu bringen, die Wohnungslosigkeit zu beseitigen, die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe wieder in Stand zu bringen, die der Arbeit Entwöhnten wieder zu steter Arbeit zu gewöhnen, um das Diktat von Versailles zu beseitigen.»<sup>211</sup>

Goerdeler stand der Weimarer Republik a priori kritisch und ablehnend gegenüber. Aus der bisherigen Darstellung ist deutlich geworden, dass sich diese Einstellung auf die nationalkonservativen, monarchistischen Prägungen durch Elternhaus, Schule, Studium und Ausbildungszeit, die beruflichen Anfänge und den Ersten Weltkrieg

<sup>206</sup> Ebenda, Bl. 363.

<sup>207</sup> BANL113, Nr.20(AAG).

<sup>208</sup> Weichsel Zeitung, 29./30.12.1934.

<sup>209</sup> Ihren Entschluss begründeten die Stadtparlamentarier mit dem eigenwilligen Argument, dass der Beschluss der Stadtverordneten vom 14.4. Goerdeler wegen seiner plötzlichen Abreise noch nicht in rechtsgültiger Form zugestellt werden konnte. Deshalb sähen sie «gegen die Fortführung seiner Tätigkeit keine rechtlichen Bedenken.» Ausserdem wurde Goerdelers Verbleib noch mit einer Gehaltsaufbesserung honoriert. Vgl. StA S, V-A-1 19 Protokollbuch der Stadtverordneten-Versammlung (6.6.1916-15.7.1919), Bl. 363.

<sup>210</sup> BANL113, Nr.20(AAG).

<sup>211</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).



gründete, die ihn fest an die politische Ordnung und die Wertvorstellungen des deutschen Kaiserreiches banden.

Das reicht aber allein nicht aus, um Goerdelers zunehmende Distanz zur Weimarer Republik bei gleichzeitig wachsenden autoritären Illusionen zu erklären, die ihn die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die NSDAP im Januar 1933 befürworten lassen. Deshalb wendet sich die Untersuchung im nächsten Kapitel Goerdelers politischen und beruflichen Wirken in der Weimarer Zeit zu, um weitere Gründe aus den Erfahrungen mit der parlamentarischen Republik herauszupräparieren.

### 3. Politisches und berufliches Wirken in der Weimarer Republik

#### 3.1. «Das unselige Diktat von Versailles». Die nationale Abwehrbewegung in den preussischen Ostprovinzen 1919

Die Zustimmung der deutschen Regierung zum Versailler Vertrag prägte Goerdelers ablehnende Einstellung zur Weimarer Republik weiter aus. Er sprach von der «Ideen- und Seelenlosigkeit des Diktats von Versailles»<sup>1</sup>. Damit waren nicht nur die Reparations- und Entwaffnungsforderungen gemeint, sondern vor allem der Kriegsschuldartikel, der Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Verantwortung für den Krieg auferlegte, und die Gebietsabtretungen. Ihm schien die vorgesehene Abtretung des weitaus grössten Teils der preussischen Ostprovinzen Posen und Westpreussen sowie eines kleinen Teils von Ostpreussen an Polen unannehmbar. Sie bedeuteten den Verlust der Heimat und die Abtrennung des verbleibenden Territoriums vom Reichsgebiet. Er teilte diese Auffassung mit vielen Deutschen, besonders mit Ost- und Westpreussen.

Goerdelers politisches Ziel bestand von Beginn an darin, gegen den Versailler Vertrag, insbesondere gegen die territorialen Klauseln, zu kämpfen. Er tat das bereits während der Aushandlung der Vertragsbedingungen, als er sich in den Dienst der nationalen Abwehrbewegung stellte. Dabei wurde die in seinem Weltbild ohnehin schon stark ausgeprägte nationale Komponente zu Nationalismus und Chauvinismus verstärkt.

Als der geschäftsführende Ausschuss des ADV mit seinem nationalistischen Radikalismus am 11. Mai 1919 beschloss, den «Volkskampf» gegen Polen zu führen, um Polen und die baltischen Gebiete zu erobern und einen ostdeutschen Separatstaat unter General Otto von Below zu bilden<sup>2</sup>, meldete sich Goerdeler Anfang Juni 1919 freiwillig zum Dienst im FAR 71<sup>3</sup>. Er war enttäuscht über das mangelnde Interesse der Reichsregierung und der OHL am Deutschtum in den besetzten Gebieten. Sie warnten vor unbedachten Sonderaktionen und distanzierten sich von der Wiederaufnahme des Kampfes gegen Polen.

In dieser Situation war er bereit, den Krieg wieder zu beginnen, um die Durchsetzung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags zu verhindern. Diese Haltung kam in seinen Darlegungen zum Ausdruck, die er am 13. Juni 1919 dem

<sup>1</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Erfahrungen und Erkenntnisse).

<sup>2</sup> Vgl. Edgar Hartwig, Alldeutscher Verband (ADV) 1891-1939, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Leipzig 1983, S. 35.

<sup>3</sup> BANL113, Nr. 11.

Chef des Generalstabs des XVII. Armeekorps, Oberstleutnant Stapft, im Generalkommando Danzig über die «Ostfrage» präsentierte<sup>4</sup>. Ausgehend von der Prämisse, dass durch den Versailler Vertrag die Gebietsabtretungen an Polen wirksam würden, sah er in der militärischen Niederwerfung Polens die einzige Möglichkeit, das «Deutschtum» im Osten und die Ostmark dem Reich zu retten. Dazu wäre aber ein selbständiges Handeln des Ostens notwendig, das, wenn es rechtzeitig und militärisch erfolgreich verlief, die Bevölkerung mitreißen würde, auch wenn sich die Führung der politischen Parteien abwartend verhielte<sup>5</sup>.

Dieser aggressive Nationalismus wurzelte offenbar in den geographischen und familiären Prägungen Goerdelers, denn auch sein Bruder Fritz stellte sich in den Dienst der nationalen Abwehrbewegung. Der Vater billigte das Engagement seiner Söhne, weil er, wie es euphemistisch hiess, «sich aus nationalem Verantwortungsgefühl heraus in seinem Lebenskreis für nationale Politik auch noch in den Jahren nach 1918 nachdrücklich eingesetzt»<sup>6</sup> habe.

Goerdeler näherte sich mit seinen aggressiv-militanten Positionen an die Oststaat-Pläne an, die Teile der prominenten politischen und militärischen Elite in Ost- und Westpreussen<sup>7</sup> seit Monaten als inhaltliche Alternative zu den territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages ventilierten<sup>8</sup>, ohne dass er eigene detaillierte Konzepte für die Bildung eines ostdeutschen Separatstaates entwarf. Jedenfalls sind solche Dokumente nicht überliefert. Das Oststaats-Projekt sah eine notfalls mit Waffengewalt errichtete, selbständige, vom Reich abgekoppelte politische Einheit für den Fall vor, dass die Reichsregierung ausserstande sein sollte, sich der Annexion der bedrohten Gebiete durch Polen zu widersetzen<sup>9</sup>. Goerdeler trat dagegen für die militärische «Rettung» der deutschen Territorien unter Beibehaltung der staatlichen Einbindung ins Reich ein. Als politische Basis für die Verwirklichung der Oststaat-

<sup>4</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Carl Goerdeler, Tagebuchähnliche Aufzeichnungen, o. Titel, Danzig Juni 1919 (nachfolgend Tagebuch)).

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Weichsel Zeitung, 29./30.12.1934.

<sup>7</sup> Zu den Initiatoren und Befürwortern des Sezessionsgedanken zählten auf ziviler Seite vor allem der Oberpräsident der Provinz Ostpreussen, Adolf Tortilowicz von Batoki-Friebe, der Reichskommissar für den Osten, August Winnig, der Leiter der Volksräte, der Posener Flüchtlingsorganisation und des Heimatdienstes Ostpreussens, der Geheime Regierungsrat Georg Cleinow. Auf militärischer Seite waren es im Kommandobereich des Armeeeoberkommandos Nord (AOK Nord) der Oberbefehlshaber des XVII. Armeekorps in Danzig, General der Infanterie Otto von Below, und sein Stabschef, Oberstleutnant Stapft

<sup>8</sup> Zu den Oststaat-Plänen vgl. Schulze, *Der Oststaat-Plan 1919*, S. 123-163.

<sup>9</sup> Im Einzelnen waren die Sezessionsvorstellungen unklar gefasst und gingen inhaltlich weit auseinander. Vgl. ebenda, S. 163.

Pläne dienten die deutschen Volksräte und eine Reihe von Organisationen wie der «Zentralausschuss für den ostpreussischen Heimatdienst», der «Verein Kriegerhilfe Ost» und der «Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge».

Während der nationalen Abwehrbewegung arbeitete Goerdeler seit dem 16. Juni 1919 beim Generalkommando als Verbindungsoffizier zum parlamentarischen Aktionsausschuss für Ost- und Westpreussen sowie für den Regierungsbezirk Bromberg<sup>10</sup>. Er war von Stapff für diese Aufgabe verpflichtet worden. Stapff, 1918/19 Chef des Generalstabs der 10. Armee», kannte ihn von der gemeinsamen Stabsarbeit während des Krieges in Belorussland und Litauen. Daher wusste er vermutlich, dass Goerdeler aufgrund seines Nationalismus der richtige Mann für diese Aufgabe war.

Als Goerdeler in das Generalkommando kam, liefen die Vorbereitungen für eine militärische Zurückdrängung der Polen aus den besetzten Gebieten des deutschen Ostens und die Oststaatbildung auf vollen Touren. Sie wurden sowohl von den Militärs als auch von den Volksräten betrieben. Als Verbindungsoffizier unterhielt er nicht nur Kontakt zu den Mitgliedern des parlamentarischen Aktionsausschusses, besonders zu dessen geschäftsführendem Vorsitzenden, dem Zentrumsabgeordneten Dr. Paul Fleischer, sondern auch zu höheren Mitarbeitern im Oberpräsidium und im Reichskommissariat für den Osten, zum Regierungspräsidenten von Allenstein, Matthias von Oppen, sowie zu den Gewerkschaften. Seine Aufgabe war es, deren Haltung auszuloten und sie fest in die Aktion einzubinden. Er warb unter den Offizieren des Generalkommandos Gleichgesinnte wie Major Liebmann und Major Siegfried Wagner<sup>12</sup>, mit dem er auch später noch bei der Vorbereitung der Volksabstimmung in den östlichen Provinzen zusammenarbeitete.

<sup>10</sup> Der parlamentarische Aktionsausschuss für Ost- und Westpreussen sowie Bromberg war wie der für Schlesien und Restpreussen durch das «Parlament des Ostens» gebildet worden, das am 22.5.1919 aus den ostdeutschen Abgeordneten der National- und preussischen Landesversammlung in Berlin konstituiert worden war. Seine Aufgaben bestanden in der «Bildung eines einheitlichen, geschlossenen, zielklaren und entschlossenen Volkswillens durch Aufklärung in den bedrohten Gebieten», Zurückdrängung der parteipolitischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Gegensätze, in der Organisation des militärischen Widerstandes bei einem eventuellen polnischen Angriff und im Falle der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Verhinderung der Preisgabe der deutschen Ostgebiete durch die Organisation einer Volksabstimmung. Vgl. ebenda, S. 143-144.

<sup>11</sup> Vgl. Rückführung des Ostheeres, S. 184.

<sup>12</sup> Die individuelle Entwicklung Wagners, der von 1928 bis 1933 Bundeskanzler des Stahlhelm und zugleich von 1930 bis 1934 Vorsitzender des revanchistischen antipolnischen Ostmarkenvereins war, zeigt, dass aggressiver Nationalismus und Chauvinismus nicht automatisch eine Affinität zum Nationalsozialismus herausbilden muss. Er, der bereits vor 1933 Ressentiments gegen den Nationalsozialismus zeigte und entschieden die nationalsozialistische Kriegspolitik kritisierte, stellte

Goerdeler engagierte sich in seinem neuen Aufgabenbereich in besonderer Weise, vor allem bei der konspirativen Vorbereitung einer Offensive gegen Polen, so dass ihn die spätere Forschung im doppelten Sinne des Wortes als «politische rechte Hand»<sup>13</sup> des Oberbefehlshabers, General von Below, deutete. In der Tat erscheint er als der «Motor» der nationalen Abwehrbewegung, der aus einem tiefsitzenden Nationalismus heraus versuchte, mit militärischen Mitteln eine Entscheidung in der Grenzfrage zu erreichen. Die Zeit war dafür kurz bemessen. Es blieb nur eine Woche, um militärisch einzugreifen und damit die Reichsregierung «vor vollendete Tatsachen zu stellen»<sup>14</sup>, denn am 23. Juni sollte die Abstimmung über die Annahme des Friedensvertrags in der Nationalversammlung erfolgen.

Am 18. und 19. Juni konferierten die ostdeutschen Kommandeure und Stabschefs, Vertreter der OHL und der deutschen Friedenskonferenz, der Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I und die Militärbevollmächtigten der Länder in Weimar über die militärische Lage. Die Mehrheit der anwesenden Politiker und Militärs nahmen aus realpolitischen Einsichten Abstand vom Oststaat-Plan, nur Below nicht. Er vertrat engagiert den Sezessionsgedanken. Groener urteilte deshalb über dessen Ausführungen, dass sie «in ihrer grosssprecherischen Weise an den Winter Vortrag eines jungen Offiziers erinnerten und jedes nüchterne, klare und logische Wägen eines im Kriege bewährten Generalstabschefs vermissen liessen. General v. Below hatte anscheinend überhaupt nicht viel über die Lage nachgedacht.»<sup>15</sup>

Goerdeler begrüßte Belows Entschlossenheit, trotz der Waffenstillstandsregelungen militärisch handeln zu wollen, weil er in der «militärischen Niederwerfung der Polen nach wie vor die einzige Möglichkeit» sah, wie er am 20. Juni Stapff erklärte. Seiner Auffassung nach sollte aber «der Kampf spätestens vor Montag, dem 23.6., abends im Gange sein (...). Am 23.6. abends ist die Annahme des Friedens vollendete Tatsache. Dieses wird niederdrückend und zersetzend auf die Stimmung der Bevölkerung wirken und zu einer Reihe von Sonderaktionen führen.» Abschliessend

sich später als Oberst und Abteilungschef der Truppenabteilung im Oberkommando der Wehrmacht den Verschwörern des 20. Juli 1944 zur Verfügung. Vgl. Hans-Rainer Sandvoss, Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, in: Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1934, hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 1986, H. 2, S. 99-100.

<sup>13</sup> Hagen Schulze, Weimar, Deutschland 1917-1933, Berlin 1982 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 4), S. 199.

<sup>14</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Goerdeler, Tagebuch).

<sup>15</sup> Zit. nach: Schulze, Der Oststaat-Plan, S. 153.

betonte er: «Ich weise immer wieder darauf hin, dass sie in ihrer Mehrheit die Heimat verteidigen will und durch eine Tat mit fortgerissen werden wird.»<sup>16</sup>

Goerdeler war so fest entschlossen, den Grenzkonflikt militärisch lösen zu müssen, dass er sowohl aus einer illusionären Verklärung als auch aus taktischen Gründen die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung verzerrt wiedergab. Es gab durchaus Bevölkerungskreise, die zum Widerstand gegen Polen nicht bereit waren. So wurde beispielsweise auf einer Danziger Arbeiterversammlung am 18. Juni der Generalstreik beschlossen, falls es zum Grenzkrieg kommen sollte. Goerdeler wollte diese Aktion, die sein Konzept eines militärischen Eingreifens gefährdete, sofort durch die Verhängung des Belagerungszustandes abblocken. Zu diesem Zweck entwarf er einen Aufruf, der seinen starken Nationalismus plastisch spiegelt. Darin hiess es, der Generalstreik würde «eine erfolgreiche Verteidigung gegen polnische Angriffsgelüste schwer gefährden, ja sogar die Polen ermutigen, im Vertrauen auf unsere Uneinigkeit in unser blühendes der Ernte entgegenreifendes Land einzubrechen.

Es ist daher unsere Pflicht, diesen verbrecherischen Terror zu verhindern. (...) Was will eigentlich jene irgeleitete Minderheit, wenn sie unmännlich ihren zum *Verteidigungskampf* bereiten Brüdern in den Rücken fällt? (...) Wissen jene Eigenbrödler aber nicht, dass die polnischen Imperialisten sie sehr bald zur Schlachtbank ihrer Herrschaftsgelüste führen werden? (...) Jene Kämpfe für Ausdehnung ihres Machtbereichs werden ihnen willkommener Anlass sein, die unbequemen Deutschen zu dezimieren. Wie einst im Mittelalter, so würde auch künftig und schon in nächster Zukunft unter polnischer Herrschaft der Deutsche zum Landsknecht werden, zum Bürger zweiter Klasse, gut genug, auf dem Altar des polnischen Imperialismus geopfert zu werden. So sehen Ruhe und Frieden aus, die uns im Polenreiche winken! (...)»<sup>17</sup>

Oberkommando und Oberpräsidenten gingen diese Vorstösse Goerdelers zu weit. Sie lehnten deshalb die Verhängung des Belagerungszustandes ab.

Goerdeler war von der Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens derart überzeugt, dass er immer wieder versuchte, die militärisch Verantwortlichen zum «selbständigen Handeln» zu bewegen. Dabei musste er erkennen, dass ohne eine polnische Provokation niemand dazu bereit war. «Angst und Vorsicht beherrschen die Stunde»<sup>18</sup>, notierte er in dieser Situation in seinem «Tagebuch».

Er war deshalb bereit, mit konspirativen Mitteln eine Provokation initiieren zu lassen. Am 21. Juni hatte er eine Unterredung mit Leutnant Limm vom Posenschen Grenzschutz, der sich erbot, dort die Front auf mehreren Kilometern zum Kampf zu brin-

<sup>16</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Goerdeler, Tagebuch).

<sup>17</sup> Hervorhebung im Original. Ebenda.

<sup>18</sup> Ebenda.

gen<sup>19</sup>. «Ich erklärte ihm,» schrieb Goerdeler über sein Gespräch mit Limm, «dass es die letzte Möglichkeit sei, gemeinsam eine grosse Aktion in Gang zu bringen.

Er müsse spätestens in der Nacht vom Sonntag zum Montag handeln.»<sup>20</sup>

Am 23. Juni meldete der Unterabschnitt Kreuz dann, dass starke polnische Angriffe kurz bevorstünden. Sofort entwarf Goerdeler gemeinsam mit Fleischer ein Flugblatt, dass die Stimmung der Bevölkerung mit nationalistischen Horrorszenerarien anheizen sollte: «Westpreussen! Noch ist der Friede nicht unterzeichnet und schon marschiert der Pole. (...) Ihr wisst, was auf dem Spiel steht. Das Deutschtum wird ausgerottet, wenn der Pole von den Ostprovinzen Besitz ergreift. Die sozialen Errungenschaften gehen verloren. Ihr und eure Kinder werdet für die kapitalistischen Ziele des polnischen und französischen Imperialismus hingeschlachtet werden. Ruhe und Frieden, wonach wir alle uns sehnen, findet ihr im Polenreiche nicht. Westpreussen, jetzt auf zur Tat! Seid einig und stark. Schützt eure Heimat!»<sup>21</sup>

Als sich herausstellte, dass gar kein Schuss von polnischer Seite gefallen war, waren weder Below und Stapff noch Fleischer bereit, militärisch einzugreifen. Goerdeler hielt deprimiert fest: «Meine Hinweise auf Notwendigkeit sofortigen selbständigen Handelns dringen bei beiden Stellen nicht durch.»<sup>22</sup>

Mittlerweile hatte die Nationalversammlung mehrheitlich für die Annahme der Friedensbedingungen votiert. Am 24. Juni abends war dann der Putschplan beim Generalkommando vollends gescheitert, als Below den Befehl Hindenburgs akzeptierte, jede Sonderaktion zu unterlassen. Goerdeler kommentierte diesen Befehl mit den Worten: «Dahinter steckt fraglos der weiche Gröner, der Hindenburgs Unterschrift erwirkt hat.»<sup>23</sup> In der Tat war die OHL seit Anfang an konsequent gegen den Oststaat und die Offensive gegen Polen gewesen.

Goerdeler sagte später, dass «unter dem Eindruck dieses Befehls auch starke Naturen für Augenblicke zusammenbrachen»<sup>24</sup>. Er konnte sich nur «schweren Herzens zum Verzicht auf den Krieg»<sup>25</sup> durchringen. Schliesslich akzeptierte er aber, dass der Befehl, von der «Verteidigung» abzusehen, von einer Stelle kam, die, wie er später sagte, «für uns höchste Autorität war und sein musste.»<sup>26</sup>

<sup>19</sup> Vgl. ebenda.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> BA NL 113, Nr. 11.

<sup>22</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Goerdeler, Tagebuch).

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 103.

<sup>25</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Carl Goerdeler, Warum wir nicht kämpfen können und nicht kämpfen dürfen).

<sup>26</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 103.

Mit dem Einlenken Belows begann die Aktion zu zerbröckeln. Am 25. Juni deutete sich bei einer Zusammenkunft der politischen und militärischen Führungskräfte an, dass in der nunmehr neu entstandenen Situation niemand bereit war, die politische Führung zu übernehmen. Einen Tag darauf erklärte der Oberpräsident der Provinz Ostpreussen, Adolf Tortilowicz von Batoki-Friebe, öffentlich, dass er die Entscheidung der Nationalversammlung akzeptiere und sich von etwaigen Oststaat-Plänen distanzieren. Mit dem Abschluss des Friedensvertrags am 28. Juni waren die militärische Sicherung der deutschen Ostgebiete und der Oststaat-Plan endgültig gescheitert.

Am Ende war Goerdeler wie seine militärischen Mitstreiter von «grösster Erbitterung über das Verhalten der Weimarer Regierung erfüllt.»<sup>27</sup> Sein Resümee lautete, dass den politisch und militärisch Verantwortlichen «die für solche historischen Entscheidungen notwendige Entschlusskraft» gefehlt habe, sie «politische Kinder» seien ohne Klarheit, Mut und Entschlossenheit<sup>28</sup>. In der Tat scheiterte das Unternehmen an der Uneinigkeit und Entschlusslosigkeit ihrer führenden Kräfte, an der ablehnenden Haltung der OHL und nicht zuletzt aber an der unrealen Zielsetzung.

Im Rahmen der nationalen Abwehrbewegung war Goerdeler in seinen politischen und militärischen Engagement wie in seinen Vorstellungen über das «Deutschtum» weit über einen Patriotismus, der ihm in dieser Situation bescheinigt wurde<sup>29</sup>, hinausgegangen. In seinem Denken und Handeln hatte sich leidenschaftlicher Nationalismus und Chauvinismus<sup>30</sup> offenbart. Bei den Planungen waren Separatismus und Hochverrat am Werk<sup>31</sup>. In diesem Zusammenhang davon zu sprechen, dass Goerdelers Haltung «jene prachtvolle Unerschrockenheit und Unbedingtheit (zeigte), die ihm sein ganzes Leben hindurch eigen war»<sup>32</sup>, scheint überzeichnet. Es mangelte ihm an politischem und militärischem Augenmass, um die Situation entsprechend real einzuschätzen.

Die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Ostgrenze von 1914 gab Goerdeler zu keiner Zeit auf. Engagiert zeigte er immer wieder in Wort und Schrift die wirtschaftliche und politische Situation Ostpreussens auf, entwarf Konzepte für die deutsche Ostpolitik und forderte entschieden die Beseitigung des polnischen

<sup>27</sup> Regimentsgeschichte FAR 71, S. 365.

<sup>28</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Goerdeler, Tagebuch).

<sup>29</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 27f. und Breyer, Carl Goerdeler, S. 198.

<sup>30</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Carl Goerdeler, Der wahre Frieden), auch in: Hoover Institution Archives, Collection Goerdeler, Box 1, Folder 6.

<sup>31</sup> Vgl. Schulze, Weimar, S. 199.

<sup>32</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 28.



Korridors<sup>33</sup>. In seinem Amtszimmer als Leipziger Oberbürgermeister fanden sich eine Reihe von Karten, die ihm als Anschauungsmaterial bei diesbezüglichen Vorträgen dienten<sup>34</sup>. Dabei mass er den wirtschaftshemmenden Folgen des Vertragswerks eine Bedeutung bei, die sie tatsächlich nie erreicht hatten. Er hatte stets «das grosse Ziel vor Augen (...), das Vaterland aus der Verwirrung der Verhältnisse zu retten, das unselige Diktat von Versailles zu beseitigen und die Heimat wieder mit dem Reich zu vereinigen.»<sup>35</sup> Daran hielt er bis zuletzt fest<sup>36</sup>.

In diesem Kontext muss auch Goerdeler's Mitarbeit an der Vorbereitung der Volksabstimmung in den östlichen Provinzen gesehen werden, mit der er seinen Eintritt in die Politik vollzog. Wichtigster Kernpunkt bei dieser Arbeit und den sie begleitenden zukunftsorientierten Überlegungen, die er gemeinsam mit Fleischer und Wagner in einer Denkschrift festgehalten hatte<sup>37</sup>, war die Aufrechterhaltung des «Deutschtums» in den Ostprovinzen.

In dieser Denkschrift trat in ähnlicher Weise Nationalismus mit antipolnischer Ausrichtung hervor, wie wir ihn bei Goerdeler bereits während der nationalen Abwehrbewegung kennengelernt haben. Über das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen heisst es: «Der Deutsche muss es lernen, seine nationale Würde zu wahren. (...) Das Deutschtum soll aber nicht aufdringlich zur Schau getragen werden, die Bevölkerung muss sich kühl, vornehm, ruhig und mutig benehmen, weder durch Drohungen einschüchtern noch durch Liebenswürdigkeiten gewinnen lassen. (...) Mischen zwischen Polen und Deutschen sollten nicht geschlossen werden. Auch auf den Anzug ist Gewicht zu legen. Gute und saubere Kleidung ist bei einem besiegten Volke doppelt wichtig, damit nicht durch die Vernachlässigung des Äusseren der

<sup>33</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Notwendige Massnahmen zur Sicherung der Provinz Ostpreussen gegenüber polnischen Angriffen, o.D., o. Verf. (Die Autorenschaft Goerdeler's ist nicht sicher vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 452)); Ostpreussische Forderungen für eine aktive deutsche Ostpolitik, o.D., o. Verf.) Vgl. u.a. Carl Goerdeler, Königsberg, die östlichste deutsche Grossstadt, in: Welt des Kaufmanns. Monatsschrift für Kaufmannswirken auf allen Lebensgebieten, Berlin-Spandau, Juli 1924, S. 291-296 und ders., Ostpreussens Lage nach der Trennung vom Reich, in: Die Not der deutschen Grenzgebiete. Reden, gehalten auf dem 48. Verbandstag des Verbandes kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands, Karlsruhe 1928, S. 29-40.

<sup>34</sup> Die Titel der Karten lauteten: «Ostpreussen einst und jetzt», «Verlust an landwirtschaftlicher Produktion», «Ein weiteres Beispiel des Grenzunsinns», «Weitere Verluste: Der Anteil der Provinz Oberschlesien an der Steinkohleproduktion Deutschlands», «Die Friedensforderungen der Entente» und «Das verstümmelte Oberschlesien». StA L Kap. 10 G Nr. 685, Bd. 2, Bl. 21.

<sup>35</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>36</sup> Ebenda (Goerdeler, Gedanken eines zum Tode Verurteilten).

<sup>37</sup> BANL113, Nr. 10.

Eindruck der Knechtschaft und Unterwürfigkeit entsteht. (...) Der Deutsche muss sich der denkbar grössten Sauberkeit befehligen, die Frauenwelt soll wenig, aber geschmackvollen Schmuck tragen. (...) Das deutsche Haus muss in der Ostmark die uneinnehmbare Burg des Deutschtums werden. Es braucht dieserhalb nur seine alten Eigenschaften beizubehalten: Sauberkeit, Behaglichkeit und Gastlichkeit. (...) Jeder Deutsche muss wissen, dass die deutsche Kultur der polnischen weit überlegen ist, dies aber nicht in marktschreierischer Weise kundtun, sondern warten, schweigen und gehorchen lernen. (.,.)»<sup>38</sup>

Goerdelers nationalistische und revisionistische Einstellung unterstreicht auch die Mitgliedschaft im Deutschen Ostbund<sup>39</sup>. Der DO beschäftigte sich nicht nur mit Entschädigungs- und Flüchtlingsfragen, sondern trat auch politisch hervor. Seine Aufgabe sah er in der Herstellung der «Einheitsfront des ostmärkischen Deutschtums» und dem Schutz des «Deutschtums» gegen «slawische Überflutung». Als Hauptziel proklamierte er «die Rückgewinnung der alten Heimat» und die Errichtung eines «Grossdeutschlands der Zukunft»<sup>40</sup>.

### **3. 2. Festhalten an konservativen Staats- und Kulturtraditionen**

Nachdem die politischen und sozialen Veränderungen in Deutschland in Folge der Kriegsniederlage, des Zusammenbruchs der Monarchie und der Novemberrevolution nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, wofür sich Goerdeler sowohl bei den Freikorps als auch im Rahmen der nationalen Abwehrbewegung eingesetzt hatte, versuchte er auf unterschiedlicher Weise, die konservativen Staats- und Kulturtraditionen der Wilhelminischen Gesellschaft zu konservieren.

Zunächst trat er im Februar 1919 in die sich formierende Deutschnationale Volkspartei ein<sup>41</sup>, der sich im gleichen Jahr auch sein Bruder Fritz anschloss<sup>42</sup>. Die DNVP stand auf der rechten Seite des sich herausbildenden politischen Spektrums der Weimarer Republik. Sie verstand sich als Erbin der alten konservativen Parteien des Kaiserreiches. Damit knüpfte Goerdeler parteipolitisch gesehen an die konservative Tradition der Familie an, denn die Freikonservative Partei, deren Mitglied der Vater war, galt als eine Wurzel der Deutschnationalen. Aber auch die nationalistisch-völk-

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Das deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934, S. 148.

<sup>40</sup> Vgl. Max Wolkowicz, Deutscher Ostbund, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 221-224.

<sup>41</sup> StAL, Kap. 10G, Nr. 685 Bd. 1,61.1.

<sup>42</sup> Vgl. Jacobsen (Hrsg.), Opposition, S. 766.

sche und restaurative Orientierung dieser Partei entsprach Goerdelers Nationalismus und Chauvinismus, die im Elternhaus angelegt worden waren. Bei seinem älteren Bruder Gustav hatte sich diese politische Haltung noch stärker ausgebildet. Er trat in den ADV ein, der am charakteristischsten dem intensiven Nationalismus des Wilhelminischen Bürgertums Ausdruck verlieh. Der ADV war eine extrem reaktionäre und chauvinistische Organisation, die durch Verherrlichung des Krieges als Mittel der Politik, radikalen rassistischen Antisemitismus, völkische Hetze und durch territoriale Eroberungsprogramme hervortrat. Mit dem Beschluss des geschäftsführenden Ausschusses vom 19. Oktober 1918 bekannte sich der ADV offiziell zum Antisemitismus und forderte seit 1928 die rechtliche Absonderung der deutschen Juden und deren Kennzeichnung mit dem gelben Stern<sup>43</sup>. Gustav Goerdeler schien sich zumindest soweit mit diesem politischen Profil der Partei zu identifizieren, dass er führende Posten in der Leitung übernahm<sup>44</sup>.

Der völkische Nationalismus Carl und Gustav Goerdelers kommt in einem Memorandum zum Ausdruck, das sie 1919 zur «inneren Umgestaltung» ihrer Verbindung verfassten, die sie aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Situation nach 1918 für notwendig hielten. «Die Turnerschaft Eberhardina ist nicht bloss wie bislang eine Pflegestätte im landläufigen Sinne, sie steckt ihre Ziele weit höher. Der neue Wahlspruch lautet: Jeder Eberhardiner, voll Bemühen, Verständnis zu gewinnen, die namenlos traurige Lage seines deutschen Vaterlandes und für die notwendigen Erfordernisse, durchdrungen von heissem völkischen Empfinden, habe den Willen, sich bewusst körperlich, geistig und sittlich so zu bilden, dass er als befähigt gelten kann, vorbildlich uns führend als wahrhafter deutscher Mann mitzuwirken an der Wiedergeburt seines Volkes. In diesem Sinne hat Eberhardina nunmehr seine Mitglieder systematisch zu erziehen.»<sup>45</sup>

Die Mitgliedschaft in der DNVP war für Goerdeler nicht, wie es Ritter gesehen hat, «im Wesentlichen eine Äusserlichkeit», weshalb er der Partei schon lange vor 1931 «nur noch dem Namen nach» angehört habe<sup>46</sup>. Er identifizierte sich mit der politischen und ideologischen Programmatik der Deutschnationalen zumindest in einem Masse, dass er recht bald als Parteiaktivist hervortrat. Von 1920 bis 1930 sass er im

<sup>43</sup> Zum Antisemitismus des ADV vgl. Alfred Kruck, *Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 3), S. 130-134, Hartwig, *Alldeutscher Verband*, S. 13-47 und Christof Dipper, *Der deutsche Widerstand und die Juden*, S. 374.

<sup>44</sup> Edgar Hartwig, *Alldeutscher Verband*, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. I, Leipzig 1968, S. 20. Der Autor verwechselte beide Brüder.

<sup>45</sup> *Eberhardina Zeitung*, 5.10.1919. Vgl. auch *Eberhardina-Markomania*, S. 154.

<sup>46</sup> Ritter, *Carl Goerdeler*, S. 38.

Parteivorstand des Landesverbands Ostpreussen und von 1922 bis 1927 im Vorstand der Gesamtpartei<sup>47</sup>. Goerdeler bekannte sich zur DNVP und nutzte seine parteipolitischen Verbindungen, wenn es darum ging, beruflich vorwärts zu kommen wie beispielsweise im Bestellungsverfahren zum Oberbürgermeister von Leipzig im Frühjahr 1930 oder Anfang 1931 bei der Berufung in den engeren Vorstand des Deutschen Städtetags, der einflussreichsten Position in dieser Körperschaft<sup>48</sup>.

Nach seinem Parteiaustritt am 8. Dezember 1931 betonte er, dass er sich nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundsätzen der DNVP verbunden fühle<sup>49</sup>. Gleichwohl führte die Unterstützung, die er dem politischen Kurs Heinrich Brünnings gab, zu einer gewissen Entfremdung.

Auch in Goerdelers kommunalpolitischer Arbeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit sind Versuche zu beobachten, konservative Staats- und Kulturtraditionen im Gewand eines neuen Nationalismus zu bewahren. Beispielhaft wird das an seiner Schul- und Bildungspolitik in Solingen 1919 deutlich.

Goerdeler, der an sich über wenige pädagogische und schulpolitische Erfahrungen verfügte, entwickelte als Schuldezernent Pläne zur Umgestaltung des Solinger Schulwesens. Diese wurden notwendig, weil mit der Weimarer Verfassung die gesetzliche Einführung der Grund-, Volks- und Fortbildungsschule rechtskräftig wurde. Sie wurden massgeblich durch das schulreformerische Klima in Solingen, den Rat von Schulfachmännern der Stadt sowie durch fiskalische Erwägungen beeinflusst. Goerdeler stellte sie, nachdem sie durch die Diskussion in der Schuldeputation, in der Stadtverordnetenversammlung und im Ausschuss für Volkshochschulkurse gereift waren, im November 1919 in der Lokalpresse unter dem Titel «Die Einheitsschule in Solingen» der Öffentlichkeit vor<sup>50</sup>.

Die Idee der «Einheitsschule» als Organisations- und Bildungsprinzip war keineswegs neu. Sie reichte zurück bis in die Zeit nach den Befreiungskriegen, war seitdem Gegenstand reformerischer Überlegungen und gewann vor dem Ersten Weltkrieg deutlich an Konturen als Pädagogen wie Wilhelm Rein und Hermann Lietz ein differenzierteres, aber einheitliches Schulsystem mit mehr Übergangsmöglichkeiten entwickelten<sup>51</sup>.

Goerdeler forderte ausgehend von einer grundsätzlichen Reformbedürftigkeit des

<sup>47</sup> BA NL 113, Nr. 1. Die Tätigkeit Goerdelers in der DNVP muss aufgrund der schlechten Quellenlage weiterhin ein Desiderat bleiben.

<sup>48</sup> LAB Rep. 142/1 StA Nr. 156; StA L, Kap. 1, Nr. 21, Bd. 10, Bl. 263, 276.

<sup>49</sup> BA NL 113, Nr. 1.

<sup>50</sup> Solinger Volksblatt, 14.11.1919.

<sup>51</sup> Hermann Schwartz (Hrsg.), Pädagogisches Lexikon, Bd. 1, Bielefeld, Leipzig 1928, S. 1055ff.

erstarrten deutschen Bildungswesens, besonders des höheren Schulwesens, «dass in unser Schulwesen bei aller Anerkennung seiner bisherigen grossen Leistungen ein neuer frischer Zug eindringen muss.»<sup>52</sup>

Der schulpolitische Kern dieses Anspruchs bestand beim Einheitsschulkonzept «in der Schaffung einer einheitlichen Ideenwelt unseres Volkes wahre deutsche Nationalbildung zu verwirklichen.»<sup>53</sup> Bei Goerdeler war dieser allgemeine Anspruch nationalistisch eingefärbt, wie seine Ausführungen zur Einheitsschule zeigen: «Ganz abgesehen von dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges hätten wir nach meiner Überzeugung auf jeden Fall vor allem in unserem oberen Schulwesen auf manches, vielen von uns teuren Bildungselementen verzichten müssen, um desto mehr von jenem Wissen in uns aufzunehmen, ohne das ein Weltvolk heute seinen Platz nicht erhalten kann. Das bittere Ende des Krieges lehrt eindringlicher, als es ein glücklicheres vermocht hätte, dass wir einer geschlossenen deutschen Bildung und einer darauf beruhenden klaren, dem ganzen Volk eigenen Weltauffassung unbedingt und ebenso dringend bedürfen, wie der zielbewussten Förderung der tüchtigen Kräfte aus allen Volksschichten. An dieser Notwendigkeit kommt unser Volk nicht vorbei, wenn es seine Geschichte selbst bestimmen und diese ungeheure Verantwortung mit lebendigem Inhalt füllen will. Deutsche Zukunft und deutsches Schulwesen sind untrennbar miteinander verbunden.»<sup>54</sup>

Diesem nationalistischen Anspruch entsprachen die Vorstellungen über die praktische Umsetzung des Einheitsschulkonzepts. Das wird weniger am Organisationsprinzip als am inneren Prinzip der Bildungseinheit, dem Grundgedanke der Einheitsschule sichtbar.

Bildungseinheit gestaltete sich nach Goerdelers Konzept wie folgt: Deutschtum und Christentum bildeten die inhaltliche Klammer zwischen allen Schultypen der Einheitsschule. Die deutschkundlichen Fächer traten stark hervor, der Fremdsprachenunterricht wurde auf nur eine lebende Fremdsprache reduziert. Die Konzentration auf die «deutschkundliche» Mitte, die typisch für die Weimarer Reformen war, entsprach besonders Goerdelers Vorstellungen. Er war der Auffassung, dass «der ganze Bildungsstoff, den die bestehenden Oberschulen zum Teil den alten Kulturen entnehmen, aus der deutschen Kultur herausgeholt werden (solle). Deutsch (einschl. Literaturgeschichte) nimmt deshalb den hervorragenden Platz ein.»<sup>55</sup> Mathematik, Naturwissenschaften und Geschichte waren weitere Hauptbildungsfächer.

<sup>52</sup> Solinger Volksblatt, 14.11.1919.

<sup>53</sup> Schwartz (Hrsg.), Pädagogisches Lexikon, S. 1058.

<sup>54</sup> Solinger Volksblatt, 14.11.1919.

<sup>55</sup> Ebenda.

Das Einheitsschulkonzept für Solingen, das praktisch nicht realisiert wurde<sup>56</sup>, war wie die gesamte schulpolitische Reformbewegung von einem Wechselspiel zwischen Veränderung und Beharrung gekennzeichnet. Obwohl neue schulpolitische und pädagogische Wege, insbesondere in der organisatorischen Gestaltung des Bildungswesens, beschränkt wurden, hielt Goerdeler, der selbst ein neuhumanistisches Gymnasium besucht hatte, entgegen anders lautenden Auffassungen<sup>57</sup> an diesem Bildungsideal fest. In späteren schulpolitischen Überlegungen taucht das Einheitsschulkonzept bei ihm nicht wieder auf. Dort sprach er sich im Sinne der organisatorischen Vereinfachung des Schulwesens für die Volks- und Mittelschule aus, wie sie in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg üblich waren. In Bezug auf die höhere Schule favorisierte er ausschliesslich das humanistische Gymnasium und die Oberrealschule.

In der schulpolitischen Arbeit in Solingen wurde erkennbar, dass Goerdeler Politikfähigkeit und Kompromissbereitschaft bei der Lösung kommunalpolitischer Aufgaben zeigte, indem er sich Auffassungen annäherte, die von Sozialdemokraten und Demokraten vertreten wurden. Das wurde angesichts der ausserordentlichen Stärke der Arbeiterparteien in Solingen, die nicht wie auf Provinz- oder Reichsebene durch eine kleinbürgerliche Bauernschaft oder ein starkes Zentrum ausgeglichen wurde, ein unbedingtes Erfordernis für eine erfolgreiche Arbeit. Es erleichterte die Durchsetzung unpopulärer konservativer Vorhaben.

Ob Goerdeler allerdings die Spitze der Solinger Schulreformbewegung abbrach bzw. sie kanalisierte, indem er sich zu ihrem Anwalt machte, oder ob der umgekehrte Einfluss stärker war, muss angesichts der Quellenlage weitgehend offenbleiben.

<sup>56</sup> Nur die vom Gesetzgeber geforderten Elemente wie die Volks- und die Fortbildungsschule für Mädchen wurden umgesetzt. Dort startete der Unterricht am 1.4.1920. Die Deutsche Oberschule wurde 1921 in Preussen offiziell eingeführt.

<sup>57</sup> Vgl. Heinz Rosenthal, Dr. Goerdeler und die Solinger Einheitsschule. Das Schulwesen als Ausdruck der Gegenwartsaufgaben, in: *Die Heimat* (1964)2, S. 2.

### 3. 3. «Die Krise der Selbstverwaltung». Die kommunalpolitische Tätigkeit

Goerdeler ging 1920 als Bürgermeister nach Königsberg. Er konnte sich bei der Wahl in der Stadtverordnetenversammlung am 14. Januar 1920 nur knapp gegen den sozialdemokratischen Gegenkandidaten durchsetzen<sup>58</sup>.

Die seit Kriegsende ungefestigte Personalsituation in der Stadtverwaltung veranlasste Oberbürgermeister Lohmeyer, das preussische Innenministerium dringend um baldige Bestätigung des Beigeordneten Goerdeler zum Bürgermeister im Interesse geordneter Geschäftsführung zu bitten<sup>59</sup>. Goerdeler wurde am 3. Februar 1920 im Amt bestätigt<sup>60</sup>.

Am 11. Februar 1920 – einen Tag nach der Entlassung aus dem Dienst der Stadt Solingen<sup>61</sup> – fand seine Amtseinführung in Königsberg statt. Die Stadtverordneten der SPD und der USPD verliessen gemeinsam mit einem Teil der zu ihnen gehörenden Magistratsmitgliedern unter Protest den Saal<sup>62</sup>. Sie beanspruchten, nachdem Lohmeyer als Demokrat auch mit ihren Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt worden war, den Posten des zweiten Bürgermeisters für sich<sup>63</sup>.

Goerdeler versuchte, die Vorbehalte der Königsberger Arbeiterparteien gegen ihn abzubauen. «Wenn ich mich zur Annahme der Wahl entschlossen habe,» führte er anlässlich seiner Amtseinführung aus, «so ist es nicht allein deshalb, weil es mich danach drängte, meine Kräfte meiner engeren Heimat zur Verfügung zu stellen, sondern weil ich nach der vornehmsten Überlieferung des alten preussischen Beamtentums mein Amt zu führen gedenke, keiner Partei, sondern nur dem Allgemeinwohl dienen will (Bravo!) Ich habe in politischen Dingen meine bestimmten Anschauungen. Aber beim Eintritt in dieses Amt fühle ich das Bedürfnis, zu betonen, dass für meine Entschliessung lediglich das Gemeinwohl massgebend sein wird. (...) Ich hoffe in unbedingter Offenheit, klarer Sachlichkeit und in Achtung vor jeder abweichenden Meinung die Grundlagen für das gedeihliche Zusammenarbeiten mit Ihnen allen zu finden»<sup>64</sup>.

<sup>58</sup> GStA Rep. 77 Tit. 2560 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 266v. Vgl. auch BA NL 113, Nr. 1 und BA NL 166, Nr. 158.

<sup>59</sup> GStA Rep. 77 Tit. 2560 Nr. 20 Bd. 8, Bl. 267.

<sup>60</sup> Ebenda, Bl. 268.

<sup>61</sup> BANL 113, Nr. 1.

<sup>62</sup> Vgl. Königsberger Allgemeine Zeitung, 12.2.1920.

<sup>63</sup> BANL166, Nr. 158.

<sup>64</sup> Königsberger Allgemeine Zeitung, 12.2.1920.

Im Zuge der Radikalisierung des politischen Lebens in der Spätzeit der Weimarer Republik wurden aber die Stadtparlamente durch einen unüberbrückbaren Parteienstreit beherrscht, der das Regieren sehr erschwerte. In Königsberg war es dadurch seit 1927 nicht mehr gelungen, den Haushalt in der Stadtverordnetenversammlung durchzubringen.

Die politischen Rahmenbedingungen, unter denen Goerdeler im Mai 1930 in Leipzig sein Amt als Oberbürgermeister antrat, gestalteten sich nicht wesentlich anders. Die Polarisierung verlief zum einen zwischen NSDAP, SPD und Vereinigtem Bürgerblock mit Ausnahme der dort integrierten DNVP. Zum anderen standen sich KPD und SPD, NSDAP sowie der Vereinigte Bürgerblock gegenüber. Das führte dazu, dass die extremen Flügelparteien weniger an einer wirksamen Mitarbeit interessiert waren. Sie nutzten die Stadtverordnetenversammlung vielmehr als Forum für die politische Auseinandersetzung.

Vor diesem Hintergrund galt Goerdelers grosses Engagement in den 20er und 30er Jahren der reichseinheitlichen Reform der Gemeindeverfassung. Hier war zunächst der DST Forum für seiner Überlegungen<sup>65</sup>. Über Lohmeyer begleitet er zunächst die Stufen dieses Prozesses, bis er sich dann selbst 1929 mit Bemerkungen zum Entwurf der Reichsstädteordnung aktiv einschaltete<sup>66</sup>.

Als Oberbürgermeister von Leipzig bekam er dann die Möglichkeit, seine Vorstellungen von der Struktur und Organisation der kommunalen Selbstverwaltung in die Praxis umzusetzen. Er hatte bereits im Bestellungsverfahren deutlich zu erkennen gegeben, dass er der Auffassung war, dass die sächsische Gemeindeordnung von 1923 in ihrer Ergänzung von 1925 dringend einiger Abänderungen bedürfe an<sup>67</sup>. Goerdeler missfielen die Machtlosigkeit des Oberbürgermeisters und die weitgehenden Befugnisse, die den Stadtverordneten gegenüber dem Gemeinderat eingeräumt wurden. In sein Konzept passte nicht, dass auch den kleinsten selbständigen Gruppen der Stadtverordnetenversammlung das Recht zustand, gegen die Entscheidung eines gemischten Ausschusses an den Gesamtrat oder an die Stadtverordnetenversammlung zu appellieren. Goerdeler kritisierte, dass nach §98 der Gemeindeord-

<sup>65</sup> Goerdeler wurde als Leiter des Königsberger Personaldezernats auf Vorschlag von Lohmeyer auf der Vorstandssitzung des DST am 6.9.1921 in Wiesbaden in den 1920 gebildeten Ausschuss für Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfragen (Personalausschuss) gewählt. LAB Rep. 142/1, Bd. 5a, St A Nr. 137. Das war die erste ehrenamtliche Tätigkeit, die Goerdeler im DST wahrnahm. Im November 1927 wurde Goerdeler auf der Vorstandssitzung des DST in den zu diesem Zeitpunkt neugeschaffenen Verkehrsausschuss gewählt, der sich mit Fragen des Fremdenverkehrs beschäftigte. LAB Rep. 142/1, StA Nr. 26.

<sup>66</sup> LAB Rep. 142, Nr.382/II.

<sup>67</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd.1.



nung nicht der Oberbürgermeister das Recht besass, den Geschäftsverteilungsplan zu entwerfen, sondern der Rat durch Körperschaftsbeschluss die Geschäfte an seine Mitglieder weitergab. Weiterhin störte ihn, dass der Oberbürgermeister nicht in allen Ausschüssen den Vorsitz hatte.

Goerdeler wollte dagegen die Stadtverwaltung entsprechend der allgemeinen Tendenz zur Ausschaltung der Parteien und der parlamentarischen Gremien sowie zur weiteren Bürokratisierung der kommunalen Selbstverwaltung verändern. Im Einzelnen sollten die Kompetenzen der Stadtverordneten beschnitten, die Zahl der besoldeten Ratsmitglieder verringert und grosse Dezernate geschaffen werden<sup>68</sup>.

In der Tat begann Goerdeler unmittelbar nach seiner Amtseinführung, gleichartige Verwaltungsstellen zu grossen Dezernaten zusammenzulegen, besoldete Dezernenten einzusparen, Kürzungen im Ausschusswesen vorzunehmen, die Verwaltung klar zu gliedern, Bürotechnik einzuführen und das Personal erheblich abzubauen. Er orientierte sich dabei sehr stark an seinen Erfahrungen, die er als zweiter Bürgermeister in den frühen 20er Jahren im Prozess der Neugestaltung der städtischen Verwaltung in Königsberg gesammelt hatte<sup>69</sup>. Sie bildeten die Grundlage auf der die Leipziger Stadtverwaltung durch Goerdeler umstrukturiert wurde.

Zu den einschneidendsten Veränderungen gehörte die neue Durchorganisation des Hauptverwaltungsamtes. Es wurden das Forst-, Park- und Friedhofsamt, das Verfassungs- und Krankenhausamt sowie die Abteilung Kirchensachen vom HVA abgegliedert. Dann wurde das HVA und mit dem Nachrichtenamt zusammengelegt. Durch die Errichtung einer zentralen Eingangsstelle beim HVA wurden alle Eingänge zentralisiert. Das HVA wurde dezernatsmässig dem Oberbürgermeister direkt unterstellt. Damit hatte sich Goerdeler eine Schaltzentrale geschaffen, von der aus er Einblick und Überblick über den Gang der Verwaltung hatte. Diese dominierende Stellung des HVA blieb nicht ohne Kritik. Im Dezember 1931 beschwerten sich die Stadtverordneten, dass alle Eingänge an den Rat ohne Rücksicht darauf, an wen sie adressiert waren, geöffnet und in Fällen, in denen es sich um wichtige Angelegenheiten handelte, nicht dem zuständigen Amt unmittelbar zugeleitet, sondern zunächst Goerdeler bzw. dessen Vertreter vorgelegt wurden.

Durch die Zentralisation der Verwaltung wurden bis zum 31. Dezember 1932 insge-

<sup>68</sup> Leipziger Neueste Nachrichten, 3.4.1930.

<sup>69</sup> Vgl. Carl Goerdeler, Organisation der Verwaltung, in: Die Verwaltung der Stadt Königsberg nach dem Kriege. Festschrift des Magistrats der Stadt Königsberg i. Pr. anlässlich der 200-Jahrfeier der Vereinigung der drei Städte Altstadt, Löbenicht, Kneiph.

<sup>70</sup> Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für das Jahr 1932, Hrsg. im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig vom Statistischen Amt, Leipzig 1933, S. 7.

samt 378 Beamten- und 1'998 Arbeiterstellen frei<sup>70</sup>. Durch die Übertragung von Dezernaten auf ehrenamtliche Ratsmitglieder konnten drei besoldete Stadtratsstellen eingespart werden. Die Zahl der besoldeten Ratsmitglieder wurde durch die Änderung der Stadtverfassung von 15 auf 11 herabgesetzt.

Goerdeler beschneidete zunehmend die Rechte der Stadtverordneten und legte einen Teil ihrer Kompetenzen in seine Hände. Die Sitzungen der Stadtverordneten wurden eingeschränkt. Zeitgleich mit seiner Amtsübernahme verringerte sich der Sitzungsrhythmus der Stadtverordneten von vier- auf zweimal im Monat. Die Gesamtsitzungen reduzierten sie sich von 34 im Jahre 1930 auf 22 bzw. 19 in den folgenden beiden Jahren. Die gemeinsamen Sitzungen von Rat und Stadtverordneten wurden 1930 von neun auf sieben gekürzt. Seit 1930 regierte Goerdeler nicht mehr ausschliesslich mit der Stadtverordnetenversammlung, sondern zwischen ihren Sitzungen mit sogenannten Fraktionsführerbesprechungen. Am gravierendsten war der Rückgang der Ausschusssitzungen. Fanden 1930 noch 260 statt, so verringerte sich ihre Zahl im Jahre 1931 auf 153 und im folgenden Jahr auf 122. Ausserdem nahm die Zahl der Ausschüsse ab.

Goerdelers autoritäre Machtpolitik wurde durch Reichs- und Landesrecht praktisch legalisiert. Die vierte Notverordnung zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1930 schuf die Möglichkeit, ohne Zustimmung der Parlamente einen Haushaltsausgleich vorzunehmen. Durch die Notverordnungen der sächsischen Landesregierung wurden die Befugnisse der Stadtverordneten in allen Etats- und Orts-gesetzangelegenheiten weiter eingeengt. In der Gemeindeordnung hiess es: «Der Gemeinderat ist berechtigt (...) durch Körperschaftsbeschluss, die zur Erzielung des Gleichgewichts im Haushalt erforderlichen Einsparungsmassnahmen zu ergreifen und Einrichtungen der Gemeinde, die einen Zuschuss verlangen, umzugestalten, einzuschränken oder stillzulegen oder ihre Bewirtschaftungs- und Benutzungsform zu ändern. Die Gemeindeverordneten sind lediglich davon zu informieren.»<sup>71</sup>

Mit Einsparungs- und Zentralisationsnotwendigkeiten begründete Goerdeler im Januar 1931 seine Absicht, beide Kollegien, Rat und Stadtverordnetenversammlung, zusammenzulegen<sup>72</sup>. Die Stadtverordneten wehrten sich erfolgreich dagegen.

Die Verwaltungsreform in Leipzig diente insgesamt der Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für eine moderne und erfolgreich funktionierende Leistungsverwaltung und ordnete sich damit in das Ensemble gleichartiger Bemühungen in anderen deutschen Städten ein. Diese Massnahmen wurden durch die städtische

<sup>71</sup> Vgl. Sächsisches Gesetzblatt, Jg. 1931, Verordnung Nr. 91, 4. Teil, Kapitel I., Artikel 2.

<sup>72</sup> StA L. Kap. 10 Nr. 567 St 9, Bl. 2.

Finanznot diktiert, die zur verstärkten Rationalisierung und Verbilligung des Verwaltungsapparates zwang. Es galt aber auch, die Leipziger Stadtverwaltung zu einer leistungsfähigen Verwaltung umzustrukturieren. Dieser Prozess hatte sich in anderen deutschen Grossstädten bereits längst vollzogen bzw. war noch im Gange. Unverkennbar ist allerdings die Tendenz zum autoritären Ausbau der städtischen Exekutive bei gleichzeitiger Einschränkung der parlamentarischen Gremien.

Mit diesem Bestreben war Goerdeler keine Ausnahme. Er reihte sich damit in das Spektrum ähnlich gelagerter Bemühungen bürgerlicher Politiker und des DST ein. Goerdeler bekam durch seine Mitarbeit im DST, – seit 1930 gehörte er dem Vorstand an<sup>73</sup> und nahm regelmässig als Gast an den Sitzungen des Engeren Vorstandes<sup>74</sup> teil –, einen noch tieferen Einblick in die Haltung der Präsidialregierungen zu den Problemen der Städte und Gemeinden. Brüning war an einer guten Zusammenarbeit mit den Gemeinden gelegen. Deshalb zeigte er ein gewisses Verständnis für die Belange der kommunalen Selbstverwaltung und arbeitete mit dem DST zusammen. Am 31. Januar 1931 teilte Brüning dem DST auf Ersuchen Mulerts mit, dass er den Reichsministerien empfohlen habe, «die kommunalen Spitzenverbände an den gesetzgeberischen Vorarbeiten so frühzeitig und umfassend zu beteiligen, als es die Rücksicht auf andere an der Gesetzgebung beteiligten Faktoren, besonders Reichsrat und Landesregierungen, gestatten.»<sup>75</sup> Damit wurde ein Gedanke zur Reichsreform offiziell bestätigt, der seit den 20er Jahren erhoben worden war. Aber Brünings Wunsch, die Reichs- und Länderinteressen vorrangig behandelt zu wissen, machte eine wirkliche Erfüllung kommunalpolitischer Wünsche unmöglich.

Die Regierungszeit Brünings endete für die Gemeinden nicht mit einer befriedigenden Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung, sondern nur mit Hoffnungen, im engen Kontakt zu dem Minister des Reichskabinetts eine Lösung für die dringenden Fragen wie die Vereinheitlichung der auf verschiedene Träger verteilten Arbeitslosenhilfe zu erreichen<sup>76</sup>.

Mit der Regierung Papen traten die Männer ab, mit denen die Kommunalpolitiker

<sup>73</sup> LAB Rep. 142/1 Nr. 3, Bl. 137.

<sup>74</sup> Der Engere Vorstand war das verwaltungspolitisch bedeutsamste Gremium, das für die organisatorische Entwicklung und die sachliche Haltung des DST Bedeutung hatte. Ihm oblag häufig die inoffizielle, massgebliche Vorberatung der von DST zu behandelnden Aufgaben. Seine Bedeutung wuchs in den Krisenjahren 1930 bis 1933, weil weder die Jahresversammlung noch die Hauptversammlung des DST einberufen wurde. Vgl. Ziebill, Geschichte des Deutschen Städtetages, S. 48. Vgl. auch LAB Rep. 142/1 St A Nr. 7, Bl. 602.

<sup>75</sup> LAB Rep 142/1 StB Nr.3765.

<sup>76</sup> Hofmann, Städtetag und Verfassungsordnung, S. 120-121.

der Weimarer Republik – auch Goerdeler – jahrelang zusammengearbeitet hatten: Brüning, Severing, Hirtsiefer, Köhler, Dietrich, Koch-Weser. Die Einflussnahme über die Parlamente und den Kommunalpolitischen Ausschuss entfiel. Es blieb der Zugang zum Regierungschef und zur Ressortbürokratie. Papen zeigte Reformbereitschaft. Goerdeler erblickte darin wie andere Kommunalpolitiker auch eine Möglichkeit, seine Gedanken zur Reichs- und Verwaltungsreform wieder in die Diskussion zu bringen und eventuell zu verwirklichen. Als Mitglied des Verfassungsausschusses des DST war Goerdeler am 17. Oktober 1932 an der Beratung über die geplante preussische Verfassungsreform beteiligt.

Das Hauptproblem der Städte war jedoch die Finanzsituation. Am 15. November 1932 fand auf Initiative des DST eine Besprechung bei Papen statt, auf der Goerdeler neben Mulert, Sahm und Scharnagel als Vertreter dieser Körperschaft ihre Wünsche zur finanziellen Entlastung der Städte vortrugen<sup>77</sup>. Aber schon zwei Tage später trat die Regierung Papen zurück. Der neuen Reichskanzler Schleicher zeigte in den ihm verbleibenden zwei Monaten keine kommunalpolitischen Ambitionen.

Aus der Enttäuschung über das Scheitern der Reformpläne unterbreitete Goerdeler dem Reichspräsidenten Hindenburg mit grosser Eindringlichkeit seine Vorstellungen zur Verfassungsreform.

### **3. 4. «Mehr Macht dem Reichspräsidenten». Das Konzept eines autoritären Staates**

Goerdeler entwickelte als Alternative zur Verfassungswirklichkeit des vom ihm abgelehnten liberal-demokratischen Systems von Weimar konservative Staats- und Gesellschaftsvorstellungen. Eckpfeiler dieser Konzepte waren das Regieren auf der Grundlage von Ermächtigungsgesetzen und Notverordnungen. Nur die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie – so dachte er – könne die gesellschaftliche Krise überwinden helfen, weil diese Regierungsform die Interessen von Arbeitnehmern und Verbrauchern in einer Weise aufgewertet habe, die sich mit dem Gemeinwohl nicht mehr vereinbaren liessen. 1927 hatte er die Ermächtigungspolitik des Jahres 1923 gelobt und in Analogie zur Bismarckschen Reichsverfassung gefordert, die Verfassungskompetenz des Reichspräsidenten durch die Beseitigung der Art. 54 der Reichs- und Art. 57 der Preussischen Verfassung zu stärken. Der Reichspräsident

<sup>77</sup> LAB Rep. 142/1 St B Nr. 3765.

sollte die Minister ohne Reichstag ernennen können. Die Verschiebung der innenpolitischen Machtbalance von der Legislative zur Exekutive kulminierte bei Goerdeler in der Forderung: «Mehr Macht dem Reichspräsidenten»<sup>78</sup>.

Von der Stärkung der Präsidialgewalt erhoffte er sich nicht nur grössere politische Stabilität, sondern auch eine Gesundung der Wirtschaft. Ähnlich sahen seine späteren Konzepte aus, die er in unterschiedlichen Denkschriften entwickelte<sup>79</sup>. Goerdeler war der Auffassung, dass angesichts der grossen Wirtschaftskrise, die Deutschland erfasst habe, ein umfassendes Reformwerk anstehe, dass nur durch eine «Mobilmachung aller Volkskräfte»<sup>80</sup> erreicht werden könne. Dazu bedurfte es seiner Auffassung nach einer «Diktatur über Jahre hinaus»<sup>81</sup>. Goerdeler bevorzugte die autoritäre Staatsform, weil er es aufgrund seiner Erfahrungen für ausgeschlossen hielt, «dass irgendeine parlamentarische Kombination imstande sein wird, die durch die heutige wirtschaftliche und politischen Lage bedingte Reform zu beschliessen und durchzuführen. Alle Parteien leiden unter der Angst vor den Wählern. Mit solcher Angst sind weitsichtige Reformen, die zunächst Opfer von allen Volksangehörigen verlangen, nicht zu machen.»

Das Reformwerk, das Goerdeler anstrebte, erstreckte sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche, wobei die Wirtschafts- und Finanzpolitik oberste Priorität besaßen. Dann erst sollte eine Verwaltungs- und Verfassungsreform eingeleitet werden: «(...) ich sehe in dem Herumreiten auf diesem Gebiete der Verwaltungs- und Verfassungsreform, in den ganzen erfolglosen kleinen Reformgesetzen des Staates in Wirklichkeit nur eine Verschleierung unserer Hilflosigkeit auf dem Gebiet der inneren Politik. Tatsächlich muss die Verwaltungs- und Verfassungsreform das Werk der inneren Reform krönen und nicht ihm vorausgehen, ja es wird sich wahrscheinlich zwangsläufig in und mit ihm verwirklichen.»<sup>82</sup>

Die Grundlinien der Neugestaltung der Verfassung lagen Goerdeler klar vor Augen. Der «Absolutismus der Parteien und des Parlaments» musste beseitigt werden. Da-

<sup>78</sup> BA NL 113, Nr. 11 (Carl Goerdeler, Mehr Macht dem Reichspräsidenten; Vorschläge des Bundes zur Erneuerung des Reichs, o.D., vermutlich 1930).

<sup>79</sup> BA NL 113, Nr. 11, Nr. 21 (Carl Goerdeler, Denkschrift für Hindenburg vom April 1932; Die Lage der deutschen Wirtschaft vom 5.6.1932; Zur Lage von Ende Dezember 1932; Wirtschaftsdenkschrift, entstanden 1929 bis 1931, verschiedene von einander abweichende Fassungen).

<sup>80</sup> BA NL 113, Nr. 21 (Goerdeler, Wirtschaftsdenkschrift).

<sup>81</sup> Zit. nach: Kürger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 385. Dem Autor lag der Entwurf der Wirtschaftsdenkschrift aus dem NLG-PB vor, die zwischen 1929 und 1931 entstanden war und die in mehreren Fassungen überliefert ist.

<sup>82</sup> BA NL 113, Nr. 11 (Goerdeler, Wirtschaftsdenkschrift).

zu sei es notwendig, «das Wahlalter zu erhöhen, dem Reichspräsidenten grössere Machtvollkommenheiten gegenüber dem Reichstag zu verleihen, das Verhältnis zwischen Reich und Preussen durch die Stellung des Reichspräsidenten zu bereinigen und jedenfalls für die Reichsgesetzgebung eine zweite Kammer einzusetzen, die unter Benutzung des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrates, aber unter wesentlicher Vereinfachung sowohl Vertreter der verschiedenen Standes- und Berufsgruppen als auch besonders hervorragende Persönlichkeiten zu verantwortlicher Mitwirkung bringt.» Regiert werden sollte entweder mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes bei gleichzeitiger Beseitigung des Einspruchsrechtes des Reichstages wie des Reichsrates oder auf der Grundlage der Notstandsbefugnisse nach Art. 48. Die erfolgreiche Anwendung des Notverordnungsrechts erforderte zusätzlich die Beseitigung des Einspruchsrechtes des Reichstages gegen Notverordnungen und die Neubefugung des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten, falls dieser sich der Parlamentsauflösung verweigern sollte<sup>83</sup>.

Solche autoritären Verfassungskonzeptionen, wie sie Goerdeler entwickelt hatte, waren in den 20er Jahren im bürgerlichen Lager verbreitet. Sie begünstigten die nationalsozialistische Bewegung durch die Preisgabe von Demokratie und Parlamentarismus. Sie bildeten eine Grundlage für Goerdelers Affinität zum Nationalsozialismus.

### 3. 5. Goerdelers Einstellung zum Nationalsozialismus in der Endphase der Weimarer Republik

Goerdeler dachte seit Anfang der 30er Jahre – verstärkt nach dem Rücktritt der Regierung Brüning – über eine Einbeziehung der NSDAP in die Regierungsverantwortung nach<sup>84</sup>. Er unterschied sich darin nicht wesentlich von anderen konservativen Politikern<sup>85</sup>.

Seit 1928 schien angesichts des spürbaren Wachstums der NSDAP eine Mitbeteiligung der Partei an der Regierung nicht mehr unmöglich zu sein. Bei den Reichs-

<sup>83</sup> BA NL 113, Nr. 21 (Goerdeler, Wirtschaftsdenschrift).

<sup>84</sup> BA NL 231, Nr. 36, BL 273; BA NL 113, Nr. 11 (Carl Goerdeler, Koalitionstaktik nach dem Sturz Brünings, 3 MS, o. D.). Die Verfässherschaft Goerdelers ist nicht eindeutig, aber der Argumentationsgang und der Stil ähnelt anderen Ausführungen Goerdelers zum gleichen Thema. Vgl. BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>85</sup> Vgl. Hans Mommsen, Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung, Göttingen 1983, S. 157ff.

tagswahlen am 14. September 1930 konnte sie fast 6 Millionen neue Wähler hinzugewinnen und zog damit als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein.

Der Aufstieg der Partei war für Goerdeler auch in den sächsischen Landtags- und Kommunalwahlen spürbar. In Sachsen konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil zwischen Mai 1929 und Juni 1930 fast verdreifachen. In Leipzig sassen seit den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929 drei Abgeordnete der NSDAP im Stadtparlament. Nach den Kommunalwahlen vom 13. November 1932 hatte die NSDAP bereits 18 Abgeordnete. Sie bildete die zweitstärkste Fraktion hinter der SPD und vor der KPD<sup>86</sup>. Insgesamt gehörten nach diesen Wahlen ein Drittel der sächsischen Gemeindevertreter der NSDAP an.

Mit diesen Wahlerfolgen avancierte die NSDAP zu einer politischen Kraft, an der nicht länger vorbeiregiert werden konnte. Dieser Auffassung war offensichtlich auch Goerdeler. Als Papen ihn im Sommer 1932 als Arbeitsminister für sein Kabinett avisierte, machte er seine Mitarbeit von einer Absprache mit Hitler, einer Regierungsbeteiligung der NSDAP, der «zwei bis drei Sitze» anzubieten seien, und den allgemeinen Grundlagen der Regierungspolitik abhängig<sup>87</sup>. Die NSDAP lehnte die Übernahme von Verantwortung ab. Hindenburg und Papen setzten auf eine Lösung ohne Hitler, so dass Goerdeler die Übernahme politischer Verantwortung ablehnte.

Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 brachten den durchschlagenden Erfolg für die NSDAP. Sie wurde stärkste Fraktion im Reichstag. Angesichts des zunehmenden politischen Einflusses der NSDAP drängte Goerdeler Hugenberg mehrfach, die Initiative zur Bildung einer Koalitionsregierung von DNVP, NSDAP und Zentrum zu übernehmen<sup>88</sup>.

Der Bildung einer neuen Mittelpartei, die seit der Wahlniederlage fast aller bürgerlicher Parteien bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 an Boden gewann und seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 mit dem Ziel betrieben wurde, dem Aufstieg der NSDAP Einhalt zu gebieten und der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien entgegenzuwirken, stand Goerdeler dagegen aus sachlichen wie persönlichen Gründen ablehnend gegenüber. Sie bot für ihn keine massenwirksame Alternative zur NSDAP. «Eine neue Partei konnte nur noch Trümmer retten.»<sup>89</sup> In der Tat zeigte sich, dass die Bemühungen um eine neue deutsche Mittelpartei letztlich am unzulänglichen Integrationsvermögen der Parteien scheiterte. Der Aufstieg der NSDAP konnte keineswegs eingedämmt werden. Die ständige Agitation für eine po-

<sup>86</sup> StAL, StVW 3 XXII, Bl. 1-2.

<sup>87</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>88</sup> Ebenda und BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>89</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

litische Konzentration des deutschen Bürgertums hatte im Gegenteil eine weitere Zerrüttung des traditionellen mittelständischen Wählerverhaltens zur Folge, die den Einbruch des Nationalsozialismus in die Reihen der deutschen Mittelschichten erleichterte<sup>90</sup>.

Goerdeler lehnte nicht nur die Gründung einer neuen Mittelpartei ab, sondern er verweigerte sich auch einer in diesem Zusammenhang im Sommer 1932 geplanten anti-Hugenberg'schen Aktion, die die Schaffung einer rechten Sammlungspartei mit starkem antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Einschlag zum Ziel hatte.

Nach dem schlechten Abschneiden der DNVP bei den Länderwahlen vom April 1932 zog der Parteivorsitzende seinen Rücktritt und das Niederlegen seines Reichstagsmandates in Erwägung. Im Anschluss an die Auflösung des Reichstages Anfang Juni versuchte die anti-Hugenberg-Gruppe in der deutschen Industrie, Krupp und Reuch, Hugenberg zum Rücktritt zu zwingen. Damit sollte die Voraussetzung geschaffen werden, dass die Partei zum rechten Sammelbecken der durch den Zusammenbruch der deutschen Mitte politisch heimatlos gewordenen bürgerlichen Wähler werden konnte. Hugenberg erklärte sich zum Rücktritt nur bereit, wenn ihn wenigstens sechs prominente Parteimitglieder darum bäten. Dafür versuchte Tilo Freiherr von Wilmowsky im Auftrage der Krupp-Reusch-Gruppe eine anti-Hugenberg'sche-Front innerhalb der DNVP zu bilden. Sie stützte sich im Kern auf die Oberbürgermeister Richard Rive (Halle), Robert Lehr (Düsseldorf) und Goerdeler. Er sollte den Parteivorsitz übernehmen<sup>91</sup>. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch von vornherein, weil Goerdeler dafür nicht zu gewinnen war<sup>92</sup>. In einem Brief an Hugenberg erklärte er seine Gründe: «Ich habe auf mein Verhältnis zu ihnen verwiesen, das mir jede Zurückhaltung gebietet und meine sachliche Unzuständigkeit besonders klar hervortreten lässt.»<sup>93</sup> Goerdeler stellte sich in dieser Situation aus «Verehrung», wie er schrieb, loyal hinter Hugenberg, obwohl Differenzen in der Haltung zur Politik Brüning's 1931 zu seinem Parteiaustritt geführt hatten.

Goerdeler ging bei seinem Bemühen, die NSDAP in Regierungsverantwortung zu nehmen, davon aus, dass «der Nationalsozialismus (...) auch politisch eine gesunde Reaktion gegen demokratische Einrichtungen, die der Grundlage entbehren»<sup>94</sup> sei.

<sup>90</sup> Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1970, S. 532f. und Larry E. Jones, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930-1933, in: VfZ 25(1977)3, S. 265-304.

<sup>91</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>92</sup> Vgl. Jones, Sammlung oder Zersplitterung, S. 285-286.

<sup>93</sup> BANL 231, Nr.36, Bl. 270.

<sup>94</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).



Durch die Einbindung der NSDAP in die unpopuläre Notverordnungspolitik wollte er das weitere Wachstum der NSDAP aufhalten. Er knüpfte dabei an die Überlegungen Brünnings an, die NSDAP durch Regierungsbeteiligung in den Ländern sich abnutzen zu lassen und antizipierte Papens Zähmungskonzept.

1933 sollten der neuen Regierung in der Tat ausser dem Reichskanzler nur zwei weitere Nationalsozialisten angehören. Ihnen standen sieben konservative, deutsch-nationale Minister und in den als Schlüsselpositionen gedachten Ämtern des Vizekanzlers und des Reichskommissars für Preussen der Vertrauensmann Hindenburgs, Papen, gegenüber. Das quantitative Übergewicht der Nichtnationalsozialisten spiegelte in keiner Weise die tatsächlichen Machtverhältnisse wider. Es erweckte dennoch nahezu ausnahmslos den Eindruck, dass es den traditionellen Eliten gelungen sei, die Nationalsozialisten in der Regierung wirksam einzurahmen.

An dem «Intrigenspiel»<sup>95</sup>, das schliesslich zur Kanzlerschaft Hitlers führte, war Goerdeler nicht beteiligt. Er erfuhr erst später davon. Seit dem Spätsommer 1932 gehörte er nicht mehr zu dem engen Kreis der in Berlin den Entscheidungsprozess beeinflussenden und vorantreibenden Politiker. Er selbst führte das auf den Einfluss der Kamarilla um Hindenburg zurück, die ihm seine kritische Einstellung gegenüber Papen verübelt und seine Kanzlerschaft erfolgreich hintertrieben hatte.

Es wurde gezeigt, dass aus Goerdelers kritischer Distanz zur Weimarer Demokratie nicht nur Versuche entsprangen, konservative Staats- und Kulturtraditionen zu fortzusetzen, sondern auch autoritäre Staatsvorstellungen als Alternative zur Verfassungswirklichkeit der Republik entstanden, die ihn die Präsidialkabinette zu Beginn der 30er Jahre begrüessen liessen und in der Zustimmung zur Regierungsbeteiligung der NSDAP kulminierten.

Im folgenden Kapitel werden Goerdelers Reaktionen auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten und sein Verhalten während der Gleichschaltung sowohl auf zentraler als auch lokaler Ebene analysiert, um seine Einstellung zum Nationalsozialismus noch präziser zu bestimmen.

<sup>95</sup> Ebenda, (Goerdeler, Unsere Idee).

## 4. Die ersten Monate nationalsozialistischer Herrschaft

### 4.1. «Alle müssen hinter der Reichsregierung stehen». Die Machtübernahme

Der politische Umbruch in Deutschland, der mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Adolf Hitler an der Spitze der Koalitionsregierung, der sogenannten «nationalen Konzentration», eingeleitet wurde, stiess bei Goerdeler auf Zustimmung. Eine Ursache für dieses Phänomen liegt darin, dass die unbestreitbar kontroversen Zielsetzungen der traditionellen, konservativ-autoritären Eliten und der nationalsozialistischen Führung beiderseits jedoch die Zerschlagung der Weimarer Republik voraussetzte. Auch in der damit verbundenen weitgehenden Beseitigung der Weimarer Reichsverfassung, der Schaffung einer starken Staatsautorität und dem Ziel der baldigen Niederwerfung des «Marxismus» bestand Einigkeit. Diese Interessenidentität begründete eine Allianz, die Goerdeler solange mitging, bis seine Illusion eines autoritären Staates an der Wirklichkeit zerplatzte. In der unmittelbaren Umbruchzeit spielte für ihn sogar die Übernahme eines Regierungspostens kurzzeitig eine Rolle. Hugenberg wollte Goerdeler für die Mitarbeit im Kabinett Hitler gewinnen. Am 30. Januar 1933 machte Goerdeler das jedoch von der Gewährung von Sondervollmachten abhängig, die nicht zu haben waren. Deshalb – so galt es bisher – soll Hugenberg nicht mehr auf eine Regierungsbeteiligung Goerdelers zurückgekommen sein<sup>1</sup>. Die Quellen deuten aber darauf hin, dass beide Männer nach diesem Januargespräch noch einmal erwogen, Goerdeler in die Regierungsarbeit einzubeziehen. Da zu diesem Zeitpunkt bereits alle Ministerposten besetzt waren, sollte er als Reichskommissar für die Neuordnung des Arbeits- und Fürsorgerechts sowie der Sozialversicherungsgesetzgebung bestellt werden. Goerdeler unterbreitete Hugenberg am 16. März 1933 «abredungsgemäss» den Entwurf einer dahingehenden Verordnung<sup>2</sup>, die dann aus bisher ungeklärten Gründen nicht in Kraft trat.

Die Euphorie der «nationalen Erhebung» beseitigte bei Goerdeler letzte moralische Widerstandskraft. Er begrüsst den Regierungswechsel und die ersten politischen Massnahmen des Kabinetts Hitler. Am 24. März 1933, einen Tag nach dem Erlass des Ermächtigungsgesetzes, stellte Goerdeler sich bei der Eröffnung der Ratssitzung in Leipzig loyal hinter die Reichsregierung. «Im Sommer vorigen Jahres habe ich

<sup>1</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift). Vgl. auch Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 386.

<sup>2</sup> BA NL 231, Nr. 36. Bl. 267-268.

mich vor den Stadtverordneten für die Auffassung eingesetzt, dass es niemals Aufgabe der örtlichen Verwaltung, selbst einer von glühendster Begeisterung für die Aufgaben der Selbstverwaltung erfüllten örtlichen Verwaltung, sein könne, sich in Gegensatz zur Reichsregierung zu setzen. Die jetzige Stunde verpflichte zu mehr. Sie verpflichtet uns, mit unserer ganzen Person hinter die Arbeit der Reichsregierung uns zu stellen, ihr die Arbeit auf jede uns mögliche Weise zu erleichtern, denn jetzt hängt von dem Gelingen dieser Arbeit die Rettung unseres Vaterlandes als Staat, die Erhaltung unseres Volkes als Nation ab.»<sup>3</sup>

Das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung das Recht gab, Gesetze ohne Mitwirkung von Reichspräsident, Reichstag und Reichsrat zu erlassen – Gewaltenteilung und Rechtsstaat gehörten damit der Vergangenheit an –, sah Goerdeler als Chance für neue Entwicklungen an. «Alle», erklärte Goerdeler, «müssen hinter der Reichsregierung stehen. Das Ermächtigungsgesetz gibt endlich die Möglichkeit, das Reich und die Gemeinden einheitlich zu gestalten.»<sup>4</sup> Ähnlich positiv reagierte er auf die Beseitigung der Länderparlamente, die auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes durch das Reichsstatthaltergesetz vollzogen wurde. «Wenn die nationale Regierung unter der Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler nichts weiter getan hätte, als dieses Eine, sie hat uns die Grundlage für die Gewinnung eines Reiches verschafft, das die heisseste Sehnsucht unseres Volkes nach Einheit, Einigkeit und Gerechtigkeit erfüllen kann», erklärte Goerdeler. «Beseitigt ist jene unselige Parteizersplitterung, die zu ebenso lächerlichen wie besorgniserregenden Ausschweifungen sich gesteigert hatte. Beseitigt ist jener Zustand, in dem Länder gegeneinander und gegen das Reich auftraten, wenn auch nicht im offenen Kampfe, so doch die Einheit der Reichspolitik in schwerster Zeit entscheidend störend.»<sup>5</sup>

Das waren weder blosse Ergebnisadressen noch eine begrenzte Anpassung an die politischen Prinzipien und die Phraseologie der Nationalsozialisten. Goerdeler war von der «nationalen Welle» begeistert, die die Realisierung der von ihm seit Jahren empfohlenen verfassungsrechtlichen und -politischen Veränderungen brachte. Sie würden seiner Auffassung nach die durch das «Weimarer System» verursachten sozialen, ökonomischen und politischen Probleme langfristig beheben, wenn sich nachfolgende Veränderungen anschließen. Gedanklich antizipierte er den sich im

<sup>3</sup> Carl Goerdeler, Die Gemeinde als Teil des Reichsganzen, in: Der Gemeindetag, 27(1933)4, S. 148.

<sup>4</sup> Neue Leipziger Zeitung, 25.3.1933.

<sup>5</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig am 29.4.1933, S. 103-104.

Gänge befindlichen Umgestaltungsprozess als «Reichsreform»: «Das Ermächtigungsgesetz, das Reichsstatthaltergesetz, die Verordnung, durch welche die Landtage der Länder aufgelöst sind und eine Wiederwahl angesagt ist, sind Reichsreform! Sie blieben – und das ist das entscheidende Merkmal der nationalen Revolution – im Zuge organischer Entwicklung. Das Ermächtigungsgesetz von 1933 hatte seinen Vorgänger im Ermächtigungsgesetz von 1923 und in den unter Ausschaltung des Reichstages erlassenen Notverordnungen. Der Einfluss der Landtage der Länder war bereits durch die Dietramszeller Verordnung des Reichspräsidenten vom August 1931 gebrochen, durch die die Landesregierungen ermächtigt und verpflichtet wurden, die zum Ausgleich des Haushalte erforderlichen Massnahmen auch ohne Zustimmung der Landtage zu treffen. Das schwerste Problem, die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Länder, ist durch das Reichsstatthaltergesetz erst gestreift.»<sup>6</sup>

Auch auf der Sitzung des engeren Vorstandes des DST am 2. Februar 1933 wird nicht erkennbar, dass Goerdeler, wie behauptet wurde, «die überraschende Installation der Regierung Hitler (...) problematisch erschien»<sup>7</sup>. Im Gegenteil – die Diskussion der schon lange vorher aufgestellten Tagesordnungspunkte und der Verlauf der Vorstandssitzung am nächsten Tag deuten darauf hin, dass es sich bei dieser Aussprache – wie bei jedem Regierungswechsel – um eine Verständigung über die neu entstandene Situation für die Städte und Gemeinden handelte<sup>8</sup>. Der DST ging in gewohnter Weise an die Klärung anstehender kommunalpolitischer Probleme<sup>9</sup>. Die bisherigen Präsidialkabinette hatten sich durchaus offen für die Belange der kommunalen Selbstverwaltung gezeigt, auch wenn sich dadurch ihre Lage nicht sichtbar gebessert hatte, und die Auflösung des Reichstages am 1. Februar sowie die Festsetzung von Neuwahlen für den 5. März war nichts Ungewöhnliches angesichts der zurückliegenden politischen Entwicklung. Dem DST war seit 1930 ohnehin eine mögliche Einflussnahme auf die Parlamente und den Kommunalpolitischen Ausschuss zunehmend entglitten. Die Auflösung der Kommunalparlamente für Preussen wurde erst am 4. Februar und für die ausserpreussischen Länder am 21. März 1933 verfügt. Angesichts der positiven Reaktionen Goerdelers auf das Ermächtigungsgesetz dürften ihn diese politischen Schritte vermutlich nicht beunruhigt haben.

<sup>6</sup> Goerdeler, Die Neuordnung der Kommunal Finanzen, in: Kurt Jeserich (Hrsg.), Jahrbuch für Kommunalwissenschaft, Stuttgart, Berlin 1934, Bd. 1, S. 67f.

<sup>7</sup> Hofmann, Städtetag und Verfassungsordnung, S. 124.

<sup>8</sup> LAB Rep. 142/1 StA Nr. 295.

<sup>9</sup> LAB Rep. 142/1 St A Nr. 525.

Ausserdem unterstützte Goerdeler als Mitglied des engeren Vorstandes des DST aktiv den Gleichschaltungsprozess dieser Körperschaft<sup>10</sup>, was für seine Übereinstimmung mit den Veränderungen spricht. Am 17. März 1933 stimmte er für die Umwandlung des engeren Vorstandes durch Zuwahl von vier Nationalsozialisten in einen Arbeitsausschuss<sup>11</sup>. Damit vollzog der DST freiwillig die Gleichschaltung, obwohl die nicht öffentlich-rechtliche Form dieses Selbstverwaltungskörpers ihn von jeglicher staatlichen Aufsicht und Weisung entband und ihm eine nichtstaatliche autonome Stellung schuf.

Dieser Schritt vorausseilenden Gehorsams – ein nationalsozialistisches Konzept über das Schicksal der kommunalen Spitzenverbände lag noch nicht vor – schaltete den DST als politischen Faktor zunehmend aus und stellte ihn unter die Kontrolle der Partei. In den Arbeitsausschuss wurden nach und nach neue nationalsozialistische Mitglieder berufen. Karl Fiehler, Leiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik der NSDAP und seit März 1933 kommissarischer Oberbürgermeister von München, gehörte mit zu den ersten. Goerdeler sollte mit ihm in den nächsten Jahren bei der Neugestaltung der Kommunalgesetzgebung eng zusammenarbeiten.

#### **4. 2. Der «Flaggenkonflikt» in Leipzig**

Beim ersten Ansturm der Partei auf das Leipziger Rathaus tastete sie Goerdelers Amt nicht an und respektierte seine Autorität als Stadtoberhaupt. Eine Zusammenarbeit mit ihm, der aus dem rechtsbürgerlichen Lager stammte, entsprach der Koalition der «nationalen Konzentration». Für Goerdeler war es schliesslich auch Ausdruck der Anerkennung seiner fachlichen wie politischen Qualitäten durch die neuen Machthaber.

In Leipzig wurde im Frühjahr 1933 der «Sieg der nationalen Revolution» wie in vielen anderen deutschen Städten von einem symbolisch-propagandistischen Akt begleitet, der nur das «Vorspiel» der eigentlichen Ereignisse im Zusammenhang mit der Eroberung der lokalen Positionen war. Es wurde versucht, auf öffentlichen Gebäuden, insbesondere auf den Rathäusern, die Hakenkreuzfahne zu hissen, obwohl das geltende Recht dafür keine Handhabung vorsah. Damit sollten der Umsturz der Verhältnisse und die Herrschaft des Nationalsozialismus demonstriert und zugleich eine Machtprobe provoziert werden.

<sup>10</sup> LAB Rep. 142/1 St A Nr. 162. Zur Gleichschaltung des DST vgl. Ziebill, Geschichte des Deutschen Städtetages, S. 59ff; Hofmann, Städtetag und Verfassungsreform, S. 123-130; Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 98-104 und Viergutz, Die kommunalen Spitzenverbände, S. 66f.

<sup>11</sup> LAB Rep. 142/1 StA Nr. 282.

Am 7. März liessen die Nationalsozialisten ihre Hakenkreuzfahnen auf den Leipziger Gerichtsgebäuden, auf dem Untergrundmessehaus und an verschiedenen anderen Stellen der Stadt wehen. Das Aufziehen der Fahnen hatte zu keinerlei Zwischenfällen geführt<sup>12</sup>. Da diese willkürlichen Akte jedoch um sich griffen, verfügte der Kreishauptmann von Leipzig, Marcus, am Morgen des 8. März, zur Vorbeugung das Hissen von Hakenkreuzfahnen auf öffentlichen Gebäuden zu dulden. Gewaltvoller Widerstand sei zu unterlassen<sup>13</sup>.

Daraufhin wurden am 8. März an Fahnenmasten vor dem Rathaus – nicht auf dem Gebäude selbst – an der Kreishauptmannschaft und der Universität schwarz-weiss-rote und Hakenkreuzfahnen aufgezogen. Die Flaggenhissungen wurden begleitet von einem menschenumringten Aufmarsch von SA- und SS-Abteilungen sowie der Polizei<sup>14</sup>. Als am Morgen des Tages der Führer der Untergruppe Leipzig der SA<sup>15</sup>, Hauptmann Heinrich Gerlach, und Haake bei Goerdeler und Löser vorsprachen, um diese Demonstration anzukündigen, versuchten die Stadtoberhäupter, diese symbolische Machtübernahme vor dem Leipziger Rathaus zu verhindern und nur die verfassungsmässig zulässigen Flaggen, die sächsische und die Leipziger Flagge, hissen zu lassen. Telefonische Rücksprachen mit Reichswehrminister Werner von Blomberg und Innenminister Wilhelm Frick zeigten dabei keinen Erfolg. Gerlach setzte die Flaggenhissung durch.

Goerdeler und Löser zogen ihrerseits Konsequenzen. «Ich teilte ihm (Gerlach – d. Verf.) mit», notierte Löser aktenkundig, «dass hiernach irgendeine Beteiligung am Vorbeimarsch für Herrn Oberbürgermeister und mich nicht in Betracht komme, dass wir aber unsererseits dem von allen Seiten, auch von der Reichsregierung geäusserten Wunsch, Gewalttätigkeiten zu vermeiden, Rechnung tragen würden. Eingeschaltet sei hier, dass (...) Herr Gerlach ausdrücklich bestätigt hatte, dass ein Hissen von Flaggen auf dem Rathaus selbst, insbesondere auf dem Turm, nicht beabsichtigt wäre.»<sup>16</sup> Am Nachmittag wollten dann aber die nationalsozialistischen Stadtverordneten Haake und Schneider, entgegen der Zusicherung von Gerlach die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathhausturm erzwingen<sup>17</sup>.

<sup>12</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 1, Bd. 1, Bl. 3 und Leipziger Tageszeitung, 9.3.1933.

<sup>13</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 33.

<sup>14</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 1, Bd. 1, Bl. 3 und Leipziger Tageszeitung, 9.3.1933.

<sup>15</sup> Zur Untergruppe der SA Leipzig gehörten die SA-Standarten 106 und 107. StA D, Mdl Nr. 19 088, BL 332,335.

<sup>16</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 35.

<sup>17</sup> Ebenda, Bl. 37.

Zunächst gelang es Goerdeler und Löser mit Berufung auf die Rechtslage sowie durch zeitweilige Bewachung des Rathauses durch die Wohlfahrtspolizei<sup>18</sup> und einer Verschleppungstaktik<sup>19</sup>, die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaustrurm bis zum 10. März zu verhindern. «Wir haben die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus abgelehnt», begründete Goerdeler seine Handlungsweise, «bis die Anordnung der Regierung dazu kam. Wir haben das Rathaus vor der Besetzung durch die S.A. bewahrt, indem wir es verschlossen und einer von uns bis Mitternacht im Hause blieb.»<sup>20</sup>

Am 11. März meldete die Leipziger Abendpost jedoch: «Am Sonnabendmittag wurde auf dem Pleisseturm am Neuen Rathaus die Hakenkreuzfahne gehisst. Eine Abteilung SA hatte auf dem Königsplatz Aufstellung genommen und sang das Horst-Wessel-Lied. Die Hakenkreuzfahnen wehten auch über dem Neuen Theater und neben der schwarzweissroten Fahne auf der Hauptpost und dem Museum am Augustusplatz.» Diese Beflaggung war nicht, wie bisher behauptet wurde, von Haake durchgesetzt worden<sup>21</sup>. Sie erfolgte auf Anordnung des Reichskommissars für das Land Sachsen, der sich am 9. und 10. März gezwungen sah, einerseits alle von SA und SS verübten Terroraktionen zu sanktionieren, andererseits weitere «Eingriffe» zu verbieten<sup>22</sup>. In Leipzig waren am 9. März das Volkshaus, die Zentrale der KPD, die «Leipziger Volkszeitung» und die kommunistische «Sächsische Arbeiterzeitung» durch SA und SS handstreichartig besetzt worden<sup>23</sup>.

Die Flaggenkrise wurde durch den Erlass des Reichspräsidenten über die vorläufige Regelung der Flaggenhissung vom 12. März 1933 entschärft. Er bestimmte, dass bis zu einer endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiss-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen seien<sup>24</sup>. Einen Tag später wies Goerdeler auf der Grundlage eines gleichlautenden Erlasses des Reichskommissars für das Land Sachsen an<sup>25</sup>, «städtische Verwaltungsbehörden und Schulen sofort bis Mittwochabend mit der schwarzweiss-roten Fahne und der Hakenkreuzfahne zu beflaggen, soweit solche Fahnen zur Verfügung stehen.»<sup>26</sup> Löser ergänzte am 14. März,

<sup>18</sup> Ebenda, Bl. 7-8, 38, 57.

<sup>19</sup> Ebenda, Bl. 37.

<sup>20</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>21</sup> Vgl. Bramke, Carl Goerdelers Weg, S. 25.

<sup>22</sup> Sächsisches Verwaltungsblatt (1933)20, S. 139.

<sup>23</sup> StA L, Kap. 72, Nr.103, Beih. 1, Bd. 1, BL 16 und Leipziger Tageszeitung, 10.3.1933.

<sup>24</sup> RGBL. 1,103.

<sup>25</sup> Sächsisches Verwaltungsblatt (1933)21, S. 151.

<sup>26</sup> StAL, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1,Bl. 53.

«dass ausser den beiden in der gestrigen Anweisung erwähnten Flaggen auch die Landes- oder die Stadtflagge gesetzt werden.»<sup>27</sup>

Die feierliche Einholung der Fahnen mit einem Aufmarsch von SA, SS, Hitlerjugend, Stahlhelm und Polizei auf dem Augustusplatz beendete am 15. März den Konflikt. Im Gegensatz zur Flaggenhissung waren jetzt Goerdeler und Löser als Verwaltungsspitzen zugegen, Haake hielt eine kurze Ansprache<sup>28</sup>.

Der «Flaggenvorfall» in Leipzig war vergleichsweise ruhig verlaufen. Es kam weder zur Besetzung des Rathauses und zu Amtsenthebungen wie beispielsweise in Plauen, Oelsnitz i.V., Dessau und Taucha<sup>29</sup> noch zu Handgreiflichkeiten, Misshandlungen oder Verhaftungen wie in Magdeburg<sup>30</sup>.

Angesichts des durch die Verfügungen geschaffenen geringen Handlungsspielraums besaßen in der Regel nur die Oberbürgermeister grösserer Städte die Mittel, derartige Vorgänge zu verhindern<sup>31</sup>. Einige Stadtoberhäupter gewannen diese Machtprobe, schieden dann aber von selbst aus dem Amt. In vielen Fällen führten die Konfrontationen zu Beurlaubungen oder Amtsenthebungen. Insgesamt mussten im Zuge des tiefgreifenden Personalwechsels in den Verwaltungsspitzen der deutschen Städte 158 Stadtoberhäupter weichen<sup>32</sup>.

Goerdeler gehörte zu den wenigen – in Sachsen war er der einzige<sup>33</sup> und im Reichsmassstab zählte er zu den vier – verbliebenen Oberbürgermeistern einer Grossstadt mit über 100'000 Einwohnern<sup>34</sup>. Er gehörte damit zu jener kleinen Gruppe von nicht-nationalsozialistischen Oberbürgermeistern, die, wie Matzerath in Auswertung einer quantitativen Untersuchung der Oberbürgermeister im Dritten Reich feststellte, «den ersten Sturm der Machtergreifung überstanden und als Fachleute mit einer typischen Karriere über kommunale und staatliche Positionen bereits vor 1933 ihr Amt übernommen hatten. In diese Kategorie fielen 24 Oberbürgermeister, überwiegend der Geburtsjahrgänge vor 1885. (...) Von ihnen erhielten zwei die Parteimit-

<sup>27</sup> Ebenda, Bl. 54.

<sup>28</sup> Neue Leipziger Zeitung und Leipziger Neueste Nachrichten, 16.3.1933.

<sup>29</sup> Leipziger Neueste Nachrichten, 9.3.1933.

<sup>30</sup> Magdeburgische Zeitung, 12.3.1933.

<sup>31</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 67.

<sup>32</sup> Es blieben bis Ende 1933 von den Oberbürgermeistern bzw. Bürgermeistern der 252 Städte nur 94 im Amt. Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 79.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 80.

<sup>34</sup> Es waren weiterhin der Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahn, der Heidelberger Oberbürgermeister Neinhaus und der Hannoveraner Oberbürgermeister Arthur Menge. Vgl. Brauer, Sauer, Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 446f.



gliedschaft noch während der Eintrittssperre, 12 nach Aufhebung 1937, drei noch später und 12 erwarben keine Parteimitgliedschaft. Auch sie besaßen zu 75% den Dokortitel.»<sup>35</sup>

Die Beibehaltung Goerdelers als Oberbürgermeister ist in der einschlägigen Literatur nur mit dessen fachlicher Qualifikation und aus Gründen politischer Opportunität – eine Kooperation mit ihm entsprach grundsätzlich der Koalition der «nationalen Erhebung» – erklärt worden<sup>36</sup>. Unterbelichtet war bisher, dass Unterstützung, die Goerdeler innerhalb der eigenen Stadtverwaltung, insbesondere durch die überwiegend konservativen Ratsmitglieder erfuhr, in dieser Frage sehr relevant war. Der Flaggenkonflikt hatte das bereits gezeigt. Ausserdem spielten im Frühjahr 1933 vermutlich auch taktische Rücksichten auf örtliche Verhältnisse eine Rolle. Im März fand die Frühjahrsmesse statt, die viele internationale Gäste in die Stadt brachte. Deshalb erscheint es auch als denkbar, dass aussenpolitische Rücksichtnahmen mit erwogen wurden.

Der wichtigste Faktor, der die Beibehaltung Goerdelers als Oberbürgermeister bestimmte, war jedoch, dass unterschiedliche Funktionsträger der NSDAP, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihm wohlwollend gegenüberstanden. Sie gewährten Goerdeler ein gewisses Mass an Autonomie und Handlungsspielraum, was seinen Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung entgegen kam.

Als Kommunalpolitiker und Verfechter konservativer rechtsbürgerlicher politischer Positionen genoss er Ansehen und Wertschätzung in Partei- und Regierungskreisen in Berlin, Dresden und Leipzig. Man durfte annehmen, dass Goerdeler zu Kompromissen und zu einer Arbeit im Sinne der neuen Machthaber bereit sein würde. Er war sich dieses Bonus auch bewusst. «Man war ausser sich,» schrieb er 1944 zurückblickend, «wagte es aber nicht, gegen mich aufzutreten, weil Hitler im Februar zum Wagner-Jubiläum in Leipzig gewesen war.»<sup>37</sup> Ähnlich schätzte der Leipziger Schriftsteller Erich Ebermeyer Goerdelers Position im Februar 1933 ein. «Diesem ausgezeichneten, vornehmen, klar denkenden Manne scheint keine Gefahr zu drohen. Er steht ziemlich weit rechts, ohne sich wohl allzusehr festgelegt zu haben, und wird von Hindenburg besonders geschätzt.»<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Horst Matzerath, Oberbürgermeister im Dritten Reich. Auswertung einer quantitativen Analyse, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Oberbürgermeister. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979*, Boppard 1981 (Deutsche Führungsschichten der Neuzeit, Bd. 13), S. 177, 187.

<sup>36</sup> Krüger-Charlé, *Carl Goerdelers Versuch*, S. 386-387.

<sup>37</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, *Unsere Idee*).

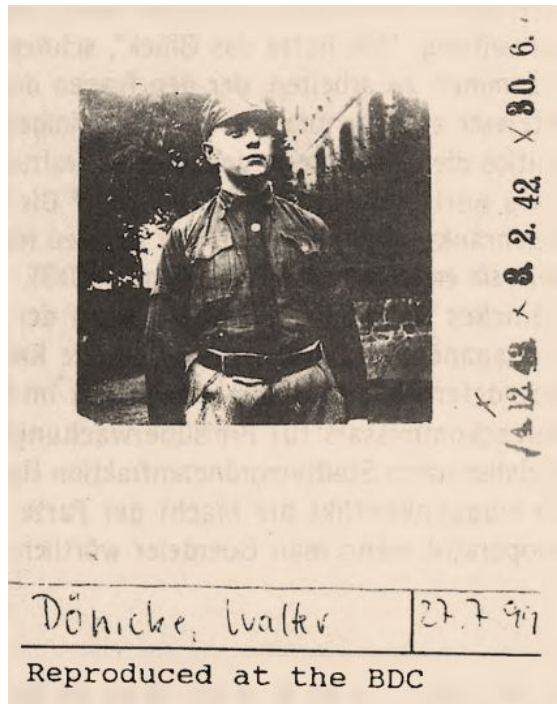
<sup>38</sup> Aus dem Tagebuch Erich Ebermeyers vom 13.2.1933, in: Josef und Ruth Becker (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung 1933. Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einheitsparteienstaates 14. Juli 1933*, München 1993 (dtv dokumente Nr. 2938), S. 65-66.

Der Reichskommissar Killinger garantierte Goerdeler am 10. März 1933, nicht in die Belange der Leipziger Stadtverwaltung einzugreifen, ohne sich vorher mit ihm in Verbindung gesetzt zu haben<sup>39</sup>.

Der Reichsstatthalter und Gauleiter Martin Mutschmann war die zentrale Figur, die angesichts der von ihm verkörperten Personalunion von Staats- und Parteiamt den Hauptstoss gegen die Gemeinden führte<sup>40</sup>. Wegen dessen Konzentrationsbestrebungen und einer entsprechenden Personalpolitik gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Goerdeler und Mutschmann<sup>41</sup>.

Goerdeler fand jedoch in der regionalen Parteiszene auch Unterstützung, um den Druck der Gauleitung auf die Gemeinden abzufedern, wie vom Leiter des Gauamtes für Kommunalpolitik, Erich Kunz. Goerdeler dankte ihm am 5. April 1937 in einem persönlichen Schreiben «besonders für das offene und kameradschaftliche Vertrauen»<sup>42</sup>, das er stets bei ihm fand.

Grosses Gewicht besass auch der Kreisleiter der NSDAP Walter Dönicke. Die Anweisungen über den gegen die Gemeindeverwaltungen zu führenden Kampf aus dem Gauamt für Kommunalpolitik gingen direkt an ihn. Dönicke, seit dem 1. April 1927 Kreisleiter der NSDAP, war von Februar bis Ende September 1933 als Staatskommissar z. b. V. im Bereich der Kreishauptmannschaft Leipzig eingesetzt<sup>43</sup>. Der gelernte Tischler verfügte über politische wie administrative Professionalität, die er neben seiner Kreisleitertätigkeit durch die Landtagsarbeit erworben hatte. Dönicke war seit dem 6. Juli 1929 Mitglied des Sächsischen Landtags und seit dem 24. November 1932 dessen erster



<sup>39</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 48.

<sup>40</sup> Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 19), S. 91-107.

<sup>41</sup> BA, Kleine Erwerbungen, Nr. 99.

<sup>42</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 306.

<sup>43</sup> StA L, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 161 und BA, BDC Dönicke SA.

Vizepräsident. Er galt als ein Mann, der die Autorität staatlicher und kommunaler Behörden nicht oder nur bedingt antastete. Kommunalpolitisches Verständnis hatte er in den Jahren 1932 und 1933 als Stadtverordneter und Führer der national-sozialistischen Stadtverordnetenfraktion sammeln können<sup>44</sup>. Goerdeler hob im Oktober 1933 lobend dessen Verdienste während der Machtergreifung hervor<sup>45</sup>. An anderer Stelle äusserte Goerdeler über ihn: «Es wäre ungerecht, zu verschweigen, dass uns damals die Ruhe, die Menschenkenntnis und der Anstand des Kreisleiters der Partei zu Hilfe kam. Damit war die Grundlage gewonnen, auf der wir (Goerdeler und Löser – d. Verf.) anfangen konnten, die Aufbauarbeit fortzusetzen»<sup>46</sup>. Dönicke war «ein trefflicher Mann und guter Mensch, Idealist, lebensnah. Wir arbeiteten gut zusammen»<sup>47</sup>.

Die fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen Goerdeler und Dönike basierte auf ähnlichen Anschauungen über Inhalt und Funktion der kommunale Selbstverwaltung. «Ich hatte das Glück», schrieb Goerdeler, «mit einem Kreisleiter zusammen zu arbeiten, der den Fragen der Selbstverwaltung das allergrösste Interesse entgegenbrachte und nach einigen Jahren der Zusammenarbeit rückhaltlos die gewaltige in der Selbstverwaltung wirkende, die politische Verwaltung entlastende Kraft erkannte.»<sup>48</sup> Die Zusammenarbeit beider Männer beschränkte sich aber nicht nur auf den lokalen Raum der Stadt Leipzig, sondern sie erstreckte sich bis in den DST/DGT. Dönickes rechte Hand in den Tagen der Machtergreifung war der Kreispropagandaleiter und stellvertretende Kreisleiter Werner Knopp. Ihn berief Goerdeler aufgrund seiner Loyalität im November 1934 in den Stab des Reichskommissars für Preisüberwachung<sup>49</sup>. Auch der Leiter der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion Haake zeigte sich, trotz der Versuche, im Flaggenkonflikt die Macht der Partei durchsetzen zu wollen, letztlich kooperativ, wenn man Goerdeler wörtlich nimmt. Er be-

<sup>44</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 38, Bd. 2; Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 80; Kap. 72, Nr. 103, Beih. 1, Bd. 1, Bl. 77 und BA, BDC Dönicke SA und MF.

<sup>45</sup> Goerdeler sagte: «Besonderen Dank müsse man Kreishauptmann Dönicke dafür zollen, dass er die Schwierigkeiten, die eine Revolution immer mit sich bringen werde, überwunden habe. Er habe alle Herzen gewonnen durch seine Schlichtheit und Offenheit, er sei ein Mann von Ehre, der auch die Ehre anderer zu schätzen wisse.» StA L Kap. 3, Nr. 38, Bd. 2, Bl. 122.

<sup>46</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>47</sup> Ebenda (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>48</sup> BA NL 113, Nr. 25 (Goerdeler, Gedanken zur Neuordnung der Selbstverwaltung).

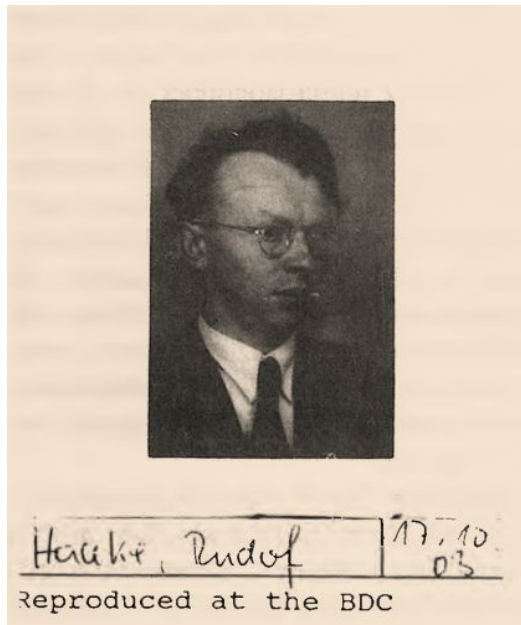
<sup>49</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Beih. 4, Bl. 201.

dankte sich bei ihm, dass er es ermöglicht habe, «in aller Ruhe kleine und auch grössere Schwierigkeiten, die in den letzten Wochen unausbleiblich sein mussten, zu überwinden zum Wohle der Stadt Leipzig.»<sup>50</sup>

Wenige Tage nach dem ersten Ansturm auf das Leipziger Rathaus musste Goerdeler dennoch erste Einbrüche der NSDAP in die Verwaltung hinnehmen. Sie bedrohten jedoch seine Position als Stadtoberhaupt nicht ernsthaft. Die innere Machtverlagerung vollzog ich auf dem Wege der Errichtung neuer Apparate im Spannungsfeld zwischen altem Verwaltungsapparat und politischer Sonderverwaltung.

Am 16. März wurde ihm mit Haake ein eng der NSDAP verbundener Stadtverordneter als «Vertrauensmann der nationalen Erhebung» zur Seite gestellt<sup>51</sup>. Damit befriedigte die Partei dessen Drang nach einem Posten. Haake zog sich bereits einen Tag später zu seiner Unterstützung aus den Reihen der Stadtverordneten und Stadträte einige Parteigenossen mit heran. Sie wurden in die im Rathaus neu eingerichteten nationalsozialistischen Dienststellen für Personalangelegenheiten, Wohnungs-, Siedlungs- und Baufragen sowie für Fürsorgeangelegenheiten beordert.

Das sollte in der Verwaltungsstruktur die veränderten Machtverhältnisse kenntlich machen und der Partei spürbaren Einfluss auf die Verwaltungsarbeit in diesen Ressorts sichern<sup>52</sup>. Ausserdem musste eine Fülle von «Hinweisen» bearbeitet werden, die aufgrund eines öffentlichen Aufrufes an die Bevölkerung zur Mitarbeit bei der «Säuberungsaktion», d.h. der Ausschaltung nicht-nationalsozialistischer Kräfte, eingingen, den Haake am 12. März gestartet hatte<sup>53</sup>. Um in dem daraus drohenden Kompetenzwirrwarr Ordnung zu gewährleisten, wurde ein zusätzliches



<sup>50</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 104.

<sup>51</sup> StAL, Kap.72, Nr. 103, Bd.2.

<sup>52</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 1, Bd. 1, Bl. 97.

<sup>53</sup> Leipziger Tageszeitung, 10.5.1934.

Referat im Personalamt geschaffen. Es bearbeitete seit Mitte März 1933 besonders Disziplinarangelegenheiten, Doppelbeschäftigung und Doppelverdienste, Beschäftigung von jüdischen Kräften und Neueinstellungen<sup>54</sup>.

Der zunehmende Einfluss der NSDAP wurde besonders bei Personalentscheidungen spürbar, obwohl Goerdeler Anfang Januar 1933 gegenüber dem sächsischen Innenministerium für sich eine Art Monopolstellung in Personalfragen durchgesetzt hatte<sup>55</sup>. Die auftretenden Interessenkonflikte versuchte Goerdeler zu diesem Zeitpunkt noch mit geschicktem Taktieren für sich zu entscheiden. Er zeigte dabei Verhaltensweisen wie ein Florettfechter: vorschnellen und ausweichen, aber keinen echten Boden preisgeben.

Am 16. März nahm Goerdeler die Beurlaubung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Schulze<sup>56</sup> und die weitere Beurlaubung des sozialdemokratischen Stadtrats Freytag<sup>57</sup>, der sich ohnehin im Jahresurlaub befand, von sich aus «mit Rücksicht auf die politische Lage»<sup>58</sup> vor. Er reagierte damit auf den Druck der NSDAP, behielt aber die Initiative und gab das Zepter nicht aus der Hand. Auf diese Weise beugte Goerdeler willkürlichen Eingriffen bewusst vor. Ausserdem versuchte Goerdeler, Personalfragen der Entscheidungsgewalt des Reichskommissars zu entziehen und sie innerhalb der eigenen Stadtverwaltung zu lösen. Im Fall der beiden sozialdemokratischen Ratsmitglieder tat er dies sicher in der Hoffnung, sie als ausgewiesene Fachleute auf ihren Gebieten halten zu können.

Die politische «Linie», fachlich kompetente Mitarbeiter vor dem willkürlichen Zugriff der Partei zu schützen, fuhr nicht nur Goerdeler, sondern auch Löser. Haake stellte in diesem Zusammenhang fest: «Bezeichnenderweise fand der für uns besonders glatte Fall der SPD-Stadtverordneten Stoye und Bauer bei Bürgermeister Löser kein

<sup>54</sup> Vgl. StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 122.

<sup>55</sup> StA L, Kap. 5, Nr. 7, Bd. 5, Bl. 17.

<sup>56</sup> Schulze, am 22.5.1882 in Dresden geboren, von Beruf Lehrer, hatte seine kommunalpolitische Tätigkeit 1920 als unbesoldeter Stadtrat in Dresden begonnen. 1923 war er in den staatlichen Verwaltungsdienst berufen worden, zunächst als Regierungsrat und Amtshauptmann in Annaberg im Erzgebirge, dann als Oberregierungsrat bei der Kreishauptmannschaft Leipzig. Mit Wirkung vom 12.4.1929 trat er sein Amt als dritter Bürgermeister von Leipzig und Wohlfahrts- und Jugendamtsdezernent auf sechs Jahre an. StA L, Kap. 10 S, Nr. 1703, Bl. 1-3.

<sup>57</sup> Freytag, am 10.8.1878 in Leipzig-Lindenau geboren, gelernter Schriftsetzer, war als SPD-Stadtverordneter von 1919 bis 1928 tätig. Ab 1.4.1928 wirkte er als Stadtrat in Leipzig. Er war Mitglied der Sächsischen Gemeindekammer und Vorstandsmitglied des Sächsischen Gemeindetages. StA L, Kap. 10 F, Nr. 512, Bl. 1-6, 61.

<sup>58</sup> StA L, Kap 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 83.

Verständnis! Er wollte die Marxistenführer im Rathaus halten, weil sie eben 'tüchtig' waren.»<sup>59</sup>

Das Eindringen der NSDAP in die Stadtverwaltung Leipzigs änderte vor dem Hintergrund der bereits gezeigten politischen Interessenidentitäten nicht Goerdelers Übereinstimmung mit dem politischen Kurswechsel. Der «Flaggenzwischenfall» – der erste frühe Konflikt mit der NSDAP – ist bei der Betrachtung späterer Widerstandskämpfer mitunter als Indikator für frühes oppositionelles Verhalten gedeutet worden<sup>60</sup>. Goerdeler ging es bei der Verhinderung der Flaggenhissung um die Wahrung der Autorität als Beamter und um das Behaupten der Macht- und Rechtsposition als Stadtoberhaupt auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften, nicht aber um fundamentale Systemkritik. «Unterstützt von meinem tapferen prächtigen Mitarbeiter Bürgermeister Dr. Löser habe ich damals abgelehnt, mich einem Massenwillen zu unterwerfen. (...) Wir wollten nicht durch die Gewalt der Masse uns zwingen lassen und mussten diesen Willen jetzt oder nie beweisen.»<sup>61</sup>

#### **4. 3. «Das Erleben der Gegenwart bedeutet die Erfüllung stillen Sehnsens und jahrelanger selbstverleugnender Arbeit». Die Gleichschaltung des politischen Systems**

Die ersten Gleichschaltungsvorgänge in der Leipziger Stadtverwaltung zeigen den Anteil, den Goerdeler an diesen Vorgängen vor Ort hatte. Er gab der NSDAP, die zu diesem Zeitpunkt über kein kommunalpolitisches Konzept verfügte, mit seinen Kommunalverfassungsplänen ein Instrument in die Hand, um die Reste des parlamentarischen Systems ausschalten zu können. Durch die im Zuge dieses politischen Prozesses entstehende nationalsozialistische Mehrheit im Stadtparlament gelang es Goerdeler, einen wesentlichen Teil seiner langjährigen Vorstellungen zur autoritären Umgestaltung der Selbstverwaltungskörper zu realisieren. Damit konnte Goerdeler seine Position als Stadtoberhaupt gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und dem Rat ausbauen. Deshalb beunruhigte ihn die Gleichschaltung des unbesoldeten Stadtrates wenig, dem ohnehin nach der sächsischen Gemeindeordnung eine schwache Stellung zugewiesen wurde. Ausserdem sprach nichts dagegen, dass die nationalsozialistischen Stadträte nicht ebenso wie bisher die nationalsozialistischen Stadtverordneten seine Kommunalpolitik unterstützen sollten.

<sup>59</sup> Leipziger Tageszeitung, 10.5.1934.

<sup>60</sup> Vgl. Wiest-Raabe, Dr. Cuno Raabe im Widerstand, S. 174ff.

<sup>61</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung wurde auf der Grundlage des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länderregierungen mit dem Reich vom 21. März 1933 (§ 12)<sup>62</sup> Anfang April aufgelöst. Bis Ende April existierte kein kommunales Beschlussorgan mehr. Der Selbstverwaltungskörper war auf das kommunale Beamtentum reduziert. Die wichtigsten Funktionen gingen auf den Oberbürgermeister über.

Die Neubildung der Stadtverordnetenversammlung wurde dann nicht wie in Preussen auf der Grundlage von Neuwahlen vorgenommen, sondern sie vollzog sich auf der Basis der Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 unter Ausschluss der kommunistischen Abgeordneten<sup>63</sup>.

Die NSDAP hatte trotz Terror und verfassungswidriger Behinderung der anderen Parteien in ihrem Wahlkampf in Leipzig wie auch reichsweit bei den Märzahlen nicht die absolute Mehrheit erlangt. Sie blieb aber die stärkste Partei. Von 551'683 Wahlberechtigten der Stadt entschieden sich 188'985 (37%) für die NSDAP, 156'993 (31%) Stimmen entfielen auf die SPD, 92'233 (18,8%) auf die KPD, 31'738 (5,7%) auf die DNVP (Kampffront Schwarz-weiss-rot), 13'004 (2,3%) auf die Deutsche Staatspartei und 12'621 (2,2%) auf die DVP<sup>64</sup>.

Mit dem Ziel, den Einfluss der NSDAP auf die Gemeinden angesichts der Wahlergebnisse weiter zu verstärken, reduzierte das sächsische Gesamtministerium am 6. April die Zahl der Stadtverordneten in Leipzig von 75 auf 53<sup>65</sup>. Dieser arithmetische Trick sicherte eine national-konservative Mehrheit im Stadtparlament. Die NSDAP erhielt 26 Sitze, die SPD bekam 20, die Kampffront «Schwarz-Weiss-Rot» 4, die Deutsche Staatspartei und das Zentrum jeweils 1 und die DVP 1<sup>66</sup>. Die auf diesem Wege zustande gekommene national-konservative Mehrheit wurde mit dem Übertritt des Abgeordneten Adolf Enke (DVP) zur NSDAP Anfang Mai 1933 in eine nationalsozialistische Mehrheit verwandelt<sup>67</sup>.

<sup>62</sup> RGBl. 1,153.

<sup>63</sup> In Leipzig waren die vier ehrenamtlichen Stadträte der KPD und alle 17 Stadtverordneten der KPD-Fraktion am 16.3.1933 auf der Grundlage der Verordnung des Reichskommissars für das Land Sachsen vom 11.3.1933 entlassen worden. StA L, Kap. 72 Nr. 103 Beih. 4, BL3,10.

<sup>64</sup> Statistisches Jahrbuch der Reichsmessestadt Leipzig 1911-1967, Bd. 8, Leipzig 1938, S. 106-107.

<sup>65</sup> StA L, StV-Akt. S 1 XXVI, BL 181f.

<sup>66</sup> Ebenda, Bl. 186-187 und Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, S. 13.

<sup>67</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 112.

Die veränderten politischen Mehrheitsverhältnisse ermöglichten es Goerdeler in der ersten Stadtverordnetenversammlung nach der Auflösung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften am 29. April 1933, die Ratsvorlage über das Ortsgesetz über die Einsetzung eines Hauptausschusses der Stadtverordneten gemäss § 66 der Gemeindeordnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten durchzubringen.

Der Hauptausschuss war ein Gremium, das aus Stadtverordneten bestand und das der Verwaltung gegenüber in nichtöffentlicher Sitzung die Funktionen der Stadtverordnetenversammlung wahrnahm. Ausnahmen bildeten die Beschlussfassung über den Haushaltsplan und die Jahresrechnung, Beschlüsse und Abänderungen von Ortsgesetzen, die Bewilligung von Ausgaben, für die im Haushaltsplan keine Deckung vorgesehen ist, Anleihen, Bürgschaften und Wahlen<sup>68</sup>.

Das Modell des Hauptausschusses war nicht neu. Goerdeler kannte es aus seiner Städtetagsarbeit. Der DST hatte in den ersten zwei Jahren nach dem Ersten Weltkrieg einen Hauptausschuss zur Beratung grundsätzlicher Fragen zusammentreten lassen, weil die Hauptversammlung nicht einberufen werden konnte. 1924 wurden ihm grössere Befugnisse übertragen. Sie umfassten innere Verbandsangelegenheiten, alle Satzungsbeschlüsse und die Wahl des Vorstandes. Damit erhielt der Hauptausschuss praktisch die Mehrzahl der Kompetenzen der Mitgliederversammlung<sup>69</sup>.

Goerdeler hatte bereits im April 1932 in einer Denkschrift an Hindenburg die Konzeption eines Hauptausschusses «zur Hebung des Parlamentarismus und der Verantwortlichkeit»<sup>70</sup> entworfen. Sie entsprach «seiner Abneigung gegenüber grossen, notwendig zu parlamentarischen Formen tendierenden Gremien und seiner Gewohnheit, politische Entscheidungen auf dem Wege der Absprache zu erreichen.»<sup>71</sup> Im Sommer 1932 war eine entsprechende Vorlage über die Einsetzung eines Hauptausschusses an die Leipziger Stadtverordneten ergangen<sup>72</sup>. Sie konnte aber aufgrund der damaligen politischen Mehrheitsverhältnisse nicht in ein beschlussfähiges Stadium geführt werden.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit ging die Empfehlung des engeren Vorstandes des DST vom 17. März 1933 auf Goerdeler zurück. Sie legte den Städten und Gemeinden für die praktische Arbeit in den Stadtverordnetenversammlungen die Bildung eines

<sup>68</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 109 und StA L, StV-Akt, S 1 XXVI, Bl. 288.

<sup>69</sup> Ziebill, Geschichte des Deutschen Städtetages, S. 48-49.

<sup>70</sup> BA NL 113, Nr. 11 (Goerdeler, Mehr Macht dem Reichspräsidenten).

<sup>71</sup> Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 138.

<sup>72</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 109.



Hauptausschusses, dem die Stadtverordnetenversammlung für gewisse Zeit ihre Befugnis übertragen sollten<sup>73</sup>, nahe.

Der Hauptausschuss trug zur weiteren Entparlamentarisierung der Stadtverwaltung und damit zur Stärkung der Exekutive bei. Deshalb ist die Begründung, mit der der Rat der Stadt den Stadtverordneten den Hauptausschuss schmackhaft machen wollte, reine Demagogie. «Das hätte nicht nur den obenerwähnten Vorzug der Beschleunigung und Vereinfachung des Geschäftsganges, sondern den weiteren Vorteil, dass die Stadtverordneten-Versammlung nur einige Male im Jahr zu wichtigen Sitzungen zusammentreten braucht. Dadurch würde zweifellos auch das öffentliche Interesse an den Stadtverordneten-Versammlungen auf eine wesentlich höhere Grundlage gehoben.»<sup>74</sup> Richtiger in seinen Konsequenzen hinsichtlich des Abbaus demokratischer Rechte der kommunalen Vertretungskörperschaft beurteilte die Neue Leipziger Zeitung am 16. Juli 1933 die Einsetzung des Hauptausschusses. «Mit der Neubildung dieses Hauptausschusses sind alle ungesunden Hemmungen einer parlamentarischen Verwaltungsmaschine, die einst die Selbstverwaltung lahmlegte, beseitigt. Man spart nicht nur an Tagegeldern für die Stadtverordneten, die jetzt nur noch selten zusammentreten brauchen. Man hat vor allem jede Möglichkeit langatmiger unfruchtbarer Auseinandersetzungen ausgeschaltet, da die eigentliche laufende Arbeit in den Hauptausschuss verlegt ist.» Ausserdem engte die nationalsozialistische Mehrheit in diesem dreizehnköpfigen Gremium<sup>75</sup> den Einfluss der SPD auf die Gestaltung der Kommunalpolitik empfindlich ein.

Obwohl das Ortsgesetz über den Hauptausschuss noch nicht vom sächsischen Innenministerium aufgrund rechtlicher Bedenken, die Goerdeler erst ausräumen musste, genehmigt wurde, arbeitet er seit Sommer 1933 mit diesem Gremium. Offiziell wurde es erst am 20. Januar 1934 bewilligt<sup>76</sup>.

Am 10. Mai 1933 gelang es Goerdeler mit Hilfe der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion, ein neues Ortsgesetz über die gemischten Ausschüsse zu beschliessen. Er hatte dieses Gesetz in etwas veränderter Form bereits im Mai 1932 vorgelegt. Zum damaligen Zeitpunkt besass es aber ebenfalls aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung keine Aussicht auf Annahme.

Das neue Ortsgesetz wies den gemischten Ausschüssen Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung in Teilbereichen zu, die vom Hauptausschuss nicht abgedeckt

<sup>73</sup> LAB Rep. 142/1 StA Nr. 282.

<sup>74</sup> StAL, Kap.7, Nr. 1, Beih. 8, Bl. 5.

<sup>75</sup> Im Hauptausschuss arbeiteten sieben Nationalsozialisten, ein Deutschnationaler und fünf Sozialdemokraten. Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 110.

<sup>76</sup> StA L, Kap. 7, Nr. 1, Beih. 8, Bl. 28, 37.38.

wurden». Das betraf die Vorberatung der Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Stadtverordneten fielen, sowie Haushalts- und Wirtschaftspläne und die selbständige Festsetzung von Gebühren und Tarifen. Damit wurde die Funktion der Stadtverordnetenversammlung weiter ausgehöhlt. Das führte zur Senkung der Sitzungsfrequenz der Stadtverordnetenversammlung. Fanden 1932 noch 19 Stadtverordnetensitzungen statt, so verringerte sich ihre Zahl 1933 auf 11 zuzüglich 7 Sitzungen des Hauptausschusses. 1934 waren es nur noch 6 Stadtverordnetensitzungen und 16 Hauptausschusssitzungen. Am 20. März 1935 tagte die letzte Stadtverordnetenversammlung, und bis zum 31. März wurden nur drei Hauptausschusssitzungen abgehalten<sup>78</sup>.

Die gemischten Ausschüsse dienten wie der Hauptausschuss durch Kompetenzbalancierung und Ausschaltung des Stadtparlaments dem autoritären Ausbau der städtischen Exekutive. Das sollte dadurch kaschiert werden, dass neben Ratsmitgliedern und Stadtverordneten drei Mitglieder der Bürgerschaft in die jeweiligen Ausschüsse berufen wurden. Ihr Einfluss war verschwindend gering, führte doch Goerdeler als Oberbürgermeister den Vorsitz in den gemischten Ausschüssen und besass damit die oberste Entscheidungsbefugnis.

Am 29. April 1933 gab Goerdeler seiner Zufriedenheit über diese Entwicklungen Ausdruck. «Als wir im Jahre 1931 gemeinsam die Feier zum Gedächtnis des Freiherren von Stein begingen und später das hundertjährige Bestehen der Stadtverordneten-Versammlung feierten, habe ich mir erlaubt, auf das wahre Wesen der Selbstverwaltung hinzuweisen. Es besteht nicht darin, dass die Gemeindeverordneten allwöchentlich sich um jede Kleinigkeit in der Gemeindeverwaltung kümmern, sich gegenseitig bekriegen und dazu noch den Eindruck in den Bürgern erwecken, als ob nur schlechter Wille des anderen erfüllbare Wünsche in die Ferne rücke. Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen, dass der Sinn der Selbstverwaltung in dem Recht der Bürger bestehe, die Verwaltung, von der sie ihre eigenen Angelegenheiten betreut wissen wollen, zu wählen, zu kontrollieren und selbst ehrenamtlich, verantwortlich und schaffend mitzuarbeiten. Heute hat uns das Werk der nationalen Regierung in den Stand gesetzt, all diese Gedankengänge, die eine Entparlamentarisierung der Stadtverordneten und ihre Wiederheranführung an grosse und fruchtbare Aufgaben bedeuten, in die Tat umzusetzen.»<sup>79</sup>

Goerdeler meinte mit grosser Wahrscheinlichkeit sich selbst, als er der Annahme des Ortsgesetzes über die Schaffung eines Hauptausschusses gelassen gegenüberblickend ausführte: «Für andere bedeutet das Erleben der Gegenwart die Erfüllung

<sup>77</sup> Vgl. Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 114ff.

<sup>78</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, S. 14.

<sup>79</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 104.

stillen Sehnsens und jahrelanger selbstverleugnender Arbeit, bedeutet es einen Erfolg von Charakterfestigkeit und Klugheit, für uns alle die Mahnung, mit festem Mut, mit klarer Erkenntnis unserer Lage, unserer Aufgaben und der uns zur Verfügung stehenden Mittel auf die neu geschaffene Grundlage uns zu stellen.»<sup>80</sup>

Aufgrund dieser Erfolge, sah Goerdeler anderen Entwicklungen im Zuge der Gleichschaltung gelassen entgegen. Auf der Gesamtratssitzung am 10. Mai 1933 wurden 14 ehrenamtliche nationalsozialistische Stadträte gewählt<sup>81</sup>, alle inneren und gemischten Ausschüsse mit nationalsozialistischen Stadtverordneten besetzt, der ehrenamtliche nationalsozialistische Stadtrat Teusch als Nachfolger für den ausscheidenden sozialdemokratischen Bürgermeister Schulze als neuer Wohlfahrtsdezernent eingesetzt und im Ergebnis eines Dringlichkeitsantrages Haakes als ehrenamtlicher Bürgermeister benannt<sup>82</sup>.

Die beschlossenen Personalveränderungen schufen, wie Haake ein Jahr später triumphierend schrieb, «die formal-rechtliche Grundlage für die braune Macht im Rathaus»<sup>83</sup>, weil sie den Nationalsozialisten zusätzlich zur Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit im Rat brachte. Dieser Machtzuwachs für die Nationalsozialisten war nur aufgrund der Änderung der sächsischen Gemeindeordnung vom 3. Mai 1933 möglich geworden, die die Wahl der ehrenamtlichen Ratsmitglieder und der Mitglieder der inneren und gemischten Ausschüsse nicht mehr nach dem Verhältnis-, sondern nach dem Mehrheitswahlsystem festlegte. Das bedeutete angesichts der national-konservativen Mehrheit, dass Sozialdemokraten von der Wahl in das Ratskollegium oder in irgendeinen Ausschuss ausgenommen waren.

Goerdeler hatte diese Entwicklungen mit seinem Votum für die Grundsätze der Mehrheitswahl und seinen dahingehenden Empfehlungen an das sächsische Innenministerium ausdrücklich gewünscht. Die dahinterstehenden kommunal- und staatspolitischen Anschauungen waren durch die negativen Erfahrungen, die er in der Weimarer Republik mit dem Verhältnis- und Listenwahlrecht gemacht hatte, erhärtet worden. Ausserdem sah er im Frühjahr 1933 darin keine Gefahr für sich. Die nationalsozialistischen Stadtverordneten hatten ihn bisher unterstützt, wenn es darum ging, seine autoritären kommunalpolitischen Vorstellungen umzusetzen.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 105.

<sup>81</sup> StA L, StV-Akt. S 1 XXVI, Bl. 293f.

<sup>82</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 111-119. Haakes Beförderung war nur möglich, weil die dritte Bürgermeisterstelle in eine ehrenamtliche Stelle umgewandelt wurde und das sächsische Innenministerium mit einer Sonderregelung bewilligte, dass in Abweichung von § 80 der Gemeindeordnung ein nicht berufsmässiges Gemeinderatsmitglied die Amtsbezeichnung «Bürgermeister» führen dürfe. StA L, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 16.

<sup>83</sup> Leipziger Tageszeitung, 10.5.1934.

#### **4. 4. «Dem gesetzlosen Treiben ein Ende machen». Reaktionen auf die Entrechtung und Verfolgung von politischen und rassistischen Minderheiten**

Der unmittelbar mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten einsetzende und die Gleichschaltungsvorgänge untermalende Terror gegen gesellschaftliche Minderheiten, ihre Entrechtung und Verfolgung, die in der Schutzhaftpraxis und in der nationalsozialistischen «Judenpolitik» ihren sichtbarsten Ausdruck fanden, bildeten einen wichtigen Bezugspunkt der Gegnerschaft Goerdelers zum Nationalsozialismus.

Die Forschung hat das bisher vernachlässigt, was zum einen der Tatsache geschuldet ist, dass die Verfolgungs- und Unterdrückungsmassnahmen in der Konsolidierungsphase nationalsozialistischer Herrschaft bei Goerdeler zu keinen Konsequenzen führten. Gegenreaktionen erstreckten sich von Unbehagen über Nachdenklichkeit bis zur Unterstützung von Bedrängten und zum Plädieren für politische Kurskorrekturen. Zum anderen liegen nur spärliche Zeugnisse vor, die Goerdelers Einstellung zu Verfolgung und Terror, zu Entrechtung und Unterdrückung widerspiegeln und sein Verhalten angesichts dieser Massnahmen rekonstruieren lassen.

Goerdeler kam in seiner Eigenschaft als Leipziger Oberbürgermeister unmittelbar und von Beginn an mit der nationalsozialistischen Schutzhaftpraxis in Berührung. In der Nacht vom 1. zum 2. März 1933 erfasste Leipzig die erste grosse Verhaftungswelle, von der vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten – auch Mitarbeiter der Leipziger Stadtverwaltung und Abgeordnete des Stadtparlaments<sup>84</sup> – betroffen waren. Insgesamt verhaftete die Politische Polizei in den Monaten Januar bis März 1933 über 1'000 Personen. Viele von ihnen kamen zunächst in die ersten Konzentrationslager der Stadt, in die Gefangenenanstalt Beethovenstrasse und in das Hintergebäude des Polizeipräsidiums in der Wächterstrasse<sup>85</sup>. Im Laufe des Jahres 1933 wurden diese Schutzhaftstätten in Leipzig aufgelöst und die Häftlinge seit Ende April schrittweise in die KZ Colditz, Hainichen und Sachsenburg überführt bzw. Neuverhaftete dorthin überstellt. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Fritz Bieligg, Ernst Frenzel und Emil Rauch waren im KZ Sachsenburg und ihr Fraktionskollege Richard Böhler im Konzentrationslager Colditz inhaftiert<sup>86</sup>.

<sup>84</sup> Sächsisches Verwaltungsblatt vom Jahre 1933, Nr. 21, S. 151 und Nr. 22, S. 157 und StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 4, Bl. 15, 29,30.

<sup>85</sup> Vgl. Drobisch, Wieland, System der NS-Konzentrationslager, S. 47.

<sup>86</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 4, Bl. 47.

Goerdeler missbilligte die blutige Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten, den Strassenterror der SA und die Schutzhaftpraxis. Jahre später äusserte er sich deutlich ablehnend über diese Praktiken während der Machtergreifung. «Die N.S.D.A.P. machte 1933 trotz der Berufung Hitlers durch Hindenburg Revolution (...) So blieb, wie 1918, alles den unteren Organen überlassen; sie wichen fast überall vor den marschierenden Massen zurück. Diese sangen nationale Lieder und marschierten in Schritt und Tritt. Der oberflächliche Betrachter war begeistert. Der Erfahrene konnte nicht übersehen, dass sich dahinter ganz primitive Geltungsbedürfnisse und wirtschaftliche Triebe verbargen»<sup>87</sup>. An anderer Stelle schrieb er: «Was der Staat verfassungsmässig nicht konnte, musste die Partei verfassungswidrig erzwingen. Aber nicht durch revolutionäre Bewegungen aus dem Volke heraus, sondern indem die SA mit Waffen erschien und Furcht verbreitete.»<sup>88</sup>

Die den Gleichschaltungsprozess begleitenden Übergriffe und terroristischen Akte der SA und SS erzeugten bei Goerdeler Unmut und provozierten Gegenreaktionen. Am 3. März wurden die sozialdemokratische «Leipziger Volkszeitung» verboten und die Betriebsrätewahlen für Sachsen untersagt. Da es keine zentralen Anordnungen für diese Formen des lokalen Terrors gab, setzte die sächsische Regierung in Dresden darauf, dass die örtlichen Instanzen die Angelegenheit selbständig regeln würden<sup>89</sup>. Goerdeler erreichte, dass die Besetzung des «Volkshauses» ausgesetzt und die Inhaftierten freigelassen wurden<sup>90</sup>. Seine Bemühungen galten grundsätzlich der Wiederherstellung von Recht und Ordnung in der Stadt bei Zurücknahme willkürlicher Massnahmen und Eingriffe. Sie waren nicht durch eine besondere Affinität zur Sozialdemokratie bestimmt, obwohl Goerdeler durch die gemeinsame, teilweise konstruktive Arbeit mit Sozialdemokraten in Solingen, Königsberg und Leipzig konservative Vorurteile gegenüber den politischen Organen der Arbeiterbewegung korrigiert hatte.

Die nationalsozialistische «Judenpolitik» kritisierte Goerdeler seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Er setzte sich deshalb vor allem im Wirkungsbereich der Leipziger Stadtverwaltung, aber auch darüberhinaus für betroffenen jüdische Mitbürger ein, soweit das im Rahmen seines Handlungsspielraumes möglich war. Das wird zunächst im Zusammenhang mit der Verdrängung von Juden aus dem Kulturleben Leipzigs wie z.B. des Gewandhauskapellmeisters Bruno Walter<sup>91</sup>, des

<sup>87</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>88</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>89</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 4, BL 51.

<sup>90</sup> Vgl. Sächsisches Verwaltungsblatt (1933)26, S. 187.

Direktors des Städtischen Schauspiels Detlef Sierck und des Intendanten des Neuen Theaters Gustav Brecher deutlich.

«Auch Detlef Sierck, den äusserst fähigen jungen Direktor des Städtischen Schauspiels, will Goerdeler unter allen Umständen halten. Trotz seiner jüdischen Frau»<sup>92</sup>, notierte der Leipziger Schriftsteller Erich Ebermayer am 13. Februar 1933 in sein Tagebuch. Im Falle Siercks erreichte Goerdeler im Mai 1933 durch persönliche Intervention bei Killinger die Rücknahme der ursprünglich vorgesehenen Absetzung<sup>93</sup>. 1935 konnte er aber trotz grösster Bemühungen Goerdelers in Leipzig nicht mehr gehalten werden<sup>94</sup>. Siercks, der bereits 1934 von der Ufa engagiert worden war, arbeitete seitdem ausschliesslich für die Filmgesellschaft<sup>95</sup>. Auch dort herrschte antisemitische Indoktrination, wurden nach und nach jüdische Mitarbeiter hinausgedrängt<sup>96</sup>, so dass Sierck mit seiner Frau Ende 1937 über Italien in die USA emigrierte. Die antisemitischen Angriffe auf Brecher, die es seit dem Beginn seiner Direktortätigkeit an der Leipziger Oper im Jahre 1923 wiederholt gegeben hatte, – u.a. durch die nationalsozialistische Fraktion in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung<sup>97</sup> –, versuchte Goerdeler bewusst durch einen personalpolitischen Kunstgriff zu entschärfen. Er berief mit Hans Schüler, der als Intendant aus Königsberg nach Leipzig gekommen war, bereits im November 1932 einen Nichtjuden mit Wirkung vom 1. Januar 1933 auf drei Jahre zum Gesamtleiter der städtischen Theater, der Oper und des Schauspiels. Brecher behielt nur noch die musikalische Oberleitung der Leipziger Oper<sup>98</sup>. Obwohl Schüler im Einvernehmen mit Goerdeler in die Partei eingetreten

<sup>91</sup> Walter durfte seit 16.3.1933 das Gewandhaus auf Anweisung der Leipziger Polizeidirektion, die im Auftrag des sächsischen Innenministeriums handelte, nicht mehr betreten. Vgl. Bruno Walter, *Thema und Variationen*, Frankfurt a.M. 1973, S. 415, 417.

<sup>92</sup> Aus dem Tagebuch Erich Ebermayers vom 13.2.1933, in: Becker (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung*, S. 66. Vgl. auch StA L, Kap. 6, Nr. 23, Bd. 3, Bl. 279ff. Siercks war mit Hilde Jary verheiratet.

<sup>93</sup> StA L, Kap. 6, Nr. 23. Bd. 3. Bl. 279-283.

<sup>94</sup> Ebenda, Bl. 279ff. und BA NL 166, Nr. 131 (Hans Schüler über seine Beziehung zu Goerdeler).

<sup>95</sup> Siercks gehörte zu den meistbeschäftigten Regisseuren in Deutschland. Er drehte im Jahre 1937 die ersten beiden Filme mit Zarah Leander in Deutschland: «Zu neuen Ufern» und «La Habanera».

<sup>96</sup> Vgl. Klaus Kreimeyer, *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*, München, Wien 1992.

<sup>97</sup> Vgl. Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1932, S. 137-138.

<sup>98</sup> BA NL 166, Nr. 131 (Hans Schüler über seine Beziehungen zu Goerdeler) und StA L StV-Akt. S 7 XXIV, Bl. 2.

war, um Personalansprüchen der NSDAP vorzubeugen<sup>99</sup>, musste Brecher dennoch seine Tätigkeit unter dem Druck des Regimes einstellen. Sein letztes Gewandhauskonzert leitete er am 9. Februar, und am 4. März dirigierte er letztmalig im Neuen Theater<sup>100</sup>.

In dieser Situation bediente sich Goerdeler wieder ganz bewusst eines personalpolitischen Aktes. Er verfügte die Beurlaubung des Generalmusikdirektors und betonte am 20. März in der Begründung, er habe Brecher von sich aus beurlaubt, «da sein Auftreten in der Oper zu Störungen der Vorstellungen und damit zu einer Schädigung des Theaters Veranlassung gegeben hätte»<sup>101</sup>. Damit kam Goerdeler, wie bei der Beurlaubung der sozialdemokratischen Ratsmitglieder Schulze und Freytag «Beurlaubungen und Amtsenthebungen oder ähnliche Massnahmen von dritter Seite»<sup>102</sup>, wie sie bei der Eroberung der lokalen Machtpositionen durch die NSDAP, SA und SS nicht nur bei Juden praktiziert wurden, innerhalb des Kompetenzbereiches der Stadtverwaltung Leipzig bewusst zuvor. Auf diesem Wege konnte er sowohl die Betroffenen vor Gewaltanwendungen schützen als auch seine Machtposition als Oberbürgermeister behaupten.

Das waren einige prominente Beispiele für das willkürliche Vorgehen gegen Juden bzw. Deutsche, die mit Juden verheiratet waren. Goerdeler vermochte sie nur abzufedern. Selten gelang es ihm, sie rückgängig zu machen wie im Fall des Leipziger Juristen und Honorarprofessors an der Universität, Ludwig Ebermayer.

Als der Rektor der Thomasschule, Karl Tittel, im Sommer 1933 die Teilnahme der Thomaner an den Trauerfeierlichkeiten aus Anlass der Beerdigung von Ebermayer aus politischen Gründen verweigerte, wies Goerdeler sie schliesslich mit dem Argument an, «es sei eine Selbstverständlichkeit, dass die Thomaner bei der Trauerfeier eines Mannes sängen, nach dem die Stadt Leipzig eine Strasse benannt habe»<sup>103</sup>.

Goerdeler distanzierte sich auch von antijüdischer Ausgrenzung und Diskriminierung, wenn sie sich gegen jüdischen Bürger richtete, die nicht dem Kompetenzbereich der Stadtverwaltung unterstanden. Alfons David, Präsident des Ehrengerichtshofes in Leipzig, der als Jude nach 1933 scharfen Angriffen ausgesetzt war, berichtete in seinen Erinnerungen, dass Goerdeler ihn öffentlich und in Gegenwart des NSDAP-Bürgermeisters Haake gegrüsst habe<sup>104</sup>.

<sup>99</sup> BA NL 166, Nr. 131 (Schüler über seine Beziehungen zu Goerdeler).

<sup>100</sup> Vgl. Das Leipziger Stadt- und Gewandhausorchester. Dokumente einer 250jährigen Geschichte, Leipzig 1993, S. 198.

<sup>101</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1., Bl. 81.

<sup>102</sup> Ebenda.

<sup>103</sup> Aus dem Tagebuch von Erich Ebermayer vom 1.7.1933, in: Becker (Hrsg.), Hitlers Machtergreifung, S. 363.

<sup>104</sup> Alfons David, The German Supreme Court und I., o. D. (Kopie im Besitz d. Verf.).

Die unmittelbare Unterstützung, die den Bedrohten durch Goerdeler zuteilwurde, zählt. Dennoch bleibt es fraglich, ob die betroffenen Personen in der Wahrnehmung Goerdelers als Juden galten, waren sie doch assimiliert und in der deutschen Gesellschaft etabliert. Genau dieser Personenkreis sollte später in seinen Plänen für eine deutsche «Judengesetzgebung» ausgenommen werden<sup>105</sup>.

Von Willkürmassnahmen waren auch Juden betroffen, die im Zusammenhang mit den Gewaltmassnahmen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet wurden. Ein Zeitzeuge berichtete nach dem Ende des Krieges: «Gleich zu Anfang 1933 wurde ich von der SA verhaftet und in die Volkszeitung geschleppt, welche von der SA Hamburg besetzt war. Kommunisten und Juden wurden geschlagen. Erst am 3. Tag kam der Oberbürgermeister Dr. Goerdeler mit 4 Polizisten und holte uns heraus. Ich wurde auf die Polizeiwache gebracht und musste ein Protokoll unterschreiben (...) Der Polizeiwachtmeister empfahl mir, Leipzig für einige Zeit zu verlassen. Ich war 4 Wochen in Halle versteckt. Aber Dr. Goerdeler hat mir das Leben gerettet.»<sup>106</sup>

Goerdelers Bemühungen galten in erster Linie der Wiederherstellung von Recht und Ordnung in der Stadt, durch die Zurücknahme willkürlicher Massnahmen und Eingriffe. Inwieweit sie auch philosemitisch motiviert waren, entzieht sich den Quellen. Der «Judenboykott» vom 1. April 1933 erhob die jüdenfeindlichen Praktiken vorübergehend zur offiziellen Politik. Goerdelers Umgebung zeigte sich im Allgemeinen politisch unsensibel für das Schicksal der Menschen, die schutzlos der Willkür ausgeliefert waren. Ebermayer war der Auffassung, dass das Leipziger Grossbürgertum im Frühjahr 1933 für «Erhebung, Aufbruch der Nation, Wirtschaftskonjunktur, Kampf gegen die Kommunisten, in Grenzen auch gegen die Ostjuden (...) durchaus zu haben»<sup>107</sup> war. Der Antisemitismus des Leipziger Grossbürgertums besass eine Wurzel, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichte und durch den verstärkten Zuzug von «Ostjuden» seit dem Ende des Jahrhunderts Nahrung erhielt<sup>108</sup>.

<sup>105</sup> Schramm (Hrsg.), *Gemeinschaftsdokumente*, S. 105.

<sup>106</sup> Zit. in: Meyer-Krahmer, *Carl Goerdeler*, S. 73.

<sup>107</sup> Aus dem Tagebuch von Erich Ebermayer vom 1.7.1933, in: Becker (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung*, S. 66.

<sup>108</sup> Im Rahmen einer Studie über die Geschichte des Leipziger Mendelssohn-Denkmal vor dem alten Gewandhaus konnte der grossbürgerliche Antisemitismus in Leipzig nur exemplarisch sichtbar gemacht werden. Vgl. Ines Reich, *In Stein und Bronze – Zur Geschichte des Leipziger Mendelssohn-Denkmal 1868-1936*, in: Felix Mendelssohn – Mitwelt und Nachwelt. Bericht zum 1. Leipziger Mendelssohn-Kolloquium am 8./9.6.1993, hrsg. vom Gewandhaus zu Leipzig, Wiesbaden, Leipzig u.a.» 1996, S. 31-53. Eine umfassende Untersuchung des Antisemitismus als Phänomen der Leipziger Gesellschaft steht noch aus.



Goerdeler zog am Tag des «Judenboykotts» nach eigenen Aussagen gemeinsam mit Löser auf den Brühl, dem Zentrum des jüdischen Pelzhandels. Er ging in jüdische Geschäfte, um Repressalien, Randalen und Plünderungen zu verhindern bzw. ihnen ein Ende zu bereiten<sup>109</sup>. Ein Zeitzeuge berichtet davon, dass Goerdeler erst am 2. April, nachdem die Ausschreitungen vorbei waren, auf dem Brühl einige jüdische Pelzgeschäfte und – händler besuchte, «um damit seine Abscheu auszudrücken.»<sup>110</sup> Die «Frankfurter Zeitung» meldete am 1. April, dass unter Führung Goerdelers eine Delegation aus Vertretern der Rauchwarenwirtschaft und der Leipziger Handelskammer bei den zuständigen Ministerien in Dresden und Leipzig vorstellig geworden sei, um sich für einen ungestörten Verlauf des deutschen Rauchwarenhandels und der -industrie auszusprechen<sup>111</sup>.

Die Quellen bezeugen trotz ihrer Widersprüchlichkeit, dass Goerdeler sich persönlich zum Schutz von bedrohten Juden eingesetzt hat. Er tat das nicht nur im Zusammenhang mit dem «Judenboykott», sondern wiederholt. «Man wird euch bezeugen», richtete er sich in einer seiner Gefängnisschriften an die Juden, «dass ich in Deutschland zu eurem Schutz getan habe, was möglich war. Die Empörung meines Herzens über die Unmenschlichkeit, mit der Hitler euch verfolgte und vertilgte, hat mich ebenso zu meinem Tun getrieben, wie der Schmerz über den Missbrauch meines Volkes.»<sup>112</sup>

Ausgangspunkt seiner Bemühungen war weniger Sympathie mit dem Juden als Kritik an der unhaltbaren Situation, der sich die Juden ausgesetzt sahen. Goerdeler lehnte die antijüdischen Radaumassnahmen von Partei und Staat ab, weil körperliche Gewaltanwendung, Krawalle und Zerstörung von Privateigentum für ihn keine Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele darstellten. Sie widersprachen seinem Humanismus und bewegten sich ausserhalb rechtlicher Bahnen. Er sprach in diesem Zusammenhang kritisch vom «gesetzlosen Treiben»<sup>113</sup>. Noch am 31. März 1933 hatte er sich mit Dönicke und Gerlach auf der Grundlage verschiedener Erlasse des Reichskommissars für das Land Sachsen dahingehend geeinigt, dass Eingriffe in fremde Verwaltungszweige durch Gliederungen und Verbände der Partei, insbeson-

<sup>109</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift) und Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>110</sup> Zit. in: Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 73.

<sup>111</sup> Vgl. Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, hrsg. vom Comité des Delegations Juives, Paris 1934, Neuauflage Frankfurt 1983, S. 317-318.

<sup>112</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>113</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift) und Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

dere der SA und SS, unterbleiben sollten<sup>114</sup>. Die Verletzung dieser Vereinbarung wog schwer für Goerdeler. Ausserdem sah er angesichts der durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen katastrophalen Wirtschaftslage der Stadt<sup>115</sup> den einzigen noch florierenden Wirtschaftszweig, Rauchwarenhandel und -industrie, durch die Ausschreitungen massiv bedroht. Er garantierte Arbeitsplätze, was angesichts der Massenarbeitslosigkeit von grosser Bedeutung war, und sicherte der Stadt dringend benötigte Steuereinnahmen. Auch lagen angesichts der internationalen Wirtschaftsverflechtung der Leipziger Industrie und der Messe die aussenpolitischen und ausenwirtschaftlichen Folgen auf der Hand.

Hier hat sicher die Sorge um den aussenpolitischen Schaden der nationalsozialistischen «Judenpolitik», ein «Vorbote» eines späteren Leitmotivs des Widerstandes, seine Wurzeln. Es ist so bei Goerdeler bereits früh zu finden. Dipper stellte das gleiche für den Widerstand der deutschen bürokratischen und militärischen Elite erst im Zusammenhang mit der «Reichskristallnacht» fest, als sich in die Empörung über die brutalen Ausschreitungen aussenpolitische Erwägungen mischten<sup>116</sup>.

Das Argument des aussenpolitischen Schadens brachte Goerdeler auch im Zusammenhang mit der Umbenennung jüdischer Strassennamen in Anschlag, bei denen er nach Aussage Haakes immer «ausserordentliche Schwierigkeiten»<sup>117</sup> gemacht habe. «Seit der Machtübernahme im Jahre 1933 ist, sowohl von den im Rathaus amtlich tätigen Parteimitgliedern, als auch von massgebenden Stellen der Partei überhaupt, immer wieder die selbstverständliche Forderung nach Umbenennung jüdischer Strassennamen und Beseitigung sonstiger, die Juden ehrenden Erinnerungen gestellt worden. (...) Nach und nach ist die Umbenennung der einzelnen Strassen, immer gegen die schwersten Bedenken von Ihrer Seite, durchgeführt worden. Vor allen Dingen hatten Sie Bedenken gegen die Umbenennung'der Philipp-Rosenthal-Strasse, da dadurch der Stadt und der Messe vom Ausland her die grössten Schwierigkeiten gemacht werden könnten.»<sup>118</sup>

<sup>114</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 123.

<sup>115</sup> Vgl. Julia Paulus, Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930-1935, in: Räume voll Leipzig, S. 125ff. und dies., Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der kommunalen Wohlfahrtspolitik zwischen 1930 und 1945 am Beispiel von Leipzig, Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 1996.

<sup>116</sup> Vgl. Dipper, Der deutsche Widerstand und die Juden, S. 357.

<sup>117</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 267.

<sup>118</sup> Ebenda, Bl. 260. Wolf unterstrich die Auffassung Haakes am 7.12.1936 in einem Brief an den Beauftragten der NSDAP für Kommunalpolitik Kunz. «Nicht unerwähnt will ich lassen, dass er uns jedesmal Schwierigkeiten machte, wenn es sich um Abänderung von Juden-Strassennamen handelte. Hierbei scheint es, als ob er besonders durch seine Frau beeinflusst worden ist, deren judenfreundliche Einstellung Stadtgespräch war. Sie schämte sich nicht, mit dem Dienst-

Diese politischen Handlungsmotive überdecken mögliche moralische Motive, die nicht angezweifelt werden sollen, deren Gewicht jedoch nicht auszumachen war. Die Reaktionen Goerdelers auf die Boykottmassnahmen decken sich im Gegenteil mit ähnlichen Reaktionen konservativer Personen und Organisationen auf willkürliche Gewaltmassnahmen gegen Juden, die nicht als projüdisch galten. Die DNVP wies solche Vorgehensweisen letztmalig im März 1933 öffentlich zurück<sup>119</sup>. Deshalb liegt der Schluss nahe, dass Goerdeler nicht aus einer generell vorbehaltlosen Haltung zur jüdischen Bevölkerung und damit aus prinzipieller Ablehnung der nationalsozialistischen «Judenpolitik» heraus handelte. Diese Interpretation wird durch die eingeschränkte Kritik, die Goerdeler im August 1934 äusserte, gestützt. Goerdeler opponierte aus humanistischer Grundhaltung, aus Gründen der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Kompetenzgewalt der kommunalen Selbstverwaltung sowie der Abfederung der negativen wirtschaftlichen Konsequenzen gegen die Boykottmassnahmen. Die Aufrechterhaltung und Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien wie der Schutz der Person und des Eigentums hob er 1934 in seiner Denkschrift an Hitler besonders hervor. «Sicherung gewisser Grundrechte, wie des Eigentums, der Wohnung und der persönlichen Freiheit gegen jede nicht richterlich gedeckte Beeinträchtigung ist für die deutsche Art ein unerlässliches Erfordernis, um höchste Hingabe an Staat und Volk zu erzielen.»<sup>120</sup> Ein Jahr später weitete er diesen Anspruch auch in seiner Geltung für Juden bei gleichzeitiger Verurteilung fortlebender antisemitischer Willkürmassnahmen aus<sup>121</sup>.

Die grundsätzliche Zustimmungsbereitschaft Goerdelers zum Nationalsozialismus an der Macht schien durch den «Judenboykott» nicht ins Wanken geraten zu sein, denn er bemühte sich nach wie vor um die Zusammenarbeit mit Regierungsstellen. Am selben Tag führte er als Vorsitzender des RAV auf der Vorstandssitzung in Berlin aus: «Es sei überflüssig, zu betonen, dass auch der RAV bereit und entschlossen sei, die Aufbauarbeit der neuen Regierung zu unterstützen. Die Grundlagen für die Arbeit des RAV seien durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgezeichnet. Der engere Ausschuss habe eine besondere für die Öffentlichkeit bestimmte Kundgebung aus diesem Anlass nicht für notwendig gehalten, da die Unterstützung der Regie-

auto sich vor die Geschäfte der Juden fahren zu lassen, um dort ihre Einkäufe zu tätigen. Das führte wiederholt zu Verärgerungen in der Leipziger Bevölkerung, so dass der Kreisleiter Pg. Dönicke Herrn Dr. Goerdeler auf diese Unmöglichkeit schriftlich hinweisen musste.» Ebenda, Bl. 270.

<sup>119</sup> Vgl. Dipper, *Der deutsche Widerstand*, S. 374.

<sup>120</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

<sup>121</sup> BAR 43 II/318a, Bl. 13.

rung eine Selbstverständlichkeit sei für einen Verband, der aus öffentlichen Körperschaften bestehe und im Übrigen sich mit politischen Fragen nicht beschäftige.

Der engere Ausschuss schlage deshalb vor, den Geschäftsführer zu beauftragen, bei persönlichem Besuch den Reichsarbeitsminister über die Wesenheit unseres Verbandes als Zusammenfassung der öffentlichen Arbeitgeber zu unterrichten und dabei dem Wunsche Ausdruck zu geben, in engster Fühlungnahme mit dem Reichsarbeitsministerium und den anderen in Betracht kommenden Reichs- und Landesdienststellen mitzuarbeiten»<sup>122</sup>.

Der Übergang von willkürlichen antijüdischen Massnahmen und Ämterpatronage der Nationalsozialisten in den Monaten Februar und März zu einer umfassenden gesetzlichen Regelung wurde mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (BBG) vollzogen. Der Paragraph 3 dieses Gesetzes bestimmte, «Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, (...) in den Ruhestand zu versetzen.» Davon ausgenommen wurden auf Forderung Hindenburgs solche Beamten, «die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind». Mit den Durchführungsverordnungen vom 4. und 6. Mai 1933 wurde die Wirksamkeit des Gesetzes auf Angestellte, Arbeiter, Richter, Lehrer und Hochschullehrer erweitert.

Von der Durchführung des BBG waren im Bereich der Leipziger Stadtverwaltung von insgesamt 1 686 entlassenen Mitarbeiter 29 Juden betroffen, davon 8 Beamte, 18 Angestellte und 3 Arbeiter<sup>123</sup>. Diese vergleichsweise geringe Zahl resultierte aus dem kleinen Anteil jüdischer Beamter in den deutschen Verwaltungen<sup>124</sup>. Von ihnen hatten sich wiederum viele im ersten Weltkrieg verdient gemacht, so dass auf sie die dementsprechenden Ausnahmeregelungen angewendet werden konnten.

Entschiedene Widerstände gegen das Gesetz waren bei Goerdeler nicht zu beobachten, was keine Besonderheit darstellte. Nichtnationalsozialistische Verwaltungschefs bzw. Personalreferenten verhielten sich reichsweit ähnlich. Der Druck seitens des Reichsinnenministeriums bot von vornherein keinerlei Möglichkeit, jüdische Beamte, sofern sie keine Frontkämpfereigenschaften nachweisen konnten, im Dienst zu belassen<sup>125</sup>.

Die weitgehende Akzeptanz des BBG durch Goerdeler beruhte offensichtlich auf der Vorstellung, dass nach einer kurzfristigen Ausschaltung des Rechtsstaates zu Beginn

<sup>122</sup> BA Berlin, R 8084 Nr. 26, Bl. 42-43.

<sup>123</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 4, Bl. 84.

<sup>124</sup> Vgl. Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 15), S. 53.

<sup>125</sup> Vgl. ebenda, S. 49, 60.

des Jahres 1933 dieser nun wieder funktioniere. Schliesslich legalisierte das BBG die von Goerdeler im März 1933 vorgenommenen Beurlaubungen, die er verfügt hatte, um Willkürmassnahmen zuvorkommen. Ausserdem schwächten Goerdelers traditionelle antisemitische Ressentiments seine Kritikfähigkeit und Abwehrbereitschaft, denn das BBG, das als ein Stück nationalsozialistisch-deutschnationaler Koalitionspolitik gilt, entsprach mit seiner antisemitischen Stossrichtung und der Berücksichtigung der von Hindenburg geforderten Ausnahmeregelung nationalsozialistischen wie alten Forderungen der Rechtsparteien<sup>126</sup>. Die DNVP forderte die Abriegelung Deutschlands gegen eine weitere jüdische Zuwanderung aus Osteuropa, die Verdrängung der Juden aus der Politik und aus einigen anderen öffentlichen Bereichen sowie die Förderung der jüdischen Auswanderung<sup>127</sup>.

#### **4. 5. «So beschloss ich durchzuhalten». Weiter als Oberbürgermeister im Amt**

Während der Machtergreifung und beginnenden Gleichschaltung bot sich ein Bild, das sowohl Goerdelers Nähe als auch seine partielle Distanz zu den Ereignissen zeigt. Die Übereinstimmung mit wesentlichen politischen Veränderungen, die eingeleitet wurden, war jedoch zu gross, als dass ihn die Methoden der nationalsozialistischen Herrschaftsausübung in eine deutliche Distanzposition gebracht hätten. Er konnte sich deshalb auch nicht entschliessen, sein Amt als Oberbürgermeister von selbst niederzulegen. «Manchmal habe ich mich damals gefragt», schrieb Goerdeler im Jahre 1937, «ob nicht ein grundsätzliches Nein geboten sei. Ich kam aber aus den verschiedensten Gründen zur Ablehnung.»<sup>128</sup>

Zunächst verwies Goerdeler auf die Umbruchsituation des Jahres 1933, die ihn abwarten liess. «Einmal war das deutsche Volk damals betrunken; wenige sahen klar. Ein Nein damals hätte keinerlei nachhaltige Wirkung gehabt, es wäre im Strom verschlungen.»<sup>129</sup> Dann argumentierte er mit Bezug auf den «Judenboykott», dass ein Rücktritt in dieser Situation nicht gerechtfertigt gewesen wäre, weil es 1918/19 vergleichsweise «viel rohere Vorfälle» gegeben hätte, «dass man damals Vaterlandsverteidiger zu Tode schlug»<sup>130</sup>.

<sup>126</sup> Vgl. ebenda, S. 48f.

<sup>127</sup> Vgl. Hermann Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 113.

<sup>128</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>129</sup> Ebenda.

<sup>130</sup> Ebenda.

Vor diesem Hintergrund erscheint es problematisch, Goerdelers Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten aus der Überzeugung zu deuten, «Schlimmeres» verhüten zu müssen<sup>131</sup>. In diesem Sinne interpretierte auch Meyer-Krahmer das «Auf-dem-Posten-bleiben» als mögliche Chance, den Staat gegen die Partei und das weitere Vordringen des Nationalsozialismus zu verteidigen<sup>132</sup>. Dieses Motiv kann Goerdeler grundsätzlich nicht abgesprochen werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Sicht nicht andere wesentliche Gründe unterschätzt.

Goerdeler bringt selbst die in der Familie wurzelnde und durch den Verwaltungsdienst weiter gewachsene Loyalität gegenüber dem Staat sowie Beamtendienstpflicht in Anschlag. «Und letztlich stand die Mahnung meines unvergesslichen Vaters und das Beispiel meiner geliebten Mutter vor meinem Geiste», begründete er seine Entscheidung. «Sie hatten 1919, beide über 70, unverdrossen ihre Pflicht weiter erfüllt und waren schliesslich Sieger geblieben. Alle politischen Erwägungen wurden so durch die Stimme des Blutes zurückgedrängt. (...) So beschloss ich durchzuhalten, solange mir keine Erschütterung meiner auf Leistungs- und Gerechtigkeitsstreben gegründeten Autorität zugemutet wurde.»<sup>133</sup>

Aber auch Patriotismus und charakterliche Eigenschaften wie Taten- und Schaffensdrang veranlassten ihn, sich nicht grundsätzlich dem neuen System zu verweigern. Als Familienvater von fünf Kindern besass er zudem noch eine besondere Verantwortung, an die er stets dachte<sup>134</sup>.

Alle diese Gründe wurden jedoch massgeblich durch die Erfahrungen erhärtet, die Goerdeler in den ersten Monaten des Jahres 1933 mit dem Nationalsozialismus machte. Der Ablauf der Machtergreifung in Leipzig bei weitgehend reibungsloser Zusammenarbeit mit Partei- und Regierungsstellen hatte seine Autorität bislang nicht wirklich angetastet. Er musste im Gegenteil annehmen, durch eine Kombination von Fordern, Verweigern und Arrangieren mit der NSDAP einen eigenen Handlungsspielraum produktiv machen zu können. Ausserdem war es ihm gelungen, Teile seines autoritären Konzepts für die Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung zu realisieren. Das bot für ihn eine ausreichende Basis für eine Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern. Goerdeler schrieb 1944, er habe «in den ersten Jahren nach 1933 mit der NSDAP vollkommen vertrauensvoll zusammengearbeitet.»<sup>135</sup>

<sup>131</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 68ff.

<sup>132</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 73.

<sup>133</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>134</sup> BAR43II/569, Bl. 148.

<sup>135</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang). 1.

Bramke zweifelt diese Aussage an. Aufgrund des ausgeprägten Rechtsempfindens Goerdelers sei eine tatsächlich vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei zweifelhaft und nur als teilweise verwirklicht anzusehen<sup>136</sup>. In der Tat belasteten die Willkürmassnahmen durch die NSDAP, SA und SS Goerdelers Verhältnis zur Partei, ihren Verbänden und Gliederungen. Aber sichtbare Auswirkungen auf sein Kooperationsverhalten zeigten sie erst in der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Immerhin schrieb Goerdeler noch im Mai 1935 an den Führer der 48. SS-Standarte, Max Friedrich, als dieser Leipzig verliess und nach Berlin in die Prinz-Albrecht-Strasse versetzt wurde: «Ich hätte Ihnen gern persönlich alles Gutes für Ihre neue Dienststellung gewünscht und Ihnen für das grosse Verständnis, das Sie der Stadt Leipzig und ihren Aufgaben entgegengebracht haben, sowie für die kameradschaftliche Zusammenarbeit herzlich gedankt (...) Wir werden uns Ihrer stets gerne erinnern.»<sup>137</sup>

Die Übereinstimmung mit den politischen Veränderungen ging bei Goerdeler aber nicht so weit, dass er in die NSDAP eintrat. Dabei war er in der Frage der Parteimitgliedschaft auch niemals dem gleichen Druck ausgesetzt gewesen wie sein Bruder Fritz. Fritz gab am 16. Mai 1933 seine Stellung als Bürgermeister von Marienwerder auf, weil er in die NSDAP hätte eintreten müssen, um seine Position zu halten. Er wechselte in die Stadtverwaltung Königsberg, wo er – zunächst kommissarisch, dann hauptamtlich – das Amt des Stadtkämmerers bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1944 ausübte<sup>138</sup>.

Carl Goerdelers Mitarbeiter Wilhelm zur Nieden hatte zwar nach dessen Angaben noch vor Ablauf der Sperrfrist bei ihm und den rechtsstehenden Kollegen des Rates den gemeinsamen Eintritt in die NSDAP angeregt. Doch Goerdeler hielt das damals nicht für angebracht<sup>139</sup>. Hitler hatte sich dann im Herbst 1933 nach Vortrag von Lammers einverstanden erklärt, dass Goerdeler trotz Aufnahmesperre «ausnahmsweise alsbald in unsere Partei aufgenommen wird.»<sup>140</sup> Goerdeler hatte anschliessend Mühe, seine Ablehnung Rudolf Hess einigermaßen plausibel zu machen. «Das hatte mir der übereifrige Löser eingebrockt,» kommentierte er seine damalige Lage, «der dies zu meinem Schutz für notwendig erklärt hatte.»<sup>141</sup> Goerdeler ist jedoch nie – trotz mehrfacher Aufforderungen – in die Partei eingetreten<sup>142</sup>. Das machte ihn in

<sup>136</sup> Vgl. Bramke, Carl Goerdelers Weg, S. 24.

<sup>137</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 70, Beih. 6, Bl. 10.

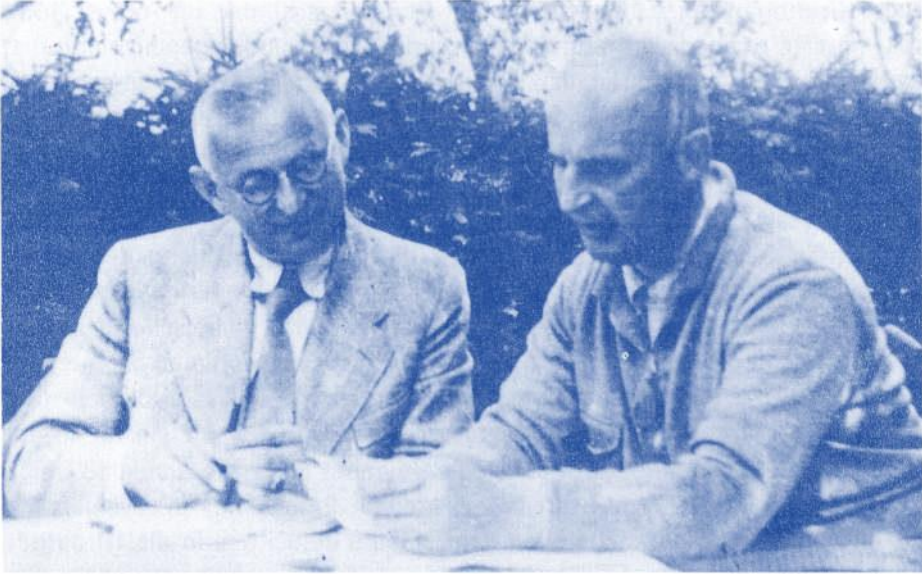
<sup>138</sup> Vgl. Gründer, Neumann (Hrsg.), Marienwerder, S. 68; Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 83.

<sup>139</sup> StA L, Kap. 10 N, Nr. 189, Bd. 2, Bl. 175.

<sup>140</sup> BA, R 43, F 4015, Bl. 122.

<sup>141</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>142</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 387.



*Carl und Fritz Goerdeler*

der Folgezeit im Gegensatz zu Löser, der als Hospitant der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion Opfer verstärkter Fraktionsdisziplin werden sollte, insofern unangreifbarer, als er der Unterordnung unter den Hoheitsträger nicht völlig ausgesetzt war.

Die Mitgliedschaft in den der Partei angeschlossenen Verbänden war allerdings auch für Goerdeler nicht zu umgehen. Die nationalsozialistischen Organisationen und Berufsorganisationen besaßen dabei unterschiedliche Gewichtung. Immerhin war die Mitgliedschaft ein politisches Feigenblatt, das demonstrierte, dass er sich nicht aktiv gegen den Nationalsozialismus stellte. Als die DAF Goerdeler unter Berufung auf das Beispiel des Berliner Oberbürgermeisters Heinrich Sahn zum Eintritt aufforderte, wandte er sich am 5. Januar 1934 an den RAV und äusserte Bedenken dagegen. Fiehler schaltete in dieser Frage Robert Ley ein, der die Einzelmitgliedschaft Goerdelers für durchaus erwünscht hielt<sup>143</sup>.

Der nicht erfolgte Beitritt Carl Goerdelers in die NSDAP zeugt von der gleichen Grundhaltung, die auch seinen Bruder Fritz auszeichnete: sich nicht von vordergründigen Opportunitätsgründen leiten lassen, wie viele ihrer Berufskollegen, die als sogenannte «Märzgefallene» oder «Maikäfer» versuchten, ihre berufliche Position zu retten.

<sup>143</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 254.



Diese Grundhaltung galt auch für Carl Goerdelers Kinder. Im August 1934 polemisierte er gegen die Vereinnahmung der Kinder und Jugendlichen durch die Partei. Er plädierte dafür, dass sich der Staat und nicht die Partei die Erziehung der Jugend allein vorbehält. «Die politische Erziehung darf», so Goerdeler, «erst im reifen Alter einsetzen (16 Jahre). Bis dahin ist die Jugend von ihren natürlichen Erziehern, insbesondere auch von den Eltern zu führen. Es hat gar keinen Zweck, bevölkerungspolitische Massnahmen zu ergreifen, wenn auf der anderen Seite dem sittlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang, der Familie und den natürlichen Instinkten, die zwischen Eltern und Kindern wirken, in der Erziehung der Jugend nicht Rechnung getragen wird.»<sup>144</sup> Dieser Auffassung entsprach, dass die Goerdeler-Tochter Marianne 1938, obwohl den Beamten im November 1935 durch Reichserlass die Mitgliedschaft ihrer Kinder in den Jugendorganisationen der NSDAP vorgeschrieben wurde<sup>145</sup>, die einzige in der Klasse war, die nicht zum BDM gehörte<sup>146</sup>. In dieses Bild passt auch, dass Goerdeler am 20. Juni 1936 beim Reichsminister für Propaganda intervenierte<sup>147</sup>, als der Chor der Thomasschule, die seine Söhne besuchten, in die HJ aufgenommen werden sollte. Er konnte aber die Aufnahme nicht verhindern. Sie wurde am ersten Tag der Reichsmusiktage im November 1937 vollzogen<sup>148</sup>.

Dass es – wie sich gezeigt hat – zu einer Kooperation und im Zuge der Gleichschaltung zu einer weitgehenden Verschränkung zwischen Goerdeler als Vertreter der alten Führungsschicht und der neuen, nationalsozialistischen Elite kommen konnte, lag an einer weitgehenden Interessenidentität zwischen beiden Partnern. Das Verhalten, das Goerdeler während der Machtergreifung und Gleichschaltung zeigte, deutet bereits die politischen Konsens- und Dissensbereiche an, die zu Beginn der NS-Herrschaft bestanden. Sie sollen im nächsten Kapitel näher beleuchtet werden, weil sie nicht nur auf die einfache Formel von der Kritik an der Weimarer Verfassung, am Parlamentarismus und am Parteienstaat sowie vom aussenpolitischen Revisionismus gebracht werden können. Das mündet in die generelle Frage: Was faszinierte Goerdeler an der nationalsozialistischen Bewegung, gab es bei ihm im Vergleich zu anderen traditionellen Führungseliten besondere Affinität zum Nationalsozialismus? Wo bestanden aber auch Berührungspunkte, die zu Ablehnung und perspektivisch zu Widerstand führen konnten?

<sup>144</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

<sup>145</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 253.

<sup>146</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 84.

<sup>147</sup> StA L, Schulamt 2/101/4/3/15f, Bl. 40-41.

<sup>148</sup> Neue Leipziger Zeitung, 18.11.1937.

## 5. Konsens- und Dissensbereiche zu Beginn der NS-Herrschaft

### 5.1. Kommunalpolitische Parallelen

Zwischen Goerdelers kommunalpolitischem Konzept und dem nationalsozialistischen «Programm» in diesem Politikbereich gab es viele Parallelen. Schwerpunkte dabei bildeten die Forderung nach dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, die Revision der Weimarer Verhältnisse in den Kommunalverfassungen und die Durchsetzung des Führerprinzips in den Gemeinden. Sie wurden durch eine Gemengelage von Gemeinsamkeiten in konkreten kommunalpolitischen Fragen ergänzt.

Goerdeler gehörte zu den ganz wenigen Kommunalpolitikern und Staatsrechtlern, die sich 1933 mit dem Problem der Vereinheitlichung der Kommunalverfassung beschäftigten<sup>1</sup>. Der politische Umbruch hatte in seinen Augen nicht nur die Voraussetzungen für eine kommunalverfassungsrechtliche Neuordnung geschaffen, sondern auch deren tatsächliche Notwendigkeit verstärkt. Dies ergab sich aus den reichsweit schweren Eingriffen in das organisatorische und strukturelle Leben der Gemeinden im Verlaufe der Machtergreifung, zu denen es in Leipzig in dieser Form nicht gekommen war.

Die Vorstellungen, die Goerdeler von den seiner Meinung nach notwendigen kommunalverfassungsmässigen Veränderungen entwickelte<sup>2</sup>, unterschieden sich nur geringfügig von seinen früheren Überlegungen. Sie kennzeichnete eine polemische Abgrenzung zur politischen Wirklichkeit der Weimarer Zeit. Die «Zerstörung klarer Verantwortlichkeiten durch anonyme Mehrheitsbeschlüsse»<sup>3</sup> und bestimmte Einflüsse wirtschaftlicher und sozialer Interessen betrachtete er als die eigentliche Ursache für die Missstände in den Gemeinden. Deshalb ging er von der Grundthese aus, «dass die kommunale Selbstverwaltung nur möglich ist in einem Staatswesen, das nicht seine Gewalt auf der Grundlage hemmungsloser Demokratie ausübt.»<sup>4</sup> Selbstverwaltung stand in einem dichotomischen Verhältnis zum von ihm plebiszitär aufgefassten demokratischen Gedanken<sup>5</sup>. «Selbstverwaltung und Demokratie sind also selbständige Organisations- und Wirkungsformen. Im Weimarer Staat wirkten

<sup>1</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 134f.

<sup>2</sup> Carl Goerdeler, Osterwünsche für die Kommunalpolitik, in: Kulturbeiträge 23(1933)81, S. 1-5; ders., Entwicklungstendenzen im deutschen Kommunalrecht, in: Reichsverwaltungsblatt und Preussisches Verwaltungsblatt, Bd. 54, 1933, Nr. 22, S. 421-425 und ders., Das Gutachten des Reichssparkommissars über die Verwaltung der Stadt Mannheim, in: Reich und Länder 7(1933), S. 113-126.

<sup>3</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Schreiben Goerdelers an Frick vom 12.10.1933).

<sup>4</sup> Goerdeler, Osterwünsche, S. 1.

<sup>5</sup> Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 143.

das Selbstbewusstsein, das Verantwortungsgefühl, der Heimatsinn und die Tradition sich dahin aus, dass die Selbstverwaltung zum Hindernis für die staatliche Demokratie wurde. (...) Demokratien sind bestrebt, die Selbstverwaltung zurückzudrängen, weil die Parteizentralen im Ringen gegeneinander in praktischer Arbeit ausgleichenden Einfluss der Selbstverwaltung nicht vertragen können.»<sup>6</sup>

Dennoch wollte Goerdeler konstitutive demokratische Elemente der Selbstverwaltung, wie allgemeine Wahlen zur Vertretungskörperschaft, Wahl des Gemeindevorstandes und Beschlussrecht der Gemeindevertretung, nicht beseitigen. Er modifizierte sie, um sie mit der neuen Herrschaftsform in Übereinstimmung zu bringen.

Hinsichtlich des Wahlrechts wurde die Heraufsetzung des Wahlalters gefordert. Das war der Erkenntnis geschuldet, dass es kein Zurück zum Dreiklassenwahlrecht mehr geben könne, «denn auf dem alten Wege eines Vorzugswahlrechts ist der Selbstverwaltung nicht wieder ein gesichertes Gleichgewicht zu verschaffen»<sup>7</sup>. Ausserdem sollte das passive Wahlrecht an einen mindestens zwei-, besser vierjährigen Aufenthalt im Kommunalverband gebunden sein. Goerdeler hielt rückhaltlos an der Besetzung des Gemeindevorstandes mit Wahlbeamten fest: «Denn das sichert sie gegen Verbürokratisierung und gibt der Bürgerschaft die Möglichkeit handfester Kritik sowie verantwortungsbewusster Mitarbeit bei der Wahl der leitenden Wahlbeamten.»<sup>8</sup>

Das Beschlussrecht der Vertretungskörperschaften sollte nach seinen Vorstellungen eingengt werden, einmal durch Kompetenzübertragung auf den Oberbürgermeister und die Ausschüsse (mit Ausnahme der Beratung der Ortsgesetze und des Haushalts ging die Zuständigkeit an nichtöffentlich tagende Ausschüsse unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters) und zum anderen durch Kompetenzbescheidung (Herabsetzung der Sitzungsfrequenz der Vertretungskörperschaft und Verminderung ihrer Mitgliederzahl)<sup>9</sup>. Diese Veränderungen liefen auf eine starke Exekutive hinaus: dem «Stadtvorstand als geschlossenes Willenszentrum»<sup>10</sup>, mit dem Ober-

<sup>6</sup> BA NL 113, Nr. 25 (Goerdeler, Gedanken zur Neuordnung der Selbstverwaltung).

<sup>7</sup> Goerdeler, Osterwünsche, S. 2.

<sup>8</sup> Ders., Das Gutachten ... der Stadt Mannheim, S. 115.

<sup>9</sup> Über die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften, die angesichts der Gleichschaltung «keine entscheidende Rolle» spielte, sagte Goerdeler nur soviel, dass sie nicht, wie Matzerath behauptete, aus Berufs- oder Wirtschaftsgruppen gebildet werden sollten. Vgl. Goerdeler, Entwicklungstendenzen, S. 423 und Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 134. Die Rekrutierung der Vertretungskörperschaften nach ständestaatlichen Prinzipien taucht bei Goerdeler erst Ende 1933 auf.

<sup>10</sup> Goerdeler, Das Gutachten ... der Stadt Mannheim, S. 115.

bürgermeister als Kopf und einem neutralen, sachkundigen und verantwortungsbewussten Beamtentum als Stütze. So verstand Goerdeler die «Wiederherstellung der Verantwortung im Sinne des Führerprinzips»<sup>11</sup>.

Das persönlich verantwortliche Führertum verkörperte für ihn das oberste Ordnungsprinzip, weil nur die Einzelführung «organisch die zweckmässigste Sicherung richtigen Handelns»<sup>12</sup> sei: «Ohne das Bekenntnis zu einer starken Führung ist der Gedanke der Selbstverwaltung nicht haltbar, jedenfalls nicht in den nächsten Jahren»<sup>13</sup>.

Unter dem Führerprinzip verstand Goerdeler, wie sich bereits andeutete, eine erhebliche Ausweitung der Befugnisse des Oberbürgermeisters gegenüber der Stadtverordnetenversammlung. «Dem Leiter der Verwaltung sind (...) alle Rechte zuzugestehen, deren Ausübung erforderlich ist, um Führung und Gesamtverantwortung sicherzustellen.» Das schloss den Überblick über alle Gebiete der Verwaltung, oberste Entscheidungsbefugnisse sowie den Vorsitz in allen Organen des Verwaltungskörpers ein. Dem Oberbürgermeister sollte die Verwaltungsorganisation, die Geschäftsordnung für die Sitzungen des Verwaltungskörpers, die Verteilung der Dezernate und die Posthoheit obliegen. «Durch die gesamte Neuverfassung muss sich das Führerprinzip grösster persönlicher Verantwortlichkeit hindurchziehen: möglichst wenig anonyme Ausschüsse, möglichst starke disziplinarrechtlich, zivilrechtlich und strafrechtlich zu sichernde persönliche Verantwortlichkeiten.»<sup>14</sup> Das sollte parteipolitische Auseinandersetzungen in der Verwaltung ebenso verhindern helfen wie das Zustandekommen nicht sachentsprechender Kompromisse. Im Prinzip liefen seine Vorstellungen auf das Einkammersystem nach dem rheinischen und süddeutschen Vorbild hinaus, das er seit seiner Solinger Zeit bevorzugte.

Goerdelers verfassungsrechtlich geprägter Begriff vom Führerprinzip entsprach nicht dem der Nationalsozialisten, die darunter ein politisches Leitungssystem von Führer und Gefolgschaft verstanden, ihre staatsrechtlichen Vorstellungen in dieser Hinsicht jedoch nicht näher umrissen. Gemeinsam war beiden Begriffsinhalten aber die intendierte Zielsetzung: Ausschaltung des parlamentarischen Prinzips. Dieser antiparlamentarische Ansatz machte den Begriff für Goerdeler verwendungsfähig. Er hatte als Ausdruck der Kritik am liberaldemokratischen Weimarer System das Führerprinzip als Ordnungsprinzip schon seit Ende der 20er Jahre gefordert.

<sup>11</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Schreiben Goerdelers an Frick vom 12.10.1933).

<sup>12</sup> Goerdeler, Gegenwartsaufgaben des deutschen Gemeinderechts, in: Beiträge zum Recht des Neuen Deutschland. Festschrift für Franz Schlegelberger, Berlin 1936, S. 114.

<sup>13</sup> Ders., Das Gutachten ... der Stadt Mannheim, S. 115.

<sup>14</sup> Ders., Osterwünsche, S. 3.

In Goerdelers kommunalrechtlicher Konzeption gingen konservatives Denken autoritärer Prägung und auf technische Rationalität und Effizienz gerichtete Bestrebungen eine beim höheren Beamtentum dieser Zeit nicht seltene Verbindung ein. Unverkennbar bedeuteten diese kommunalpolitischen Neuordnungsvorstellungen eine erhebliche Umgestaltung der bisherigen Selbstverwaltung.

Mit seinen kommunalpolitischen und kommunalverfassungsrechtlichen Bestrebungen füllte Goerdeler theoretisch wie praktisch im Frühjahr 1933 ein Vakuum aus. Die NSDAP verfügte über kein ausgereiftes kommunalpolitisches Konzept, das einheitliche und dauerhafte kommunalpolitische Grundsatzpositionen als spezifische Interessen im örtlichen Rahmen mit Ausnahme der Negation der bestehenden Verhältnisse, dem Ziel der Machteroberung und der Durchsetzung des Führerprinzips beinhaltete<sup>15</sup>. Vielmehr wurden die heterogenen Vorstellungen und Forderungen der nationalsozialistischen Ideologie auf die Kommunalpolitik übertragen und daraus ein «Programm» gefertigt. Ausserdem war die Partei zu diesem Zeitpunkt angestrengt mit den Vorgängen und Problemen der Machtergreifung beschäftigt<sup>16</sup>.

Aufgrund dieser Sachlage lassen sich in der Frage der reichseinheitlichen Gestaltung der Kommunalverfassung bis zum Winter 1933 zwischen Goerdeler und dem Nationalsozialismus keine konkreten Konsens- und Dissenspunkte ausmachen. Sie kristallisierten sich erst 1933/34 im Gesetzwerdungsprozess der DGO heraus. Deshalb durfte Goerdeler im Frühjahr 1933 noch annehmen, dass er seine kommunalverfassungsrechtlichen Vorstellungen weitgehend in eine entsprechende gesetzliche Regelung einfließen lassen könnte, um damit die Krisensituation in den Gemeinden zu beenden. Unterstützt wurde diese Annahme dadurch, dass er seine konzeptionellen Gedanken mit Ausnahme der Wahlrechtsüberlegungen – quasi im Pilotverfahren – im April und Mai 1933 in Leipzig mit der Installierung des Hauptausschusses und dem Ortsgesetz über die gemischten Ausschüsse in die kommunale Praxis überführen konnte.

Darüber hinaus gab es aufgrund von Goerdelers Begriffsverständnis von Selbstverwaltung und dem kommunalpolitischen Anspruch der Nationalsozialisten auf Selbst-

<sup>15</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 33ff; ders., Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 5 und Kurt Jeserich (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 1060ff.

<sup>16</sup> Deshalb lehnte auch der mehrheitlich mit Nationalsozialisten besetzte Arbeitsausschuss des DST am 11.4.1933 den Antrag Mulerts ab, dem Reichsinnenministerium den Entwurf einer im Sinne des Führerprinzips ausgebauten Reichsstädteordnung vorzulegen. Dieser Antrag ging mit grosser Wahrscheinlichkeit auf Goerdeler zurück. LAB Rep. 142/1 St A Nr. 162.

verwaltungsrecht Gemeinsamkeiten. Für Goerdeler bedeutete Selbstverwaltung ein staatsbildendes Prinzip. Es war «im Rahmen des staatlichen Lebens nichts anderes als das Recht, bestimmte Angelegenheiten eines bestimmten sachlichen oder räumlichen Gebiets nach dem Willen derjenigen zu ordnen, die von dieser Ordnung betroffen werden. In ihr wird das aktive Handeln zu sinnvoller Einheit mit dem passiven Dulden.»<sup>17</sup> Den Kern des Begriffsinhaltes bildete also die von einer organisatorisch selbständigen Körperschaft geführte Verwaltung auf lokaler Ebene, getragen von Ansässigen, die auf die Bestellung der Verwaltung «selbst einen irgendwie entscheidenden Einfluss ausüben»<sup>18</sup>. Dabei betonte Goerdeler, dass Selbstverwaltung «ohne volle Verantwortung im Kreise jener Angelegenheiten nicht denkbar»<sup>19</sup> sei. Insofern sei die Selbstverwaltung in die Belange des Staates einzuordnen und nicht einfach als ein Teil staatlicher Verwaltung zu verstehen, weil dann die Eigenverantwortung entfiere. «Selbstverwaltung wäre nicht mehr vorhanden, wenn angesichts des Fehlens der Wahlmöglichkeit die entscheidenden Willensbildungen in der Gemeindeverfassung und in der Gemeindeverwaltung vom Staate in Anspruch genommen würden. Zum Wesen der Selbstverwaltung gehört es, die politische Macht in ihrem Bezirk wirken zu lassen.»<sup>20</sup> Dementsprechend sollte in Zukunft das Verhältnis von Staat und Gemeinde geregelt werden.

Ein starker Staat mit anerkannten Aufsichtsrechten sollte den Gemeinden ein Maximum an Selbstverwaltung einräumen, das nicht durch konkurrierende Kompetenzen eingeschränkt würde. «Wesentlich für die Kommunalverwaltung der Zukunft wird sein, ob die von mir wiederholt befürwortete, der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung dienende grössere Reform ins Werk gesetzt wird. Sie hat zur Bedingung und zum Inhalt, dass den örtlichen Kommunalverwaltungen alle örtlich zu lösenden Aufgaben übertragen werden, den kommunalen Verbänden aber alle diejenigen Aufgabengebiete, die von der örtlichen Verwaltung zweckmässig nicht gelöst werden können, andererseits aber auch noch nicht eine Betreuung durch den Staat erheischen. Bei einer solchen Reform nimmt Reich und Staat für sich nur die volks-

<sup>17</sup> Goerdeler, Die Deutsche Gemeindeordnung in der Entwicklung der Selbstverwaltung, in: Soziale Praxis 44(1935)8, S. 218.

<sup>18</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Anschreiben Goerdelers an Jeserich vom 8.6.1934 mit den Darlegungen von Goerdeler zum Entwurf einer Reichsgemeindeordnung).

<sup>19</sup> Goerdeler, Die Deutsche Gemeindeordnung, in: Deutsche Verwaltungsblätter 83(1935)4, S. 73.

<sup>20</sup> Ders., Einleitung zur: Deutschen Gemeindeordnung, Leipzig 1935, S. 5. in: Die Deutsche Gemeindeordnung. Textausgabe von Oberbürgermeister Knorr, München, Berlin 1935

politisch und volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgabengebiete für zentrale Richtlinien oder zentrale Verwaltung in Anspruch (...) Alle anderen Aufgaben werden von kommunalen, auf dem Gedanken der Selbstverwaltung aufgebauten Verbänden und örtlichen Gemeinschaften erfüllt, wobei die Erfüllung durch die örtliche Gemeinschaft das Natürliche ist und die Erfüllung durch den Verband nur wichtig ist, falls der letztere aus irgendwelchen Gründen wirtschaftlicher oder zweckmässiger arbeitet.»<sup>21</sup>

Die Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten des Begriffs der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der theoretischen Fundierung des Begriffs bis 1933 begründet zumindest teilweise die Nähe Goerdelers zum kommunalpolitischen Ideenkonglomerat der Nationalsozialisten<sup>22</sup>. Die Nationalsozialisten hatten den Begriff aus ideologischer und taktischer Opportunität, wegen der Inkohärenz der Ideologie und dem Fehlen eigener verfassungstheoretischer Konzepte übernommen. Sie erklärten Selbstverwaltung und Nationalsozialismus für grundsätzlich miteinander vereinbar, weil bestimmte Elemente des Selbstverwaltungsbegriffs besonders in konservativer Interpretation eine Verbindung zur völkischen Ideologie von Heimatverbundenheit und Nachbarschaft aufwiesen. Ausserdem war der Begriff selbst durch die «Krisen»-Diskussion in Gegensatz zur Weimarer Zeit und zum parlamentarischen System gebracht worden, was ihnen sehr entgegen kam. Goerdelers Nähe zum kommunalpolitischen Anspruch der Nationalsozialisten kommt auch in einer Mischung von Konsens- und Dissenspunkten zwischen seinen und nationalsozialistischen Vorstellungen über den grossstädtisch-kommunalen Raum zum Ausdruck, wie sie bis zum Vorabend der Machtergreifung sichtbar geworden waren. Dabei wogen die vorhandenen Gemeinsamkeiten die bestehenden Differenzen nicht auf<sup>23</sup>.

Goerdelers negatives Grossstadtbild überlappte sich mit dem der nationalsozialistischen Ideologie. Die moderne Stadt wurde als Ausdruck des Verfalls und des Niedergangs gesehen. Ihr wurde der ländlich-agrarische Bereich als Bewahrer der Volkskraft und Garant einer nationalen Wiederbelebung gegenübergestellt. Auf dieser Grundlage bauten Goerdelers Forderungen nach grossstädtischem Kleinsiedlungsbau auf, die durch die nationalsozialistische Wohnungsbaupolitik aufgegriffen und realisiert wurden. «Endlich müssen wir die Grossstadtmenschen und ihren Zu-

<sup>21</sup> Carl Goerdeler, Die Kommunalpolitik der Zukunft, in: Sächsischer Gemeindetag (1933)61, S. 253 auch in: StA L, Kap. 5, Nr. 7, Bd. 4.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 438ff.

<sup>23</sup> Matzerath behauptet, dass Goerdelers kommunalpolitische Auffassungen von denen führender Nationalsozialisten abwichen, bringt aber keine Belege dafür. Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 134.

wachs aus den überfüllten ungesunden Behausungen herausbringen», forderte Goerdeler im Frühjahr 1933. «Es muss sich stets für ein Volk rächen, wenn wesentliche Teile des Volkes (...) von jeder aktiven Berührung mit der Natur abgeschlossen werden und nicht mehr in der Familie den letzten Ruhepunkt finden können zur Gewinnung des geistigen, körperlichen und sittlichen Gleichgewichts. (...) unser Volk (wird) einer gesunden Zukunft nur dann entgegensehen und -gehen, wenn es auch in seinen Grossstädten wieder stärker mit der Mutter Erde verwurzelt ist.»<sup>24</sup> Darüberhinaus bestanden Berührungspunkte zu Elementen nationalsozialistischer Kommunalpolitik. Im personalpolitischen Bereich trafen sich Goerdelers Vorstellungen vom Berufsbeamtentum mit dem nationalsozialistischen Postulat einer «unpolitischen Selbstverwaltung» mit «freier Wahl des Führers», dem «fachmännische Mitarbeiter» zur Seite gestellt werden. Ein untadeliges Berufsbeamtentum bildete in den Augen der Nationalsozialisten die Voraussetzung für eine gesunde und saubere Gemeinwirtschaft. Ausserdem lehnte Goerdeler wie die NSDAP die Besetzung gemeindlicher Ämter und Stellen durch nichtfachgemäss gebildete Parteibuchbeamte ab, auch wenn die Realität von einer um sich greifenden korrupten Ämterpatronage der Partei gekennzeichnet war.

Im finanzpolitischen Bereich erstreckten sich die Gemeinsamkeiten auf die Ablehnung der Aufnahme neuer Anleihen und die Forderung nach Sparsamkeit und Sauberkeit der Verwaltung. Auch das taktisch geschickte Engagement der NSDAP in der Diskussion um die «Krise der Selbstverwaltung» und die Folgen der Wirtschaftskrise sowie ihre Selbstdarstellung als Hüter gemeindlicher Selbstverwaltung gegenüber staatlicher Bedrohung blieben sicher nicht ohne Eindruck auf Goerdeler.

Die Summe dieser Übereinstimmungen war in ihrer Wirkung für Goerdeler deshalb so wichtig, weil die Kommunalpolitik den zentralen Politikbereich darstellte, auf den er nicht nur sein gesamtes berufliches Wirken abgestellt hatte, sondern auf dem auch die von ihm entwickelten Reformpläne aufbauten. Die Neuordnung der Kommunalverfassung bildete dabei das Fundament seines gesamtgesellschaftlichen Reformwerkes. «Das Reich kann an die Bewältigung irgendwelcher besonderen Aufgaben nicht denken, wenn nicht die Fronttruppen organisatorisch, technisch und moralisch vollkommen in Ordnung sind.»<sup>25</sup> Ähnlich äusserte er sich am 12. Oktober 1933 gegenüber Frick: «Ich würde es für höchst bedenklich halten, Steuerreform,

<sup>24</sup> Goerdeler, Osterwünsche, S. 4f.

<sup>25</sup> Ders., Entwicklungstendenzen, S. 421.



Finanzreform und Reichsverfassungsreform eher in Angriff zu nehmen, als bis nicht die untersten Zellen des Reiches, nämlich die Gemeinden, organisatorisch klar laufen und finanziell, selbstverständlich bei äusserster Sparsamkeit, im Wesentlichen in Ordnung gebracht sind. Denn alle diese grossen Reformen verlangen ein absolut sicheres Funktionieren der unteren Verwaltungsstellen.»<sup>26</sup>

Nach den Vorstellungen Goerdelers sollte eine Reform des Reiches im Wesentlichen nach einem Vierstufenplan vollzogen werden: Stufe 1: Neuordnung der Kommunalverfassung; Stufe 2: Sanierung der öffentlichen Haushalte durch Reform der Arbeitslosenhilfe, durch Verwaltungsvereinfachung, durch die Einleitung organischer wirtschaftlicher Massnahmen und durch weitere Ersparnisse; Stufe 3: Neuordnung der Reichsverfassung und Stufe 4: Neuordnung des Steuer- und Finanzrechts<sup>27</sup>.

Angesichts der skizzierten Interessenübereinstimmungen, der politischen Notwendigkeiten und der vorhandenen klaren Vorstellungen, besaßen die kommenden kommunalpolitischen und -verfassungsrechtlichen Veränderungen innerhalb der Erwartungen, die Goerdeler an den Nationalsozialismus in Regierungsverantwortung knüpfte, sehr grosses Gewicht. Seit mehr als 10 Jahren hatte er sich eingehend mit verfassungs- und verwaltungsreformerischen Veränderungen beschäftigt und war mit Plänen hervorgetreten, die Kommunalordnung reichsrechtlich zu vereinheitlichen. Die Reformbestrebungen waren in der Zeit der Weimarer Republik keinen Schritt vorangebracht worden. Sie blieben Projekt, vieldiskutiert und mehrfach in Angriff genommen.

## **5. 2. Eine alternative Wirtschaftspolitik**

Gleich im Frühjahr 1933 wurden die Differenzen in grundlegenden wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen sichtbar. Sie brachten Goerdeler aber in keine Distanzposition zum NS-Regime. Die Übereinstimmungen im Bereich der Kommunalpolitik wogen schwer. Ausserdem schienen die Nationalsozialisten in dieser Frühphase mit der Wirtschaftspolitik zu experimentieren, deshalb waren keine festen Konturen erkennbar. Die Wirtschaft befand sich noch immer auf dem 1932 erreichten Höhepunkt der Krise, auch wenn sich in einzelnen Bereichen Anzeichen einer allmählichen Besserung bemerkbar machten. Sechs Millionen Arbeitslose begrenzten den engen wirt-

<sup>26</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Schreiben Goerdelers an Frick vom 30.11.1933). Vgl. auch Goerdeler, Die Neuordnung der Kommunal Finanzen, S. 67ff.

<sup>27</sup> Ebenda.

schaftlichen Handlungsspielraum der neuen Machthaber und bestimmten die einschlagende Wirtschaftspolitik. Goerdeler, der wiederholt zu gutachterlichen Stellungnahmen in Wirtschaftsfragen durch Partei- und Regierungskreise herangezogen wurde, hatte die Hoffnung, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nationalsozialisten in seinem Sinne beeinflussen zu können. Ein Signal in diese Richtung war für ihn die Umsetzung eines Teils seiner Vorstellungen in Fragen der Gestaltung des Arbeits- und Sozialrechts durch die nationalsozialistische Gesetzgebung.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten beschäftigte sich Goerdeler nicht nur mit kommunalpolitischen und -verfassungsrechtlichen Entwicklungen, sondern auch mit wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Die Überwindung der wirtschaftlichen Krisensituation war nach der Neuordnung der Kommunalverfassung sein wichtigstes Anliegen, es stand in seinem Reformprogramm an zweiter Stelle. Als Oberbürgermeister einer sächsischen Metropole war er mit den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise in besonderer Weise konfrontiert worden, weil die Massenarbeitslosigkeit aufgrund der Bevölkerungsdichte und der Wirtschaftsstruktur die Region vergleichsweise stark erfasste. Es dominierte die Fertigwarenindustrie, die im Gegensatz zur Rohstoffgewinnung wegen ihrer Exportabhängigkeit extrem unter den Absatzeinbußen litt<sup>28</sup>. In Leipzig meldeten bereits 1930 die meisten Firmen Konkurs an. Dadurch erreichte die Stadt die höchste Arbeitslosenzahl in Sachsen. Bis 1933 zeigten sich besonders gravierende Folgen in der Metallindustrie und im Baugewerbe<sup>29</sup>.

Angesichts dieser katastrophalen Wirtschaftslage und der Tatsache, dass die neue Regierung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wenig aktiv wurde, legte Goerdeler bereits im Frühjahr 1933 erste Stellungnahmen zur Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor. Seit Ende März bemühte er sich, zu Hitler vorgelassen zu werden, um über eine «für die Stadt Leipzig und einen Teil ihrer Industrie ausserordentlich wichtige Frage von grosser Aktualität»<sup>30</sup> zu informieren. Am 6. April empfing dann der Reichskanzler Goerdeler. Zwei Tage später schickte er ihm das Manuskript eines Vortrages über «Politik, Wirtschaft und Verwaltung»<sup>31</sup>. In diesem Papier entwickelte Goerdeler den Kern seiner wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen, der auf

<sup>28</sup> In der Zeit der Weimarer Republik betrug der Exportanteil Sachsens beispielsweise in die USA 30% des gesamten deutschen Exportaufkommens. Vgl. Julia Paulus, Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930-1935, in: Räume voll Leipzig, S. 135.

<sup>29</sup> Vgl. ebenda, S. 125.

<sup>30</sup> BAR43II/308a, Bl.91-93.

<sup>31</sup> Ebenda, Bl. 94-118.

wirtschaftsliberalistischen Prinzipien fusste, die er bereits in der Weimarer Zeit vertreten hatte.

Um aus den «jetzigen Irrwegen der wirtschaftlichen Entwicklung herauszukommen»<sup>32</sup>, hielt er die Beherrschung «natürliche(r) Wirtschaftsgesetze» für «unentbehrlich»<sup>33</sup> Dazu gehörten seiner Auffassung nach erstens, dass die Wertschöpfung nur über Arbeit erfolge, zweitens, dass die Arbeitsteilung zum Wertaustausch – also zum Handel – zwingt und drittens eine stabile Währung, die sich auf wertbeständige Gegenwerte wie Gold stütze und nicht auf künstliche Geldschöpfung oder Devaluation. Goerdeler prophezeite in diesem Zusammenhang: «Derjenige wird der Retter Deutschlands sein, der den Mut und die Stärke hat, diese Gesetze in ihrer ganzen Primitivität sich auswirken zu lassen und sich keinen blauen Dunst vormachen lässt, als ob darin irgendwelche Grenzen von der Natur gezogen seien. Die einzigen Grenzen, die gezogen sind, sind die einer starken und unabhängigen Reichsordnung. Andere gibt es nicht.»<sup>34</sup>

Ausgehend von seinen wirtschaftsliberalen Vorstellungen lehnte Goerdeler Autarkiepolitik, wie sie von den Nationalsozialisten zum Aufbau eines antiliberalen Wirtschaftssystems betrieben wurde, als «vollkommen hinfällig»<sup>35</sup> ab. Seiner Meinung nach bedinge Autarkiepolitik, «wenn man sich nichts vormachen will, tatsächlich den Verzicht auf jeden kulturellen und technischen Kulturfortschritt und setzt damit gleichzeitig unsere Verteidigungsfähigkeit gegenüber technisch vollkommenen Volkswirtschaften und Nationen auf Null herab. Das Äusserste, was unsere Landwirtschaft leisten kann, ist die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes.»<sup>36</sup>

Der Autarkiepolitik setzte Goerdeler sein Konzept einer liberalen Wirtschafts- und Handelspolitik entgegen, das im merkantilistischen Denken des 18. Jahrhunderts ebenso seine Wurzeln hatte wie im wirtschaftsliberalen Denken des 19. Jahrhunderts. Wesentliche Impulse dürfte es ausserdem durch das Messegeschehen in Leipzig erhalten haben. Dort kam er im grossen Massstab mit der internationalen Handels- und Finanzwelt in Berührung.

Die Krise könne, so Goerdeler, nur durch die Ankurbelung des internationalen Handels und die Stärkung der deutschen Aussenhandelsposition durch billige deutsche Produkte und nicht mit Hilfe staatlicher Preisregelungen überwunden werden. Dazu

<sup>32</sup> Ebenda, Bl. 117.

<sup>33</sup> Ebenda, Bl. 97.

<sup>34</sup> Ebenda, Bl. 112.

<sup>35</sup> Ebenda, Bl. 106.

<sup>36</sup> Ebenda.

wäre eine spürbare Unkostensenkung, die durch Wegfall bindender Lohntarife und des Achtstundentages erreicht werden sollte, sowie «eiserne Sparsamkeit»<sup>37</sup> in der Verwaltung und die Sanierung der öffentlichen Haushalte ebenso notwendig wie die Klärung des internationalen Schuldenproblems und der Währungsfragen.

Goerdeler lehnte grundsätzlich jeglichen staatlichen Wirtschaftsdirigismus ab und forderte deshalb die Aufhebung der Kartell- und Syndikatspolitik, dem wesentlichsten nationalsozialistischen Lenkungsmittel in der Wirtschaft. Sein Argument war, dass Zwangswirtschaft «die Fähigkeit des Menschen, in natürlicher Richtung zu wirken», einenge. «Sie tötet Streben und Verantwortungsgefühl und damit letzten Endes die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit eines Volkes. (...) Das Gefährlichste aber bei der Zwangswirtschaft ist, dass durch diese Konzentrierung der Verantwortung jeder in der Zentralstelle gemachte Fehler sich sofort und restlos für das Gesamtvolk und die Wirtschaft auswirkt. (...) Endlich verhindert die Zwangswirtschaft (...) die für die weitere Entwicklung unentbehrliche Auslese der Besten, Saubersten und Tüchtigsten.»<sup>38</sup> Planwirtschaftliche Eingriffe, die seiner Auffassung entsprechend die «Zwischenstufe zwischen Zwangswirtschaft und freier Entfaltung der individuellen Kräfte in der Wirtschaft»<sup>39</sup> markierten, besaßen dagegen für ihn eine gewisse Berechtigung. Sie müssten jedoch «umso umfassender sein..., je verworrener die wirtschaftlichen Verhältnisse im eigenen und in fremden Wirtschaftsgebieten sind, je vorsichtiger die eigene Machtlage in der Welt das Einzelvolk dazu zwingt in der Verwertung seiner ökonomischen Kräfte zu sein.»<sup>40</sup>

Goerdeler entwickelte im Verlaufe des Jahre 1933 seine wirtschafts- und handelspolitischen Vorstellungen weiter. Im September legte er eine Wirtschaftsfinanz- und sozialpolitische Denkschrift vor, die er wohl zunächst für Frick ausgearbeitet hatte, die aber auch an andere Reichsminister ging<sup>41</sup>. Die Kernstücke seiner bisherigen Anschauungen blieben mit der Kritik an Autarkiepolitik und Wirtschaftsdirigismus sowie der Forderung nach Sparsamkeit erhalten. Eröffnet wird die Darlegung seiner alternativen politischen Massnahmen mit der Prämisse: «Die Sanierung der öffent-

<sup>37</sup> Ebenda, Bl. 113.

<sup>38</sup> Ebenda, Bl. 96.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda, Bl. 97.

<sup>41</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goedelers Versuch, S. 392. Dieser Arbeit lag eine handschriftlich autorisierte Fassung aus dem Bestand des Reichswirtschaftsministeriums vor. BA Berlin R 3101, Nr. 9931, Bl. 119-132 (Goerdeler, Denkschrift vom 7.9.1933 über die Wiedergesundung der Wirtschaft (nachfolgend September-Denkschrift 1933)).

lichen Etats ist das erste Erfordernis für eine Wiedergesundung der Wirtschaft.»<sup>42</sup> Sparsamkeit wurde zur zentralen Kategorie seines wirtschafts- und finanzpolitischen Denkens. Das von Goerdeler entwickelte Sparprogramm knüpfte bruchlos an die Deflationspolitik Brüning's an, die er als Leipziger Oberbürgermeister wie auch als Reichspreiskommissar mit vertreten und umgesetzt hatte. Mit seinem Sparprogramm verband er die Kritik an der von den Nationalsozialisten angekündigten, schnellen Verbesserung der krisenhaften wirtschaftlichen Lage. «Es ist unbedingt geboten, unserem Volke zu sagen, dass die Wirkungen des Kriegsverlustes und falscher politischer und wirtschaftlicher Massnahmen nun einmal da sind und nicht weggezaubert werden können, dass es vielmehr notwendig ist, alle Kräfte zusammenzunehmen und in gesteigerter harter Arbeit sich wieder eine neue Lebens- und Entwicklungsgrundlage zu schaffen. Das wird nicht gemacht mit Wundermitteln, mit Geschenken und Steuererleichterungen, sondern mit Opfern.»<sup>43</sup>

Goerdeler's Sparprogramm erstreckte sich sowohl auf die Etats der Städte und Gemeinden als auch auf den Reichsetat. Die Gemeindeetats sollten durch eine Abkehr von den übersteigerten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, durch die Neuregelung der Wohlfahrtslasten, durch Schuldensanierungsmassnahmen und äusserste Sparsamkeit ausgeglichen werden. Auch beim Ausgleich des Reichsetats sollte trotz aller Unpopularität für weitere Einsparungen gesorgt werden. Goerdeler hielt dort im Unterschied zu den Gemeindeetats jedoch für eine kurze Übergangszeit den Ausgleich im Wege des Kredits für verantwortbar, aber nur solange, bis sich die Entwicklung unserer Wirtschaft für einen Zeitraum von etwa 2-3 Jahren übersehen lässt. Denn es schien ihm notwendig, «aus den Erfahrungen einer noch ganz jungen Vergangenheit zu lernen und nicht wieder den Weg vertrauensseligen Pumpes zu beschreiten.»<sup>44</sup> Auch in der «künstlichen Kapitalschaffung» sah er keine «vertretbare Belegungsmöglichkeit» für die Wirtschaft<sup>45</sup>.

Alle Massnahmen zur Sanierung der öffentlichen Etats hielt Goerdeler jedoch für sinn- und zwecklos, wenn nicht die auf allen Gebieten auftretenden Preissteigerungen rückgängig gemacht würden. Dazu sei eine eiserne Preisüberwachung notwendig. Preisregulierende Eingriffe seien aber nur ein zeitlich begrenztes Instrument zur Belebung der deutschen Wirtschaft. Auf lange Sicht könne eine Rettung nur durch eine liberale, international orientierte Wirtschafts- und Handelspolitik erfolgen, deren Entfaltung nicht durch zunehmenden Wirtschaftsdirigismus und sozialpolitische

<sup>42</sup> Ebenda, Bl. 119.

<sup>43</sup> Ebenda, Bl. 124.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Ebenda, Bl. 127.

Massnahmen behindert werden dürfe. Die Wirtschaft müsse sich «von den Fesseln sinnloser Tarifverträge» frei machen und die «Wahnsinnsvorstellung» vom Achtstunden-Arbeitstag aufgeben, damit sie billige, konkurrenzfähige Produkte auf den Markt bringen könne<sup>46</sup>. Goerdelers Abänderungsvorschläge für das Tarifvertragswesen decken sich in wesentlichen Punkten und Details mit den später im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit getroffenen Regelungen<sup>47</sup>. Er hatte an den Beratungen zum Gesetz teilgenommen. Frick bedankte sich in einem Schreiben vom 13. Dezember 1933 bei ihm für diese Mitarbeit: «ich habe Ihre Anregungen mir im Wesentlichen zu eigen gemacht.»<sup>48</sup>

In die gleiche Richtung wie die Tarifvorstellungen ging Goerdelers Forderung nach Auflösung der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) und den Zusammenschluss aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der DAF<sup>49</sup>. Die NSBO ging erst 1935 in der DAF auf. Der DAF war die Betätigung auf den klassischen Gebieten der Gewerkschaftsarbeit, der Aushandlung von Lohnтарифen sowie von Arbeits- und Urlaubszeiten verboten. Damit befürwortete Goerdeler die Beseitigung der Gewerkschaften als eine die Unabhängigkeit der Betriebs- und Unternehmensführung wiederherstellende Massnahme<sup>50</sup>.

### 5.3. Aussenpolitische Ambitionen

Die Frage nach den aussenpolitischen Interessenparallelitäten zwischen traditionellen Eliten und nationalsozialistischer Führung ist nicht neu und wird gewöhnlich damit beantwortet, dass beide die Wiederherstellung der Grossmachtstellung des Deutschen Reiches anstrebten. Goerdeler teilte die aussenpolitischen Ambitionen der Nationalsozialisten jedoch nur, insofern sie sich auf die Revision der deutschen Ostgrenze und die Wiedererlangung von Kolonien erstreckten. Einem Kriegskurs

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Vgl. ebenda, Bl. 128ff. und Tim Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis 'archaischer' und 'moderner' Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 331.

<sup>48</sup> NL PB Meyer-Krahmer.

<sup>49</sup> BAR43II/308a, Bl. 131.

<sup>50</sup> In seinen Denkschriften aus den 40er Jahren trat er wieder für die Wiederherstellung freier Gewerkschaften ein. Damit hatte er einen Lernprozess durchgemacht, der zum einen aus dem zunehmenden Machtanspruch der DAF herrührte und zum anderen durch die Zusammenarbeit mit Widerstandskämpfern aus den Reihen der Gewerkschaften beeinflusst worden war. Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 392.

stand er ablehnend gegenüber, weil Rüstungsanstrengungen zu diesem Zeitpunkt seiner Ansicht nach die Wirtschaftskraft Deutschlands sprengten und damit die Realisierung der revisionistischen Ziele ausserhalb jeder Reichweite gerieten. Goerdeler unterschied sich nicht nur mit seinen «bescheidenen» revisionistischen Zielen, sondern auch mit seinem Verständnis vom Zusammenspiel von Innen- und Aussenpolitik von Diplomaten wie beispielsweise Ulrich von Hassell<sup>51</sup> oder Militärs, die der deutschen Tradition folgend vom Primat der Aussenpolitik ausgingen und die Rüstung als Voraussetzung für eine aktive Aussenpolitik ansahen.

Aussenpolitische Interessen nahmen bei dem Kommunalbeamten Goerdeler eine den innenpolitischen Politikfeldern untergeordnete Stellung ein. Erst auf der Grundlage eines umfassenden Verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Reformwerks und einer wirtschaftlichen sowie finanzpolitischen und währungstechnischen Stabilisierung sah er eine Chance, aussenpolitisch die Revision des Versailler Vertrages mit seinen territorialen Klauseln und den finanziellen wie militärischen Bestimmungen zu betreiben und Deutschland wieder zu einer mitteleuropäischen Grossmachtstellung zu verhelfen. Diese aussenpolitischen Ambitionen waren mit der zunächst traditionell anmutenden, an die revisionistischen Zielsetzungen und Leitbilder der vergangenen Jahre anknüpfenden Aussenpolitik der Regierung Hitler durchaus vereinbar. Das unterschied Goerdeler in keiner Weise von allen politisch relevanten Kräften der Weimarer Republik, wenn auch Form, Ausmass und Stossrichtung des revisionistischen Impulses je nach politischen Umständen, parteipolitischer Ausrichtung und – was bei dem Westpreussen Goerdeler besonders hervortrat – persönlicher Betroffenheit aufgrund der regionalen Herkunft unterschiedlich ausfiel.

Goerdeler hielt das Reich erst mit der Rückgewinnung des Korridors, den er als einen «Pfahl im Fleische seiner Wirtschaft und seiner Ehre» empfand, aussenpolitisch prinzipiell für saturiert, denn ohne seine Ostmark könnte es «überhaupt unter vernünftigen Bedingungen nicht leben»<sup>52</sup>. Die Revision der deutschen Ostgrenze verlange es, «Rücksicherungen zu schaffen durch entsprechende Verständigung oder ihrer Vorbereitung mit anderen für uns wichtigen und verlässlichen Völkern.»<sup>53</sup> Vermutlich dachte Goerdeler dabei an England.

<sup>51</sup> Hassell betonte in seinen «Stichworten zur Aussenpolitik» im September 1933, dass das wichtigste Ziel die Aufrüstung sei, «als erste unmittelbare Aufgabe, weil ohne einen Rüstungsausgleich keine aktive Aussenpolitik möglich ist.» Zit. nach: Gregor Schöllgen, Ulrich von Hassell 1881-1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990, S. 74.

<sup>52</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

<sup>53</sup> Ebenda.

Auf dieser Grundlage könne die deutsche Ostgrenze «äusserstenfalls mit einem kurzen Kriege» gegen das dann aussenpolitisch isolierte Polen zurückgewonnen werden<sup>54</sup>.

Der Anspruch auf die deutschen Ostgebiete wurde für Goerdeler einmal historisch und zum anderen durch die dort lebende deutsche Bevölkerung legitimiert. Diese Legitimität war aber nur solange aufrecht zu erhalten, wie die deutsche Bevölkerung eine in sich geschlossene Einheit blieb. Deshalb kritisierte er im August 1934 die Bestrebungen, das Auslandsdeutschtum wie die Bevölkerung im Reichsgebiet politisch einheitlich organisieren zu wollen, weil dadurch die Gefahr einer Zersplitterung der «Deutschstämmigen» bestünde<sup>55</sup>. Nicht jeder würde sich den NS-Organisationen anschliessen wollen.

Über die Revision der deutschen Ostgrenze hinaus besass für Goerdeler im Frühjahr 1933 die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien für die Sicherung der deutschen Rohstoffbasis zeitweilig eine gewisse Relevanz. «Unser Volk hat mit einem Teil seines nationalen Bodens mächtige Rohstoffmengen an Erz, Zink, Kohle und Kali verloren. Die Kolonialgebiete würden uns heute immerhin ermöglichen, einen nicht unerheblichen Teil von Rohstoffen im Rahmen der eigenen Volkswirtschaft zu beziehen.»<sup>56</sup>

Darüber hinausgehende Grossmachtsambitionen scheint Goerdeler bis 1937 nicht verfolgt zu haben. Aus den Quellen gehen jedenfalls keine Hinweise hervor. Im Mai 1936 betonte er in einem öffentlichen Vortrag indirekt, dass Deutschland ausser der Rückgewinnung des Korridors keine anderen imperialistischen Ziele verfolge. «Es ist nicht nötig, dass irgendeiner der Beteiligten die Bemühungen um Wiederaufrichtung einer geordneten und nützlichen Weltwirtschaft mit imperialistischen Zielen verquickt. Wenn ein Volk seinen historisch gewordenen Lebensraum ungeteilt und zu eigenem Recht besitzt, so kann es die ihm für seine Wohlfahrt darüber hinaus erforderliche Betätigung im friedlichen Wettbewerb und in friedlicher Ordnung sich erringen.»<sup>57</sup> Hier, so vermutete Krüger-Charlé, wären Goerdelers wirtschaftspolitischen Erkenntnisse in Anschlag zu bringen, die ihn zunehmend für eine internationale Wirtschaftskooperation zur Lösung nationaler Wirtschaftsprobleme optieren liessen<sup>58</sup>. Das hätte zu einer Relativierung der auch bei ihm durch das Versailles-

<sup>54</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>55</sup> Ebenda, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift); Ritter, Carl Goerdeler, S. 74f. und Breyer, Carl Goerdeler, S. 200.

<sup>56</sup> BA R 43 II/308a, Bl. 104.

<sup>57</sup> BABerlinR 2501, Nr. 6580, Bl. 85.

<sup>58</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 394.



Syndrom nationalistisch verengten Perspektive beigetragen, abgesehen von der Revision der deutschen Ostgrenze, die er bis zuletzt forderte<sup>59</sup>.

Den forcierten Rüstungskurs der Regierung Hitler hielt Goerdeler für sehr bedenklich. Dieser gefährdete in seinen Augen die Realisierung des «Endzieles», die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete. Seiner Meinung nach erfordere die Lage Deutschlands eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausland. Die Bismarcksche Außenpolitik, die mit ihrem Rückversicherungssystem innenpolitische Stabilität schuf, ist ihm immer wieder ein Vorbild.

«Ich müsste mich sehr täuschen,» schrieb Goerdeler im September 1936, «wenn nicht jede Erwägung zu dem Schluss führte, dass wir zunächst eines mehrjährigen Friedenszeitraumes bedürften, in dem wir in Ruhe Armee und Wirtschaft des Volkes aufbauen.»<sup>60</sup>

Die enge weltwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands müsse aktiviert werden, um die nationalen Wirtschaftsprobleme zu lösen. Dabei sei es unbedingt notwendig, dass durch innenpolitische Entwicklungen «keine Verschlechterungsmöglichkeiten»<sup>61</sup> für die auswärtige Politik eintreten. Die «tiefgehende(n) psychologischen Hemmnisse», die dem deutschen Aussenhandel entgegenständen, seien in Rechnung zu stellen. Dabei sei es politisch gleichgültig, «ob uns diese Tatsachen angenehm sind oder nicht.» Das Ausland dürfe nicht gegen Deutschland aufgebracht und zusammengeführt werden. Das zwingt zu einer Stabilisierung der innenpolitischen Lage, zur bewussten Beschränkung, «unser eigenes Haus in Ordnung»<sup>62</sup> zu bringen. Deshalb mahnte er zur Konsolidierung der Rassenpolitik und forderte ein massvolleres Vorgehen bei der Einigung der evangelischen Kirche<sup>63</sup>. Aus demselben Grunde hatte er «erhebliche Bedenken» beim Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Rheinzone<sup>64</sup>. Die innenpolitische Schwäche Deutschlands verlange ein unbedingtes Festhalten am Prinzip der Nichtintervention als Grundlage der Beziehung souveräner Nationalstaaten untereinander. «Eine vollkommene Selbstverständlichkeit scheint mir zu sein, dass wir uns mit eiserner Disziplin von jeder Versuchung fernhalten, in die inneren Verhältnisse irgendeines Staates einwirken zu wollen. Das kann sich ein mächtiges Volk erlauben, dazu reicht unsere heutige Stärke und aus-

<sup>59</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Gedanken eines zum Tode verurteilten).

<sup>60</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Gutachten zur Devisen-, Rohstoff- und Währungslage vom 17.12.1936 (nachfolgend Vier-Jahres-Plan-Denkschrift)).

<sup>61</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

<sup>62</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 29f.; Ritter, Carl Goerdeler, S. 75.

<sup>64</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 267, 270.

senpolitische Lage nicht aus. Irgendeine neue Belastung aus dieser Sphäre her können wir nicht auf uns nehmen, ohne das grosse Endziel zu gefährden.»<sup>65</sup>

#### 5. 4. Die «Judenfrage»

Die Einstellung Goerdelers zu den Juden ist aufgrund der schlechten Quellenlage schwer eindeutig zu bestimmen. Dennoch soll auf die Erörterung dieses Aspekts nicht verzichtet werden, denn es stellt sich die Frage, inwieweit die nationalsozialistische «Judenpolitik» Goerdelers Weg in die Opposition beeinflusste. Dazu ist die Analyse der Ausgangslage 1933 notwendig, auch wenn sie nur einen Teil der Erklärung bietet. Letzlich liegt der Schlüssel in den inneren Systembedingungen des NS-Herrschaft, in der unkontrollierten Dynamik eines Prozesses «kulminativer Radikalisierung», wie Hans Mommsen es ausdrückte, den Goerdeler ablehnte.

Goerdelers Reaktionen auf die willkürlichen Verfolgungs- und Verdrängungsmassnahmen im Umfeld der Machtergreifung in seinem Verantwortungsbereich zeigten bereits, dass es Differenzen zwischen ihm und den Nationalsozialisten über die Formen der Verdrängung und Verfolgung von Juden gab. Sie bestanden zum einen darin, dass Goerdeler jede Art von Terror und Gewaltanwendung gegen Juden ebenso ablehnte wie deren physische Vernichtung. Zum anderen besass der Antisemitismus für Goerdelers Weitsicht nicht die konstitutive Bedeutung wie für die nationalsozialistische Ideologie. Dennoch war er nicht frei von traditionellen antisemitischen Ressentiments. Der Versuch, deren Wurzeln im Einzelnen aufzuspüren, zeigt das Dilemma der Forschung. In Ermangelung von Quellen wird auf Thesen über antisemitische Grundmuster zurückgegriffen. Das Ganze steht eben nicht unbedingt für einen Teil. Insofern kann es hier nur um eine erste Annäherung an das Problem gehen. Das Goerdeler prägende protestantisch-lutherische Milieu mit seinem traditionellen christlichen Antisemitismus spricht ebenso für antisemitische Ressentiments wie sein nationalistisches Weltbild, das in der Regel mit antisemitischen Vorurteilen verquickt war<sup>66</sup>. Goerdeler war in Städten mit einem durchschnittlichen Anteil von 8-10% jüdischer Bevölkerung aufgewachsen. Das musste die tägliche Konfrontation mit dieser Glaubensgruppe zur Folge haben. Deshalb erscheint es naheliegend, dass er sich bereits in jungen Jahren zu den Juden, ihrer Emanzipation und Integration einen Standpunkt bildete.

<sup>66</sup> Vgl. Werner Jochmann, Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878-1914, in: Herbert Strauss, Nobert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust,

Allgemein galt der Antisemitismus in den östlichen Provinzen Preussens als besonders stark, was sich aus dem ökonomischen und geistigen Entwicklungsstand dieser Regionen erklärt<sup>67</sup>. Der soziale Wandel setzte im Vergleich zu westlichen Industriegebieten spät ein und vollzog sich langsam. Die dort lebenden Juden waren kaum assimiliert und führten ein ausgeprägtes Eigenleben. Dadurch blieb das Gefühl der Distanz und der Fremdheit bewahrt. Unter setzt wurden diese Emotionen durch den vielerorts noch ungebrochenen kirchlichen Juden Hass und durch soziale Gegensätze. Inwieweit allein deshalb tatsächlich antisemitisches Gedankengut bei Goerdeler vorhanden war, konnte aufgrund der Quellenlage nicht gesichert festgestellt werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich Goerdeler den Juden gegenüber zumindest distanziert verhalten hat.

Ein weiteres Indiz für antisemitische Ressentiments ist das studentische Milieu, in dem Goerdeler lebte. Zu seiner Studienzeit war eine «Bewegung» im Gange, der neue integrale Nationalismus, der das Nationalbewusstsein steigern sollte und letztlich eine nationalistische Mentalität formte, die antisemitisch eingefärbt war. Er war christlich-sozial, antimanchesterlich, sozialreformerisch, antisemitisch, antisozialistisch, imperialistisch und zum Teil völkisch eingestellt. In diesem Fahrwasser entwickelte sich, nachdem der neue Nationalismus «von einer meist kulturell argumentierenden in eine rassistisch denkende Integrationsideologie»<sup>68</sup> umgeschlagen war, die «Judenfrage» zum wichtigsten Gegenstand im studentischen Milieu<sup>69</sup>. Die Distanzierung von jüdischen Kommilitonen wurde zunehmend zur sozialen Norm. Nach Karl Kormann war 1910 «der Gedanke des gesellschaftlichen Antisemitismus ja so ziemlich ein selbstverständliches Gemeingut aller akademischen Kreise geworden.»<sup>70</sup> Welche Haltung Carl Goerdeler zum akademischen Antisemitismus eingenommen hat, konnte aufgrund der Quellenlage nicht ermittelt werden. Fest steht nur, dass er mit dem Problem konfrontiert worden war. Die «Eberhardina» rief während der Mitgliedschaft Goerdelers eine Versammlung aller schlagenden Korporationen Tübingens ein, die einstimmig beschloss, keinem Angehörigen einer jüdischen Verbindung mehr Satisfaktion zu geben<sup>71</sup>. Mit dieser Massnahme sollte der etwaigen Gründung einer jüdischen Studentenverbindung Einhalt geboten werden. Sie wand-

Bonn 1988 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213), S. 134.

<sup>67</sup> Vgl. ebenda, S. 100f.

<sup>68</sup> Jaraus, Deutsche Studenten, S. 90.

<sup>69</sup> Vgl. Kampe, Studenten und «Judenfrage», S. 111.

<sup>70</sup> Zit. nach: Jaraus, Deutsche Studenten, S. 90.

<sup>71</sup> Vgl. Kampe, Studenten und «Judenfrage», S. 306-307.

te sich aber nicht wie die Corps von eigenen jüdischen Mitgliedern durch Ausschluss ab<sup>72</sup>.

Es erscheint zumindest nicht ausgeschlossen, dass Goerdeler, der durch Herkunft und Erziehung nationalistisches Denken verinnerlicht hatte, das eine Wurzel des akademischen Antisemitismus darstellt, noch dazu unter der Wirkung der «Corpsdisziplin», den Antisemitismus seiner Turnerschaft mitgetragen hat. Weitergehende Untersuchungen werden diese These zu prüfen haben.

Eine erst im November 1944 reflektierte Begegnung zwischen Goerdeler, seinem Bruder Franz und zwei jüdischen Familien in Berlin im Jahre 1917 spiegelt deutlich vorhandene antisemitische Ressentiments wider. «So liegt die Schuld bei allen auch bei den Juden, die jedenfalls in Deutschland im ersten Weltkrieg und nachher sich zu taktlos in den Vordergrund geschoben haben», schrieb Goerdeler. «Als ich im Juli 1917 mit meinem schwer, mehrfach verwundeten Bruder, der im März 1918 fiel, im Berliner Zoo sass, setzten sich zwei jüdische Familien an unseren Tisch! Wir waren in Offiziers-Uniform. Bald fingen die Juden laut an, auf die deutschen Offiziere zu schimpfen. Sie wären Räuber, bereicherten sich in Feindesland usw. Er wurde so schlimm, dass wir genötigt waren, uns zu entfernen vor Ekel über diese Taktlosigkeit. Und ich bin kein Antisemit. Nach dem Kriege verstanden die Juden nicht, sich dem nationalen Unglück gegenüber zurückzuhalten.»<sup>73</sup>

Die in diesem Zusammenhang von Goerdeler getroffene Aussage, dass er kein Antisemit sei, muss in den Kontext ihrer Entstehungszeit eingeordnet werden. Im Jahre 1944 verdeutlicht sie vor allem seine Distanzierung vom nationalsozialistischen rassistischen Vernichtungsantisemitismus seit der «Endlösung». Dass dennoch die Selbstreflexion über die Haltung zu den Juden und die Realität auseinanderklafften und Goerdelers Denk- und Handlungsweisen von antisemitischen Ressentiments durchdrungen waren, wird noch im Einzelnen darzustellen sein.

Seine Mitgliedschaft in der DNVP ist ein Baustein dazu. In der Partei existierte – wenn auch in abgeschwächterer Form als im ADV – eine Verzahnung von völkisch-nationalistischer und antisemitischer Ideologie. Die DNVP erklärte in den «Richtlinien» und in den «Grundsätzen» der Partei den Kampf gegen «jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit.»<sup>74</sup> Dabei

<sup>72</sup> Juden mussten die Verbindung erst nach 1933 verlassen. Vgl. Eberhardina-Markomania, S. 81.

<sup>73</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee; ders.; Gedanken eines zum Tode Verurteilten).

richtete sich die Partei primär gegen die Ostjuden<sup>75</sup>. Jede Form von Gewaltmassnahmen gegen Juden lehnte sie jedoch ab, weil die Absage an Terror und Gewalt seither zu den Grundeinstellungen dieser Partei gehörte.

Der Antisemitismus der DNVP und seine breite Untersetzung in der Mitgliederschaft in einem Nebeneinander von völkisch-rassistischem und protestantisch-nationalistischem Antisemitismus an sich lässt kaum eindeutige Rückschlüsse auf Goerdelers diesbezügliche Einstellung zu. Es stellt sich jedoch die Frage, ob nicht eine solche aggressive nationalistische Einstellung, wie wir sie bei Goerdeler im Jahre 1919 gegen Polen beobachten konnten, nicht konsequenterweise auch den Kampf gegen andere nicht-deutsche vor allem jüdische Kreise einschloss. Die Quellen geben darauf keine klare Antwort. Aus den ersten Nachkriegsjahren ist keine antisemitische Äusserung Goerdelers überliefert, sieht man von einer kurzen Charakteristik eines jüdischen Kaufmanns ab, der sich 1919 für den Status Danzigs als freie Stadt engagierte<sup>76</sup>. Sie scheint jedoch primär politisch, nicht rassistisch motiviert gewesen zu sein.

Im politisch-ideologischen Gemenge der DNVP findet sich Forderungen nach Zurückschrauben jüdischer Assimilation und Emanzipation<sup>77</sup> sowie nach Ausbürgerung und Fremdenrecht für die jüdische Minderheit. Alle diese Elemente lassen sich bei Goerdeler nachweisen. Damit befand er sich in gefährlicher Nähe zur nationalsozialistischen Rassenideologie, weil auch sie diese Inhalte propagierte.

In der Endphase der Weimarer Republik trat der Antisemitismus in Deutschland wieder spürbar in den Vordergrund des politischen Geschehens. Die immer mehr an Einfluss gewinnende Propaganda der NSDAP forderte mit Nachdruck: «Konsequente Ausmerzung aller fremdrassiger Elemente aus dem öffentlichen Leben auf allen Gebieten. Reinliche Scheidung zwischen deutsch und nichtdeutsch, allein nach den

<sup>73</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee; ders.; Gedanken eines zum Tode Verurteilten).

<sup>74</sup> Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin (1920), in: Wilhelm Mommsen, Günther Franz (Hrsg.), Die deutschen Parteiprogramme 1918-1930, Leipzig, Berlin 1931, S. 86.

<sup>75</sup> «Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden», hiess es in den «Grundsätzen» der DNVP. Ebenda.

<sup>76</sup> BA NL 113, Nr. 10 (Carl Goerdeler, «Meine Tätigkeit im Osten», Juni-Juli 1919). Eintragung vom 17.6.: «Festgestellt, dass einflussreiche Danziger Kreise durch Freistaatausrufung vollendete Tatsachen schaffen wollen. Dahinter steht Kaufmann Seweloski, russisch-polnischer Jude, erst seit Kurzem naturalisiert, Kriegsgewinnler, hat Verbindung mit Londoner Bankiers.»

<sup>77</sup> Emanzipation versteht sich als die rechtliche Gleichstellung und soziale Integration der (??)

Rücksichten der Rasse und nicht etwa einer vorgetäuschten Nationalität oder gar Konfession (...) Ausrottung der Fäulnisherde semitischer Unmoral und Rasseverderbnis.»<sup>78</sup>

Goerdeler konnte den Antisemitismus der NSDAP im öffentlichen Leben wahrnehmen. Er wurde damit gleichermassen in seiner Funktion als Oberbürgermeister von Leipzig quasi auf dem Dienstweg in der Stadtverordnetenversammlung konfrontiert. Die NSDAP-Abgeordneten im Stadtparlament schreckten vor antisemitischen Angriffen nicht zurück. In der Haushaltsberatung für Theater und Orchester am 2. März 1932 beantragte die NSDAP als Ergänzung zur Ratsvorlage, nur soviel Juden an den Theatern und am Orchester zu beschäftigen, wie ihr Verhältnis zur deutschen Bevölkerung beträgt<sup>79</sup>. Von der Annahme dieses Antrages machte die Fraktion ihre grundsätzliche Zustimmung zum Etat abhängig. Der Antrag, der sogar zweimal eingebracht worden war, fand aber keine ausreichende Unterstützung durch die Stadtverordneten, so dass er fallen gelassen wurde. Im November des gleichen Jahres griff der nationalsozialistische Abgeordnete Haake den jüdischen SPD-Stadtrat Krause an, weil dieser zum Geschäftsführer der Grossgarage «Goldene Laute» gemacht worden war. «Ausgerechnet einen Juden unter den 68 Bewerbern, auch noch einen, der kurze Zeit vorher mit seinem Unternehmen bankrott gemacht hatte. Also einen bankrotten Juden (Zurufe.) setzt man in einen derartigen Betrieb ein.»<sup>80</sup>

Den antisemitischen Anwürfen in der Stadtverordnetenversammlung traten weder Ratsmitglieder noch Abgeordnete der Parteien entgegen. In der Regel fanden die in diesen Zusammenhängen angesprochenen kommunalpolitischen Probleme eine sachliche Klärung.

Die antisemitische Programmatik der NSDAP stellte sich als ernsthafte Existenzbedrohung für die Juden dar, denn es wurde deutlich, dass sie als klare Handlungsorientierung gedacht war, wenn es gelingen sollte, die Macht im Staat zu erobern. Mit der Machtergreifung wurde dann der seit längerem andauernde Prozess jüdischer Disemanzipation und Dissimilation beschleunigt fortgesetzt. Davon waren in Leipzig, dem Wohn- und Arbeitsort Goerdelers, über 11'000 Glaubensjuden betroffen, die im Sommer 1933 in der Stadt lebten. Das machte 1,6% der Gesamtbevölkerung aus. Mit dieser Mitgliederzahl nahm die Leipziger Israelitische Religionsgemeinde

<sup>78</sup> Joseph Goebbels, Die verfluchten Hakenkreuzler. Etwas zum Nachdenken, München 1930, zit. nach: Graml, Reichskristallnacht, S. 107.

<sup>79</sup> Vgl. Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig, Leipzig 1932, S. 137-138.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 551-552.

unter den Grossgemeinden Sachsen den ersten und unter denen des Reiches den sechsten Platz ein<sup>81</sup>.

Vor diesem Hintergrund war Goerdeler ebenso wie weite Teile der deutschen Gesellschaft auch der Auffassung, dass eine «Judenfrage» tatsächlich existiere, die es zu lösen galt. Er beschäftigte sich in den 30er und 40er Jahren wiederholt in Denkschriften mit der Rassenpolitik und dem «Judenproblem»<sup>82</sup> und erörterte die Stellung der Juden in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. 1941 betonte er, das «eine Neuordnung der Stellung der Juden erscheint in der ganzen Welt erforderlich» sei<sup>83</sup>. Dabei griff er eigene Gedanken wieder auf, die 1939 die «Lösung der Judenfrage in der Welt» berührt hatten. Auch die Gestapo stellte in den Kaltenbrunner-Berichten – bei aller Problematik dieser Quellen und ihrem tatsächlichen Aussagegehalt zur Stellung der Verschwörer zu den Juden – nach Verhören und der Lektüre der Denkschrift Goerdelers «Das Ziel» von 1941 nicht unglauwbüdig fest: «Dass das Judenproblem in der Welt einer Lösung bedarf, konnte allerdings auch von den Männern des Verschwörerkreises nicht übergangen werden.»<sup>85</sup>

Die Untersuchung der Interessenparallelitäten zwischen Goerdeler und den Nationalsozialisten ergab, dass die politischen Konsensbereiche die Dissensbereiche überwogen. Das Besondere seiner Konsens-Dissens-Struktur bestand darin, dass er im Gegensatz zu traditionellen Eliten aus Militär, Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft der Kommunalpolitik oberste Priorität zumass und den Kriegs- und Rüstungskurs der nationalsozialistischen Führung nicht teilte. Damit im Zusammenhang standen wirtschafts- und finanzpolitische Differenzen.

Die ausgeprägte Übereinstimmung in zentralen innen- und aussenpolitischen Vorstellungen bestärkten Goerdeler in der Annahme, gemeinsam mit den Nationalsozialisten seinen langjährigen politischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. «Die Aufgaben sind nicht neu in Sache und Art, nicht im Begriff und nicht in der Ausgestaltung», schrieb Goerdeler Anfang April 1933. «Sie stehen für den Fachmann und den ernsten Kenner der Geschichte, unserer Verwaltung und unserer Wirtschaft seit

<sup>81</sup> Vgl. Kerstin Plowinski, Die jüdische Bevölkerung Leipzigs 1853 – 1925 – 1933. Sozialgeschichtliche Fallstudie zur Mitgliedschaft einer Grossgemeinde, Dissertation Universität Leipzig 1991, S. 90.

<sup>82</sup> BAR 43 11/318a, Bl. 13.

<sup>83</sup> Carl Goerdeler, Das Ziel, in: Wilhelm Ritter von Schramm (Hrsg.), Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941-1944, München 1965, S. 105.

<sup>84</sup> BA NL 113, Nr. 15 (Goerdeler, Reisebericht Palästina, o. Datum (1939)).

<sup>85</sup> Jacobsen (Hrsg.), Opposition, S. 471.

Langem vollkommen klar und fest. Sie sind neu nur zeitlich. Die nationale Bewegung hat es mit sich gebracht, dass wir überall freies Feld haben, um diejenigen Veränderungen und Verbesserungen durchzuführen, die im Interesse von Volk und Staat liegen.»<sup>86</sup> Die ersten politischen Massnahmen der Regierung Hitler hatten Goerdeler Annahme noch untermauert, so dass er davon überzeugt war, «dass die Zeit zu solchen Neuordnungen reif ist, ja dass von ihrem Gelingen das Urteil der Nachwelt über die Fruchtbarkeit dieser Zeit abhängig ist.»<sup>87</sup>

Goerdeler Illusion, mit Hilfe der neuen Regierung Hitler notwendige Veränderungen erfolgreich durchführen zu können, resultierten aus einer Fehleinschätzung Hitlers und der Partei sowie der Überschätzung der ersten politischen Massnahmen, des Drucks der Krise und des Einflusses «sachkundiger Berater». Anfang des Jahres 1933 sah Goerdeler durchaus die Möglichkeit, «dass sich die zur Regierung gelangten Nationalsozialisten unter dem Druck der zu lösenden innen- und aussenpolitischen Sachaufgaben zu einer konstruktiven Politik bereitfanden. Er habe sich dabei von seinen Erfahrungen im November 1918 leiten lassen (...) Die Annahme, dass die Konfrontation der neuen Männer und Gruppen mit den praktischen Problemen der Politik zur Versachlichung und zur Heranziehung sachkundiger Berater führen werde, sei damals richtig gewesen. Auch im Januar 1933 sei es nicht abwegig gewesen, einen solchen Versuch zu machen.»<sup>88</sup> Begünstigt wurde dies Fehlwahrnehmung dadurch, dass die Nationalsozialisten bisher ihr Programm in für Goerdeler so wichtigen Bereichen wie der Kommunalpolitik und der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht konkret artikuliert hatten.

Aber schon drei Jahre später markierte Goerdeler spektakulärer Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt den Bruch mit dem NS-System. Dieser dynamische Entwicklungsprozess steht im Zentrum der nachfolgenden Kapitel mit dem Ziel, auf der Zeitschiene der Jahre 1933 bis 1936/37 die Entschlussbildung zum Widerstand und deren Faktoren herauszuarbeiten. Dabei spielte die Erfüllung bzw. Nichterfüllung Goerdeler politischer Erwartungen ebenso eine Rolle wie die Handlungsspielräume, die ihm als kompetenten, gleichberechtigten Partner im neuen Regime eingeräumt wurden. Das wurde letztlich vom Grad der Konsolidierung des NS-Systems und den damit zusammenhängenden mehr oder weniger starken Kooperationsnotwendigkeiten für die nationalsozialistische Führung bestimmt.

<sup>86</sup> Goerdeler, Osterwünsche, S. 1.

<sup>87</sup> Ders., Die Neuordnung der Kommunalfinanzen, S. 68.

<sup>88</sup> Zit. in: Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 75.



## 6. Kooperationsbereitschaft und konstruktive Kritik

### 6. 1. Das Eindringen der Partei in den Leipziger Stadtrat

Hatte Goerdeler die Gleichschaltung der Stadtverordnetenversammlung und die Veränderung der Ortsgesetzgebung in Leipzig unterstützt und für die Durchsetzung seiner Interessen zu nutzen verstanden, so sperrte er sich jetzt gegen die Gleichschaltung des Stadtrates, seiner unmittelbaren Machtzentrale. Deshalb verlief dieser Prozess auch komplizierter und langsamer als die Gleichschaltung der Stadtverordnetenversammlung. Goerdeler stellte sich bei allen Entlassungen nach Möglichkeit vor seine Mitarbeiter. Er organisierte Widerspruch, äusserte Bedenken und versuchte, den zur Verfügung stehenden verwaltungsjuristischen Spielraum auszuschöpfen, um die Verdrängungsmassnahmen für die Betroffenen zu mildern.

Im Ergebnis der Gleichschaltung brach der alte konservative Stadtrat, Goerdelers Stütze im ersten Ansturm auf das Rathaus, langsam weg. Anfang 1933 gab es in Leipzig 15 berufsmässige Ratsmitglieder, deren Zahl durch den Nachtrag zur Stadtverfassung vom 14. Februar 1933 auf elf, durch den Nachtrag vom 21. September 1933 auf zehn reduziert wurde<sup>1</sup>. Sie waren alle qualifizierte Fachleute und hatten ungeachtet der jeweiligen politischen Kräftekoalitionen für eine sachliche Verwaltungsarbeit garantiert.

Zuerst waren, wie wir bereits gesehen haben, die beiden sozialdemokratischen Ratsmitglieder, Bürgermeister Schulze und Stadtrat Freytag, dem Druck der NSDAP ausgesetzt, weil die Partei ihre Ämter begehrte. Aufgrund der politischen Gegnerschaft zur SPD bestanden die aussichtsreichsten Chancen, schnell zwei Nationalsozialisten auf diese Stellen in das Ratskollegium zu setzen. Das BBG ermöglichte Goerdeler, die bereits ausgesprochenen Beurlaubungen seiner Kollegen in Entlassungen umzuwandeln.

In Fällen aktiver politischer Betätigung für die SPD<sup>2</sup> bestand keine Möglichkeit, die betroffenen Beamten vor der Ausführung des BBG zu decken. Es konnten nur Gradunterschiede zwischen Entlassungen nach § 4 oder Ruhestandsregelungen nach § 2 erwirkt werden. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Mai 1933 beantragte Goerdeler bei der Kreishauptmannschaft am 23. Mai bzw. am 26. Mai

<sup>1</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, S. 13.

<sup>2</sup> Schulze gehörte vom 15.10.1918 bis zum 27.3.1933 der SPD an. Freytag war von 1899 bis 1933 Mitglied der SPD. Ausserdem gehörte er dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold von Dezember 1931 bis zu dessen Verbot 1933 an. StA L, Kap. 10 S, Nr. 1703, Bl. 88 und Kap. 10 F, Nr. 512, Bl. 23.

1933, die Entlassung von Schulze und Freytag aus politischen Gründen aufgrund BBG § 4 einzuleiten. Er begründete seine Empfehlung entsprechend sorgfältig. Trotzdem entschied das sächsische Innenministerium, nur Freytag nach § 4 zum 28. Juni 1933, Schulze hingegen nach § 2 zum 23. Juli 1933 zu entlassen<sup>3</sup>. Damit erhielt nur Freytag ein Ruhegeld.

Goerdeler unterstützte Schulze anschliessend, sein Recht dennoch durchzusetzen. Er beriet ihn inhaltlich wie taktisch in einem Nachprüfungsverfahren, das Schulze aus Gründen des drohenden wirtschaftlichen Ruins angestrengt hatte, und unterstützte sein Anliegen mit der Empfehlung einer Rentenzahlung an das sächsische Innenministerium. Im Ergebnis wurde Schulze wenigstens eine jederzeit widerrufliche Rente in Höhe von 250.– RM monatlich zugebilligt<sup>4</sup>. Da diese Zahlungen kaum den Erhalt seiner Familie sichern konnte, wandte er sich am 21. Juni 1934 zum wiederholten Male erfolglos an das Reichsinnenministerium mit der Bitte, seine Entlassung rückgängig zu machen oder abzuändern<sup>5</sup>.

Da alle Bemühungen Schulzes, in Deutschland eine neue Existenzgrundlage zu finden, scheiterten, sich aber für ihn eine Möglichkeit bot, in der Türkei Arbeit zu finden, gewährte ihm Goerdeler – was völlig ungewöhnlich war – im Jahre 1935 einen Umzugskostenzuschuss<sup>6</sup>. Goerdeler fühlte sich noch im Nachhinein für seinen früheren Mitarbeiter, der Opfer ungerechtfertigter Willkür geworden war, verantwortlich. Das zeigt sein solidarisches Empfinden für Menschen, die unter dem NS-Regime zu leiden hatten.

Bei der Durchführung des BBG wurden im Bereich der Leipziger Stadtverwaltung insgesamt 1 686 Mitarbeiter entlassen, davon 452 Kommunisten (§ 2a), 29 Juden (§ 3), 1'122 politisch unzuverlässige Personen (§ 4) und 83 Personen aufgrund der Vereinfachung der Verwaltung oder aus dienstlichen Gründen (§ 6)<sup>7</sup>. Es ist auffallend, dass die Anwendung des § 4 riesige Dimensionen annahm. Das BBG betraf

<sup>3</sup> StA L, Kap. 10 F, Nr. 512, Bl. 39 und StV-Akt S, Nr. 7, Bd. XXV, Bl. 10. Freytag, bis 1939 arbeitslos, war dann bis 1945 als Korrektor tätig. Im August 1944 wurde er «aus Anlass der Goerdeler-Aktion» am 20. Juli 1944 eine Woche im Gefängnis und zwei Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert. Vom 19.5.1945 an war er wieder als Stadtrat in Leipzig zunächst im Vermietungs-, dann im Siedlungsamt tätig bis er auf eigenen Wunsch am 31.12.1948 aus dem städtischen Dienst ausschied. StA L, Kap. 10 F, Nr. 512, Bl. 1F, 61,63, 68-70, 114.

<sup>4</sup> StA L, Kap. 10 S, Nr. 1703, Bl. 92, 94, 98,166.

<sup>5</sup> Ebenda, Bl. 122-124.

<sup>6</sup> Ebenda, Bl. 134.

<sup>7</sup> StA L, Kap. 72 Nr. 103 Beih. 4, Bl. 84. Vgl. dazu auch Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, S. 21-23. Diese Zahlen weichen geringfügig von denen, die Matzerath

Kommunalbeamte einschliesslich Wahl- und Ehrenbeamte sowie von der öffentlichen Hand beschäftigte Arbeiter und Angestellte. Aufgeschlüsselt nach der Sozialstruktur waren es 145 Beamte, 132 Angestellte und 1 409 Arbeiter.

Dem BBG, das zynisch «Gesetz über die Beseitigung von Beamten» hiess<sup>8</sup>, begegnete Goerdeler mit gemischten Gefühlen. Er hatte sich seit Jahren in einem zähen Prozess um die Reduzierung des Personalbestandes der Leipziger Stadtverwaltung bemüht. 1933 waren Entlassungen von Kommunisten vielfach schon vor dem 7. April ausgesprochen worden<sup>9</sup>, was darauf hindeutet, dass er das BBG grundsätzlich vollzogen wissen wollte. Er sah aber bald schon die Gefahr, dass die Parteiwillkür die Funktionstüchtigkeit der Verwaltung und die eigene Autorität als Stadtoberhaupt bedrohte. Vom 31. Januar 1933 bis 27. Juni 1936 wurden insgesamt 1'417 Beamte, Angestellte und Arbeiter aus dem Kreis der «Altkämpfer» der NSDAP und des Stahlhelms eingestellt<sup>10</sup>. Die Verwaltungstätigkeiten, die nicht zu streng an die Laufbahnbestimmungen gebunden waren (Angestellte und Arbeiter) – abgesehen von eindeutigen Parteieinstellungen – boten dabei besondere Möglichkeiten für die nationalsozialistische Ämterpatronage<sup>11</sup>.

Nach der Entlassung der sozialdemokratischen Ratsmitglieder gehörten im Sommer 1933 nur noch sieben nichtnationalsozialistische, konservative besoldete Räte dem Kollegium an, die erst allmählich hinausgedrängt werden konnten. Drohungen, Einschüchterungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Pressekampagnen brachten sie dazu, sich beurlauben, pensionieren oder in den Ruhestand versetzen zu lassen.

Erstes Opfer wurde DDP-Stadtrat Karl Böhme, der seit dem 11. November 1916 in der Stadtverwaltung tätig war und das Personaldezernat leitete<sup>12</sup> – ein Ressort, das für die Nationalsozialisten von grösstem Interesse war. Es ermöglichte die Einflussnahme auf alle weiteren Personalentscheidungen und konnte damit das Tempo der

aus dem NS-Gemeindeblatt von 1934 veröffentlichte, ab. Er spricht davon, dass von insgesamt etwa 15 800 Beamten, Angestellten und Arbeitern etwa 1600 aus politischen Gründen entlassen wurden. Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 86.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 74.

<sup>9</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Beih. 4, Bl. 89. Die Leipziger Neuesten Nachrichten berichteten bereits am 6.4.1933, dass in der Stadtverwaltung Leipzig 1'191 Arbeitern und 15 Angestellten gekündigt wurde, «die für eine kommunistische Partei oder Organisation tätig gewesen sind oder ihr gehört haben.»

<sup>10</sup> Ebenda, Bl. 84.

<sup>11</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 86.

<sup>12</sup> StAL, Kap. 10B, Nr.479, Bl. 1 ff.

Gleichschaltung entscheidend beeinflussen. Bis zum Sommer 1933 war es der NSDAP nur gelungen, nationalsozialistische Referenten im Personaldezernat zu platzieren.

Am 20. September 1933 beschloss die nationalsozialistische Stadtverordnetenversammlung, den Rat zu ersuchen, Böhme als Personaldezernenten abuberufen, «da er für einen solchen wichtigen Posten im nationalsozialistischen Staate nicht zuverlässig genug ist.»<sup>13</sup> Die Auseinandersetzungen, die nun tobten, lassen sich nur erahnen. Haake sprach davon, dass das Personaldezernat erst «nach langen Kämpfen» in die Hände der Nationalsozialisten gefallen war<sup>14</sup>. Meyer-Krahmer schrieb, dass sich Goerdeler entschlossen zur Wehr gesetzt und Böhme gegen den Vorwurf der Unzuverlässigkeit verteidigt habe. Er hätte lediglich gelten lassen, dass Böhme für eine nationalsozialistische Personalpolitik nicht der richtige Mann sei<sup>15</sup>.

Am 1. Dezember 1933 gab Böhme Goerdeler seinen Entschluss bekannt, sich pensionieren zu lassen. Er bat um Beurlaubung, damit er nicht weiteren Demütigungen ausgesetzt werde<sup>16</sup>. Goerdeler erreichte wenige Tage später in Vermittlung zwischen Wolf, Haake und Dönicke, dass Böhme angesichts seines Gesundheitszustandes normal in den Ruhestand entlassen wurde<sup>17</sup>.

Der Fall Böhme war bereits ein deutliches Zeichen für Goerdeler, wie sich künftige die nationalsozialistische Einstellung gegenüber bürgerlichen Exponenten gestalten sollte.

Nächstes Opfer im Kampf um die Ratsstühle wurde der parteilose Stadtbaurat Wilhelm zur Nieden, der seit dem 18. März 1927 als Stadtbaurat und Generaldirektor der städtischen technischen Werke in Leipzig tätig war. Noch am 10. Mai 1933 war er für 12 Jahre auf Antrag Haakes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in seinem Amt wieder bestätigt worden. Die nationalsozialistischen Stadtverordneten hatten jedoch nur aus taktischen Erwägungen für zur Nieden gestimmt. Sie wollten den Sozialdemokraten nicht in die Hände arbeiten, die sich seit einigen Monaten darum bemüht hatten, die Stadtbauratsstelle neu auszuschreiben, um einen politisch liberaleren Mann auf diesen Posten zu berufen.

Ausserdem wurde offen gehandelt, dass Goerdeler sehr viel daran gelegen war, zur Nieden zur Aufrechterhaltung einer Verwaltungskontinuität im Amt zu halten. Er war dafür sogar zu wahltaktischen Manövern bereit, nach denen die Konservativen

<sup>13</sup> Ebenda, Bl. 220 und Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 163.

<sup>14</sup> Leipziger Tageszeitung, 10.5.1934.

<sup>15</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 65.

<sup>16</sup> StA L, Kap. 10 B, Nr. 479, Bl. 221-222.

<sup>17</sup> Ebenda, Bl. 224, 226.

die Wahl des sozialdemokratischen Stadtrates Freytag unterstützen sollten, wenn die Sozialdemokraten ihrerseits zur Nieden wählen würden<sup>18</sup>. Diese Pläne wurden dann durch die Beurlaubung und Entlassung Freytags zerschlagen.

Mit der Wiederwahl zur Niedens war es Goerdeler gelungen, die konservative Front im Ratskollegium nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten und dem Einbrechen eines nationalsozialistischen besoldeten Stadtrats und der 12 nationalsozialistischen ehrenamtlichen Stadträte zu festigen und einen Ausgleich zum Beauftragten der NSDAP in der Stadtverwaltung Leipzig und «ehrenamtlichen Bürgermeister» Haake zu schaffen.

Zur Nieden war bei der Wiederwahl der Titel «Technischer Bürgermeister» verliehen worden. Der neue Titel bedingte eine Verzögerung in der Bestätigung der Wiederwahl durch die Aufsichtsbehörde. Diesen Umstand nutzte die NSDAP, um zum Schlag gegen zur Nieden auszuholen. Bereits am 15. Mai 1933 wurde der nationalsozialistische Stadtrat Kurt Kaergel auf Wunsch der Kreisleitung der NSDAP zur «Säuberung» der städtischen technischen Werke und Verkehrsbetriebe eingesetzt<sup>19</sup>. Ausserdem wurde von der gleichgeschalteten Stadtverordnetenversammlung ein Untersuchungsausschuss berufen, der sich mit den städtischen technischen Werken und Verkehrsbetrieben beschäftigen sollte. Diese Massnahmen richtete sich eindeutig gegen zur Nieden, der bereits von Haake öffentlich angegriffen wurde<sup>20</sup>.

Im Zusammenhang mit der Arbeit der Untersuchungskommission kam es aufgrund von Denunziationen zur Entlassung dreier Direktoren, gegen die sich zur Nieden aussprach. Gegen seine Amtsführung selbst konnte nichts Belastendes vorgebracht werden<sup>21</sup>. Dennoch wurde am 9. Oktober 1933 in der Stadtverordnetenversammlung die Wiederwahl zur Niedens mit der lapidaren Begründung für ungültig erklärt, dass, obwohl einzelne Untersuchungsergebnisse noch nicht vorlägen, «immerhin Vorkommnisse vorhanden sind, die uns durchaus berechtigen, hier eine Präventivmassnahme zu schaffen.»<sup>22</sup> Wegen dieser Entscheidung beantragte zur Nieden am 16. Oktober 1933 die Eröffnung eines förmlichen Dienstverfahrens gegen sich. Das sächsische Innenministerium gab dem jedoch mit der Begründung nicht statt, dass die Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 6. Dezember 1933 zur Nieden Verfehlungen im Sinne der Strafgesetze und der Dienststrafordnung nicht zum Vorwurf gemacht haben<sup>23</sup>. In Wirklichkeit hätte ein Dienstverfahren die Unhaltbarkeit der Vor-

<sup>18</sup> StA L, Kap. 10 N, Nr. 189, Bd. 2, Bl. 35.

<sup>19</sup> BA BDC Kaergel SA.

<sup>20</sup> StA L, Kap. 10 N, Nr. 189, Bd. 2, Bl. 74ff.

<sup>21</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1933, S. 156ff.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 166.

<sup>23</sup> StA L, StV-Akt., S, Nr. 7, Bd. XXIV, Bl. 215.

würfe gezeigt und damit die Rücknahme der Entlassung zur Folge gehabt. Beides sollte vermieden werden. Der Vorgang zog sich bis zum Herbst 1934 hin. Auch eine Eingabe bei Hitler konnte keine Rehabilitierung zur Niedens erwirken<sup>24</sup>. Am 1. Dezember 1933 wurde Kaergel zum leitenden kaufmännischen Direktor der Stadtwerke gewählt und am 15. Juli 1934 zum Generaldirektor dieses Unternehmens ernannt<sup>25</sup>. Die Verdrängung zur Niedens zeigte deutlich, dass Versuche, gegen die Gleichschaltung anzugehen, aussichtslos waren<sup>26</sup>. Dennoch nutzte Goerdeler jede sich bietende Gelegenheit, um solche Willkür gegenüber hohen Funktionsträgern der NSDAP zu kritisieren. So schrieb er im Oktober 1933 an Frick von bedenklichen Eingriffen nicht zuständiger Stellen in die Verwaltungszuständigkeiten, und im Dezember des Jahres erwähnte er gegenüber Hitler Bevormundungen und die Beiordnung von örtlichen Kräften zur Mitverantwortung, die aber der Freiheit der Selbstverwaltung abträglich wären<sup>27</sup>.

Die unfreiwilligen Entlassungen der Stadträte Böhme und zur Nieden signalisieren einen Machtverlust Goerdelers auf lokaler Ebene. Das Hinausdrängen der sozialdemokratischen Ratsmitglieder hätte noch als «natürlicher» Verlust im Kampf zwischen politischen Gegnern gewertet werden können. Doch die Angriffe auf konservative Ratsmitglieder machten deutlich, dass das Einrahmungskonzept, was in der Leipziger Stadtverwaltung nationalsozialistische Stadtverordnetenversammlung und bürgerlich-konservativer Rat hätte heißen können, nicht aufgehen würde.

Die Nationalsozialisten gewannen zunehmend an Einfluss. Für Böhme und zur Nieden wurden bis Ende 1933 zwei neue nationalsozialistische Stadträte und zum 12. Januar 1934 ein Dritter berufen. Mit Ausnahme von Fritz Teutsch, der sich als Nichtjurist seine Eignung für das Wohlfahrtsdezernat ab 1930 als Fachreferent für Fürsor-

<sup>24</sup> StA L, Kap. 10 N, Nr. 189, Bd. 2, Bl. 173-175, 202; Bd. 3, Bl. 89; StV-Akt. S 7, XXIV, Bl. 221.

<sup>25</sup> BA BDC Kaergel SA.

<sup>26</sup> Nach der Entlassung aus dem Dienst der Stadt Leipzig hielt zur Nieden weiterhin Kontakt zu Goerdeler. Am 30.12.1943 stellte er sich ihm für ein Regierungsamt zur Verfügung. In den Kabinettslisten Goerdelers tauchte er als Berater im Verkehrsministerium auf. Nach anderen Quellen war er mindestens zeitweise als Verkehrsminister oder Staatssekretär vorgesehen. Zur Nieden wurde im Zusammenhang mit dem Attentats- und Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 verhaftet, nach dem Prozess vor dem Volksgerichtshof am 18./19.1.1945 zum Tode verurteilt und am 22.4.1945 im Gefängnis Lehrterstrasse erschossen. StA L, Kap. 10 N, Nr. 189, Bd. 3, Bl. 173; Jacobsen (Hrsg.), *Opposition*, S. 313-314, 512-513, 731-32, 759-61 und Ritter, Carl Goerdeler, S. 619.

<sup>27</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Schreiben Goerdelers an Frick vom 12.10.1933; Schreiben Goerdelers an Hitler vom 14.12.1933).

gewesen der NSDAP erworben hatte, verfügten sowohl der neue Personaldezernent Kurt Lisso als auch Stadtrat Johannes Köhler über einen juristischen Abschluss und die Promotion. Köhler hatte darüber hinaus als Ratsassessor und Bürgermeister in den 20er Jahren kommunalpolitische Erfahrungen sammeln können<sup>28</sup>. Goerdeler charakterisierte ihn als «sehr tüchtig und klar»<sup>29</sup>.

Damit rückten fachlich befähigte und nicht reine Parteibuchbeamte nach. Es ist denkbar, dass Goerdeler, wenn er schon nicht den Verlust «seiner» Stadträte verhindern konnte, dafür mit einiger Entschiedenheit eintrat. Aus den Quellen gehen dafür jedoch keine Hinweise hervor.

Diese Personalveränderungen brachten einen spürbaren Machtzuwachs für die Nationalsozialisten, der sie in die Lage versetzte, zum Schlag gegen die unmittelbarste Umgebung Goerdelers – gegen Löser – auszuholen. Dabei arbeitete Lisso im Zusammenspiel mit Wolf, Haake und Dönicke gegen Goerdeler.

Löser bekleidete als zweiter Bürgermeister in den Augen der Nationalsozialisten das wichtigste Amt neben dem des Oberbürgermeisters, das zu dieser Zeit noch nicht zu haben war.

Im Februar 1934 wurde eine öffentliche Kampagne gegen Löser mit dem Ziel gestartet, seine Amtsenthebung zu erreichen. Anlass bot eine von der Linie der NSDAP abweichende finanzpolitische Entscheidung Löasers, die nur deshalb in Anschlag gebracht werden konnte, weil Löser Ende 1933 oder Anfang 1934 als Hospitant der nationalsozialistischen Fraktion beigetreten war<sup>30</sup>. Gegenstand der Auseinandersetzung waren divergierende Auffassungen über die Abgrenzung von Amtsbefugnissen gegenüber den Kompetenzen der Fraktion.

Die nationalsozialistische Fraktion liess am 22. Februar 1934 in allen Leipziger Zeitungen einen Brief abdrucken, in dem es hiess: «Es waren schon wiederholt Zweifel innerhalb der Fraktion aufgetaucht, ob Herr Dr. Löser sich innerlich wirklich hundertprozentig auf den Boden des Nationalsozialismus stelle (...) Anlässlich der Beratung zur Tarifreform der Grossen Leipziger Strassenbahn im Verwaltungsrat der Stadtwerke hat es nun Herr Dr. Löser fertig gebracht, als einziger gegen die Vorlage zu stimmen. Damit hat er (...) grundlegend gegen die Grundgedanken des Führerprinzips und der Disziplin verstossen»<sup>31</sup>. Ein ähnlicher Fall hatte noch im Dezember 1933 zu keinerlei Massregelungen geführt. Löser reagierte auf die Angriffe am 23. Februar 1934 mit einem Brief an Goerdeler, in dem er sich kritisch mit den Praktiken der NSDAP auseinandersetzte und bedauerte, Hospitant der nationalsozialistischen

<sup>28</sup> StA L, Kap. 1, Nr. 21, Beih. 13, Bl. 11,18,19.

<sup>29</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>30</sup> Das exakte Datum liess sich bisher aus den Akten nicht ermitteln.

<sup>31</sup> StV-Akt S, Nr. 7, Bd. XXV, Bl. 18.

Fraktion geworden zu sein. «Ich hätte dies niemals getan, wenn ich gewusst hätte, dass mir dadurch zur Erfüllung meiner Amtspflicht notwendige Stellungnahmen und Abstimmungen erschwert würden. Ich habe die Fraktionsdisziplin niemals in dem Sinne aufgefasst, dass durch sie meine pflichtmässige Amtsführung geschmälert werde. Damit ist die Frage gestellt, um die es geht: Wie verhalten sich Amtspflicht und Fraktionszwang oder sonstige Bindungen? Mir (Löser – d. Verf.) ist bekannt, dass heute auch die Auffassung vertreten wird, ein Zwiespalt der Pflichten sei überhaupt undenkbar, weil Bewegung und Staat eins seien. Diese Auffassung ist in der Totalität richtig, stimmt jedoch nicht für die einzelnen Bezirke und örtlichen Bereiche. Es kann nicht einer Fraktion und ihrem Führer oder einer sonst leitende Parteifunktionen ausübenden Persönlichkeit überlassen bleiben, zu entscheiden, wie der Beamte sein Amt zu führen hat. Sonst ergibt sich eine solche Fülle von Unterschiedsmöglichkeiten der persönlichen Auffassungen, dass im Erfolge eine einheitliche Zusammenfassung des Staatswillens von oben her verhindert wird, wenn die Leiter verschiedener Parteidienststellen verschiedene Auffassungen durchzusetzen in der Lage sind.»<sup>32</sup>

Der Fall Löser berührte mit der Frage politischer Beamter oder Fachbeamter ein umfassendes Problem, nämlich das Verhältnis von Partei und Staat und ihrer gegenseitigen Abgrenzung. Der Ausgang des Personalkonflikts, Löser forderte seine Versetzung in den Ruhestand<sup>33</sup>, deutete daraufhin, dass weder den staatlichen Behörden noch den Parteiinstanzen daran gelegen war, sich für den Fachbeamten zu entscheiden. Damit zeigte sich für Goerdeler, der dem Fachbeamten eindeutig den Vorzug gab, deutlich die Diskrepanzen zwischen der kommunalpolitischen Praxis und dem kommunalpolitischen «Programm» der NSDAP in dieser Frage.

Am 12. Juni 1934 wurde auf Druck des Kreisleiters Dönicke und der NSDAP-Fraktion im Ergebnis einer Besprechung mit Goerdeler festgelegt, dass Stadtrat Stahl sofort, Löser zum 30. August des Jahres<sup>34</sup> und die Stadträte Nitzsche und Leiske zum 31.

<sup>32</sup> StA L, Kap. 10 L, Nr. 688, Bl. 88 und StV-Akt S, Nr. 7, Bd. XXV, Bl. 20.

<sup>33</sup> Schon im Herbst 1933 hatte er gegenüber der NSDAP-Fraktion angedeutet, dass er eine Trennung für wünschenswert hielt. StA L, StV-Akt. S, Nr. 7, Bd. XXV, Bl. 30.

<sup>34</sup> Löser wurde aber erst zum 1.9.1934 beurlaubt. Er war dienstlich stark beansprucht, weil er Goerdeler, der erkrankte, längere Zeit vertreten musste. Löser übernahm dann eine leitende Stellung in der Privatwirtschaft. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1937 wurde er in den Vorstand der Friedrich Krupp A.-G., Essen, berufen. Er trat als Nachfolger des verstorbenen Direktors Buschfeld in das Direktorium der Gesellschaft ein. Aufgrund seiner Beteiligung am Widerstandskreis des 20. Juli wurde er verhaftet, im November 1944 auf Anordnung Hitlers aus dem Verhältnis eines Ruhestandsbeamten ausgestossen. Er überlebte das Kriegsende. StA L, Kap. 10 L, Nr. 688.



März bzw. zum 30. April 1935 aus dem Dienst der Stadt ausscheiden sollten. Goerdeler versuchte, Kunz einzuschalten, um diese Entscheidung rückgängig zu machen. Doch im Ergebnis der Verhandlungen, die Kunz vor Ort führte, kam er zu dem Schluss, dass das Ausscheiden der genannten Stadträte unvermeidlich sei<sup>35</sup>.

Diese Nachricht besiegelte das Ende des alten konservativen Stadtrats. Bis zum 1. Mai 1935 waren mit Ausnahme von Beusch<sup>35</sup> und Wolf<sup>37</sup> alle nichtnationalsozialistischen Stadträte hinausgedrängt. Die im Juni 1934 angeschobene Personalentwicklung hatte eine Neuordnung des Ratskollegiums nach sich gezogen, dessen wichtigste Ergebnisse die Bestellung Haakes zum stellvertretenden Oberbürgermeister mit Wirkung vom 1. Januar 1935 und die Übernahme des Finanz- und Steueramtes durch Köhler als neuen Stadtkämmerer für Löser waren<sup>38</sup>.

Goerdeler besass keine ernsthafte Möglichkeit, die Parteiwillkür zu bremsen und die Ausschaltung seiner Ratskollegen zu verhindern. Es gelang ihm nur, im Einvernehmen mit dem sächsischen Innenministerium, die Ausführungen zu mildern. So konnte er gegenüber den Stadtverordneten durchsetzen, Löser, Leiske und Nitzsche nicht zu pensionieren, sondern sie nach § 6 des BBG in den Ruhestand zu versetzen, was erhebliche finanzielle Vorteile für die Betroffenen brachte und den Makel politischer Unzuverlässigkeit aufhob<sup>39</sup>.

Die finanzielle Abfederung der Entlassungen erzeugte Unmut bei den Nationalsozialisten in Leipzig. Haake legte deshalb Anfang Oktober 1934 bei Fiehler, dem Leiter des Amtes für Kommunalpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP, über den Dienstweg Beschwerde ein. «Im Zuge der Gleichschaltungsmassnahmen machte es sich in der Verwaltung der Stadt Leipzig notwendig, (...) Ratsmitglieder, die sich als liberalistische Volksparteiler oder gar Demokraten in den Jahren des Kampfes uns gegenüber gegnerisch eingestellt hatten, zu beseitigen. Leider war keine Möglichkeit vorhanden, die Pensionierung so vorzunehmen wie bei den Sozialdemokraten. Wäh-

<sup>35</sup> StA D, Mdl Nr. 19026, Bl. 409-416.

<sup>36</sup> Stadtrat Beusch wurde mit Unterstützung Goerdelers bei Ablauf seiner Amtszeit am 22.8.1936 nach Zustimmung des Reichsstatthalters für 12 Jahre als Stadtrat und Amtsarzt wiederberufen. Er legte am 30.9.1938 sein Amt nieder, um als Direktor in die Hauptverwaltung der Friedrich Krupp A.G. einzutreten und in ihr die Leitung des gesamten Gesundheitswesens zu übernehmen. StA L, Kap. 10 B, Nr. 1072, Bl. 148.

<sup>37</sup> Stadtbaurat Wolf, der vom 1.8.1934 bis 31.1.1935 zum Leiter der Technischen Abteilung des Reichssiedlungskommissariats im Reichswirtschaftsministerium beurlaubt gewesen war, schied am 30.9.1936 aus dem Amt.

<sup>38</sup> StV-Akt S, Nr. 7, Bd. XXV, Bl. 16.

<sup>39</sup> StA L, Kap. 10 L, Nr. 688, Bl. 99-100.

rend beispielsweise der ehemalige sozialdemokratische Bürgermeister etwa 21'000 RM Gehalt bekam und jetzt nur rund 3'000 RM Pension erhält, beziehen der frühere Bürgermeister Löser 12'000 RM Pension und der frühere Stadtbaurat zur Nieden sogar 15'000 RM Pension.(...) Dabei bekommen natürlich die von uns eingesetzten Parteigenossen weniger Gehalt als diese Herren Pension.»<sup>40</sup> In einem Begleitbrief zu Haakes Eingabe betonte der Leiter des sächsischen Gauamtes für Kommunalpolitik, Kunz, ausdrücklich, «die Klagen, die aus dem Schreiben ersichtlich sind, sind allgemein, finden also nicht nur ihre Stütze in den besonderen Leipziger Verhältnissen.»<sup>41</sup> Deshalb zog die Antwort des Hauptamtes für Kommunalpolitik vom 25. Februar 1935 auch keine Konsequenzen nach sich<sup>42</sup>. Die Partei war im Kampf um die Leipziger Ratsstellen deshalb so rigoros und kompromisslos vorgegangen, weil sich im Verlaufe der Gestaltung einer neuen Reichsgemeindeordnung seit 1933 abzeichnete, dass die Stadtverordneten (Gemeinderäte) entsprechend den nationalsozialistischen Vorstellungen in ihrer ursprünglichen Funktion degenerieren würden. Haake hatte im Januar 1934 eingestanden, er würde, «wenn das System der Beigeordneten in Gestalt des heutigen Rates richtig ausgebaut wäre, die Gemeinderäte nicht einführen und so zu einer völligen Beseitigung dessen kommen, was heute die Gemeindeverordneten sind.»<sup>43</sup> Einzige Konsequenz dieser theoretischen Vorstellungen und ihrer schliesslichen Manifestierung in der DGO 1935 konnte nur sein, den Parteeinfluss auf die Ratsstellen auszudehnen, um die Macht im Rathaus zu sichern. Bei der Gleichschaltung des Stadtrates wird aus allen dargestellten Einzelfällen erkennbar, dass Goerdler in seinen Reaktionen eine politische Grundlinie verfolgte. Er versuchte, das Verhältnis von Staat, Gemeinde und Partei aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen individuell zu regulieren, indem es sich gegen Eingriffe der Partei in die Stadtverwaltung sperrte. Goerdler ging es dabei weniger um Opposition gegen den Nationalsozialismus als um die Sicherung der Effizienz der Verwaltung und die Selbstbehauptung des Beamtentums gegen die Machtansprüche der Partei. Er musste zunehmend erkennen, dass Entwicklungen im Gange waren, die seinen Bewegungsspielraum als Oberbürgermeister erheblich mehr einzuschränken in der Lage waren als die nach demokratisch-parlamentarischen Prinzipien funktionierende Stadtverordnetenversammlung in der Weimarer Republik. Der Druck, der durch die Kooperation zwischen staatlichen Stellen und Parteeinstanzen auf ihn aus-

<sup>40</sup> BANS 25, Nr.330, Bl. 91-92.

<sup>41</sup> Ebenda, Bl. 90.

<sup>42</sup> Ebenda, Bl. 93-94.

<sup>43</sup> StA L, Kap. 6, Nr. 107, Bd. 1, Bl. 359.

geübt wurde, nahm sukzessive zu. Er bewirkte einen deutlichen Machtverlust auf kommunaler Ebene, der im Sommer 1933 mit den Fällen Böhme und zur Nieden einsetzte und im Sommer 1934 einen ersten Tiefpunkt erlebte, als das Ende des alten konservativen Stadtrates beschlossen wurde. Goerdeler, der diesen erdrutschartigen Prozess völlig realisierte, erinnerte sich im Jahre 1937 daran, dass ihm in den ersten drei Monaten des Jahres 1933 der Machtmissbrauch der NSDAP so klar wurde, dass er fortan seine Aufgabe darin sah, daraus erwachsenen Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und «die Autorität in der Hand zu behalten.»<sup>44</sup>

## **6. 2. Die «Unerträglichkeit parteimässiger Eingriffsgelüste».** **Der Zugriff der NSDAP auf die gemeindlichen Mittel in Leipzig**

Die Erfahrungen, die Goerdeler mit den Machtansprüchen der Partei und ihren willkürlichen Eingriffen in die Personalpolitik der Stadtverwaltung gesammelt hatte, erharteten sich auch in anderen Bereichen der kommunalpolitischen Arbeit<sup>45</sup>.

Exemplarisch soll am Zugriff der NSDAP, ihrer Verbände und Gliederungen auf die gemeindlichen Mittel veranschaulicht werden, wie diese Vorgänge Goerdelers Verhältnis zum NS-System weiter beeinflussten.

Im Finanzproblem der Gemeinden wurde der Mangel an eigenen, gesicherten Einkünften der Gemeinden und deren geringe Verfügungsmöglichkeiten darüber deutlich<sup>46</sup>. Der Druck auf die Gemeinden wuchs und die Gemeindeleiter standen dem in der Regel ohnmächtig gegenüber. Die Geld-, Personal- und Sachforderungen der Partei stellten auch für die Stadt Leipzig eine Belastung dar, die an ihre Leistungsfähigkeit ging. Sie erschöpften sich nicht nur auf die kostenlose oder preislich reduzierte Bereitstellung von Räumlichkeiten, Gebäuden oder von Grund und Boden, sondern erstreckten sich auch auf Sachleistungen wie Heizmaterial, Strom oder Möbel. Die Stadt hatte Unkosten für Turn- und Schwimmhallen zu decken oder Personal für Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Letztlich musste sie die Kosten für in Leipzig logierende SA-Formationen übernehmen. Eine geordnete Haushaltsführung war dadurch schlechterdings kaum möglich.

<sup>44</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>45</sup> Die kommunalpolitische Gesamtentwicklung kann sinnvollerweise nicht Gegenstand der Untersuchung sein, weil einerseits eine solche Darstellung angesichts der Breite kommunalpolitischer Tätigkeit zu weitläufig werden müsste und andererseits wahrscheinlich für die Fragestellung dieser Arbeit nicht viel ergäbe.

<sup>46</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 379.

Das Ausmass der Leistungen an die NSDAP und ihre Organisationen<sup>47</sup> hatte bereits im Sommer 1934 solche Dimensionen erreicht, dass Goerdeler sich seit Juni des Jahres vorbehielt, «alle Gesuche der SA., SS. usw. um Gewährung von Geld- und Sachleistungen»<sup>48</sup> ausschliesslich selbst zu entscheiden. Damit versuchte er, eine Möglichkeit zu schaffen, regulierend einzugreifen. Der Spielraum, der ihm dafür zur Verfügung stand, war jedoch begrenzt, weil die Entscheidung über den Einsatz der Mittel stark durch das politische Gewicht der Hoheitsträger und ihr Durchsetzungsvermögen bestimmt wurde<sup>49</sup>. Dementsprechend entsprach Goerdeler den Forderungen, erfüllte sie in geringerem Umfange oder wies sie teilweise auch zurück, wie eine Anfrage Haakes vom November 1933. Haake wollte an einer Huldigungsfahrt nach München teilnehmen. Goerdeler lehnte das mit dem Argument ab, dass Haake, wenn er selbst die Stadt vertreten wolle, dies tun könne, aber eine Huldigungsgabe der Stadt Leipzig werde es nicht geben. Er schützte die «städtischen Körperschaften» vor, die er gewöhnlicherweise umging. Mit ihnen müssten «geldliche Zuschüsse» erst besprochen werden. Dann untermauerte Goerdeler seine Entscheidung durch den Hinweis auf den DGT, der mit namhaften nationalsozialistischen Kommunalpolitikern besetzt war und dessen Positionen deshalb nicht einfach weggewischt werden konnten. Goerdeler liess Haake wissen, «es herrschte gestern im Deutschen Gemeindetag in Berlin übereinstimmend die Ansicht, dass wir jetzt solche Spenden nicht vertreten könnten, solange wir noch mit eigenen Sorgen zu tun haben.»<sup>50</sup>

Die Ansprüche der Partei waren nicht immer so leicht abzubiegen. Wie kompliziert sich mitunter die Situation für die Stadt darstellen konnte, soll eingehender am Beispiel der Erstattung von Schutzhaftkosten einschliesslich Löhnung und Verpflegung einer Wachhundertschaft des SS-Sonderkommandos Sachsen behandelt werden. Damit war Goerdeler in den Jahren 1933 bis 1936 u.a. konfrontiert.

Am 16. August 1933 forderte die Lagerverwaltung des KZ Sachsenburg, das am 2. Mai 1933 eingerichtet worden war<sup>51</sup>, die Stadt Leipzig auf, in 31 Fällen Schutzhaft-

<sup>47</sup> Vgl. dazu StA L, Kap. 3, Nr. 70, Bd. 1, Beih. 1-7, Beih. 8 Bd. 1, Beih. 9,13, 20.

<sup>48</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 70, Beih. 2, Bl. 55.

<sup>49</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 369f.

<sup>50</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 70, Bd. 1, Bl. 68.

<sup>51</sup> Zur Geschichte des KZ Sachsenburg vor allem für die Zeit der SS-Herrschaft von August 1934 bis zur Auflösung des Lagers 1937 vgl. Johannes Tuchel, Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der «Inspektion der Konzentrationslager» 1934-1938, Boppard am Rhein 1991, S. 192-202 mit ausführlichen Angaben zu weiterführender Literatur. Darüber hinaus gibt es vorrangig für die Zeit der SA-Herrschaft von Mai 1933 bis August 1934 Archivalien im StA D, Amtshauptmannschaft Flöha, Nr. 2392 bis 2424.

kosten für aus der Stadt stammende Häftlinge mittels Zwangsvollstreckung einzuziehen. «Soweit die Forderung vom Schuldner auch im Wege der Zwangsvollstreckung nicht einziehbar ist,» empfahl die Lagerverwaltung, «sind die in die Haftzeit fallenden Zahlungen für die Person des Schuldners aus Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung bez. aus Fürsorgemitteln abzuführen.»<sup>52</sup>

In Sachsen bot die Regelung der Schutzhaftkosten für solche Forderungen Raum. Seit dem 5. April 1933 galt eine Anordnung des sächsischen Innenministeriums, nach der die Haftkosten in Höhe von zwei RM pro Tag und Gefangenen – je eine Mark für Verpflegung sowie für Unterbringung und Bewachung – festgelegt wurden. Diese Kosten für die in ihren Bezirken untergebrachten Häftlinge waren von den Polizeipräsidenten, Amtshauptmannschaften und von den Verwaltungen der Städte, denen die Geschäfte der unteren Staatsverwaltungsbehörde voll überwiesen waren, verlagsweise zu zahlen<sup>53</sup>. Nach Abschnitt II dieser Verordnung sollte der Häftling die Kosten für seinen Unterhalt nach Möglichkeit selbst tragen bzw. sollte die Verwaltung der Schutzhaftstätte «mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für eine Erstattung dieses Kostensatzes (...) sorgen.»<sup>54</sup> Am 10. Mai 1933 erklärte das Ministerium ergänzend, dass «keine rechtlichen Bedenken bestehen, die Ansprüche gegenüber Schutzhäftlingen auf Erstattung von Kosten der Schutzhaft nach § 387 BGB gegen die Forderung der Eingelieferten auf Auszahlung der ihnen bei der Inschutzhaftnahme abgenommenen und verwahrten Geldbeträge aufzurechnen.»<sup>55</sup>

Den Opfern wurden nicht nur durch ministerielle Anordnungen und Erklärungen die Kosten aufgebürdet, sondern auch durch die Lagerverantwortlichen in den KZ Colditz, Hohenstein und Sachsenburg. «Ersatzweise wurde das Geld von ihren Heimatgemeinden verlangt, die es wiederum von den Familienangehörigen, zum Teil über Abzüge von der Wohlfahrtsunterstützung, Lohnpfändung oder Zwangsvollstreckung, eintrieben.»<sup>56</sup>

Goerdeler war nicht gewillt, den Zahlungsforderungen der KZ-Lagerverwaltung nachzukommen. Er liess das städtische Verfassungsamt die Sachlage prüfen. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass das Schutzhaftlager nach der Fürsorgepflicht-Verordnung und den Reichsgrundsätzen keinen Anspruch an die Stadtgemeinde auf

<sup>52</sup> StA L, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 246.

<sup>53</sup> Ebenda, Bl. 252 und 260.

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Drobisch, Wieland, System der NS-Konzentrationslager, S. 82.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 83f.

Abführung der Fürsorgeunterstützung herleiten könne<sup>57</sup>. Zum gleichen Ergebnis war auch der Sächsische Gemeindetag gelangt, der sich in diesen Vorgang eingeschaltet hatte, weil das Ersuchen der Lagerverwaltung des KZ Sachsenburg an die Stadt Leipzig kein Einzelfall geblieben war<sup>58</sup>.

Deshalb schickte die Stadtverwaltung Leipzig am 23. September 1933 die Aufforderungen um Einziehung von Schutzhaftkosten an das KZ Sachsenburg mit der Bemerkung zurück, dass man die genauen Bestimmungen für die Berechtigung dieser Einziehungen wissen möchte. Ausserdem verwies sie darauf, dass die Polizeihauptkasse die Verpflegungskosten für die gesamte Haftzeit selbst einzieht<sup>59</sup>.

Im Spätsommer 1933 konnte Goerdeler die finanziellen Forderungen der Lagerleitung, gestützt auf gesetzliche Vorschriften und den Sächsischen Gemeindetag im Rücken, zurückweisen. Das kann sowohl als Ausdruck der «Schwäche» der sich noch in der Aufbauphase befindlichen NS-Herrschaft als auch als Zeichen der noch starken Position Goerdelers interpretiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sass er als Oberbürgermeister noch relativ fest im Sattel.

Als es aber im darauffolgenden Frühjahr um die Finanzierung einer Hundertschaft des SS-Sonderkommandos Sachsen ging, sollte es Goerdeler nicht mehr möglich sein, sich diesen Forderungen zu entziehen. Die Machtverhältnisse hatten sich in der Zwischenzeit zu Goerdelers Ungunsten verschoben. Matzerath vertritt in diesem Zusammenhang die These, dass «je geringer der Rückhalt des Bürgermeisters bei der Partei, je stärker er politisch 'belastet' war, desto mehr 'Verständnis' hatte er für die Arbeit der Partei und ihrer Organisationen aufzubringen, um seine Position zu stärken.»<sup>60</sup>

Im April 1934 fand im Leipziger Rathaus eine Unterredung zwischen Goerdeler, Dönicke und SS-Obersturmführer Karl Koch statt. Koch war seit seiner Versetzung im September 1933 zum SS-Abschnitt II nach Dresden mit dem Aufbau des SS-Sonderkommandos Sachsen beauftragt<sup>61</sup>. Das umfasste auch die Erschliessung von Finanzquellen für die Unterhaltung des Wachverbandes.

Koch und Dönicke wollten von Goerdeler die Zusage einholen, dass Leipzig die Einrichtung einer Hundertschaft eines Sonderkommandos der SS finanziell unterstützt, «die aus besonderen Gründen besonders (sic.) aufgestellt werden sollte. Gesamtkosten ohne Einrichtung für 100 Mann monatlich 9'000 RM.»<sup>62</sup>

<sup>57</sup> StA L, Kap. 73, Nr. 103, Bd. 1, Bl. 246 und 248.

<sup>58</sup> Ebenda, Bl. 260.

<sup>59</sup> Ebenda, Bl. 253 und 261.

<sup>60</sup> Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 375.

<sup>61</sup> Vgl. Tuchel, Konzentrationslager, S. 379f.

<sup>62</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 70, Beih. 6, Bl. 30.

Damit war eine Wachhundertschaft für das KZ Sachsenburg bei Chemnitz gemeint, denn das SS-Sonderkommando Sachsen war für die Bewachung dieses Lagers zuständig<sup>63</sup>.

Goerdeler kam der finanziellen Forderung der SS nicht sofort nach. Er zögerte, sondierte die Lage nach möglichen Handlungsspielräumen und machte Bedenken geltend. Aber nirgends deutete sich ein Ausweg an.

Die Lage stellte sich so dar, dass ab 1934 die Regelung galt, dass der Etat der Konzentrationslager (Verwaltung, Häftlinge) und der Etat der Wachmannschaften (Totenkopfverbände) je zur Hälfte durch die Länder und durch die SS aufzubringen waren. Ab 1935 wurde der Unterhalt der Konzentrationslager ausschliesslich durch die Länder, ab 1936 durch das Reich gedeckt<sup>64</sup>. Wie die SS und die einzelnen Länder die Finanzierungsfrage der Wachmannschaften aufgrund dieser Regelungen im Einzelnen organisierten, muss aufgrund fehlender Quellen grösstenteils offen bleiben. In Sachsen bezuschusste das Land einen Teil der aus der Bewachung resultierenden Kosten<sup>65</sup>. Der andere Teil wurde vermutlich durch die Städte und Gemeinden getragen. Aus Akten der Stadtverwaltung Leipzig geht hervor, dass in Sachsen offenbar alle Grossstädte zu Zahlungen für das SS-Sonderkommando Sachsen verpflichtet wurden und diesen Forderungen auch weitestgehend nachgekommen sind. Seit wann die sächsischen Städte Gelder zahlten und in welcher Höhe sich die Summen bewegten, bleibt jedoch unklar.

Goerdeler bewilligte schliesslich die geforderten Geldmittel. «Nach Durchsprechung der staatspolitischen Gründe habe ich», hielt er aktenkundig fest, «unter Unterrichtung von Stadtrat Dr. Lisso und im Einvernehmen mit Kreishauptmann Dönike sowie mit Wissen des Innenministers Fritsch bis auf Weiteres Zahlungen zuge-

<sup>63</sup> Die Wachmannschaften rekrutierten sich bis zur Übernahme durch das SS-Sonderkommando Sachsen unter der Leitung des SS-Sturmführers Max Simon am 13.8.1934 überwiegend aus SA-Truppen. Danach bestand die Wachtruppe aus drei SS-Stürmen (Hundertschaften), von denen jeweils ein Sturm in wöchentlichem Wechsel den Wachdienst versah, während die beiden anderen Stürme zu Ausbildungszwecken in Chemnitz kaserniert blieben. Vgl. Karl Otto (Bearb.), *Das Lied von Sachsenburg ...Tausend Kameraden Mann an Mann... Beiträge zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Konzentrationslager Sachsenburg, Hainichen 1962*, S. 19. Die Häftlingsstärke lag im Mai 1933 anfänglich bei 40 und erreichte im Oktober des Jahres das Höchstmass von 1327. Bei Übernahme des Lagers durch die SS 1934 waren weniger als 300 Häftlinge inhaftiert. Ihre Zahl stieg bis zum Sommer 1935 auf rund 800 und erreichte am Jahresende 1300. Bis zur offiziellen Auflösung des Lagers zum 12.7.1937 nahm sie auf rund 700 ab. Vgl. Drobisch, Wieland, *System der NS-Konzentrationslager*, S. 63 und Tuchel, *Konzentrationslager*, S. 199 und 201.

<sup>64</sup> Vgl. Tuchel, *Konzentrationslager*, S. 230.

<sup>65</sup> Vgl. Drobisch, Wieland, *System der NS-Konzentrationslager*, S. 87.

gesagt.»<sup>66</sup> Die Zahlungszusage hatte Goerdeler nur gegeben, weil er das sächsische Innenministerium zu einem finanziellen Entgegenkommen bewegen konnte. «Ich habe es dem Herrn Innenminister gegenüber als Voraussetzung bezeichnet, dass der Staat uns irgendwie schadlos hielte. Das könne dadurch geschehen, dass ein Darlehen von 250'000 RM, das wir in Erwartung, es nicht zurückzahlen zu brauchen, im Jahre 1932 vom sächsischen Staat für Fürsorgezwecke bekommen haben, endgültig erlassen wird. (...) Die monatlichen Zahlungen vom 9'000 RM erfolgen also in Erwartung eines entsprechenden Gegenwertes für die Stadt und nachdem von entscheidenden, für die Staatsaufsicht über die Stadt zuständigen politischen Stellen zugesichert ist, dass staatspolitische und wehrpolitische Gründe vorlägen, über die im Hinblick auf das Diktat von Versailles im Augenblick nicht weiter gesprochen werden könne.»<sup>67</sup>

Inwieweit Goerdeler bei diesem «Handel» spekulierte, die finanzielle Situation der Stadt mit diesen nicht etatisierten Zahlungen und der damit verbundenen Darlehensstundung zu verbessern oder ob eventuell Überlegungen mitspielten, dass dadurch das sächsische Innenministerium indirekt selbst die Finanzierung des SS-Sonderkommandos mit abdeckte, lässt sich aus den Quellen nicht herauslesen.

Dass Goerdeler die Zahlungszusage nicht sofort gab und sich auch im Nachhinein immer wieder politisch absicherte<sup>68</sup>, könnte darauf hindeuten, dass er dem Vorgang Vorbehalte entgegenbrachte. Diese Vermutung wird durch Goerdelers Versuche gestützt, für die vergleichsweise hohen monatlichen Belastungen, Dresden hatte nur 6'000.– RM monatlich zu entrichten, beim SS-Sonderkommando und beim sächsischen Innenministerium eine Entlastung zu erwirken. Nach der ersten Zahlung erklärte Goerdeler dem SS-Sonderkommando, dass diese in der Erwartung geleistet wurde, dass die Hundertschaft aus Leipziger Bürgern aufgestellt würde<sup>69</sup>. Aus diesem Grund hatten nämlich SS und Innenministerium den Zahlungsanspruch an die Stadt abgeleitet. Dann stellte er am 19. Mai 1934 klare Bedingungen: «Der nächste Betrag wird nach Eingang der Liste der aus Leipzig Eingestellten überwiesen.»<sup>70</sup>

<sup>66</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 79, Beih. 6, Bl. 30.

<sup>67</sup> Ebenda.

<sup>68</sup> Dabei hegte Innenminister Fritsch noch im Sommer 1935 keinerlei Bedenken, dass Leipzig die bisher an das SS-Sonderkommando geleisteten Zahlungen weiter vornahm, da es «keine parteilichen, sondern polizeiliche und staatspolitische Aufgaben» zu erfüllen hätte. StA L, Kap. 3, Nr. 10, Beih. 6., Bl. 46.

<sup>69</sup> Ebenda, Bl. 21.

<sup>70</sup> Ebenda, Bl. 25.



Dieser Versuch, die finanziellen Forderungen abzumildern oder sie eventuell doch noch umgehen zu können, wurde durch Koch zerschlagen. Am 8. Juni 1934 teilte er Goerdeler mit, «nach bestehenden Anordnungen und nach Rücksprache mit dem Innenminister Dr. Fritsch (sic) darf eine namentliche Liste nicht abgegeben werden.»<sup>71</sup> Wenige Tage später wurde der Form halber eine rechnerische Aufstellung nachgereicht, nach der 93 SS-Angehörige aus Leipzig im Dienst des SS-Sonderkommandos Sachsen standen<sup>72</sup>.

Nachdem Leipzig seinen Zahlungen nachgekommen war, sich eine Regelung in der Darlehensfrage seitens des sächsischen Innenministeriums jedoch nicht abzeichnete, stornierte Goerdeler die Zahlungen<sup>73</sup>. Das schien ihm der einzig gangbare Weg zu sein, um das Ministerium zu bewegen, sich an seine Zusagen zu halten. Ausserdem vertraten selbst leitende Beamte des Hauses im Oktober 1934 die Auffassung, «dass nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen und den neuesten Verordnungen es bei der Finanzlage der Gemeinden unmöglich ist, weiterhin eine Last von monatlich 9'000.– RM zu dem genannten Zwecke»<sup>74</sup> zu zahlen. Im November 1934 erklärte sich das sächsische Innenministerium dann bereit, das Darlehen von insgesamt 250'000.– RM auf 100'000.– RM herabzusetzen<sup>75</sup>. Daraufhin wies Goerdeler auf Anraten seines Stadtkämmerers Köhler Nachzahlungen für die offenen Monate September und Oktober 1934 an und führte die Zahlungen bis 31. März 1935 weiter. Danach sollten sie laut November-Vereinbarung mit dem Innenminister eingestellt werden<sup>76</sup>.

Im Frühjahr 1935 waren sich Goerdeler und Köhler einig, dass, falls weitere Zahlungen der Stadt vorgesehen sein sollten, diese aber «haushaltsplanmässig geregelt» werden müssten<sup>77</sup>. Diese Position machte Köhler am 1. April 1935 Ministerialrat Kunz in Dresden unmissverständlich klar. Er räumte aber ein, dass er glaube, dass Goerdeler sich zu weiteren Zahlungen entschliesse, «wenn die sächsische Regierung schriftlich den Wunsch ausspricht, dass auch für das Jahr 1935 die Zahlungen durchgeführt werden.» Allerdings fügte er erklärend hinzu, «müsste uns bei der ausserordentlich schwierigen Finanzlage (...) auch vom sächsischen Land entgegengekommen werden.»<sup>78</sup> Köhler schlug die gänzliche Stundung des bereits auf

<sup>71</sup> Ebenda, Bl. 28.

<sup>72</sup> Ebenda, Bl. 29.

<sup>73</sup> Ebenda, Bl. 37.

<sup>74</sup> Ebenda, Bl. 33.

<sup>75</sup> Ebenda, Bl. 37.

<sup>76</sup> Ebenda.

<sup>77</sup> Ebenda, Bl. 42.

<sup>78</sup> Ebenda.

125'000.– RM festgesetzten Fürsorgedarlehns mit der Begründung vor, dass die Zahlungen für das SS-Sonderkommando 108'000.– RM ausmachen werden.

Da dieses Gespräch zu keiner Klärung in der Darlehensfrage führte, unterblieben die Zahlungen der Stadt Leipzig weiterhin. Daraufhin schalteten sich lokale Funktionsträger der Partei ein und übten Druck auf Goerdeler aus. Dönicke bat Goerdeler, «dringend» die Weiterzahlung zu veranlassen, da sonst 50 Mann entlassen werden müssten. Eine «*Verpflichtung*» bestünde «natürlich» nicht, erklärte Dönicke, «aber der Oberbürgermeister muss hier verständnisvolles Entgegenkommen zeigen.»<sup>79</sup>

Erst als der sächsische Innenminister am 12. Juni 1935 der Stadt Leipzig die Rückzahlung des noch in Höhe von 125'000.– RM bestehenden Kredites erliess, wies Goerdeler zwei Tage später «die Weiterzahlung der bisherigen Monatsraten von dem Monat ab von dem ab wir sie eingestellt haben bis längstens 31. März 1936»<sup>80</sup> an. Am 27. Juni 1935 schrieb er in diesem Zusammenhang an Köhler, dass er «mit Rücksicht auf den besonderen, mir stets als vertraulich bezeichneten Charakter der Angelegenheit» auf Beratung verzichten müsste. «Im Übrigen ist festzuhalten, dass wir den Erlass des uns gewährten Darlehens nie erreicht hätten, wenn wir uns nicht zu diesen Zahlungen bereitgefunden hätten.»<sup>81</sup>

Seit dem 14. Mai 1934 flossen rückwirkend von April des Jahres bis zum 31. März 1936 schätzungsweise 216'000.– RM, wenn von einer 24monatigen Zahlungsdauer ausgegangen wird<sup>82</sup>.

Die Aktenlage vermittelt den Eindruck, dass sich die Finanzierung einer Hundertschaft der Wachverbände des SS-Sonderkommandos Sachsen für Goerdeler in erster Linie als ein finanzielles Problem darstellte. Belege, dass ihn die ethisch-moralische und rechtsstaatliche Dimension des Vorganges bewegt hat, konnten nicht erbracht werden, lediglich Indizien. Daraus jedoch nahelegen zu wollen, dass Goerdeler Schutzhaft und Konzentrationslagern nicht kritisch gegenüberstand, erscheint problematisch<sup>83</sup>. Es gibt Hinweise – allerdings späteren Datums –, dass er diese

<sup>79</sup> Hervorhebung im Original. Ebenda, Bl. 43.

<sup>80</sup> Ebenda, Bl. 44.

<sup>81</sup> Ebenda, Bl. 46.

<sup>82</sup> Die Angaben über die insgesamt gezahlte Summe an das SS-Sonderkommando Sachsenburg durch die Stadt Leipzig schwanken. Unger geht von Zahlungen in Höhe von 207'000.– RM und Laise von 225'000.– RM aus. Die Unsicherheiten resultieren aus den unregelmässigen Zahlungen und der lückenhaften Überlieferung der Zahlungsanweisungen. Vgl. Unger, Die «Endlösung», S. 942 und Laise, Das Wirken Carl Goerdelers, S. 24.

<sup>83</sup> Vgl. Laise, Das Wirken Carl Goerdelers, S. 24.

Formen der aussergerichtlichen Freiheitsberaubung, die von Anfang an dazu dienten, konsequente Hitlergegner zu isolieren, zu drangsalieren und jeglicher Menschenrechte zu berauben, abgelehnt hat. Deshalb bleibt nur zu vermuten, dass ihn dieser Vorgang menschlich erschüttert hat.

Die Finanzierung des SS-Wachverbandes zeigte sehr deutlich die Gefahren, die von Partei und Staat für die Belange der kommunalen Selbstverwaltung ausgingen. Das war Ausdruck für den Niedergang der kommunalen Selbstverwaltung, der sich auch in der Aushöhlung der gemeindlichen Aufgabengebiete und der Zerstörung der «Einheit der Verwaltung» spiegelte. In der Konfrontation mit diesen Prozessen bahnte sich bei Goerdeler die Erkenntnis an, dass es sich bei den Eingriffen der NSDAP in die Verwaltung nicht um zeitweilige Übergangserscheinungen handelte, sondern dass sich dahinter ein Strukturproblem im Verhältnis von Staat, Gemeinde und Partei verbarg. Das trug zwar zu seiner Desillusionierung bei, erzeugte aber bei aller Missstimmung keine Verweigerungshaltung, sondern führte im Gegenteil zu erhöhter Handlungsbereitschaft. Er engagierte sich lebhaft bei der Neuordnung der Kommunalverfassung in der Hoffnung, «Auswüchse» des Parteieinflusses und staatliche «Überaufsicht» auf gesetzgeberischem Wege wieder zurückschrauben und eine neue verfassungsrechtliche Grundlage für Gemeinden und Staat mitgestalten zu können. Deshalb sollte Goerdelers weitere Einstellung zum Nationalsozialismus insbesondere davon abhängen, zu welchen Resultaten die Neuordnung der Kommunalverfassung führte, die im Winter 1933 zunächst durch Preussen im Alleingang vorgenommen wurde und schliesslich in die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) mündete.

### **7. 3. «Ein Todfeind der Selbstverwaltung hat die Feder ergriffen». Die Kommunalgesetzgebung 1933**

Das Gesetz über den Deutschen Gemeindetag, das die Gleichschaltung der sechs kommunalen Spitzenverbände beendete und ihre organisatorische Zusammenfassung legalisierte, und die preussischen Gemeindegesetze waren für Goerdeler im Dezember 1933 das erste Signal, dass seine kommunal- und verfassungspolitischen Ordnungsvorstellungen im NS-System auf Widerstände stiessen.

Goerdeler war – bedingt durch seine kommunalpolitischen Ämter und Funktionen<sup>84</sup> – massgeblich an der Vorbereitung des Gesetzes über den DGT beteiligt.

<sup>84</sup> Goerdeler war 1933 Mitglied des neugebildeten vorläufigen Vorstandes des Sächsischen Gemein-

Der Anfang Dezember 1933 vorliegende Gesetzesentwurf entsprach jedoch nicht seinen Vorstellungen. Am 9. Dezember kritisierte er gegenüber Frick unter Zurückstellung grundsätzlicher Bedenken<sup>85</sup> vor allem die vorgesehene starke Verankerung der Staatsaufsicht. Seiner Ansicht nach sei der Entwurf deshalb «überpolizeilich»<sup>86</sup>. Die ausgebaute Staatsaufsicht empfand er schmerzlich als Misstrauen gegen die fachliche Kompetenz und Loyalität der Verwaltungsspitzen der Gemeinden, eventuell nicht im Reichsinteresse handeln zu können. «Wenn man einem Oberbürgermeister oder Landeshauptmann Fähigkeit und Verantwortungsbewusstsein zuspricht, eine grosse Gemeinde oder einen Gemeindeverband auch unter den schwierigsten Verhältnissen zu leiten und zu vertreten, dann sollte auch kein Zweifel daran möglich sein, dass diese Befähigung mit dem Eintritt in das Haus des Deutschen Gemeindetags nicht verloren geht.»<sup>87</sup>

Goerdeler schlug folgende Abänderungen vor<sup>88</sup>. Der DGT sollte das Recht haben, aus eigener Initiative Anregungen an die Reichs- und Landesbehörden heranzubringen. Dem Vorsitzenden des DGT sollte das Berufungsrecht für die Mitglieder des Vorstandes und der Fachausschüsse des DGT eingeräumt werden und nicht dem Reichsinnenminister. Die Leitung der Verhandlungen des Vorstandes und der Fachausschüsse des DGT sollte durch den Vorsitzenden des DGT oder durch eine von ihm beauftragte Person und nicht durch den Reichsinnenminister erfolgen, der zudem das ausschliessliche Recht der Einberufung und der Genehmigung der Tagesordnung haben sollte.

Diese Vorschläge flossen in einen neuen, von Goerdeler konzipierten Gesetzesentwurf ein, der jedoch unberücksichtigt blieb. Es wurden von ihm lediglich «kosmetische» Abänderungsvorschläge übernommen. So konnte der Vorsitzende mit der Leitung der Fachausschüsse beauftragt werden. Auch die ursprünglich gedachten kleinlichen Vorschriften über die Durchführung der Staatsaufsicht fielen weg<sup>89</sup>.

Letztlich bekam der DGT den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und unterlag damit der Aufsicht des Reichsinnenministeriums<sup>90</sup>. Das konnte die Selbstständigkeit der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung nicht bewahren. Goer-

detages sowie Mitglied des vorläufigen Finanzausschusses des DGT und vorläufigen Vorstandes des DGT. StA L, Kap. 1, Nr. 21, Bd. 12, Bl. 25,36, 39.

<sup>85</sup> Dazu gehörte die Verleihung der Eigenschaften einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an den DGT. NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>86</sup> Ebenda.

<sup>87</sup> Ebenda, (Goerdeler, Brief an Frick vom 9.12.1933).

<sup>88</sup> Ebenda.

<sup>89</sup> Ebenda, (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>90</sup> RGBI I, S. 1065.

deler hatte bereits darauf hingewiesen, dass der DGT damit «allmählich von der politischen Seite ausgeschaltet»<sup>91</sup> würde. In der Tat konnte nur erreicht werden, dass die Institution überhaupt weiterbestand und die kommunale Interessenvertretung nicht in einer Ministerialabteilung des Innenministeriums endete<sup>92</sup>.

Trotz der Bedenken und Einsprüche, die Goerdeler gegen den Gesetzentwurf vorgebracht hatte, erklärte er Frick, dass er den Erlass des Gesetzes «grundsätzlich für notwendig» hielt, «damit die Arbeit des Deutschen Gemeindetags möglichst bald auf eine klare Grundlage gestellt wird.»<sup>93</sup> Nach den tiefgreifenden Personalveränderungen in den Führungsspitzen der Gemeinden und Gemeindeverbände müsse eine Zusammenarbeit mit diesen wieder sichergestellt werden, um Stabilität zu erreichen, was im Hinblick auf die bevorstehende Reichsreform unerlässlich sei.

Goerdeler hatte seinen Möglichkeiten entsprechend Einfluss auf das Gesetz über den Deutschen Gemeindetag genommen und versucht, seinen Vorstellungen über Aufgaben und Funktionsweise einer Vertretungskörperschaft deutscher Gemeinden Geltung zu verschaffen. Die Niederlage, die er dabei in der inhaltlichen Ausgestaltung des Gesetzes einstecken musste, führte zu keiner Distanzierung vom NS-System. Im Dezember 1933 war sehr viel Bewegung in die Kommunalgesetzgebung gekommen. So bestand immerhin die berechtigte Chance, dort Korrekturen hinsichtlich der «Überaufsicht» des Staates vornehmen zu können.

Im Dezember 1933 wurden die Reichskanzlei und das Reichsinnen- und Reichsfinanzministerium von einem preussischen Gesetzesvorstoss überrascht, dem sie hilflos gegenüberstanden, weil sie weder konzeptionell noch personell darauf vorbereitet waren. Sie suchten deshalb die Unterstützung bei ausgewiesenen kommunalpolitischen Experten wie Goerdeler. So schlug der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Hans Pfundtner, vor, für eine geplante Besprechung am 13. Dezember «Goerdeler unter der Hand her(zu)-beordern, damit er uns, ohne Fühlungnahme mit den preussischen Herren, für interne Beratung zur Verfügung steht.»<sup>94</sup> Auf dieser Beratung unterbreitete Goerdeler seine fundamentalen Bedenken gegen die preussischen Gesetze<sup>95</sup>.

<sup>91</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>92</sup> Vgl. Jeserich, Von den kommunalen Spitzenverbänden, S. 520.

<sup>93</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Brief an Frick vom 9.12.1933).

<sup>94</sup> Zit. in: Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 119.

<sup>95</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Frick, Schreiben an Goerdeler vom 13.12.1933 und Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

Sie richteten sich dagegen, dass die Staatsaufsicht erheblich erweitert und die Gemeinden in ihrer Funktion auf eine weisungsgebundene Instanz innerhalb eines zentral gesteuerten Verwaltungssystems beschränkt werden sollten. Dabei sollten alle drei konstitutiven Elemente der Selbstverwaltung in Zukunft wegfallen. Erstens sollten Bürgermeister und Gemeinderäte von der Aufsichtsbehörde im Zusammenspiel mit der Partei ernannt werden. Zweitens waren Abstimmungen nicht mehr vorgesehen, was die Ausschaltung der Vertretungskörperschaften und damit der Bürgerschaft an der politischen Willensbildung bedeutete, und drittens sollte der Bürgermeister nur noch gegenüber der vorgesetzten Staatsbehörde verantwortlich sein. Bei wichtigen Vorgängen unterlag die Entscheidung der Gemeinde künftig der Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde.

Mit dem Ergebnis seines Besuchs im Ministerium konnte Goerdeler zufrieden sein. Frick sagte ihm, «dass er Preussen nunmehr erklären würde, die reichsrechtliche Regelung, die ich ihm gegenüber als unreif bezeichnet hätte, würde nun kommen und Preussen würde auf seine Gesetze verzichten.»<sup>96</sup>

Goerdelers Kritik an den preussischen Kommunalgesetzen reihte sich in eine Flut scharfer Stellungnahmen zum preussischen Gesetzeswerk ein, die sowohl aus den Reihen konservativer Kommunalpolitiker als auch von Seiten bedeutsamer kommunalpolitischer Kräfte der Partei kamen<sup>97</sup>. Er hatte in diesem Zusammenhang hervorgehoben, dass er bei seinen Einwänden gegen das preussische Vorgehen mit nationalsozialistischen Kommunalpolitikern konform ging.<sup>98</sup>

Das entsprach nicht ganz den Tatsachen. Goerdelers Kritik stimmte mit der nationalsozialistischer Politiker solange überein, wie sie den Umfang der Staatsaufsichtsbefugnisse, äussere Umstände des Zustandekommens und die Tatsache des Erlasses betrafen. Keinen Konsens gab es in Bezug auf die Beteiligung der NSDAP. Die Partei bemängelte die ihr zugedachte schwache Position. Goerdeler hingegen hatte im Jahre 1933 der NSDAP an keiner Stelle seiner kommunalpolitischen Konzepte irgendeine Funktion zugedacht. Angesichts seiner Erfahrungen mit den willkürlichen Eingriffen der Partei in die Belange der kommunalen Selbstverwaltung war ihm sehr daran gelegen, ihren Einfluss gesetzlich klar zu begrenzen.

Soweit es sich überblicken lässt, spielte im Dezember 1933 die Frage der Verankerung der Partei in den Gemeinden im Gegensatz zur späteren Diskussion um die

<sup>96</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>97</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 126ff.

<sup>98</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Schreiben an Hitler vom 14.12.1933).

DGO noch nicht die entscheidende Rolle. Im preussischen Gemeindeverfassungsrecht waren die Zugeständnisse an die NSDAP sehr bescheiden ausgefallen. Sie legten die Funktionen der Partei in die Hände der Gauleiter, die das Vorschlagsrecht für die Gemeinderäte und das Anhörungsrecht für die Berufung der Gemeindeleiter übertragen bekamen. Die örtlichen Parteiorgane einschliesslich SA und SS konnten ihren rangältesten Führer in den Gemeinderat entsenden.

Um den preussischen Vorstoss zu stoppen, verständigte Goerdeler sich einen Tag nach der Besprechung im Ministerium mit Fiehler über mögliche weitere Schritte. Fiehler vertrat wie Goerdeler die Auffassung, dass das preussische Gesetzeswerk «zur nahezu völligen Vernichtung einer gesunden Selbstverwaltung und der tatsächlichen Selbstverantwortung»<sup>99</sup> führen würde. Sie waren sich einig, dass Hitler eingeschaltet werden müsste.

Daraufhin machte Goerdeler Hitler schriftlich seine Bedenken sowohl hinsichtlich des Inhalts als auch der Tatsache des Erlasses deutlich. Der preussische Vorstoss liefe letztlich auf «ein artfremdes System, wie das der Präfektur»<sup>100</sup> hinaus. «Die Neuordnung muss sich nach meiner Überzeugung auf den altdeutschen Gedanken der Selbstverwaltung aufbauen. (...) Das Volk würde niemals eine Verwaltungsreform als Selbstverwaltung innerlich anerkennen, die sich nach dem voraussehbaren organischen Verlauf der Dinge immer mehr von den wertvollen Kräften der örtlichen Lebensgemeinschaft entfernt und schliesslich in einer Instanz der staatlichen Bürokratie erstarrt.»<sup>101</sup> Die Gesetze seien für das Vorhaben einer reichseinheitlichen Regelung hinderlich. Abschliessend betonte Goerdeler deshalb, «dass es unbedingt notwendig ist, jetzt Einzelaktionen der Länder zu vermeiden und beschleunigt eine reichsrechtliche Neuordnung der gemeindlichen Selbstverwaltung herbeizuführen.»<sup>102</sup>

In dem Bemühen, die Gesetzesverabschiedung zu verhindern, suchte er auch das Gespräch mit dem preussischen Finanzminister Johannes Popitz. Popitz seinerseits bat Goerdeler um eine Unterredung, um diesen in seiner Abwehr gegen die preussischen Gesetze zu bremsen. Beide Männer mussten feststellen, dass sie ein unveröhnlicher Gegensatz in der Frage der Gestaltung der Kommunalverfassung trennte<sup>103</sup>. Er konzentrierte sich bei durchaus vorhandenen Konsenspunkten auf die Gestaltung der Staatsaufsicht über die Gemeinden, insbesondere in Finanz- und

<sup>99</sup> Zit. in: Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 120.

<sup>100</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Schreiben an Hitler vom 14.12.1933).

<sup>101</sup> Ebenda.

<sup>102</sup> Ebenda.

<sup>103</sup> Ebenda, (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

Steuerfragen<sup>104</sup>. Goerdeler waren Popitz' praktische Vorschläge für die Steuergesetzgebung, die den Gemeinden keine eigene Steuerquellen zuerkannten, nicht unbekannt. Er war mit ihnen als Mitglied der «Studiengesellschaft für den Finanzausgleich», in deren Auftrage Popitz Ende 1931 ein Gutachten über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden<sup>105</sup> angefertigt hatte, in Berührung gekommen. Schon damals hatten sich Differenzen gezeigt<sup>106</sup>.

Popitz verteidigte den von der Ministerialbürokratie geprägten staatsautoritären Geist des Gesetzeswerks und die politische Absicherung durch Zugeständnisse an die Partei. Goerdeler bezog hingegen den Standpunkt, dass die preussischen Gesetze schwerste politische Gefahren heraufbeschwören würden, «dass sie m. E. den Tod der Selbstverwaltung bedeuten und es sinnlos sei, sie als Rettung der Selbstverwaltung zu bezeichnen; sie saturierten im Gegenteil staatliche Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.»<sup>107</sup>

Am äusseren Zustandekommen der Gesetze kritisierte Goerdeler, dass er nicht mit einbezogen worden war, was, seiner Ansicht nach, «vielleicht zweckmässig gewesen wäre»<sup>108</sup>. Die preussische Reform war unter Ausschaltung der Gemeinden und ihrer Vertretungen sowie der öffentlichen Meinung und der Parteien von der preussischen Ministerialbürokratie allein bewerkstelligt worden.

Solange das Zustandekommen der Gesetze noch nicht endgültig gesichert war, schaltete sich Hitler – nicht unbeeinflusst von der von Goerdeler vorgetragenen Kritik – ein und verbot die Verkündigung der beschlossenen Gesetze mit der Begründung, dass sie einer künftigen Reichsreform vorzugreifen schienen. Es gelang der preussischen Ministerialbürokratie aber, mit einer Reihe raffinierter taktischer Kunstgriffe die Gesetze dennoch durchzubringen.

Am 15. Dezember 1933 wurden auf der Sitzung des Preussischen Staatsministeriums das preussische Gemeindeverfassungsgesetz und das Gemeindefinanzgesetz beschlossen. Zeitgenossen hoben lobend hervor, dass diese Gesetze «die gewissermassen modernste Gemeindeverfassung im Sinne der neuen Staatsidee»<sup>109</sup> seien. Das hiess nicht, dass beide Gesetzeswerke spezifisch nationalsozialistischen Charak-

<sup>104</sup> Zum kommunalpolitischen Konzept von Popitz vgl. Karl Hettlage, Johannes Popitz 1884-1945, in: Männer der deutschen Verwaltung, S. 343ff. und Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 109ff.

<sup>105</sup> Johannes Popitz, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1932.

<sup>106</sup> Goerdeler, Neuordnung der kommunalen Finanzen, S. 77ff.

<sup>107</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>108</sup> Ebenda.

<sup>109</sup> Johannes Weidemann, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, in: Jahrbuch der Akademie für Deutsches Recht (1935)2, S. 94.



ter trugen. Sie verkörperten eine Mixtur aus staatsautoritären, bürokratisch-etatistischen Vorstellungen und dem nationalsozialistischen Führerprinzip. Sie bestätigten den durch das Gesetz über den Deutschen Gemeindetag angezeigten Trend zum Ausbau der Staatsaufsicht und wiesen in die Richtung, in die die zukünftige Entwicklung der Kommunalverfassung gehen würde: die Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung.

An keiner Stelle in den Gesetzen war ein «Recht auf Selbstverwaltung» garantiert, sie selbst war ad absurdum geführt worden. Damit war keine Besserung in der Frage der Verhinderung des Zugriffs auf die Gemeinden erreicht. Deren Ohnmachtsposition sollte sich aufgrund der angewachsenen Staatsaufsicht nur noch weiter ausprägen.

Das forderte Goerdelers Kritik, die von einer tiefen Enttäuschung getragen war, noch einmal heraus. Er urteilte über das Gemeindeverfassungsgesetz in einer Aktennotiz vom 21. Dezember 1933 zusammenfassend in aller Schärfe. «Hinter wundervoll gefassten, von tiefer Liebe zur Selbstverwaltung getragenen etwa 12 Paragraphen hat ein Todfeind der Selbstverwaltung die Feder ergriffen und sie vernichtet.»<sup>110</sup> Der Wegfall der Wahl des Bürgermeisters und der Gemeinderäte und stattdessen ihre Ernennung durch die Aufsichtsbehörde war in seinen Augen eine Ungeheuerlichkeit. «Wer es wagen kann, solche Bestimmungen als Selbstverwaltung zu bezeichnen, ist entweder selbst ein Narr oder hält andere für Narren. Die Frage kann nur sein eine vollkommene Vernichtung jedes Selbstverantwortungsgefühls. Die Verantwortung wird ja überhaupt ausserhalb der Gemeinde hin verlagert. Das ist eine Verballhornisierung der Führeridee, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.»<sup>111</sup>

Das Urteil über das Gemeindefinanzgesetz fiel nicht besser aus. «Es ist unfruchtbar in seinem Schematismus und ungeheuerlich in der Idee, die Gemeindeverwaltung und die Gemeindefinanzämter noch einmal durch ein staatliches Prüfungsamt nachprüfen zu lassen. Alles Misstrauen über Misstrauen, schlimmste Bürokratie und Entpersönlichung der Selbstverwaltung.»<sup>112</sup>

Noch 1934 kritisierte Goerdeler sogar öffentlich, dass in Preussen der Staat sich das Recht vorbehalten habe, in alle und jede Angelegenheit ändernd und anordnend einzugreifen. «Dadurch wird aber der Begriff der Selbstverwaltung vollkommen aufgehoben. Es nützt dann nichts, den Wert der Selbstverwaltung zu preisen, sondern

<sup>110</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>111</sup> Ebenda.

<sup>112</sup> Ebenda.

es ist dann eben so, dass der Staat mit der Anordnungsbefugnis auch die alleinige Verantwortung übernimmt.»<sup>113</sup>

Bei aller inhaltlichen Kritik, die auf die Überbetonung der Staatsaufsicht zielte, beinhaltete das preussische Gemeindeverfassungsgesetz durchaus auch Regelungen, die Goerdeler als Realisierung seiner Vorstellungen ansehen konnte<sup>114</sup>. Das betraf vor allem den Ausbau der Stellung des Oberbürgermeisters gegenüber den Gemeindevetretern. Auch die nicht mehr nach parlamentarischdemokratischen, sondern ständestaatlichen Prinzipien rekrutierte Stadtverordnetenversammlung entsprach seinen Interessen. Schliesslich schwebte auch ihm eine autoritär, ständestaatlich und nach bürokratisch-etatistischen Prinzipien aufgebaute kommunale Selbstverwaltung vor.

Die Auseinandersetzungen um das preussische Gesetzeswerk zeigen keine fundamentale Systemkritik. Sie gestalteten sich als ein Disput über Umfang, Formen und Praktikabilität autoritärer Verfassungslösungen auf kommunaler Ebene. Dabei veranschaulichten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Goerdeler und Popitz das Spektrum der unterschiedlichen Standpunkte in dieser Frage. Die Kommunalverfassungen der Weimarer Zeit empfanden beide als unakzeptabel. Die preussischen Kommunalgesetze gingen dagegen dem Kommunalpolitiker Goerdeler zu weit, weil sie die Staatsaufsichtsbefugnisse extrem ausweiteten. Dem Staatspolitiker Popitz erschienen sie gerade deshalb als angemessen.

Goerdelers Enttäuschung über das Gesetzeswerk führte nicht zur Distanzierung vom NS-Regime, sondern steigerte im Gegenteil sein Engagement für eine nach seinem Verständnis angemessene Lösung der offen gebliebenen Probleme, die mit der Inangriffnahme einer reichseinheitlichen Gesetzesregelung im Dezember 1933 unmittelbar in Sicht war. Seit dem 5. des Monats arbeitete er angestrengt an der Vorbereitung der DGO mit dem erklärten Ziel, «möglichst schnell die reaktionäre von Popitz für Preussen erlassene abzulösen.»<sup>115</sup> Durch ein schleuniges Reichsgesetz wollte er erreichen, dass «der Schaden, den Preussen anrichten will, wieder gutgemacht wird.»<sup>116</sup> Diese Reaktion verdeutlicht, dass es Goerdeler in den ersten Jahren nationalsozialistischer Herrschaft um die Ausgestaltung und Veränderung des Systems, nicht um dessen Bekämpfung ging.

<sup>113</sup> Carl Goerdeler, Die Gemeinde im nationalsozialistischen Staat, in: *Erwachendes Europa*, 1(1934)3, S. 84f.

<sup>114</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>115</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang). Neben Popitz waren an den preussischen Kommunalgesetzen 1933 vor allem der Ministerpräsident Göring, Justizminister Kerri sowie die Staatssekretäre Grauert und Freisler und die Ministerialdirektoren Neumann und Surén beteiligt

<sup>116</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

## **8. 4. Auf dem Weg zur Deutschen Gemeindeordnung. Die Kontroversen im Gesetzgebungsprozess bis zum Sommer 1934**

Die unterschiedlichen Standpunkte in der Frage der Gestaltung der Staatsaufsicht und der Regelung des Einflusses der NSDAP in den Gemeinden, die Goerdeler bereits in Vorbereitung der preussischen Gemeindegesetze von nationalsozialistischen Kommunalpolitikern und Teilen der Ministerialbürokratie trennte, sollten sich im Gesetzgebungsprozess der DGO weiter vertiefen. Goerdeler machte die Erfahrung, dass er sich ungeachtet gewisser Teilerfolge in Detailregelungen in der zentralen Frage der Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat, Gemeinde und Partei mit seinen Ansichten nicht durchsetzen konnte. Sie wurden, obwohl er mit allen Kräften, überzeugenden Sachargumenten und taktischer wie rhetorischer Finesse kämpfte, Stück für Stück demontiert. Das führte zu einer schrittweisen Desillusionierung.

Noch im Zuge des Erlasses der preussischen Kommunalgesetze leitete das Reichsministerium des Innern die Vorbereitungen zur DGO ein, die die bestehenden Kommunalgesetze vereinheitlichen sollte<sup>117</sup>. Goerdeler war in diesen Gesetzgebungsprozess mit einbezogen. Er empfand die Arbeit an der Gestaltung des «deutschen Rechtslebens» im Allgemeinen und an der DGO im Besonderen nicht nur als eine «selbstverständliche Pflicht und eine besondere Ehre», sondern auch als «eine grosse Freude», weil er seine Erfahrungen zur Verfügung stellen konnte<sup>118</sup>.

Goerdeler war für diese gesetzgeberischen Vorarbeiten ausgewählt worden, weil er als Experte in kommunalpolitischen und kommunalverfassungsrechtlichen Fragen galt. Seit Spätsommer 1933 hatte er das Ministerium bereits bei den beginnenden Vorarbeiten zur Neuordnung des Kommunalwesens gutachterlich beraten und im Oktober Frick seine Gedanken zur Neuordnung der Gemeindeverfassung in Grundzügen dargelegt. Bei dieser Gelegenheit hatte Goerdeler nicht versäumt mitzuteilen, dass er den Entwurf einer Reichsstädteordnung fertig habe, den er bei Interesse jederzeit zur Verfügung stellen könne<sup>119</sup>.

Goerdelers Gedanken zur Neuordnung der Gemeindeverfassung vom Herbst 1933 unterschieden sich nicht wesentlich von seinem Reformprogramm vom Frühjahr des Jahres. Konstant hielt er an der Stärkung der Macht der Gemeindeleiter und der

<sup>117</sup> Zur Entstehungsgeschichte der DGO vgl. die ausführliche Darstellung von Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 132-164.

<sup>118</sup> StA L, Kap. 1, Nr. 21, Bd. 14, Bl. 20.

<sup>119</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Schreiben an Frick vom 12.10.1933 und Anlage zu diesem Schreiben).

Kompetenzbeschneidung der Vertretungskörperschaften fest. Das mündete schliesslich in die Forderung nach Einführung des Einkammersystems mit der Begründung, dass heute eine zweite Körperschaft umso entbehrlicher sei, «als wir einen Totalitätsstaat haben; eine doppelte Beschlussfassung in zwei Körperschaften bedeutet daher heute praktisch weiter nichts, als dass im Wesentlichen dieselben Menschen zweimal dieselbe Angelegenheit beschliessen sollen.»<sup>120</sup>

Goerdeler forderte aus der Überlegung heraus, dass die Selbstverwaltung nicht durch konkurrierende Kompetenzen eingeschränkt werden sollte, das Berufungsrecht nicht bei der Aufsichtsbehörde anzusiedeln. Das käme einer Verlagerung der Verantwortung aus der Selbstverwaltung gleich. Stattdessen sollte die Wahl des Bürgermeisters durch einen ständisch zusammengesetzten «Wahlvertretungskörper» vorgenommen werden, der die Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde folgen sollte. Dieses Verfahren richtete sich gegen das preussische Gemeindeverfassungsgesetz, das die Befugnisse der staatlichen Aufsichtsbehörde mit dem Berufungsrecht ausgebaut hatte.

Alle diese Vorstellungen flossen in Goerdelers Entwurf der DGO ein, den er im Auftrage Fricks ausarbeitete. Im Vorfeld hatte er sich mit Fiehler, der ebenfalls im Auftrage des Reichsinnenministeriums einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten hatte, in einem kleinen Kreis von Fachleuten in München beraten<sup>121</sup>. Über das Ergebnis dieser Besprechung schrieb er zufrieden: «Wir haben uns weitgehend geeinigt.»<sup>122</sup> Er konnte Fiehler für eine im Vergleich zur preussischen Regelung stärkere Einschränkung der staatlichen Aufsichtsrechte gewinnen. Man einigte sich, dass der Bürgermeister nicht der Aufsichtsbehörde, sondern einem von dem Gemeinderat zu wählenden oder von der Aufsichtsbehörde ernannten Ältesten Rechnung zu legen habe. Da Goerdeler aber nach wie vor davon überzeugt war, dass «wir ohne jeden Wahlakt gar nicht auskommen können»<sup>123</sup>, hielt er bei der Überarbeitung seines Gesetzesvorschlags an der Wahl fest. Am 6. Januar schickte er seinen neuen Entwurf an Fiehler, Weidemann und Jeserich mit dem Hinweis: «Ich mache auf gewisse Abweichungen gegenüber den bei unserer letzten Besprechung in Aussicht genommenen Möglichkeiten aufmerksam. Ich habe beibehalten meine ersten Vorschläge für die Berufung der Bürgermeister und meine Vorschläge für gewisse Beschlussmöglichkeiten der Gemeinderäte. Ich bin nach nochmaliger Prüfung zu der Ansicht gekom-

<sup>120</sup> Ebenda.

<sup>121</sup> Ebenda, (Goerdeler, Aktennotiz vom 21.12.1933).

<sup>122</sup> Ebenda, (Goerdeler, Schreiben an Burgsdorff vom 30.12.1933).

<sup>123</sup> Ebenda.

men, dass dieses Verfahren auf die Dauer das richtige und den Geist echter Selbstverwaltung verbürgende Verfahren sein wird. Dabei verschliesse ich mich durchaus nicht dem Gewicht Ihrer Gründe.»<sup>124</sup>

Goerdeler hatte bewusst die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Kommunalpraktikern Fiehler<sup>125</sup> und Weidemann gesucht, weil er wusste, dass er seinen Gesetzesentwurf nicht im Alleingang würde durchbringen können. Die Kontroversen um die preussischen Kommunalgesetze hatten ihm gezeigt, wie gross die Gegensätze waren, aber auch wie die Fronten zwischen den an der Gesetzgebung beteiligten Instanzen in Sach- und politischen Fragen verliefen. Deshalb war er einerseits auch zu Zugeständnissen an die Partei bereit, wenn sich das auf die Realisierung seines Konzepts förderlich auswirkte. Andererseits wusste er aufgrund der Differenzen, die bei der Vorbereitung der preussischen Kommunalgesetze aufgetreten waren, dass er mit Maximalforderungen antreten musste, denn letztlich würde alles auf einen Kompromiss hinauslaufen. Deshalb äusserte er gegenüber Fiehler, Weidemann und Jeserich, dass es «grundsätzlich nicht unnützlich»<sup>126</sup> sei, wenn sie mit unterschiedlichen Standpunkten in Sachfragen in die Besprechung mit dem Reichsinnenministerium gingen. «Das kann aus naheliegenden Gründen unsere Stellung eher stärken als schwächen.»<sup>127</sup>

Am 30. Dezember legte Goerdeler seinen Gesetzesentwurf vor<sup>128</sup>. Er garantierte den Gemeinden das Recht auf Selbstverwaltung und beschränkte die Staatsaufsicht auf die herkömmliche Rechtskontrolle. Ausserdem erhielt die Aufsichtsbehörde Bestätigungsrechte für die wichtigsten Gemeindebeamten. Ihr wurde eine Reihe von Genehmigungsvorbehalten in Bezug auf Satzungen und bestimmte wirtschaftliche Massnahmen eingeräumt. Er führte auch die Möglichkeit eines Verwaltungstreitverfahrens gegen die Aufsichtsbehörde ein. Damit war die Staatsaufsicht im Ganzen in

<sup>124</sup> Ebenda, (Goerdeler, Anschreiben an Fiehler, Weidemann und Jeserich vom 6.1.1934 zu seinem Entwurf der DGO).

<sup>125</sup> Goerdeler bedankte sich noch nach Jahren bei Fiehler «aufrichtig für das Vertrauen, das Sie mir in unserer Zusammenarbeit im Deutschen Gemeindetag stets entgegengebracht haben. Ich danke Ihnen auch für die mir mehrfach gebotene Möglichkeit zur Mitarbeit. (...) Unsere gemeinsame Arbeit an der Deutschen Gemeindeordnung wird mir unvergessen bleiben.» StA L, Kap. 1, Nr. 21, Bd. 14, Bl. 20.

<sup>126</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Anschreiben an Fiehler, Weidemann und Jeserich vom 6.1.1934 zu seinem Entwurf der DGO).

<sup>127</sup> Ebenda.

<sup>128</sup> StA M, Bürgermeister und Rat 473/2.

einem weit bescheideneren Masse für die Gemeinden geregelt als in den preussischen Kommunalgesetzen von 1933.

Goerdelers Entwurf enthielt eine Reihe von Punkten, die mit den konzeptionellen Gedanken nationalsozialistischer Kommunalpolitiker in Übereinstimmung zu bringen waren, aber auch Vieles, was dem entgegenstand. In der Forderung nach Alleinverantwortlichkeit des Gemeindeleiters deckten sich Goerdelers Vorstellungen mit denen von Nationalsozialisten. Im Hinblick auf die Rolle der Bürgerschaft und ihrer Vertretung gingen sie dagegen weit auseinander. Goerdeler sah für die Gemeinderatssitzungen ein Informations- und Öffentlichkeitsprinzip vor. Zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinderäte, die nach ständestaatlichen Prinzipien zusammengesetzt werden sollten, zählten die Beratungsfunktionen für den Gemeindeleiter, die Mitwirkung bei der Berufung der Gemeindeleiter und Beigeordneten, die Beschlussfassung über den Erlass von Satzungen und über alle bedeutsamen Fragen der Finanz- und Wirtschaftsführung der Gemeinde sowie die Kontrolle der Verwaltungsführung. Unter den Gemeinderäten sollte der Älteste eine Sonderstellung einnehmen. Ihm oblag die Entlastung des Gemeindeleiters.

Die konservativen, autoritären Vorstellungen Goerdelers kamen in einigen Punkten, insbesondere der Regelung des Umfangs der Staatsaufsicht und der Kompetenzgewalt der Gemeindeleiter, denen der am Gesetzgebungsprozess beteiligten nationalsozialistischen Kommunalpolitiker sehr nahe. Fiehlers zweiter Teilentwurf, der sich mit der Finanz- und Wirtschaftsführung der Gemeinden, dem Beamtenrecht und der Staatsaufsicht beschäftigte, lehnte sich sehr stark an den Entwurf Goerdelers an. Die Garantie des Rechts auf Selbstverwaltung und die Zubilligung des Verwaltungsstreitverfahrens sind nur ein Beleg dafür.

Die Stellung, die Goerdeler der Partei in seinem Entwurf einräumte – er hatte sie mit keinem Wort erwähnt –, bildete den wesentlichsten Unterschied zu den Vorstellungen nationalsozialistischer Kommunalpolitiker. Haake nutzte diesen Umstand sofort, um Goerdeler in einem Brief an Fiehler am 10. Januar 1934 deswegen zu kritisieren. Die neue Gemeindeordnung werde sich «natürlich» in der vorliegenden Form dort gut auswirken, «wo der Führer, das ist der Bürgermeister, und auch dessen Stellvertreter, Nationalsozialisten sind. Bedenklich wird die Auswirkung natürlich dort, wo das nicht der Fall ist, wie z.B. bei uns in Leipzig. Es wird Ihnen ja bekannt sein, dass bei uns sowohl der Oberbürgermeister als auch der 2. Bürgermeister und von 9 besoldeten Stadträten 5 Stadträte noch vor dem 30. Januar Gegner unserer Bewegung waren.»<sup>129</sup> Dieses Beispiel zeigt, dass Goerdeler neben politischen wie

<sup>129</sup> StA L, Kap. 6, Nr. 107, Bd. 1, Bl. 360.

sachlichen Meinungsverschiedenheiten im Beraterstab der NS-Führung einem ständigen Machtkampf in Leipzig ausgesetzt war, in dem lokale Funktionsträger der NSDAP offenbar keine Gelegenheit verstreichen liessen, Goerdeler einen Stein in den Weg zu legen.

Im Gegensatz zu Goerdeler betonte Fiehler in seinem ersten Teilentwurf entscheidend den Parteieinfluss. Matzerath ist zuzustimmen, wenn er über diesen Entwurf urteilt: «Die gegenüber den preussischen Gesetzen massvolle Ausgestaltung des Aufsichtsrechts kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit der Übernahme von Schlüsselfunktionen durch eine totalitäre Staatspartei und der Ausschaltung der Bürgerschaft neue Wege beschritten wurden, die schwerlich mit dem bisherigen Begriff der Selbstverwaltung in Einklang zu bringen waren.»<sup>130</sup>

Am 27. Januar 1934 trat im Reichsinnenministerium erstmalig eine Kommission zusammen, die bis zum 27. März einen Entwurf einer Reichsgemeindeordnung als Synthese der völlig unterschiedlichen Entwürfe von Goerdeler und Fiehler sowie dem Preussischen Gemeindeverfassungsgesetz vorlegte. An den Beratungen nahmen neben Vertretern des Reichsinnen- und Reichsfinanzministeriums, Goerdeler, Fiehler und Weidemann teil.

Der fertige Ministerialentwurf folgte im Aufbau und in wesentlichen inhaltlichen Regelungen den Vorstellungen Goerdelers u.a. in der Möglichkeit der Verwaltungsklage der Gemeinden gegen die Aufsichtsbehörden. In anderen Teilen, wie in der Gestaltung des Parteieinflusses, ging er auf Fiehler zurück. Repräsentant der NSDAP in den Gemeinden sollte der von ihr berufene Erste Gemeinderat sein. Der örtliche Leiter der Partei wurde mit Befugnissen in Berufungs- und Stellenbesetzungsangelegenheiten ausgestattet.

Die zentrale Frage des Verhältnisses von Staat, Gemeinde und Partei regelte der Ministerialentwurf als Kompromiss zwischen den Konzeptionen Goerdelers und Fiehlers. Die staatlichen Aufsichtsbefugnisse wurden vergleichsweise zurückhaltend gestaltet. Dennoch bedeutete die Übertragung entscheidender Befugnisse gegenüber dem Gemeindeleiter an die Aufsichtsbehörde eine Ausdehnung staatlicher Kompetenzen. Die Stellung der Bürgerschaft und ihrer Vertretung war stark reduziert. Beschlussfassung, Berufung der leitenden Beamten und die Kontrolle der Verwaltung, die Goerdeler den Gemeinderäten zudedacht hatte, waren an den Gemeindeleiter, die Partei und die Aufsichtsbehörden gegangen. Die Rolle der Gemeinderäte beschränkte sich auf ein Mitwirkungsrecht in begrenzten Einzelfragen. Die Bürgerschaft war von einer direkten Mitwirkung völlig ausgeschlossen.

<sup>130</sup> Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 140.

Die Meinungen über den Ministerialentwurf gingen weit auseinander<sup>131</sup>, weil über die Stellung der Gemeinderäte und die Art der Einflussnahme von Staat und Partei auf die Kommunalverwaltung auch innerhalb der NSDAP keine klaren Vorstellungen existierten.

Goerdeler hielt an seinen ursprünglichen Vorschlägen fest und kritisierte am Ministerialentwurf die Art der Berufung der Gemeindeleiter, der Beigeordneten und der Gemeinderäte, die Abberufungsmöglichkeit für den Gemeindeleiter, die Stellung der Gemeinderäte gegenüber dem Gemeindeleiter und die Entlastung des Gemeindeleiters<sup>132</sup>. Diese Regelungen wären gegenüber den preussischen Gesetzen bereits eine Verbesserung, «aber keine glückliche Lösung.»<sup>133</sup> Sie bedeuteten in seinen Augen die Ausdehnung der Aufsicht und damit die Vernichtung der Selbstverwaltung. Sein Gegenentwurf sah vor, dass der Gemeindeleiter nicht durch eine staatliche Behörde ernannt, sondern im Zusammenspiel von Erstem Gemeinderat und den anderen Gemeinderäten ausgewählt, von der Aufsichtsbehörde bestätigt und dann vom Ältesten Gemeinderat berufen wird. Die Beigeordneten sollten vom Ersten Gemeinderat im Benehmen mit dem Gemeindeleiter und die Gemeinderäte nach drei verschiedenen Wegen berufen werden können, die aber alle darauf hinausliefen, die staatlichen Aufsichtsbehörden zu umgehen. Goerdeler wollte den Gemeinderäten weiterhin das Beschlussrecht zubilligen. Nur wenn das nicht realisierbar sein sollte, zog er wenigstens ein Mitwirkungsrecht in Erwägung.

Zwischenzeitlich entstanden mehrere Entwürfe, die sich zunehmend den preussischen Vorstellungen annäherten. Enttäuscht über den Stand der Arbeit an der DGO schrieb Goerdeler am 4. Juni 1934 an Ernst Holtzmann: «Ich würde es schon für einen ersten Gewinn halten, wenn es gelänge, in der neuen Reichsgemeindeordnung das preussische Ernennungssystem über den Haufen zu werfen und dahin zu kommen, dass der Oberbürgermeister in den Gemeinderäten ein Organ zu sehen hat, dem er Rechnungslegung schuldig ist.»<sup>134</sup>

Deutlicher noch traten seine bis zur Verbitterung gesteigerten Empfindungen vier Tage später in einem Schreiben an Jeserich hervor. «Wenn man an eine reichseinheitliche Regelung der deutschen Gemeindeverfassung herangeht, so muss man al-

<sup>131</sup> Vgl. ebenda, S. 141-144.

<sup>132</sup> NL PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Schreiben an Pfundtner vom 3.4.1934, an Frick vom 20.4.1934 und an Jeserich vom 8.6.1934).

<sup>133</sup> Ebenda (Schreiben Goerdelers an Jeserich vom 8.6.1934).

<sup>134</sup> Ernst Holtzmann, Der Weg zur deutschen Gemeindeordnung, in: Zeitschrift für Politik N.F. 12 (1965), S. 362.



lerdings sich klar sein, ob grundsätzlich *die Selbstverwaltung aufrecht erhalten werden soll oder nicht*. Wenn diese Frage bejaht ist, so muss man sich darüber klar werden, welche Aufsichts- und Eingriffsmöglichkeiten des Staates in diese Selbstverwaltung eröffnet werden sollen oder müssen. An diesen Fragen kann nicht vorbeimarschiert werden. Am allerwenigsten ist es zulässig, mit dem Munde sich zum Grundsätze der Selbstverwaltung zu bekennen, aber in den entscheidenden Bestimmungen eine aus der örtlichen Gemeinschaft heraus geborene Selbstverwaltung nicht zu gewähren, sondern sie durch staatliche Ernennung und Anweisung zu ersetzen. Hält man den letzten Weg für notwendig, so muss man sich ganz klar dazu bekennen, dass es an der Zeit sei, die Selbstverwaltung zu beseitigen und durch eine Staatsverwaltung, die gewisse Besonderheiten aufweisen mag, zu ersetzen.»<sup>135</sup>

Als am 16. Juni ein erneuter Entwurf (Juni-Entwurf) im Reichsinnenministerium besprochen wurde, prallten die Meinungen zwischen den anwesenden Kommunalpolitikern und den Ministerialbeamten heftig aufeinander. Fiehler hielt den Entwurf für «untragbar» und war sich mit Goerdeler einig, dass es entweder nur Selbstverwaltung oder Staatsverwaltung geben könne.

Der Juni-Entwurf enthielt eine Generalklausel, die die Staatsallmacht durch das Recht auf Überwachung des «Einklangs mit den Zielen der Staatsführung» fest schrieb. Er erweiterte die Staatsaufsicht hinsichtlich Gesetzmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Zahlreiche Genehmigungsvorbehalte kamen hinzu. Die Möglichkeit eines Verwaltungsstreitverfahrens war entfallen. Der Gemeindeleiter wurde ausschliesslich von der Aufsichtsbehörde berufen und ein Probejahr eingeführt. Die Mitwirkung der Gemeinderäte beschränkte sich nur noch auf die Beratung des Gemeindeleiters. Ihre Kontrollfunktion entfiel. Damit wurden immer mehr Vorstellungen Goerdelers beiseitegelegt.

Im Sommer 1934 geriet die Arbeit am Gesetzeswerk im Reichsinnenministerium ins Stocken. Die Initiative ging zunächst durch das Engagement des Ministerialrats Max Schattenfroh an Bayern, ab Juli lag sie auf Anweisung Hitlers beim Stellvertreter des Führers, Hess. In dessen Stab wurde ein eigener Parteientwurf ausgearbeitet, der politisch eine völlig neue Lösung brachte. Die Partei sollte über den Ortsgruppenleiter die absolute Macht in den Gemeinden erhalten. Ihm wurden sämtliche Funktionen der früheren Vertretungskörperschaften, wichtige Kompetenzen des Gemeindeleiters und einige Rechte der Aufsichtsbehörden übertragen.

<sup>135</sup> Hervorhebung im Original. NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Anschreiben an Jeserich vom 8.6.1934).

Diese Regelungen provozierten bei Goerdeler heftige Kritik<sup>136</sup>. Auch bei Fiehler und Weidemann löste der Parteientwurf Proteste aus. Weidemann schaltete deshalb als dessen Vorsitzender den Ausschuss für Kommunalrecht und Kommunalverfassung der Akademie für Deutsches Recht (ADR) ein. Das Arbeitsziel dieses Ausschusses, der von 1933-1943 existierte, war die «Schaffung einer Reichsgemeindeordnung als der Grundlage für die kommende Neugestaltung des Reiches»<sup>137</sup>. Goerdeler wurde über die Mitgliedschaft in diesem Ausschuss zwischenzeitlich wieder am Gesetzgebungswerk beteiligt<sup>138</sup>. Er referierte auf der Sitzung des Kommunalausschusses am 1. September 1934, auf der noch offenen Fragen beraten wurden, über «Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden»<sup>139</sup>. Zu den Kernfragen, wie der Gestaltung der Selbstverwaltung im «Führerstaat» oder der Grundzüge der Gemeindeorganisation», sprachen dagegen Vertreter der Partei. Über «Art und Umfang der Staatsaufsicht» trugen gleich zwei Beamte aus dem Preussischen und Reichsinnenministerium vor. An der Auswertung der Ergebnisse dieser Sitzung und der Arbeit eines engeren Arbeitsausschusses, in deren Ergebnis ein neuer Gesetzesentwurf entstand, die «Akademie-Fassung» oder auch als Reminiszenz an den Ort der Endredaktion als «Fassung Braunes Haus» bezeichnet, war Goerdeler wahrscheinlich nicht mehr beteiligt<sup>140</sup>. Sein Einfluss auf die Gestaltung der DGO schwand im Sommer 1934 zusehends. Im Januar 1935 schrieb er Holtzmann, dass seine Mitarbeit «in den letzten Monaten nur eine sehr beschränkte»<sup>141</sup> gewesen wäre.

<sup>136</sup> Goerdeler, Die Gemeinde im nationalsozialistischen Staat, S. 79-86. Weidemann lieferte den Hinweis, dass Goerdeler seine Bedenken auch in seiner schriftlichen Stellungnahme festgehalten hat, die d. Verf. jedoch nicht vorlag. Vgl. Weidemann, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, S. 97.

<sup>137</sup> BA Berlin, R61 F 17188. Zur Arbeit des Ausschusses vgl. Dennis LeRoy Anderson, The Academy for German Law, 1933-1945, New York and London 1987 (Modern European History,

<sup>138</sup> BA Berlin R 61 F 17188. Vgl. auch Anderson, The Academy, S. 204-208 und Weidemann, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, S. 100f. Die Dauer der Mitgliedschaft Goerdelers in der ADR lässt sich nicht mit Sicherheit datieren. Sie bestand von 1933 bisca. 1938. Vgl. Anderson, The Academy, S. 550.

<sup>139</sup> Vgl. dazu unterschiedliche gedruckte und ungedruckte Fassungen zum gleichen Thema: BA NL 113, Nr. 12; Carl Goerdeler, Wirtschaftliche Gedanken zur Deutschen Gemeindeordnung, Teil I und Teil II, in: Der deutsche Volkswirt, 9(1935)22, S. 987-990 und Nr. 23, S.1031-1034; ders., Deutsche Gemeindeordnung als wirtschaftliches Grundgesetz, in: Der deutsche Volkswirt, 11(1937)21, S. 1007-1010, Nr. 22, S. 1057-1059, Nr. 23, S. 1113-1114, Nr. 24, S. 1163-1167, Nr. 25, S. 1211-1213, Nr. 26, S. 1262-1264, Nr. 27, S. 1311-1313 und ders., Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, in: Reich und Länder 11(1937)1, S. 6-9.

<sup>140</sup> Vgl. Weidemann, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, S. 100f.

<sup>141</sup> Holtzmann, Der Weg zur deutschen Gemeindeordnung, S. 362.

## 6. 5. Der «Röhmputsch» und die August-Denkschrift 1934

Im Sommer 1934 traten bei Goerdeler Unmut, Verbitterung und Skepsis deutlich hervor. Sie resultieren aus den Erfahrungen, die er bis dahin mit der Oktroyierung des Staats- und Parteiwillens auf die Gemeinden, bei der Neuordnung der Kommunalverfassung und der Gestaltung der Wirtschaftspolitik gesammelt hatte. Goerdeler stiess bei den Versuchen, seine Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung und liberaler Wirtschaftspolitik zu realisieren, zunehmend auf Schwierigkeiten. In dieser Situation verstärkte der sogenannte Röhmputsch am 30. Juni 1934 jedoch nicht die langsam entstehende Distanz zum NS-System. Zu diesem Zeitpunkt opponierte Goerdeler noch nicht, sondern versuchte, durch Intervention bei Funktionsträgern, vor allem bei Hitler, eine alternative Politik mitzugestalten, wie die wenige Wochen später verfasste August-Denkschrift zeigt.

Der «Röhmputsch» führte bei Goerdeler nicht zu politisch bedeutsamen Reaktionen oder erhellte ihm nachhaltig den politisch-moralischen Charakter des Systems, wie es Ritter schien<sup>142</sup>. Er beruhigte und versöhnte bis auf sehr wenige Ausnahmen die alten Eliten in Armee und Bürokratie, in Wirtschaft und Kirche. Insgesamt stiess die Mordaktion in der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung und Bewunderung. Sie erhöhte die Popularität Hitlers<sup>143</sup>. Ein gefährliches Unruhepotential, das zu Belästigungen bis in die Privatsphäre geführt hatte, war beseitigt, Ruhe und Ordnung, so schien es, wieder hergestellt. Dafür wurden die staatsterroristischen Begleiterscheinungen hingenommen, zumal der volle Umfang der blutigen Aktion verschleiert werden konnte. Nur einige Persönlichkeiten in wenig herausragenden Positionen erfassen den endgültigen Verlust bis dahin noch existierender rechtsstaatlicher Elemente des NS-Systems.

Ob Goerdeler zu diesem Personenkreis gehörte, ist aufgrund der Quellenlage nicht eindeutig zu bestimmen. Nach seinen eigenen Schilderungen war er am 30. Juni auf Wunsch des Leipziger Standortältesten zu Blomberg gefahren, um sich über die Vorgänge zu informieren. Blomberg stellte alles als eine gerechte Strafe dar. Röhm sei «längst fällig» gewesen. Von der Erschiessung oder Verhaftung höherer SA-Führer, konservativer Hitlergegner und auch völlig unbeteiligter Menschen und deren Hintergründen gewann Goerdeler nach eigenen Aussagen «erst nach Jahren» ein klares Bild. Dann verurteilte er die Geschehnisse und ihre nachträgliche gesetzliche Sanktionierung am 3. Juli 1934<sup>144</sup> als «Befleckung des reinen Rechtsschildes der Nation»,

<sup>142</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 71.

<sup>143</sup> Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 220f.

<sup>144</sup> RGBl. I, S. 529.

als «ungeheuren Bruch im Rechtsbewusstsein», der in der Folge «Untat auf Untat» gebar.

Der Ratsherrenälteste Wolf behauptete dagegen, dass Goerdeler die Morde vom 30. Juni 1934 sofort kritisiert habe. «Er verurteilte die Massnahmen des Führers in der Röhm-Angelegenheit auf das schärfste und sprach sich mir gegenüber sehr missbilligend darüber aus, dass die Massnahmen ohne Inanspruchnahme eines Gerichts erfolgt seien. Er sagte auch damals – er hatte Anfang des Jahres um die Aufnahme in die Partei nachgesucht –, dass es ihm nicht möglich sei, das Parteiabzeichen zu tragen, wenn er es jetzt bekäme.»<sup>145</sup> Die Aussagen über Goerdelers Reaktionen auf den «Röhmputsch» widersprechen sich möglicherweise deshalb, weil einerseits Goerdeler mit seiner Reflexion der Ereignisse, die aus dem Jahre 1944 datiert, sein anfängliches Kooperationsverhalten kaschieren wollte, während andererseits Wolf angesichts des Rücktritts Goerdelers im Winter 1936 aus einem Erklärungsnotstand heraus dessen Kritik überzeichnete. Diese Vermutung wird dadurch bekräftigt, dass bei Goerdeler im Umfeld der Röhm-Ereignisse kein Loyalitätsverlust zu beobachten war. Die Erklärung dafür liegt darin, dass auch Goerdeler wie die Mehrheit der Deutschen die SA als Bedrohung empfunden hatte. Sie war die Gliederung der Partei, die mit ihren Machtansprüchen seit dem «Flaggenkonflikt» im Frühjahr 1933 immer wieder die Belange der kommunalen Selbstverwaltung torpedierte und bis zum Sommer 1934 am umfangreichsten auf die gemeindlichen Mittel in Leipzig zugriff<sup>146</sup>. In der Summe gefährdete sie damit Goerdelers zentrale Zielsetzungen: die Wiederherstellung der wahren Grundlagen der Selbstverwaltung und die Ordnung in den öffentlichen Finanzen. Ausserdem war die SA die treibende Kraft bei den antisemitischen Ausschreitungen, deren zunehmende Radikalität im Kontext mit sich verschärfenden bürokratisch-administrativen Ausgrenzungsmassnahmen bei ihm im Sommer 1934 eine erste tiefgehende Kritik auslösen sollte.

Hitler hatte sich dagegen für Goerdeler als loyaler Bündnispartner erwiesen, insbesondere im Rahmen der Neuordnung der Kommunalverfassung. Er legte Wert auf Goerdelers Fachurteil, zeigte sich für Sachargumente offen und engagierte sich teilweise in dessen Sinne gegen das Reichsinnenministerium. Nur so lässt sich auch erklären, warum nach dem Tod Hindenburgs die Vereidigung auf Hitler, die für alle Beamten am 20. August 1934 vorgeschrieben wurde, für Goerdeler scheinbar keine Probleme bereitete. Der Eid lautete: «Ich schwöre: ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten

<sup>145</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 270.

<sup>146</sup> StA L, Kap. 3, Nr. 70, Beih. 5.

und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.»<sup>147</sup> Diesen Eid dürfte er aus den genannten Gründen kaum als psychologisches Druckmittel empfunden haben, wie Matzerath die Wirkung dieser Loyalitätsbekundung allgemein für Kommunalbeamte interpretierte<sup>148</sup>. Hitler wurde in der Folgezeit für Goerdeler zum Ansprechpartner für seine alternative Politik, die er u.a. in der August-Denkschrift des Jahres 1934 entwarf.

Inhaltlich konzentrierte sich diese Denkschrift vor allem auf wirtschaftspolitische Fragen. Diese Schwerpunktsetzung resultierte daraus, dass sich im Sommer 1934 die Umrisse einer vereinheitlichten, zentralistischen Wirtschaftspolitik deutlich abzuzeichnen begannen und Deutschland von einer heftigen Devisenkrise erfasst wurde. Obwohl sich die Gedankenführung der Denkschrift zunächst nicht wesentlich von Goerdelers Stellungnahmen des Vorjahres unterschied – Ritter charakterisierte sie als «ein bürgerliches Reformprogramm altpreussischen Stils»<sup>149</sup> – kündigten sich bereits zwei grundsätzliche Gegensätze in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen an. Der erste Gegensatz betraf ähnlich wie beim Gesetzgebungsprozess der DGO ein Strukturproblem, die Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, das liberal oder zentralistisch-dirigistisch geordnet werden konnte. Der zweite Gegensatz entzündete sich an dem von der Reichsregierung forcierten Rüstungstempo. Zunächst polemisierte Goerdeler ausgehend von seinem liberalistischen Wirtschaftsdenken gegen die nationalsozialistische Zwangs- und Planwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe. Sie war nach seiner Auffassung völlig ungeeignet, die anstehenden Probleme zu lösen, weil sie den Unternehmungsgeist des anständigen Menschen vernichte und das Gewinnstreben des Rücksichtslosen fördere. Ausserdem seien Zwangs- und Planwirtschaft zu starr. Sie würde niemals den fortlaufenden Bedürfnissen des täglichen Lebens gerecht werden. Goerdeler lehnte ausserdem die Autarkiepolitik einschliesslich autarkiefördernder Industrie- und Forschungsvorhaben ab, die zur Schaffung brauchbarer Rohstoffersatzes, insbesondere auf den Gebieten der Benzin- und Kautschuksynthese und der Kunstfaserproduktion führten. Sie verringern die aussenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit wichtigen Gläubigerstaaten sowie die Abhängigkeit vom Aussenhandel mit dem angelsächsischen Raum. Goerdeler kritisierte die zunehmende Abschottung Deutschlands vom Welthandel. Es wäre seiner Meinung nach ein Irrtum, anzunehmen, dass Deutschland sich in erheblichem Umfange von der Rohstoffeinfuhr unabhängig ma-

<sup>147</sup> RGBl. I, S. 785.

<sup>148</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 91.

<sup>149</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 75.

chen könne. Für einige Rohstoffe gäbe es keinen Ersatz bzw. keinen vollwertigen, in absehbarer Zeit ausreichenden und gleich preiswerten Ersatz. Zudem führe eine Einschränkung des Rohstoffimports zu einer Reduzierung von Arbeitsplätzen, die nicht durch die Herstellung deutscher Ersatzstoffe ausgeglichen werden können. Im Gegensatz zur Autarkiepolitik vertrat er das Konzept einer kontinentalen Grossraumwirtschaft unter deutscher Führung als Gegengewicht zum britischen Empire.

In der Denkschrift schätzte er die Arbeitsmarktlage sehr kritisch ein. Auf lange Sicht könne die Arbeitslosigkeit nicht mit staatlich finanzierter Arbeitsbeschaffung und Arbeitseinsatz beseitigt werden, weil infolge der ernststen Finanzsituation Reichsmittel zur Arbeitsbeschaffung nicht mehr in nennenswertem Umfange zur Verfügung gestellt werden können.

Goerdeler gehörte damit zu den wenigen, die sich von der nationalsozialistischen Arbeitsmarktpolitik nicht beeindruckt liessen. Sie verschaffte dem Regime ansonsten in weiten Teilen der Bevölkerung Popularität und Stabilität, Zustimmung und Loyalität. Er prognostizierte im Gegenteil ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit und Erschütterungen in der Akzeptanz des nationalsozialistischen Systems, die sich in steigenden politischen und sozialen Spannungen entladen würden. Diese Entwicklungen blieben jedoch aus. Im Jahr 1936 war faktisch die Vollbeschäftigung erreicht.

Neben den negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt verlange auch die wehrpolitische Lage, die Rohstoffknappheit so schnell wie möglich zu beheben. Dazu seien «die Sicherung der Autorität des Staates, die Herstellung einer einfachen, billigen und zuverlässigen Verwaltung, die dadurch ermöglichte allmähliche Senkung der Steuern und die möglichst weit zu treibende Umstellung öffentlicher Ausgaben auf Wehrhaftmachung»<sup>150</sup> unbedingt notwendig.

Von diesen wirtschaftsliberalen Positionen ausgehend hegte Goerdeler gegen den von Schacht im Jahre 1934 inaugurierten «Neuen Plan» starke Bedenken. Der «Neue Plan» war der wichtigste Versuch, um die auftretenden Lücken in der Versorgung mit Devisen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu schliessen. Goerdeler kritisierte die darin enthaltenen dirigistischen Eingriffe in den Aussenhandel. Der «Neue Plan» unterwarf den gesamten Warenhandel und seine Preisbildung der Regelung durch das Reichswirtschaftsministerium. Die Folge war ein de facto Aussenhandelsmonopol des Staates. Er reglementierte mengen- und preismässig die gesamte Einfuhr, bestimmte Zuteilung sowie Verwendung der Importgüter und subventionierte Exporteure mit Hilfe einer Ausfuhrumlage auf Importe der Industrie.

<sup>150</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

Schacht setzte auf bilaterale Handelsverträge auf der Grundlage von Kompensationsgeschäften. Damit veränderte sich die räumliche Umlagerung des deutschen Aussenhandels von Westeuropa und Nordamerika nach Südosteuropa und Südamerika, wo der Tausch deutscher Fertigwaren gegen ausländische Rohstoffe beste Voraussetzungen fand.

Dem Schachtschen Wirtschaftsprogramm setzte Goerdeler die Vorstellung entgegen, dass der Export durch die Verbilligung deutscher Waren mittels Kostensenkung gefördert werden solle. In der Abwertung der Währung, die gezielt zur Exporterlösverbesserung im Zusammenhang mit der Aussenhandelsregulierung und Zahlungsbilanzpolitik genutzt wurde, sah Goerdeler kein Mittel, aus der Devisenkrise herauszukommen. Sie würde den sich ohnehin im Gange befindlichen «Wirtschaftskrieg» nur weiter verschärfen und könnte jederzeit in einen «militärischen übergehen»<sup>151</sup>. Die Alternative lag für Goerdeler in vertrauensbildenden Massnahmen als Grundlage für eine allseitige Währungsstabilisierung. Er war der Ansicht, dass fehlendes Vertrauen «eine naheliegende Ursache für kriegerische Verwicklungen in der Welt»<sup>152</sup> sei. «Von einem gewissen Zeitpunkt an brauchen wir sie nicht mehr zu scheuen», meinte Goerdeler, «bis dahin müssen sie um unserer Zukunft willen vermieden werden.»<sup>153</sup>

In diesen Auffassungen deutete sich bereits der zweite Gegensatz an. Durch den «Neuen Plan» konnte mittels behördlicher Steuerung und staatlicher Kontrolle bereits sehr früh die Priorität rüstungswichtiger und anderer notwendiger Einfuhren gesichert und über die staatliche Zuteilung der importierten Rohstoffe an die Unternehmer die Produktion im Inland beeinflusst werden.

Goerdeler stellte in seiner Denkschrift das politisch-ideologische Ziel der «Wehrhaftmachung der deutschen Wirtschaft» und die Aufrüstung zum Zwecke einer traditionellen revisionistischen Aussenpolitik nicht grundsätzlich in Frage. Ihm ging es aber im Gegensatz zur Regierung Hitler darum, nicht alle gesellschaftlichen Bereiche der Rüstung unterzuordnen, sondern zunächst durch innenund – aussenpolitische Stabilität die «Rüstung politisch gegen irgendwelche vorzeitigen Eingriffe oder sie in Frage stellenden Misserfolge (zu) sichern.»<sup>154</sup>

Mit den gesamtgesellschaftlichen Prioritäten in Rüstungsfragen war eng ein Dissens über das Rüstungstempo verbunden. Goerdeler vertrat in diesem Zusammenhang

<sup>151</sup> Ebenda.

<sup>152</sup> Ebenda.

<sup>153</sup> Ebenda.

<sup>154</sup> Ebenda.

den folgenden Standpunkt: *«Entscheidend ist die Notwendigkeit, die Erreichung des Endzieles nicht zu gefährden. Nicht entscheidend ist der Zeitraum, in dem die Erreichung des Endzieles ermöglicht wird. Jeder weiss, dass ein Ziel im Sturmloch oder in Sprüngen oder in einer überlegten Folge einzelner selbständiger Aktionen (...) erreicht werden kann. Hier beginnt das Gebiet der subjektiven Bewertung. Um sie möglichst richtig zu gestalten, müssen die Lehren der Geschichte und unsere eigenen ungewöhnlich reichen Erfahrungen berücksichtigt werden. Unter diesem Gesichtspunkt halte ich die Wirkungen, die aus einer Rohstoffverknappung auf volkswirtschaftlichem, seelischem und wehrpolitischem Gebiet eintreten müssen, in absehbarer Zeit für sehr ernst. Es muss jeder irgendwie das letzte Ziel im Auge behaltende Weg versucht werden, um sie zu vermeiden.»*<sup>155</sup>

Die August-Denkschrift war eher von Unzufriedenheit, die als konstruktive Kritik vorgetragen wurde, als von fundamentaler politischer Opposition gegenüber dem Regime bestimmt. Goerdeler wollte Fehlentwicklungen durch Kurskorrekturen vermeiden. Dieser Ansatz kommt in der Denkschrift deutlich zum Ausdruck: *«Der Nationalsozialismus hat durch die Ausschaltung des Parteiensystems eine so grosse Tat vollbracht, er hat durch die Überwindung der Grenzen der deutschen Stämme eine in der deutschen Geschichte fast nie dagewesene Voraussetzung für die Zusammenschweissung eines einheitlichen Reiches geschaffen, dass es ein wahrer Jammer wäre, wenn jetzt nicht der nüchternste Verstand, die beste Erfahrung und der gediegenste Charakterschatz des deutschen Volkes aufgebieten würden, um diese so geschaffenen Voraussetzungen zu bestem nationalen Erfolge auszunutzen. Welche Möglichkeiten schlummern nicht in diesen Voraussetzungen und in jenen Erkenntnissen, die wir in der Vorkriegszeit, im Kriege und in einer harten Nachkriegszeit gewonnen haben!»*<sup>156</sup>

Goerdeler zielte dabei auf *«eine absolut organisch aufeinander abgestimmte Innen- und Aussenpolitik, die dem Volke ein Leben zu bestmöglichen Bedingungen gewährleisten soll, auf Erfahrungen aufgebaut sein muss, das beste vorhandene Können und Wissen eingespannt und den Idealismus der nationalsozialistischen Bewegung mit den harten Lehren einer schweren, aber erfolg- und ruhmreichen Vergangenheit vereint.»*<sup>157</sup>

Angesichts der Auseinandersetzungen vor allem in Wirtschafts- und Rüstungsfragen treten Goerdelers Reaktionen auf den 30. Juni 1934 in den Hintergrund. Der geringe

<sup>155</sup> Hervorhebung im Original. Ebenda.

<sup>156</sup> Ebenda.

<sup>167</sup> Ebenda.



Stellenwert des sog. Röhmputsches für die Entwicklung einer resistenten Motivationslage entspricht den Beobachtungen, die man an anderen Regimegegner machen kann. Die Ereignisse werden erst später zur Rechtfertigung des eigenen Verhaltens bemüht.

Die Differenzen in wesentlichen Wirtschafts- und Rüstungsfragen, die Goerdeler von der NS-Wirtschaftspolitik trennte, schlugen erst in dem Masse zu Buche, in dem Staatsinvestitionen und -verbrauch eine neue Intensität der sich ohnehin seit 1933 Zug um Zug verschärfenden staatlicher Wirtschaftslenkung erforderlich machte. Sie wurden durch Dissens in der Frage der Gestaltung der «Judenpolitik» erhärtet.

## **6. 6. Kommunalpolitischer Alltag und nationalsozialistische «Judenpolitik» 1933/34**

Goerdeler lehnte die Willkürmassnahmen gegen Juden ab, weil seiner Ansicht nach die aussenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen Deutschland schadeten. Er forderte deshalb politische Kurskorrekturen. Sie sollten darin bestehen, klare gesetzliche Grundlagen für die Verdrängung von Juden zu schaffen und deren strikte Einhaltung zu überwachen.

Mit dieser Einstellung zur nationalsozialistischen «Judenpolitik» brachte sich Goerdeler nicht in einen offenen Gegensatz zu Partei- und Regierungskreisen, weil auch dort die Entwicklungen teilweise kritisch gesehen wurden.

Goerdeler erlebte, wie die gesetzliche und willkürliche Verdrängung der Juden seit dem Frühjahr 1933 immer weiter fortschritt. Dabei wurde in Leipzig nach der Devise verfahren: «Eine im nationalsozialistischen Sinne getätigte Anwendung und Auslegung neuer, aber auch bereits bestehender, übernommener Gesetzesvorschriften vermag vor allem in der Judenfrage in weitestem Umfang alle jene Lücken zu schliessen, die bei einer rein formalistischen Handhabung des Gesetzes einer Bereinigung jener Probleme scheinbar im Wege stehen.»<sup>158</sup>

In der Leipziger Stadtverwaltung forderte Haake im Mai 1934 in einem Dringlichkeitsantrag die Errichtung eines «Amts für Rassenkunde und Erbgesundheitspflege»<sup>159</sup>. Im Programmentwurf, der in Zusammenarbeit mit Wolf entstanden war, hiess es: «Nicht medizinische oder statistische Forschung haben den Charakter eines Gemeinderasseamtes zu bestimmen, sondern das Bestreben, die tüchtige Bevöl-

<sup>158</sup> StAL, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 22.

<sup>159</sup> StA L, StV-Akt. W, Nr. 6, Bd. XVI, Bl. 71.

kerung zu mehren und die untüchtige allmählich zurückzudrängen (...) Es müssen Propaganda und Erziehung eingesetzt werden, um ein Zuchtideal in die Bevölkerung zu tragen.»<sup>160</sup> Das Rasseamt müsse «allmählich Ausleseschranken errichten, die sich ähnlich züchterisch auswirken wie die Auslesemassnahmen der Natur.» Dabei würde die «Judenfrage eine besondere Rolle spielen»<sup>161</sup>.

Goerdeler konnte diese Bestrebungen nicht verhindern, kritisierte sie aber gegenüber Hitler. Sie befänden sich seit Juli 1934 in Konkurrenz zu einem Gesetz, das die Errichtung öffentlicher Gesundheitsämter angeordnet hatte. «Entweder steckt Ernst dahinter, dann leistet sich das deutsche Volk bei schwindendem Einkommen des Einzelnen einen doppelten Apparat, der schliesslich auch neben- und gegeneinander arbeiten wird. Oder es ist nicht Ernst, dann werden für dieses Spiel unnütze Kräfte verbraucht. Auf jeden Fall liegt eine Unmöglichkeit vor, deren Kosten das deutsche Volk zahlt.»<sup>162</sup> Er konnte sich «eine gedeihliche Entwicklung der Arbeit an der Erbgesundheit nur innerhalb des bestehenden Gesundheitsamtes vorstellen»<sup>163</sup>.

Goerdelers Widerstand führte dazu, dass das Rasseamt schliesslich nicht als selbständige Parteiinstitution gebildet, sondern als «Abteilung Erb- und Rassenpflege» dem Gesundheitsamt «zur plan- und ordnungsmässigen, auf Sachkunde und auf das Bewusstsein von der Bedeutung der Angelegenheit gegründete kommunalpolitische Betreuung der Rassenpflege»<sup>164</sup> eingegliedert wurde.

Der Vorteil der Einbindung der «Erb- und Rassenpflege» in die Struktur der Leipziger Stadtverwaltung lag darin, übelste Willkür abschwächen oder möglicherweise verhindern zu können, denn das Gesundheitsamt wurde von Goerdelers Freund, dem Nichtparteimitglied Beusch, geleitet. Letztlich unterstand das Gesundheitsamt ihm als Oberbürgermeister.

Über die antisemitischen Bestrebungen innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung hinaus hatte Goerdeler von Aktionen und Ausschreitungen gegen Juden, über ihre Überwachung und Verfolgung Kenntnis. Er wurde über wichtige Weisungen bezüglich Judenangelegenheiten unterrichtet und kannte Berichte über die Verfolgungs- und Unterdrückungsmassnahmen wie beispielsweise die Denkschrift des Leipziger

<sup>160</sup> Ebenda, Bl. 77, 82.

<sup>161</sup> Ebenda.

<sup>162</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

<sup>163</sup> StA L, StV-Akt. W, Nr. 6, Bd. XVI, S. 81.

<sup>164</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1935, S. 4.

Polizeipräsidenten vom Juni 1934 «Über die Judenbewegung in Leipzig», die an das sächsische Innenministerium und die Gestapo in Dresden ging<sup>165</sup>.

Angesichts solcher Entwicklungen entstanden bei Goerdeler im Frühjahr und Sommer des Jahres 1934 zunehmend Unsicherheit, Betroffenheit und Unmut. Sie wurden durch das unmittelbare Erlebnis der Rechtlosmachung jüdischer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, guter Bekannter, von Familienfreunden und Nachbarn gesteigert. Er empfand dabei die Unerträglichkeit der entstandenen Situation nicht nur und in erster Linie für die Juden, sondern für die Stadt Leipzig, den Staat und die christliche Bevölkerung. Deshalb nutzte er die August-Denkschrift, um in diesem Rahmen die nationalsozialistische «Judenpolitik» zu kritisieren.

Goerdeler sprach sich für die Notwendigkeit aus, «die deutsche *Rassenpolitik* zu konsolidieren. Das, was das Gesetz festgelegt hat, wird verständigerweise im Ausland als Selbstschutz kaum beanstandet werden, wenn in diesem Rahmen sich nunmehr alles unter eiserner Disziplin und unter Vermeidung von Ausartungen und Kleinlichkeiten vollzieht.»<sup>166</sup>

Goerdeler begründete seine Kritik mit den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die sich alsbald aufgrund der Boykottmassnahmen eingestellt hatten. Westeuropäische und amerikanische Gläubiger zogen ihre Kredite ab. Ausländische Firmen brachen ihre Kontakte zu deutschen Geschäftspartnern ab. Damit entstanden unübersehbare Devisenprobleme und Rohstoffengpässe. In der Folge war der Kollaps der Reichsbank vorprogrammiert, die durch die massiven Devisenverluste infolge der Weltwirtschaftskrise erheblich angeschlagen war.

Goerdeler äusserte mit seinen Einwänden gegen die nationalsozialistische «Judenpolitik» keine grundsätzliche Kritik. Sie stiess, wie Dipper feststellte, «bei den sich später zum Widerstand Zusammenschliessenden (...) nur in Ausnahmefällen gleich zu Anfang auf prinzipielle Ablehnung»<sup>167</sup>. Die Ursache dafür liegt in bestehenden antisemitischen Ressentiments begründet, die eine klare Frontstellung verhinderten. Goerdelers Forderung nach «Konsolidierung der Rassenpolitik» stellte den Versuch dar, ein den Status der Emanzipation aufhebendes Sonderrecht für Juden zu verwirklichen und damit einen Rest von Rechtsstaatlichkeit gegen alle wilden Formen der Boykott- und Pogrompolitik zu behaupten<sup>168</sup>.

<sup>165</sup> Vgl. Unger, Die «Endlösung», S. 943.

<sup>166</sup> Hervorhebung im Original. BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift).

<sup>167</sup> Dipper, Der deutsche Widerstand und die Juden, S. 354.

<sup>168</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 394f. und Thamer, Carl Friedrich Goerdeler, S. 79.

Goerdeler stand mit seiner Kritik nicht allein. Berufskollegen untermauerten ihre Einwände gegen antijüdisches Vorgehen ebenfalls in erster Linie mit dem Argument, dass dafür keine gesetzlichen Handhabungen vorhanden waren<sup>169</sup>. Da der «ausenpolitische Schaden» der «Judenpolitik» nicht zu übersehen war, auf den Goerdeler hingewiesen hatte, gab es auch in der Führung der NSDAP, in der Gestapo und in der Reichsregierung Kritik am antisemitischen Terror<sup>170</sup>. Reichsinnenminister Frick beispielsweise beanstandete in einem Runderlass vom 17. Januar 1934 den massiven Druck auf jüdische Geschäftsleute: «Die deutsche Ariergesetzgebung ist aus völkischen und staatspolitischen Gründen notwendig. Andererseits hat sich die Reichsregierung selbst gewisse Grenzen gesteckt, deren Einhaltung gleichfalls erforderlich ist. Die deutsche Ariergesetzgebung würde im Inland und Ausland richtiger beurteilt werden, wenn diese Grenzen überall beachtet würden. Insbesondere ist es nicht angebracht, ja sogar bedenklich, wenn die Grundsätze des § 3 BBG, des sogenannten 'Arierparagraphen' (...), auf Gebiete ausgedehnt werden, für die sie überhaupt nicht bestimmt sind. Es gilt dies insbesondere, wie die nationalsozialistische Regierung immer wieder erklärt hat, für die freie Wirtschaft.

Ich bitte daher wiederholt, derartigen Übergriffen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und auch die unterstellten Behörden nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass sie ihren Massnahmen und Entscheidungen *nur die geltenden Gesetze* zu Grunde zu legen haben. (...) Die Behörden müssen (...) unzulässige, durch Gesetz oder Verordnung nicht erlaubte Einwirkungen auf wirtschaftliche Unternehmungen, Verbände usw. unterlassen»<sup>171</sup>.

Vom selben Ansatz her brachte Göring im Frühjahr 1933 gegen das BBG rhetorische Bedenken vor. Er argumentierte, das deutsche Ansehen im Ausland lasse erwägen, für jüdische «Kapazitäten» eine Ausnahme vom Gesetz zuzulassen<sup>172</sup>. Selbst Hitler hielt 1933 zunächst noch Vorsicht beim Vorgehen gegen die deutschen Juden für geboten, weil er glaubte, dass jeder jüdenfeindliche Akt in Deutschland einen deutschfeindlichen Akt im Ausland provoziere<sup>173</sup>.

Der Bezug auf die Wirkungen der «Judenpolitik» im Ausland war in konservativ-bürgerlichen, teilweise nationalsozialistischen Kreisen keine Seltenheit. Er deckte die eigene Kritik und verlieh ihr angesichts der realen wirtschaftlichen Folgen auch Nachdruck. Diesen Umstand hatte die DNVP bereits im Jahre 1933 genutzt, um ihre

<sup>169</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 306.

<sup>170</sup> Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 144.

<sup>171</sup> Hervorhebung im Original. Dokumentation. Das Reichsinnenministerium des Innern und die Judengesetzgebung, VfZ 9(1961)3, S. 271.

<sup>172</sup> Vgl. Mommsen, Beamtentum, S. 49f.

<sup>173</sup> Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 115.

eigene Opposition gegen den rassistischen Radikalismus der Nationalsozialisten zu schützen. Sie argumentierte, dass in der «Judenfrage» schon die aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen notwendige Rücksicht auf das Ausland zu einer gewissen Zurückhaltung zwingt<sup>174</sup>.

Inwieweit Goerdeler diese Argumentation jedoch bewusst mit der Absicht vorschützte, sich auf die ihm bekannten Denk- und Argumentationsweisen der Empfänger seiner Denkschriften einzustellen, damit Unrecht abgewendet werden kann, wird aus den Quellen nicht ersichtlich. Aufgrund seines emanzipations- und assimilationsfeindlichen Antisemitismus erscheint es aber naheliegend, dass er sich keiner «Sklavensprache» bediente, sondern seine eigene Meinung wirklich zum Ausdruck gebracht hatte.

Goerdeler hatte mit seiner Kritik an der nationalsozialistischen «Judenpolitik» der Regierung Hitler in den Jahren 1933/34 weder Einfluss auf deren Gestaltung nehmen können, noch hatte er es vermocht, die willkürliche Verdrängung der Juden innerhalb des Wirkungsbereichs der Leipziger Stadtverwaltung zu bremsen.

Die bisherige Untersuchung zeigte, dass Goerdeler in den ersten Jahren der NS-Herrschaft trotz der Kritik an politischen Massnahmen der Reichsregierung zweifellos mit nationalsozialistischen Funktionselementen kooperierte. Diese Verhaltensweise änderte sich vor dem Hintergrund der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft seit 1935, wie das nächste Kapitel zeigt.

<sup>174</sup> Ebenda, S. 116f.

## 7. Zunehmende Desillusionierung und Teilopposition

### 7. 1. «Tötung der Idee der Selbstverwaltung». Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935

In der Abschlussphase der Gesetzgebung der DGO eskalierte die Kontroverse zwischen Goerdeler und den Nationalsozialisten in der Frage der Gestaltung der Staatsaufsicht und des Parteieinflusses in den Gemeinden.

Goerdeler merkte, dass Versuche, eine alternative Politik im Bereich der Kommunalpolitik durchsetzen zu wollen, ergebnislos blieben. Am Ende fixierte die DGO ein Kommunalrecht, das den Gemeinden die Exekution des zentralen Staats- und Parteiwillens aufzwang. Willensbildung und Kontrolle fielen, soweit sie nicht in der Hand des Bürgermeisters lagen, Partei und Staat zu. Diese Art örtlicher Administration hatte nichts mehr mit «Selbstverwaltung» zu tun, auch nicht mit dem autoritären, bürokratisch-etatistischen Selbstverwaltungskonzept Goerdelers. Damit waren auch seine Hoffnungen auf eine umfassende Reichsreform gescheitert, die ihre Wurzel in den Gemeinden haben sollte. Das führte zwar zu einer spürbaren Desillusionierung Goerdelers, aber eine deutliche Distanzhaltung nahm er deshalb zum NS-System noch nicht ein. Er versuchte zunächst, die Unzulänglichkeiten des Gesetzeswerks individuell zu regulieren und erzielte dabei auch gewisse Erfolge.

Die sich seit dem Sommer des Jahres 1934 abzeichnende Tendenz, der Partei weitgehende Kompetenzen und Rechte in den Gemeinden zuzugestehen, manifestierte sich, je weiter die Arbeit an der DGO fortschritt. Das war Ausdruck der zunehmenden Machtstabilisierung des NS-Systems. Goerdeler kritisierte im November 1934 die Infiltration der Gemeinden durch die Partei, weil er in der Gestaltung des Verhältnisses von Partei und Gemeinde im letzten Entwurf der DGO «einen grundlegenden Fehler» sah. Der lag seiner Meinung nach in dem «leider nur zu grossen und nicht genügend geklärten Umfange» des Parteieinflusses. Deshalb sollte «eine Ausdehnung über diesen Stand (...) unter allen Umständen vermieden werden.»<sup>1</sup>

Goerdeler verwahrte sich in diesem Zusammenhang gegen den geplanten Kompetenzzuwachs des Ortsgruppenleiters. Das führe zu einem «verderblichen Dualismus» zwischen Gemeindeleiter und Ortsgruppenleiter und spalte den «gesunde Führergrundsatz» auf. Die Gemeinderäte würden als die eigentlichen Beratungsinstanzen des Gemeindeleiters zu «Puppen»<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Schreiben an Pfundter vom 22.11.1934).

<sup>2</sup> Ebenda.

Goerdeler sah sich in seinen Befürchtungen durch die «parteimässige(n) Eingriffsgelüste» in die Verantwortungsbereiche der Gemeinden, wie sie überall zu beobachten waren, bestärkt, denn sie brachten «Gefahr für die öffentliche Ordnung»<sup>3</sup>. Als Lösung schlug er vor, «dass die Partei entscheidend mitwirkt bei der Gesetzgebung und bei der Besetzung bestimmter leitender Stellen», wie die des Gemeindeleiters und der Gemeinderäte. «Hat die Partei hier einmal ihre entscheidende Mitwirkung vollzogen», forderte Goerdeler, «so müssen nunmehr diese Organe (...) frei wirken und ihrer Verantwortung gerecht werden können, sonst kann sich ja niemals eine klare Verantwortlichkeit entwickeln.»<sup>4</sup> Damit räumte Goerdeler der Partei einen kontrollierbaren Einfluss ein. Das sollte ermöglichen, die willkürlichen Eingriffe der NSDAP, ihrer Verbände und Gliederungen zu bremsen. Weil die Partei sich mit dieser Konstellation aber nicht zufrieden geben würde, entwickelte Goerdeler die Idee, dass die Gemeinderäte von einem Amtsleiter berufen werden könnten, der «vom Führer oder der von ihm bestimmen Parteidienststelle» beauftragt wird. Diese Variante sollte den bisherige Streit beenden, ob nun der Ortsgruppenleiter oder der Gauleiter die richtige Stelle sei. Die Abberufung der Gemeinderäte sollte aber der Aufsichtsbehörde obliegen.

Mit dem Amtsleiter schlug Goerdeler selbst eine überörtliche Instanz zur Wahrung der Parteiinteressen vor, die später in Gestalt des Beauftragten der NSDAP tatsächlich in den Gemeinden verankert wurde. Das Nachgeben Goerdelers in dieser sensiblen Frage beruhte auf der Unvermeidbarkeit der Einbindung der NSDAP in die Kommunalverwaltungen. Damit gab er aber eine seiner zentralen kommunalpolitischen Grundsatzpositionen, die Wahrung der Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung von jeglichen Parteieinflüssen, für die er bereits in der Weimarer Zeit gekämpft hatte, auf. An diesem Punkt wird das Mass der Kompromissfähigkeit deutlich, zu dem Goerdeler noch im November 1934 bereit war.

Ansonsten hielt er beständig an seinen alten kommunalpolitischen Vorstellungen fest. Er insistierte lebhaft auf die Möglichkeit eines Verwaltungsstreitverfahrens der Gemeinden gegen die Aufsichtsbehörde, damit «die Gemeinden gegen Anordnungen der Aufsichtsbehörde, mit denen ihnen finanzielle Verpflichtungen zugunsten oder in Entlastung des Staates auferlegt werden, das Oberverwaltungsgericht oder ein anderes vom Reichsminister des Innern bestimmtes Gericht anrufen zu können. Es genügt eine Instanz. Die Fälle sind selten.»<sup>6</sup> Dass Goerdeler so energisch für ein

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Ebenda.

Verwaltungsstreitverfahren kämpfte, erklärt sich vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die er mit dem Zugriff der Partei auf die gemeindlichen Mittel gemacht hatte. Er versuchte einfach, solche willkürlichen Forderungen an die gemeindlichen Finanzen per Gesetz zu verhindern. Das sollte ihm aber letztlich nicht gelingen.

In den Besprechungen am 20. Dezember 1934 und am 8. Januar 1935 im Reichsinnenministerium, an denen alle zu einem früheren Zeitpunkt am Gesetzgebungsprozess beteiligten Instanzen zugegen waren<sup>7</sup>, wurde ein Kompromiss hinsichtlich des zu verankernden Parteieinflusses in den Gemeinden ausgehandelt. Man folgte dem Vorschlag Goerdelers und sprach sich für die Einführung einer überörtlichen Instanz zur Wahrung der Parteiinteressen aus, den Beauftragten der NSDAP. Er war kraft seines Amtes Gemeinderat, sollte die Interessen der Partei wahrnehmen und die Zustimmung zur Haupt- und Haushaltssatzung erteilen. In diesem Sinne wurde der bestehende Entwurf redigiert, damit er in der Chefbesprechung am 14. Januar 1935 abschliessend debattiert werden konnte.

Goerdeler war über den gefundenen Kompromiss enttäuscht, obwohl er selbst die Einführung einer überörtlichen Instanz zur Wahrung der Parteiinteressen angeregt hatte. Am 9. Januar 1935 schrieb er an Holtzmann, dass er sehr daran zweifle, dass die DGO «den sachlichen Notwendigkeiten einer gesunden Zukunftsentwicklung entsprechen wird.»<sup>8</sup> Er bot deshalb in den folgenden Wochen seine ganze Kraft und enormes Verhandlungsgeschick auf, um gegen diesen Entwurf zu kämpfen. Er wandte sich am 11. Januar an Frick, am 12. Januar an Lammers und Gürtner, am 15. Januar an Schacht und am 17. Januar an Reichenau<sup>9</sup>. Das Spektrum der Adressaten zeigt, dass Goerdeler noch in diesem Endstadium bemüht war, eine möglichst breite Abwehrfront gegen den vorliegenden Gesetzentwurf zu schaffen. Inhaltlich ging es dabei in erster Linie gegen den Umfang der Einflussnahme der Partei auf die Belange der kommunalen Selbstverwaltung durch die Einführung der Instanz des Beauftragten der NSDAP, aber auch um die ausgedehnten staatlichen Eingriffsrechte.

Goerdeler lehnte die Einführung des Parteibeauftragten als ein ausserhalb der Selbstverwaltung stehendes Parteiorgan ab. «Ich kann nicht *ernst* genug *warnen* vor einer derartigen Beaufsichtigung der Selbstverwaltung»<sup>10</sup>. Er befürchtete, «dass ein Hineinregieren durch eine ausserhalb der Verwaltung stehende, nicht mit der Verantwortung für die Verwaltung belasteten Stelle zu einer vollkommenen Vernich-

<sup>7</sup> Vgl. Weidemann, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, S. 102 und Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 151.

<sup>8</sup> Holtzmann, Der Weg zur deutschen Gemeindeordnung, S. 362.

<sup>9</sup> BA R 43 II/ 569, Bl. 3-133,140-158 und Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 401.

<sup>10</sup> Hervorhebung im Original. Ebenda, Bl. 140.



tung jedes Verantwortungsbewusstseins innerhalb der Verwaltung führen muss. (...) Ich bitte, mir zu glauben, (...), dass diese Bestimmung, in die Tat umgesetzt, die Selbstverwaltung vernichtet. (...) Eine solche Vernichtung der Selbstverwaltung würde ich für ein tragisches Unglück für unser Vaterland und für eine furchtbare Verkennung einer grossen, sich der Partei darbietenden Aufgabe halten.»<sup>11</sup>

Goerdeler's Gegenvorschlag sah vor, den Parteivertrauensmann innerhalb der Verwaltungsorganisation der Gemeinde zu verankern, damit er organisch in die Gruppe der Gemeinderäte gehört. «Dort ist er der Erste, der Führer, der Sprecher oder der Wortstatthalter. Man nenne ihn, wie man wolle. Er hat dieselbe politische Stellung wie der im Entwurf vorgesehene Beauftragte. Die Partei bestimmt ihn, die Partei ruft ihn ab, wenn er politisch nicht tragbar sein sollte. Aber er steht in den Dingen und in der Verantwortung ständig drin. Ich scheue mich nicht, ihm sehr viel weitergehende Befugnisse einzuräumen, als sie für den ausserhalb stehenden Beauftragten vorgesehen sind. Seine Zustimmung soll zu jeder Sitzung erforderlich sein, so dass in dieser Hinsicht einer Allmächtsentwicklung des Bürgermeisters vorgebeugt wird.»<sup>12</sup>

Mit dieser Regelung des Parteieinflusses griff Goerdeler auf das Zähmungskonzept zurück, weil er hoffte, auf diesem Wege, die Mitarbeit der NSDAP in den Kommunalverwaltungen durch den Verantwortungs- und Sachdruck massvoll gestalten zu können.

Eindringlich kritisierte Goerdeler den vorgesehenen Umfang der Staatsaufsicht. «Es sind hier bereits Verbesserungen vorgenommen, sie reichen aber nicht aus, um das neue Werk vor dem Vorwurf *der Kleinlichkeit* zu bewahren. (...) Gerade der neue Staat sollte in Erinnerung an grosse Zeiten deutscher Geschichte grosszügig sein und sich *auf Wesentliches beschränken.*»<sup>13</sup> Er geisselte die Schematisierung der Verwaltung, «Schematismus verursacht immer Verödung»<sup>14</sup>, und das Präfektursystem; es ist «undeutsch und wird niemals Volkstümlichkeit in Deutschland erringen.»<sup>15</sup>

Die zahlreich konzipierten Genehmigungsvorbehalte fanden sein starkes Missfallen. Er forderte ihre Aufhebung oder bei Bewährung die fakultative Freistellung der Gemeinden davon. Berufung und Entlastung der Gemeindeleiter sollten der Gemeinde obliegen und das Probejahr entfallen.

<sup>11</sup> Ebenda, Bl. 141 f.

<sup>12</sup> Ebenda, Bl. 143. Vgl. dazu auch Carl Goerdeler, Deutsche Reichsgemeindeordnung, in: Leipziger Tageblatt, 23.1.1935.

<sup>13</sup> Hervorhebungen im Original. BA R 43 11/569, Bl. 145.

<sup>14</sup> Ebenda, Bl. 155.

<sup>15</sup> Ebenda, Bl. 147.

Goerdelers Kritik verhallte wirkungslos. Keiner der von ihm angesprochenen Funktionsträger unterstützte seine Einwände. Aus der Rückschau des Jahres 1937 erklärte Goerdeler diesen Umstand mit Blick auf das Innenministerium, wo er 1934 noch gehört wurde. «Dann hatte der Parteiehrgeiz auch hier die Oberhand; Minister Frick hörte mich nicht mehr. Ich habe dem auch nicht nachgetrauert, denn die Beamten des Ministeriums wollten sich im Allgemeinen nicht beraten lassen, und der Minister entschied nie gegen sie.»<sup>16</sup> Matzerath vertrat dagegen die Ansicht, dass der als Kompromiss so mühsam ausgehandelte Gesetzentwurf von keiner Seite mehr durch Goerdelers weitreichende Forderungen in Frage gestellt werden wollte<sup>17</sup>.

Die Chefbesprechung am 14. Januar 1935 brachte deshalb auch keine grundsätzlichen Änderungen im Gesetzentwurf. Es entfielen nur die Berufung ehrenamtlicher Bürgermeister durch den Parteibeauftragten und dessen Zustimmung zur Haushaltsatzung. Damit wurde der Gesetzentwurf für kabinettsreif erklärt und seine Verabschiedung für die Sitzung am 24. Januar 1935 in Aussicht genommen.

In der verbleibenden Zeit versuchten verschiedene Stellen, noch Einfluss auf das Gesetz zu nehmen. Einzig erfolgreich war Goerdeler, dem es gelang, am 23. Januar, einen Tag vor der Kabinettsitzung, bei Hitler vorstellig zu werden, um ihm seine Bedenken hinsichtlich des Parteieinflusses und des Umfangs der Staatsaufsicht vorzutragen. Noch am gleichen Tage liess er seine Abänderungsvorschläge Hitler schriftlich zugehen. Mit Blick auf die Ministerialbürokratie kam er dabei erneuten Einwänden zuvor, indem er schrieb, dass diese «nicht aus der Erfahrung der Front heraus» kämen, also nicht auf praktische kommunalpolitische Erfahrungen basierten. «Das herzhafteste Zutrauen, das auf Erwidern rechnet, aber bei Nichterwidern unerbitterlich durchgreift, ist die richtige deutsche Lösung im Stein'schen Sinne. Das andere ist sicherlich gutgläubige, aber doch engherzige Bürokratie.»<sup>18</sup> Goerdeler rüttelte nicht mehr an der Einführung des Parteibeauftragten. Naheliegender erscheint, dass er damit ein taktisches Manöver vollzog, um bei Hitler wenigstens im Sinne einer Schadensbegrenzung die Kompetenzen des Parteibeauftragten bei gleichzeitigem Machtzuwachs des Gemeindeleiters zu beschneiden. Nach seiner Auffassung sollte der Parteibeauftragte nun nicht mehr den Status eines Gemeinderates besitzen und von den Sitzungen der Gemeinderäte ausgeschlossen sein. Die-

<sup>16</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

<sup>17</sup> Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 152.

<sup>18</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Anschreiben und Änderungsvorschläge zur DGO vom 23.1.1935). Vgl. auch BAR 43 II/569.

sem Vorschlag lag das Bestreben zugrunde, die Stellung des Gemeindeleiters gegenüber dem Parteibeauftragten und der Gemeindevertretung zu stärken.

Goerdeler verneinte den fertigen Entwurf gegenüber Hitler in zwei wichtigen Punkten<sup>19</sup>. Zum einen lehnte er die Abschaffung jedes Wahlrechts für die Bürger und jedes Mitwirkungsrechts der Gemeinderäte ab. Zum anderen kritisierte er die zu weitgehenden Aufsichtsbefugnisse des Staates. Goerdeler forderte deshalb die Abschaffung sämtlicher Genehmigungsvorbehalte. Sie sollten, soweit erforderlich, durch Anzeigepflicht der Gemeinden an die Aufsichtsbehörde ersetzt werden.

Hitler zeigte sich beeindruckt von den Forderungen Goerdelers bezüglich der Genehmigungsvorbehalte. In der Kabinettsitzung am 24. Januar 1935 wies er darauf hin, dass Goerdeler sich «sehr energisch» gegen die staatliche Genehmigung mit dem Argument ausgesprochen habe, dass sie die Initiative und Verantwortungsfreudigkeit der Oberbürgermeister einschränke. Hitler verlangte eine Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände<sup>20</sup>. Obwohl auch ein entsprechender Beschluss gefasst wurde, der die Genehmigungsvorbehalte auf neun Fälle reduzierte, enthielt das endgültige Gesetz sie schliesslich in vollem Umfange.

Im Gesetzgebungsprozess hatte Goerdeler begriffen, dass ihn von den Nationalsozialisten ein anderes Begriffsverständnis von kommunaler Selbstverwaltung trennte. Vorrangig von der nationalsozialistischen Ministerialbürokratie wurde die Selbstverwaltung entsprechend der bürokratisch-etatistischen Konzeption lediglich als «abgeleitete Staatsgewalt» oder als «mittelbare Staatsverwaltung» interpretiert. Trotz einer Annäherung Goerdelers an die deutschrechtlich-genossenschaftliche Auffassungen<sup>22</sup>, konnte er sich mit den nationalsozialistischen Vorstellungen über die Gestaltung herkömmlicher Elemente des Selbstverwaltungsrechts wie den Körperschaftsbegriff, Aufsicht und Ermessensentscheidung nicht anfreunden. Der Begriff der Selbstverwaltung oder gar ein garantiertes Recht auf Selbstverwaltung waren in der DGO nicht einmal enthalten. Damit manifestierte sich für Goerdeler, was sich ihm in der praktischen Arbeit in der Stadtverwaltung Leipzig längst erhellt hatte.

Die DGO wurde am 30. Januar 1935, anlässlich des zweiten Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung, nach beträchtlichen inhaltlichen und machtpolitischen Auseinandersetzungen erlassen, so dass selbst nationalsozialistische Kom-

<sup>19</sup> BA NL 113, Nr. 25 (Goerdeler, Gedanken zur Neuordnung der Selbstverwaltung).

<sup>20</sup> BA R 43 II/567, Bl. 373.

<sup>21</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 160f., 440.

<sup>22</sup> Goerdeler, Die Deutsche Gemeindeordnung, S. 73.

munalpolitiker zugaben, dass die Geburt des Gesetzeswerks «unter erheblichen Wehen» vor sich gegangen war und «ein langwieriges geistiges Ringen» mit sich gebracht hatte<sup>23</sup>.

Das Kommunalverfassungsrecht hatte eine der wesentlichen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung beseitigt, die unmittelbare oder mittelbare Mitwirkung der Bevölkerung an der innergemeindlichen Willensbildung. Ausserdem waren die organisatorischen Strukturen so tiefgreifend verändert worden, dass wesentliche Funktionen, die vorher bei der Gemeinde lagen, zu einem Teil an den Staat und zum anderen Teil an die Partei gingen. Die Restfunktionen fielen kommunalverfassungsrechtlich dem Bürgermeister zu, dessen Stellung in der Gemeinde damit nach dem Führerprinzip ausgebaut wurde. Die Verankerung der NSDAP in einer Kommunalordnung, die ein absolutes Novum in der Geschichte der deutschen kommunalen Selbstverwaltung bildete, blieb bis zum Schluss hinsichtlich Art und Umfang umstritten. Eingriffe von aussen schloss das Gesetz ausdrücklich aus. Mit der Verwurzelung der NSDAP in der Gemeinde konnte eine ordnungsmässige Verwaltung nicht mehr garantiert werden. Das Einwirken der Partei auf die Gemeindeverwaltung war politisch motiviert und damit juristisch nicht nachprüfbar.

Das Gesetz wurde in der deutschen Öffentlichkeit im Gegensatz zum Ausland zustimmend gefeiert<sup>24</sup>. Goerdeler äusserte, wie aus seinem bisherigen kommunalpolitischen und kommunalverfassungsrechtlichen Wirken und der Entstehungsgeschichte des Gesetzes zu erwarten war, sowohl Lob als auch Kritik<sup>25</sup>. Das spiegelte den Kompromisscharakter aller entscheidenden Bestimmungen des Gesetzes wider. Goerdeler betrachtete die DGO nicht als ein im Grunde gelungenes und in der Selbstverwaltungstradition stehendes Gesetzeswerk<sup>26</sup>, dem lediglich einige nationalsozialistische «Zutaten» genommen werden mussten. Auch wenn er die DGO als «vorzüglich»<sup>27</sup> lobte und hervorhob, dass es «das beste seit 1933 er- (?) Verfassungs-

<sup>23</sup> Weidemann, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, S. 93.

<sup>24</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 156ff.

<sup>25</sup> Vgl. u.a. Goerdeler, Die Deutsche Gemeindeordnung in der Entwicklung der Selbstverwaltung, S. 218-222; ders., Die Deutsche Gemeindeordnung, S. 73-78; ders., Die Staatsaufsicht nach der Deutschen Gemeindeordnung (zu dem gleichnamigen Aufsatz von Oberbürgermeister Dr. Dr. Weidemann), in: Reich und Länder, 9(1935), S. 293-296; ders., Wirtschaftliche Gedanken zur Deutschen Gemeindeordnung, Teil I, in: Der deutsche Volkswirt, 9(1935)22, S. 987-990; ders., Wirtschaftliche Gedanken zur Deutschen Gemeindeordnung, Teil II, in: Der deutsche Volkswirt, 9(1935)23, S. 1031-1034.

<sup>26</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 43; Krahl, Goerdelers Auffassungen zu Staat und Gesellschaft, S. 69ff. und Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 391.

<sup>27</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

und Verwaltungsrechts für die deutschen Gemeinden in der Geschichte. Darin lag für Goerdeler ihre «wahrhaft geschichtliche Bedeutung»<sup>29</sup>. Er war erfreut, dass das, «was vor dem Weltkriege niemand zu denken wagte, was nach dem Kriege ersehnt und vorbereitet wurde», endlich Tatsache geworden sei. Damit erfüllte sich rein formal ein wesentliches Ziel seines kommunalverfassungsrechtlichen Wirkens seit den 20er Jahren. Ausserdem ersetzte die DGO die preussischen Kommunalgesetze von 1933, was ebenfalls seinen Wünschen entsprach.

Grundsätzlich bemerkte Goerdeler aber, dass die DGO nur «in ihrem positiven Inhalt das Gut der Selbstverwaltung verkörpert.»<sup>31</sup> Zum «positiven Inhalt» gehörten für ihn die wenigen Bestimmungen, die noch in der Tradition des alten Gemeinderechts standen. Dazu zählte im Teil V die starke Stellung des Gemeindeleiters gegenüber den Gemeinderäten nach dem Vorbild der süddeutschen und rheinischen Städteordnungen. «Diese Regelung verbindet vorbildlich, vielleicht für alle Zeiten vorbildlich, den Grundsatz persönlicher Führung mit dem Grundsatz achtungsgebietender, verantwortungsbewusster Mitarbeit von Bürgervertretern.»<sup>32</sup>

Auch der Teil VI über die Gemeindegewirtschaft zählte seine Meinung nach zum «positiven Inhalt» der DGO<sup>33</sup>. Er stellte eine Synthese herkömmlicher landesrechtlicher Lösungen, aus Erfahrungen und Tendenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise und eines staatsautoritären Konzepts dar<sup>34</sup>. Matzerath wies darauf hin, dass dieser Teil VI als ein Kompromiss zwischen den Forderungen Preussens sowie den Auffassungen nationalsozialistischer und konservativer Kommunalpolitiker zustande kam. Nur das Gewicht von Experten wie Goerdeler und Popitz hatten die Verankerung des Parteieinflusses in diesem Bereich verhindert<sup>35</sup>. Auch die Gestaltung des Mitwirkungsrechts der Gemeinderäte ging auf ihn zurück<sup>36</sup>. Sie sollten ihre gegenteiligen Meinungen zu den vom Gemeindeleiter vorgelegten Vorschlägen schriftlich fixieren. Das sollte ein «Höchstmass an Verantwortung sowohl für die Gemeinderäte wie für

<sup>29</sup> Goerdeler, *Die Deutsche Gemeindeordnung in der Entwicklung der Selbstverwaltung*, S. 222.

<sup>30</sup> Ders., *Die Deutsche Gemeindeordnung*, S. 73.

<sup>31</sup> Ders., *Einleitung zur Deutschen Gemeindeordnung*, S. 5.

<sup>32</sup> Ders., *Die deutsche Gemeindeordnung in der Entwicklung der Selbstverwaltung*, S. 221.

<sup>33</sup> Ders., *Die Deutsche Gemeindeordnung*, S. 76f.

<sup>34</sup> Vgl. Engeli, *Haus, Quellen*, S. 674.

<sup>35</sup> Matzerath, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, S. 157.

<sup>36</sup> BA NL 113, Nr. 25 (Goerdeler, *Gedanken zur Neuordnung der Selbstverwaltung*).

den Bürgermeister»<sup>37</sup> erzielen. Goerdeler bezeichnete diese Regelung «als geradezu vorbildliche Lösung, als vorbildliche Ablösung des anonymen Mehrheitssystems»<sup>38</sup>. Die wenigen, nach seinem Verständnis positiv hervorzuhebenden Elemente der DGO konnten bei weitem nicht die stark ausgebaute Staats- und Parteiaufsicht aufwiegen, die das Wesen des neuen Gesetzes ausmachten.

An der Regelung der Staatsaufsicht bemängelte er die Abschaffung des Verwaltungsstreitverfahrens, das Probejahr für Gemeindeleiter<sup>39</sup>, das aufsichtsmässige Eingreifen in den Haushalt und die Entlastungsregelung. Ausserdem kritisierte er, das in den Schlussbestimmungen des Gesetzes verankerte Recht, das dem Reichsinnenminister den Erlass von Rechtsvorschriften zur Durchführung des Gesetzes einräumte. Er sah darin einen Umweg, durch den der Staat mittels Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeordnung zu «einer solchen Tötung der Idee der Selbstverwaltung übergeht.»<sup>40</sup>

Die Staatsaufsicht war in der DGO so ausgebaut, dass sie über das herkömmliche Kommunalrecht weit hinausging, aber gegenüber den preussischen Gemeindegesetzen vom 1933 eine abgeschwächte Form erhalten hatte. Die Generalklausel, dass sich die Selbstverwaltung im Einklang mit den Gesetzen und Zielen der Staatsführung zu verhalten habe, ging weit über die traditionelle Gestaltung des Aufsichtsrechts hinaus. Dass Goerdeler sie in ihrer Allgemeinheit aufgrund der Erfahrungen aus der «Zeit des Parlamentssystems» für richtig hielt, erscheint folgerichtig. Ihm kam es jedoch darauf an, sie «weise»<sup>41</sup> zu beschränken, denn die Staatsaufsicht sollte «die Entschlusskraft und Verantwortungsfreudigkeit der Gemeinden nicht beeinträchtigen.»<sup>42</sup> Ihren eigentlichen Inhalt gewann die Generalklausel durch die Genehmigungsvorbehalte, an denen Goerdeler klar bemängelte, dass der Staat damit

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1935, S. 7.

<sup>39</sup> «Dies ist ein Punkt, wo ich grundsätzlich anderer Meinung bin.» Goerdeler, *Gegenwartsaufgaben*, S. 117.

<sup>40</sup> Goerdeler, *Gegenwartsaufgaben*, S. 133. An anderer Stelle führte er dazu aus: «Diese Entwicklung bedarf der Nachprüfung. Es ist nicht von ungefähr, dass der hochgeordnete preussische Staat streng unterschieden hat zwischen Rechtsschöpfung, die nur durch ein ordentliches Gesetz erfolgen darf, und zwischen Ausführungsbestimmungen. Die Rechtsschöpfung war der Gesetzgebung vorbehalten, um zu vermeiden, dass einzelne Minister etwa miteinander nicht vereinbare Rechtsvorschriften erlassen.» Goerdeler, *Die Deutsche Gemeindeordnung*, S. 78.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 77.

praktisch die Möglichkeit hatte, «die Selbstverwaltung in Weisungen einzuengen.»<sup>43</sup> Goerdeler war mit dem Mass der Einflussnahme, das der Partei künftig in den Gemeinden eingeräumt wurde, nicht einverstanden. Er nahm dabei aber eine ambivalente Haltung gegenüber der NSDAP ein. Er hegte Bedenken gegen den Beauftragten der NSDAP. Diese Instanz widersprach seiner Auffassung nach dem im Gemeinderecht verankerten Führergrundsatz, weil er neben dem Gemeindeleiter eine zweite Führungsspitze verkörperte<sup>44</sup>, die die starke Stellung des Gemeindeleiters antastete. Gleichwohl akzeptierte Goerdeler den Parteibeauftragten, der bei der Berufung der Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte mitwirkte, die aber durch die Gemeinde ernannt wurden, denn damit war die preussische Regelung beseitigt, nach der der Staat, die Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte ernannte. Das hiess, den Teufel mit dem Beizebub austreiben. «Das ist ja gerade der Sinn der Selbstverwaltung, dass die Vertreter der Verwalteten (...) und die Verwaltung selbst nicht vom Staat bestimmt werden, sondern dass sie aus der politischen und wirtschaftlichen Sphäre herauswachsen. Da die Wahlmöglichkeit nicht zur Verfügung stand, so blieb doch gar nichts anderes und sinnvollerer übrig, als einem Beauftragten der Partei hier eine besondere, ich möchte sagen Wählerstellung zuzuweisen.»<sup>45</sup>

Ausgesprochen glücklich fand er diese Regelung dennoch nicht, weil er nach wie vor nicht auf einen Wahlakt verzichten wollte. «Die Zeit wird lehren, ob man auf die Dauer damit auskommt, auf jeden Befragungsakt der urteilsfähigen Bürger einer Gemeinde zu verzichten. (...) Und wenn es nicht gelingt, die Bevölkerung zur Anerkennung der Ratsherren als ihre Vertreter zu gewinnen, dann ist alle Mühe vergebens; dann wäre das obenerwähnte System ihrer Berufung auf die Dauer nicht haltbar.»<sup>46</sup>

Goerdeler hatte seine Kritik äussern können, weil er damit keine Grundpositionen nationalsozialistischer Politik in Frage stellte. Allerdings wurde eine Auslegungskontroverse geführt, in der er in vielem über die Kritik nationalsozialistischer Kommunalpolitiker wie Weidemann hinausging<sup>47</sup>. Dennoch verkörperte er in dem Interessengeflecht der am Gesetzgebungsprozess beteiligten Instanzen gemeinsam mit nationalsozialistischen Kommunalpolitikern, nach-Krüger-Charlé, «die Front der 'kommunalen Praktiker'»<sup>48</sup>. Sie waren im Interesse des Erhalts der kommunalen Selbst-

<sup>43</sup> Goerdeler, *Gegenwartsaufgaben*, S. 133.

<sup>44</sup> Ders., *Die Deutsche Gemeindeordnung*, S. 75.

<sup>45</sup> Ders., *Die Deutsche Gemeindeordnung in der Entwicklung der Selbstverwaltung*, S. 221.

<sup>46</sup> Ders., *Gegenwartsaufgaben*, S. 120f.

<sup>47</sup> Ders., *Die Staatsaufsicht*, S. 296.

<sup>48</sup> Krüger-Charlé, *Carl Goerdelers Versuch*, S. 391.

verwaltung auf der Suche nach dem Mittelweg, wie es Goerdeler anerkennend für Weidemann mit einem Mass an Identifikation formulierte, «von überspitzten demokratischen Gedankengängen wie von uns wesensfremden faschistischen.»<sup>49</sup> Damit grenzte Goerdeler das Selbstverwaltungskonzept der «kommunalen Praktiker» deutlich vom faschistisch-italienischen Modell und dem darin enthaltenen Zentralismus ab.

Die Entstehungsgeschichte der DGO wie Goerdelers Reaktionen auf das Gesetzeswerk belegen, dass er mit dem Ergebnis der Vereinheitlichung der deutschen Kommunalgesetzgebung unzufrieden war. Er versuchte sich aber mit den neuen Arbeitsbedingungen, die das Gesetz für ihn brachte, zunächst zu arrangieren, weil Hitler ihm baldige Änderungen in Aussicht gestellt hatte<sup>50</sup>. In dieser Situation setzte er auf die Kraft der Persönlichkeit bei der Bewältigung schwieriger Aufgaben. In diesem Sinne empfahl er auch anderen Gemeindeleitern, dass es jetzt nur darauf ankomme, dass sie «von allen Zuständigkeiten einen ebenso entschlossenen wie weisen Gebrauch macht(en). Die Entschlossenheit ist da anzuwenden, wo irgendjemand, der dazu nicht gesetzlich berufen ist, es unternimmt, ihm in seine Zuständigkeiten hineinregieren zu wollen. Dazu gehört ein gewisses Selbstvertrauen. Dieses Selbstvertrauen ist eitel, wenn es sich auf Einbildungen aufbaut; es ist echt und wird sich bescheiden äussern, wenn es auf Wissen und Erfahrung aufgebaut ist.»<sup>51</sup>

Die Wirkung der DGO milderte Goerdeler dadurch etwas ab, dass er in die Hauptsatzung, die jede Gemeinde nach der DGO zur Regelung bestimmter Vorschriften des Gesetzes zu erlassen hatte, wenigstens Teile seiner kommunal-verfassungsrechtlichen Vorstellungen für Leipzig in Anwendung brachte. Danach fand die berufsständische Zusammensetzung der Gemeinderäte, die in Leipzig fortan Ratsherren hiessen, ihren Niederschlag. In der Hauptsatzung hiess es, ihre Berufung erfolge «unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Gliederung der Bürgerschaft. Bei der Berufung der Ratsherren soll auf den Charakter der Stadt Leipzig als Buch-, Musik-, Messe-, und Pelzstadt besondere Rücksicht genommen werden.»<sup>52</sup> Ausserdem wurde die Möglichkeit verankert, dass der Oberbürgermeister zur Betreuung der Angelegenheiten der Ratsherren und der Bürgerschaft unter den Gemeinderäten einen Ratsherrenältesten bestimmen könne. Goerdeler machte von dieser Regelung Gebrauch und ernannte Otto Wolf zum Ratsherrenältesten. Die Effi-

<sup>49</sup> Goerdeler, Die Staatsaufsicht, S. 296.

<sup>50</sup> BA NL 113, Nr. 25 (Goerdeler, Gedanken zur Neuordnung der Selbstverwaltung).

<sup>51</sup> Goerdeler, Gegenwartsaufgaben, S. 116f.

<sup>52</sup> Ebenda.



zienz der Verwaltungsarbeit sollten bestimmte Voraussetzungen bezüglich der Vorbildung der hauptamtlichen Stadträte, insbesondere des Stadtkämmerers, garantieren. Das entsprach Goerdelers Vorstellung vom Berufsbeamtentum, war gleichzeitig aber auch eine Gegenmassnahme, denn nach der Gleichschaltung des Stadtrates war Goerdeler von Ratsmitgliedern umgeben, die nur in Ausnahmefällen über eine spezifische kommunalpolitische und/oder akademische Vorbildung verfügten. Auf diesem Weg wollte Goerdeler den Einfluss der NSDAP auf die Verwaltung, insbesondere den Zugang von Parteibuchbeamten einschränken.

Dieser Versuch stiess bei Dönicke auf Ablehnung. Obwohl er die Hauptsatzung am 17. Juni 1935 generell genehmigte, erwartete er aber, dass Veränderungen in der Festlegung der Voraussetzungen vorgenommen werden. «Aus dem Umstand, dass die Leipziger Hauptsatzung ausschliesslich die Ablegung der juristischen Prüfungen als Voraussetzung aufführt, befürchte ich gewisse Schwierigkeiten; denn es steht ausser Frage, dass unter den Kommunaljuristen vorläufig nur sehr wenige die gestellten Anforderungen erfüllen. (...) Deshalb neige ich zu der Ansicht, dass man zu mindestens auch die Vorbildung als Diplom-Volkswirt in die fragliche Bestimmung der Leipziger Satzung aufnehmen möchte.»<sup>53</sup>

Der Ton des Schreibens weist darauf hin, dass Dönicke Goerdeler trotz Meinungsverschiedenheiten nach wie vor wohlwollend gegenüberstand. Sonst hätte er auch schwerlich die Hauptsatzung genehmigt. Dennoch konnte Dönicke nicht übersehen, dass Goerdelers Vorstellungen sich gegen die Partei richteten, weil sie die Gefahr in sich bargen, dass möglicherweise nationalsozialistische Ratsmitglieder in Ermangelung fachlicher Kompetenz abberufen werden oder Nationalsozialisten für Ratsämter in der Folgezeit nicht mehr berufen werden könnten. Goerdeler lenkte auf den Widerspruch Dönickes nur geringfügig ein. Die Hauptsatzung bestimmte: «Stadtkämmerer muss und 2 weitere hauptamtliche Stadträte sollen die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben. Der Leiter des Gesundheitswesens soll die hierfür vorgeschriebene Befähigung und der Leiter des Stadtbauwesens die Diplom-Ingenieur-Prüfung oder eine dieser gleichstehenden Prüfung bestanden haben.»<sup>54</sup>

Trotz dieser partiellen Erfolge war der Niedergang der kommunalen Selbstverwaltung nach der DGO auch in Leipzig nicht aufzuhalten. Damit entfaltete die DGO eine oppositionsstiftende Langzeitwirkung, die erst im Zusammenspiel mit den sich in der Folgezeit zuspitzenden wirtschafts- und rüstungspolitischen Gegensätzen wirksam werden sollte.

<sup>53</sup> StA L, Kap. 5, Nr. 82, Bl. 77.

<sup>54</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, S. 15.

## **7. 2. «Die Notwendigkeit, Ordnung in Wirtschaft und Staat zu schaffen.» Das Reichspreiskommissariat 1934/35 und die Oktober-Denkschrift 1935**

Das Reichspreiskommissariat war in zweierlei Hinsicht bedeutend für Goerdelers Weg in die Opposition. Zum einen prallten die Gegensätze, die gleich zu Beginn der NS-Herrschaft zwischen Goerdeler und den Inhalten nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik auftraten und die sich vor dem Hintergrund der weiteren Ausgestaltung dieser Politik vertieft hatten, während des Reichspreiskommissariats erstmals offen aufeinander. Goerdeler wurde von Seiten nationalsozialistischer Funktionsträger deutlich signalisiert, dass seine Konzepte nicht konsensfähig waren und deshalb kein Interesse bestand, ihn weiterhin mit politischen Kompetenzen und Einfluss auszustatten.

Zum anderen bekam Goerdeler durch die Tätigkeit als Preiskommissar in einem vorher nicht gekannten Masse Einsichten in die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftspolitischen Strategien der Reichsführung. Er erkannte einerseits die Ernsthaftigkeit der Krisensituation, in der sich Deutschland befand, und sah andererseits, dass die nationalsozialistische Politik seiner Auffassung nach verfehlte Lösungen kreierte, um diese Krise zu überwinden. Das bahnte bei ihm die Überzeugung an, dass eine grundsätzliche politische Kurskorrektur notwendig ist.

Am 5. November 1934 wurde Goerdeler von Hitler zum Reichskommissar für Preisüberwachung berufen<sup>55</sup>. Die Preiskontrolle als wirtschaftliches Lenkungsmittel in Krisenzeiten ging bereits auf die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zurück. Seinerzeit hatte Goerdeler den begrenzten Auftrag erhalten, während der Weltwirtschaftskrise die staatlich verordnete Senkung vertraglich gebundener Preise zu überwachen, danach hatte er die Preispolitik der Kartelle überprüft. Jetzt trat mit der Kompetenzerweiterung «auf alle Güter und Leistungen»<sup>56</sup> neben die Überwachung, Genehmigung und Festsetzung von Preisen die völlig neue Aufgabe, «volkswirtschaftlich gerechtfertigte» Preise zu bilden.

Die Kompetenzerweiterung und die unterschiedlichen Auffassungen darüber, was volkswirtschaftlich und politisch gerechtfertigte Preise sind, provozierte à priori Kol-

<sup>55</sup> RGBl. I, S. 1085. Zur Tätigkeit Goerdelers als Reichskommissar für Preisüberwachung 1934/1935 vgl. BA R 43II/ 315a und StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Beih. 4.

<sup>56</sup> Auf Intervention von Reichsarbeitsminister Seldte wurde der Zusatz aufgenommen: «Die gesetzlichen Vorschriften über die Überwachung und Gestaltung der Löhne und Gehälter, insbesondere die Vorschriften des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, bleiben unberührt.» BA R 43 II/ 315a, Bl. 166 und RGBl. I, S. 1201.

lisionen mit Organen des Staates und der Partei, die ebenfalls versuchten, die Preise zu regulieren. Da direkte Eingriffe in den Produktionsbereich zunächst vor allem bei der Landwirtschaft erfolgten, – Träger der Agrarlenkung war der Reichsnährstand, der die Marktkräfte durch streng angewandte Marktlenkung mittels Festsetzung von Produktionsmengen und Preisen im Agrarsektor so gut wie ausschaltete –, bahnten sich ernste Konflikte vor allem mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Leiter des RNS, Reichsbauernführer Walter Darré, an.

Darré setzte der Berufung Goerdelers zum Reichspreiskommissar von Anfang an Widerstand entgegen, obwohl er Hitler erklärt hatte, «prinzipiell» keine Einwände dagegen zu haben. Dennoch befürchtete er eine Einschränkung seiner Kompetenzen. Deshalb forderte er, «freie Hand»<sup>57</sup> in der Gestaltung der Erzeugerpreise zu behalten. Die Preise des Zwischenhandels hingegen könne Goerdeler ruhig regeln.

Goerdeler hatte sich gegen Darré letztlich doch bei Hitler durchgesetzt. Seine praktischen Erfahrungen als Reichspreiskommissar im ersten Kabinett Brüning empfahlen ihn ebenso, seine Darlegungen über den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der Regierung von August 1934, die Alternativen aufzeigten, damit die militärischen, wehrwirtschaftlichen und aussenpolitischen Ambitionen Hitlers nicht zerschellten. Ausserdem hatte er sich engagiert um die Lösung des Arbeitslosenproblems mittels Arbeitsbeschaffungsmassnahmen bemüht, dem ersten Schritt im Umbau der deutschen Wirtschaft zur Kriegswirtschaft. Goerdeler fand aber auch Unterstützung beim Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Schacht, beim Reichsinnenminister Frick sowie beim Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Blomberg, und dem Chef des Truppenamtes, Reichenau, so dass seine Position zwischenzeitlich gestärkt wurde<sup>58</sup>.

Wenig wahrscheinlich scheint in diesem Zusammenhang Ritters Vermutung, dass Goerdeler in Verkennung seiner tatsächlichen politischen wie sachlichen Positionen berufen worden sei, da Hitler die Denkschrift nicht vollständig zur Kenntnis genommen habe<sup>59</sup>. Dagegen spricht, dass auf Hitler insbesondere die von Goerdeler in seiner August-Denkschrift prognostizierten politischen und sozialen Spannungen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben scheinen. Hitler nahm darauf in der die Berufung Goerdelers vorausgehenden abschliessenden Klärung am 4. November 1934 bezug.

<sup>57</sup> BAR 43II/315a, Bl. 31.

<sup>58</sup> Ebenda, Bl. 31f.; NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift), Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang; Unsere Idee).

<sup>59</sup> Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 75f.

Er erklärte, «er habe sich wohl die Rettung des Bauernstandes zum Ziele gesetzt. Es dürften aber, da die gegenwärtige Lohnhöhe gehalten werden solle, nicht Preisverhältnisse vorhanden sein, die mit der Lohnhöhe nicht übereinstimmten. Er habe der Arbeiterschaft sein Wort dafür gegeben, dass er keine Preiserhöhungen dulden werde. Die Lohnempfänger würden ihn, wenn er nicht gegen die Preissteigerung vorgehen würde, des Wortbruchs beschuldigen. Revolutionäre Zustände im Volk würden die weitere Folge sein. Er werde deshalb die wüsten Preistreiberien nicht gestatten.»<sup>60</sup> Goerdeler empfand seine Berufung zum Reichspreiskommissar als besonderes «Vertrauen des Führers»<sup>61</sup>. Goerdeler wurde Einfluss auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen eingeräumt, und er konnte wieder kraft seines Amtes stärker am Gesetzwerdungsprozess der DGO teilhaben, von dem er seit Sommer des Jahres 1934 aufgrund der sachlichen Gegensätze zunehmend ausgeschlossen worden war. Damit unterstützte die Berufung zunächst seine Anbindung an das NS-System.

Goerdeler nahm seinerseits die Berufung trotz der Widerstände und politischen Gegensätze an, weil sie seine angeschlagene Position festigte, denn nichts sicherte ihm mehr einen eigenen Handlungs- und Bewegungsspielraum als das Wohlwollen Hitlers. Insofern scheint Ritter zu kurz gegriffen zu haben, als er die Annahme des Amtes durch Goerdeler mit «seinem unbegrenzten Tätigkeitsdrang, seiner Blindheit für dämonische Gewalten der Tiefe und seinem optimistischen Glauben an die eigene Fähigkeit, durch vernünftiges Zureden immer noch Gutes wirken zu können»<sup>62</sup> erklärte.

Die bereits im Berufungsverfahren sichtbar gewordenen Kompetenzstreitigkeiten mit Reichsministerien, Parteidienststellen und unteren Verwaltungsorganen konnten nicht ausgeräumt werden. Sie blieben virulent und sollten immer wieder zu Auseinandersetzungen führen. Sie waren Ausdruck der zunehmenden Unvereinbarkeit der wirtschaftspolitischen Konzepte Goerdelers mit denen führender Nationalsozialisten. Anknüpfungspunkt bildeten seine gesetzlich garantierten Vollmachten und das komplexe Verständnis, das er von seinen Aufgaben entwickelt hatte. Sie beständen nicht nur in der Preisüberwachung im Sinne des Schutzes der Bevölkerung gegen Über-  
teuerung, sondern vor allem darin, «den Anlaufprozess der deutschen Wirtschaft von Hemmungen zu befreien, die sich aus dem Tempo der Entwicklung und aus eigennützigen Beweggründen ergeben haben»<sup>63</sup>.

<sup>60</sup> BAR 43 11/315a, Bl. 31.

<sup>61</sup> Ebenda, Bl. 47.

<sup>62</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 71.

<sup>63</sup> Deutsche Allgemeine Zeitung, 9.11.1934.

Gleich einen Tag nach Goerdelers Bestellung zum Preiskommissar verlangte Ley, dass dieser seine Vollmachten der Partei übertrage<sup>64</sup>. «Sie würde einige grosse Demonstrationen gegen Wucher veranstalten, einige Wucherer und Hamsterer aufhängen und der Spuk sei vorüber.»<sup>65</sup> Goerdeler erklärte Ley, dass solche willkürlichen Massnahmen nicht zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen. Um den Einfluss der Partei auf die Preisregelung zu verhindern, übergab er als «Vorsichtsmassnahme» «noch am selben Tage» den Landesregierungen notwendige Vollmachten<sup>66</sup>. Wie stark die Partei daran interessiert war, den Preissektor zu beherrschen, zeigt der Umstand, dass bereits am nächsten Tag Hitler im Beisein von Hess versuchte, Goer-



*Goerdeler als Reichspreiskommissar*

deler zu bewegen, seine Vollmachten als Preiskommissar der Partei zu überlassen. Goerdeler ging aber nicht darauf ein, sondern teilte mit, dass die Angelegenheit gewissermassen entschieden sei, denn er hätte bereits den Landesregierungen entsprechende Kompetenzen übertragen. Als Erklärung fügte er hinzu, dass das im Interesse aller eine gebotene Lösung sein, denn «die Partei liefere die grosse Gefahr,

<sup>64</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift); Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>65</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>66</sup> Ebenda.

sich in kürzester Frist an einer Aufgabe, bei der man es weder dem Verkäufer noch dem Käufer recht machen könne, höchst unpopulär zu machen.»<sup>67</sup>

Weitere Kompetenzstreitigkeiten traten insbesondere im Zusammenhang mit Goerdeler's Versuch auf, das Niveau der Nahrungsmittelpreise abzusenken. Dieses Vorhaben scheiterte vor allem am Widerstand des Reichsministeriums für Landwirtschaft und Ernährung, das im Zusammenspiel mit dem agrarpolitischen Apparat der NSDAP und den RNS Eingriffe in die Marktordnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse abwehrte. Goerdeler machte die Erfahrung, dass die ihm von Hitler vor der Übernahme des Amtes gemachte Zusage, dass seine Befugnisse «autoritär seien und nicht abhängig sein dürften von einer in jedem einzelnen Falle einzuholenden Zustimmung der zuständigen Minister»<sup>68</sup>, sich als bedeutungslos erwies. In der politischen Praxis wurde diese Zusage so interpretiert, dass er seine Massnahmen «im Einvernehmen» mit den zuständigen Ministern zu treffen habe. Das schrieb das Gesetz zwar nicht fest, war aber in der Niederschrift über die Beratung am 4. November 1934 nachträglich festgehalten worden<sup>69</sup>. Goerdeler intervenierte zwar gegen diese Auslegung. Er erzielte mit seinem Einspruch jedoch keinen Erfolg, weil die Ministerialbürokratie ihn in diesem entscheidenden Punkt nicht unterstützte.

Die Preiskontrolle führte zwar zu einer Vielzahl von Detailvorschriften, von denen die Preisauszeichnungspflicht und das Rabattgesetz bleibende Wirkung erlangt haben<sup>70</sup>, aber tatsächlich waren Goerdeler's Einwirkungsmöglichkeiten auf die Wirtschaftspolitik jedoch gering. Die von ihm eingeleiteten Massnahmen bremsten zwar den Preisauftrieb, führten aber zu keiner dauerhaften Preisberuhigung, da sich an der Versorgungslage nichts Entscheidendes änderte. Angesichts dieser Entwicklungen empfand Goerdeler die Notwendigkeit, das Preiskommissariat, das am 31. Juli 1935 auslief, bis zum 31. Dezember 1935 zu verlängern. Es ging ihm dabei einmal darum, wenigstens extreme Auswüchse der Mangelwirtschaft abschwächen zu können. Zum anderen wollte er weiterhin Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik nehmen. Deshalb kämpfte er für den Fortbestand des Preiskommissariats<sup>71</sup>. Er machte

<sup>67</sup> Ebenda.

<sup>68</sup> BAR43II/315a, Bl. 161.

<sup>69</sup> Ebenda, Bl. 32.

<sup>70</sup> Vgl. Albrecht Ritschl. Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches – Ein Überblick, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992, S. 122.

<sup>71</sup> Ritter schrieb in Anlehnung an Goerdeler, dass dieser ausser dem Gesetzentwurf, der die Sondervollmachten regelte, auch einen Alternativgesetzentwurf, der das Amt aufgrund der Erfüllung aller Aufgaben als beendet erklärte, geschrieben hatte. Dieser zweite Alternativentwurf soll aus

sie aber von der Übertragung weitreichender Vollmachten abhängig, die er in einem Gesetzesentwurf fixierte<sup>72</sup>. Sie sollten sich neben den üblichen Preisüberwachungsaufgaben auch auf Massnahmen, die der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung innerhalb der in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Körperschaften öffentlichen Rechts und Verbänden oder in ihrem Zusammenarbeiten untereinander oder mit anderen Stellen sowie auf andere zur Stärkung der Kaufkraft oder Senkung von Unkosten notwendige Regelungen erstrecken. Der Reichspreiskommissar sollte darüberhinaus auch selbständig Rechtsverordnungen und Vorschriften erlassen können.

Die Neuregelung der Vollmachten war vor dem Hintergrund der Kompetenzstreitigkeiten eine Notwendigkeit geworden, der sich auch die Reichskanzlei nicht verschliessen konnte. «Die Aufgabenstellung für den Reichsernährungsminister auf der einen Seite und den Preiskommissar auf der anderen Seite lässt dauernde Differenzen als unvermeidlich erscheinen», hiess es im Juni 1935. «Während der eine z.B. den Auftrag hat, die Fleischpreise auf einen Index von 72 zu halten, besteht das Ziel des anderen darin, eine Erhöhung des entsprechenden Viehpreis-Index auf 80 zu erreichen. Bei dem herausgegriffenen Beispiel war die Folge dieses uneinheitlichen Strebens, dass die Fleischer heute Rindfleisch praktisch ohne Verdienst verkaufen. Ohne eine zweckentsprechende Verstärkung der Befugnisse bzw. Erweiterung des Ressorts entweder beim Preiskommissar oder beim Ernährungsminister erscheint auch in Zukunft eine erspriessliche Arbeit bezw. ein durchgreifender Erfolg in Frage gestellt.»<sup>73</sup>

Dieser Empfehlung folgend bezeichnete Hitler einen Tag später in einer gemeinsamen Besprechung mit Schacht und Goerdeler die Fortführung des Amtes durch Goerdeler als «unerlässlich» und versprach ihm alle notwendigen Vollmachten<sup>74</sup>.

Die Ausdehnung der Befugnisse des Reichskommissars lehnten erwartungsgemäss Darré und der Stellvertreter des Führers, Hess, ab. Schacht, Frick und Seldte stimmten der Verlängerung zu, machten aber formelle Bedenken geltend<sup>75</sup>. Damit flammte ein Machtkampf auf, dessen Ausgang zunächst noch offen schien. Da Goerdeler auf-

Zweifel an der Durchsetzbarkeit seiner Forderungen erwachsen ein. BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang). Vgl. auch Ritter, Carl Goerdeler, S. 78. Dieser Alternativentwurf konnte in den Quellen nicht gefunden werden. Seine Existenz erscheint zumindest deshalb zweifelhaft, da das Gesetz zur Verlängerung des Reichskommissariats für Preisüberwachung vom 4.11.1934 ohnehin befristet war.

<sup>72</sup> BA R 43 11/315a, Bl. 190 und StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Beih. 4, Bl. 267.

<sup>73</sup> BA Berlin NS 6 (62 Ka 1), Nr. 21, Bl. 98.

<sup>74</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>75</sup> BA R 43 11/315a, BL 191ff. und StA L, Kap. 10 G, Nr. 685 Beih. 4, Bl. 268-270, 273.

grund seiner bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit staatlichen und Parteidienststellen gehnt hatte, dass seine Forderungen in Teilen der Ministerialbürokratie und des Parteiapparates Widerspruch hervorrufen würden, schlug er vor, dass, falls der von ihm konzipierte Gesetzesentwurf nicht rechtzeitig bis zum 1. Juli 1935 Wirkung erlangen würde, seine Befugnisse nicht durch ihn, sondern durch die Geschäftsstelle des Preiskommissariats fortgeführt werden sollten<sup>76</sup>. Lammers folgte diesem Vorschlag tatsächlich und leitete am 1. Juli 1935 eine dementsprechende Mitteilung an die Presseabteilung der Reichsregierung zur Veröffentlichung weiter<sup>77</sup>. Damit gab Goerdeler das Zepter noch nicht völlig aus der Hand, denn die Kompetenzen für die Preispolitik blieben vorerst in «seiner» Behörde.

Als sich abzeichnete, dass sich dieser Status quo nicht ändern würde, liess Goerdeler Lammers am 8. Juli 1935 wissen, dass er es ablehne, die vorhandenen Widerstände in unmittelbarer Föhlung mit den Ministerien zu klären und einen neuen Gesetzesentwurf vorzulegen. «Verhandlungen mit den Ministern müssten mich in eine schiefe Lage bringen, insbesondere auch den Eindruck erweken, als ob ich das Amt unter allen Umständen fortföhren wolle, während ich im Gegenteil gerade die Übertragung der Preisüberwachung an sie zunächst vorgeschlagen hatte. Der einzig mögliche Weg ist, den Gesetzesentwurf und die dagegen erhobenen Einsprüche dem Föhler zur Entscheidung vorzulegen.»<sup>78</sup> Am gleichen Tag teilte er Hitler mit, dass er, da sein Amt als Preiskommissar beendet sei und ein neues Gesetz noch nicht verabschiedet wurde, vorerst für sechs Wochen in Urlaub ginge<sup>79</sup>.

Schacht bemühte sich wenige Tage später, eine Möglichkeit zu finden, wie dem Gesetz trotz des Widerspruchs Darrés Geltung verschafft werden könnte, weil er daran interessiert war, dass Goerdeler weiterhin Einfluss auf die Gestaltung wirtschaftspolitischer Belange behielt. Schacht erhoffte sich von Goerdeler wahrscheinlich Rückenstärkung im Streit über Devisenfragen für landwirtschaftliche Einföhren, den er mit Darré hatte<sup>80</sup>. Schacht schlug vor, Hitler solle durch eine besondere Verfügung festlegen, dass der Reichskommissar für Preisüberwachung keine Massnahmen im Sinne seines Gesetzesentwurfs treffen könne, ohne sich vorher mit den beteiligten Ressort-

<sup>76</sup> BAR43II/315a, Bl. 189.

<sup>77</sup> Ebenda, Bl. 193.

<sup>78</sup> Ebenda, Bl. 207.

<sup>79</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Beih. 4, Bl. 271.

<sup>80</sup> Vgl. Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 31 ff.



Ministern verständigt zu haben<sup>81</sup>. Im Auftrage Hitlers wurde in Anlehnung an den Vorschlag Schachts ein neuer Gesetzesentwurf erarbeitet, der mit dem Goerdelers nahezu identisch war, nur durch den Zusatz ergänzt wurde, dass die ausgeführten Massnahmen im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern zu treffen seien<sup>82</sup>. Dieser Gesetzesentwurf ging mit einem entsprechenden Begleitbrief von Lammers am 17. Juli 1935 an Goerdeler<sup>83</sup>.

Dass Goerdeler mit diesem *modus vivendi* nicht einverstanden sein würde, zeigte sich bereits in einem Brief, den er am gleichen Tag an Schacht schrieb. Darin hiess es: «Wenn eine Preisüberwachung, losgelöst von den Ministerien, bei steigenden Schwierigkeiten ihre Aufgabe erfüllen soll, so kann sie es nur bei vollkommener Selbständigkeit. Deswegen kommt, worüber wir uns auch einig waren, eine Bindung an die Zustimmung der jeweils zuständigen Minister nicht in Betracht. Ich bitte also, an meine Person nur zu denken, wenn die Bereitwilligkeit besteht, mir die uneingeschränkten Vollmachten zu übertragen, die ich in dem Gesetzesentwurf niedergelegt habe»<sup>84</sup>. Von dieser Position rückte er auch nicht ab, als er am 27. Juli 1935 die Fortführung des Preiskommissariats in einem Antwortbrief an Lammers ablehnte. Er begründete seine Entscheidung damit, dass die Betrauung eines Reichskommissars mit Obliegenheiten, die an sich zu den Zuständigkeiten der Fachminister gehören, eine aussergewöhnliche Massnahme sei, deren Zweck darin bestünde, «aussergewöhnlichen Erscheinungen und Notständen zu Leibe zu rücken». Das könne nur erreicht werden, «wenn der Reichskommissar eine klare eigene Zuständigkeit hat und aus selbständiger Verantwortung einheitlich und schnell handeln kann. Es geht also um die Frage, ob die normalen Machtvollkommenheiten der Minister ausreichen oder ob Sondervollmachten geschaffen werden müssen. Es wäre ein Widerspruch in sich und daher nicht zweckmässig, einen Reichskommissar für Preisüberwachung in seiner Tätigkeit zu hemmen, indem man ihn an die Zustimmung der zuständigen Minister bindet.»<sup>85</sup> Ohne die von ihm geforderten Vollmachten sah er «für einen Reichskommissar keine Möglichkeit, den Auftrag wirklich durchzuführen.»<sup>86</sup>. Goerdeler unterstrich die Endgültigkeit seiner Entscheidung, indem er seinen ursprünglichen Gesetzesentwurf als «neuen» Gesetzesentwurf zu seinem Antwortschreiben an Lammers beilegte. Da er aber keinen Bruch provozieren wollte, bot er sich an, auch wenn

<sup>81</sup> BAR43II/315a, Bl. 210.

<sup>82</sup> Ebenda, Bl. 216.

<sup>83</sup> Ebenda, Bl. 212.

<sup>84</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Beih. 4, Bl. 313.

<sup>85</sup> BAR 43 11/315a, Bl. 219-222.

<sup>86</sup> Ebenda, Bl. 221.

seinen vorgetragenen Bedenken nicht entsprochen werden sollte, würde er sie gern mündlich erläutern<sup>87</sup>.

Hitler wehrte aber die weitere Erörterung über die dem Reichskommissar zu gebenden Vollmachten mit dem Argument ab, dass er sie angesichts der ungünstigen Auswirkung auf die sachliche Arbeit «nicht für vertretbar» halte<sup>88</sup>. Er war nicht bereit, Goerdeler die von ihm geforderten Vollmachten zu geben und beendete den Fall, indem er die Befugnisse den entsprechenden Fachministern übertrug.

Danach betrieb Hitler gegenüber Goerdeler allem Anschein nach eine Hinhaltenaktik. Er wollte offensichtlich den Anschein erwecken, dass an dieser Entscheidung noch etwas zu ändern sei. Er wartete ab, wie sich die Preise ohne das Eingreifen eines Reichskommissars entwickelten. Nach einiger Zeit liess er von Darré und Schacht entsprechende Gutachten erstellen<sup>89</sup>. Die Lage hatte sich jedoch keineswegs stabilisiert. Auch Ley schilderte Hitler am 15. August 1935 die inflationäre Preisentwicklung und ihre zwingenden Auswirkungen auf die Lohngestaltung: «Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in den letzten Tagen eine Entwicklung angenommen, die stärkste Unruhe hervorgerufen hat. Von allen Seiten und aus allen Teilen des Reichs häufen sich die Klagen gerade über ein Emporschnellen der Lebensmittelpreise zu einer für den Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe (...) Zwingt schon die Preispolitik des Reichsnährstands mit ihrer nivellierenden Tendenz und dadurch bedingten Verschiebung der Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land ohnedies in absehbarer Zeit zu Folgerungen in der Lohngestaltung, so ist eine unmittelbare Auswirkung auf die Löhne unvermeidbar, wenn der hier kurz angedeuteten Preisentwicklung nicht schnellstens Einhalt geboten wird.»<sup>90</sup>

Obwohl Hitler weder an sozialen Unruhen noch an Lohnerhöhungen gelegen war, konnte er sich nicht entschliessen, Goerdeler, mit umfassenden Vollmachten ausgestattet, als Preiskommissar wieder einzusetzen. Am 18. September 1935 teilte Lammers Goerdeler mit, dass eine Entscheidung Hitlers in der Frage der Preisüberwachung noch ausstehe. «Ich nehme auf Grund seiner Äusserung mir gegenüber an, dass er sie alsbald nach seiner Rückkehr nach Berlin treffen wird.»<sup>91</sup> Eine Woche später schrieb Lammers an Goerdeler: «Der Führer und Reichskanzler beabsichtigt,

<sup>87</sup> Ebenda, Bl. 222.

<sup>88</sup> Ebenda, Bl. 224.

<sup>89</sup> Ebenda, Bl. 224f.

<sup>90</sup> BANS 10, Nr. 59. Zit. in: Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann, Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, Berlin 1977, S. 115.

<sup>91</sup> BAR 43 11/315a, Bl. 233.

im Laufe des Monats Oktober in der Angelegenheit Preiskommissar zu entscheiden.»<sup>92</sup>

Goerdeler wurde aber nicht mehr als Reichskommissars für Preisüberwachung bestellt. Das war bereits ein deutliches Zeichen, dass Hitler in dem halben Jahr des Preiskommissariats seine Einstellung zu Goerdelers wirtschaftspolitischem Konzept geändert hatte. Genausowenig wie Hitler an einer Offenlegung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und an einer Diskussion ihrer Grundsätze gelegen war, wollte er jemanden in einer ministerähnlichen Funktion mit umfassenden Vollmachten sehen, dessen wirtschafts- und finanzpolitische Ziele nicht in Übereinstimmung mit denen der nationalsozialistischen Führung zu bringen waren. Dieser Eindruck hatte sich durch das Gutachten erhärtet, das Goerdeler im Oktober 1935 im Auftrage Lammers erstellt hatte<sup>93</sup>.

Mit seinem darin entwickelten wirtschafts- und finanzpolitischen Alternativprogramm stand Goerdeler in Gegensatz zur Wirtschaftspolitik der Regierung, die seit 1934 Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe zunehmend unter staatliche Leitung und Kontrolle stellte und zur Finanzierung der Rüstung auf «künstliches Geld» und «uferloses Schuldenmachen»<sup>94</sup> setzte.

Als Preiskommissar wurde Goerdeler die Unvereinbarkeit seiner wirtschaftsliberalistischen Anschauungen mit den Aufgaben seiner Behörde, die letztlich an die Stelle der freien Marktpreisbildung treten sollte, immer deutlicher. Diese Aufgabe erwies sich als unlösbar. Goerdeler musste sich folglich nur auf die Preisüberwachung und den Erlass allgemeiner Richtlinien für die Preisbildung beschränken. Die offenen Mangelscheinungen in der Rohstoff- und Lebensmittelbereitstellung konnten nicht abgestellt werden. Das Preisniveau erhöhte sich im Jahre 1935 kontinuierlich aufgrund erster Kapazitätsengpässe und steigender Rohstoffpreise. Damit war Goerdelers Grundthese von der Preisstabilität bei freier Marktpreisbildung gescheitert. In dieser Situation wurde die Neuorientierung der Preispolitik dringlich, weil nach Ansicht Goerdelers auch in Zukunft Versuche, mittels Preisüberwachung korrigierend einzuwirken, sich «bald totlaufen»<sup>95</sup> würden. Die Preisüberwachung kann nur «für eine gewisse Zeit eine gewisse soziale Ordnung ermöglichen. Schreitet die Mangelentwicklung fort, so nützen nach allen Erfahrungen vergangener Zeiten autoritäre Ordnungen auf die Dauer nicht mehr. Sie werden durch den primitiven Lebenswillen

<sup>92</sup> Ebenda, Bl. 235.

<sup>93</sup> BAR 43 11/318a, Bl. 11-31 (Oktober-Denkschrift). Diese Denkschrift existiert in verschiedenen Fassungen. Sie hat Fritsch und Beck vorgelegen, wie Paragraphen auf einem Exemplar zeigen. Vgl. BANL 113, Nr. 21.

<sup>94</sup> BA Berlin R 2501, Nr. 6508, Bl. 155.

<sup>95</sup> BAR 43 11/315a, Bl. 231.

auf den verschiedensten, der Kontrolle sich entziehenden Wegen durchbrochen, und schliesslich würden wir wieder bei der Erkenntnis landen, dass man nicht hinter jeden Menschen einen Schutzmann stellen kann. Im Handeln ist die Opferfähigkeit des Einzelnen und des Volkes bei richtiger Behandlung fast grenzenlos, im Dulden aber begrenzt.»<sup>96</sup> Goerdeler ging davon aus, dass selbst wenn ihm die seinerzeit zur Weiterführung des Preiskommissariats geforderten Vollmachten gegeben worden wären, hätten die Schwierigkeiten nach seiner Überzeugung jetzt nicht mehr behoben werden können<sup>97</sup>. Seiner Ansicht nach war grundsätzlich «die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überschätzt»<sup>98</sup> worden. Deshalb verfestigte sich bei ihm die Auffassung, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Hitler einer grundsätzlichen Neuorientierung bedürfe.

Goerdelers Alternativprogramm, dessen Kerngedanken er bereits Ende Juli und Anfang September 1935 in zwei Briefen an Lammers dargelegt hatte<sup>99</sup>, zielte auf die Beseitigung der «Gängelung der Wirtschaft», die sich in der Reglementierung der Produktion und der Festsetzung der Preise zeigte. Goerdeler setzte dagegen auf die marktwirtschaftliche Selbstregulierung. «Der Preis ist das natürliche Steuer für die wirtschaftliche Produktion», argumentierte er, «und nicht eine Marktordnung, die zuviel regelt, zuviel organisiert und jedem Einzelnen vorschreiben möchte, was er tun soll, dadurch aber gerade die Selbstverantwortlichkeit aller Wirtschaftenden schwächt. Noch niemals in der Welt, in keinem Lande und zu keiner Zeit, ist es gelungen, durch Plan- und Verteilungswirtschaft die Erzeugung zu erhöhen. Darauf kommt es entschieden an. Auf die Dauer lassen sich die vitalen Instinkte des Menschen weder zurückhalten, noch mit Nutzen für die Allgemeinheit ausschalten.»<sup>100</sup> Auf der Grundlage einer auf wirtschaftsliberalistischen Prinzipien gegründeten Wirtschaftsorganisation und der rücksichtslosen Senkung aller unproduktiven Ausgaben sollte die Produktion gesteigert werden, um billige und damit exportfähige Produkte herzustellen. Das erschien Goerdeler als das einzige Mittel gegen die Schuldenwirtschaft. Dafür war die Belebung des Aussenhandels notwendig, woran er, allen Autarkiebestrebungen zum Trotz, festhielt. Von einer internationalen Wirtschafts Kooperation erhoffte er einen grösseren Export und eine grössere Rohstoffeinfuhr, Schritte zur gegenseitigen Sicherung der Währungen und die Möglichkeit, das für die Währungsstabilisierung notwendige Gold zu beschaffen.

<sup>96</sup> BAR 43II/318a, Bl. 21.

<sup>97</sup> BAR 43II/315a, Bl. 232.

<sup>98</sup> BAR 43 II/318a, Bl. 19.

<sup>99</sup> BAR 43 11/315a, Bl. 219-222, 231-232.

<sup>100</sup> BAR 43 II/318a, Bl. 22.

Der «Neue Plan» Schachts, den Goerdeler bereits 1934 kritisiert hatte, stellte für ihn dagegen nach wie vor keine brauchbare Lösung dar, um langfristig die Aussenwirtschaft zu beleben. Alle Ersatzmassnahmen durch Pläne und Verrechnungsabkommen seien trotz ihrer «Genialität» dazu verurteilt, sich immer mehr festzufahren. Das läge in der Natur der Planwirtschaft. Goerdeler insistierte auch deshalb so stark auf die Belebung der Aussenwirtschaft, weil er das Problem sah, dass sich die weltwirtschaftlichen Verflechtungen ohne Deutschland neu entwickeln könnten. «Wenn wir diese Grundlage jetzt nicht schaffen, wo wir es mit einer geradezu fabelhaften moralischen Wirkung in der Welt noch tun können, so sehe ich eine weitere Gefahr. (...) Es kann sich eine Neuordnung des Warenaustausches in der Welt ohne uns entwickeln.»<sup>101</sup> Goerdelers Kritik hatte vergleichsweise nicht nur an Schärfe gewonnen. Es deutet sich in der Oktober-Denkschrift wie auch in den an Lammers gerichteten wirtschaftspolitischen Darlegungen vom Spätsommer 1935 zum ersten Mal ein gravierender Dissens zwischen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Hitler und den Auffassungen Goerdelers an.

Er entzündete sich an der Frage des Rüstungstempos. Goerdeler suchte nicht mehr wie 1934 nach anderen Mitteln und Wegen, die Rüstung zu ermöglichen. Seine Vorschläge liefen jetzt auf eine grundsätzliche Drosselung der Rüstung zugunsten der Versorgung der Bevölkerung hinaus<sup>102</sup>. Er forderte die rücksichtslose Entfernung aller unproduktiven Ausgaben aus der Volkswirtschaft, «sofern es sich nicht um Ausgaben handelt, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, zum Schutze des Staates auf einfachster Grundlage unerlässlich sind»<sup>103</sup>. Dem widersprach seiner Auffassung nach die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935. Sie stand der von ihm für notwendig befundenen «*Freimachung* aller Kräfte zur Verstärkung der Binnenerzeugung»<sup>104</sup> entgegen. Diese Sicht wird durch Aussagen des Ratsherren-Ältesten Wolf bestätigt. «Bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch den Führer sprach Herr Oberbürgermeister Dr. Goerdeler mir gegenüber ebenfalls seine Missbilligung aus», schrieb er im Dezember 1936 an den Beauftragten der

<sup>101</sup> Ebenda, Bl. 29f.

<sup>102</sup> «Bemerken möchte ich nur, dass ich die genügende Fettversorgung der Bevölkerung, auch im Verhältnis zur Rüstung, politisch für vordringlich halte. Es gehört geradezu zur Rüstung, die gesamte Volkswirtschaft und die einzelnen Menschen wirtschaftlich widerstandsfähig zu machen.» BA R 43 11/318a, Bl. 14.

<sup>103</sup> Ebenda, Bl. 24.

<sup>104</sup> Hervorhebung im Original. Ebenda, Bl. 16. Goerdeler führte diesen Gedanken nicht weiter aus, sondern beschränkte sich bewusst auf den Hinweis: «Einzelvorschläge zur Verfügung zu stellen, bin ich selbstverständlich bereit.» Ebenda.

NSDAP, Kunz. «Dabei sagte er, dass es besser gewesen wäre, wenn das auf dem Verhandlungsweg erreicht worden wäre. So aber hätten wir nun erreicht, dass alle Völker wieder gegen uns wären.»<sup>105</sup> Haake bestätigte diese Einstellung: «Als der Führer die allgemeine Wehrpflicht proklamierte, sagte mir Dr. Goerdeler, das sei falsch, man hätte lieber im Stillen weiterrüsten sollen, aber nicht öffentlich eine solche Wehrhaftmachung proklamieren sollen. Das würde die schwierigsten Folgen für Deutschland mit sich bringen.»<sup>106</sup> Goerdeler lehnte die allgemeine Wehrpflicht nicht aus einer pazifistischen Einstellung heraus ab, sondern aus wirtschafts- und aussenpolitischen Gründen. In diesem Punkt hatte sich seine Position durch die kritische wirtschaftliche Lage in Deutschland gewandelt. Im Jahre 1933 hatte er noch in Bezug auf den Freiwilligen Arbeitsdienst die Auffassung vertreten, dieser sei «selbstverständlich nur Begleiter und Vorläufer der Wehrpflicht, auf die unser Volk nicht verzichten kann, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, denn die letzten Lösungen liegen immer auf dem Gebiete des Kampfes nach aussen.»<sup>107</sup>

Mit seiner wirtschaftspolitischen Stellungnahme vom Oktober 1935 nutzte Goerdeler den ihm zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum, um auf Veränderungen zu drängen. Gleichzeitig schränkte er damit jedoch seine Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess in der Regierungszentrale erheblich ein. Dass Goerdeler im Spätsommer 1935 nicht offiziell aus dem Amt des Reichspreiskommissars verabschiedet wurde, wie es wenigstens protokollarisch üblich gewesen wäre, war ein weiteres unverkennbares Zeichen, dass nationalsozialistische Funktionsträger nicht mehr an ihm und seinen Konzepten interessiert waren. Goerdeler wertete diesen Affront als eine «Missachtung» seiner Person und seiner Arbeit. Er machte dafür den Einfluss von Darré verantwortlich. Doch auch Hitler dürfte sein nonkonformistischer, wirtschaftsliberalistischer Ansatz nicht entgangen sein. Dieser Abschluss einer längeren Zusammenarbeit führte bei Goerdeler zu einer Enttäuschung, die nur unwesentlich abgemildert wurde, als Hitler ihn im November 1935 durch Lammers wissen liess, dass er seine Fachkompetenz nach wie vor sehr hoch schätze und grössten Wert auf seinen Rat lege<sup>108</sup>.

Trotz dieses Kooperationsangebotes von Hitler war Goerdeler auch in Zukunft zu keinen Konzessionen in wirtschaftspolitischen Fragen bereit. Selbst in der Öffentlichkeit brachte er seine wirtschaftsliberale Grundhaltung und damit seinen Gegensatz

<sup>105</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1. Bl. 270.

<sup>106</sup> Ebenda, Bl. 267.

<sup>107</sup> BAR43II/308a, Bl. 115.

<sup>108</sup> BA R 43 11/315a, Bl. 231.3

zur offiziellen Politik zum Ausdruck<sup>109</sup>. Das führte jedoch nicht dazu, dass er mit Restriktionen belegt wurde. Er durfte immerhin Anfang Januar 1936 nach Schweden reisen, um dort auf Einladung der Deutschen Handelskammer einen Vortrag über Preise und Wirtschaft zu halten, in dem er für eine internationale Wirtschaftskooperation plädierte<sup>110</sup>.

Die Oktober-Denkschrift, die neben wirtschafts- und finanzpolitischen Schwierigkeiten auch die Problemlage in anderen Politikbereichen berührte, spiegelte bereits, dass Goerdeler zu der Erkenntnis gelangt war, dass es angesichts der wirtschaftlichen Krisensituation nicht mehr nur darum gehen könne, bestimmte Unregelmäßigkeiten oder negative Begleiterscheinungen beim Aufbau des neuen Systems auszubalancieren oder abzustellen, sondern dass eine umfassende politische Kurskorrektur notwendig sei. Damit bahnte sich bei ihm im Spätsommer des Jahres 1935 über die bislang von der historischen Forschung konstatierte grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik hinaus ein tiefgreifendes, die Gesellschaft als Ganzes betreffendes Reformbewusstsein an. Am 14. September 1935 schrieb er Lammers: «Wie ich schon (...) darlegte, handelt es sich also kaum noch darum, mit technischen Mitteln der reinen Preisüberwachung zu arbeiten, sondern es handelt sich immer mehr darum, durch innen- und aussen-, wirtschafts- und finanzpolitische Massnahmen die Gefahr zu bannen.»<sup>111</sup>

Goerdelers systemimmanente Kritik hatte eine neue Qualität angenommen. Sie wurde nicht nur schärfer, sondern war geprägt durch Zweifel an der Realisierbarkeit seiner Pläne. Goerdeler beurteilte die Durchsetzungsmöglichkeiten für seine alternativen politischen Zielvorstellungen zunehmend skeptischer. Das galt gleichermassen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik wie für die Kommunalpolitik. Überall setzten sich staatlicher Dirigismus und Zentralismus durch. Diese Tendenz wurde ihm beson-

<sup>109</sup> Vgl. u.a. Carl Goerdeler, Störungen des Wirtschaftsablaufs und die Aufgaben der Preisüberwachung, in: Zeitschrift für öffentliche Wirtschaft 2(1935)3, S. 69-72; ders., Der Führergrundsatz in der Wirtschaft, in: Die Bank 28(1935)51/52, S. 1794-1799; ders., Preiskampf und Welthandel, in: Weltwirtschaft 23(1935)10, S. 186-189; ders., Preisfragen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Exports, in: Weltwirtschaft 23(1935)5, S. 80-81; ders., Goerdeler für Freie Wirtschaft, in: Wirtschaftliche Rundschau 2(1935)11, S. 141-142 (Auszüge aus dem Sonderheft der «Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft»); ders., Preisbestimmung durch Gesetz, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 3(1936)19/20, S. 915-918; ders., Die Notwendigkeit stabiler Währungen, in: Wirtschaftliche Rundschau 3(1936)11, S. 170-173; ders., Sinn und Voraussetzungen der Weltwirtschaft, in: Weltwirtschaft 24(1936)5, S. 128-129; ders., Deutschland und die Weltwirtschaft, in: Weltwirtschaft 24(1936)6, S. 183-187.

<sup>110</sup> BAR43II/318a, Bl. 97,100.

<sup>111</sup> BA R 43 11/315a, Bl. 232.

ders bewusst, als die Reichsregierung um die Jahreswende 1935/36 den «Volkshort-Plan» ventilierte. In einer Stellungnahme an Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, die Goerdeler am 17. Februar 1936 als Entwurf vorab an Schacht schickte, brachte er seinen Unmut über die darin konzipierten Inhalte der Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Ausdruck<sup>112</sup>. «Wenn irgendetwas diesen Plan diskreditieren kann», kritisierte Goerdeler, «so ist es gerade der Wunsch nach Lenkung.»<sup>113</sup> Er geisselte den schweren Organisationspanzer der deutschen Wirtschaft, der die Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkt mehr und mehr erdrücke. «Es wäre verhängnisvoll, wenn der Staat zu immer weiterem Kollektivismus fortschreiten würde. Ich bin der Überzeugung, dass wir je länger wir kollektiven Mitteln nachsinnen und sie zum Teil in die Wirklichkeit umsetzen, umso tiefer in Schwierigkeiten hineingeraten. Nur die entschlossenste Umkehr in der Richtung der geringsten Betätigung des Staates und der grössten Freiheit in der Betätigung des Einzelnen vermag uns zu retten.» Wenn das nicht gelingen sollte, wären soziale Spannungen unausweichlich. Er schlug dagegen, konsequent an seinen bisherigen Konzepten festhaltend, die Belebung des freien Spiels der Marktkräfte und des Aussenhandels vor. Abschliessend stellte er allen vermeintlichen Besserung versprechenden Wirtschaftsplänen «klar die Notwendigkeit gegenüber, Ordnung in Wirtschaft und Staat zu schaffen.»<sup>115</sup> Goerdelers Erfahrungen als Reichspreiskommissar, die damit zusammenhängenden Einblicke in wirtschafts- und rüstungspolitische Fragen und seine «Kollisionen» mit Führungsgrössen aus Staat und Partei verstärkten seine in der Kommunalpolitik angesammelten Zweifel, Enttäuschungen und Frustrationen. Sie kulminierten auf ein Niveau, auf dem der Umschlag in eine höhere Qualität – der Umschlag vom kritischen Befürworter zum Oppositionellen – möglich ist.

### **7. 3. «Öde Mechanisierung und Gleichmacherei». Der Rücktrittsversuch im Mai 1936**

Nach dem Inkrafttreten der DGO hatte Goerdeler zunächst noch versucht, die Unzulänglichkeiten des Gesetzeswerks individuell zu regulieren. Im Verlaufe des Jahres 1935 erkannte er aber, dass er mit dieser Strategie die allgemeine Entwicklung nicht aufhalten konnte. Die Lage für die Gemeinden verschlechterte sich durch die Aus-

<sup>112</sup> BA Berlin R 2501, Nr. 6508, Bl. 144-194.

<sup>113</sup> Ebenda, Bl. 148.

<sup>114</sup> Ebenda, Bl. 147.

<sup>115</sup> Ebenda, Bl. 161.



führungsbestimmungen zur DGO und durch nachfolgende Gesetze weiter. Bis zum Kriegsbeginn gab es keine gravierenden verfassungsrechtlichen und organisatorischen Veränderungen mehr für die Gemeinden.

Diese Entwicklung zementierte bei ihm spätestens im Frühjahr 1936 das Bewusstsein von der Zerstörung der Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Jetzt begann er sich sichtbar vom System zu distanzieren. Er überlegte, sein Amt als Oberbürgermeister niederzulegen und eine Aufgabe in der Privatwirtschaft zu übernehmen.

Goerdeler, der bereits 1935 davon ausgegangen war, dass «Regulierungs- und Verbesserungsarbeiten»<sup>116</sup> an der DGO in Zukunft notwendig werden würden, kritisierte im Oktober 1935 massiv die Gesetzespraxis, die den Zentralismus in der Kommunalpolitik verstärkte. Für ihn war es ein «Jammer, wie das grosse und edle Werk der Gemeindeordnung durch kleinliche Ausführungsbestimmungen seines erzieherischen und beispielgebenden Wirkens allmählich entkleidet»<sup>117</sup> wurde. Im Januar 1936 sprach er in einer Stellungnahme zum Deutschen Beamtengesetz (DBG), die er auf Wunsch Fiehlers an Hitler leitete, von der «Sucht, den herrlichen Bau der Deutschen Gemeindeordnung im Einzelnen durch Ausführungsbestimmungen und neue Reichsgesetze zu unterminieren, dieses allmählich geradezu beleidigende Misstrauen gegen das Verantwortungsbewusstsein der Selbstverwaltung und ihrer Leiter lähmen die Schaffenskraft immer offener.»<sup>118</sup>

Das DBG übertrug Kompetenzen, die nach der DGO dem Gemeindeleiter noch verblieben waren, der Aufsichtsbehörde. Oberster Dienstherr für mittelbare Reichsbeamte, zu denen alle Beamten der Gemeindegeldverwaltung zählten, wurde künftig de facto die Aufsichtsbehörde. Goerdeler kritisierte diese Regelung, weil sie an einer seiner kommunalpolitischen Grundsatzpositionen, der starken Stellung des Gemeindeleiters, rüttelte: «Die Bestimmung der Deutschen Gemeindeordnung, wonach der Bürgermeister verantwortlich ist, auch für die Personalpolitik, wird auf diese Weise aufgehoben. Seine Autorität den eigenen Beamten gegenüber durchlöchert. Es ist aber notwendig, dass der Bürgermeister die vollen Rechte und Pflichten des Dienstherrn hat.»<sup>119</sup> Goerdeler unterbreitete deshalb Hitler zahlreiche Veränderungsvorschläge zum DBG<sup>120</sup>.

<sup>116</sup> Goerdeler, Einleitung zur Deutschen Gemeindeordnung, S. 7.

<sup>117</sup> BA R 43II/318a, Bl. 25.

<sup>118</sup> BA R 43 II/420, Bl. 151.

<sup>119</sup> Ebenda.

<sup>120</sup> Ebenda, Bl. 149-154.

Zentralistische Entwicklungen spiegelten sich für Goerdeler auch in der Stellung des DGT, der Dachorganisation der Gemeinden, im Staatsgefüge. Er war in seiner Bedeutung auf Restfunktionen einer Interessenvertretung reduziert. Am 4. April 1936 schrieb Goerdeler deshalb an Lammers, «dass der Deutsche Gemeindetag je länger je mehr dem Leben und der Verbindung mit den Gemeinden sich entfremdet.»<sup>121</sup> Die Ursachen dafür sah Goerdeler in der zentralistischen Unterordnung des DGT unter den Staat. Am 22. April 1936 äusserte er in einem persönlichen Schreiben an Fiehler seine Unzufriedenheit über die Arbeit im Vorstand des DGT in Bezug auf das Gewicht und die Integration der Mitglieder und ihrer Anliegen. «Die Deutsche Gemeindeordnung (...) sieht die innige Zusammenarbeit der Gemeindeverwaltung mit der Bevölkerung vor. Die Organisation der Selbstverwaltung sollte den Vorstandsmitgliedern etwa dieselbe Stellung einräumen, welche die Ratsherren in der einzelnen Gemeinde einnehmen»<sup>122</sup>. Zwei Tage später beklagte er sich bei Mitgliedern des Leipziger Stadtrates, «dass seitens des Deutschen Gemeindetags seit zwei Jahren nichts unternommen worden ist, um die lebendige Fühlungnahme zwischen dem Deutschen Gemeindetag und den Gemeindeleitern zu gewährleisten. Er halte eine solche Fühlungnahme für dringend geboten, wenn die Vertretungskörperschaft der deutschen Gemeinden im Interesse der Selbstverwaltung fruchtbare Arbeit leisten wolle.»<sup>123</sup>

Die zentralistischen Entwicklungen in der Kommunalpolitik versuchte er durch die Einmischung in die Diskussion um den Begriff der Staatsaufsicht einzudämmen. Dabei ging es nicht lediglich um eine theoretische Begriffsbestimmung<sup>124</sup>. Goerdeler wollte wie andere nationalsozialistische Kommunalpolitiker die Beibehaltung des Begriffs der Aufsicht und besonders dessen Eingrenzung als Voraussetzung für die eigene Entscheidungs- und Verantwortungssphäre. Im Gegensatz zu Weidemann, der mit dem Begriff der «Sonderaufsicht» neben der «Fach-» und der «allgemeinen» Aufsicht eine neue Kategorie für die Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte des Staates und die Rechte des Reichsstatthalters einführte, widersprach Goerdeler hinsichtlich der Befugnisse des Reichsstatthalters. Er fand aber mit Weidemann wieder einen Konsens in den Forderungen nach Lockerung der Regelungen für die gemeindliche Wirtschaftsführung, der Erweiterung der Rechtsmittel gegenüber der

<sup>121</sup> BA R 43 11/567, Bl. 4.

<sup>122</sup> StA L, Kap. 1, Nr. 21, Bd. 13, Bl. 98.

<sup>123</sup> Ebenda, Bl. 99.

<sup>124</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 314ff.; Goerdeler, Die Staatsaufsicht, S. 293ff. und Johannes Weidemann, Die Aufsicht des Staates über die Gemeinden, München 1936.

Staatsaufsicht, der Wiedezulassung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen, der Beschränkung der Staatsaufsicht auf die Gesetzmässigkeit und der Begrenzung des staatspolitischen Aspekts als Aufsichtsmassstab auf den Ausnahmefall<sup>125</sup>. Als der gemeindliche Ermessensspielraum der staatlichen Kontrolle übertragen werden sollte, gehörte Goerdeler gemeinsam mit Weidemann und Wilhelm Markull, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, der bereits im Gesetzgebungsprozess der DGO mit Goerdeler in Sachfragen einer Meinung war<sup>126</sup>, zu einer Minderheit, die sich dagegen wandte.

Die Staatsaufsicht konnte in verschiedenster Form über Informationsrecht, Anzeigepflicht der Gemeinden, Genehmigungsvorbehalt, Mitwirkung, Prüfung, Beanstandung, Zwangsanordnung, Ersatzvornahme oder Bestellung eines Staatskommissars ausgeübt werden. Die Schärfe ihrer Handhabung gestaltete sich regional verschieden. Ausserhalb Preussens wurde die Aufsicht etwas milder in Anwendung gebracht, was seine Ursache im Einfluss der Partei hatte. Das heisst, dort, wo die Partei durch die Gauleitungen, durch den Reichsstatthalter und durch Ämterpatronage über grossen Einfluss verfügte, konnte sich die Aufsichtspraxis nicht übermässig ausprägen. Das war in Sachsen der Fall<sup>127</sup>. Der Genehmigungsvorbehalt war eines der weitreichendsten und wirksamsten Aufsichtsmittel. Trotz starken Drängens von selten der Kommunalpolitiker als auch der Partei war das Reichsinnenministerium nur bedingt bereit, von dem Genehmigungsvorbehalt zurückzutreten<sup>128</sup>. 1936 forderte Goerdeler öffentlich die Ersetzung der Genehmigungsvorbehalte durch die Anzeigepflicht im Sinne einer «elastische(n) Form der Staatsaufsicht». Er hielt das für eine der «wichtigsten Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben»<sup>129</sup>. Deshalb war er wiederholt im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern vorstellig geworden, um dort auf solche Veränderungen zu dringen, ohne dass jedoch eine Änderung in Sicht kam. Als im Frühjahr 1936 die von Goerdeler als falsch bewertete nationalsozialistische Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der Rücklagenverordnung unmittelbar auf die Gemeinden zurückschlug, hatte das einen kräftigen Schub im Desillusionierungsprozess zur Folge.

<sup>125</sup> Goerdeler bestritt dem RMdl auch das Recht, durch weitere Gesetzgebung die Aufsicht zu verschärfen. Vgl. auch Weidemann, *Die Aufsicht*, S. 32ff.

<sup>126</sup> Goerdeler erinnerte sich noch im Jahre 1944 an den «trefflichen» Ministerialrat Markull. BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, *Politischer Werdegang*).

<sup>127</sup> Vgl. Matzerath, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, S. 320f.

<sup>128</sup> Vgl. ebenda, S. 322.

<sup>129</sup> Goerdeler, *Gegenwartsaufgaben*, S. 134.

Die Rücklagenverordnung, die sich auf § 105 der DGO gründete, schrieb die Bildung verschiedener Rücklagen vor, legte deren Höhe fest und bewirkte damit eine starke Bindung der gemeindlichen Mittel. Sie bestätigte den Trend zur Verstärkung der Dienstaufsicht und die strikte Unterordnung der Kommunalpolitik unter die zentralen politischen Ziele der Innenpolitik wie Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung. Am 4. April 1936 schrieb Goerdeler an Hitler: «Es erscheint mir nicht nützlich, die finanziellen Schwierigkeiten des Reiches da zu lassen, wo sie sind, und bei den Gemeinden erhebliche Rücklagen anzusammeln.»<sup>130</sup> Die Rücklagenverordnung widersprach mit ihrer Zentralisierung dem Selbstverwaltungsprinzip, das nach Auffassung Goerdelers «am Mark getroffen»<sup>131</sup> wurde. Er kritisierte die «öde Mechanisierung und Gleichmacherei» in der kommunalen Selbstverwaltung, die sich als ein «Unglück für unser Vaterland» erweisen werde<sup>132</sup>. «Aber den grossen, herrlichen Geist der Deutschen Gemeindeordnung, die sich selbst zum Werke eines Freiherrn vom Stein bekennt, totzuschlagen, weil vielfach vielleicht nicht zureichende Kräfte tätig sind, halte ich nicht für vertretbar. Das Schema kann niemals den mangelnden Mut zum Durchgreifen im einzelnen Falle ersetzen.»<sup>133</sup> Angesichts dieser Entwicklungen sah Goerdeler die kommunale Selbstverwaltung, seinen bisherigen «Lebensinhalt», ernsthaft bedroht. «Ich kann wohl sagen, dass ich mich bisher im Herumschlagen um die Grundlagen der Selbstverwaltung und um die Sicherung einer geordneten und sauberen Verwaltung sehr wohl gefühlt habe. Aber die beinahe tägliche Verteidigung der elementarsten Grundsätze bei allen kleinen und grossen Gelegenheiten stumpft ab.»<sup>134</sup>

Einen Ausweg aus dem Dilemma, in dem er sich befand, sah Goerdeler in der Zusage, eine Aufgabe in der Privatwirtschaft zu übernehmen. Am 5. Mai 1936, an dem Tag, an dem die Rücklagenverordnung erlassen wurde<sup>135</sup>, erklärte er sich bereit, in den Krupp-Konzern einzutreten. Bereits seit Oktober 1935 war er mit Krupp von Bohlen und Halbach über eine Anstellung als Mitglied im Direktorium der Krupp AG im Gespräch<sup>136</sup>. Ernsthaft erwogen hat er diese Möglichkeit wohl erstmalig anlässlich eines Besuches in Essen am 4. Dezember 1935. Im Frühjahr 1936 traten die Ver-

<sup>130</sup> BA R 43 11/567, Bl. 6.

<sup>131</sup> Ebenda, Bl. 7.

<sup>132</sup> Ebenda, Bl. 8.

<sup>133</sup> Ebenda, Bl. 8-9.

<sup>134</sup> Ebenda, Bl. 7.

<sup>135</sup> RGBl. I, S. 435.

<sup>136</sup> Vgl. zur Anstellung Goerdelers bei Krupp HA Krupp FAH IV E 154, BA Berlin NS 6 (62 Ka 1), Nr. 19, Bl. 216-218, 228-231 und Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 403.

handlungen mit einem Gespräch zwischen Krupp und Goerdeler am 12. März in Berlin in ein entscheidungsreifes Stadium. Dennoch zögerte er eine Zeitlang und beförderte seine nach Ablauf der sechsjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister von Leipzig am 20. Mai 1936 anstehende Wiederwahl. Offenbar hegte er noch immer politische Ambitionen. Als sich jedoch im Frühjahr 1936 bei Goerdeler im Gegensatz zu seinen hoffnungsvollen Erwartungen des Jahres 1933 die Erkenntnis durchsetzte, dass die Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem einen unaufhaltsamen Niedergang erlebte und keine Veränderungen in der von ihm als verfehlt eingeschätzten Wirtschafts- und Rüstungspolitik zu sehen waren, bestand für ihn offensichtlich keine Grund mehr, dem NS-Staat weiterhin Loyalität und Dienstplicht zu zollen. Er setzte sich beispielsweise gegen den Zugriff der Partei auf die Stadt Leipzig deutlicher zu Wehr. Am 5. Mai 1936 konzipierte Goerdeler einen Brief an den SA-Oberführer Stollberg von der Brigade 35, der ihm kurzfristig die Übernahme der Kosten für Übernachtung und Verpflegung von 32 SA-Männern aufgezwungen hatte. Darin heisst es: «Es geht nicht an, dass in letzter Minute Gemeinden, die eine wie andere in jeder Beziehung sparsam wirtschaften müssen, zur Übernahme von Kosten herangezogen werden.»<sup>137</sup>

Goerdeler nahm dann seine Wiederwahl zum Oberbürgermeister zum Anlass, um eine Machtprobe mit dem Reichsinnenministerium zu provozieren. Am Ende würde er entweder nicht wiederberufen und damit frei für das Krupp-Direktorium oder die staatliche Aufsicht, insbesondere die Genehmigungsvorbehalte, würden gelockert werden. Das hätte eine wesentliche Erleichterung der kommunalen Arbeit zur Folge. Anfang Mai kündigte Goerdeler im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern mit Bezug auf seine Vorstellungen über die Handhabung der Genehmigungsvorbehalte an, «dass er, wenn das Ministerium sich seiner Auffassung von der 'Selbstverwaltung' nicht wenigstens in diesem entscheidenden Punkte anschliessen könne, nicht länger Leiter der Stadt Leipzig bleiben wolle»<sup>138</sup>. Am 29. Mai berichtete er in einer Beratung mit dem Bürgermeister, dem Stadtkämmerer und den Stadträten über seine Besprechung mit dem Reichsinnenminister. «Er habe den Herrn Reichsinnenminister schriftlich gebeten,» hiess es in der auszugsweisen Niederschrift über diese Beratung, «von seiner Bestätigung Abstand zu nehmen, da die Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung in ständig fortschreitendem Masse die wahren

<sup>137</sup> Im Originaltext hiess es dann etwas moderater: «Sollen Gemeinden Kosten übernehmen, so wird es notwendig sein, sich vorher mit ihnen in Verbindung zu setzen, um sie nicht in eine Zwangslage zu bringen.» StA L, Kap. 3, Nr. 70, Beih. 5.

<sup>138</sup> GStA, Rep. 320, Nr. 595, Bl. 43-47.

Grundlagen der Selbstverwaltung, wie sie in der Gemeindeordnung verankert seien, verlasse. Er halte diese Entwicklung für ein Unheil für das Ganze. Daraufhin habe der Herr Reichsinnenminister ihn zu sich gebeten und ihm erklärt, dass er seinem Wunsche auf Nichtbestätigung zwar nicht entsprechen könne, dass er aber bereit sei, der Stadt Leipzig sachlich in jeder Weise entgegenzukommen.»<sup>139</sup>

Das hiess, dass für Leipzig § 105 der DGO in Anwendung gebracht wurde und die Rücklagenverordnung «praktisch der Stadt Leipzig keine neue Abhängigkeit»<sup>140</sup> brachte. Staatssekretär Pfundtner hatte Frick empfohlen, Goerdeler zu empfangen und einzuladen, um ein aus Propagandagründen<sup>141</sup> unerwünschtes Ausscheiden des Leipziger Oberbürgermeisters zu verhindern. Ausserdem würde eine Abschwächung der Genehmigungsvorbehalte als ein «Vertrauensbeweis im Lande lebhaften Widerhall finden». Im Übrigen sei das auch ungefährlich, da im Falle einer Enttäu- schung die Aufsichtsbehörde genug Mittel habe, «den betreffenden Gemeindeleiter auf schnellstem Wege unschädlich zu machen.»<sup>142</sup>

Weil Frick sich seines Tuns nicht so sicher war, zögerte er das Wiederberufungsverfahren Goerdelers so weit hinaus. Erst am 20. Mai 1936 erklärte er in einem Schnell- brief an den Reichsstatthalter von Sachsen sein Einverständnis.<sup>143</sup> Goerdeler wurde daraufhin für 12 Jahre bis zum 22. Mai 1948 als Oberbürgermeister von Leipzig wiederberufen<sup>144</sup>.

Die Wiederberufung festigte Goerdelers angeschlagene Position in Leipzig ebenso wie die von Hitler und Göring erwogene Bestellung in ein hohes Reichsamt. Das war für Goerdeler sehr wichtig, denn im Vorfeld hatte es «teilweise sehr erhebliche Mei- nungsverschiedenheiten» gegeben, «denn dem tüchtigen und erfahrenen Verwal- tungsfachmann Dr. Goerdeler stand auf der anderen Seite der Nicht-Nationalsozia- list und Nicht-Parteigenosse gegenüber.»<sup>145</sup> Wenn die Ratsherren dennoch der Wie- derberufung zugestimmt haben, so war dafür nach Wolfs Aussage «ausschlagge-

<sup>139</sup> StA L, Kap 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 240.

<sup>140</sup> Ebenda.

<sup>141</sup> Als mögliche «Propagandagründe» kämen der Internationale Gemeindekongress vom 8. bis 13.6.1936 und der Deutsche Juristentag in Leipzig vom 15. bis 19.5.1936 in Frage. An beiden Veranstaltungen nahm Goerdeler als Referent teil. Ausserdem spielte vermutlich das aussen- politische Bild Deutschlands im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen im August 1936 in Berlin eine Rolle.

<sup>142</sup> GStA, Rep. 320, Nr. 595, Bl. 43-47.

<sup>143</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 236.

<sup>144</sup> Ebenda, Bl. 237.

<sup>145</sup> Ebenda, Bl. 270.

bend», dass Goerdeler von Seiten der Reichsregierung und des Führers wiederholt zur Mitarbeit herangezogen worden war und er trotz Wirtschaftspessimismus, Kritik an der Rüstungspolitik und «judenfreundlicher Einstellung», «also trotz dieser politischen Unzulänglichkeit das Vertrauen unseres Führers besass»<sup>146</sup>. Hier wird sichtbar, in welchem hohem Masse Goerdelers Handlungsspielraum in Leipzig vom Wohlwollen seitens Partei- und Regierungskreise bestimmt wurde.

Im Rahmen seines Wiederberufungsverfahrens hatte Goerdeler zwar eine lokale Sonderregelung in Bezug auf staatliche Eingriffe erwirkt, aber das grundsätzliche Problem des Verhältnisses von Staat, Gemeinde und Partei war damit nicht gelöst. Die kommunalpolitischen Gegensätze zwischen ihm und den Nationalsozialisten vertieften sich, und in der Folge gewann seine öffentliche Kritik am Zustand der kommunalen Selbstverwaltung an Schärfe. Im Juni 1936 liess er in seinem Referat auf dem Internationalen Gemeindegkongress durchblicken, dass die DGO nicht mit seinen Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung konform ging, ohne dass er dabei bereits den Boden des Systems verliess<sup>147</sup>. Im gleichen Jahr hielt Goerdeler die DGO in einem Zeitschriftenartikel nur noch für «gegenwärtig tragbar» und zweifelte, «ob Recht und Verwaltungsorganisation dauerhaft sind», weil sie nicht «im Wesen und in der Eigenart des Volkes» wurzelten<sup>148</sup>. Er sah einen dauerhaften Bestand des Gesetzes nur, wenn die von ihm angesprochenen Mängel behoben würden<sup>149</sup>. Deshalb kam er zu dem Schluss, dass es eine der noch «in der Gegenwart zu erfüllenden Notwendigkeiten» sei, «die Totalität der örtlichen Selbstverwaltung Wirklichkeit werden zu lassen.»<sup>150</sup>

Auch in späteren Jahren hielt Goerdeler an seinen Auffassungen über den Zustand der kommunalen Selbstverwaltung fest. Im Juni 1941 schrieb er verbittert an Max Rehm: «Täuschen wir uns nicht: es ist nicht gelungen, Geist und Inhalt der Selbstverwaltung in den letzten Jahren lebendig zu erhalten. In ihrer heutigen Gestalt und in ihrem heutigen Wirken ist sie ein Zerrbild einstigen Lebens geworden. Das Interesse ist, wenn nicht tot, so doch eingeschlafen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Der eine liegt in der Deutschen Gemeindeordnung selbst, und ich habe versucht ihn, an ihrer Schaffung mitarbeitend, zu verhindern und später auf diesen Mangel hinzuweisen. Berufene Ratsherren werden von den Bürgern niemals als ihre

<sup>146</sup> Ebenda.

<sup>147</sup> NLG PB Meyer-Krahmer (Goerdeler, Zum Internationalen Gemeindegkongress, Manuskriptschrift).

<sup>148</sup> Hervorhebung im Original. Goerdeler, *Gegenwartsaufgaben*, S. 111.

<sup>149</sup> Goerdeler, *Die Deutsche Gemeindeordnung*, S. 78.

<sup>150</sup> Ders., *Gegenwartsaufgaben*, S. 125.

Vertreter betrachtet werden. Der Bürger muss durch irgendeinen Wahlakt wieder lebendige Beziehungen zu Bürgervertretungen im Rathaus erhalten. Der zweite Grund liegt in der weitgehenden Übersteigerung des Befehls- und Führergedankens im Staat und im gesamten öffentlichen Leben. Jede, auch die wohlmeinende, schöpferische Kritik ist unterbunden. Eine kleinliche und der Selbstverwaltung verständnislos gegenüberstehende Staats- und Beamtenbürokratie hat diese Entwicklung benutzt, um in den meisten deutschen Gemeinden alles Eigenleben und jede Verantwortungsfreudigkeit zu lähmen»<sup>151</sup>. Drei Jahre später konstatierte er: «Es ist (...) gekommen, wie ich es vorausgesagt hatte: das Gemeindeleben ist verodet, die Selbstverwaltung tot, die Bürger kennen kaum noch den Namen ihres Bürgermeisters, geschweige denn die von der Partei ernannten, im Verborgenen blühenden Gemeinderäte.»<sup>152</sup>

Goerdelers scharfe Urteile über die Entwicklung der Selbstverwaltung waren nicht nur auf die persönliche Verbitterung eines später ausgeschalteten Kommunalpolitikers zurückzuführen. Sie reflektierten in hohem Masse die Realität. Auch in partei-internen Erörterungen und in der öffentlichen staats- und rechtswissenschaftlichen Diskussion seit Ende der 30er Jahre wurde immer wieder Kritik am Zustand der kommunalen Selbstverwaltung laut<sup>153</sup>.

Goerdeler hatte mit seiner Kritik an Zustand der kommunalen Selbstverwaltung keine Kernbereiche nationalsozialistischer Politik getroffen. Deshalb waren die Nationalsozialisten nach wie vor zu einer Zusammenarbeit mit ihm bereit. Sie erlebte auf wirtschaftspolitischem Gebiet noch einmal einen letzten Höhepunkt, bevor sie aufgrund unüberbrückbarer Gegensätze abrupt beendet wurde.

#### **9. 4. «Es geht um den Fortbestand des Reiches.» Plädoyer gegen den Vierjahresplan**

Als die schon länger schwelende Krise der Aussen- und Rüstungswirtschaft im Sommer 1936 in ein entscheidendes Stadium trat, eskalierten die Gegensätze zwischen Goerdeler und den Nationalsozialisten in der Wirtschafts- und Rüstungspolitik bis an die Grenzen des ihm gewährten Spielraums für die Formulierung einer alternativen

<sup>151</sup> BA NLG 113, Nr. 9.

<sup>152</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee). Ähnlich äusserte er sich an anderer Stelle: «Es ist die übereinstimmende Meinung aller Bürgermeister, die heute im Amt sind, dass die deutsche Selbstverwaltung tot ist, ja dass sie schon zu Beginn des Krieges in den letzten Zügen lag.» Ebenda, Nr. 25 (Goerdeler, Gedanken zur Neuordnung der Selbstverwaltung).

<sup>153</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 446ff.



Politik. Seine wirtschafts- und rüstungspolitischen Vorstellungen bedeuteten das Gegenteil von dem, was führende nationalsozialistische Funktionsträger in diesem Bereich planten. Das führte dazu, dass ihm die Unterstützung von Nationalsozialisten aufgekündigt wurde. Er begann sich Kreisen zuzuwenden, die sich aus Sorge um die politische Entwicklung in Distanz zum NS-Regime bewegten.

Der Ratsherrenälteste Wolf hatte im Dezember 1936 erklärt, dass Goerdeler bis Mai «grösste Bereitwilligkeit» gezeigt habe, mit dem Leipziger Stadtrat «gemeinsam im nationalsozialistischen Sinne» zu arbeiten. Aber nach seiner Wiederberufung «wendete sich das Blatt. Seit dieser Zeit trat er immer öfter und unverhohlener mit seinem wirtschaftlichen Pessimismus hervor»<sup>154</sup>. Bereits am Tag seiner Wiederberufung als Leipziger Oberbürgermeister, am 22. Mai 1936, wurden die Gegensätze zur Regierungspolitik in einem öffentlichen Vortrag zum Thema «Deutschland und die Weltwirtschaft» vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Düsseldorf deutlich. Entsprechend seinem wirtschaftsliberalistischen Denken sprach sich Goerdeler gegen Wirtschaftsdirigismus und Autarkiepolitik aus. Er forderte einen uneingeschränkten internationalen Handel auf der Grundlage sicherer Währungen und kritisierte indirekt den deutschen Rüstungskurs<sup>155</sup>. Sein Befund über die wirtschaftliche Lage endete mit der Feststellung, dass «wir an einem entscheidenden Punkt zum mindesten der europäischen, wenn nicht der Weltgeschichte» stehen. «Es handelt sich darum, ob wir in Anerkennung der Gesetze der Natur und in Achtung vor der segenspendenden echten Leistung, die nicht durch Bedrucken von Papier ersetzt werden kann, die Gaben Gottes, den Völkern dieser Welt verschiedenartig verliehen, am besten auszunutzen und damit jedes Volk zu seinen besten Leistungen ermutigen und die Wohlfahrt aller heben wollen; oder ob wir die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung die Wege unklarer, vielfach unreifer Vorstellungen, der Mutlosigkeit, der Verwirrung und der Verirrung gehen lassen wollen.»<sup>156</sup>

Die Gegensätze zur nationalsozialistischen Politik wurden immer offener. Deshalb wollte Goerdeler nach wie vor in den Krupp-Konzern wechseln. Am 15. Juni 1936 bat Krupp Hitler um sein Einverständnis, ihn, wie vorgesehen, als Mitglied des Krupp-Direktoriums anstellen zu dürfen<sup>157</sup>. Am 1. Juli 1936 teilte Wiedemann daraufhin Krupp mit, dass Hitler nach Rücksprache mit Göring die Absicht ausgesprochen habe, Goerdeler «doch wieder für staatliche Zwecke einzubauen». Auf Grund

<sup>154</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 271.

<sup>155</sup> BA Berlin R 2501, Nr. 6580, Bl. 75-97.

<sup>156</sup> Ebenda, Bl. 97.

<sup>157</sup> BA Berlin NS 6 (62 Ka 1). Nr. 19, Bl. 231.

dessen wäre es wohl besser, wenn er sich «für diesen Fall frei» hielte<sup>158</sup>. Krupp akzeptierte diese Entscheidung, nahm aber eine abwartende Stellung ein.

Hitlers Mitteilung nährte bei Goerdeler die Hoffnung, wieder aus einem hohen Reichsamt heraus politisch wirksam werden zu können. Mit welchem Amt Goerdeler beauftragt werden sollte, blieb unklar. Hitler hatte seine Entscheidung im Einvernehmen mit Göring getroffen, der seit seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der Luftwaffe im Frühjahr 1935 zu einem militärpolitischen Faktor ersten Ranges geworden war. Durch seine Bestellung als «Rohstoff- und Devisenkommissar» im April und zum «Beauftragten für den Vierjahresplan» im Oktober 1936 konnte er unmittelbaren Einfluss auf die Rüstungswirtschaft nehmen. Deshalb scheint es naheliegend, dass Goerdeler in seinem zukünftigen Amt als Preiskommissar oder in einer anderen Funktion im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan mit rüstungspolitischen Fragen in Berührung gekommen wäre.

Er verständigte sich im Juli 1936 mit der Reichswehrrführung, ob er ihrer Auffassung nach ein solches Amt annehmen solle. Keitel und Blomberg rieten ihm davon ab, weil es seiner «nicht würdig» sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen wieder ein Reichsamt zu übernehmen<sup>159</sup>. Obwohl sie ebenfalls den verstärkten Ausbau der heimischen Produktion in rüstungsrelevanten Roh- und Grundstoffbereichen vertraten und in dirigistischen Massnahmen ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der von ihnen geforderten wehrwirtschaftlichen Orientierung der gesamten Volkswirtschaft sahen, wollten sie in Wirklichkeit niemanden in einer solchen Funktion sehen, der offen für eine Begrenzung der Rüstung eintrat.

Denn noch deutlicher als in der Oktober-Denkschrift des Jahres 1935 hatte Goerdeler seine rüstungspolitischen Positionen im Februar 1936 zum Ausdruck gebracht. Der militärische Schutz des Staates nach aussen sei seiner Meinungen nach «nicht eine selbständige, von den anderen Lebenskräften und Lebensnotwendigkeiten des Volkes abzusondernde Funktion. Die Wehr eines Volkes ist nur dann politisch verwertbar, wenn sie von der Wirtschaft in jeder Beziehung (Geld und Rohstoffe) nachhaltig getragen werden kann, und wenn die Politik ihr die denkbar günstigsten Voraussetzungen für den Fall dieses Einsatzes schafft. Ich sehe mit Bedauern und mit tiefer Besorgnis Wehrbauten im Lande, die den Erfordernissen der Anpassung an die Wirtschaftskraft des Volkes in keiner Weise Rechnung tragen.»<sup>160</sup>

<sup>158</sup> Ebenda, Bl. 229; BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang; Unsere Idee).

<sup>159</sup> Ebenda, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>160</sup> BA Berlin R 2501, Nr. 6508, Bl. 156f.

Im August 1936 wurden Goerdeler im Auftrage Görings Unterlagen zugestellt, auf deren Grundlage er ein Gutachten zur Devisen-, Rohstoff- und Währungslage anfertigen sollte. Dazu gehörten die schon früher erarbeiteten Memoranden von Trendelenburg und Thomas. Göring forderte diese Denkschrift von Goerdeler an, um neue Wege zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu finden, die sich im Sommer durch das drohende Devisendefizit von mehr als einer halben Milliarde RM, die mangelnde Kapazitätsauslastung der deutschen Munitionsbetriebe wegen Rohstoffmangels und einem erheblichen Aussenhandelsdefizit anzeigten<sup>161</sup>.

Goerdeler erstattete ein vorläufiges und im September 1936 ein endgültiges Gutachten<sup>162</sup>. Da er sich von Anfang an bewusst war, dass seine Vorschläge in einem krassen Gegensatz zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik standen, betonte er einleitend – «damit keinerlei Unklarheiten» auftreten –, dass es angesichts der Krisensituation um den Fortbestand des Reiches ging. Sein wirtschaftspolitisches Alternativprogramm, das ausdrücklich an seine Stellungnahme für Hitler vom Oktober 1935 anknüpfte, basierte auf liberalistischen Wirtschaftsanschauungen. Goerdeler lehnte wie schon früher Ersatzstoffproduktion und andere Autarkiemassnahmen ab, weil sie ihr Ziel verfehlten. Die Ernährung der deutschen Bevölkerung sei auf dem eigenen Boden nicht sicherzustellen. Auch die angestrebte Unabhängigkeit von ausländischen Einfuhren, bezogen vor allem auf die Rohstoffe Eisen und Metallerze, Mineralöle, Kautschuk und Textilien durch einheimische Ersatzstoffe, sei nicht zu erreichen. Die Ersatzstoffe seien wesentlich teurer als Naturprodukte, und sie besäßen eine schlechtere Qualität. Damit war die Autarkiepolitik seiner Ansicht nach die Hauptursache für unangemessene Schuldenwirtschaft, überhöhte Kreditexpansion, Währungsverfall, Rohstoff- und Devisennot sowie Lebens- und Futtermittelknappheit. Ausserdem könne der Raubbau an der Natur nicht «ohne schwere Schädigung künftiger Generationen» weiter fortgesetzt werden.

Zur Lösung der «Notlage» schlug Goerdeler die Abwertung der Währung, freien Aussenhandel, eine restriktive Budgetpolitik, in der auch die Wehrmacht «ordnungsmässig etatisiert» wird, sowie eine Einschränkung der Rüstung vor. «Es ist auf keinem einzigen Gebiet auch nicht auf dem der Rüstung, eine Abweichung möglich, so schön sie wäre.» Denn nach seiner Überzeugung waren «gewisse Fragen der deutschen Zukunft nur mit dem Einsatz der Armee» zu lösen. Dennoch sei der forcierten

<sup>161</sup> Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 45f.

<sup>162</sup> Vgl. dazu und zu den folgenden Zitaten BA NL 113, Nr. 12 (Carl Goerdeler, Gutachten zur Devisen-, Rohstoff- und Währungslage vom 17.9.1936 (nachfolgend Vier-Jahres-Plan-Denkschrift) sowie Anlage).

Kriegsrüstung Einhalt zu gebieten. Sie sollte auf ein «tragbares Mass» abklingen und «wirklich solide auf der Sparsamkeit des Volkes sich vollziehen», weil die Wirtschaftskraft Deutschland zu mehr nicht ausreiche.

Damit entzündeten sich die Gegensätze an der Frage des Aufrüstungstempos. Goerdeler verlangte im Gegensatz zur Reichsführung, dass sich die Rüstung unter die Fragen der wirtschaftlichen, finanziellen und versorgungsmässigen Konsolidierung Deutschlands unterordne. Die wirtschaftliche Entwicklung habe gezeigt, dass sich die Ziele der Aufrüstung und eine auch nur gleichbleibende Versorgung ausschlossen. «Ich kann mir nicht denken», argumentierte Goerdeler in diesem Zusammenhang, «dass es der Armee in ihrem inneren Bestande schaden könnte, wenn sie zu einem langsameren Tempo und bei ortsfesten Anlagen zu einfacheren Formen der Aufrüstung genötigt sein würde. Die Aufstellung neuer Formationen, ihre Zusammenschweissung zu Verbänden, die Erziehung des Offizierskorps, die einheitliche Ausrichtung verlangen ebensoviel Zeit wie eine sachgemässe, alle Erfahrungen berücksichtigende und unnötige Verluste vermeidende Aufrüstung. Die Entscheidung wird aber meiner Ansicht nach ganz leicht gemacht durch die Erwägung, dass mit zurückgehenden Nahrungsmitteln und zurückgehenden Rohstoffen auf die Dauer überhaupt keine grosse Armee verpflegt, ausgerüstet und munitioniert werden könnte.»

Abschliessend verlieh Goerdeler seinen Vorschlägen dadurch Gewicht, dass er betonte, dass alle anderen als die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich zu «immer weiterer Verstrickung in Planung, Sozialisierung, Regelung, Verödung», zu einer umfassenden Arbeitslosigkeit und zu wirtschaftlichen und politischen Spannungen führen würden<sup>163</sup>. Damit hoffte er vermutlich, die wachsende Opposition gegenüber einer Wirtschaftspolitik für sich ausnutzen zu können, die die Last der Aufrüstung einseitig der Arbeiterschaft auferlegte, welche die Partei für sich zu gewinnen suchte.

Mit seinen Vorschlägen befand sich Goerdeler in einem offenen Gegensatz zu den Interessen von Hitler, Göring und Blomberg, die auf eine verstärkte Aufrüstung und eine weitgehende Selbstversorgung mit Rohstoffen setzten. Bereits im August 1936 hatte Hitler diese Ziele in einer geheimen Denkschrift erläutert: «Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht (...) zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein! (...) Wir sind überbevölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren (...) Die endgültige Lösung liegt

<sup>163</sup> Ebenda.

in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes (...) Es gibt keinen Zweifel, dass wir schon heute auf dem Gebiete der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten (...) Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die Deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein»<sup>164</sup>. Der im September 1936 verkündete und einen Monat später erlassene Vierjahresplan sollte der Realisierung dieser Politik dienen. Goerdelers konsequentes Festhalten an wirtschaftsliberalistischen Prinzipien hatte ihn in der Aufrüstungsfrage an die Grenzen des ihm gewährten Spielraums für die Formulierung alternativer Politik geführt<sup>165</sup>. Darüberhinaus stellte diese Denkschrift noch deutlicher als andere Verlautbarungen die Reformbedürftigkeit der nationalsozialistischen Gesamtpolitik heraus. Deshalb bewertete Göring sie als «völlig unbrauchbar»<sup>166</sup>.

Goerdeler merkte sehr schnell, dass er sich mit seinen Gutachten nur «Zorn»<sup>167</sup> zuzog. Nationalsozialistische Funktionseliten unterstützten ihn nicht mehr wie in früherem Masse. Im September 1936 verbot das Reichspropagandaministerium die Veröffentlichung der von ihm verfassten «Wirtschaftsfibel»<sup>168</sup>, nachdem Hitler diese Schrift «nicht für bedeutungsvoll» gehalten hatte, wie einem Aktenvermerk Wiedemanns zu entnehmen ist<sup>169</sup>. Goerdeler wollte mit der «Wirtschaftsfibel», «dem Arbeiter einmal ganz einfache wirtschaftliche Zusammenhänge» klarmachen. Das hielt er für umso notwendiger, da er «eine Stimmung» in der Arbeiterschaft, aber auch in anderen Bevölkerungskreisen ausmachte, «die mit dem Sinn des Lebens offenbar nicht mehr fertig wird. Denn steigende Preise und sinkende Einkommen fangen an, ihre Wirkung zu tun.»<sup>170</sup> Die Regierung duldete aber angesichts des auf «Naturnotwendigkeit»<sup>171</sup> beruhenden Zusammenhangs zwischen den Inhalten Goerdelers

<sup>164</sup> Zit. in: Wilhelm Treue, Dokumente, in: VfZ 3(1955)2, S. 35.

<sup>165</sup> Vgl. Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 397.

<sup>166</sup> Zit. in: Ritter, Carl Goerdeler, S. 82. Vgl. auch Petzina, Autarkiepolitik, S. 47.

<sup>167</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>168</sup> BA R 43 11/ 317a, Bl. 7-186 (Carl Goerdeler, Im Lichte der Preise). Goerdeler bezeichnete diese wirtschafts- und finanzpolitische Abhandlung als «Wirtschaftsfibel». Die erste Fassung trug den Titel «Durch Preise zur Klarheit». Er wurde dann in «Im Lichte der Preise» verändert.

<sup>169</sup> BA R 43 11/317a, Bl. 2. Aus einer Mitteilung Julius Schaub, Adjutantur des Reichskanzlers, an Wiedemann vom 3.9.1936 geht hervor, dass Hitler Goerdelers Schrift «Im Lichte der Preise» nicht gelesen hat. «Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass er (Hitler – d. Verf.) das ziemlich umfangreiche Werk auch nur flüchtig durchsieht.» BA Berlin NS 6 (62 Ka 1), Nr. 19, Bl. 219.

<sup>170</sup> BAR43II/317a, Bl. 2.

<sup>171</sup> Ebenda.

Vier-Jahres-Plan-Denkschrift und seiner «Wirtschaftsfibel» nicht diese Form der offenen Kritik.

Im Gegensatz zur Partei- und Staatsführung stiess der Inhalt der Vier-Jahresplan-Denkschrift Goerdelers bei Schacht nicht auf Ablehnung. Er sah sie als «willkommene Rückenstärkung»<sup>172</sup>, um Göring zu einer grundsätzlichen Entscheidung in der Aussen- und Devisenfrage zu drängen<sup>173</sup>. Um seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen Nachdruck zu verleihen, legte Schacht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches am 20. August 1936 den Gauleitern, Reichsstatthaltern und preussischen Oberpräsidenten dar und forderte die Wiedereinsetzung Goerdelers als Reichspreiskommissar. Diese Forderung Schachts war völlig realitätsfremd angesichts der fundamentalen wirtschafts- und rüstungspolitischen Differenzen zwischen Goerdeler und den Nationalsozialisten, denn der Reichskommissar für die Preisbildung und damit Leiter der Geschäftsgruppe Preisbildung fungierte neben dem Rohstoffamt als die wichtigste Instanz der Vierjahresplanorganisation<sup>174</sup>. Schachts Versuche, eine Veränderung in der Generallinie der Wirtschaftspolitik zu erreichen, misslangen gänzlich<sup>175</sup>.

Goerdeler liess auch weiterhin keinen Zweifel an seiner Gegnerschaft zum Vierjahresplan aufkommen. Im Dezember 1936 erklärte der Ratsherrenälteste Wolf, dass Goerdelers Kritik an der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sich «besonders auffallend (...) in den letzten drei Monaten» gezeigt habe. «In dieser Zeit hat er wiederholt mit mir und (...) mit einer ganzen Reihe Parteigenossen über die Massnahmen der Regierung gesprochen und diese in schärfster Weise kritisiert und missbilligt. (...) Auch, nachdem vom Führer der Vierjahresplan verkündet und vom Pg. Göring im Berliner Sportpalast das ganze deutsche Volk zur Mitarbeit aufgerüttelt worden war, verbreitete Herr Dr. Goerdeler den gleichen Pessimismus und stellte sich hierbei wiederum in Gegensatz zum Nationalsozialismus und zum deutschen Volke.»<sup>176</sup>

Am 8. Dezember 1936 schrieb Goerdeler an Ludwig Mellinger, den Herausgeber der Zeitschrift «Die Bank», in dessen Auftrage er einen Artikel über die «Wirtschaftliche Funktion der Preise» für ein Sonderheft der Zeitschrift verfasst hatte, das sich ausschliesslich dem Vierjahresplan widmen sollte: «Ich bin ein Gegner aller solcher Plä-

<sup>172</sup> Petzina, Autarkiepolitik, S. 47.

<sup>173</sup> Ebenda, S. 47f.

<sup>174</sup> Vgl. ebenda, S. 63.

<sup>175</sup> Vgl. ebenda, S. 48.

<sup>176</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 271.

ne. Die Politik des Staates muss sich gewisse Ziele setzen. Aber die Mittel, die zur Erreichung dieser Ziele führen, müssen sich stets nach der Lage richten. Diese Lage verändert sich durch Willensrichtungen und Ereignisse, die wir nicht bestimmen können.»<sup>177</sup> Der Artikel wurde trotz der nonkonformistischen Wirtschaftsvorstellungen Goerdelers veröffentlicht<sup>178</sup>.

Die Besorgnis über die politische Entwicklung hatte Goerdeler 1936 über Eugen Diesel, den Sohn des Ingenieurs Rudolf Diesel, auch mit Vertretern des Bosch-Konzerns zusammengeführt<sup>179</sup>, die sich in Distanz zum NS-Regime bewegten.

## **7. 5. Kritik an der nationalsozialistischen «Judenpolitik» 1935/36**

Bisher ist gezeigt worden, wie die sich zuspitzenden Gegensätze im Bereich der Kommunal- und Wirtschafts- sowie Rüstungspolitik Goerdelers innere Distanzierung vom NS-System bestimmten. Die Dissensen über die nationalsozialistische «Judenpolitik» spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Sie waren nicht so ausgeprägt, weil die Auffassungen in der «Judenfrage» sowohl zwischen Partei und Staat als auch innerhalb der Partei und einzelner Ressorts der Reichsregierung divergierten. Ausserdem waren die wirtschaftlichen Rückwirkungen der nationalsozialistischen «Judenpolitik», mit denen Goerdeler seine Einwände begründete, unbestritten.

Die Leipziger Stadtakten legen nahe, dass Goerdeler antisemitischen Massnahmen innerhalb seines Verantwortungsbereichs als Oberbürgermeister nach dem Sommer 1934 nicht mehr sichtbar entgegengetreten ist<sup>180</sup>. Die Ursache dafür liegt vermutlich darin, dass sich radikale Kräfte innerhalb der Partei in diesem Bereich durchsetzten. Im März 1935 gab die Stadtverwaltung auf Anordnung Haakes eine Liste mit 272 Namen «nichtarischer» Ärzte und bald darauf eine entsprechende Aufstellung jüdischer Zahnärzte mit den Vermerken zur Kassentätigkeit «nicht zugelassen» und

<sup>177</sup> BA NLG 113, Nr. 12.

<sup>178</sup> Carl Goerdeler, *Wirtschaftliche Funktionen der Preise*, in: *Die Bank* 28(1936)51/52, S. 1872-1878.

<sup>179</sup> Otto Kopp (Hrsg.), *Die Niederschrift von Hans Walz «Meine Mitwirkung an der Aktion Goerdeler»*, in: ders. (Hrsg.), *Widerstand und Erneuerung, Neue Berichte und Dokumente vom inneren Kampf gegen das Hitler-Regime*, Stuttgart 1966, S. 98f.

<sup>180</sup> Hoffmann behauptete, ohne jedoch Belege dafür beizubringen, dass Goerdeler sich seit 1933 gegen «jede einzelne antijüdische Verwaltungsmassnahme» wehrte. *FAZ*, 15.7.1994.

«noch zugelassen» in Umlauf<sup>181</sup>. Ziel dieser Massnahme sollte es sein, die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Boykottierung jüdischer Ärzte aufzufordern.

Aus den nur fragmentarisch überlieferten Akten entsteht der Eindruck, dass diese wie andere Verdrängungsmassnahmen massgeblich von Haake initiiert und vorangetrieben wurden, obwohl diesbezügliche Verordnungen entweder Goerdelers Unterschriften tragen oder von ihm abgezeichnet wurden<sup>182</sup>. Als Parteigenosse und Bürgermeister verkörperte Haake eine Symbiose, die es ermöglichte, dass die Parteidienststelle, auf die im Allgemeinen das antijüdische Vorgehen zurückging<sup>183</sup>, sich seiner in vielfältiger Form bedienen konnte. Dennoch trug Goerdeler als Verwaltungschef letztlich die Verantwortung für alle Massnahmen gegen Leipziger Juden. Am 8. April 1935 wandte sich der Landesverband Mitteldeutschland des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V. an Goerdeler mit der Bitte, «dafür Sorge tragen zu wollen, dass der durch Herrn Bürgermeister Haake und die nachgeordneten Stellen sowie die Krankenkasse der Beamten ausgesprochene Boykott jüdischer Ärzte unverzüglich widerrufen wird»<sup>184</sup>. Goerdeler beriet sich daraufhin mit dem Personaldezernenten Lisso, der offensichtlich nicht zu den «strammen» Parteigenossen gehörte<sup>185</sup>, über das Verhalten Haakes<sup>186</sup>. Inwieweit das als Zeichen eines Widerstandsversuches in dem Sinne, dass er Verbündete gegen Haake suchte, gedeutet werden kann, muss angesichts der Aktenlage offen bleiben. Haake wurde jedenfalls nicht diszipliniert. Er konnte wenige Monate später seine Position hinsichtlich der Verdrängung jüdischer Ärzte in einem Schreiben an die Bezirksstelle Gross Leipzig der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands vom 8. August 1935 sehr deutlich formulieren: «Sämtliche nichtarische Ärzte und Zahnärzte sind den städtischen Beamten und Angestellten durch Umlauf bekannt gegeben worden. Ich erwarte von den Beamten und Angestellten, dass sie jüdische Ärzte meiden; andererseits bin ich aber zu meinem grössten Bedauern nicht in der Lage, gegen solche Beamten vorzugehen, welche diejenigen jüdischen Ärzte in Anspruch nehmen, die

<sup>181</sup> Sta L, Kap. 1, Nr. 122, Bl. lff., 5ff.

<sup>182</sup> StA L, Kap 1, Nr. 122.

<sup>183</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 306.

<sup>184</sup> StA L, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 3.

<sup>185</sup> Im Oktober 1935 ergeht eine Beschwerde des Führers der 48. SS-Standarte Gunst an Goerdeler ob der «SS-feindlichen Einstellung» von Lisso, die Goerdeler abbiegt. Vgl. StA L, Kap. 3, Nr. 70, Bh. 6, Bl. 14-16.

<sup>186</sup> StA L, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 3.



noch zur Kassenpraxis zugelassen sind.»<sup>187</sup> Haakes Wortäußerung spiegelt nicht nur seine Radikalität im Vorgehen gegen Juden, sondern auch den Druck wider, den er auf Personen auszuüben beabsichtigte, die sich den Boykottmassnahmen entgegenstellen.

Im Verlaufe des Jahres 1935 setzte sich der Prozess der Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben in Leipzig weiter fort. Seit Juli war den Juden die Benutzung städtischer Frei- und Hallenbäder verboten<sup>188</sup>. Erst drei Jahre später ergingen entsprechende Weisungen des Reichsinnenministeriums. Aber der vorausseilende Leipziger Gehorsam stand nicht allein. So war beispielsweise in Coburg seit 1933 jüdischen Mitbürgern die Benutzung der städtischen Bäder verboten<sup>189</sup>. Haake begründete das Bäderverbot gegenüber Kurt Sabatzky, Syndikus im Central-Verein in Leipzig, folgendermassen: «Die deutschstämmige Bevölkerung verlangt das fragliche Verbot, und ich habe die Berechtigung des Verlangens sowohl im völkischen Interesse wie auch zur Vermeidung von Beunruhigungen und Störungen der Ordnung erkannt.»<sup>190</sup> Seit August 1935 durften Juden in Leipzig keine Theater, Lichtspielhäuser, Konzerte und Vorträge mehr besuchen. Reichsweit galt diese Ausgrenzung erst im Dezember 1938 auf Anweisung von Heidrich.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Verfolgungs- und Verdrängungsmassnahmen gegen Juden, die Goerdeler in Leipzig unmittelbar erlebte, mischte er seine Kritik an der nationalsozialistischen «Judenpolitik» in regelmässigen Abständen in Denkschriften ein, die er über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands für Vertreter der nationalsozialistischen Partei- und Staatsführung gutachterlich erstellte. Sie war Bestandteil seines komplexen politischen Konzepts, das er in diesem Zusammenhang als alternatives Gegenprogramm entwickelte. Dabei stellte Goerdeler das nationalsozialistische Vorgehen gegen Juden nie grundsätzlich in Frage oder nahm bis zum Jahre 1938 Bezug auf die humanistische und moralische Dimension der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung der Juden. Kontinuierlich zog sich nach wie vor durch alle seine Äusserungen der Hinweis auf den ausserpolitischen und wirtschaftlichen «Schaden» der «Judenpolitik» und die Forderung nach deren strenger gesetzlicher Regelung und strikten Einhaltung.

In diesem Sinne heisst es in der Oktober-Denkschrift 1935: «Ich sehe kaum eine greifbare Möglichkeit, mit dem Auslande in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, wenn wir nicht die Freiheit der Person und die Unantastbarkeit des Eigentums, ein

<sup>187</sup> Ebenda, Bl. 11.

<sup>188</sup> Ebenda, Bl. 18.

<sup>189</sup> Vgl. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 54.

<sup>190</sup> StAL, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 16.

Bollwerk gegen bolschewistische Verseuchung, vor solchen polizeilichen Eingriffen sicherstellen, die nicht vom Richter angeordnet und mindestens sofort von ihm nachgeprüft werden. Die Gesetze, die die Grundlage für solche richterliche Akte bieten, mögen so scharf wie nötig sein. Aber die Grundlage ist unerlässlich.»<sup>191</sup>

Aus den Quellen ist nicht herauszulesen, inwieweit Goerdeler mit einer «scharfen Gesetzgebung» auf die Nürnberger Gesetze Bezug nahm, die wenige Wochen vorher auf dem Reichsparteitag verkündet worden waren. Falls er die Nürnberger Gesetze jedoch meinte, stimmte er diesen Gesetzen zu, weil sie – wenn auch auf einem äusserst niedrigen Niveau – die Herstellung rechtlicher Zustände bedeutete, die er seit Jahren eingefordert hatte.

Krüger-Charlé ist zuzustimmen, wenn er mit Blick auf die ganze Dimension der nationalsozialistischen «Judenpolitik» auf die Konsequenz verweist, die sich aus der Forderung nach Verrechtlichung der antisemitischen Massnahmen ergab. Die antisemitische Gesetzgebung habe den deutschen Juden grösseren Schaden zugefügt als die Gewalttätigkeiten der SA, von denen nur ein Teil der Bevölkerung betroffen war<sup>192</sup>. Die «Forderung nach einer Verrechtlichung der sich schubweise verschärfenden antijüdischen Aktionen der Partei, wie sie mit den Nürnberger Rasse-Gesetzen vorgenommen wurde, unterschätzte die der NS-Judenpolitik innewohnenden Radikalisierungstendenzen, deren Dynamik durch gesetzliche Massnahmen eher verstärkt als eingeschränkt wurde. In dem Masse, wie der Rahmen für gesetzlich legitimates Handeln zur sozialen, ökonomischen und kulturellen Benachteiligung der Juden weiter gesteckt wurde, wuchs auch die Tendenz, jüdenfeindliche Massnahmen als 'normal' anzusehen, wodurch einer weiteren, den gesetzlichen Rahmen wiederum sprengenden Radikalisierung Vorschub geleistet wurde.»<sup>193</sup>

In ähnlicher Weise wie in der Oktober-Denkschrift argumentierte Goerdeler auch in der Vier-Jahres-Plan-Denkschrift im September 1936. Er plädierte aus Gründen der notwendigen Stabilisierung der deutschen Devisen-, Rohstoff- und Währungslage und den sich eröffnenden Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Hegemonialposition Deutschlands für ein moderateres Vorgehen gegen die Juden. «Selbstverständlich muss man damit rechnen, dass England und Frankreich sehr bestimmte Wünsche haben. (...) Es sitzen dort nun einmal Regierungen mit anderen Anschauungen, und es gibt Fragengebiete, auf denen grosse Unstimmigkeiten zutage ge-

<sup>191</sup> BA R 4311/318a, Bl. 13.

<sup>192</sup> Vgl. Graml, Reichskristallnacht, S. 119.

<sup>193</sup> Krüger-Charlé, Carl Goerdelers Versuch, S. 394f. Vgl. auch Thamer, Carl Friedrich Goerdeler, S. 80.

treten sind. Bekannt sind die Bedenken über die Behandlung der Judenfrage, der Logenfrage, der Kirchenpolitik. Aber da es sich nach allen Erfahrungen der Weltgeschichte im Allgemeinen immer weniger um das Grundsätzliche als um die Art der Handhabung handelt, und da ja im Vordergrund Ehre, Freiheit und Existenz des deutschen Volkes stehen, da ausserdem jetzt die Möglichkeit besteht, unsere Kolonialforderungen aussichtsvoll zur Verhandlung zu stellen, da wir ohnehin zur ruhigen Aufrüstung Zeit brauchen, so scheinen mir gewisse Opfer in der Form ein Nichts gegenüber dem Verlaufe der Ereignisse, der mit Sicherheit einsetzen muss, wenn wir jetzt nicht zu dem allein gebotenen Entschluss kommen.»<sup>194</sup> Diese Passage kommentierte Ritter in dem Sinne, dass Goerdeler die «heiklen Punkte» nur mit «grosser Vorsicht» berührte – «man spürt, dass er den Empfänger seiner Denkschrift überzeugen, gewinnen, nicht durch allzu negative Kritik abstossen will.»<sup>195</sup> In der Tat versuchte Goerdeler, Göring angesichts des erklärten Ziels der Erreichung der «Kriegsfähigkeit» des Deutschen Reiches und der seiner Auffassung fehlenden wirtschafts- und finanzpolitischen Basis zu politischen Kurskorrekturen zu bewegen. Für Goerdeler war in dieser Situation der Fortbestand des Reiches in Gefahr: «(...) es steht alles auf dem Spiele.»<sup>196</sup>

Ob Goerdelers Zurückhaltung wirklich taktischer Natur war, oder er tatsächlich andere politische Prioritäten setzte, muss aber aufgrund der Quellenlage offen bleiben. Es bleibt, dass Goerdeler bei seinem Veto nicht das «Grundsätzliche» der nationalsozialistischen «Judenpolitik», sondern nur «die Art der Handhabung» in Frage stellte. Er hielt offensichtlich im Spätsommer des Jahres 1936 die antisemitischen Massnahmen, die auf der Grundlage der Durchführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen im Wesentlichen auf die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben zielten, noch immer für veränderbar.

Diese Sichtweise, die nicht selten anzutreffen war, veranlasste Dipper zu der auf konservative Regimekritiker gemünzten Feststellung: «Solange der Widerspruch aber nicht aufs Grundsätzliche zielte, offenbarte er, wenn auch vielfach unerschwellig und ungewollt, antisemitische Komplizenschaft.»<sup>197</sup>

Diesem Verdikt hat Krüger-Charlé hinsichtlich der Gültigkeit für Goerdeler 1986 in einem Vortrag in Leeds deutlich widersprochen. Er führt als Gegenargumente die von Goerdeler während der geheimen Kontakte zur britischen Regierung in den Jahren 1937 bis 1939 geäusserte Ablehnung der nationalsozialistischen «Judenpoli-

<sup>194</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Vier-Jahres-Plan-Denkschrift).

<sup>195</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 81.

<sup>196</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Vier-Jahres-Plan-Denkschrift).

<sup>197</sup> Dipper, Der deutsche Widerstand und die Juden, S. 356.

tik» und dessen deutlich durch die «Reichskristallnacht» vorangetriebenen neuen Aktivitäten an, das Ausland von der Notwendigkeit zu überzeugen, Hitler Einhalt zu gebieten<sup>198</sup>.

Aber bereits Goerdelers Einstellung zur nationalsozialistischen «Judenpolitik» bis 1936, die in dieser Arbeit erstmals eingehender untersucht wurde, entkräftet die Dippersche These von der «antisemitischer Komplizenschaft», sie zeigt jedoch auch eine gefährliche Nachbarschaft Goerdelers zum Nationalsozialismus, die von dem emanzipations- und assimilationsfeindlichen Antisemitismus Goerdelers herrührte. Dieser hatte allerdings Grenzen. Er schuf bis 1936 die Bereitschaft, die nationalsozialistische «Judenpolitik» hinzunehmen beziehungsweise durchzuführen, solange sie sich auf einer gesetzlichen Grundlage vollzog. War diese nicht gegeben, insistierte er wiederholt auf deren Schaffung. Diese Form der versuchten Einflussnahme auf Härte, Form und Tempo der nationalsozialistischen Judenverfolgung musste sich als Illusion herausstellen, denn Kraft seines Wesens war der moderne Antisemitismus durch keine begrenzte Regelung der «Judenfrage» zu saturieren.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich bis zum Sommer des Jahres 1936 die politischen Gegensätze zwischen Goerdeler und den Nationalsozialisten sehr zugespitzt hatten. Es bedurfte nur noch eines Anlasses, damit die bisherige Kooperation auseinanderbrach und die Teilopposition in Opposition umschlug. Diese Entwicklung ist Gegenstand des nächsten Kapitels.

<sup>198</sup> Vgl. Krüger-Charlé, *Revision ohne Krieg*, insbes. S. 36ff.

## 8. Von der Teilopposition zur Opposition

### 9. 1. Der Abbruch des Mendelssohn-Denkmal und der Rücktritt vom Oberbürgermeisteramt

Der Abbruch des Mendelssohn-Denkmal im November 1936 führte zum Rücktritt Goerdelers vom Amt des Leipziger Oberbürgermeisters. Dieser Schritt war ein tiefer Einschnitt in seine Biographie. Damit endete für den 52jährigen nicht nur die berufliche Karriere als Kommunalpolitiker, sondern auch die bis dahin dauernde Kooperation zwischen ihm und dem Nationalsozialismus wurde sichtbar abgebrochen. Seine Teilopposition schlug dann in rascher Folge in Opposition um.

Die Auseinandersetzungen um das Mendelssohn-Denkmal<sup>1</sup> begannen bereits im Frühjahr 1936. Dabei ging es nicht in erster Linie um die Einstellung zu Mendelssohn und dessen künstlerischem Schaffen. Der Abbruch der Statue markierte einen Grenzbereich zwischen traditionellen antisemitischen Ressentiments, einer aus Sonder- und Ausnahmeregelung basierenden «Judenpolitik» und einer schrankenlosen nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik<sup>2</sup>.

In Leipzig fanden trotz des Verbots Mendelssohnscher Musik Aufführungen seiner Kompositionen statt, die zu keinen Konsequenzen führten. Im September 1936 konnte eine Gasthauskapelle ein Arrangement der «Hebriden»-Overtüren ohne weitere Komplikationen spielen<sup>3</sup>. Auch die Thomaner sangen bei festlichen Anlässen wie bei einem Empfang im Reichsgericht ungeahndet Lieder Mendelssohns<sup>4</sup>.

Leipziger Nationalsozialisten schienen es vielmehr mit der Kampagne für den Abbruch des Mendelssohn-Denkmal darauf anzulegen, Goerdeler aus dem Amt zu drängen, um endlich die Schlüsselposition im Rathaus übernehmen zu können. Goerdelers ablehnende Einstellung zu der von den Nationalsozialisten betriebenen antisemitische Hetze gegen Mendelssohn, die reichsweit dazu führte, dass der Musiker und sein Schaffen öffentlich verhöhnt und aus der deutschen Musikgeschichte ausgegrenzt, seine Kompositionen in Konzertprogrammen aktiv boykottiert wurden<sup>5</sup>, war bekannt. Er hatte diesen Umgang mit dem kulturellen Erbe bereits im August 1934 gegenüber Hitler kritisiert:

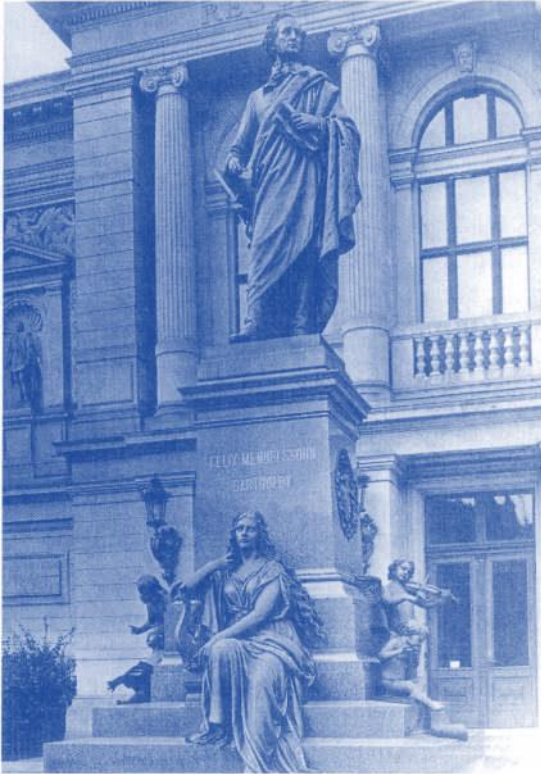
<sup>1</sup> Zur Geschichte dieses Denkmals vgl. Reich, In Stein und Bronze, S. 31-53.

<sup>2</sup> Vgl. Thamer, Carl Friedrich Goerdeler, S. 82.

<sup>3</sup> Vgl. Fred Prieberg, Musik im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1989, S. 146.

<sup>4</sup> Leipziger Tageszeitung, 16.9.1936.

<sup>5</sup> Vgl. Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 144ff.



Das Mendelssohn-Denkmal in Leipzig, 1868-1936

«Wenn uns auf dem Gebiete der Kunst beispielsweise die Mendelssohnsche Komposition der Schöpfung nicht behagt, so sollen wir sie nicht aufführen, wir sollen aber nicht verkünden, dass sie aus rassenpolitischen Gründen durch eine andere Komposition ersetzt werden müsse. Wir können uns da auch argen Schläppen aussetzen, denn es wäre ja immerhin denkbar, dass kein lebender deutscher Komponist eine bessere Komposition zustande brächte.»<sup>6</sup>

Am 8. Mai 1936 forderte der Leiter des Amtes für Handwerk und Handel der NSDAP-Kreisleitung Leipzig, Eckert, die Beseitigung der Mendelssohn-Statue durch

die Stadt: «Auf Grund verschiedener Beschwerden bei uns fühle ich mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, dass das vor dem Gewandhaus aufgestellte Denkmal des Vollblutjuden Mendelsohn-Bartoldie (!) (sic) öffentliches Ärgernis erregt. Die Leipziger Bevölkerung, die zum weit aus grössten Teil gut nationalsozialistisch denkt, ist der Auffassung, dass dieser Jude in 'Erz' besser in einem Museum aufzubewahren wäre. Ich bitte Sie als Beauftragten Leiter des Kulturamtes beim Rat der Stadt Leipzig zu erwirken, dass dieses Denkmal entfernt wird»<sup>7</sup>.

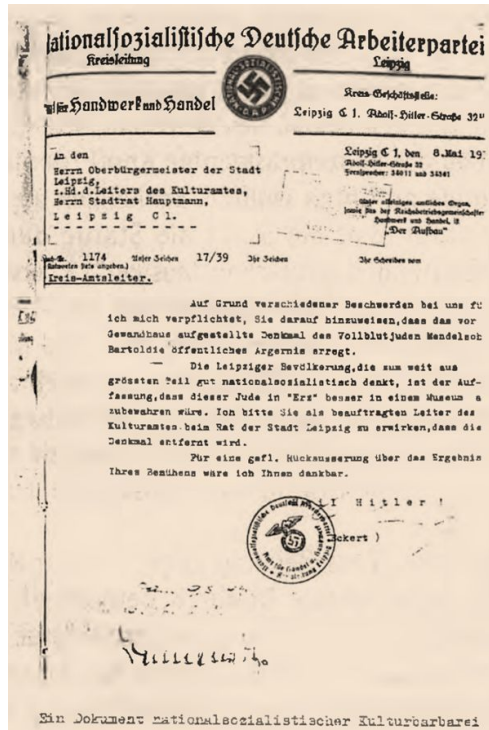
<sup>6</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, August-Denkschrift). Goerdeler bezog sich hier wahrscheinlich auf die Versuche der Nationalsozialisten, einen Ersatz für Mendelssohns Musik zu Shakespeares «Sommernachtstraum» zu komponieren. Einen Höhepunkt des Ausprobierens «arischer» Möglichkeiten markierte das Jahr 1934. Vgl. Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 146ff.

<sup>7</sup> StAL, Kap.26A, Nr.39, Bl. 43.

Die Leipziger Stadtverwaltung ging zunächst nicht auf diese Forderung der NSDAP nicht. Der Kulturstadtrat Hauptmann prüfte erst einmal, ob das Denkmal zum städtischen Besitz gehörte und damit überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung fiel.

Die feierliche Übergabe des Denkmals an die Stadt vor 44 Jahren war längst vergessen. Nachdem drei Wochen verstrichen waren, ohne dass die Stadtverwaltung reagiert hatte, erinnerte Eckert am 27. Mai 1936 «höflichst» unter Androhung verschärften politischen Drucks an sein Anliegen. Er machte deutlich, dass er mittlerweile auch andere Parteidienststellen, insbesondere die Kreispropagandaleitung eingeschaltet habe<sup>8</sup>. Daraufhin stellte Hauptmann eine sehr genaue Prüfung der Angelegenheit in Aussicht und kündigte an, sich in den nächsten Tagen mit Goerdeler zu besprechen<sup>9</sup>. Dadurch erfuhr Goerdeler erst im Juni 1936 – also Wochen später – von den Angriffen gegen das Mendelssohn-Denkmal. Er glaubte zunächst noch, die Angelegenheit aufgrund seines Einflusses «schriftlich»<sup>10</sup> in Ordnung bringen zu können. Aber bereits die am 19. Juni 1936 stattgefundene Beratung mit den Ratsherren über die Denkmalsangelegenheit verdeutlichte die Problemlage. Goerdeler wurde klar, dass er vor Schwierigkeiten stand, die er nicht allein würde lösen können.

Das Ausmass der kontroversen Diskussion mit den Ratsherren lässt sich aufgrund des lediglich in Abschrift überlieferten fragmentarischen Sitzungsprotokolls nur andeutungsweise nachvollziehen. Goerdeler stand mit seiner, den Abbruch des Denk-



Forderung der NSDAP nach Beseitigung des Mendelssohn-Denkmals

<sup>8</sup> Ebenda, Bl. 44.

<sup>9</sup> Vgl. ebenda.

<sup>10</sup> Vgl. ebenda, Bl. 45.

mals ablehnenden Haltung allein gegen den Stadtrat, der geneigt war, dem Druck der Partei nachzugeben und der Beseitigung der Statue zuzustimmen. Dabei steigerte sich die Suche nach fadenscheinigen Gründen, um den Abbau des Denkmals öffentlich zu rechtfertigen, bis zu dem Vorschlag des Polizeipräsidenten Knofe, der für die Entfernung verkehrstechnische Gründe anführen wollte<sup>11</sup>. Schliesslich argumentierte der Stadtkämmerer Köhler dafür, dass die Stadt die Statue durch ein Denkmal für einen anderen «bedeutenden deutschen Musiker»<sup>12</sup> ersetzen solle. Angesichts dieses Widerstandes lenkte Goerdeler ein und erklärte den Vorschlag von Köhler unter der Voraussetzung für «prüfbar», dass «das Mendelssohn-Denkmal auf anständige Weise beseitigt und anständig untergebracht»<sup>13</sup> werde. Bis dahin solle die Statue unberührt stehen bleiben. Die Ratsherren wagten es nicht, sich Goerdeler in diesem Punkt zu widersetzen, weil sie akzeptierten, dass er trotz seiner Kritik das Vertrauen nationalsozialistischer Funktionsträger, insbesondere Hitlers, besass. Mit dieser Entscheidung zögerte Goerdeler die Angelegenheit über die Sommerpause hinaus. Dadurch gewann er Zeit, um sich in Regierungskreisen «Bundesgenossen» für seine ablehnende Haltung zu suchen. Er fand ausgerechnet beim NS-Beauftragten für jüdische Kulturfragen im Reichspropagandaministerium, Hinckel, Unterstützung. Hinckel erklärte ihm, «er könne auch im Namen von Goebbels und damit im Namen Hitlers sagen, dass das Denkmal stehen bleiben solle. Solche Bilderstürmerei würde nicht gewünscht.»<sup>14</sup>

Mit dieser Stellungnahme zum Mendelssohn-Denkmal wurde Goerdelers Interessen nicht ernsthaft entsprochen, sondern nur mit Blick auf die im August 1936 in Berlin stattfindenden Olympischen Spielen Rücksicht auf das negative Auslandsecho einer solchen Aktion genommen. Auf lokaler Ebene wurde weiterhin politischer Druck auf Goerdeler ausgeübt.

Die Denkmals-Angelegenheit wurde an die Öffentlichkeit gebracht. Am 16. September 1936 erschien eine böse Glosse in der Leipziger Tageszeitung. Sie insistierte unter dem Titel «Um jüdische Musik und das Denkmal eines Juden» auf die Beseitigung des Mendelssohn-Denkmal, weil die Existenz eines Denkmals für einen Juden auf die Dauer eine Unmöglichkeit sei. «Dem dürfen weder Gründe der Pietät, noch rein künstlerische Erwägungen entgegenstehen. Solche Pietät und solche Erwägun-

<sup>11</sup> Ebenda, Bl. 48.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Ebenda, Bl. 46.

<sup>14</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).



gen gehören nicht mehr in unsere Zeit, die in ihren Entscheidungen ausschliesslich der Stimmen des Blutes und des völkischen Gewissens zu folgen hat.»<sup>15</sup>

Dass dieser Artikel genau einen Tag, bevor Goerdeler die offizielle Endfassung seiner Vier-Jahres-Plan-Denkschrift fertiggestellt hatte, erschien, in der er sich deutlich in Widerspruch zur Regierungspolitik Hitlers bewegte, lässt den Schluss zu, dass die Glosse vermutlich von Haake lanciert worden war. Er kannte aus der täglichen Zusammenarbeit und der Lektüre der Denkschriften Goerdelers genau dessen politische Vorstellungen. Goerdeler hatte nämlich die Angewohnheit, seine Gutachten vor der Fertigstellung mit leitenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu besprechen. Da auch der Vier-Jahres-Plan-Denkschrift eine vorläufige Fassung vorausging, dürften die dort entfalteten wirtschaftspolitischen Auffassung in der Leitungsebene der Stadtverwaltung bekannt gewesen sein. Haake bestätigte später auch, dass er diese Denkschrift gelesen habe, wobei er feststellte, dass daraus «der gleiche pessimistische Geist» sprach wie aus Goerdelers sonstigen, die «Katastrophe» heraufbeschwörenden Äusserungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches<sup>16</sup>.

Haake wollte sich diesen Umstand zu Nutze machen. Er drängte nach Aussagen Goerdelers am nachdrücklichsten auf die Beseitigung des Denkmals<sup>17</sup>. Nach dem Erscheinen des Artikels habe Haake, wie dieser erklärte, nochmals versucht, Goerdeler dazu zu bewegen, das Notwendige zur Beseitigung des Denkmals zu veranlassen. Goerdeler habe sich geweigert und wiederum dieselbe Bedenken geäussert, die er schon bei der Umbenennung jüdischer Strassennamen vorgebracht hatte, nämlich die Rücksichtnahme auf das Ausland. Er habe geglaubt, dass es notwendig sei, sich zuvor mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen. Haake sah darin nur ein Abschieben der Verantwortung auf die Reichsregierung, weil Goerdeler selbst aus seiner «inneren Einstellung zur Judenfrage» heraus diese Verantwortung nicht glauben zu können. Nach dieser letzten ablehnenden Stellungnahme Goerdelers zum Mendelssohn-Denkmal war Haake fest entschlossen, bei der nächsten geeigneten Gelegenheit als dessen gesetzlicher Vertreter zu handeln und die Verantwortung zu übernehmen: «Mein Gewissen als Nationalsozialist liess in dieser Frage keinen Kompromiss mehr zu.»<sup>18</sup>

In der angespannten Lage, in der sich Goerdeler im Spätsommer 1936 befand, bekam er aufgrund der negativen Resonanz auf die Vier-Jahres-Plan-Denkschrift keine Unterstützung mehr von übergeordneten Stellen. Das Zusammenspiel von wachsen-

<sup>15</sup> Leipziger Tageszeitung, 16.9.1936.

<sup>16</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 267.

<sup>17</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>18</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 260-261.

dem lokalem politischem Druck von unten und schwindendem Rückhalt bei höchsten Partei- und Regierungskreisen entwickelte sich zu einer Belastungsprobe, in der es nur noch eine Frage der Zeit sein sollte, wie lange Goerdeler dem standhalten würde. Um einem drohenden Eklat zuvorzukommen, versuchte er, doch noch in das Krupp-Unternehmen zu wechseln. Krupp, der dieses Vorhaben unterstützte, unternahm deshalb am 10. Oktober 1936 nach dem plötzlichen Tod des Direktoriumsmitglied Buschfeld einen weiteren Vorstoss in der Reichskanzlei, um Goerdeler in sein Unternehmen zu holen. Er fragte bei Wiedemann an, «ob der seiner Zeit vom Führer ausgesprochene Wunsch auch heute noch Geltung hat», Goerdeler mit einem Reichsamt zu betrauen, denn er möchte ihn gern als Nachfolger einsetzen<sup>19</sup>. Eine Entscheidung wurde nicht sofort getroffen, sie sollte erst Anfang des Jahres 1937 ergehen.

Nachdem ein sofortiges Ausweichen in die Privatwirtschaft nicht geglückt war, musste Goerdeler die Auseinandersetzungen um das Mendelssohn-Denkmal aushalten. Dass es ihm dabei bis November 1936 gelang, den Abriss der Statue zu verhindern, lag mehr an seiner permanenten Präsenz in Leipzig als an seiner realen Macht, denn als er vom 8. bis 13. November nach Skandinavien reiste, um u.a. am 10. November auf Einladung der deutsch-finnischen Handelskammer in Helsingfors (Helsinki) einen Vortrag über Wirtschaft, Preise und Währung zu halten<sup>20</sup>, nutzten seine massgeblichen politischen Widersacher, Haake und Wolf, diese Situation. In der Nacht vom 9. zum 10. November wurde auf ihre Anweisung hin damit begonnen, das Mendelssohn-Denkmal abzureissen und wegzutransportieren. Die Nationalsozialisten hatten ein halbes Jahr gebraucht, bis sie die Statue beseitigen konnten. Die zeitweilige Stärkung der Position Goerdelers sowie die zu erwartende Resonanz im Ausland wie bei Messebesuchern hatten sie daran gehindert, früher aktiv zu werden. Die Nachricht vom Schleifen des Mendelssohn-Denkmal hatte Goerdeler in Stockholm, einer Zwischenstation seiner Rückreise aus Finnland, erreicht. Nach Leipzig zurückgekehrt, unterrichtete ihn sein Freund und Vertrauter, Beusch, über die Einzelheiten des Abbruchs. Obwohl Goerdeler bereits im Mai den Versuch unternommen hatte, aus dem Amt zu scheiden, und gegenüber dem Historiker Harald C. Deutsch angekündigt hatte, dass er seinen Posten niederlegen werde, wenn das Mendelssohn-Denkmal abgerissen werden sollte<sup>21</sup>, nutzte er die sich ihm jetzt bietende Gelegenheit nicht sofort. Er erklärte nicht, wie Ritter behauptet hatte, einen Tag nach

<sup>19</sup> BA Berlin NS 6 (62 Ka 1), Nr. 19, Bl. 217.

<sup>20</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 257.

<sup>21</sup> Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler, S. 89.

seiner Rückkehr «kurz entschlossen wie immer»<sup>22</sup> seinen Rücktritt, sondern er liess zwei Wochen vergehen. In dieser Zeit versuchte er, sich Klarheit über die Festigkeit seiner Position innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung zu verschaffen und seinen Rückhalt bei der Partei und den staatlichen Aufsichtsbehörden auszuloten.

Am 14. November setzte er sich mit Haake ins Benehmen. Das eigenmächtige Zuwiderhandeln seines Stellvertreters konnte er nicht ohne weiters dulden. Es widersprach seiner Ansicht nach der Autorität eines Behördenchefs. Haake rechtfertigte seine Handlungsweise damit, dass er einerseits geglaubt habe, Goerdeler «einen schweren Entschluss» abzunehmen, wenn er in dessen Abwesenheit das Denkmal beseitigen liesse<sup>23</sup>. Andererseits konnte die Angelegenheit «bereinigt» werden: «Da ich gerade in der letzten Zeit wiederholt Beweise hatte, dass Sie mich und meine Parteigenossen in dieser Frage niemals aus dem Inneren heraus verstehen würden, sah ich die einzige Möglichkeit in der Lösung der Frage durch mein selbständiges verantwortungsbewusstes Handeln. Ich trage die Verantwortung und glaube nicht, dass mir daraus irgendwelche nachteilige Folgen entstehen können. Rechtlich war ich durchaus als Ihr Vertreter zu solch einer Massnahme befugt.»<sup>24</sup>

Goerdeler bezog dagegen einen klaren Standpunkt. Er käme in eine unhaltbare Lage, wenn er eine solche Disziplinlosigkeit hinnehmen würde. Wenn Haake nicht von sich aus für eine Wiederherstellung durch die Partei Sorge, müsse er seinen Abschied als Oberbürgermeister nehmen<sup>25</sup>. «Meine Autorität wäre rettungslos verloren gewesen», erklärte Goerdeler, «wenn ich diese Widersetzlichkeit hingenommen hätte.»<sup>26</sup>

In diesem Kompetenzstreit stellten sich erwartungsgemäss nur vereinzelte nationalsozialistische Ratsmitglieder wie Kurt Lisso auf Goerdelers Seite. Lisso bat ihn, sich einen Rücktritt zu überlegen. Die anderen Stadträte teilten dagegen die Meinung ihres Kollegen Fritz Teutsch, dass «alle Anständigen» erwarten würden, dass Goerdeler sich den «offenen Ungehorsam» Haakes nicht bieten liesse<sup>27</sup>. Das war die höfliche Umschreibung dafür, dass sie den Abbruch billigten. Haake bestätigte, dass keiner der Ratsherren und Beigeordneten sowie der Kreisleiter «Bedenken» erhoben hätten. Sie seien sogar «ausserordentlich erbost»<sup>28</sup> über den Widerstand, den Goerdeler der Aktion entgegengesetzt habe.

<sup>22</sup> Ritter, Carl Goerdeler, S. 86.

<sup>23</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>24</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 260.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>27</sup> Ebenda (Goerdeler, Politischer Werdegang).

<sup>28</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, BL 260.

Beim Austesten seiner Möglichkeiten merkte Goerdeler, dass er weder in der eigenen Stadtverwaltung und bei Kreisleiter Dönicke noch im sächsischen Innenministerium oder sonstigen Partei- und Regierungsstellen Unterstützung für seine Interessen fand. Sie hatten ihm das Wohlwollen entzogen, das die wichtigste Voraussetzung gewesen war, um nach 1933 als Nicht-NSDAP-Mitglied im Oberbürgermeisteramt zu verbleiben.

Es waren mehrere Gründe, die die Nationalsozialisten zu diesem Schritt veranlassten. Haake fasste sie auf der nichtöffentlichen Beratung mit den Ratsherren am 2. Dezember 1936 zusammen: «Die eigentliche Ursache liege in einer entgegengesetzten Weltanschauung des Herrn OBM. Dr. Goerdeler zum Nationalsozialismus.»<sup>29</sup> Wolf bestätigte diese Aussage: «Dass Herr Dr. Goerdeler kein Nationalsozialist ist und auch nie einer werden wird, war uns Parteigenossen im Leipziger Rathause im Laufe der Jahre unserer Zusammenarbeit mit ihm zur vollkommenen Gewissheit geworden.»<sup>30</sup> Haake führte in einem Brief an Mutschmann am 4. Dezember noch genauer aus: «Schon von Anbeginn der Zusammenarbeit mit Dr. Goerdeler musste ich immer wieder feststellen, dass derselbe sich zwar bemühte, in der Gedankenwelt des Nationalsozialismus zu arbeiten, dass es ihm aber niemals vollkommen gelang. Es fehlte ihm vor allen Dingen bei allen entscheidenden Fragen der grosse Glaube, der uns Nationalsozialisten eigen ist. So wie Dr. Goerdeler schon 1933 von Vornherein in einen längeren Bestand der nationalsozialistischen Regierung Zweifel zog, so hat er auch die Richtigkeit der einzelnen Massnahmen bezweifelt.»<sup>31</sup>

Obwohl die Aussage von der bereits im Jahre 1933 vorhandenen Distanz Goerdelers zum NS-System unzutreffend war, charakterisierten Haake und Wolf jedoch präzise die unterschiedlichen Politikbereiche, in denen Goerdeler in Konflikt mit dem Nationalsozialismus geriet. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Differenzen wurden ebenso angeführt wie die unterschiedlichen Positionen in der Militär- und Rüstungspolitik und in der nationalsozialistischen «Judenpolitik». «Nach alledem», resümierte Wolf die Einstellung der Nationalsozialisten zu Goerdeler, «halten wir eine weitere Zusammenarbeit mit ihm für unmöglich.»<sup>32</sup>

Damit war Goerdelers Versuch, von einer Position innerhalb des Systems heraus eine alternative Politik durchzusetzen, gescheitert. «Er hat wohl auch gefühlt,» meinte Haake, «dass (...) der von ihm vertretene, in vieler Hinsicht anders geartete Kurs

<sup>29</sup> Ebenda, Bl. 265.

<sup>30</sup> Ebenda, Bl. 270.

<sup>31</sup> Ebenda, Bl. 267.

<sup>32</sup> Ebenda, Bl. 271.

20. 265  
Leipzig, 15. 11. 1936

Ich bitte, mich spätestens  
zum 1. April 1937, möglichst  
aber schon früher, mit dem  
nächsten Befehl aus  
dem Dienst der Stadt Leipzig  
zu entlassen.

Ch. Goerdeler,  
Oberbürgermeister

nicht mehr tragbar ist»<sup>33</sup>. Mutschmann hob später triumphierend hervor, dass Goerdeler «die Karten hingeschmissen» hätte, weil er sich «mit seinen liberalistischen Auffassungen nicht durchsetzen konnte.»<sup>34</sup>

Angesichts des durch die politischen Gegensätze bedingten Verlustes der Rückenstärkung durch nationalsozialistische Funktionsträger und der daraus resultierenden empfindlichen Einengung der eigenen politischen Handlungsfreiheit konnte Goerdeler trotz Beamtenpflichtbewusstseins und Verantwortung als Familienvater von fünf Kindern nur noch reagieren und die letzte Konsequenz ziehen. «Sie konnten nur in dem Antrag bestehen», schrieb er, «mich aus meinem Amte zu entlassen.»<sup>35</sup> Am 25. November 1936 reichte er sein Pensionierungsgesuch ein. Er bat, ihn «spätestens zum 1. April 1937, möglichst aber schon früher (...) aus dem Dienst der Stadt Leipzig zu entlassen.»<sup>36</sup> Goerdeler wurde sofort beurlaubt, am 22. März 1937 in nichtöffentlicher Sitzung der Ratsherren<sup>37</sup> und auf seinen Wunsch am 31. März in einer Feierstunde im Festsaal des Neuen Rathauses verabschiedet<sup>38</sup>.

Vor diesem Hintergrund hat Goerdeler später zu kurz gegriffen, als er im Gefängnis zurückblickend seinen Rücktritt auf den kulturell-moralischen Aspekt reduzierte: «Damals führte ich den klaren Entschluss aus, nicht die Verantwortung für eine Kulturschandtät zu übernehmen. Mendelssohns Lieder haben wir alle mit Entzücken gehört und zum Teil gesungen, ihn zu verleugnen wäre feige und lächerlich gewesen. Aber ich hoffte im Stillen, eines Tages wieder in reiner Luft dem Vaterlande dienen zu können. Auch dafür und für die Stellung des deutschen Volkes im Ausland wollte ich meinen guten Namen wahren.»<sup>39</sup> Dennoch bestimmte das Schleifen des Mendelssohn-Denkmal, das die «Judenpolitik» des Nationalsozialismus symbolisierte, Goerdelers Loslösungsprozess vom NS-System mit. Der rassistische Antisemitismus trat offen zutage, ohne dass die Staatsmacht wie beim «Judenboykott» eingriff. Zur moralischen Niederlage kam in Goerdelers Augen der «ausserpolitische Schaden», der von dieser Aktion ausging. Das führte bei ihm zu jenen Einsichten, die bei vielen anderen Zeitgenossen erst die «Reichskristallnacht» bewirkte. Die Vorstellung einer scheinbar legalen Verdrängung jüdischer Mitbürger stellte sich schlagartig als nicht realisierbar heraus, und die tatsächlichen Machtverhältnisse im Reich zeigten sich.

<sup>33</sup> Ebenda, Bl. 268.

<sup>34</sup> BA NL 113, Nr. 9.

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 263.

<sup>37</sup> Ebenda, Bl. 282f.

<sup>38</sup> Ebenda, Bl. 281.

<sup>39</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Politischer Werdegang).

Im Rahmen des seit 1933 währenden Elitekonfliktes erlitten die konservativen Führungseliten zunehmend eine Niederlage. Radikale Parteikräfte konnten sich durchsetzen. Haake betonte gegenüber Goerdeler den Ausnahmecharakter der besonders langen Zusammenarbeit mit ihm: «Sie wissen, wie oft ich Sie im Laufe der letzten Jahre längere Zeit vertreten habe. Ich habe in sachlichen Dingen alles, was irgendwie von Bedeutung war, mit Ihnen, ehe ich entschied, besprochen oder Ihnen zur Entscheidung aufgehoben. Ich glaube kaum, dass in irgendeiner anderen deutschen Stadt unter den gleichen Verhältnissen eine solche Zusammenarbeit gewesen ist wie in Leipzig. Mir sind oft genug daraus Vorwürfe gemacht worden, die ich zurückgewiesen habe, weil ich glaubte, mein Verhalten verantworten zu können.»<sup>40</sup>

Aus diesen Gründen trat bei Goerdeler die von Dipper veranschlagte Wende, die sich in der Haltung der wichtigsten Repräsentanten der konservativen Opposition aufgrund der anfänglichen Akzeptanz der praktizierten bürokratisch-pseudolegalen Entrechtung der Juden in den Jahren 1938/39 vollzog<sup>41</sup>, bereits 1936 ein.

Dass der politische Interessen- und Machtkampf zwischen Goerdeler und dem Nationalsozialismus, zwischen den miteinander konkurrierenden alten und neuen Eliten im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, nach vierjährigen Querelen zu seinen Ungunsten entschieden worden war, enttäuschte und bedrückte ihn sehr<sup>42</sup>. Seine innere Distanz zum NS-Regime wuchs, so dass seine Teilopposition in Opposition umschlug. Die Ursachen dafür lagen sowohl in der Enttäuschung über persönliche Fehlschläge bei der Suche nach einer beruflichen Anstellung in der Privatwirtschaft als auch in der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die nicht mehr in Übereinstimmung mit seinen Ansichten zu bringen war.

<sup>40</sup> StA L, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 261.

<sup>41</sup> Vgl. Dipper, *Der deutsche Widerstand und die Juden*, S. 362.

<sup>42</sup> Löser meinte, dass Goerdeler «einen fast körperlichen Schmerz» empfunden habe, «die Verwaltung der Stadt, der er die Arbeit seiner besten Jahre gegeben hatte, nunmehr von einem dilettantischen Oberbürgermeister und einem unfähigen Bürgermeister geleitet zu sehen.» Löser, *Oberbürgermeister Carl Goerdeler*, S. 50. Goerdeler hätte Dönicke, der das Leipziger Oberbürgermeisteramt nach einem halben Jahr (Oktober 1937) übernahm, aufgrund seiner administrativen Qualitäten sicher nicht als Dilettanten bezeichnet, auch wenn es offensichtlich zum Bruch mit ihm gekommen war. Zeitpunkt, Gründe und Anlass dieses Bruches waren in den Quellen nicht auszumachen.

## 8. 2. «Deutschland wird von 100'000 seiner übelsten Elemente beherrscht». Auf der Suche nach Alternativen

Nach seinem Rücktritt strebte Goerdeler im Frühjahr 1937 als berufliche Alternative erneut nach einer Beschäftigung im Krupp-Konzern, die Hitler aber endgültig verhinderte, weil er Goerdeler «wegen zu abweichender Ansichten»<sup>43</sup> nicht auf einem herausragenden Posten in der Industrie sehen wollte. Wiedemann teilte am 24. Februar 1937 Krupp mit, «dass der Führer den Eintritt des OB Goerdeler nach den jüngsten Erfahrungen in den Vorstand der Krupp AG nicht begrüßen würde.»<sup>44</sup> Hitler bestätigte Krupp diese Einschätzung seines Adjutanten am 17. März in einem persönlichen Gespräch.

Wiedemanns Hinweis auf die «jüngsten Erfahrungen» bezog sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Meldung des «Völkischen Beobachters» vom 12. Januar 1937, die den bevorstehenden Eintritt Goerdelers in den Krupp-Vorstand ankündigte. Einige Tage später griffen andere Zeitungen diese Nachricht auf und liessen verlauten, dass zwar Besprechungen zwischen Krupp und Goerdeler stattgefunden hätten, dass es aber bis jetzt noch zu keiner Vereinbarung gekommen sei<sup>45</sup>.

Goerdeler war der Presserummel «peinlich». Deshalb gab er in einem Brief an Krupp der Hoffnung Ausdruck, dass möglichst bald Ruhe eintritt, damit «der Tatbestand der beiderseitigen Freiheit der Wahrheit entsprechend klargestellt wird.»<sup>46</sup>

Die Reichskanzlei schien der Presserummel jedoch gelegen. Sie konnte ihn als Affront auffassen, denn bisher war über Goerdelers weitere berufliche Pläne nichts bekannt gegeben worden, und besass damit einen Grund, die seine Anstellung zu verhindern. Goerdelers vermutete, dass Wiedemann die Angelegenheit lanciert hatte. «Auffallend ist,» schrieb Goerdeler am 13. Januar 1937 an Krupp, «dass der V.B. die Nachricht am 12.1. verbreitet, nachdem Sie sich am 10.1. an Herrn W. gewandt hatten. So glaube ich, dass weitere Nachforschungen untunlich sind; innerlich könnte ich einiges fragen.»<sup>47</sup> Nachdem die Anstellung bei Krupp durch Intervention Hitlers vereitelt worden war, fand Goerdeler Beschäftigung im Bosch-Konzern. Krupp stellte ihm jedoch quasi als Ausgleich einen Fonds zur Verfügung, der in den nächsten Jahren ausgedehnte Auslandsreisen ermöglichte.

<sup>43</sup> BA NL 113, Nr. 26 (Goerdeler, Unsere Idee).

<sup>44</sup> HA Krupp FAH IVE 154.

<sup>45</sup> BA Berlin R 8034/III (61 Re 1), Nr. 151.

<sup>46</sup> HA Krupp FAH IVE 154.

<sup>47</sup> Ebenda.



Ein erster Hinweis, dass Goerdeler seine politische Haltung gewandelt hatte, bietet ein Gespräch zwischen ihm und Sahn, den Goerdeler, noch bevor die Reisetätigkeit im Auftrage der Firma Bosch begann, während einer Vortragsreise im März 1937 in Oslo besuchte. Beide Männer, die seit vielen Jahren bekannt und befreundet waren, tauschten sehr offen ihre Gedanken aus. Sahn schrieb über Goerdeler, dass er die gegenwärtige politische Lage «ganz ausserordentlichen pessimistisch»<sup>48</sup> beurteilte. Seine Besorgnisse bezogen sich vor allem auf die leichtfertige Währungs- und Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, auf die überhastete Wiederaufrüstung und das Schachtsche Finanzierungssystem.

Im Sommer des Jahres 1937 trat Goerdelers Gegnerschaft zum NS-System deutlich hervor. Eine Niederschrift, die er in dieser Zeit für englische Freunde verfasste, belegt diese Position. Sie war aus einer tiefen Enttäuschung über seine unerfüllt gebliebenen Hoffnungen entsprungen, die er an den politischen Umbruch 1933 geknüpft hatte. Goerdelers Kritik richtete sich gegen die Innenpolitik des NS-Regimes und gegen die politisch-moralischen Folgen des Totalitätsanspruchs der NSDAP für Staat und Individuum. «Hitler erlag dem Totalitätsanspruch, der als solcher eines Diktators seine Berechtigung haben kann, als solcher einer Partei in sich ein Widerspruch ist (...) Einer kann befehlen, eine Partei kann und darf es nicht. Die NSDAP hat sich aber in diesen Wahn (...) hineingearbeitet. (...) Sie hatte die Möglichkeit, das hohe Ideal der Lebens- und Arbeitskameradschaft zur Grundlage völkischen Lebens der Nation zu machen; sie hatte die Möglichkeit, Deutschlands Staaten auch innerlich zu einen. Sie hatte die Möglichkeit, so tatsächlich die moralische Führung in einer sich sozial neu ordnenden Welt zu übernehmen, wenn sie Leistung und Kameradschaft, Anstand und Recht auf ihre Fahne schrieb. Sie konnte Deutschlands aussenpolitische Lebensrechte sichern. Sie hat als Partei den Fehler der Diktatoren gemacht: sie hat Macht verlangt, Macht zusammengerafft und Macht missbraucht. Es ist unsere Aufgabe, zu verhindern, dass dieser Missbrauch zum Schaden des deutschen Volkes führt.»<sup>49</sup>

Die oppositionelle Einstellung, die Goerdeler zum NS-System einnahm, veränderte nach 1936 auch seine Haltung zur nationalsozialistischen «Judenpolitik». Seine Kritik nahm an Umfang und Deutlichkeit zu, sie bekam neue Inhalte. Einzelne Berichte, die Goerdeler in den Jahren 1937 bis 1939 von seinen Reisen durch Europa, Amerika und Nordafrika anfertigte, Denkschriften und Aufzeichnungen über die Geheimver-

<sup>48</sup> Heinrich Sprenger, Heinrich Sahn. Kommunalpolitiker und Staatsmann, Köln und Berlin 1969, S. 289.

<sup>49</sup> BA NL 113, Nr. 12 (Goerdeler, Londoner Schrift).

handlungen mit Vertretern der britischen Regierung zeigen diese qualitative Veränderung.

Im September 1937 liess Goerdeler im Sonderbericht über seinen Kanadabesuch sowohl Akzeptanz der Verdrängung der Juden aus Politik und Verwaltung als auch Kritik an den Übergriffen auf die jüdische Wirtschaft erkennen. Neu war aber, dass im Vergleich zur bisherigen Akzeptanz der antijüdischen Gesetzgebung und der Forderung nach deren Einhaltung jetzt vorsichtig Kritik an der Judengesetzgebung, insbesondere an den Nürnberger Gesetzen, spürbar wurde. Er äusserte die Ansicht, dass die Gestaltung des Verhältnisses zwischen ethnischen Gruppen, besonders im Hinblick auf Ehen, dem «gesunden Sinn» überlassen werden solle. Neu war ausserdem die Deutlichkeit, mit der er sich gegen Angriffe auf die persönliche Integrität der jüdischen Bevölkerung aussprach. «Wenn (...) in Kanada die Behandlung der Juden in Deutschland ein auffallend hohes Interesse gewidmet wird, so deshalb, weil in diesem jungen Lande eine ungewöhnlich hohe Achtung vor allen Menschlichkeitswerten zu Tage tritt. Die Hilfsbereitschaft ist geradezu auffallend. Man wird mit einem Neger auch nicht gerade gesellschaftlich verkehren. (...) Aber die Rechtsstellung der Neger und die Notwendigkeit, ihm zu helfen, ist vollkommen anerkannt (...) Man wird sich auch nicht rassenmässig mit dem Neger vermischen; wer es doch tut, hat gesellschaftliche Folgen zu tragen. Aber man überlässt dies alles dem gesunden Sinn. Da man mit dieser Politik in der Negerfrage durchaus befriedigende Ergebnisse erzielt hat, versteht man vollkommen, dass in Deutschland öffentliche Stellen den Juden entzogen sind. Aber man spricht viel und abfällig über Eingriffe in die wirtschaftliche Rechtssphäre, in das Familienleben und persönliche Kränkungen. Gerade deswegen, weil man diese eigenen Erfahrungen in Rassefragen hat sammeln können, begegnet ihre Behandlung in Deutschland hier einem schlechthin auffallenden Interesse.»<sup>50</sup> Neu war wiederum das Aufkommen leiser Zweifel über die Gestaltung der nationalsozialistischen «Judenpolitik», wie im Reisebericht über seinen Besuch in den USA vom Januar 1938 deutlich wird. Goerdeler hielt zwar am traditionellen antisemitischen Grundsatz der Assimilations- und Emanzipationsfeindschaft fest. Er war aber geneigt, mit Rücksichtnahme auf das Ausland Ausnahmen im wirtschaftlichen Bereich zuzulassen. Indirekt machte er deutlich, dass er in der deutschen Praxis der Verdrängung der Juden nicht «eine positive Lösung des Judenproblems» erblickte. «Meines Erachtens ist die ganze Boykottbewegung zu Ende in dem Augenblick, in dem Deutschland praktisch zu erkennen gibt, dass ihm am *Grundsatz gelegen* ist, dass aber der *einzelne* Jude im Rahmen des Gesetzes nicht mit ausser-

<sup>50</sup> Ebenda, Nr. 22 (Carl Goerdeler, Sonderbericht Kanada vom 27.9.1937).

ordentlichen Mitteln um jede Existenzmöglichkeit gebracht werden soll. Wenn aber Deutschland die Entwicklung der Judenfrage in Osteuropa zum Anlass nimmt, eine positive Lösung des Judenproblems – Palästina reicht nicht aus – unter allen beteiligten und interessierten Staaten anzuregen, so würde sofort jede Hemmung, die mit dieser Frage in Verbindung steht, auch in den Vereinigten Staaten beseitigt sein, da sich dann das grösste Interesse aller an einer positiven Lösung offenbaren müsste.»<sup>51</sup>

Wie Goerdeler sich eine «positive Lösung des Judenproblems» im Einzelnen vorstellte, ist zu diesem Zeitpunkt mangels einschlägiger Belege nicht klar zu erkennen. Er entwickelt erst später detaillierte Pläne, aber eine mögliche überseeische «Dauerlösung» deutet sich bereits an.

Viel klarer als in den Reiseberichten, die an Regierungs- und Wirtschaftskreise sowie an Militärs gingen, wird Goerdelers Ablehnung der nationalsozialistischen «Judenpolitik» in den teilweise zeitlich parallel entstandenen «X»-Dokumenten. Sie geben die Inhalte der geheimen Gespräche wieder, die Goerdeler (X) in den Jahren 1937 bis 1939 mit A. P. Young, ein Manager in der British Thomson-Houston Company in Rugby, führte. In diesen Gesprächen machte er keinen Hehl aus seiner tiefen Kritik an der nationalsozialistischen «Judenpolitik». Goerdeler versuchte sogar, die Briten zu bewegen, von der Appeasementpolitik abzurücken und Druck auf Deutschland auszuüben, um es zu zwingen, sowohl seine «Judenpolitik» zu verändern als auch von seiner Kriegspolitik abzulassen. Young notierte in diesem Zusammenhang nach seinem ersten Treffen mit Goerdeler am 6. und 7. August 1938 in Rauschen, dem Feriendomizil der Familie Goerdeler an der Ostsee: «Bei der Erörterung der Judenverfolgung bemerkte X, nach seiner Meinung sollten wir weit stärker als bisher unserem Abscheu gegen die Nazi-Methoden Ausdruck geben. Er machte sogar den Vorschlag, wir sollten diskret andeuten, es würde uns überaus schwer fallen, über die genannten 'Lebensfragen', die einer Lösung harren, zu verhandeln, falls die Praktiken nicht eingestellt würden.»<sup>52</sup>

Die Nachrichten über die Judenpogrome der «Reichskristallnacht» erreichten Goerdeler im Ausland auf seinem Weg von der Schweiz in die Balkanländer. Er war tief betroffen und entrüstet über das deutsche Vorgehen gegen die Juden. Wenige Wochen später äusserte er sich dazu gegenüber A.P. Young bei ihrem Treffen am 4. Dezember 1938 in der Schweiz: «Deutschland wird von 100'000 seiner übelsten Elemente beherrscht, denen weder Moral noch menschliche Gesetze etwas bedeuten.

<sup>51</sup> Hervorhebung im Original. BA NL 113, Nr. 22 (Carl Goerdeler, Reisebericht USA vom 2.1.1938).

<sup>52</sup> Young, Die «X»-Dokumente, S. 61.

Er sei überzeugt, dass ausser diesen Leuten alle Deutschen sich aufrichtig schämen für den Pogrom gegen die Juden vom 16. [sic] November.

Die Verfolgung der Juden wird mit noch grösserer Grausamkeit weitergehen. Die Verfolgung der Christen wird verstärkt werden; der nächste Angriff wird dem Kapital gelten. Der Nationalsozialismus wird nicht eher ruhen, bis die Juden, das Christentum und der Kapitalismus vernichtet sind.»<sup>53</sup>

Im März 1939 kam Goerdeler bei der letzten Begegnung mit Young in London noch einmal mit tiefer Entrüstung auf die Ereignisse des Judenpogroms zurück. «Mit grosser Bewegung sprach X von der Art und Weise, in der viele deutsche Bürger unter grossem Risiko für sich und ihre Angehörigen den Juden in dieser schlimmen Lage persönlich geholfen haben.»<sup>54</sup>

Dieser weitere Radikalisierungsschub in der nationalsozialistischen «Judenpolitik» hat bei Goerdeler neben tiefer moralischer Empörung das bestätigt, was sich 1936 im Zusammenhang mit seinem Rücktritt angedeutet hatte. Der rassistisch-radikale Antisemitismus war durch keine begrenzte Regelung der «Judenfrage» zu saturieren, sondern Merkmal nationalsozialistischer Herrschafts- und Verfolgungspraxis. Goerdeler schrieb am 23. März 1939 über diesen Erkenntnisprozess. «In den letzten Wochen hat Gott einen Schleier von den Augen vieler Menschen fortgezogen. Nunmehr wissen alle, dass das Gesetz eines totalitären Nationalsozialismus nur in einem Grundsatz bestehen kann: der Zweck heiligt jedes Mittel, und dass der einzige Zweck Hitlers die Gewaltherrschaft ist. Er und seine Genossen sind in ihrem Wahne auch weiterhin jedes Verbrechens fähig.»<sup>55</sup>

Durch die «Reichskristallnacht» erfuhr der Distanzierungsprozess Goerdelers vom NS-System einen kräftigen Schub, weil die dortigen Exzesse bereits auf bereiteten Boden fielen. Sie festigten die Einsicht von der «Gewalt- und Wahnsinns-Politik Hitlers»<sup>56</sup>.

Der Kurswechsel 1938/39 von der Entrechtung und Vertreibung zur Vernichtung der Juden, den die «Reichskristallnacht» angezeigt hatte, führte bei Goerdeler zur Intensivierung seiner Anstrengungen, das Ausland von der Notwendigkeit zu überzeugen, ein geschlossenes Handeln gegenüber Hitler zu zeigen. Er drängte im Winter 1938/1939 und im darauffolgenden Frühjahr seine englischen Freunde erneut zu Aktionen. In einem Brief an Reinhold Schairer schrieb er am 17. November 1938 mit

<sup>53</sup> Ebenda, S. 168.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 195.

<sup>55</sup> BA NL 113, Nr. 16 (Carl Goerdeler, Friedens- und Europapläne, 23.3.1939).

<sup>56</sup> Ebenda (Carl Goerdeler, Vorschläge, o.D.). Vermutlich im Frühjahr 1939, vor dem 20. April, entstanden.

Bezug auf das Judenpogrom: «Letzte Ereignisse müssten Augen klar gemacht haben. (...) Man muss sehen, dass der Nihilismus heraufzieht.» Sollte England zum Handeln bereit sein, dann würde er «noch einmal das Geschäft mit Grauem Tuch versuchen»<sup>57</sup>. Goerdeler war zu diesem Zeitpunkt innerlich von der Notwendigkeit überzeugt, Widerstand zu leisten. Die Hinwendung zum Widerstand erfolgte aber nicht allein aus der Empörung über die Ausschreitungen und Morde während des Novemberpogroms. Die sich abzeichnende Niederlage in der Durchsetzung innenpolitischer Alternativen und die daraus resultierende Einsicht, die innenpolitischen Machtverhältnisse ändern zu müssen, bestimmten die Motivationslage ebenso wie das Bemühen, mit Grossbritannien und Frankreich eine europäische Friedensordnung zur Verhinderung des drohenden Krieges aufzubauen, und die Enttäuschung über das Münchner Abkommen.

Deutlicher noch als in den «X»-Dokumenten dokumentiert die Schrift «Zur Lage» aus dem Sommer 1939 das Ausmass und die Tiefe der Goerdelerschen Kritik am NS-System<sup>58</sup>. Die Unhaltbarkeit des NS-Systems ergäbe sich aus der Unfreiheit der Person, dem Zwangssystem, den wirtschaftlichen Krankheitserscheinungen, der Menschenverachtung, dem Verlust der Rechtsstaatlichkeit, der Verfolgung politischer Gegner, den Konzentrationslagern, der Religionsfeindlichkeit und der Brutalität Hitlers im Vorgehen gegen Juden.

<sup>57</sup> FO 371/21665 C 14809.

<sup>58</sup> BA NL 113, Nr. 16 (Carl Goerdeler, Zur Lage, Ende Juli 1939).

## 9. Resümee

Der Weg Goerdelers vom Systemträger zum Systemgegner war verschlungen und steinig. Am Beginn lag eine Zustimmung zum Nationalsozialismus, die breiter war, als bisher in der Forschung angenommen. Sie deutete sich bereits in der Endphase der Weimarer Republik an, als er die Einbeziehung der NSDAP in die Regierungsverantwortung in Erwägung zog.

Die Affinität Goerdelers zu autoritären Verfassungslösungen, antidemokratischen und antiparlamentarischen Ideen sowie aussenpolitischem Revisionismus, wie sie der Nationalsozialismus propagierte, wurzelte in seiner geographischen und sozialen Herkunft. Elternhaus, Schule und Ausbildungszeit prägten eine tiefe Verbundenheit mit den konservativen Staats- und Kulturtraditionen der Wilhelminischen Gesellschaft, so dass er der parlamentarischen Republik von Weimar a priori ablehnend gegenüberstand. Deshalb versuchte er zunächst sowohl bei den Freikorps als auch im Rahmen der nationalen Abwehrbewegung, die politischen und sozialen Veränderungen in Deutschland in Folge der Kriegsniederlage, des Zusammenbruchs der Monarchie und der Novemberrevolution rückgängig zu machen. Die kritische und distanzierte Einstellung zum «Weimarer System» erhärtete sich durch die konkreten politischen Massnahmen der republikanischen Regierungen. Dabei spielte deren Zustimmung zum Versailler Vertrag eine grundlegende Rolle. Die Grenzlandsituation der Provinz Westpreussen, in der Goerdeler ausgewachsen war, hatte die Entstehung eines Nationalismus mit völkischen Zügen gefördert. So fiel es ihm sehr schwer, sich mit dem teilweisen Verlust der deutschen Ostprovinzen abzufinden.

Die Ablehnung der Weimarer Republik schlug bei Goerdeler in den Versuch um, konservative Staats- und Kulturtraditionen der Wilhelminischen Gesellschaft zu konservieren.

Seit Ende Januar 1933 wurde Goerdelers Zustimmung zum politischen Umbruch nicht nur in euphorischen Stellungnahmen zum Regierungswechsel und zu den ersten politischen Massnahmen der Regierung Hitler, sondern auch in dem aktiven Bemühen sichtbar, im Kabinett Hitler mitzuarbeiten und Regierungsverantwortung zu übernehmen. Goerdeler unterstützte ausserdem die Gleichschaltungsvorgänge auf der lokalen Ebene der Leipziger Stadtverwaltung und in zentralen Körperschaften wie dem DST und dem RAV. Dabei war es ihm mit Hilfe der Nationalsozialisten gelungen, Teile seines autoritären Konzepts für die Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung umzusetzen, was die Zustimmung zum politischen Kurswechsel verstärkte.

Diese Einstellung Goerdelers wurde durch das Eindringen der NSDAP in die Stadtverwaltung Leipzigs zunächst nicht verändert. Sein Amt wurde trotz machtpoliti-

scher Reibereien nicht angetastet und seine Autorität als Stadtoberhaupt respektiert. Er konnte weiterhin unbeschadet als Oberbürgermeister regieren und ging davon aus, durch eine Kombination von Fordern, Verweigern und Arrangieren mit der NSDAP einen eigenen Handlungsspielraum produktiv machen zu können. Dafür waren seine fachlichen Qualitäten notwendige, aber keine hinreichenden Voraussetzungen. Sie bestanden vielmehr darin, dass Funktionsträger der Partei ihm aufgrund seiner grundsätzlich zustimmenden Haltung zum Nationalsozialismus überwiegend wohlwollend gegenüberstanden.

In den ersten Monaten des Jahres 1933 bot sich aber nicht nur ein Bild der Nähe Goerdelers zum neuen System, sondern es wurde auch eine partielle Distanz zu den Praktiken der Herrschaftsausübung, besonders hinsichtlich der Entrechtung und Verfolgung gesellschaftlicher Minderheiten, sichtbar. Sie bezog sich nicht auf eine grundsätzliche Kritik am Vorgehen gegen Juden und linke Kräfte, sondern auf die Methoden. Er versuchte, sofern es ihm möglich war, sie abzumildern. Die Übereinstimmung mit wesentlichen politischen Veränderungen des Umbruchs 1933 war jedoch zu gross, als dass ihn diese Differenzen in eine deutliche Distanzposition gebracht hätten. Er konnte sich deshalb auch nicht entschliessen, sein Amt als Oberbürgermeister niederzulegen.

Diese Ergebnisse korrigieren Auffassungen von Ritter, Krausnick und Meyer-Krahmer, die bislang die Kooperationsbereitschaft Goerdelers negiert oder zumindest in Zweifel gezogen haben. Darüberhinaus konnte nachgewiesen werden, dass diese Einstellung zu den neuen Machthabern noch ausgeprägter war, als Krüger-Charlé, Bramke und Thamer zeigen.

Die kooperativen Elemente im politischen Handeln Goerdelers resultierten aus den praktischen Erfahrungen, die er in den ersten Monaten der NS-Herrschaft während der Machtergreifung und Gleichschaltung sammelte. Sie bestätigten bestehende politische Interessenparallelitäten zwischen ihm und den Nationalsozialisten. Sie erstreckten sich auf innen- und aussenpolitische Vorstellungen.

Von grundlegender Bedeutung waren die Übereinstimmungen zwischen Goerdelers kommunalpolitischen Vorstellungen und dem nationalsozialistischen «Programm» in diesem Politikbereich. Kommunalpolitik stellte für ihn das Kernstück seiner politischen Tätigkeit und seines gesamten beruflichen Wirkens dar. Die Gemeinsamkeiten erstreckten sich auf die grundsätzliche Forderung nach dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, auf die Revision der Weimarer Verhältnisse in den Kommunalverfassungen, was eine Entparlamentarisierung der Verwaltung und den Ausbau der städtischen Exekutive bedeutete, und auf die Durchsetzung des Führerprinzips. Darüber hinaus bestanden vielfältige Berührungspunkte in kommunalpolitischen Detailfragen einschliesslich der Vorstellungen über die Grossstadtgestaltung.

Neben diesen Kommunalpolitischen Gemeinsamkeiten teilte Goerdeler mit den Nationalsozialisten aussenpolitische Ambitionen, sofern sie sich auf die Revision des Versailler Vertrages, insbesondere der deutschen Ostgrenze, und auf die Wiedererlangung von Kolonien bezogen. Deutschland sollte wieder den Status einer gleichberechtigten Grossmacht erlangen, dies jedoch unter Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen. Er stand demzufolge dem forcierten Kriegskurs der Nationalsozialisten ablehnend gegenüber. Er kritisierte die massiven Rüstungsanstrengungen, weil sie seiner Ansicht nach die Wirtschaftskraft Deutschlands sprengten und damit revisionistische Ziele perspektivisch ausserhalb jeder Reichweite gerieten.

Ausgeprägte Differenzen gab es zwischen Goerdeler und den nationalsozialistischen Vorstellungen und Plänen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie betrafen Planwirtschaft und Autarkiepolitik. Dem setzte Goerdeler, der ein Anhänger des Wirtschaftsliberalismus war, das Konzept einer freien Wirtschafts- und Handelspolitik entgegen. Das schloss die Aufhebung der Kartell- und Syndikatspolitik, die Stabilisierung der Währung und die Forderung nach eiserner Sparsamkeit ein.

Die Auffassungen Goerdelers und der NSDAP in der «Judenfrage» differierten in zwei wesentlichen Punkten. Der Antisemitismus besass für Goerdelers Weltbild nicht die konstitutive Bedeutung wie für die nationalsozialistische Weltanschauung. Ausserdem lehnte er jede Form von Terror und Gewaltanwendung gegen Juden ebenso ab wie deren physische Vernichtung. Goerdelers traditioneller Antisemitismus, der das Zurückschrauben jüdischer Assimilation und Emanzipation ebenso umfasste wie die Forderung nach Ausbürgerung und Fremdenrecht für die jüdische Minderheit, bewegte sich jedoch in gefährlicher Nähe zur nationalsozialistischen Rassenideologie. Im Spannungsfeld dieser Konsens-Dissens-Struktur entwickelte sich Goerdelers Regimegegnerschaft.

Zunächst hoffte er aufgrund der Gemeinsamkeiten mit den Nationalsozialisten seine politischen Ziele verwirklichen zu können. Das war in erster Linie ein innenpolitisches Reformprogramm zur Überwindung der Krisensituation. Es sah zunächst die Neugestaltung der Kommunalverfassung, dann die Sanierung der finanziellen Situation des Reiches, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Veränderungen in der Wirtschaftsorganisation vor. Dem sollte die Neuordnung der Reichsverfassung sowie des Steuer- und Finanzrechts folgen. Erst auf der Basis einer auf diese Weise erreichten wirtschaftlichen sowie finanzpolitischen und währungstechnischen Stabilisierung, sah Goerdeler eine Chance, aussenpolitisch überhaupt die Revision des Versailler Vertrages in Angriff nehmen zu können.



Goerdelers Verhältnis zum Nationalsozialismus gestaltete sich in den nächsten Jahren in Abhängigkeit vom Grad der Realisierbarkeit seiner politischen Zielsetzungen und der Position, die ihm als kompetenten, gleichberechtigten Partner im neuen Regime eingeräumt wurde. Der Wandel, der sich dabei in den Jahren 1933 bis 1937 vor dem Hintergrund der Konsolidierung der NS-Herrschaft bei ihm von der Kooperation zur Opposition vollzog, verlief stufenförmig in zwei grossen Entwicklungsabschnitten. Der erste umfasste den Zeitraum von 1933 bis Anfang 1935. Goerdeler war grundsätzlich kooperationsbereit und äusserte bei politischen Gegensätzen konstruktive Kritik. Sein Kooperationsverhalten wurde auch von einem langsam in Gang kommenden Desillusionierungsprozess nicht in Frage gestellt. Der zweite Entwicklungsabschnitt lag in den Jahren von 1935 bis 1937. Goerdeler bewegte sich nun zunehmend in Teilopposition zum NS-System. Sie verdichtete sich in dieser Zeit stark und schlug am Ende in Opposition um.

Der Prozess der inneren Distanzierung Goerdelers vom NS-System wurde massgeblich durch die sich zuspitzenden Gegensätze im Bereich der Kommunal-, Wirtschafts- und Rüstungspolitik beeinflusst. Die Dissensen über die nationalsozialistische «Judenpolitik» spielten eine untergeordnete Rolle. Sie waren nicht so ausgeprägt, weil die Auffassungen in der «Judenfrage» sowohl zwischen Partei und Staat als auch innerhalb der Partei und einzelner Ressorts der Reichsregierung divergierten. Ausserdem waren die wirtschaftlichen Rückwirkungen der nationalsozialistischen «Judenpolitik», mit denen Goerdeler seine Einwände begründete, unbestritten.

Erste Anzeichen dafür, dass seine Hoffnungen auf Reformen nicht enttäuscht werden würden und das gewählte kooperative Herangehen fruchtete, waren die Handlungsfreiheiten, die ihm bei der Umgestaltung der Leipziger Stadtverordnetenversammlung nach seinen eigenen kommunalverfassungsrechtlichen Vorstellungen eingeräumt wurden. Ausserdem zogen der Reichskanzler und Regierungsmitglieder ihn von Anfang an zu Stellungnahmen und Gutachten über die Wirtschafts- und Finanzlage sowie über die Neuordnung der Kommunalverfassung heran. Er wurde er in Leitungsfunktionen des DGT bestellt. Das stärkte seine politische Position auf lokaler Ebene und unterstützte seine Anbindung an das NS-Regime.

Im Sommer 1933 begann Goerdelers grundsätzliche Kooperationsbereitschaft langsam zu erodieren. Der Druck, der durch die Kooperation zwischen staatlichen Stellen und Parteiinstanzen auf ihn als Oberbürgermeister in personalpolitischen Entscheidungen ausgeübt wurde, nahm sukzessive zu. Goerdeler zeigte eine deutliche Abwehrhaltung. Die Nationalsozialisten fanden hier nicht mehr die Unterstützung, die er ihnen vorher gegeben hatte. Die Erfahrungen, die Goerdeler mit den Machtansprüchen der Partei und ihren willkürlichen Eingriffen in die Stadtverwaltung im Be-

reich der Personalpolitik gesammelt hatte, erhärteten sich auch in anderen Bereichen der kommunalpolitischen Arbeit.

Nach den Unstimmigkeiten auf lokaler Ebene musste er Ende 1933 im Prozess der Entstehung des Gesetzes über den DGT und der preussischen Gemeindegesetze erfahren, dass seine kommunal- und verfassungspolitischen Ordnungsvorstellungen auch auf zentraler Ebene auf Widerstände stiessen. Die unterschiedlichen Standpunkte in der Frage der Gestaltung der Staatsaufsicht und der Regelung des Einflusses der NSDAP in den Gemeinden, die Goerdeler bereits zu diesem Zeitpunkt von nationalsozialistischen Kommunalpolitikern und Teilen der Ministerialbürokratie trennten, sollten sich im Gesetzgebungsprozess der DGO weiter vertiefen. Er machte die Erfahrung, dass er sich ungeachtet gewisser Erfolge in Detailregelungen in der zentralen Frage der Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat, Gemeinde und Partei mit seinen Ansichten nicht durchsetzen konnte. Damit drohten sich seine Hoffnungen, die strukturellen Probleme der kommunalen Selbstverwaltung auf gesetzgeberischem Wege auszuräumen, zu zerschlagen.

Die sachlichen und politischen Gegensätze in kommunalverfassungsrechtlichen Fragen waren bei allem politischen Entgegenkommen Goerdelers zu gravierend geworden. Deshalb schraubten Innenministerium und Partei seinen Einfluss auf die Gestaltung der DGO bis zum Sommer 1934 merklich zurück, nachdem er seit 1933 massgeblich an der Entstehung des Gesetzes beteiligt worden war. Diese Entwicklung führte zu einer schrittweisen Desillusionierung, an deren Beginn zunächst Unmut, Verbitterung und Skepsis standen. Sie wurden durch die Erfahrungen untermauert, die er bis dahin mit der Oktroyierung des Staats- und Parteiwillens auf die Gemeinden gesammelt hatte. Auf Druck der Partei wurden im Juni 1934 alle noch verbliebenen nichtnationalsozialistischen konservativen Stadträte (bis auf zwei Ausnahmen) trotz Interventionsversuchen Goerdelers entlassen. Im April des Jahres verlangten SS und sächsisches Innenministerium von Goerdeler die Zusage zur Finanzierung einer Wachhundertschaft des SS-Sonderkommandos, die er, obwohl er sich sperrte, letzten Ende geben musste. Ausserdem machte er die Erfahrung, dass der Eskalation der nationalsozialistischen «Judenpolitik» kein Einhalt zu gebieten war. Damit markierte der Sommer 1934 einen ersten Kulminationspunkt im langsam einsetzenden Desillusionierungsprozess.

In dieser Situation wirkte der «Röhmputsch» jedoch nicht verstärkend, sondern retardierend. Er reaktivierte Goerdelers Anbindung an das System, weil jene Kräfte ausgeschaltet wurden, die – so schien es ihm – mit ihren totalitären Gebärden, politischen Ansprüchen und Zugriffen sowohl in Bezug auf die jüdische Bevölkerung als auch auf die gemeindlichen Mittel, die deutsche Wirtschaftskraft und Finanzlage

sowie die kommunale Selbstverwaltung bedrohten. Deshalb opponierte er nicht, sondern versuchte, eine alternative Politik durch Intervention bei Funktionsträgern, vor allem bei Hitler, mitzugestalten, wie die wenige Wochen später verfasste August-Denkschrift zeigt. Dabei verliess er nie den Boden des Systems, sondern war bemüht, im konstruktiven Sinne Korrekturen vorzuschlagen.

Goerdeler liess damit weiterhin Kooperationsbereitschaft erkennen. Deshalb wurde er von Hitler im November 1934 zum Reichspreiskommissar berufen. Diese Bestellung in ein hohes Reichsamt fing Goerdelers Unzufriedenheit und Kritik dadurch auf, dass ihm Einfluss auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen eingeräumt wurde und er wieder kraft seines Amtes stärker am Gesetzgebungsprozess der DGO teilhaben konnte. Er nahm seinerseits die Berufung an, weil sie seine angeschlagene Position auf lokaler Ebene festigte, denn nichts sicherte ihm mehr einen eigenen Handlungsspielraum als das Wohlwollen Hitlers.

Das Inkrafttreten der DGO rief bei Goerdeler eine tiefe Enttäuschung hervor. In der Abschlussphase der Gesetzgebung der DGO war die Kontroverse zwischen ihm und den Nationalsozialisten in der Frage der Gestaltung der Staatsaufsicht und des Parteeinflusses in den Gemeinden eskaliert. Er merkte, dass Versuche, eine alternative Politik im Bereich der Kommunalpolitik durchsetzen zu wollen, ergebnislos blieben. Nur sehr wenige von seinen Vorstellungen hatten schliesslich Eingang in das Gesetz gefunden. Am Ende fixierte die DGO ein Kommunalrecht, das den Gemeinden den Vollzug des zentralen Staats- und Parteiwillens aufoktroyierte. Willensbildung und Kontrolle fielen, soweit sie nicht in der Hand des Bürgermeisters lagen, Partei und Staat zu. Diese Art örtlicher Administration hatte nichts mehr mit Selbstverwaltung zu tun, auch nicht mit dem autoritären, bürokratisch-etatistischen Selbstverwaltungskonzept Goerdelers.

Die DGO hielt den Niedergang der kommunalen Selbstverwaltung nicht auf, sondern unterstützte im Gegenteil diesen Prozess zu einem wesentlichen Teil. Goerdelers Hoffnungen auf eine umfassende Reichsreform, die ihre Wurzel in den Gemeinden haben sollte, waren gescheitert. Das führte zwar zu einer spürbaren Desillusionierung bei ihm. Er nahm aber noch nicht gleich eine deutliche Distanzhaltung zum NS-System ein, sondern versuchte zunächst, mit gewissen Erfolgen die Unzulänglichkeiten des Gesetzes individuell zu regulieren.

Die DGO markierte dennoch den Beginn einer neuen Entwicklung, die den Umschlag in die Teilopposition vorbereitete. Sie wurde durch Erfahrungen, die Goerdeler während des Preiskommissariats machte, befördert. Zum ersten Mal prallten die Gegensätze, die gleich zu Beginn der NS-Herrschaft zwischen Goerdeler und den In-

halten nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik auftraten und die sich vor dem Hintergrund der weiteren Ausgestaltung dieser Politik vertieft hatten, offen aufeinander. Goerdeler wurde von Seiten nationalsozialistischer Funktionsträger deutlich signalisiert, dass seine Konzepte nicht konsensfähig waren und deshalb kein Interesse mehr bestand, ihn weiterhin mit politischen Kompetenzen und Einfluss auszustatten. Deshalb verlängerte Hitler im Spätsommer 1935 auch seine Amtszeit als Preiskommissar nicht mehr.

Die Tätigkeit als Preiskommissar gewährte Goerdeler in einem vorher nicht gekannten Masse Einblicke in die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftspolitischen Strategien der Reichsführung. Er erkannte einerseits die Ernsthaftigkeit der Krisensituation, in der sich Deutschland befand, und sah andererseits, dass die nationalsozialistische Politik seiner Auffassung nach verfehlte Lösungen kreierte, um diese zu überwinden. Das bahnte bei ihm im Spätsommer/Herbst 1935 die Überzeugung an, dass eine grundsätzliche politische Kurskorrektur notwendig sei. Seine bisherige systemimmanente Kritik schlug in Teilopposition um. Dabei zweifelte er ernsthaft an der Realisierbarkeit seiner politischen Ordnungsvorstellungen. Diese Datierung des Umschlagens von systemimmanenter Kritik in Teilopposition ist neu für die Goerdeler-Forschung. Sie zeigt, dass Goerdeler relativ früh begann, sich spürbar vom NS-Regime zu lösen. Eine Erklärung für diese Entwicklung liegt in Goerdelers spezifischem Erwartungshorizont, der ihn von anderen zivilen und militärischen konservativen Oppositionellen unterschied. Er wurde massgeblich durch seine berufliche Position – das Oberbürgermeisteramt war die «Nahtstelle» zwischen Staatspolitik und den Interessen der Bevölkerung – und seine doppelte Einbindung in die Staats- und Kommunalpolitik während des Reichspreiskommissariats bestimmt. Diese gesellschaftliche Stellung bewirkte ein vergleichsweise frühes Bewusstwerden einiger der Strukturdefekte des Nationalsozialismus. Die besonderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Sachsen im Allgemeinen und in Leipzig im Besonderen förderten diesen Erkenntnisprozess.

Seit dem Herbst 1935 verdichtete sich Goerdelers Teilopposition, weil der Niedergang der kommunalen Selbstverwaltung weiter fortschritt und der Wirtschaftskurs der Regierung unverändert fortgeführt wurde. Er erkannte, dass er mit der Strategie, die Unzulänglichkeiten der DGO individuell zu regulieren, die allgemeine Entwicklung nicht aufhalten konnte. Die Selbstverwaltung wurde durch Ausführungsbestimmungen zur DGO und durch nachfolgende Gesetze weiter zerstört. Diese Entwicklung stärkte bei Goerdeler spätestens im Frühjahr 1936 das Bewusstsein von der Zerstörung der Selbstverwaltung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Jetzt begann er, sich sichtbar vom System zu distanzieren. Er überlegte, sein Amt

als Oberbürgermeister niederzulegen und eine Aufgabe in der Privatwirtschaft zu übernehmen. Zu diesem Zeitpunkt hielten die Nationalsozialisten eine weitere Zusammenarbeit mit ihm wenigstens aus Propagandagründen für nötig. Sie stimmten seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst nicht zu und beriefen ihn wieder als Oberbürgermeister. Die Erwägungen Hitlers und Görings, ihn wieder in ein hohes Reichsamt zu bestellen, sowie seine Heranziehung als Gutachter der Devisen-, Rohstoff- und Währungslage liessen bei ihm noch einmal die Hoffnung aufflammen, doch noch etwas bewirken zu können. Das schwächte kurzzeitig sein Kritikpotential etwas ab.

Im Sommer 1936 eskalierten mit der Denkschrift zum Vierjahresplan die Gegensätze zwischen Goerdeler und den Nationalsozialisten in der Wirtschafts- und Rüstungspolitik bis an die Grenzen des ihm gewährten Spielraums für die Formulierung einer alternativen Politik. Goerdeler wollte genau das Gegenteil dessen umsetzen, was führende nationalsozialistische Funktionsträger in diesem Bereich planten. Das führte dazu, dass Goerdeler Kritik erntete und ihm von den Nationalsozialisten weitere Unterstützung als Ausdruck der Distanzierung von ihm versagt blieb. Damit war er auch mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen gescheitert. Goerdeler begann sich Kreisen zuzuwenden, die sich aus Sorge um die politische Entwicklung in Distanz zum NS-Regime bewegten.

Im Spätsommer 1936 hatten sich die politischen Gegensätze derart zugespitzt, dass es nur noch eines Anlasses bedurfte, damit es zum Bruch zwischen Goerdeler und dem Nationalsozialismus kam. Dieser Anlass war mit dem Abbruch des Mendelssohn-Denkmal im November 1936 gegeben. Das Vorgehen der Nationalsozialisten machten ihm deutlich, dass er keinen eigenen Handlungsspielraum mehr besass. Das war ihm letzte Bestätigung für den Niedergang der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Abbruch des Denkmals lag auch im nicht mehr tolerierbaren Grenzbereich zwischen traditionellen antisemitischen Ressentiments, einer auf Sonder- und Ausnahmeregelung basierenden «Judenpolitik» und einer schrankenlosen nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik. Goerdeler reichte nicht sofort seinen Rücktritt ein, was noch Ausdruck einer Teilopposition war, die bis zuletzt noch nach Kooperationsmöglichkeiten suchte. Er wartete, bis die Nationalsozialisten die Zusammenarbeit mit ihm aufkündigten und verliess dann seinen Posten.

Damit waren nicht, wie bislang behauptet wurde, die politischen Dissensen die Gründe für den Rücktritt. Sie waren notwendige, nicht jedoch hinreichende Bedingungen. Die Arbeit setzt insofern den Akzent neu, als sie die Gründe für den Rücktritt in der Nichtbereitschaft der Nationalsozialisten sieht, die Zusammenarbeit mit

Goerdeler fortzusetzen. Diese basierte auf den unüberbrückbar gewordenen politischen Gegensätzen zwischen beiden Seiten und der zwischenzeitlich gewachsenen Stabilität des NS-Herrschaftssystems, die die bisherigen konservativen Kooperationspartner entbehrlich machten. Und diese Nichtbereitschaft bewirkte dann, dass Goerdeler angesichts der politischen Gegensätze nicht mehr zu weiteren Kompromissen bereit war, die ihn in eine verhängnisvolle Abhängigkeit zum NS-System gebracht hätten.

Der Rücktritt und die danach von Hitler verhinderte Anstellung im Krupp-Konzern wirkten bei Goerdeler als Katalysator angesichts der in allen wesentlichen Politikbereichen bestehenden Gegensätze, die sich vor dem Hintergrund der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung verschärften. Im Frühjahr, spätestens im Sommer 1937 ist die Oppositionshaltung Goerdelers eindeutig nachweisbar. Deshalb markiert diese Zeitraum das Umschlagen der Teilopposition in Opposition, die sich bis 1938 zum Widerstand verdichtete.

## 10. Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	PuZ	Politik und Zeitgeschichte
AAG	Aufzeichnungen Anneliese Goerdeler	RAV	Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands
ADR	Akademie für Deutsches Recht	RFKP	Reichs- und freikonservative Partei
ADV	Alldeutscher Verband	RKfP	Reichskommissar für Preisüber- wachung
AfK	Archiv für Kommunalpolitik	RMdl	Reichsministerium des Innern
BA	Bundesarchiv Koblenz	RNS	Reichsnährstand
BBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums	RWM	Reichswirtschaftsministerium
BDC	Berlin Document Center	SAZ	Sächsische Arbeiterzeitung
BDM	Bund Deutscher Mädel in der HJ	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
DAF	Deutsche Arbeitsfront	SS	Schutzstaffel
DGO	Deutsche Gemeindeordnung	StAL	Stadtarchiv Leipzig
DGT	Deutscher Gemeindetag	StAS	Stadtarchiv Solingen
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	UAG	Universitätsarchiv Göttingen
DO	Deutscher Ostbund	UAT	Universitätsarchiv Tübingen
DST	Deutscher Städtetag	VfZ	Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte
DVP	Deutsche Volkspartei	ZfG	Zeitschrift für Geschichts- wissenschaft
FAR	Feldartillerie-Regiment		
Gestapo	Geheime Staatspolizei		
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht		
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz		
HJ	Hitlerjugend		
HVA	Hauptverwaltungsamt		
LA	Landesarchiv		
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands		
LVZ	Leipziger Volkszeitung		
ND	"Neues Deutschland", Organ der SED		
NL	Nachlaß		
NLG PB	Nachlaß Goerdeler Privatbesitz		
NSBO	Nationalsozialistische Betriebs- zellen Organisation		
OHL	Oberste Heeresleitung		

## Abbildungsnachweis

NLG PB Meyer-Krahmer, S. 47, 48, 137

StA L, S. 224, 258, 259, 265

BA, BDC, S. 115, 117

Riehle, S. 77, 79

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Ungedruckte Quellen

#### Bundesarchiv Koblenz

- NL 113 Carl Goerdeler: Nr. 1-32  
 NL 166 Gerhard Ritter: Nr. 112-114, 131-163  
 NL 160 Rudolf Pechel: Pechel I/64; Pechel III/26  
 NL 18 Jakob Kaiser: Nr. 9, 44, 56, 125, 132, 135, 273, 313, 344, 345  
 NL 231 Alfred Hugenberg: Nr. 36  
 NL 262 Johannes Popitz: Nr. 106  
 R 18 (Reichsministerium des Innern): Nr. 5074, 5075, 5081, 5547-5551, 5187, 5188-5190, 5240, 5370, 5436, 5437, 5443, 5450,  
 R 2 (Finanzministerium): Nr. 19082, 21612, 21613  
 R 43 (Reichskanzlei): R43 I/1162, 1163, 1289, 1290, 2043, 2045, 2284, 2319  
 R43 II/308a, 315a, 317a, 318, 318a, 418a, 419, 419a, 420, 420a, 534, 567  
 NS 10 (Persönlicher Adjutant des Führers und Reichskanzlers): Nr. 204, 335, 434  
 NS 25 (Hauptamt für Kommunalpolitik): Nr. 126, 329,

#### Bundesarchiv Berlin

- NS 6 (62 Ka 1 Kanzlei des Führers), Nr. 19, 21  
 R 1501 (RMd), Nr. 25394, 25324, 8727  
 R 2501 (Deutsche Reichsbank), Nr. 6508, 6580  
 R 601 (Büro des Reichspräsidenten), Nr. 185, 232  
 R 901 (AA) Nr. 46924  
 R 8034/III (61 RE 1 Reichslandbund), Nr. 151  
 R 3101 (RWM), Nr. 9931  
 R 8084 (70Re 3 Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands), Nr. 21, 22,32  
 R 58 (PST Reichssicherheitshauptamt), Nr. 326  
 R 61 (Akademie für Deutsches Recht), F 17188  
 NJ 17548, Bd. 1 und 2



Bundesarchiv, Berlin Document Center

Dönicke, W., MF  
Friedrich, M., SSO  
Haake, R., PK, OPG  
Hauptmann, F.A., PK  
Henke, B., MK  
Kaergel, K., PK, SA  
Kamps, R., SA  
Köhler, J., RKK 2101  
Lisso, K., Personalakte OPG, PK  
Pohle, H., MF  
Schnauss, G. MF  
Gunst, W., SSO I-4,11-4,111-4  
Killinger, M., B 327, RKK 2101, SA  
Burgsdorff, K, v., PK, SA,  
Liebig, W., PK  
Lenk, G., SSO  
Mutschmann, M., B 327, PK, OPG

Hoover Institution Archives

Collection Carl Friedrich Goerdeler: Box 1, Folder 1-7

Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz

Preussisches Ministerium des Innern:  
Rep. 77 Tit. 2560 Nr. 20 Vol. 8, 9, Beih. I, Beih. II  
Rep. 77 Tit. 2560 Nr. 30 Vol. 2, 4  
Rep. 77 Tit. 2560 Nr. 36  
Rep. 77 Tit. 2561 Nr. 11 Vol. 11, Beih. I  
Rep. 77 Tit. 2562 Nr. 11  
Rep. 77 Tit 3528 Nr. 1 Bd. 3

## Landesarchiv Berlin

Deutscher und Preussischer Städtetag:

Rep. 142/1, St A 3, 7, 42, 137, 150/1, 150/11, 156, 164, 238/I, 250, 242/II, 282, 295, 350/II,  
503/I, 542/I, 542/II, 602, 754/I, 903

## Stadtarchiv Leipzig

Kap. 1 Reichsangelegenheiten

Kap. 2 Sächsische Angelegenheiten

Kap. 6 Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete

Kap. 10 Personalangelegenheiten

Kap. 26 A Denkmäler

Akten des Wohnungsfürsorgeamtes

Stadtverordneten-Akten

## Stadtarchiv Solingen

0-1 Goerdeler

S 495, 499, 551,561,598

SG 4680b

## Universitätsarchiv Göttingen

Dekanatsakten der Juristischen Fakultät, 1907/08, Nr. 519: Prom. Goerdeler, Nr. 4, 5, 7-8, 9-10,  
12-14, 19-20,21-24

## Universitätsarchiv Tübingen

Studienunterlagen 40/72,18; 5/41; 5/34; 122/19

**Veröffentlichungen Carl Friedrich Goerdelers (Auswahl)**

- Der grosse Irrtum, in: Deutsche Rundschau 64(1938)4, S. 3-9.
- Die Weltkonferenz, in: Deutsche Rundschau 63(1937)6, S. 161-176.
- Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, in: Reich und Länder XI (1./1937), S. 6.
- Müssen Schulden zurückgezahlt werden?, in: Deutsche Rundschau 63(1937)1, S. 1-10.
- Schuldenwirtschaft, in: Der deutsche Volkswirt 11(1936/37), S. 1262-1264, 1311-1313.
- Gegenwartsaufgaben des deutschen Gemeinderechts, in: Beiträge zum Recht des Neuen Deutschland. Festschrift für Franz Schlegelberger, Berlin 1936, S. 109-138.
- Preisbestimmung durch Gesetz, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 3 (1936) 19/20, S. 915-918.
- Wirtschaftliche Funktionen der Preise, in: Die Bank 28(1936)51/52, S. 1872-1878.
- Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierung. Der deutsche Nationalbericht, in: Wirtschaftliche Rundschau 38 (1936) 9, S. 130-133.
- Die Notwendigkeit stabiler Währungen, in: Wirtschaftliche Rundschau 3(1936)11, S. 170-173.
- Sinn und Voraussetzungen der Weltwirtschaft, in: Weltwirtschaft 24(1936)5, S. 128-129.
- Deutschland und die Weltwirtschaft, in: Weltwirtschaft 24(1936)6, S. 183-187.
- Deutsche Gemeindeordnung als wirtschaftliches Grundgesetz, in: Der deutsche Volkswirt 11 (1936/37), S. 1007-1010, 1057-1059.
- Wirtschaftliche Gedanken zur deutschen Gemeindeordnung, in: Der deutsche Volkswirt 9 (1934/35), S. 987-990, S. 1031-1034.
- Die Deutsche Gemeindeordnung, in: Deutsche Verwaltungsblätter 83(1935)4, S. 73-78.
- Preisüberwachung und Vergebungswesen, in: Bergisches Wirtschaftsblatt 6 (1935), S. 500-502.
- Die Staatsaufsicht nach der Deutschen Gemeindeordnung, in: Reich und Länder, 9(1935), S. 293-296.

- Der Führergrundsatz in der Wirtschaft, in: Die Bank 28(1935)51/52, S. 1794-1799.
- Preiskampf und Welthandel, in: Weltwirtschaft  
23 (1935) 10, S. 186-189.
- Preisfragen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Exports, in: Weltwirtschaft  
23(1935)5, S. 80-81.
- Meine Aufgaben als Preiskommissar, in: Weltwirtschaft 23(1935)3, S. 37-39.
- Die deutsche Gemeindeordnung in der Entwicklung der Selbstverwaltung, in: Soziale Praxis  
44(1935)8, S. 218-222.
- Kleinsiedlung und Wohnungsbau als politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten, in:  
Der deutsche Volkswirt 10(1935/36), S. 1207-1211.
- Gutachten des Reichssparkommissars über die Verwaltung der Stadt Halle an der Saale, in:  
Reich und Länder 8 (1934), S. 179-190.
- Einheit der örtlichen Verwaltung tut not!, in: Der Gemeindetag, 28(1934), S. 449-452.
- Die Gemeinde im nationalsozialistischen Staat, in: Werdendes Europa, 1 (1934)3, S. 79-86.
- Preise und Aussenhandel, in: Die Bank 27(1934), Bd. 54, H. 51/52, S. 1874-1877.
- Die Neuordnung der Kommunal Finanzen, in: Jahrbuch für Kommunalwissenschaft, 1(1934) 1,  
S. 67-89.
- Gutachten des Reichspreiskommissars über die Verwaltung der Stadt Mannheim, in: Reich und  
Länder 7(1933)4, S. 113-126.
- Entwicklungstendenzen im deutschen Kommunalrecht, in: Reichsverwaltungsblatt und Preussisches  
Verwaltungsblatt, Bd. 54, 1933, S. 421-425.
- Gemeinde als Teil des Reichsganzen, in: Der Gemeindetag, 27(1933), S. 148.
- Osterwünsche für die Kommunalpolitik, in: Kulturbeiträge 23(1933)81, 13.4.1933.
- Die Kommunalpolitik der Zukunft, in: Der Sächsische Gemeindetag 6(1933), S. 253-255.
- Das Aufbauprogramm der Reichsregierung und die Gemeinde. Nach einem Referat auf der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages am 23.9.1932 in der Stadthalle zu Weimar, in:  
Der Städtetag 26(1932)10, S. 466-470.

Reichsarbeitslosenhilfe. Nach einem Referat auf der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages am 2.12.1932 in Berlin, in: *Der Städtetag* 26(1932) 12, S. 579-582.

Städte und Siedlung, in: *Der Städtetag* 25 (1931) 12, S. 549-553.

Die Krise der Selbstverwaltung, in: *Leipziger Neueste Nachrichten*, 1.1.1931.

Der Zwang zur Sparsamkeit, in: *Leipziger Neueste Nachrichten*, 25./26.12.1930.

Unterstützung des Reiches und des Staates für Ostpreussen, in: *Zeitschrift für Kommunalwirtschaft* 20(1930)6, S. 341-346.

Organisation und Verwaltung des städtischen Königsberg, in: *Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik* 15(1925), S. 1046-1061.

Reform der preussischen Verwaltungsreform, in: *Der Deutsche Gemeindetag* 63(1924), S. 354.

Organisation der Verwaltung, in: *Die Verwaltung der Stadt Königsberg nach dem Kriege, Königsberg 1924*, S. 18-48.

Selbstverwaltung und Staat, in: *Ostpreussische Zeitung*, 30.12.1923 (3. Beilage).

Die Einheitsschule in Solingen, in: *Solinger Volksblatt*, 14.11.1919.

Das Bewusstsein der Pflichtwidrigkeit im Schuldinhalte und seine Behandlung in der Literatur und den wichtigsten deutschen Gesetzbüchern des XIX. Jahrhunderts, (Göttingen, Jur. Diss.), Leipzig 1908.

## Auswahlbibliographie

- Anderson, Dennis LeRoy, *The Academy for German Law, 1933-1945*, New York and London 1987 (Modern European History; 22).
- Arndt, Helmut; Ziegs, Detlef, *Zur revolutionären Kommunalpolitik der KPD in den Jahren 1929/33 im Leipziger Stadtparlament*, in: *Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig 1979*, S. 33-55.
- Autorenkollektiv (Ltg. Karl Czok, Horst Thieme), *Leipzig. Geschichte der Stadt in Wort und Bild*, Berlin 1978.
- Baker, Leonard, *Hirt der Verfolgten: Leo Baeck im Dritten Reich*, Stuttgart 1982.
- Becker, Josef und Ruth (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung 1933, Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933*, München 1993.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945, Leben unter Nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1993.
- Berding, Helmut, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988.
- Berg, Christa (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4, 1870-1918, Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs*, München 1991.
- Berthold, Willy, *Die Gemeinden in den Programmen der politischen Parteien*, Dresden 1919.
- Bitter, Georg, *Die Preussische Regierung zu Königsberg 1918-1945*, Leer 1988.
- Bitter, Rudolf von, *Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung, 2 Bde.*, Berlin, Leipzig 1928.
- Bläsdorf, Agnes, Gerhard Ritter 1942-1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland, 2 Teile, in: *GWU 1991/ 1*, S. 1-21 und *1991/2*, S. 67-91.
- Bleek, Wilhelm, *Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung der höheren Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert*, Berlin 1972 (Historische und Pädagogische Studien, Bd. 3).
- Bley, Curt, Karl Goerdeler in der Todeszelle, in: *Die Welt am Sonntag 16.1.1955*.
- Blotevogel, Hans Heinrich (Hrsg.), *Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik*, Köln, Wien 1990 (Städteforschung, Reihe A, Darstellungen, Bd. 30).
- Boese, Karl, *Geschichte der Stadt Schneidemühl*, Würzburg 1964 (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 34).
- Böhm, Franz, *Widerstandsbewegung oder Revolution? Zur Auseinandersetzung um Carl Goerdelers Kampf gegen Hitler*, in: *Der Monat 7(1955)81*, S. 220-228.
- Ders., *Revolutionär wider Willen?. Zur Auseinandersetzung über Carl Goerdeler und den 20. Juli*, in: *Die Gegenwart 10(1955)232*, S. 262-267.

- Boveri, Margret, *Der Verrat im 20. Jahrhundert. Für und gegen die Nation*, Bd. 2, Hamburg 1956.
- Dies., *Goerdeler und der deutsche Widerstand*, in: *Aussenpolitik* 6(1955)2, S. 73-85.
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1970.
- Bramke, Werner, *Carl Goerdeler und Leipzig*, Leipzig 1995 (Texte zur politischen Bildung, H. 19, hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig).
- Ders., *Sparsam im Amt, bescheiden im Privatem. Der Kommunalpolitiker Carl Goerdeler: Leipzigs Oberbürgermeister zwischen 1930 und 1937 (Teil I)*, in: *LVZ*, 26.4.1991.
- Ders., *Zwischen Anpassung und Widerstand. Der Kommunalpolitiker Carl Goerdeler: Schweres Amt als Leipziger Oberbürgermeister zwischen 1933 und 1936 (Teil II)*, in: *LVZ*, 3.5.1991.
- Ders., *Führend im Widerstand: Georg Schuhmann und Carl Goerdeler*, in: *Sächsische Heimatblätter* 1990, H. 2, S. 90-95.
- Ders., *Umstritten: Carl Goerdeler – Wie war er wirklich?* in: *LVZ*, 3./4.2.1990.
- Ders., *Das Vermächtnis des 20. Juli 1944*, in: *LVZ*, 20.7.1984.
- Ders., *Vom Freistaat zum Gau. Sachsen unter der faschistischen Diktatur 1933 bis 1939*, in: *ZfG* 31(1983)12, S. 1067-1078.
- Braubach, Max, *Zeitgeschichtliche Veröffentlichungen der Jahre 1954/55*, in: *Historisches Jahrbuch* 76(1957), S. 254ff.
- Brehm, Dieter, *Die Verschwörung gegen Hitler*, in: *LVZ*, 20.7.1949.
- Breyer, Richard, *Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze*, in: *Zeitschrift für Ostforschung*, 13(1964)1/2, S. 198-208.
- Brix, Josef; Lindemann, Hugo u.a. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Ergänzungsband H-Z*, Jena 1927.
- Broszat, Martin, *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik*, München 1990.
- Ders.; Möller, Horst (Hrsg.), *Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte*, München 1986.
- Buchstab, Günter; Kaff, Brigitte; Kleinmann, Hans-Otto: *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986 (Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung).
- Carl Goerdeler (Fortsetzung des Briefwechsels zwischen Constantin von Dietze und Michael Freund), in: *Die Gegenwart* 10(1955)230, S. 201-202.
- Carl Goerdeler, *Die Pflicht der Selbsterhaltung. Geplante, nicht gehaltene Rundfunkansprache*, in: *Bayernkurier*, 20.7.1974.
- Carl-Goerdeler-Ehrung der Stadt Leipzig 1995. Dokumentation, hrsg. vom Magistrat der Stadt Leipzig.
- Conrad, Bernt, *Der Mann Gördeleler*, in: *Der Tagesspiegel*, 26. 1.1947.
- Conze, Werner; Kocka, Jürgen (Hrsg.), *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleich*, Stuttgart 1985 (Industrielle Welt, Bd. 38).

- Das Feldartillerie-Regiment Nr. 71 Gross-Komtur im Weltkriege. Nach amtlichen Unterlagen und Berichten von Mitkämpfern bearbeitet von Oberleutnant a. D. Lothar Gittermann, Leutnant d. R. a. D. Ernst Zillmer und Hauptmann d. R. a. D. Martin Grunau, Zeulenroda.
- Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Hrsg. vom Comité des Delegations Juives, Paris 1934, Neuauflage Frankfurt 1983.
- Die Verwaltung der Stadt Königsberg nach dem Kriege, Königsberg 1924.
- Die Rückführung des Osttheeres, im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Berlin 1936 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 1).
- Dipper, Christof, Der Deutsche Widerstand und die Juden, in: Geschichte und Gesellschaft 9(1983)3, S. 349-380.
- Ders., Der 20. Juli und die «Judenfrage», in: Die Zeit, 1.7.1994.
- Döpp, Annette, Arbeiterbewegung in Solingen 1918-1920, Hamburg 1981.
- Dr. Goerdeler an General Olbricht. Ein Dokument zur Vorgeschichte des Attentats vom 20. Juli 1944, in: Die Wandlung 1 (1945/46) 2. S. 172-175.
- Dress, Hans, Die Stellung der Gemeinden und Kreise im Rahmen der Verfassungspläne Goerdelers, in: Der Deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 4, Berlin 1961, S. 607-619.
- Ders., Die Verfassungspläne Goerdelers in der Darstellung der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Protokoll der wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30.11.1957 in 2 Bden, Bd. 2, Berlin 1958, S. 403-409.
- Ders., Der antidemokratische und reaktionäre Charakter der Verfassungspläne Goerdelers, in: ZfG 5 (1957) 6, S. 1134-1159.
- Drobisch, Klaus; Wieland, Günther, System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993.
- Dühring, Hans, Das Gymnasium Marienwerder. Von der Domschule zur Oberschule, Würzburg 1964 (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. XXX).
- Eckert, Rainer; Küttler, Wolfgang; Seeber Gustav (Hrsg.), Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992.
- Ehlers, Dieter, Die Methoden der Beck/Goerdeler-Verschwörung, Berlin 1953.
- Engel, Huberta (Hrsg.), Deutscher Widerstand – Demokratie heute: Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften, Bonn-Berlin 1992.
- Erdmann, Karl Dietrich, Der Erste Weltkrieg, München 1991.
- Fahlenkamp, Werner, Deutsche in Entscheidungssituationen, in: Der Morgen, 20.7.1989.
- Falter, Jürgen, Hitlers Wähler, München 1991.
- Finker, Kurt, Stauffenberg und der 20. Juli, Berlin 1967.



- Frei, Norbert, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1989.
- Freund, Michael, *Das Duell im Dschungel. Noch ein Wort zum Fall Goerdeler und der 20. Juli*, in: *Die Gegenwart* 10(1955)237, S. 427-430.
- Ders., *Revolutionär wider Willen (Carl Goerdeler)*, in: *Die Gegenwart* 10 (1955) Nr. 227, S. 106-109.
- Gaese, Heinrich; Schäfer, Ernst u.a. (Hrsg.), *Eberhardina-Markomania. Die Geschichte einer Verbindung*, Tübingen 1981.
- Gause, Fritz, *Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preussen, Bd. 3, Vom Ersten Weltkrieg bis zum Untergang Königsbergs*, Köln, Wien 1971.
- Glasneck, Johannes, *Eine Denkschrift Goerdelers vom Sommer 1939*, in: *Bulletin des Arbeitskreises «Zweiter Weltkrieg»*, hrsg. v. Institut für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften, IV/1965, S. 19-27.
- Ders., *Carl Goerdeler – Apoget der faschistischen Nah-Ost Expansion und Vorläufer des Bonner Neokolonialismus*, in: *ZfG* 11(1963)8, S. 1490-1504.
- Graml, Hermann, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988.
- Gründer, Otto; Neumann, Franz (Hrsg.), *Marionwerder, Westpreussen. Aus dem Leben einer deutschen Stadt an der unteren Weichsel*, Celle 1983.
- Habicht, Martin, *Verfolgung und Widerstand nichtproletarischer Kräfte im Raum Leipzig – Westsachsen 1933-1945, Bd. 1-2, Dissertation B, Universität Leipzig* 1990.
- Hammerstein, Kunrat von, *Offiziere um Goerdeler*, in: *Frankfurter Hefte* 10(1955)8, S. 558-567.
- Handbuch. Die Verwaltung der Stadt Leipzig*, Bearbeitet von der städtischen Hauptkanzlei, Leipzig 1929/30, 1930/31, 1931/32.
- Heinemann, Ulrich, *Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli*, Berlin 1990.
- Helm, Heinz, *Carl Goerdeler war kein Stauffenberg. Ein Beitrag zur Bonner Geschichtsklitterung über den 20. Juli 1944*, in: *LVZ*, 20.7.1961.
- Herzfeld, Hans, *Demokratie und Selbstverwaltung in der Weimarer Epoche*, Stuttgart 1957 (Schriften des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 2).
- Ders., *Zwei Werke G. Ritters zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Widerstandsbewegung*, in: *HZ*, Bd. 182, H. 2, S. 325-332.
- Hiller von Gaertingen, Friedrich Frhr. (Hrsg.), *Ulrich von Hassell. Die Hassell-Tagebücher 1938-1944, Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland, nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe unter Mitarb. von Klaus Peter Reiss*, Berlin 1991.
- Hofmann, Wolfgang, *Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933*, Stuttgart, Berlin u.a. 1974 (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 46).
- Ders., *Städtetag und Verfassungsordnung. Position und Politik der Hauptgeschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbandes*, Stuttgart, Berlin u.a. 1966 (Schriften des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 13).

- Holtzmann, Ernst, Der Weg zur deutschen Gemeindeordnung, in: Zeitschrift für Politik N.F. 12 (1965), S. 356-366.
- Holzbach, Heidrun, Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 18).
- Huber, Rudolf Ernst, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 7, Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart, Berlin u.a. 1984.
- Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte, Nr. 19)
- Immisch, Horst, Ein Versteck gab es für ihn nicht. Die letzten Tage Dr. Carl Goerdelers, Oberbürgermeister Leipzigs von 1930 bis 1936, in: LVZ, 19.7.1991.
- Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944, Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde, Stuttgart 1989.
- Jaraus, Konrad, Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt a.M. 1984.
- Jeserich, Kurt; Neuhaus, Helmuth (Hrsg.), Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart, Berlin u.a. 1991.
- Ders. (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie, Stuttgart 1984.
- Ders. (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985.
- Jonas, Erasmus, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 30).
- Juden in Leipzig. Eine Dokumentation zur Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht vom 5.11 bis 17.12.1988 in Leipzig.
- Kaiser, Jakob, DeutscherWeg 1947, in: Neue Zeit, 1.1.1947.
- Kampe, Norbert, Studenten und «Judenfrage» im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 76).
- Klemens von Klemperer, Enrico Syring, Rainer Zitelmann (Hrsg.), «Für Deutschland». Die Männer des 20. Juli, Frankfurt a.M., Berlin 1994.
- Klemperer, Klemens von, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938-1945, Berlin 1994.
- Kiessmann, Eckart, Die Mendelssohns. Bilder aus einer deutschen Familie, Zürich 1990.
- Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart, Berlin u.a. 1971 (Schriftenreihe des Verein für Kommunalwissenschaften e. V. Berlin, Bd. 33).
- Kommunisten im Leipziger Rathaus im Kampf gegen kommunale Reaktion, Leipzig 1932.

- Kopp, Otto (Hrsg.), *Widerstand und Erneuerung, Neue Berichte und Dokumente vom inneren Kampf gegen das Hitler-Regime*, Stuttgart 1966.
- Krabbe, Wolfgang, *Qualifikation und Ausbildung der Gemeindebeamten vor dem ersten Weltkrieg*, in: AfK 20(1981), S. 245-258.
- Krahl, Hans-Dieter, *Goerdelers Auffassungen zu Staat und Gesellschaft dargelegt an seinen literarischen Arbeiten*, Solingen 1969 (MS).
- Krause, Friedrich, *Goerdelers politisches Testament. Dokumente des andern Deutschland*, New York City 1945.
- Krausnick, Helmut, *Goerdeler und die Deportation der Leipziger Juden*, in: VfZ 13(1965)3, S. 338-339.
- Kreimeyer, Klaus, *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*, München, Wien 1992.
- Kruck, Alfred, *Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 3).
- Krüger-Charlé, Michael, *From Reform to Resistance: Carl Goerdeler's 1938 Memorandum*, in: *Contending With Hitler: Varieties of German Resistance in the Third Reich*, edited by David Clay Large, Cambridge University Press 1992 (Publication of the German Historical Institute, Washington, D.C.), S. 75-87.
- Kwiet, Konrad, *Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 27(1980)1, S. 149-192.
- Laise, Axel, *Das Wirken Carl Goerdelers in den Jahren 1930-1936*, Staatsexamensarbeit, Universität Leipzig 1962, 45 MS.
- Leipzig. *Aus Vergangenheit und Gegenwart, Beiträge zur Stadtgeschichte*, Bd. 5, Leipzig 1988.
- Lenz, Arthur, *Westpreussische Heimatklänge um Familie Goerdeler*, in: *Weichsel Zeitung*, 29./30. 12.1934.
- Liebe, Werner, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924*, Düsseldorf 1956 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8). *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945)*, Bd. 1, Leipzig 1983.
- Lill, Rudolf; Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), *20. Juli – Porträts des Widerstands*, Düsseldorf, Wien 1984.
- Lohmeyer, Hans, *Meine Königsberger Jahre*, in: *Ein Blick zurück. Erinnerungen an Kindheit und Jugend, an Leben und Wirken in Ostpreussen*, München 1961, S. 160-174.
- Longerich, Peter, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989.
- Löser, Ewald, *Oberbürgermeister Carl Goerdeler zum Gedächtnis*, in: *Der Städtetag*, N. F., 8(1955)2, S. 49-52.
- Mann, Golo, *Carl Goerdeler*, in: *Merkur* 9(1955)7, S. 670-676.
- Männer der deutschen Verwaltung. 23 biographische Essays*, Köln, Berlin 1963, S. 329-347.
- Marssolek, Inge, *Die Denunziantin. Die Geschichte der Helene Schwärzel 1944-1947*, Bremen 1993.

- Matull, Wilhelm, Carl Friedrich Goerdeler 1984-1944, in: Grosse Deutsche aus Ostpreussen, Würzburg 1970, S. 230-236.
- Ders., Ostpreussens Arbeiterbewegung, Würzburg 1970.
- Matzerath, Horst, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart, Berlin u.a. 1970 (Schriften des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 29).
- Meyer-Krahmer, Marianne, Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters, Freiburg i. Br. 1989.
- Dies., Probleme und Schwierigkeiten des konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus aus der Sicht einer Miterlebenden, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, S. 422-431.
- Mommsen, Hans; Petzina, Dietmar; Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Hans, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 15).
- Müller, Elmar, Widerstand und Wirtschaftsordnung. Die wirtschaftspolitischen Konzepte der Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime und ihr Einfluss auf die Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt a.M., Bern u.a. 1988.
- Musik im Schatten der Politik. Erinnerungen von Berta Geissmar, Zürich, Freiburg i. Br. 1951.
- Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 1, Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1991.
- Ders., Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2, Machtstaat vor der Demokratie, München 1991.
- Otto, Karl (Bearb.), Das Lied von Sachsenburg ... Tausend Kameraden Mann an Mann ... Beiträge zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Konzentrationslager Sachsenburg, Hainichen 1962.
- Paulus, Julia, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der kommunalen Wohlfahrtspolitik zwischen 1930 und 1945 am Beispiel von Leipzig, Dissertation, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 1996.
- Peters, Hans, Verfassungs- und Verwaltungsreformbestrebungen innerhalb der Widerstandsbewegung gegen Hitler, Münster 1961 (Schriften der Freiherr-von-Stein-Gesellschaft e. V., H. 3).
- Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
- Popitz, Johannes, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin 1932.
- Prieberg, Fred, Musik im NS-Staat, Frankfurt a.M. 1989.
- Problematik der Opposition, in: Der Tagesspiegel, 4.1.1947.
- Puppo, Rolf, Die wirtschaftsrechtliche Gesetzgebung des Dritten Reiches, Konstanz 1988.
- Püttner, Günter, Die Beigeordneten – Beamte mit politischer Funktion?, in: AfK 20(1981), S. 234-244.

- Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, bearbeitet von Christian Engeli und Wolfgang Haus, Stuttgart, Berlin u.a. 1975 (Schriften des deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 45).
- Räume voll Leipzig, Leipzig 1994 (Arbeitsberichte des Stadtarchivs Leipzig, Neue Reihe, 1994, H. 1).
- Rebentisch, Dieter; Teppe, Karl (Hrsg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, Göttingen 1986.
- Reger, Erik, Der andere 20. Juli, in: Der Tagesspiegel, 22.12.1946
- Ders., Improvisierter Widerstand. Der 20. Juli 1944 und das andere Deutschland, in: Der Tagesspiegel, 22.12.1946.
- Rehm, Max, Carl Goerdeler 31. Juli 1884 – 2. Februar 1945, in: Staats- und Kommunalverwaltung (1956)2, S. 23-25.
- Reich, Ines, In Stein und Bronze – Zur Geschichte des Leipziger Mendelssohn-Denkmal 1868-1936, in: Felix Mendelssohn – Mitwelt und Nachwelt. Bericht zum 1. Leipziger Mendelssohn-Kolloquium am 8./9.6.1993, hrsg. vom Gewandhaus zu Leipzig, Wiesbaden, Leipzig u.a. 1996, S. 31-53.
- Dies., Erinnern und verweigern. Der 20. Juli 1944 in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in: Heinrich Walle (Hrsg.), Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Katalog zur Wanderausstellung, S. 525-548.
- Reichmann, Hans, The Fate of a Manuscript, in: Year Book of Leo Baeck Institute 3(1958), S. 361-363.
- «Revolutionär wider Willen». Ein Briefwechsel über Carl Goerdeler, in: Die Gegenwart 10(1955) 228, S. 142-145.
- Ritschl, Albrecht, Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches – Ein Überblick, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992.
- Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.
- Ders., Wie leicht wird Zeitgeschichte zum Ärgernis, in: Die Welt, 3.11.1956.
- Ders., Carl Goerdeler und das Ende des deutschen Widerstandes, in: Der Monat 7(1955)77, S. 387-401.
- Ders., Goerdelers Aussenpolitik. Zum Gedenktag des 20. Juli 1944, in: FAZ, 24.7.1954.
- Ders., Goerdelers Pläne für Deutschland! Zum Gedenken des 20. Juli 1944, in: FAZ, 17.7.1954.
- Ders., Goerdelers Verfassungspläne, in: Nordwestdeutsche Hefte 1(1946)9, S. 6-14.
- Rosenthal, Heinz, Solingen. Geschichte einer Stadt, Bd. 3, Aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, hrsg. v. Rüdiger Schneider Berrenberg, Duisburg 1975.
- Rothe, Edith (Hrsg.), Karl Rothe, 50 Jahre im Dienste einer Grossstadt, Heidelberg 1979.
- Royce, Hans, 20. Juli 1944, Bonn (Köln) 1953.

- Rübsam, Dagmar; Schadek, Hans (Hrsg.), Der «Freiburger Kreis». Widerstand und Nachkriegsplanung 1933-1945, Katalog einer Ausstellung, Freiburg i. Breisgau 1990 (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 25).
- Rudolf, Rolf; Seifert, Gerhard, Rez. zu Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, in: ZfG 4(1956)1, S. 188-202.
- Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur «Judenfrage» der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 15).
- Ruge, Wolfgang; Schumann, Wolfgang, Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935, Berlin 1977.
- Sassin, Horst, Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Srassmann-Gruppe 1934-1942, Hamburg 1993 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 30).
- Scheurig, Bodo (Hrsg.), Deutscher Widerstand 1938-1944. Fortschritt oder Reaktion?, München 1984.
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Göttingen 1983.
- Schmädeke, Jürgen; Steinbach, Peter (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985.
- Schmitthenner, Walter, Buchhein, Hans (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln, Berlin 1966, S. 15-72.
- Schöllgen, Gregor, Ulrich von Hassell 1881-1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990.
- Schorn, Hubert, Die Gesetzgebung des Nationalsozialismus als Mittel der Machtpolitik, Frankfurt a.M. 1963.
- Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.), Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941-1944, München 1965.
- Ders., Zur aussenpolitischen Konzeption Becks und Goerdelers, in: PuZ 14 (1964) B 29, S. 29-45.
- Ders., Goerdelers grosses Ostprogramm. Das Vermächtnis der Widerstandsbewegung von 1944, in: Der europäische Osten 10(1964), S. 110.
- Schultz, Hans-Jürgen (Hrsg.), Der zwanzigste Juli – Alternative zu Hitler?, Stuttgart, Berlin 1974.
- Schulze. Hagen, Der Oststaat-Plan 1919, in: VfZ 18(1970)2, S. 123-163.
- Schulze, Winfried, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993.
- Schwabe, Klaus (Hrsg.), Oberbürgermeister. Bündiger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979, Boppard am Rhein 1981 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 13).
- Schwabe, Klaus; Reichardt, Rolf (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein 1984, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 33).
- Sethe, Paul, Carl Goerdelers letzte Monate, in: FAZ, 22.1.1955.
- Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918-1933, München 1992.

- Sprenger, Heinrich, Heinrich Sahn. Kommunalpolitiker und Staatsmann, Köln, Berlin 1969.
- Statistisches Jahrbuch der Reichsmessestadt Leipzig 1911-1967, Bd. 8, 1929-1937, Leipzig 1937.
- Steinbach, Peter, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn, München u.a. 1994.
- Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994.
- Stöver, Bernd, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.
- Strauss, Herbert; Kampe, Nobert (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1988 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213).
- Striesow, Jan, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, Frankfurt a.M. 1981.
- Teichmann, Ulrich, «Revolutionär wider Willen», in: Die Gegenwart 10(1955)235, S. 362-363.
- Tuchel, Johannes, Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der «Inspektion der Konzentrationslager» 1934-1938, Boppard am Rhein 1991.
- Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.), Der 20. Juli 1944: Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime, Köln 1994.
- Unger, Manfred, Die «Endlösung» in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933-1945, in: ZfG 11 (1963)5, S. 941-951.
- Verhandlungen der Stadtverordneten zu Leipzig 1930-1935.
- Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für das Jahr 1931, hrsg. im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig vom Statistischen Amt, Leipzig 1932.
- Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für die Jahre 1933 bis 1936, hrsg. im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig vom Statistischen Amt, Leipzig 1937.
- Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für das Jahr 1932, hrsg. im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig vom Statistischen Amt, Leipzig 1933.
- Viergutz, Volker, Die kommunalen Spitzenverbände. Zu ihrer Geschichte und ihrer archivalischen Überlieferung, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1983, S. 53-74.
- Walter Cramer. Ein Leipziger Unternehmer im Widerstand, Dokumentation von Beatrix Heintz, hrsg. von der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V. (GUG), Köln 1993.
- Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1988.
- Weidemann, Johannes, Zur Entstehungsgeschichte der Deutschen Gemeindeordnung, in: Jahrbuch der Akademie für Deutsches Recht 2(1935), S. 90-134.
- Weinberger, Bruno; Engeli, Christian, Machtergreifung und kommunale Selbstverwaltung – Städte und Städtetag 1933, in: Der Städtetag 6(1983), S. 414-420.

- Wernicke, Erich, Marienwerder. Geschichte der ältesten Stadt der Reichsdeutschen Ostmark, hrsg. im Auftrage des Magistrats der Stadt Marienweder, Marienwerder 1933.
- Westphalen, Raban Graf von, Akademisches Privileg und demokratischer Staat. Ein Beitrag zur Geschichte und bildungspolitischen Problematik des Laufbahnwesens in Deutschland, Stuttgart 1979.
- Wiest-Raabe, Brigitte, Dr. Cuno Raabe im Widerstand, in: Fuldaer Geschichtsblätter 60(1984), S. 174-200.
- Winkler, Heinrich August, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
- Wünderich, Volker, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.
- Young, A.P., Die «X»-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/1939. Hrsg. von Sidney Aster, München, Zürich 1989.
- Zeller, Eberhard, Geist der Freiheit. Der 20. Juli, München 1951.
- Zeugnis für ein anderes Deutschland. Ehemalige Tübinger Studenten als Opfer des 20. Juli 1944, in: Werkschriften des Universitätsarchivs Tübingen, Reihe 2, Repertorien und Kataloge, Heft 11.
- Ziebill, Otto, Geschichte des Deutschen Städtetages. Fünfzig Jahre deutsche Kommunalpolitik, Stuttgart, Köln 1955.
- Ders., Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1964 (Schriften des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd. 7).



# Die Weimarer Republik zwischen Metropole und Provinz

## Intellektuellendiskurse zur politischen Kultur

Herausgegeben von Wolfgang Bialas und Burkhard Stenzel

1996. 298 Seiten. Broschur.

ISBN 3-412-08796-3

Die Faszination, die von den Debatten deutscher Intellektueller in den zwanziger Jahren ausgeht, ist ungebrochen: Die Erfahrungen aus den moralischen und politischen Zerreißproben in der Zeit der Weimarer Republik sind heute noch für die intellektuelle Standortfindung aufschlussreich. An Aktualität gewinnt die Thematik zudem wegen des bevorstehenden Gründungsjubiläums der Weimarer Republik. Aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Disziplinen untersuchen deutsche und französische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Beispiel führender Intellektueller wie Arnolt Bronnen, Oswald Spengler, Harry Graf Kessler, Rudolf Steiner, Helmuth Plessner und Martin Heidegger den Umgang mit den Fragen der Zeit. Dabei stehen die Verarbeitung der Katastrophe des Ersten Weltkriegs und die zunächst in deren Schatten verlaufende Genese völkischer und nationalsozialistischer Kulturkonzepte im Vordergrund. Ein Schwerpunkt der Beiträge liegt auf der Thüringer Region. Es wird damit die zu Unrecht weit verbreitete Meinung widerlegt, das intellektuelle Leben der Weimarer Republik habe sich vorrangig in Berlin abgespielt.

**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

Theodor-Heuss-Str. 76, D – 51149 Köln

# Frauenalltag in Leipzig

## Weibliche Lebenszusammenhänge im 19. und 20. Jahrhundert

Herausgegeben von Susanne Schötz

(Geschichte und Politik in Sachsen, Band 4)

1997. 367 Seiten. 21 Abbildungen. Gebunden.

DM 78.-/sFr 78.-/öS570.-

ISBN 3-412-04796-1

Wie sahen die Lebens- und Arbeitszusammenhänge jener Leipziger Frauen aus, die weder berühmt waren, noch an der Seite bedeutender Männer lebten und deren Namen längst in Vergessenheit geraten sind? Die Autorinnen fragen nach den Bedingungen und Möglichkeiten, unter denen Frauen aus unterschiedlichen sozialen Milieus der Messestadt lebten. Sie interessieren sich dafür, wie Frauen den vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen nutzten und was ihrem Leben einen Sinn gab. Im Mittelpunkt stehen Leipziger Frauenschicksale aus zwei Jahrhunderten, darunter die von Witwen, Hebammen, Näherinnen und Handelsfrauen, von Stifterinnen und Bewohnerinnen von Frauenheimen, aber auch von Prostituierten. Darüber hinaus setzen sich die Verfasserinnen mit religiös motivierter weiblicher Wohltätigkeit, mit Liebesbeziehungen im Bildungsbürgertum, der Situation abtreibender Frauen in der NS-Zeit, mit Konzepten des Umgangs mit alleinstehenden Leipzigerinnen nach dem Zweiten Weltkrieg und den Intentionen zur Aufstellung des Leipziger Clara-Zetkin-Denkmal auseinander.

Die Aufsätze sprechen nicht nur frauen- und stadtgeschichtlich Interessierte an. Sie lassen sich gleichermaßen als Beiträge zur Bürgertumsforschung, zur Sozialgeschichte der Erwerbsarbeit, zur Rechtsgeschichte und zur Geschichte von Sexualität und Sexualpolitik lesen und ermöglichen vielschichtige Einblicke in die Alltagswelt des Kaiserreichs, des Nationalsozialismus, der Nachkriegszeit und der DDR.

**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

Theodor-Heuss-Str. 76, D – 51149 Köln